Archiv

für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

No. 10

Germinal

Aus dem Inhalt:

Betriebskomitees in der Petrograder Rüstungsindustrie 1917
Revolutionären Industrieverbände in der Weimarer Republik
"Unpersonen": Spanienkämpfer zwischen Verrat und Widerstand in Österreich 1938 - 1944
Schwalben der Arbeit - ein Beitrag zur Geschichte der Bäckereiarbeiter und des Anarchismus in Argentinien
Max Hoelz - Kämpfer, Rebell, Revolutionär
Zum Verhältnis von anarchistischer und marxistischer Staatskritik
Autonomia - Vom Neoleninismus zur Lebensphilosophie.

6975L
€ 12.-

Archiv

für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

Redaktion: Wolfgang Braunschädel, Jörg Hausmann, Johannes Materna

Anschrift der Redaktion: Wolfgang Braunschädel
Oskar-Hoffmann-Str. 121
D-4630 Bochum 1
Tel.: 0234/330756

Umschlagentwurf: Renate Schürmann

Das ARCHIV kann abonniert werden; da die Herausgeber sich weder hinsichtlich des Umfangs noch der Erscheinungsweise bestimmten Regeln unterwerfen, werden die Hefte mit einer Preisermäßigung von 20 % einzeln berechnet.

© Germinal Verlag, Siemensstr. 18a, 6300 Gießen
1. Auflage 1989
Layout: Jörg Hausmann
Druck: Montania-Druck, Dortmund
ISBN 3-88663-410-8
ISSN 0936-1014

Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit

Inhalt

Zu diesem Heft 5

Reinhart Kößler
Überstunden für die "Aurora". Betriebskomitees in der Petrograder Rüstungsindustrie 1917 zwischen Betriebsräson und Selbstbestimmung 15

Otto Langels
Die Revolutionären Industrieverbände. Gewerkschaftspolitik in der Weimarer Republik zwischen Freien Gewerkschaften und KPD 41

Hans Schafranek
"Unpersonen": Spanienkämpfer zwischen Verrat und Widerstand in Österreich 1938 - 1944 61

Willy Buschak
Schwalben der Arbeit - ein Beitrag zur Geschichte der Bäckereiarbeiter und des Anarchismus in Argentinien 83

Gernot Volger
Max Hoelz - Kämpfer, Rebell, Revolutionär 109

Joachim Bruhn
Abschaffung des Staates.
Thesen zum Verhältnis von anarchistischer und marxistischer Staatskritik 125

Bodo Schulze
Autonomia - Vom Neoleninismus zur Lebensphilosophie.
Über den Verfall einer Revolutionstheorie 141

Raniero Panzieri
Sieben Thesen zur Frage der Arbeiterkontrolle
(mit einer Vorbemerkung von Bodo Schulze) 171

22. 4190

Rezensionen und Hinweise:

Frithjof Schmidt, Die Metamorphosen der Revolution. Der Wandel des Revolutionsbegriffs von Blanqui bis zum Eurokommunismus, Frankfurt/Main, New York: Campus-Verlag, 1988 *(Karl Andres)* 183
Jochen Henze, Sechsstundenschicht im Ruhrbergbau 1918-1920. Ursachen und Verlauf eines Arbeitszeitkonflikts, Freiburg: Burg-Verlag, 1988 *(Wolfgang Braunschädel)* 185
Anna Larina Bucharina, Nun bin ich schon weit über zwanzig. Erinnerungen. Aus dem Russischen von Eva Rönnau, Göttingen: Steidl-Verlag, 1989
Theodor Bergmann/Gert Schäfer (Hrsg.), "Liebling der Partei". Nikolai Bucharin. Theoretiker und Praktiker des Sozialismus. Beiträge zum internationalen Bucharin-Symposion Wuppertal 1988, Hamburg: VSA-Verlag, 1989 *(Rolf Wörsdörfer)* 187
Arno Lustiger, Schalom Libertad! Juden im spanischen Bürgerkrieg, Frankfurt/Main: Athenäum, 1989 *(Johannes Materna)* 190
Martina Kirfel, Walter Oswalt (Hrsg.), Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa. Mit einem Vorwort von Robert Jungk, Wien/Zürich: Europaverlag, 1989 *(Wolfgang Braunschädel)* 191
I. Breckner/H. Heinelt/M. Krummacher/D. Oelschlägel/Th. Rommelspacher/ K.M. Schmals, Armut im Reichtum. Erscheinungsformen, Ursachen und Handlungsstrategien in ausgewählten Großstädten der Bundesrepublik, Bochum: Germinal Verlag, 1989 *(Anton Panner)* 193
Marion de Ras, Körper, Eros und weibliche Kultur. Mädchen im Wandervogel und in der Bündischen Jugend 1900 - 1933, Pfaffenweiler: Centaurus, 1988 *(Sabine Behn)* 195
Fernando Morais, Olga. Das Leben einer mutigen Frau, Köln: Volksblatt Verlag, 1989
Pino Cacucci, Tina Modotti. Ein brüchiges Leben in Zeiten absoluter Gewißheiten, Frankfurt/Main: Verlag Neue Kritik, 1989 *(Karl Andres)* 197
Dittmar Dahlmann, Land und Freiheit. Machnovscina und Zapatismo als Beispiele agrarrevolutionärer Bewegungen, Wiesbaden/Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 1986 *(Wolf Raul)* 199
Karl Otten, Geplante Illusionen. Eine Analyse des Faschismus. Mit einem Nachwort von Lothar Baier, Frankfurt am Main: Luchterhand Literaturverlag, 1989 *(Wolfgang Braunschädel)* 201
Georg K. Glaser, Geheimnis und Gewalt. Ein Bericht, Basel/Frankfurt am Main: Stroemfeld/Roter Stern, 1989 *(Wolf Raul)* 204
Kampf. Zeitschrift für - gesunden Menschenverstand. Neue Folge, Herausgeber Senna Hoy, Berlin 1904/05, Nr. 1 - 26. Herausgegeben und eingeleitet von Walter Fähnders, Vaduz: Topos Verlag, 1988 *(Wolf Raul)* 206
Gareth Stedman Jones, Klassen, Politik und Sprache. Für eine theorieorientierte Sozialgeschichte. Herausgegeben und eingeleitet von Peter Schöttler, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 1988 *(Wolfgang Braunschädel)* 208
Brigitte Seebacher-Brandt, Bebel. Künder und Kärrner im Kaiserreich, Berlin/Bonn: J.H.W. Dietz-Verlag, 1988 *(Johannes Materna)* 210
Walter Janka, Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1989 *(Johannes Materna)* 212
Hinweise 213

Zu diesem Heft

I.

Reinhart Kößler beschäftigt sich in seinem Beitrag mit Rolle und Bedeutung der Petrograder Fabrik- und Betriebskomitees in der Phase zwischen Februar- und Oktoberrevolution des Jahres 1917. Die Fabrik- und Betriebskomitees sind in der bisherigen historischen Forschung sehr unterschiedlich interpretiert worden. Zum einen - dies die libertäre Variante - wird behauptet, daß sich in ihnen eine originäre Arbeiterautonomie und -selbstverwaltung verwirklicht habe, die erst nach der Oktoberrevolution von den Bolschewiki durch die Integration in die Gewerkschaftsorganisation zerschlagen worden sei. Auf der anderen Seite wird den Komitees der Vorwurf gemacht, zur zusätzlichen Destabilisierung der schon angeschlagenen Wirtschaftslage beigetragen zu haben. Auf der Grundlage von Protokollen einiger wichtiger Petrograder Komitees, die erst seit einigen Jahren gedruckt vorliegen, versucht Kößler eine diese beiden gegensätzlichen und nicht miteinander zu vereinbarenden Interpretationen modifizierende Einschätzung der Funktion der Komitees zu geben. Diese, so seine These, haben in den fraglichen Monaten tatsächlich große Anstrengungen nicht nur hinsichtlich der Aufrechterhaltung und der Reorganisierung der Produktion, sondern insbesondere auch hinsichtlich der Arbeitsdisziplin unternommen. Eingebunden in den mehr oder weniger vorgegebenen *"industriellen Imperativ"*, in die *"Strukturen industrieller Arbeit mit ihren eingebauten Herrschafts- und Befehlsverhältnissen"*, so Kößler, ist insbesondere die Frage nach dem Verhältnis zwischen Arbeiterautonomie auf Fabrik- bzw. Betriebsebene und der Notwendigkeit zentraler Koordination neu zu stellen.

Einem weitgehend vergessenen Kapitel der deutschen Gewerkschaftsgeschichte der zwanziger Jahre widmet sich **Otto Langels** in seinem Beitrag über die "Revolutionären Industrieverbände". Bereits seit 1919 waren in Opposition zu den Freien Gewerkschaften eine ganze Reihe von gewerkschaftlichen Organisationen entstanden, teils syndikalistisch, teils unionistisch orientiert. Die Anfang der zwanziger Jahre sich herausbildenden, kommunistisch orientierten Industrieverbände mußten sich in den folgenden Jahren zum einen gegen die sich immer wieder ändernde Gewerkschaftspolitik der KPD, zum anderen gegen die im ADGB vereinigten sozialdemokratischen Gewerkschaften behaupten. Langels beschäftigt sich insbesondere mit dem 1924 gegründeten "Deutschen Industrie-Verband" und dem 1926 gegründeten "Industrieverband für das Baugewerbe". Er skizziert die Diskussionen, die das Verbandsleben bestimmten, die Schwierigkeiten, denen sich diese Verbände in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit ausgesetzt sahen und weist nicht zuletzt darauf hin, daß in diesen relativ kleinen, von fremdbestimmten Interessen unabhängigen Gruppierungen bereits frühzeitig auf die drohende Gefahr des Faschismus aufmerksam gemacht wurde.

Parteikommunistische Geschichtsschreibung hat sich seit jeher durch Verdrängung und Ausgrenzung unerwünschter oder unliebsamer Ereignisse und Personen ausgezeichnet. **Hans Schafranek** wirft in seinem Beitrag einen Blick auf Ereignisse, die in parteioffiziellen Darstellungen bis heute so gut wie nicht existent sind. Nach dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 erwies sich die Gestapo in den folgenden Jahren als außerordentlich erfolgreich bei der Zerschlagung des im Untergrund operierenden Apparates der Kommunistischen Partei Österreichs. Als besonders tragisch dabei erwies sich die

Tatsache, daß es nicht zuletzt hohe und angesehene kommunistische Funktionäre waren, die durch Verrat und ihre Zusammenarbeit mit der Gestapo zur Verhaftung von hunderten von Personen beitrugen. Schafranek deckt Zusammenhänge auf, nennt die Namen der in Frage kommenden Funktionäre und problematisiert damit auch ein Verständnis von Politik, das nicht nur in jeweils aktuellen Auseinandersetzungen, sondern auch in der nachträglichen Geschichtsschreibung die Fiktion eines kompakten, homogenen und ideologisch einheitlichen Organisationsgefüges aufrechterhält und dem ein der Realität nicht entsprechendes und dieser letztlich hilflos gegenüberstehendes Freund-Feind-Denken zugrundeliegt.

Zu den weltweit mitgliederstärksten anarchosyndikalistischen Organisationen in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts gehörte die argentinische "Federación Obrera Regional Argentina". **Willy Buschak** beschäftigt sich in seinem Beitrag über die argentinischen Bäckereiarbeiter mit einem Ausschnitt aus der Geschichte des argentinischen Anarchismus. Er umreißt die spezifische Arbeitssituation und die daraus sich ergebenden Probleme der Bäckereiarbeiter, skizziert die mühevollen und immer wieder scheiternden Organisationsversuche der "Sociedad de Resistencia Obreros Panaderos" und beschreibt die sozialen Auseinandersetzungen, die Streiks und Kampfmaßnahmen, mit denen die Bäckereiarbeiter für die Verbesserung ihrer alltäglichen Lebensumstände und ihrer Arbeitsbedingungen eintraten. Der Einfluß der anarchistischen Ideen, so Buschak, beruhte dabei nicht in erster Linie darauf, daß es sich bei den aktiven Bäckereiarbeitern durchweg um überzeugte Anarchisten gehandelt hat, sondern resultierte vielmehr daher, daß die alltäglichen Erfahrungen im Arbeitsleben, der unmittelbaren Konfrontation mit den Arbeitgebern von dem anarchistischen Gedanken der direkten Aktion am präzisesten reflektiert und umgesetzt wurden.

Gernot Volger erinnert in seinem Beitrag an einen der seinerzeit berüchtigsten Revolutionäre der zwanziger Jahre, der trotz der mehrfachen Wiederveröffentlichung seiner zuerst 1929 erschienenen Erinnerungen im historischen Bewußtsein kaum noch präsent ist. Max Hoelz hatte sich in den frühen Jahren der Weimarer Republik bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen im mitteldeutschen Raum engagiert. 1921 war er in einem damals Aufsehen erregenden Prozeß aufgrund teilweise bewußt falscher Anschuldigungen zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden. 1928 wurde er amnestiert und zog sich später in die Sowjetunion zurück, wo er aufgrund seiner öffentlich geäußerten Kritik am stalinistischen Regime 1933 ermordet wurde. Volger skizziert den Werdegang von Hoelz, erläutert die Hintergründe seines außergewöhnlichen Engagements für die sozial und politisch Deklassierten, zu deren Emanzipation er mit seinem aktiven Eingreifen in die sozialen Kämpfe beitragen wollte und plädiert für eine zumindest nachträgliche Anerkennung des Wirkens dieses vergessenen und von Parteigeschichtsschreibung nicht zu vereinnahmenden Revolutionärs.

In seiner Auseinandersetzung mit der anarchistischen und der marxistischen Staatskritik analysiert **Joachim Bruhn** die Defizite eines Staatsverständnisses, das diesen entweder als eine Kommandoinstanz jenseits einer radikalliberalen Perspektive eines nichtkapitalistischen Privateigentums oder aber als gleichermaßen neutrale wie zentral planende Instanz der Verallgemeinerung der industriellen Arbeitsverhältnisse versteht. In der Vermittlung von

Politik und Ökonomie ist der Staat jener Souverän, dem nur durch eine die Krise provozierende und auf diese hoffende Kritik der realen, staatlich vermittelten und organisierten Vergesellschaftung beizukommen ist.
Seit den frühen siebziger Jahren hat in unterschiedlichen Ausprägungen in der radikalen bundesrepublikanischen Linken ein theoretischer Ansatz Konjunktur, der im Kontext der italienischen Klassenauseinandersetzungen der sechziger Jahre entwickelt wurde. Unter dem hierzulande mittlerweile eher mythische Dimensionen erreichenden als reale Verhältnisse beschreibenden Stichwort "Autonomie" wird eine Geisteshaltung kultiviert, die von jener italienischen Realität, in der dieser Begriff seine zeitgebundene Bedeutung hatte, abstrahiert und eine inhaltlich weitgehend entleerte Begriffshülse zur Erkennungsmarke einer diffusen politischen Szenerie werden läßt. **Bodo Schulze** rekonstruiert in seinem Beitrag - basierend auf einem Vortrag, der auf einem jour fixe der Initiative Sozialistisches Forum Freiburg am 21. April 1987 gehalten wurde - jenen originären Begriff von "Autonomie", wie er in den Schriften von Raniero Panzieri, Mario Tronti und Antonio Negri entwickelt und, wie sich dabei herausstellt, inhaltlich zunehmend entleert wurde. Arbeiterautonomie, so Panzieri anknüpfend an historische Erfahrungen und entsprechende theoretische Überlegungen, zielt auf jene von der Fabrik ausgehende Selbstorganisation des Proletariats, der die Partei allenfalls zur Funktion, jedenfalls nicht zum leitenden Organ der Arbeiterklasse wird. Ein solcher Begriff von Arbeiterautonomie gewann im Kontext der italienischen Klassenauseinandersetzungen Ende der sechziger Jahre, die insbesondere durch die spezifische Binnendifferenzierung der dortigen Arbeiterklasse bestimmt waren, eine gleichermaßen kurze wie heftige Aktualität. Während dieser Hintergrund in einer ersten emphatischen Rezeption in den frühen siebziger Jahren zumindest noch adäquat nachvollzogen wurde, versteckt sich hinter dem Begriff "Autonomie" heutzutage eine in vielerlei Hinsicht fragwürdige Lebensphilosophie, die mit dem ursprünglichen Begriff nicht viel mehr als den Namen gemeinsam hat.
Die von **Raniero Panzieri** 1958 erstmals veröffentlichten Thesen zur Arbeiterkontrolle sollen - in Ergänzung zu dem Text von Bodo Schulze - noch einmal an den Ursprung und den Kontext der italienischen Diskussionen um Arbeiterautonomie erinnern und damit nicht nur die Fragwürdigkeit des heutigen Gebrauchs des Begriffs "Autonomie" deutlich werden lassen, sondern zudem sowohl zu einer historisch relativierenden Einordnung wie auch zu einer den heutigen Verhältnissen adäquaten Rezeption beitragen.

II.

Bodo Schulzes Analyse des Verfalls einer Revolutionstheorie wäre zu ergänzen durch eine eingehende Untersuchung der gegenwärtigen autonomen Szene in der Bundesrepublik. Nicht nur, daß die autonome Lebensphilosophie sich - wie Schulze aufweist - in teilweise fragwürdigen Traditionen bewegt, sollte aufhorchen lassen; bedenklicher noch erscheinen Praxis und Alltagsverhalten einer Szene, die in weiten Teilen tatsächlich, wie Schulze schreibt, längst zu einer *"gruppentherapeutischen Mammutsitzung"* verkommen ist. Solche Sitzungen bringen es mit sich, daß die "Sitzenden" sich mehr oder weniger regelmäßig ihrer

eigenen Identität versichern müssen. Im autonomen Milieu haben diese identitätsstiftende Funktion mittlerweile theoretische Versatzstücke und pseudoradikale Aktionen übernommen, die einen gleichermaßen intellektuellen wie moralischen Tiefstand im Selbstverständnis großer Teile dieser sich in linksradikalen Traditionen wähnenden Szenerie signalisieren. Während man mit der begrifflichen Trias "Patriarchat, Sexismus, Imperialismus" Geschichte in unendlicher Plumpheit sowohl zu erklären wie aus den Angeln zu heben gedenkt, scheut man im tagtäglichen Kleinkrieg - der intensiveren Identitätsstiftung halber vorwiegend im engeren linken Milieu geführt und in gewisser Weise wohl auch als Aufstand postrevolutionärer Kinder gegen eine in schlechtem Sinne mystifizierte 68er Elterngeneration interpretierbar - vor Denunziationen und/oder direkter Gewaltanwendung nicht zurück. Beispiele solcher indiskutablen "autonomen Aktionen" - mittlerweile oft genug und auch mit vollem Recht in den Kontext faschistoider oder faschistischer Praktiken gestellt - ließen sich zur Genüge zitieren; erinnert sei an dieser Stelle nur an zwei sozusagen exemplarische Aktionen, die auch überregional auf die erschreckenden Mentalitäten und Mechanismen autonomer Milieus aufmerksam gemacht haben. Zum einen an jene in der autonomen Szene sogenannte "Kübelaktion" vom Herbst 1987, bei der in Berlin-Kreuzberg ein von Brigitte und Hartmut Bitomsky geführtes Restaurant nach wochenlangem Terror und nachdem Brigitte Bitomsky zwischenzeitlich auch schon mal vor ein sogenanntes "Volksgericht" gestellt worden war, demoliert wurde und zwar mit der das Gemüt dieser Szene treffend kennzeichnenden schlichten Begründung, es sei ein "Schickimicki"-Restaurant. Einmal abgesehen davon, daß jene autonomen Herrschaften wohl besser daran getan hätten , sich jene Filme von Hartmut Bitomsky anzusehen, in denen er sich mit bestimmten Aspekten des Nationalsozialismus auseinandersetzt, bestätigt die autonome Szene mit einer solchen in entsprechende Infrastrukturen eingebetteten Aktion wieder einmal die Vermutung, daß die Lust am identitätsstiftenden Terror tatsächlich vor keinem Irrsinn zurückschreckt. Zum anderen sei erinnert an jene "Bildersturm"-Aktion vom August 1989, bei der die "Galerie Abriß" von autonomen Aktivisten aus der Hamburger Hafenstraße demoliert wurde, weil ihnen die ausgestellten Bilder der Fotografin Krista Beinstein nicht in ihr heiles "Sexismus"-Weltbild paßten. Daß sie sich mit einer solchen Aktion, die ganz nebenbei auch Ausdruck eines seit geraumer Zeit in feministischen und autonomen Kreisen Furore machenden neuen Puritanismus ist, in Traditionen bewegen, die mit dem Kampf gegen "Schmutz und Schund" um die Jahrhundertwende einen ersten Höhepukt erreichten, um schließlich in der Vernichtung sogenannter "entarteter Kunst" in den Jahren nach 1933 zu kulminieren, scheint den unbedarft vor sich hin agierenden und offensichtlich von jeglichem historischem Wissen unberührten Autonomen nicht bewußt zu sein.

Mittlerweile haben auch zwei "Archiv"-Redakteure, die Lektorin des Germinal Verlages sowie mehrere Bekannte aus ihrem Umkreis erfahren müssen, was es bedeutet, in die Netze autonomer Politikformen zu geraten. Im Frühjahr 1989 hatte eine allen Betroffenen bekannte Frau zwei kurze Buchrezensionen zum Abdruck in Heft 9 des "Archiv" vorgelegt. Schon nach einer ersten Lektüre zeigte sich, daß beide Texte überarbeitet werden mußten. Im Fall jener Rezension, die, wie sich später zeigte, in gewisser Weise noch Geschichte machen sollte, sah

sich der redigierende Redakteur sogar genötigt, das rezensierte Buch erst einmal selbst zu lesen, da es ihm beim besten Willen nicht gelang, von der ihm vorliegenden Rezension auf den Inhalt des Buches zu schließen. Während der Diskussion speziell über diese Rezension gewann die Autorin offensichtlich den Eindruck, daß ihre Texte mit *"sexistischer Gewalt"* umgearbeitet werden sollten; jedenfalls trat sie mit eben diesem Vorwurf, der ihr, dies sei hier zum besseren Verständnis nur angemerkt, ganz beiläufig auch ermöglichte, eine kriselnde Beziehung zu einem "Archiv"-Redakteur auf in gewissen Milieus offensichtlich zeitgemäße Art und Weise einem Ende zuzuführen, an die linke, insbesondere autonome Öffentlichkeit. Im Laufe der von ihr initiierten und sich in wechselnder Intensität über Wochen und Monate erstreckenden Denunziationskampagne wurden u.a. Autos und Hauswände mit verleumderischen Parolen beschmiert, an Hausbewohner wurden in bester Blockwart-Manier denunziatorische Flugblätter verteilt, an einem Auto wurden die Bremsen demoliert, eine Fensterscheibe einer Privatwohnung wurde eingeworfen, die Lektorin des Germinal Verlages wurde von vier Frauen - darunter die Autorin - auf offener Straße überfallen und ihrer Brille beraubt, zahlreiche Flugblätter sollten aufklärend wirken und zeugten dann doch nur vom schlechten Geschmack und schlechten Stil der für ihren Inhalt Verantwortlichen und nicht zuletzt erreichten Arbeitgeber und Arbeitsamt mehrere vor unerhörten Unterstellungen strotzende Denunziationsschreiben, in denen u.a. explizit dazu aufgefordert wurde, laufende Arbeitsverträge der Denunzierten zu kündigen; Aktionen und Denunziationen, die auch juristische Konsequenzen nach sich gezogen haben. Den eigentlichen Höhepunkt erreichte die Denunziationskampagne jedoch erst ein halbes Jahr nach ihrem Beginn mit einem Akt, der dem Ganzen gewissermaßen eine Wendung ins Absurde gab: In Heft 32 des "Schwarzen Faden", jener anarchistischen "Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit" aus den ländlichen Gefilden Baden-Württembergs, wurde jene im Frühjahr so heiß diskutierte Rezension der zwischenzeitlich auf so außerordentliche Art und Weise aktiven Autorin veröffentlicht, wobei nicht vergessen werden soll, daß die redaktionell für den "Schwarzen Faden" Verantwortlichen über die laufende Denunziationskampagne in allen Einzelheiten informiert waren. Jene Rezension, die in der genannten Ausgabe des "Schwarzen Faden" abgedruckt wurde, entsprach allerdings zum nicht geringen Erstaunen nicht nur der von der Denunziationskampagne Betroffenen nicht etwa dem von der Autorin im Frühjahr vorgelegten Text, sondern jener von der "Archiv"-Redaktion redigierten Fassung, die der Autorin seinerzeit angeblich mit *"sexistischer Gewalt"* abgerungen worden war.

Aber auch diese Wendung ins offensichtlich Absurde hielt ein Häuflein autonomer Hardliner nicht davon ab, ihre in ihrem Hausblättchen "Auf-Ruhr" seit mittlerweile zwei Jahren gepflegte Tradition einer - und dies ist, man mag es auch nach mehrmaligem Hinsehen kaum glauben, positiv gemeint - *"denunziatorischen berichterstattung"* in übelster Manier fortzusetzen. In Heft 8 vom September/Oktober 1989 wurde die Denunziationskampagne in einer sogenannten Dokumentation aufgegriffen, wobei sich Verdrehungen, schlichte Lügen und Falschmeldungen in derartiger Häufung abwechselten, daß allein eine Richtigstellung eine eigene Ausgabe des "Auf-Ruhr" erfordern würde; besonders erwähnenswert ist z.B., daß die Redaktionsmänner es wohlweislich unterließen, beim Abdruck des Flugblattes eines Bochu-

mer Kulturzentrums ihrer Leserschaft auch jene Passage mitzuteilen, in der von dem Überfall auf die Lektorin des Germinal Verlages die Rede ist - eine Aktion, die ganz offensichtlich nicht ins heile sexistische Weltbild der ausschließlich aus Männern sich zusammensetzenden Redaktion paßte und aus diesem Grunde schlicht unterschlagen wurde. Ganz beiläufig führt sich mit dieser Vorgehensweise auch eine in autonomen Kreisen beliebte Argumentation ad absurdum, derzufolge einer Frau das jeweilige Definitionsrecht über das, was als Sexismus zu verstehen ist, alleine zusteht und ihr konsequenterweise alle diesbezüglichen Behauptungen immer und in jedem Fall zu glauben sind. Eine Logik, die beliebigen Denunziationen Tür und Tor öffnet und bei sich widersprechenden Behauptungen zweier Frauen schlicht und einfach nicht mehr funktionieren kann - wie die autonomen Männer im hier geschilderten Fall zu ihrem Leidwesen erfahren mußten.

In dem erwähnten Flugblatt des Bochumer Kulturzentrums war der sogenannten autonomen Männergruppe im Zusammenhang ihrer aktiven Beteiligung an der Denunziationskampagne u.a. die Verbreitung *"latent faschistische(n) Gedankengut(s)"* vorgehalten worden. Diesen Vorwurf konterten die autonomen Männer in ihrem "Auf-Ruhr" unter Rückgriff auf die oben erwähnte sogenannte "Kübelaktion", die in diesem Zusammenhang wieder einmal zu einer Hetze gegen die *"linksliberale szene"* benutzt wurde, mit einer in peinlicher Weise selbstentlarvenden Polemik: *"was die kritisierte aktion mit den massenmorden im faschistischen deutschland zu tun haben könnte, ist ganz egal."* So *"egal"*, wie die Helden des autonomen Widerstandes sich dies vorstellen, ist es eben nicht; mit der dumpfen Selbstgefälligkeit, mit der hier nicht einmal das Niveau der hausbackenen Komintern-Faschismustheorie erreicht wird, Faschismus letztlich auf Auschwitz reduziert wird, bewegt sich dieser autonome Antifaschismus auf genau jenem Niveau bürgerlicher Faschismusrezeption, die schon seit jeher vom Faschismus nicht mehr in den Blick bekommen wollte als eben jene Massenmorde, von denen zu distanzieren schließlich nicht einmal Schönhuber und seinem Anhang schwerfällt. Aber man darf wohl vermuten, daß die Ausblendung jenes Prozesses, der erst zu Auschwitz geführt hat, mit jener autonomen Unfähigkeit zur Selbstreflexion konform geht, die nicht willens oder nicht in der Lage ist, eigene Handlungs- und Denkstrukturen auf ihre möglicherweise fragwürdigen Apologien hin zu untersuchen. Den autonomen Milieus, die immer noch - gerade auch bei der nichtautonomen Linken - mit dem Nimbus des kompromißlosen antistaatlichen und sozialrevolutionären Engagements umhüllt sind - ein Nimbus, der ihnen von staatlicher Seite und von der bürgerlichen Presse immer wieder bestätigt wird, eine Bestätigung im übrigen, die nicht zuletzt ein dringend benötigter Stützpfeiler der innerautonomen Identitätsstiftung ist - wäre dringend anzuempfehlen, jene Handlungs- und Denkstrukturen, die Auschwitz erst möglich gemacht haben, einmal in Beziehung zu setzen zu jenem selbstgefälligen Aktionismus, in dessen Ausübung man sich so sehr gefällt.

Im gleichen Heft des "Auf-Ruhr" haben sich die autonomen Kämpfer für eine neue Ordnung in einem weiteren Fall der von ihnen bevorzugten *"denunziatorischen berichterstattung"* gegenüber *"identifizierten"* und *"konfrontierten"* Zeitgenoss(inn)en einem Kollegen aus den eigenen Reihen zugewandt. Da dieser Fall den geistigen Standard dieses Milieus gleichermaßen skizziert wie karikiert und zudem nicht nur diese spezifische Art und Weise aufklärender

"denunziation" in aller Kürze exemplarisch dokumentiert, sondern auch noch verdeutlicht, was man sich unter der Umschreibung *"gruppentherapeutische Mammutsitzung"* u.a. vorzustellen hat, sei eine längere Passage um eines besseren Verstehens willen zitiert. Der fragliche Kollege *"hatte herausgefunden, das 'er' im Frauenladen 'diskutiert' wird. Daraus und aus anderen 'zwischenmenschlichen Effekten' folgte für ihn der Schritt - 'weil der Vorwurf der Vergewaltigung möglich ist' - sich aus der Szene zu verabschieden"*. Ein Abschied, der diesem Herrn aber offensichtlich schwer gefallen, jedenfalls nicht gelungen ist. Schließlich ließ er sich doch dazu breitschlagen, ein natürlich selbstkritisches (der inflationäre Gebrauch des aus stalinistischen und maoistischen Zusammenhängen unrühmlich bekannten Begriffs der Selbstkritik in der autonomen Szene wäre einer eigenen Betrachtung Wert) Papier zu verfassen, in dem er *"seine 'patriarchale Normalität'"* erläuterte und u.a. erklärte, *"wie der Abzock bei ihm funktioniert"* - eine Erläuterung, die unsere aufrecht männlichen Kämpfer sicherlich nicht als Anleitung mißverstanden haben. Jedenfalls *"wurde (dieses Papier) in der Männergruppe diskutiert und es wurden viele Gemeinsamkeiten festgestellt. Gemeint ist damit der von ihm beschriebene Prozess der 'initialen Passivität' in der Beziehung zu einer Frau, d.h. sich in der Sexualität zurückzunehmen, um dann doch zu kriegen was mann braucht und der ablaufende ungleiche Gefühlsaustausch. Letztlich gipfelte das Papier jedoch in der Feststellung, das seine Heterosexualität an sich wäre sein patriarchaler Angriff auf Frauen. Er wüßte nicht was sein (ja zurückgehaltener) aktiver Sexismus (im Kopf?) ist, dies erschien vielen unglaubwürdig. Ergebnis dieser Debatte mit bzw. ohne* (X) *war die Aufforderung an ihn, zu einigen Fragen weiter Stellung zu nehmen. In diese Situation platzte dann die 'Identifizierung'. Der (vermutliche) Stand der Dinge ist jetzt der, daß ein Teil der Frauen ihn als Vergewaltiger bezeichnet und ein anderer Teil nicht."* Wer nach der Lektüre dieser hier originalgetreu wiedergegebenen Sentenzen glauben sollte, er habe sich in die Abgründe einer ganz nebenbei den Umgang mit der deutschen Sprache persiflierenden Schmierenkomödie verirrt, hat es bisher vermutlich unterlassen, den geistigen und praktischen Exzessen der autonomen Szene die dringend notwendige Aufmerksamkeit zu widmen.

Im Editorial der mittlerweile erschienenen Ausgabe 10 des "Auf-Ruhr", der die in Heft 8 aufgegriffene Denunziationskampagne mit neuen haarsträubenden Geschichten aus dem autonomen Märchenland fortführt, kommen die offensichtlich ins Theologische abgleitenden Redakteure zu der bemerkenswerten Erkenntnis, daß die Existenz ihres Zentralorgans *"ein politisches, persönliches, redaktionelles und finanzielles wunder"* ist. Bei so viel Glaubenskraft ist es dann allerdings gar nicht verwunderlich, daß ihr Blättchen *"ohne bewegung und ohne umfeld"* für den Rest der Menschheit *"anscheinend so notwendig wie ein blinddarm"*, also schlichtweg überflüssig ist. Nicht einmal die nagende Kritik der Mäuse mag sich mit diesem *"wunder"*, das auch schon mal als *"mogelpackung"* daherkommt, anfreunden: *"In einer bahnhofskneipe"*, so konnten die Redakteure beobachten, *"verschimmelt die zeitung in der ecke"*. Aber unsere aufrecht männlichen Redakteure leisten auch dem Schimmel autonomen Widerstand: *"Wir machen weiter"*, denn, so die bemerkenswert luzide Begründung, *"das projekt zeitung"* hält *"uns politisch am kacken"*.

Als Resultat dieser heroischen Anstrengung muß man wohl auch jenen Biologismus werten, der politisches Denken und Handeln aus dem Widerspruch zwischen Mann und Frau ableitet: *"was wir jedoch sind, und was uns mit allen männlichen faschisten eint..., ist unser sexismus"*. Der Logik dieser Argumentation zufolge dürfte sich für die "Auf-Ruhr-Männer" demnächst die Organisationsfrage aus ganz neuer Perspektive stellen.

Die hier erwähnten Aktivitäten inklusive der in autonomen Kreisen zum Ritual gewordenen sogenannten Selbstkritik, die nichts anderes beinhaltet als die gegenseitige Anerkennung und Bestätigung, daß man dazugehört, sind durchaus keine Einzelbeispiele, sondern stehen für einen längst zur Normalität gewordenen autonomen Alltag. Der Begriff Autonomie, dem im Kontext der italienischen Diskussionen der sechziger Jahre und durchaus auch noch für die erste Phase der bundesrepublikanischen Rezeption Anfang der siebziger Jahre eine relativ präzise zu bestimmende Bedeutung zugesprochen werden kann, hat sich in den heutigen autonomen Milieus längst zu einer weitgehend nur noch sozialpsychologisch zu verstehenden Kategorie verflüchtigt. In ihr erkennt sich jene pseudorevolutionäre Scheinradikalität wieder, die offensichtlich nicht die analytische Fähigkeit besitzt, sich mit den gegenwärtigen Verhältnissen auf eingreifende Art und Weise auseinanderzusetzen, stattdessen dem irrigen Glauben anhängt, sich aus diesen Verhältnissen mit schlichtem Aktionismus, der sich immer wiederkehrender Gesten und Rituale bedient, autonom entfernen zu können.

Die Radikalität, die sich in solcherlei hier exemplarisch geschilderten Aktionen und Denunziationen äußert, wäre auf ihren Gehalt hin einmal näher zu untersuchen; als Radikale haben sich in diesem Jahrhundert schließlich viele bezeichnet, nicht alle aber gehören in die Geschichte jenes Linksradikalismus, der sich seit Anfang der zwanziger Jahre in kritischer Distanz zum autoritären Marxismus stalinistischer Provenienz und in teilweiser Annäherung an anarchistische Traditionen herausgebildet hat. Man darf wohl vermuten, daß der Mythos "Autonomie" bei näherer Betrachtung seiner gegenwärtigen Strukturen in sich zusammenbricht: Die autonomen Milieus sind nichts anderes als ein avancierter Ausdruck jenes gesellschaftlichen Elends, als dessen avantgardistische Aufhebung zu sehen die Autonomen sich angewöhnt haben.

Autonome Geschichtsschreibung, wie sie exemplarisch z.B. in Heft 14 der "Autonomie" vorgeführt wurde, gewinnt in diesem Zusammenhang jenen ideologischen Charakter, der in ihr immer schon vermutet werden durfte. Das Hohelied auf die Sozialrevolten, das dort angestimmt wurde, gerät einer der Materie nicht gewachsenen und allenfalls der Selbstbestätigung dienenden Rezeption zur wissenschaftlich scheinbar abgesicherten ideologischen Einstimmung auf jene autonome Radikalität, deren Weltbild in der die angeschlagene Psyche stabilisierenden Dichotomie von "unten" und "oben" aufgeht. Die historisch scheinbar abgesicherte *"Verdichtung einer sozialrevolutionären politischen Linie"* realisiert sich dann tatsächlich *"in der Inanspruchnahme eines Gewaltrechts"*, das sich der Notwendigkeit von Vermittlungen nicht nur nicht mehr bewußt ist, sondern solche auch überhaupt nicht mehr anstrebt. Die Geste, mit der sogenannte Erkenntnisse in sogenannte Politik transformiert werden, zielt auf unmittelbare Zustimmung oder Ablehnung. *"Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen*

lassen, ist die Unterscheidung von F r e u n d und F e i n d", dekretierte Carl Schmitt ein Jahr vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten und man darf wohl annehmen, daß diese Bestimmung des Politischen, derzufolge Identitätsbildung nur über Ausgrenzung funktioniert, in den autonomen Milieus auf einen fruchtbaren Boden gefallen ist.

III.

Im folgenden drucken wir eine Presseerklärung der "Edition ID-Archiv im IISG" ab. Das "ID-Archiv" existiert seit 1981 und ist hervorgegangen aus dem Nachlaß der von 1973 bis 1981 wöchentlich in Frankfurt erschienenen Zeitschrift "Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten". Nachdem die Arbeit des "ID-Archivs", nicht zuletzt aus finanziellen Gründen, in Frankfurt nicht mehr fortgesetzt werden konnte, fand es im Juni 1988 eine neue Unterkunft im renommierten "Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis" (IISG) in Amsterdam. Neben der Hauptarbeit des "ID-Archivs", der Sammlung und Archivierung von Materialien (Zeitschriften, Zeitungen, Flugblätter, Broschüren etc.) zur Geschichte der bundesrepublikanischen Linken, erscheinen in der "Edition ID-Archiv im IISG" Dokumentationen und Bibliographien sowohl zur Geschichte der bundesrepublikanischen Linken als auch zu aktuellen politischen Ereignissen und Auseinandersetzungen.
Mit den in der Presseerklärung angesprochenen Durchsuchungsaktionen betritt das BKA gleichermaßen ausgetretene wie unrühmliche Pfade. Auch wenn diesen Herren des Morgengrauens der direkte Zugriff nach Amsterdam (noch) verwehrt ist, sollte man sich bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß ein solcher Versuch von deutscher Seite aus schon einmal erfolgte. Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die Niederlande kam ein SS-Obersturmführer Dr. Prinzing in einem Memorandum über das IISG vom 24. August 1940 zu der bemerkenswerten Erkenntnis, *"dass sich das Institut kraft seiner glänzenden Verbindungen zu allen marxistischen und anarchistischen Gegnergruppen eine zentrale Stellung für die gesamte Linksbewegung in der erstaunlich kurzen Zeit von nur vier Jahren erwerben konnte"*. Angesichts der Vorstellung, daß in Amsterdam *"die Zentrale zur Zusammenfassung aller Kräfte des Marxismus ausserhalb der Sowjetunion aufgebaut werden (sollte)"* verwundert es nicht, daß in dieser Sichtweise *"der Aufbau einer schlagkräftigen und weltumfassenden Organisation erst durch den Einmarsch in Holland unterbrochen wurde"*. In einem *"zusammenfassende(n) Vorschlag"* dieses Memorandums wird schließlich die *"vorläufige Durcharbeitung der hier vorhandenen Materialien zwecks Feststellung von Verbindungen zwischen den einzelnen Gegnergruppen"* gefordert und als *"endgültiger Verwendungszweck"* festgehalten: *"Materialgrundlage für das SD-Hauptamt zwecks Erkenntnis der Linksbewegungen"*. Man muß wahrlich nicht jenem Politikverständnis anhängen, das in der "radikal" oder in sonstigen Zeitungen und Zeitschriften dokumentiert und zur Kenntnis gebracht wird, um jener offensichtlich sehr zielbewußten und äußerst fragwürdigen Verwechslung von Dokumentation und Politik kritisch gegenüberzustehen, wie sie nicht nur in dem Memorandum des SS-Obersturmführers, sondern auch in der im folgenden Text beschriebenen Aktion des BKA zum Ausdruck kommt.

Edition ID-Archiv im IISG/Amsterdam
(BRD-Adresse für ID Publikationen)
c/o AurorA
Knobelsdorffstr. 8
1000 Berlin 19
030/3227117

PRESSEERKLÄRUNG *Berlin, 3. 11. 1989*

Ein Interview und seine Folgen

Am 2. 11. 1989 fand zeitgleich in Berlin und Siegen eine vom BKA (Bundeskriminalamt) inszenierte Durchsuchungsaktion bei der "AurorA Verlagsauslieferung", der Verlagsadresse der "Edition ID-Archiv im IISG" sowie der "Winddruck - Druckerei" statt. Beschlagnahmt wurden dabei Geschäftsunterlagen zu der Broschüre "radikal 1984 - 1989 - Ein Interview", ein vom ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte /Amsterdam schriftlich geführtes Interview mit einigen MacherInnen der seit 5 Jahren illegalisierten Zeitschrift RADIKAL.

In dem Beschluß des Ermittlungsrichters beim OLG (Oberlandesgericht) Stuttgart vom 20. 10. 89 wird gegen die RADIKAL Nr. 137/Mai 1989 nach Paragraph 129a StGB wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung ermittelt.

Anlaß für die mit rund 30 Staatsschützern durchgeführten Aktionen gegen die "Edition ID-Archiv im IISG", die "Winddruck - Druckerei" und die "AurorA Verlagsauslieferung" ist, daß die vom ID-Archiv herausgegebene Broschüre zusammen mit einigen Exemplaren der RADIKAL Nr. 138 verschickt worden sein soll. Bemerkenswert ist die Schlußfolgerung der Ermittlungsbehörden, daß die Herausgeber des Interviews identisch mit den Verfassern, Herstellern, Vertreibern der RADIKAL sein sollen. Laut Beschluß des OLG Stuttgart liegt die Annahme nahe, "daß über diesen bereits einschlägig bekannt gewordenen Verlag nicht nur die Ausgaben 'radikal 1984 - 1989 - Ein Interview' und RADIKAL Nr. 138 vertrieben worden sind, sondern auch frühere RADIKAL - Ausgaben, insbesondere die unmittelbar erschienene und hier in Frage stehende Ausgabe Nr. 137".

Nach dem gleichen Schema werden der Druckerei sowie der Verlagsauslieferung eine Mitarbeit an der RADIKAL unterstellt. Seit 5 Jahren existiert die Zeitschrift RADIKAL trotz staatlicher Verfolgung, anscheinend genügt in diesem Fall die inhaltliche Auseinandersetzung in der Form eines schriftlichen Interviews über Sinn und Zweck illegaler Zeitungsproduktion, um in den Verdacht zu geraten, an Herstellung und Verbreitung der Zeitschrift beteiligt zu sein.

Gegen die Broschüre "radikal 1984 - 1989 - Ein Interview" selbst wird nicht ermittelt. Sie ist, in der 3. Auflage, trotz Kriminalisierung und Einschüchterung weiterhin öffentlich in Buchläden erhältlich.

Edition ID-Archiv im IISG
AurorA Verlagsauslieferung

P.S.. Bei weiterem Interesse zum Thema: Im September erschien in der Edition ID-Archiv das Buch "Schwarze Texte - Politische Zensur in der BRD - 1968 bis heute".

Reinhart Kößler

Überstunden für die "Aurora".
Betriebskomitees in der Petrograder Rüstungsindustrie 1917 zwischen Betriebsräson und Selbstbestimmung*

Die hervorstechende Rolle der Fabrik- und Betriebskomitees (fabrično-zavodskie komitety, kurz fabzavkomy) in den Kämpfen zwischen den beiden Wendepunkten der russischen Revolution 1917 im Februar und Oktober ist frühzeitig wahrgenommen worden. Ihnen wurde aus unterschiedlicher Perspektive und dementsprechend mit sehr auseinandergehenden Wertungen eine zentrale Rolle beim Sturz der Provisorischen Regierung im Oktober zugeschrieben. Einerseits wurde ihnen zur Last gelegt, entscheidend zur Desorganisation der Wirtschaft beigetragen zu haben; andererseits wurden die fabzavkomy gerühmt als Bastionen der Arbeiterautonomie und Selbstverwaltung. Vor dem Oktoberumsturz waren zumindest sehr viele der wichtigeren Komitees wesentliche Stützpunkte der Bol'ševiki ; danach wurden sie schnell der Gewerkschaftsorganisation untergeordnet, die für den Parteiapparat leichter zu kontrollieren war. Dieser Umstand war seinerseits Anlaß zu Behauptungen über Antizentralismus oder Partikularismus, die sich angeblich aus der Organisationsform nach einzelnen Fabriken ergaben; umgekehrt wurde die Entwicklung nach dem Oktober als Beleg für die Gegnerschaft der Bol'ševiki gegen wirkliche Arbeiterkontrolle geltend gemacht.

Aus den Protokollen einiger wichtiger Petrograder Komitees, die vor relativ kurzer Zeit veröffentlicht wurden,[1] ergeben sich deutliche Modifikationen dieser weit verbreiteten Sichtweise. Auf Grund meiner Ergebnisse ist sowohl die romantische Version zu kritisieren, nach welcher die fabzavkomy Arbeiterautonomie verkörpert hätten, wie auch die Vorstellung einer hauptsächlich chaotisierenden Kraft, welche den normalen Betrieb in den Fabriken unterminiert und weiterreichende ökonomische Beziehungen aufgelöst habe.

Vielmehr sahen sich die Betriebskomitees bei ihren erheblichen Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Produktionsprozesses mit zwei entscheidenden Problemkreisen konfrontiert: Zum einen waren dies Probleme, wie sie jede revolutionäre Situation mit sich bringt, die wesentlich umfassende Neu-Organisation in gesellschaftlichem Maßstab bedeutet, im konkreten Fall aber auch den vielfach beschworenen "Boykott" der Fabrikherren einschloß; auf der anderen Seite stand die tatsächliche Disziplinlosigkeit der Belegschaften, d.h. derer, welche die fabzavkomy vertraten. Im Kampf dagegen entfalteten die Komitees ihre größte Effizienz.

Dementsprechend kam in der unmittelbar auf den Oktober folgenden Periode auch keineswegs ein Anti-Zentralismus der Komitees zum Zuge, sondern es traten andere schwerwiegende Beschränkungen ihrer Aktionsmöglichkeiten ein, die schnell zu ihrem Verschwinden als selbständige soziale und politische Kraft führten. Die wesentlichste dieser Schwierigkeiten war m.E. das allgemeine Problem, das sich Versuchen entgegenstellt, auf der Grundlage industrieller Betriebe und der dort materiell installierten Produktionsprozesse gesellschaftliche

Verhältnisse zu entwickeln, welche die alten, auf Befehl und Gehorsam beruhenden industriellen Produktionsbeziehungen transzendieren.
Nach einem kurzen Blick auf den gegenwärtigen Diskussionsstand und einigen Hinweisen auf die spezielle Bedeutung Petrograds für die russische Revolution möchte ich relativ detailliert auf die Rolle der Komitees als revolutionäre Akteure eingehen; dabei geht es mir insbesondere um die Anstrengungen, welche die fabzavkomy in einigen großen Petrograder Betrieben zwischen März und Oktober 1917 zur Aufrechterhaltung und Reorganisierung der industriellen Produktion, jedoch vor allem der industriellen Arbeitsdisziplin unternahmen. Daraus lassen sich einige Schlußfolgerungen hinsichtlich des Potentials der Betriebskomitees zu gesellschaftlicher Innovation wie auch auf ihre Grenzen ziehen. Letzteres gilt besonders für das Schicksal der Komitees in der Zeit nach dem Oktober 1917. Hier geht es mir vor allem um das bolschewistische Projekt einer proletarischen Diktatur und damit einer bestimmten Vorstellung von sozioökonomischer Entwicklung in ihrer Beziehung zu den Komitees und verschiedenen Plänen und Ansprüchen im Bereich der Selbstverwaltung und Arbeiterkontrolle.

1. Perspektiven und Interpretationen

Die Fabrik- und Betriebskomitees des Jahres 1917 und in der Folgezeit waren seit den frühen 1920er Jahren Gegenstand historischer Forschung in der Sowjetunion. Die sowjetische Forschung richtete ihr Hauptaugenmerk von Beginn an auf die Legitimierung der tatsächlich eingetretenen Entwicklung; dies bedeutet in erster Linie die Interpretation der Absorbierung der fabzavkomy in die Gewerkschaften als konsequente Fortentwicklung der revolutionären Bewegung von 1917. Ähnliches gilt für die spezifische Form der "Arbeiterkontrolle" als Unternehmen des sowjetischen Staatsapparats, wie sie kurz nach der Oktoberrevolution zustandekam. Diese Linie wird auch noch in neueren Publikationen beibehalten.[2]
Die westliche Forschung speziell zu den Fabrikkomitees ist bisher nicht sehr umfangreich. Natürlich gehen viele allgemeinere Arbeiten über die russische Revolution, das Sowjetsystem oder über Gewerkschaften und Arbeiterkontrolle mehr oder weniger ausführlich auch auf die Komitees ein. Dabei finden sich die oben bereits angesprochenen Tendenzen mit ihren auf der Hand liegenden politischen Implikationen: Die Betonung der angeblich zerstörerischen Wirkung der fabzavkomy für die Wirtschaft geht oft einher mit der Behauptung, die bolschewistische Strategie habe eben dies beabsichtigt und verbindet sich im allgemeinen mit kritischer oder offen feindseliger Haltung nicht nur gegenüber den Bol' ševiki , sondern generell gegenüber der revolutionären Bewegung.[3] Andere haben eher auf die enge Verbindung zwischen der Wirtschaftskrise, dem Anstieg der revolutionären Welle und der Desorganisation vieler Aspekte der täglichen Routine, zumal im ökonomischen Bereich, verwiesen.[4] Wieder andere betrachten die fabzavkomy als wichtigste Stütze von Arbeiterautonomie sowohl vor wie nach dem Oktoberumsturz (bes. Brügmann 1972); eine ähnliche Sichtweise ist häufig in anarchistischen oder syndikalistischen Darstellungen anzutreffen, die zur Stärkung ihrer Argumentation besonderes Gewicht auf die Betriebskomitees legen.[5]

In neuerer Zeit wurde die Rolle der fabzavkomy im Kampf gegen die tatsächlich vonstatten gehende Desorganisation etwas ausführlicher thematisiert. Die Ergebnisse beziehen sich auf einen weiterreichenden Fragenkreis, in dem die Betriebskomitees eher im Hintergrund stehen; doch entsprechen sie weitgehend meinen eigenen Überlegungen,[6] die freilich in weit stärkerem Maße die spezifische Institution der Betriebskomitees in den Mittelpunkt rücken. Mit der Konzentration auf die innere Arbeitsweise einiger Petrograder Betriebskomitees möchte ich zu einem besseren Verständnis dessen beitragen, *"wie die Betriebskomitees organisiert waren"*; bis vor relativ kurzer Zeit galten die Darstellungen hierzu zumindest in westlichen Sprachen als *"dürftig"* (Sirriani 1982, S. 29).

2. Der Schauplatz

St. Petersburg, das bei Kriegsausbruch 1914 in Petrograd umbenannt wurde, war Ausgangs- wie Knotenpunkt der russischen Revolutionen von 1905 und 1917. Die Stadt war nicht nur die Verwaltungszentrale des Russischen Reiches, sondern vor allem das Symbol und Zentrum der Modernisierungsanstrengungen in Rußland (vgl. Berman 1987, Kap. IV). Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war ihre Rolle als politisches und gesellschaftliches Zentrum des Landes ergänzt worden durch die Entwicklung einer bedeutenden Industrie, die sich in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg noch weiter verstärkt hatte. In St. Petersburg konzentrierte sich frühzeitig ein industrielles Proletariat, und hier kam es zur ersten unabhängigen Arbeiterbewegung in Rußland (s. Zelnik 1970).

Im Verlauf zweier Revolutionen entstanden hier neuartige Formen sozialer Organisation: 1905 wurde der St. Petersburger sovet, der allerdings in den Provinzen etwas ältere Vorgänger hatte, zum Brennpunkt der revolutionären Bewegung; 1917 wurde die sovet-Idee wiederaufgenommen, daneben aber entstanden die Fabrik- und Betriebskomitees als Organisationen der Arbeiter in den Betrieben selbst. Beide aus revolutionären Situationen hervorgegangenen Institutionen breiteten sich schnell in andere Teile des Reiches aus (vgl. Hasegawa 1981, Kap. 17).

Die Petrograder Erfahrung war demnach entscheidend und beispielgebend für das übrige Rußland. Zugleich wichen die Verhältnisse hier offenkundig vom statistischen Durchschnitt ab. Vor allem bildete das Industrieproletariat innerhalb des Russischen Reiches nur eine winzige Minderheit, *"eine kleine Insel mitten im Ozean"* (Gorkij 1974, S. 75). 1913 hatte es nach großzügigen sowjetischen Berechnungen gerade etwas über 4 Millionen Menschen umfaßt,[7] ca. 2 % der Gesamtbevölkerung. Diese Arbeiter waren in Städten und Industrierayons konzentriert und zugleich in ausgesprochen großen Betrieben beschäftigt (Ivanova 1987, S. 55-91). Die bedeutendste dieser Konzentrationen war St. Petersburg, wo 1914 242.000 Fabrikarbeiter lebten, bei einer Gesamteinwohnerzahl von 2,21 Millionen. 107.600 dieser Arbeiter waren in der Metallindustrie beschäftigt (Rašin 1940, S. 178f). Während des Krieges stieg bis 1917 die Zahl der Fabrikarbeiter innerhalb des eigentlichen Stadtgebietes auf 392.000 und unter Einschluß der Außenbezirke auf 417.000 an (Stepanov 1965, S. 209).

Diese letzten Zahlen zeigen einen gewaltigen Zustrom von Arbeitern während des Krieges. Das war typisch in zweierlei Hinsicht: Zunächst hatte St. Petersburg immer zahlreiche, meist ländliche Migranten angezogen, und ferner waren seine Industriestruktur und die Verteilung der Arbeitskräfte durch ein deutliches Übergewicht der Metallverarbeitung und besonders der Rüstungsproduktion geprägt (vgl. Smith 1986, S. 7-12). Nimmt man die Auswirkungen der militärischen Mobilisierung während des Krieges hinzu, so ergibt sich zwischen 1914 und 1917 eine starke Fluktuation. Dennoch läßt sich zeigen, daß ein "Kader" von 40-52 % der Belegschaftsstärke intakt blieb; diese Gruppe verfügte über Fertigkeiten und Kenntnisse, die zur Aufrechterhaltung der Produktion unerläßlich waren und garantierte zugleich ein hohes Maß an Kontinuität der Erfahrung mit gewerkschaftlichen und politischen Aktionen.[8] Damit war zugleich ein Anschluß an die starke bolschewistische Strömung gegeben, die sich unmittelbar vor dem Krieg verstärkt hatte (vgl. Bonnell 1983, S. 393-398, 435-438). Die zusätzlich rekrutierten Arbeitskräfte waren Neuankömmlinge vom Land, daneben aber auch Frauen und Kinder von Arbeitern und Militärpflichtigen, Angehörige der Kleinbourgeoisie aus Stadt und Land, die der Einberufung zur Armee ausweichen wollten, schließlich evakuierte Arbeiter aus Polen und dem Baltikum (vgl. Smith 1986, S. 21f.).

Zweifellos trug der große Anteil der Rüstungsindustrie in Petrograd wesentlich zu dem starken zahlenmäßigen Anstieg der Petrograder Arbeiter während des Krieges bei. Die Rüstungsbetriebe waren entweder Eigentum des Staates - oder wie im Fall der gigantischen Putilov-Werke - für Kriegszwecke sequestriert. Zum Teil lagen sie vom Stadtzentrum weit entfernt: Das Werk Sestroreck lag 34 km außerhalb. Ihre Belegschaften schwankten von einigen tausend bis zu den mehr als 30.000 in den Putilov-Werken. Die Arbeiter lebten im allgemeinen in der Nähe der Fabriken, doch waren sie nicht streng von den wohlhabenden Schichten getrennt (vgl. ebd., S. 8, 12). Die Streikaktivitäten während des Krieges konzentrierten sich eher auf die privaten Fabriken mittlerer Größe, so auch die Streiks am Internationalen Frauentag 1917, welche die Februarrevolution einleiteten;[9] doch waren die im Folgenden untersuchten Rüstungsbetriebe wichtiger während der späteren Ereignisse. Sie repräsentieren zugleich ein recht breites Spektrum politischer wie gewerkschaftlicher Loyalitäten und Aktivitätsniveaus.

So waren die Petrograder Arbeiter 1917 in großen, relativ modernen Industriebetrieben konzentriert. Ihre Vorkriegserfahrungen sowohl im Bereich der Produktion wie auch in politischem und gewerkschaftlichem Handeln, endlich ihre Tradition der Militanz (vgl. z.B. Mandel 1983, Kap. 3) waren weiterhin lebendig, auch wenn ihre Zusammensetzung als Klasse sich im Laufe des Krieges deutlich verändert hatte. Viele dieser Arbeiter befanden sich an strategischen Punkten der zaristischen Kriegsmaschinerie. Dies verstärkte das Interesse an ihrer Arbeitsleistung wie auch an ihrem gewerkschaftlichen und politischen Verhalten. In vieler Hinsicht können die Arbeiter Petrograds als Avantgarde innerhalb der umfassenden revolutionären und proletarischen Bewegung in Rußland 1917 gelten; dies gilt nicht zum wenigsten für die neuartigen organisatorischen Initiativen, in einer völlig neuartigen Situation. Eine der wichtigsten dieser Initiativen waren die Gründung der Betriebskomitees und später

die Bestrebungen, sie zu koordinieren und zu zentralisieren (vgl. z.B. Sirianni 1982, S. 25ff., 34-42, passim; Ėkin 1982, S. 172-181).
Wenn wir uns nun einer detaillierteren Betrachtung der Erfahrung der Betriebskomitees einiger der bedeutenderen Rüstungsbetriebe zuwenden, so befassen wir uns sicher nicht mit einer russischen Durchschnittssituation, in jedem Fall aber mit einem wichtigen und in mancher Hinsicht exemplarischen Ausschnitt der Ereignisse des Jahres 1917. Dies gilt angesichts der Ausstrahlung der Petrograder Entwicklungen nicht allein für diese Stadt, sondern für das gesamte Land.

3. Die Gründung der Betriebskomitees

Der Sieg der Februarrevolution schuf eine Situation, wie sie den russischen Industriearbeitern zuvor völlig unbekannt gewesen war. Die historische Erfahrung, etwa die von 1905, bot hier nur begrenzt Anhaltspunkte. Zweifellos waren die Demonstrantinnen und Demonstranten des Februar nicht die gleichen Personen wie jene, die am "Blutsonntag" im Januar 1905 versucht hatten, dem Zaren eine Petition zu überreichen: Die revolutionären Erfahrungen unterlagen einem komplizierten Überlieferungsprozeß zwischen den Generationen und bei der Übermittlung von alten "Kadern" an Neulinge. Aber davon abgesehen schuf die Beseitigung der Autokratie eine Situation, die sich radikal von jeder bisherigen Erfahrung und Routine unterschied.

Es lebe der Bund der Fabrikkomitees!
Es lebe die Bewaffnung der Arbeiter!

Gerade in der Rüstungsindustrie, die sich in staatlichem Eigentum oder doch unter staatlichem Management befand, mußte dies tiefgreifende Auswirkungen für Macht- und Autoritätsstrukturen haben, wie sich z.B. an quasi-militärischen Befehlsstrukturen ablesen läßt, die während des Krieges in den Putilov-Werken herrschten (s. Pajalin 1932, S. 165ff.).
Die Fabrikkomitees entstanden während der Februarrevolution selbst und in der Zeit unmittelbar danach. Sie wurden in dramatischen Situationen gebildet, wie bei der neuerlichen

Besetzung der Putilov-Werke nach einer langwierigen Aussperrung,[10] oder aber einfach als Organisationskerne am Arbeitsplatz (vgl. Devlin 1976, S. 37-44). Bald sahen sie sich einem weitgespannten Spektrum schwerwiegender Aufgaben gegenüber. Die Leichtigkeit, mit der sich organisatorische Zentren in einzelnen Fabriken etablieren ließen, begünstigte wesentlich die spezielle Form des fabzavkom (s. auch Schwarz 1961, S. 724). Unmittelbar auf die Februarrevolution folgten eine ganze Reihe von Konflikten zwischen Arbeitern und Betriebsleitungen, in denen es vor allem um die Einführung des Acht-Stunden-Tags, daneben aber auch um Entlassungen und um Arbeitsbedingungen ging.[11] Außerdem setzte nach dem Sturz des Zaren die Flucht von Unternehmern ein, die es damit faktisch den Belegschaften ihrer Werke überließen, die Produktion aufrechtzuerhalten (vgl. Paslovsky 1921, S. 29; Brügmann 1972, S. 31ff.).

Angesichts der neuartigen Aufgaben, die mit derartigen Entwicklungen gerade auf die betrieblichen Vertretungsorgane zukamen, ist es berechtigt, von den Betriebskomitees als *"Kindern der Revolution"* (Pankratova 1976, S. 167) zu sprechen. Freilich hatte diese Organisationsform gewisse Vorläufer in verschiedenen "Ältestenräten" (sovety starost) oder auch in der "Arbeiter- Gruppe" des kriegsindustriellen Komitees; damit stand auch unabhängig von den Gewerkschaften eine begrenzte Organisationserfahrung auf Betriebsebene zur Verfügung.[12] Doch unterschieden sich die Körperschaften, die sich unmittelbar nach der Februarrevolution so rasant entwickelten, deutlich von diesen staatlich tolerierten Formen: Vor allem sahen sich die Betriebskomitees bald in einer aktiven, selbstbestimmten und oft dominierenden Position nicht nur in der betrieblichen Verwaltung, sondern auch auf vielen anderen Feldern des Alltagslebens der Arbeiter, unter Einschluß des außerbetrieblichen Bereichs.

Im Einzelnen waren die Anfänge der Betriebskomitees vielgestaltig: Manchmal wurde der Ältestenrat zu einem fabzavkom umgebildet, während er in anderen Fällen aufgelöst und durch eine ausdrücklich neu geschaffene Instanz ersetzt wurde, etwa das "Kollektiv" im Neuen Arsenal.[13] Andererseits fungierte in Sestroreck der Ältestenrat bis Mitte Mai faktisch als Betriebskomitee;[14] die unterschiedlichen Bezeichnungen wie etwa "Exekutivkomitee" auf der Baltischen Werft bis zum 16. August[15] sind zweifellos Ausdruck der Unbestimmtheit der Situation; sie tritt weit folgenschwerer zutage in dem breiten Spektrum und der großen Variationsbreite von Aufgaben, welche unterschiedliche Komitees übernahmen.

Das Zentrum der Tätigkeit der Betriebskomitees lag in den Betrieben und in den dortigen Arbeitsprozessen. Diese enge Beziehung zum Ort der täglichen Arbeit machte sie zu komplementären, doch nicht notwendig zu antagonistischen Organisationen gegenüber den nach Berufskriterien organisierten Gewerkschaften, die sich in einer Reorganisationsphase befanden.[16] Der Charakter der fabzavkomy als betrieblicher Organisationsform implizierte die Integration vorhandener politischer und gewerkschaftlicher Kader; dem entspricht die anfänglich fast unterschiedslose politische Orientierung auf alle drei größeren sozialistischen Parteien zugleich: Neben den Bol'ševiki und Meń ševiki, die formal noch immer gemeinsam der Russischen Sozialdemokratie angehörten, waren dies die sich auf die Tradition des russischen Populismus (narodničestvo) berufenden, eher auf die Bauernschaft orientierten

Sozialrevolutionäre (SR). Die Bol'ševiki verfügten in einigen Komitees, etwa in Sestroreck, von Anfang an über starken Einfluß, doch sahen sie sich in den meisten Betrieben zunächst in der Minderheit. Daher erscheinen Behauptungen, die Gründung der Betriebskomitees gehe auf bolschewistische Initiative zurück[17] recht fragwürdig: Ähnliches gilt für eine Überbewertung des bolschewistischen Einflusses in dieser frühen Phase (vgl. z.B. Anweiler 1958, S. 156).

4. Doppelherrschaft in den Betrieben

Ungeachtet der sehr unterschiedlichen politischen Optionen, war nach der Februarrevolution in den Betrieben doch eine "Doppelherrschaft" (Ferro 1980, S. 145; Fabzavkomy 1979, S. 484) entstanden. Sie wurde freilich mit einer Vielzahl von Inhalten gefüllt. Ihre Ausgestaltung reichte von der schlichten Zustimmung zur Auswechslung des Betriebsleiters in Sestroreck bis zur Einrichtung eines formalisierten Instanzenweges, der im Neuen Arsenal vom fabzavkom bis zur Ministerebene reichte.[18] Doppelherrschaft manifestierte sich in den Partizipations- und Informationsrechten der Komitees; diese Rechte und deren Reichweite wurden in langwierigen Auseinandersetzungen errungen, selbst wenn schon relativ frühzeitig gemeinsame Verwaltungskommissionen bestanden, wie etwa im Neuen Arsenal (vgl. Fabzavkomy 1982, S. 30-33). In der Patronenfabrik wurde bereits am 8. (21.) März eine Kommission für *"innere Ordnung"* gewählt, deren Aufgabenstellung auch *"die Organisation der Verwaltung des Werks einschließlich der Festlegung von Rechten und Fristen für jeden Posten"* umfaßte (ebd., S. 194). Anscheinend hat diese Kommission drei Tage später die Wahl eines Dreiergremiums angesetzt, um den Betriebsleiter zu ersetzen, und zugleich das Werk für autonom hinsichtlich seiner *"inneren, technischen und organisatorischen Ordnung"* erklärt.[19] In ähnlichem Sinne beschloß das Komitee der Baltischen Werft am 7. (20.) Juli, das Wählbarkeitsprinzip auf die Betriebsleiter der Zweigwerke und ihre Stellvertreter auszudehnen (vgl. Fabzavkomy 1979, S. 282).

Ein entscheidendes Moment der "Doppelherrschaft" bzw. der Herausbildung von "Arbeiterkontrolle" bestand in dem Entscheidungsrecht über die Zusammensetzung der Belegschaft, das die fabzavkomy in Anspruch nahmen; dabei ging es um "heuern und feuern" ebenso wie um Zulassung zum und Ausschluß aus dem Betrieb. Beides war kurz nach der Februarrevolution besonders wichtig, als die Komitees die Wiedereinstellung von Arbeitern verlangten, die zuvor wegen Streikaktivitäten vor allem im Jahr 1916 gemaßregelt worden waren; andererseits forderten die Komitees eine Säuberung der Werke und setzten sie durch. Dies betraf repressive Vorgesetzte und Verwaltungsangestellte sowie *"fremde Elemente"*, in erster Linie Personen mit nicht-proletarischem Hintergrund, die durch Eintritt in die Fabrik der Einziehung zum Militär entgangen waren.[20] Die Entlassung und Einstellung von Arbeitern wurde auch Gegenstand der Konflikte mit den Unternehmern, die sich ab Mai zuspitzten, als die Verschärfung der Wirtschaftskrise auch die Frage des Personalabbaus aktualisierte (vgl. Pankratova 1976, S. 185-194; Meller, Pankratova 1926, S. 56ff).

Die Brisanz der Doppelherrschaft und die ihr zugrundeliegende Auseinandersetzung um Verfügungsrechte im Betrieb artikulierte sich in besonderer Deutlichkeit an der Frage der Arbeitszeit, zunächst und vor allem am Acht-Stunden-Tag als zentraler Parole der Februarrevolution. An der Problematik der Arbeitszeit kam zugleich die Ambivalenz der von den fabzavkomy angestrebten oder ausgeübten "Kontrolle" frühzeitig und mit besonderer Klarheit zum Ausdruck: Ging es doch bald nicht nur allein darum, dem Kapital auf die Finger zu schauen, sondern auch das Verhalten der Arbeiter selbst als eine wesentliche Vorbedingung für das Funktionieren industrieller Produktionsprozesse einem Mindestmaß an Kontrolle zu unterwerfen.

Zeit: Revolutionäre Errungenschaften, Disziplin und Modernisierung

Die Betriebskomitees spielten bei der Verwirklichung des strategisch so wichtigen und symbolisch hochgradig besetzten Acht-Stunden-Tags eine entscheidende Rolle. Der zu diesem Zeitpunkt von Meńševiki und SR dominierte Petrograder Sowjet wurde auf Druck von unten veranlaßt, mit der Arbeitgeber-Vereinigung ein Abkommen zu schließen, nach dem die neue Normalarbeitszeit vom 10. (23.) März an eingeführt wurde (s. Brügmann 1972, S. 48f; Stepanov 1985, S. 76f). Es ist festzuhalten, daß diese Forderung neben wirtschaftlichen Erwägungen damit begründet wurde, die Arbeiter benötigten freie Zeit zur aktiven Teilnahme am politischen Leben, wie etwa das Betriebskomitee der Admiralitätswerft auf dem Galernyj Ostrovok am 15. (28.) Mai feststellte (Fabzavkomy 1979, S. 64).
Die tatsächliche Durchsetzung des Acht-Stunden-Tags traf auf den Widerstand einiger Unternehmer (vgl. Siegelbaum 1983, S. 201), zudem blockierten die Kriegsanstrengungen eine effektive Reduzierung der Produktionszeiten. Das Abkommen sah die Zahlung von Überstundengeld und die Genehmigung zusätzlicher Arbeitszeit durch das fabzavkom vor (vgl. Suchanov 1967, S. 216). In der Praxis scheinen Überstundenregelungen wie auch zusätzliche Bezahlung auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein, wie sich an den wiederholten Beschlüssen einiger fabzavkomy ablesen läßt.[21] Jedenfalls galt nun das Anderthalbfache des Normallohns als Standardbezahlung für Überstunden,[22] und dies hat erheblich zu der Reallohnsteigerung der Monate März und April beigetragen (vgl. Brügmann 1972, S. 51f.).
In der Periode unmittelbar nach der Februarrevolution stimmten die Betriebskomitees der Durchführung von Überstunden großenteils mit dem Ziel zu, die Fortführung des Krieges zu unterstützen, doch verband sich dies mit Forderungen an das Management zur Sicherung der Rohstoffversorgung; hier zeichnete sich schon der Anspruch der Komitees auf weitere Kompetenzen ab.[23] Als sich die Versorgungsschwierigkeiten verschärften und zugleich die Gefahr von Entlassungen zunahm, begannen die Komitees deutlich restriktiver zu verfahren; das gilt vor allem ab Anfang August (vgl. Fabzavkomy 1979, S. 375f, 381, 582). Aber schon im April wurden gelegentlich Vorschläge laut, als Alternative zu Überstunden zusätzliche Einstellungen vorzunehmen; auch wurde auf die Gefahr ausbleibender Rohstoffe verwiesen (vgl. Fabzavkomy 1982, S. 66).

Die fabzavkomy bemühten sich außer um die Acht-Stunden-Frage generell um Rationalisierung der Zeit, d.h. um eine regelmäßigere und modernere Struktur von Betriebszeit und betriebsfreier Zeit. So versuchte man, die traditionellen religiösen Feiertage durch Urlaubsregelungen zu ersetzen, wobei die individuelle Betriebszugehörigkeit zugrunde gelegt wurde (s. auch Kößler 1989, S. 7-10). Allerdings war diese Tendenz nicht allgemein. So stimmte das Exekutivkomitee auf der Baltischen Werft dem Beschluß des Betriebsleiters zu, drei aufeinanderfolgende Heiligen-Tage zu feiern, was zusammen mit dem Sonntag auf eine viertägige Arbeitsunterbrechung hinauslief; dagegen betonte das Komitee des Neuen Arsenals kategorisch die *"Notwendigkeit, die Zahl der Feiertage zu vermindern"*.[24] Solchen Entscheidungen mögen verschiedene Motive zugrundegelegen haben, nicht zuletzt die Unterstützung der Kriegsanstrengungen während der ersten Monate der Provisorischen Regierung; doch zeigen sie in jedem Fall klar, daß die Komitees weit früher, als häufig unterstellt wird, Management-Funktionen wahrgenommen haben, und vor allem, daß sie dies aus eigener Initiative taten und nicht auf Druck "von unten" hin (so Mandel 1984, S. 277ff.). Wenige Monate später sollten einige Komitees formalisierte Regeln über Arbeitszeit und Urlaub auf Jahresbasis ausarbeiten. Die fabzavkomy hatten sich ausführlich mit Urlaubsanträgen einzelner Arbeiter zu befassen, die sich häufig auf einen längeren Zeitraum bezogen. Die Entscheidung erging meist unter Berücksichtigung der Bedürfnisse einer kontinuierlichen Produktion, vor allem unter Hinweis auf die bestehenden Kriegsbedingungen.[25] Gelegentlich wandten sich die Komitees gegen eine allzu "liberale" Handhabung der Urlaubsbewilligung, so im Mai im Patronenwerk oder Ende April in den Putilov-Werken, wo Produktivitätsverluste auf das Fehlen von 1.200 Arbeitern bei einer Belegschaft von über 30.000 zurückgeführt wurden.[26] Während des Sommers begannen zunächst einzelne Fabriken bezahlten Urlaub zu gewähren, und weitere fabzavkomy folgten offenbar diesem Beispiel (vgl. Fabzavkomy 1979, S. 276, 278). Rechtzeitige Rückkehr zur Arbeit wurde selbst unter dem Eindruck drastisch verschlechterter Verkehrsverbindungen im September durch die Androhung der Entlassung erzwungen (vgl. ebd., S. 153). Am 3. (16.) August beschloß das Sestrorecker Komitee eine detaillierte Regelung, aufgrund derer Arbeiter nach drei Jahren Betriebszugehörigkeit Anspruch auf jährlich einen Monat Urlaub bei halber Bezahlung hatten, während vor diesem Stadium abgestuft kürzerer Urlaub gegeben worden war. Auch in diesem von Anfang an bolschewistisch orientierten Betrieb wurde dem Funktionieren der Produktion Vorrang gegeben vor den Wünschen einzelner Arbeiter (vgl. ebd., S. 576). Dementsprechend kürzte das fabzavkom einige Tage später den Urlaub um die Hälfte, um die Kontinuität der Produktion zu garantieren (vgl. ebd., S. 581). Im Oktober legte eine Konferenz aller Betriebskomitees, der Admiralität einen Regelurlaub von einem Monat bei voller Bezahlung fest (vgl. ebd., S. 604).

So versuchten die Betriebskomitees, das Interesse der Arbeiter an regelmäßigem bezahltem Urlaub mit dem übergreifenden betrieblichen Erfordernis kontinuierlicher Produktion zu vereinbaren. Dies zeigt sich besonders deutlich an der restriktiven Haltung der Komitees gegenüber Urlaubswünschen von Arbeitern, die zur Ernte aufs Land gehen wollten, was zugleich die fortbestehenden ländlichen Bindungen selbst der am weitesten urbanisierten Teile der russischen Arbeiterklasse unterstreicht. Im April lehnte das Komitee der Putilov-

Werke pauschal jeglichen Urlaub ab, der mit der Notwendigkeit landwirtschaftlicher Arbeiten begründet wurde (vgl. ebd., S. 441). Einen Monat später verwies das Sestrorecker Komitee einen ähnlichen Antrag zurück an die zuständige Werkstatt sowie an seine eigene technische Kommission; damit wurde jegliches Zugeständnis der Forderung nach einem reibungslosen Produktionsprozeß untergeordnet (vgl. ebd., S. 538). In anderen Betrieben wurde Ernteurlaub von der Lohnfortzahlung ausgenommen (vgl. Fabzavkomy 1982, S. 98) oder äußerst restriktiv gehandhabt; verspätete Rückkehr wurde mit Entlassung geahndet (vgl. ebd., S. 284). Auf diese Weise wurden die Arbeiter geradezu angehalten, sich zwischen einer rein proletarischen und einer bäuerlichen Lebensweise zu entscheiden; noch vorhandene Möglichkeiten, beides miteinander zu vereinbaren, wurden eingeschränkt oder gänzlich beseitigt. Wäre diese Politik der Betriebskomitees über einen längeren Zeitraum hinweg fortgeführt worden, so hätte sie zweifellos die Regelhaftigkeit in der alltäglichen Zeitstruktur der Arbeiter wesentlich forciert.

Das Bild wird ergänzt durch die Bemühungen der Komitees, einen regulären Arbeitstag durchzusetzen. Auf der Baltischen Werft ordnete das Exekutivkomitee Anfang Juni folgendes an: *"Nach dem dritten Sirenenton werden innerhalb von fünf Minuten die Bretter mit den Nummern* (der Arbeiter) *weggeschlossen; diejenigen, die sich verspätet haben und bis acht Uhr kommen, müssen ihre Nummernschilder an ein besonderes Brett für Verspätete hängen, und ihnen wird ein halber Stundenlohn abgezogen. Nach acht Uhr wird das zweite Brett geschlossen, und den Arbeitern wird der Zutritt zu ihren Werkstätten bis zur Mittagspause verweigert, d.h. bis 11.30 Uhr. Nach dem Mittagessen können sie ihre Nummernschilder in der Buchhaltung abgeben."* (Fabzavkomy 1979, S. 258). Das Betriebskomitee der Neuen Admiralität beschloß am 20. April (3. Mai) sogar: *"Der Hauptregistrator meldet Zuspätkommende den Werkstatt-Registratoren; bis zur 10. Minute wird eine halbe Stunde vom Lohn abgezogen, wer aber mehr als 10 Minuten zu spät kommt, wird nicht zur Arbeit zugelassen."* (ebd., S. 121) Das Sestrorecker Komitee bestimmte am 9. (22.) Oktober, daß diejenigen, die sich innerhalb von zwei Wochen dreimal verspätet haben, der Betriebsversammlung Rechenschaft abzulegen hätten; Zuspätkommende, die sich weigerten, sich gegenüber dem Pförtner mit Nummer und Ausweis zu legitimieren, sollten entlassen werden (vgl. ebd., S. 601). Entlassung durch das Betriebskomitee als Sanktion gegen eine ganze Reihe von Vergehen war weit verbreitet. Die häufige Wiederholung und Bekräftigung solch rigider Regelungen kann als nachhaltiger Hinweis auf ihre Ineffektivität gewertet werden. In ähnlicher Weise sahen sich die Betriebskomitees immer wieder gezwungen, schwere Strafen für das vorzeitige Verlassen des Arbeitsplatzes und andere Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin wie Trunkenheit und Diebstahl anzudrohen. Diese wiederholten Anläufe zur effektiven Durchsetzung disziplinierten Betragens am Arbeitsplatz werfen einiges Licht auf das tatsächliche Verhalten der Arbeiter; vor allem aber unterstreichen sie die enge Verbindung zwischen dem Konzept der "Arbeiterkontrolle", wie es sich im Verlauf der revolutionären Ereignisse des Jahres 1917 herausbildete, und einem funktionierenden Produktionsprozeß. Dies läßt sich an einer Reihe von Aspekten der Tätigkeit der Betriebskomitees nachweisen; hier möchte ich mich auf die zentrale Problematik der Sicherung und Steigerung der Arbeitsproduktivität beschränken.

"Eine Knute für die Arbeiter"? Der Kampf um Produktivität

Fragen der Produktivität, technische Probleme und die Wirtschaftslage ihrer Betriebe absorbierten bei weitem den größten Teil der Zeit und Energie der fabzavkomy Petrograds (vgl. Stepanov 1985, S. 107ff.). Die intensive Debatte, die um Möglichkeiten und Methoden zur Sicherung der betrieblichen Produktivität geführt wurde, belegt zusätzlich die These, daß es am ehesten die Betriebskomitees waren, die einen Prozeß selbstbestimmter Integration der Arbeiter in die industrielle Produktion zu initiieren vermocht hätten. So forderte ein Ingenieur der Admiralitätswerft auf dem Galernyj Ostrovok auf einer gemeinsamen Sitzung des fabzavkom mit der Betriebsleitung ausdrücklich vom Komitee *"Einwirkung auf die Arbeiter durch Arbeiter für eine erfolgreiche Erledigung unserer Arbeit"* (Fabzavkomy 1979, S. 82); die Betriebsleitung gestand offen ihr Unvermögen ein, *"die weniger bewußten Genossen zu kontrollieren"*, wie es der Leiter der Admiralitätswerft Anfang August formulierte (ebd., S. 172). Die Verantwortung dafür wurde nun auf die Betriebskomitees verlagert. In diesem Fall bedeutete die Argumentation des Managements geradezu die Forderung nach Arbeiter-Selbstverwaltung oder vielmehr nach der Leitung des Betriebs durch gewählte Vertreter der Arbeiter. Eben das aber hätte nicht nur die pure Vertretung der Arbeiter überboten, sondern auch das Programm der "Arbeiterkontrolle", das ja gerade im russischen Kontext wesentlich eine Forderung nach passiver Überwachung enthielt und nicht etwa die Vorstellung aktiven Eingreifens in die Tätigkeit der Firmenleitung (s. Rosenberg 1978).

Der Übergang der fabzavkomy zur Wahrnehmung von Funktionen der Betriebs- und Geschäftsleitung ergab sich aus einer Reihe von Faktoren. Die Unternehmer hatten gegen den Acht-Stunden-Tag ihre Angst vor "Produktivitäts"-Verlusten ins Feld geführt, verstanden als geringerer Gesamtausstoß (s. Meller, Pankratova 1926, S. 56ff.). Die Arbeitervertreter setzten dem Hinweise auf diverse mögliche Verbesserungen entgegen. So ermahnte das "Kollektiv" des Neuen Arsenals wenige Tage nach der Einführung des Acht-Stunden-Tags in Petrograd die Oberste Artillerie-Verwaltung,[27] *"daß zur Steigerung der Produktivität vor allem eine ordnungsgemäße Materialverteilung und der Wettbewerb bei der Produktion unerläßlich sind"*. Das "Kollektiv" fügte hinzu, es sei entschlossen, gegen die private Aneignung von Rohmaterial und Arbeitszeit durch Vorgesetzte zu kämpfen sowie strengere Kontrollen und Revisionen durchzuführen (Fabzavkomy 1982, S. 26-29).

Die Einführung des Acht-Stunden-Tags bedeutete die Verwirklichung eines allseits anerkannten, hervorragenden Punktes eines jeden sozialistischen Minimalprogramms; sie schien nun fast mit Notwendigkeit an Forderungen nach effektiverer Organisation der Produktion geknüpft zu sein. In der nach der Februarrevolution entstandenen Situation bedeutete dies zugleich eine intensivere Kontrolle der Betriebsleitung durch das Arbeiterkomitee; doch führte dies zur Übernahme von Aufgaben bei der Organisierung und Überwachung der Produktion durch das Komitee selbst. Dabei fällt die positive Bewertung von Produktionsmethoden ins Auge, die sich im Konkurrenzkampf auf dem Markt bewährt hatten (s. auch Stepanov 1985, S. 118-122). Mit der Ausweitung des Konzepts der "positiven" Kontrolle erhielt die Frage der Produktivität für die fabzavkomy eine neue Wendung: Die Arbeitsleistung der Arbeiter war unter diesem

Gesichtspunkt nämlich mindestens ebenso wichtig wie die Leistung der Betriebsleitung oder die von ihr begangenen Fehler. Mit dem Funktionsverlust des betrieblichen Managements und seiner Ablösung bei der Leitung der Produktion durch das Betriebskomitee mußte diese Tendenz noch stärker zur Geltung kommen. Zugleich sahen sich fast alle Komitees sinkenden Produktivitätsziffern in ihren Betrieben gegenüber. "Produktivität" war so zum dringlichen ökonomischen, aber auch zu einem politischen Problem geworden.

Dabei erhielten die disziplinarischen Kompetenzen, welche die fabzavkomy nun in Anspruch nahmen, eine wesentliche Rolle. So bestimmte das Komitee der Neuen Admiralität am 16. (29.) August, daß die Produktivität der Granatenfertigung überprüft werden solle. Danach sollten *"die Arbeiter in Kenntnis gesetzt werden (...) sind sie bereit, die Produktivität zu steigern. Wenn nicht, sollen Maßnahmen bis hin zur Versetzung in andere Werkstätten ergriffen werden"* (Fabzavkomy 1979, S. 145). Im Neuen Arsenal hatte das "Kollektiv" von Anfang an die alte Betriebsleitung scharf kritisiert; das mag zum Teil erklären, daß hier noch im Juli nachhaltig auf den schlechten Zustand der Maschinen und die unzureichende Ernährung der Arbeiter als Gründe für die niedrige Produktivität abgehoben wurde. All dies diente zur Begründung für die Zurückweisung *"repressiver Maßnahmen"* (Fabzavkomy 1982, S. 107). Umgekehrt erwähnten das Komitee und die Kommission für innere Ordnung in der Patronenfabrik ebenfalls im Juli zwar einige Unzulänglichkeiten des Maschinenparks, lasteten den Produktivitätsabfall aber *"hauptsächlich dem Verschulden der Arbeiter"* an. Diese hätten ihre Pflichten vernachlässigt und sich nicht an die Anweisungen des Betriebskomitees und der Kommission gehalten: *"So bringen manche Arbeiter ihre Zeit müßig herum, verlassen ihre Werkstatt vor Betriebsschluß usw."* Dies wurde als Verletzung der staatsbürgerlichen Pflichten interpretiert. In diesem keineswegs ungewöhnlichen Fall wurde die Kommission für innere Ordnung angewiesen, Pünktlichkeit und Arbeitsdisziplin zu überwachen; Verstöße waren dem Komitee zu melden, das weitere Vertreter zur Aufsicht über verschiedene Aspekte der Arbeitsdisziplin delegierte (ebd., S. 233f.). Wenig später wurde die Schuld an dem Produktivitätsrückgang der Patronenhülsen- Fertigung angelastet, die in diesem Komitee nicht vertreten war (vgl. ebd., S. 237); dies führte zu einem Protest des betroffenen Werkstatt-Komitees gegen Versuche der Betriebsleitung zur Spaltung der Arbeiter (vgl. ebd., S. 266f). Diese Streitigkeiten hatten deutliche parteipolitische Obertöne. Die Hülsenfertigung war bolschewistisch orientiert, während die in dem kritisierenden Komitee vertretenen Werkstätten anfangs menschewistische oder SR-Mehrheiten gehabt hatten.[28] Versuche zur Vermittlung durch das gemeinsame Komitee für den gesamten, räumlich zersplitterten Betrieb blieben ergebnislos (vgl. ebd., S. 298, 305). Ermahnungen zu verstärkten Produktivitätsanstrengungen im Hinblick auf die militärische Situation waren recht charakteristisch für die menschewistisch oder sozialrevolutionär orientierten Komitees. So begründete das Komitee auf der Baltischen Werft am 15. (28.) April seine Aufforderung, *"in der allerintensivsten Weise zu arbeiten"* und auf Ausgleichszahlungen zu verzichten mit dem Hinweis auf den *"Feind vor den Toren"* (Fabzavkomy 1979, S. 214).

Der Vorfall in der Patronenfabrik zeigt eine Grundstruktur der Situation des Jahres 1917 und der Doppelherrschaft auf: Offenkundig wurden "externe" Ursachen wie unzureichende oder

fehlerhafte Ausrüstungen und besonders die zunehmenden Versorgungsprobleme dem als entscheidend angesehenen "internen" Grund entgegengestellt, nämlich niedriger Arbeitsintensität und -disziplin bei verkürzter Arbeitszeit. In der Rüstungsindustrie kam als zusätzliches Problem die sich abzeichnende Demobilisierung und damit die Frage der Friedens-Konversion hinzu, die häufig die Existenz der Betriebe bedrohte (vgl. ebd., S. 68, 485, 492).

Mit all diesen Problemen hatten sich die Komitees auseinanderzusetzen. Dabei tendierten sie charakteristischerweise in der unmittelbaren Konfrontation mit dem Management zur Betonung "äußerer" Ursachen und der *"Fäulnis von oben"* (ebd., 173; 81f.). Gelegentlich kam es zu Versuchen, durch das Abziehen von Aufträgen von Mitbewerbern die Lage des eigenen Betriebes auf Kosten anderer zu verbessern (s. z.B. ebd., S. 281). Zur Verbesserung der Versorgungslage unternahmen Komitee-Mitglieder Reisen in die Bergbauregion des Donec-Beckens, um Kohle zu beschaffen; ähnliche Delegationen wurden in holzproduzierende Gebiete geschickt; andere suchten Petrograd und seine Umgebung in der Hoffnung ab, die Brennstoff- und Rohmaterial-Situation ihres Betriebes verbessern zu können, aber auch, um Holz für den Hausbrand der Belegschaften zu besorgen.[29] Wieder in anderen Fällen wurden Betriebsleiter an ihre Pflicht erinnert, eine zureichende Versorgung sicherzustellen, Pläne für die Bewirtschaftung knapper Vorräte aufzustellen und für Brennstoff angesichts des bevorstehenden Winters zu sorgen.[30] Im Hochsommer ging von der Brennstoff-Frage die größte Gefahr aus im Hinblick auf Massenentlassungen und Betriebsschließungen (vgl. ebd., S. 470, 483, 491).

Diese Situation verschärfte noch ein allgemeines Dilemma, dem sich die Betriebskomitees gegenübersahen: Sie konnten entweder strikt die Grenzen der "Arbeiterkontrolle" einhalten, d.h. lediglich die Tätigkeit der Betriebsleitung überwachen und überprüfen, oder sie konnten selbst Leitungsfunktionen und entsprechende Verantwortlichkeit übernehmen. Im Neuen Arsenal bedeutete dies im September, daß das Betriebskomitee an der Formulierung und Durchführung einer Politik beteiligt war, die strenge Sparmaßnahmen bei Brennstoff implizierte und so u.a. zu Kurzarbeit führte, um Entlassungen zu vermeiden (vgl. Fabzavkomy 1982, S. 168, 173-176).

"Fabrik-Egoismus", der sich zumal in Versorgungsfragen manifestierte, war eng verbunden mit der übergreifenden Zielsetzung, die Produktion am Laufen zu halten. Diese Motivation scheint auch bei den Auseinandersetzungen mit den "inneren" Ursachen für die niedrige Produktivität vorgeherrscht zu haben. Sie war auch in Komitees gegenwärtig, die von den Bol`seviki dominiert wurden wie dem "Ältestenrat", der noch im Mai in Sestroreck bestand und seine Unterstützung für eine Lohnforderung mit der Behauptung verband, daß *"alle Exzesse und Forderungen wegen des Geldes"* in der betreffenden Werkstatt sich aus unzureichender Arbeitsorganisation ergäben: Das Werkstatt-Komitee erhielt deshalb den Rat, *"sofort für eine vernünftige Verteilung der Arbeit zu sorgen"*, und die Kommission für Arbeitsbewertung sollte *"gemeinsam mit dem Chef-Techniker und dem Werkstatt-Ältesten unverzüglich sich um die Regeln für die Einstufung kümmern"*; schließlich forderte der Rat die *"Genossen Arbeiter"* auf, *"nicht auf extreme Maßnahmen und Aktionen zurückzugreifen, bevor die Frage der Bewertung geklärt ist und sich allgemein vor Exzessen zurückzuhalten"*

Putilov-Werke in Petrograd

Die Arbeiter verlassen den Betrieb nach der Proklamation des Generalstreiks im Februar 1917

(Fabzavkomy 1979, S. 528). Die Durchsetzung spezifischer Arbeiter-Forderungen wurde so dem allgemeinen Interesse des Betriebs an einer verbesserten Produktionsstruktur untergeordnet. Dieser Zielsetzung dienten sowohl Eingriffe in die Arbeitsorganisation wie auch Appelle an Disziplin und Selbstbeherrschung der Arbeiter.

Die zentrale Parole der "Kontrolle" bezeichnete so eine ständig dringendere Problematik, je mehr sich die politische und ökonomische Krise zuspitzte. Form und Inhalt der Kontrolle bildeten einen wesentlichen Diskussionspunkt bei einer längeren Debatte, die Ende September in den Putilov-Werken stattfand. Dabei wurde "Kontrolle" ausdrücklich von "Verantwortlichkeit" abgegrenzt; diese Unterscheidung erhielt ihr Gewicht vor allem angesichts von zu diesem Zeitpunkt unvermeidbar scheinenden Entlassungen. Die Frage der Produktivität wurde eng in Zusammenhang mit den drohenden Massenentlassungen gesehen, doch betonte der Vorsitzende des Komitees, daß dies Problem nicht mit "repressiven Mitteln" gelöst werden solle, die in *"revolutionären Zeiten... schaden können"*. Wenn typisch "kapitalistische" Formen der Disziplinierung auch verworfen wurden, so wurde damit nicht die Ambivalenz einer Lage behoben, die u.a. durch das Recht des Komitees auf Kontrolle entstanden war: *"Das Betriebskomitee stellt derzeit überaus Vielerlei dar: Es muß die Verwaltung verteidigen, für die Sicherung des Brennstoffs schuften usw. Das ist in gewisser Weise nicht wünschenswert, doch gibt es dem proletarischen Element andererseits die Chance, sich in den Lauf der Dinge einzumischen.* (...) *Der Industrielle will die bewußten Arbeiter als Knute gegenüber den Arbeitern benutzen. Wenn wir die Produktivität steigern, so werden wir auch die Löhne erhöhen müssen."* (Ebd., S. 484-487, passim)

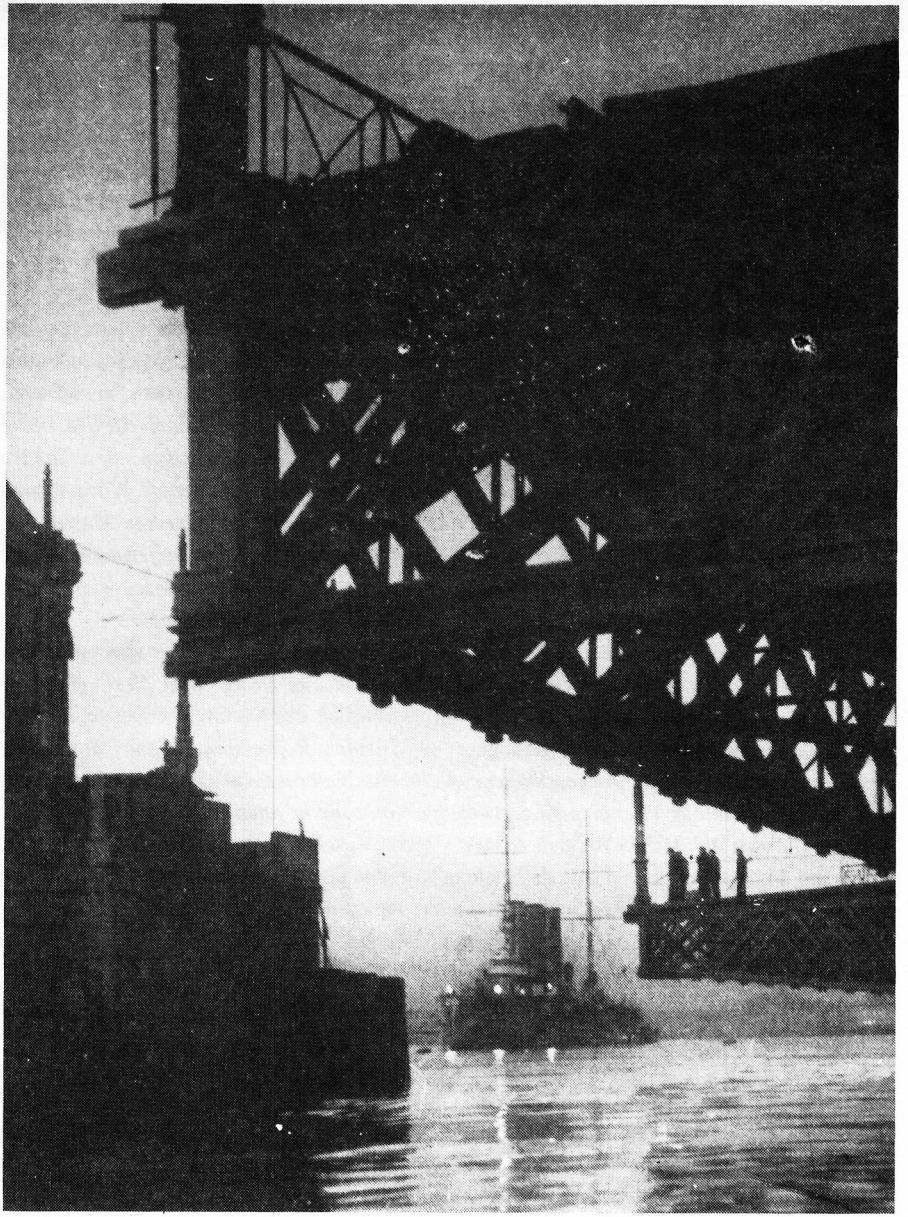
Zweifellos ist die Lohnfrage für jede Arbeitervertretung zumal auf Betriebs- und Werkstattebene entscheidend. Doch wäre das Bild im Fall der fabzavkomy unvollständig ohne Berücksichtigung der Lohnform; schließlich gehörte eine Kommission zur Arbeitsplatzbewertung zu ihrer Standardstruktur. Veränderungen in der Lohnstruktur wurden durchgängig auch unter dem Gesichtspunkt möglicher Produktivitätsverbesserungen diskutiert. So *"hielt"* Anfang August das Sestrorecker Komitee, das sonst so nachhaltig die Folgen mangelhafter Ausrüstungen für die Produktivität betonte (vgl. z.B. ebd., S. 586f), die Einführung des Tageslohns für *"unmöglich, weil er die Produktivität absenkt"* (ebd., S. 580). Für die Betriebe der Admiralität unterstützten Mitglieder der fabzavkomy die Einführung des Stücklohns und die Arbeitsplatzbewertung als Mittel zur Erzielung höherer Arbeitsproduktivität.

Als sich im Herbst die Wende in der revolutionären Entwicklung abzeichnete, schien dies das Dilemma eher noch zu verschärfen. So meinte der bolschewistische Vorsitzende des Betriebskomitees der Putilov-Werke, A.E. Vasil'ev zwei Wochen vor dem bewaffneten Aufstand: *"Mit der Übernahme von Funktionen der Kontrolle werden wir unfreiwillig, völlig natürlich in die Operationssphäre der Produktivität des Werks hineingezogen; diese Sphäre ist äußerst delikat im Sinne der Bewahrung der Prinzipien des Klassenkampfs. Was und wen sollen wir kontrollieren? (...) Wir können uns natürlich einem allgemeinen Muster von Kontrolle annähern, also Kontrolle über den Einkauf, über Aufträge, über Lieferungen an und Abtransporte aus dem Werk, über Rohmaterial und Endprodukte usw., aber ich wiederhole: die Anweisung zu spezifisch kontrollierenden Arbeiten ist unmöglich."*

Vasil'ev fügte freilich hinzu, es *"genüge in gewisser Weise..., ein mehr oder weniger klares Bild von den Operationen des Werks zu bekommen und aus diesem Bild diese oder jene Schlüsse für die nächsten Schritte zu ziehen"*. Ein Mitglied des Komitees ergänzte dies mit geradezu hellseherischen Schlußfolgerungen: *"Geldstrafen, Repression, Spione - das ist der unausweichliche Weg bei der vorgeschlagenen Kontrolle. Wenn es die Möglichkeit vollständiger Kontrolle gibt, dann ja; aber eine eingeschränkte Kontrolle ist unannehmbar: Man muß alle Aktivität auf den politischen Bereich richten."* (ebd., S. 496)

Schon am 24. April (6. Mai) hatte das gleiche Komitee eine Perspektive von Kontrolle und Selbstverwaltung so bestimmt: *"Die Arbeiter bereiten sich durch das Erlernen der Selbstverwaltung in einzelnen Unternehmen auf die Zeit vor, wenn das Privateigentum an Fabriken und Werken vernichtet sein wird und wenn die Produktionsmittel mit den Gebäuden, die von den Händen der Arbeiter geschaffen wurden, in die Hand der Arbeiterklasse übergehen werden."* (Okub Hg. 1933, S. 333).

Unter dem Eindruck einer sich verschärfenden Krise gerieten die Betriebskomitees von verschiedenen Seiten unter zunehmenden Druck, sich stärker an der Organisation der Produktion zu beteiligen. Die Krise war nicht in erster Linie von ihnen selbst verursacht; vielmehr hatte der Produktivitätsverfall bereits 1915 begonnen und in den folgenden Jahren angehalten (s. Šefler 1918, S. 76f.; Pajalin 1932). Die Krise erschien vor allem als Zwangssituation, zugleich gelegentlich aber auch als Chance für die Arbeiterkader zur Erweiterung ihrer Kompetenz. Es scheint so einleuchtend, daß *"die Arbeiter sich oft im Kampf um rationalere kapitalistische Produktionsmethoden wiederfanden"* (Goodey 1974, S. 30), wenigstens so



Petrograd, Oktober 1917

Unter dem Schutze des Kreuzers „Aurora" lassen die bolschewistischen Matrosen die Brücken nieder, die die provisorische Regierung aufziehen ließ, um die Arbeiterbezirke vom Zentrum abzusperren

lange, wie es um die Sicherstellung eines kontinuierlichen Produktionsbetriebes ging, dessen sachliche Struktur ja unter der Ägide des privaten Kapitals geschaffen worden war. Die Ambivalenz der Situation vor dem Oktober reicht aber noch weiter.

Dieser Prozeß kann nicht auf taktische Maßnahmen der bolschewistischen Parteiführung oder Mobilisierungstechniken reduziert werden. Gewiß haben die Bol'ševiki von den fabzavkomy profitiert; sie stellten in vielen Fällen die Mehrheit und mit der Fortentwicklung der Revolution nahm die Zahl der bolschewistisch beherrschten Komitees zu. Doch dies charakterisiert die Betriebskomitees lediglich als betriebliche Arbeitervertretungen, die eine Bewegung zum Ausdruck brachten, welche mit den bolschewistischen Losungen konvergierte.[31] Eine solche Konvergenz braucht angesichts der Stärke der Bol'ševiki im Arbeitermilieu, wie sie zumal in Petrograd mit gewissen Schwankungen wenigstens seit der Revolution von 1905 zu verzeichnen war, nicht zu überraschen (vgl. auch Lane 1968, Kap. 3). All dies mag zugleich ein nachdrücklicher Hinweis darauf sein, daß das Bild von der Oktoberrevolution als schlichtem Militärputsch, wie es verstärkt auch durch (ehemals) linke Köpfe in Westdeutschland geistert, entschieden zu kurz greift und die Dynamik der gesellschaftlichen Bewegung des Jahres 1917 gründlich verfehlt.

Zu dieser Dynamik gehörte freilich wesentlich das Dilemma, in dem sich das Programm der Arbeiterkontrolle von Anfang an befand. Diese Parole war zentral für die Zielrichtung der gesellschaftlichen und politischen Kämpfe, in deren Verlauf sie sich herausgebildet hatte, und sie war Ausdruck der Bedeutung der betrieblichen Ebene für diese Bewegung. Die aktive Rolle in der Produktion, die sich den fabzavkomy förmlich aufgedrängt hatte, begünstigte einerseits die Ausweitung von Kontrollmöglichkeiten durch Vertretungskörperschaften der Arbeiter in den Betrieben; wie schon angedeutet, weitete sich dabei der Begriff der "Kontrolle" selbst zunehmend im Sinne aktiven Eingreifens in die Betriebsleitung aus. Eben dadurch verengte sich aber der Charakter der Komitees als Vertretungsorganen von Arbeiterinteressen: Interessenvertretung wurde eben durch die Mechanismen der Doppelherrschaft in ihrem Inhalt eingeschränkt und verwässert. Die sich hier abzeichnenden Konflikte zeigten ihre ganze Bedeutung und Virulenz erst nach dem Oktoberumsturz und mit der danach bald in den Vordergrund tretenden unmittelbar sozialistischen Programmatik der Revolution.

Am 21. Oktober (3. November) 1917 genehmigte das Betriebskomitee der Admiralitätswerft auf dem Galernyj Ostrovok Überstunden für Reparaturarbeiten auf dem in Kronstadt liegenden Kreuzer "Aurora" (Fabzavkomy 1979, S. 99). Bekanntlich feuerte dieselbe "Aurora", die mittlerweile am Neva-Kai in Petrograd lag, vier Tage später die Schüsse ab, welche das Signal für den bolschewistischen bewaffneten Aufstand und den Sturm auf das Winterpalais waren.

5. Das Programm der Kontrolle und der sowjetische Staat

Die Etablierung der Sowjetregierung und die unmittelbar darauf folgende Entwicklung verschärfte die Probleme erheblich, die schon zuvor im Zusammenhang mit "Arbeiterkontrolle" diskutiert worden waren. Insbesondere verschärfte der Zwang zur Fortsetzung der Produktion

das Dilemma der Betriebskomitees, als Organe der Interessenvertretung Leitungsfunktionen übernehmen zu müssen. Anders als oft behauptet, wandten sich die Komitees in der kurzen Phase ihrer selbständigen Existenz nach dem Oktober jedoch nicht gegen die Ansätze des Rats der Volkskommissare (SNK) zur Zentralisierung und Planung der Wirtschaft. Trotzdem unterlagen sie einer Dynamik, die schnell zu ihrer Einbindung in den Gewerkschaftsapparat und damit zum Ende ihrer eigenständigen Existenz führte. Die Debatten über Betriebs- und Wirtschaftsleitung, die in der Zeit unmittelbar nach dem Oktoberumsturz unter aktiver Beteiligung gerade der Petrograder fabzavkomy geführt wurden, können vor diesem Hintergrund die Problematik der revolutionären Organisation gegenüber den objektiven Erfordernissen einer industriellen Produktionsstruktur weiter akzentuieren.

"Arbeiterkontrolle über die Produktion" stand neben einem demokratischen Frieden und der Nationalisierung des Bodens als zentrale Losung unmittelbar auf der Tagesordnung des Oktoberaufstandes (Lenin LW 26, S. 227). Seit dem VI. Parteitag im vorangegangenen Juli/ August war dies offizielle Politik der Bol'ševiki gewesen.[32] Entsprechend den theoretischen Grundlagen des Bolschewismus stand dies von Anfang an in der Perspektive einer geplanten Volkswirtschaft. Lenin glaubte, die Sowjetregierung müsse sich lediglich die Errungenschaften der kapitalistischen Zentralisierung zunutze machen, um *"den nächsten Schritt vorwärts über das staatskapitalistische Monopol hinaus"* zu tun (Lenin, LW 25; S. 369). Dabei wurde als Ziel eine wirkliche Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung ihrer Betriebe definiert, als *"der einzig realen Kontrolle, der Kontrolle von unten"* und über *"sämtliche Dokumente"* (ebd., S. 347, 349).

Die Unterstützung der neuen Staatsmacht durch Aufrechterhaltung der Produktion in ihren Betrieben war für die meisten fabzavkomy eine naheliegende Konsequenz aus ihren politischen Positionen und ihrer praktischen Politik, wie sie sie in der Periode vor dem Oktober verfolgt hatten. Am Tag nach dem Sturz der Provisorischen Regierung, dem 26. Oktober (8. November), schloß sich der Petrograder Zentralrat der Betriebskomitees einem Aufruf des Petrograder Sowjets und des Zentralen Gewerkschaftsrats der Stadt an, alle Streiks umgehend abzubrechen: *"Die beste Art, die neue Sowjetregierung zu unterstützen, besteht in diesen Tagen darin - seine Arbeit zu tun"* (Profsojuzy 1963 I, S. 44). Damit war bereits die Grundorientierung für die kommenden Wochen und Monate bezeichnet: Der Kampf um Kontinuität der Produktion war nun nicht mehr allein auf das Überleben des einzelnen Betriebes bezogen, sondern das Interesse der Sowjetmacht an einem funktionierenden gesellschaftlichen Produktionsprozeß wurde nun übersetzt in betriebliche Aufgaben der Arbeiter und ihrer Repräsentativorgane. Die fabzavkomy hielten sich bei der Erfüllung dieser Aufgabe freilich an ihre Betriebe als ihr angestammtes Aktionsfeld.

Die Betriebskomitees hatten seit dem Februar durch aktive Intervention in den Produktionsprozeß Erfahrungen auf Gebieten wie Betriebsverwaltung, Verteilung und soziale Versorgung gesammelt und sich damit als Partner in einem gesellschaftlichen Projekt qualifiziert, das zumindest langfristig zentralisierte Planung der Industrie anzielte (ähnlich Goodey 1974, S. 39f.). Gerade in diesen Bereichen hatten sich speziell zwischen bolschewistisch orientierten Komitees und ihrer Basis bereits vor dem Oktober Konflikte ergeben. Im Grunde ging es um

den Ausgleich zwischen dem "allgemeinen" Interesse des Betriebes oder auch der Revolution und den "partikularen" Interessen von Einzelpersonen oder einzelnen Werkstätten. Exemplarisch für solche Konflikte war die Niederlage des Sestrorecker Komitees gegenüber den Werkstattvertretungen im September bei dem Versuch, einen Urlaubsstop durchzusetzen (vgl. Fabzavkomy 1979, S. 595).

In den frühen Tagen der Sowjetmacht erschienen die Betriebskomitees als wesentliche Stütze der Arbeiterkontrolle, galten aber zugleich als *"staatliche Einrichtung"* (Lenin LW 26, S. 289). Nach dieser Vorstellung sollten die Arbeiter als Kollektiv, in letzter Instanz im Staat organisiert, die Kontrolle durchsetzen, was offenkundig zugleich Überwindung oder Zurückdrängung partikularer Tendenzen einschloß.

Dies Bild der fabzavkomy nach dem Oktober weicht deutlich von einem Großteil gängiger Vorstellungen ab. Diese orientieren sich weitgehend an den Einwänden der Gewerkschaftsführer A. Lozovskij und D. Rjazanov gegen die neue Rolle, die den Betriebskomitees offenbar zugesprochen wurde; ihre Kritik an der "Kirchturmpolitik" der Komitees bei der betrieblichen Selbstverwaltung wurde als die seinerzeit vorherrschende bolschewistische Position dargestellt.[33] Das ist, vorsichtig ausgedrückt, eine gewagte Operation: Lozovskij kritisierte damals offen den Oktoberumsturz und war im Dezember führendes Mitglied der Sozialdemokraten (Internationalisten), um erst zwei Jahre später wieder in die KPR(b) einzutreten und seine Karriere als Generalsekretär der Roten Gewerkschafts-Internationale und stalinistischer Würdenträger zu beginnen;[34] Rjazanov forderte zu dieser Zeit eine sozialistische Koalitionsregierung und nahm damit in der bolschewistischen Partei eine Minderheitenposition ein. Beide mögen daher als repräsentativ für die Gewerkschaftsführung gelten, schwerlich aber für die SDAPR(b). Das hinderte sie überhaupt nicht daran, sich wenige Wochen und Monate später durchzusetzen, als die fabzavkomy tatsächlich den Gewerkschaften untergeordnet und in deren Strukturen integriert wurden.

Die aussagekräftigsten Quellen über die tatsächliche Position der selbstbewußtesten und scheinbar "radikalsten" fabzavkomy in Rußland sind der Entwurf eines Dekrets über Arbeiterkontrolle, den der Zentralrat der Petrograder Betriebskomitees unmittelbar nach dem Oktoberumsturz vorlegte, sowie der Entwurf einer Instruktion zur Arbeiterkontrolle vom November. Der Entwurf für das Dekret begann mit der Forderung nach Errichtung eines "Provisorischen Gesamtrussischen Volkswirtschaftsrats" (VSNCh) als zentrales Leitungsorgan für *"staatliche Regulierung und Kontrolle der Industrie, der Landwirtschaft, der Kommunikationsmittel usw."* (Proekt 1933, S. 92). Diesem Gremium sollten zu einem Drittel Vertreter der Unternehmervereinigung und der Ingenieursverbände angehören, während der Rest aus Vertretern des Exekutivkomitees des Sowjets, der Gewerkschaften und Betriebskomitees bestehen sollte. Ähnlich sah die "Instruktion", die nach Verabschiedung des Dekrets verfaßt wurde und sich mehr mit der lokalen Durchführung der Arbeiterkontrolle befaßte, weitreichende Vollmachten für den VSNCh sowie die lokalen und regionalen SNCh vor; sie sollten eingreifen dürfen bei Konflikten, aber auch in Fragen regionalen und nationalen Interesses; außerdem sollten die verschiedenen Organe der Arbeiterkontrolle staatlich finanziert werden (vgl. Proekt 1918, S. 34).

Diese kurzen Hinweise belegen schon, daß hier schwerlich libertäre Tendenzen am Werk waren, sondern vielmehr die Bezeichnung der Komitees als "staatliche Einrichtungen" durchaus dem Selbstverständnis zumindest eines Großteils ihrer Mitglieder entsprach. Gleiches gilt von dem Dekret über Arbeiterkontrolle, wie es schließlich eine Woche nach dem Oktoberumsturz erlassen wurde. Es benannte als Ziel die *"planmäßige Regulierung der Volkswirtschaft"*,[35] die durch eine Rätestruktur erreicht werden sollte, welche parallel zu den politischen Räten aufgebaut werden sollte: Die *"Betriebs-, Fabrikkomitees, Ältestenräte usw."* sollten durch Vertreter des technischen Personals und der Angestellten ergänzt werden. Arbeiterkontrolle war hier konzipiert als umfassende Kontrolle über das Geschäftsgebahren des Betriebs, ohne Rücksicht auf Geschäftsgeheimnisse. Der entscheidende § 10 machte beide Teile *"dem Staat verantwortlich für die strikteste Ordnung, die Disziplin und den Schutz der Vermögenswerte"*.[36]

Dies erschreckte zweifellos Unternehmer, die das absolute Verfügungsrecht über die Betriebe verlieren sollten; zugleich sorgten sich Gewerkschaftsfunktionäre wegen syndikalistischer Tendenzen (vgl. Goodey 1974, S. 90; Venediktov 1957, S. 90-93). Solche Bedenken richteten sich mithin gegen die von der bolschewistischen Regierung erlassenen Rechtsverordnungen, nicht aber gegen Bestrebungen des angeblich radikalen Petrograder Zentralrats; dessen Vorschläge bezogen sich eher auf die Funktionsweise der Arbeiterkontrolle auf lokaler Ebene, als auf die Frage des Zentralismus, die für alle wesentlichen Teilnehmer dieser Diskussion erledigt war.[37] Diese Auseinandersetzung beschränkte sich darauf, die schnellere oder langsamere Nationalisierung der Industrie gegeneinander abzuwägen; dies Problem löste sich seinerseits weitgehend von selbst durch die Dynamik individueller Kämpfe zwischen Arbeitern und Eigentümern sowie durch Staatsintervention; hier konnte sich tatsächlich ein Radikalismus der fabzavkomy entwickeln, der nicht immer mit der aktuellen Position der SDAPR(b) kongruent war (vgl. Keep 1976, S. 265).

Die zentrale Politik erreichte erst einen Wendepunkt mit der am 13. (26.) Dezember erlassenen Instruktion des All-Russischen Rates für Arbeiterkontrolle; sie entsprach weitgehend den Ansichten von Gewerkschaftsführern wie Lozovskij. Vor allem aber entsprach die Instruktion der neuen Regierungslinie, die schon in der Gründung des Obersten Volkswirtschaftsrats (VSNCh) zum Ausdruck gekommen war. Jetzt wurde den fabzavkomy Einmischung in administrative und finanzielle Angelegenheiten verwehrt. Das ging freilich an der tatsächlichen Praxis vorbei, was z.T. die geringe Resonanz auf diese Instruktion im Unterschied zu jener des Petrograder Zentralrats erklären dürfte (vgl. Brügmann 1972, S. 133ff.). Auch hier ging der Streit nicht um "Zentralismus oder lokale Autonomie", sondern um die Intensität und die Bandbreite der Aktionen der Betriebskomitees vor allem da, wo diese als Eingriffe in die Verfügungsrechte der Unternehmer verstanden werden konnten.

Die grundlegende Übereinstimmung zwischen den fabzavkomy und dem SNK im Hinblick auf die zentralisierte Kontrolle über die Wirtschaft wird von den konkreten Umständen etwas verdeckt. Dies gilt für die Wellen spontaner Expropriationen im Winter 1917/18 (vgl. Carr 1972, S. 75ff.; Malle 1985, S. 50ff.); hinzu kommen die fortdauernden Anstrengungen der Komitees zur Aufrechterhaltung des Produktionsprozesses in ihren jeweiligen Betrieben; wie

oben gezeigt wurde, begünstigte das Bemühen um ausreichenden Brennstoff und um Rohmaterial (vgl. Drobižev 1966, S. 39ff.) die Orientierung auf den Einzelbetrieb und sogar gegenseitige Konkurrenz um knappe Ressourcen.

Demnach ist die verbreitete Vorstellung von einem bolschewistischen Verrat an Arbeiterkontrolle und Selbstverwaltung, repräsentiert durch die fabzavkomy, kaum zu belegen. Unmittelbar vor dem Oktoberumsturz hatte Lenin, anstelle jener der Provisorischen Regierung, unzweideutig eine funktionstüchtige staatliche Kontrolle und Leitung über die Industrie gefordert, doch eben damit hatte er dem Staat eine entscheidende Rolle zugesprochen (vgl. LW 25, S. 333-367). Die Betriebskomitees ihrerseits waren selbst in ihrer bekanntermaßen "radikalen" Petrograder Version keineswegs von lokalistischen Strömungen beherrscht. Sie können vielmehr als authentische *"Interessenvertreter der Arbeiterschaft"* im Rahmen der *"bestehende*(n) *Betriebsstruktur"* gelten (Süß 1981, S. 56). Man kann sie darüberhinaus verstehen als Vertreter des "allgemeinen Interesses" der Arbeiter in einem bestimmten Betrieb sowohl im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Produktionsprozesses wie hinsichtlich der Marktgängigkeit der Produkte; wie sich gezeigt hat, schloß dies ausdrücklich die Disziplinierung der Belegschaft und auch den Ausschluß oder gar die Eliminierung marginaler und unterprivilegierter Gruppen wie Frauen, Jugendliche und "nicht-proletarische" Außenseiter ein.

Die Disziplinierung der Belegschaften verfolgten die fabzavkomy nach dem Oktoberumsturz noch offener und rücksichtsloser als zuvor. So erklärte in der Baumwollspinnerei "Nevka" in Petrograd die Generalversammlung im Januar 1918: *"Wir befinden uns auf dem Weg schöpferischer Aufbauarbeit, und niemand von uns hat die Erlaubnis oder das Recht, die Maschine früher als fünf Minuten vor Arbeitsschluß zu verlassen. Wer vorher aufhört..., wird unverzüglich entfernt oder dem Gericht übergeben und entlassen"* (Kiseleva, Starikova Hg. 1960, S. 170). Auch auf der regionalen Ebene des "Nordrayons" trug der Petrograder Zentralrat dazu bei, ein Mindestmaß an Funktionstüchtigkeit der Industrie aufrechtzuerhalten (vgl. Döring 1970; S. 69).

In diesem Sinn kam Arbeiterkontrolle als ad hoc-Maßnahme zustande und war *"weniger die Ursache, als die Reaktion auf* (ein) *Chaos"* (Smith 1986, S. 242), das auf die Wirtschaftskrise vor dem Oktober zurückging und sich danach weiter verschärfte, um schließlich im "Kriegskommunismus" zu gipfeln. Arbeiterkontrolle in diesem Sinn stand nicht in notwendigem Gegensatz zu zentralisierter Kontrolle über die Industrie, die freilich nicht mit der Einmannleitung in den Betrieben verwechselt werden darf (so Smith, ebd.), die wenige Monate später ins Zentrum der Auseinandersetzung rückte. Zentralismus und Nationalisierung der Industrie waren als solche offenbar keine Streitpunkte zwischen dem SNK, dem VSNCh, den Betriebskomitees und den Gewerkschaften. Das zeigt sich z.B. daran, daß die Konferenz der Petrograder Betriebskomitees im Januar 1918 verstärkte staatliche Eingriffe forderte, um den Prozeß der Nationalisierung zu beschleunigen (vgl. Voroneckaja 1953, S. 6). Weit entfernt, sich gegen aufkommenden Zentralismus zu wenden, forderten die Petrograder "Radikalen" also Maßnahmen, welche die zentralstaatlichen Instanzen stärken, zugleich aber die Macht der Kapitalisten schneller zurückdrängen würden, als es der Zeitplan der zentralen Sowjetregierung ursprünglich vorgesehen hatte.

Im Bereich der industriellen Verwaltung und Organisation betraf der wesentliche Streitpunkt demnach nicht den Gegensatz zwischen bolschewistischem Zentralismus und syndikalistischer Autonomie. Vielmehr herrschten zentralistische Tendenzen auf sämtlichen Ebenen vor, und strittig war nur die Geschwindigkeit der Nationalisierung. Die Anfang 1918 einsetzende Auseinandersetzung um die Einmannleitung freilich traf in der Tat den Lebensnerv der fabzavkomy, auch nach ihrer Eingliederung in die Gewerkschaftsstrukturen kurz nach der Jahreswende. Doch folgte diese Debatte über Formen industrieller Leitung in der ersten Hälfte des Jahres 1918 anderen Argumentationslinien und konfrontierte andere Personengruppen und Fraktionen miteinander (vgl. z.B. Süß 1981, S. 57-70, 72-85); vor allem wurde diese Frage eng verknüpft mit der Einführung "tayloristischer" Methoden der Arbeitsorganisation diskutiert, gegen die insbesondere Gewerkschaftsführer wie Rjazanov und Lozovskij mit Vehemenz auftraten (s. SNCh 1918, S. 77-79, 272-273; ferner Kößler, Muchie i.E.).
Die Erfahrung der Petrograder Betriebskomitees im Jahr 1917 gibt Anlaß zu Schlußfolgerungen, die Fragestellungen wie Lokalismus oder Zentralismus und selbst dem Problem industrieller Leitungsstrukturen vergleichsweise fernliegen. Es ging hier offenbar vielmehr um die Fähigkeit und die Perspektive von Arbeitern, die Strukturen industrieller Arbeit mit ihren eingebauten Herrschafts- und Befehlsverhältnissen zu reproduzieren und zu transzendieren. Es waren diese Strukturen, unter denen sie den Großteil ihres Arbeitslebens verbracht, in denen sie sozialisiert worden waren und unter denen sie entscheidende und existenzielle Kämpfe ausgefochten hatten; unweigerlich mußten die so konstituierten Verhältnisse nicht nur auf die Arbeiter als Mitglieder einer Klasse prägend wirken, sondern auch auf ihre individuelle Persönlichkeitsstruktur. So deutet das, was sich über die Aktivität und Politik einiger fabzavkomy in Petrograd herausarbeiten ließ, keineswegs auf syndikalistisches oder lokalistisches Chaos, sondern auf einen verbissenen und hartnäckigen Kampf, von den Fabriken das zu retten, was zu retten war - ohne etwa die mit der sachlichen Struktur des Produktionsprozesses, den Maschinen und Anlagen, vorgegebenen gesellschaftlichen Beziehungen in Frage zu stellen.
Die Fabriken waren nicht allein Grundlage und Sinnbild der Macht des Kapitals oder umgekehrt Grundlage einer proletarischen Staatsmacht; sie waren für die Arbeiter vor allem die einzig sichtbare und irgendwie handfeste Grundlage, um sich eine Lebensperspektive zu schaffen oder zu erhalten. Da diese Lebensperspektive an den industriellen Produktionsprozeß gebunden war, mußte sie mit dessen Aufrechterhaltung stehen und fallen. Die Sicherung des Produktionsprozesses beinhaltete auch Beziehungen zwischen Betrieben untereinander und damit erheblichen Druck zu zentraler Koordination sowie letzlich auch zentraler Kontrolle. Mehr als alles andere war es dieser industrielle Imperativ, der die fabzavkomy zu ihren Anstrengungen zwang, Arbeitsdisziplin immer strikter und rücksichtsloser durchzusetzen und dementsprechend auch in das Alltagsleben der Arbeiter einzugreifen. Diese Tendenz zeigte sich in der Vorsorge für Hausbrand ebenso wie in der restriktiven Urlaubsbewilligung; auch hier war die Verteidigung minimaler Standards innerhalb wie außerhalb des Betriebes unlösbar verknüpft mit der Durchsetzung von Disziplin und der Umformung von Lebensweisen nach den Bedürfnissen industriellen Arbeitens.

Anmerkungen:

* Zum weiteren Kontext des Folgenden s. mein Buch "Arbeitskultur im Industrialisierungsprozeß. Studien an englischen und sowjetrussischen Paradigmata", Münster 1990. Zitate aus fremdsprachigen Texten wurden vom Verfasser übersetzt. Für die Wiedergabe russischer Wörter wurde bis auf umgangssprachlich eingeführte Begriffe und Lehnwörter die wissenschaftliche Transliteration zugrundegelegt. Die Datierung folgt dem zur Zeit der Revolution bis Anfang 1918 in Rußland gültigen Julianischen Kalender; in der Regel erscheinen die Daten des Gregorianischen Kalenders, der im 20. Jh. dem Julianischen um 13 Tage voraus ist, in Klammern.

1 Es handelt sich um folgende Betriebskomitees: (1) Admiralitätswerft (Admiraltejskij sudostroitel'nyj zavod) (S. 23- 177) mit Zweigwerken (a) auf dem Galernyj Ostrovok (S. 32-100) und (b) der Neuen Admiralität (S. 141-163) und (c) der Granatenproduktion in Ochta (S. 141-163); (2) die Baltische Werft (Baltijskij sudostroitel'nyj zavod) (S. 191-408); (3) der Putilov-Werke (S. 427-497); und (4) der Fabrik für Handfeuerwaffen in Sestroreck (Sestroreckij oruženyj zavod) (S. 510-606), sämtlich in: Fabzavkomy 1979; ferner (5) das Neue Arsenal (Arsenal Petra Velikogo) (S. 99-180); und (6) die Petrograder Patronenfabrik (Petrogradskij patronnyj zavod) (S. 193-317), darunter Material (a) des gesamtbetrieblichen Provisorischen Exekutivkomitees aus dem März (S. 193-202), (b) der Betriebskomitees der meisten Abteilungen (S. 202-265); (c) des getrennten Komitees der Patronenhülsen-Fertigung (S. 266-268) und (d) der gemeinsamen Sitzungen der diversen in dieser Fabrik arbeitenden Komitees (S. 168-317), sämtlich in: Fabzavkomy 1982.

2 Repräsentativ: Pankratova 1976; Egorova 1960; Stepanov 1985; Venediktov 1957, S. 44-79 betont stärker den Aspekt der *"Kontrolle über die Produktion"*.

3 S. bes. die geradezu "klassischen" Werke von Anweiler 1958, S. 157f; Kaplan 1968, S. 97ff; neuerdings Scheibert 1984, S. 199; Keep 1976, S. 81ff. betont ebenfalls die zerstörerische Rolle der Komitees, behandelt aber ihr Verhältnis zu den Bol'ševiki differenzierter.

4 S. Carr 1972, S. 77ff; Devlin 1976, bes. Kap. VII; Schwarz 1961, S. 724-727 benennt die ökonomischen Zwänge, denen sich die Komitees in der Anfangsphase gegenübersahen und betont dann ihre ab April/Mai 1917 einsetzenden Konflikte mit den Gewerkschaften. Da es hier um das Verhältnis von Autonomie und Kontrolle geht, wurde dieser relativ viel diskutierte Aspekt weitgehend ausgespart.

5 S. Maksimov 1971, S. 119-138; ders. 1973; Avrich 1963a; ferner Brinton 1976 und die daran anschließende Kontroverse: Goodey 1974; Brinton 1975; Goodey 1975.

6 S. Smith 1981; ders. 1986, S. 82f, 168-173; Mandel 1983; ders. 1984, S. 265-273; dazu Perrie 1987, S. 438-446.

7 Ivanova 1987, S. 41; Ivanovas Gesamtzahl von 16,8 Millionen für die "Arbeiterklasse" 1913 schließt u.a. Verwaltungsangestellte und 5 Millionen "Landarbeiter" als das typischerweise stärkste Kontingent ein.

8 Lejberov, Škaratan 1961; zur Kritik s. Smith 1986, S. 23.

9 S. Hasegawa 1981, S. 75, 101ff, 209ff, 219ff, Anhang 2.

10 Vgl. ebd., S. 251; Pajalin 1932, S. 182 betont die Verzögerung der eigentlichen Wahlen zum Komitee, was dem Datum des ersten Protokolls am 15. (28.) April in Fabzavkomy 1979, S. 427 entspricht.

11 Vgl. Profsojuzy 1963, S. 440f; Pankratova 1976, S. 170f; Ferro 1980, S. 144ff; Mandel 1983, Kap.5.

12 Vgl. Rosenberg 1978, S. 93; zu den kriegsindustriellen Komitees und den Ältestenräten s. Pankratova 1976, S. 90-157 und neuerdings Siegelbaum 1983, S. 174ff.

13 Vgl. Fabzavkomy 1982, S. 20; jedenfalls bestand gewiß keine strikte Kontinuität, wie etwa Anweiler 1958, S. 155f. anzunehmen scheint.

14 S. Fabzavkomy 1979, S. 510-531 sowie den Kommentar ebd., S. 502.

15 S. ebd., S. 191-324; Kommentar ebd., S. 183.

16 S. hierzu Egorova 1960, S. 12; die Perspektive "Betriebskomitees gegen Gewerkschaften" findet sich bei Avrich 1963a, S. 168f; Brügmann 1972, S. 54; zur Reorganisation der Gewerkschaften s. ebd., S. 26ff.

17 Vgl. Stepanov 1985, S. 10; Hasegawa 1981, S. 261 erwähnt eine Initiative der Bol'ševiki am 25. Februar (10. März) *"zur Bildung eines Betriebskomitees in jedem Betrieb"* als Vorspiel zur Bildung der Sowjets; dies scheint aber der allgemeinen Konfusion der Februartage zuzuschreiben zu sein.

18 Für Sestroreck s. Fabzavkomy 1979, S. 154; für das Neue Arsenal Fabzavkomy 1982, S. 35f.

19 M.L. Itkin, "Vozniknovenie fabrično-zavodskich komitetov Petrograda i pervye šagi ich dejatel'nosti (fevral'-ijuń 1917g.)", Učenye zapiski Išimskogo pedagogičeskogo instituta Bd. 2, Tjumeń 1958, S. 11 zit. in Fabzavkomy 1982, S. 318.
20 Für all das enthalten die Protokolle zahlreiche Hinweise, z.B. Fabzavkomy 1979, S. 34, 73, 201, 227f, 430, 440, 454f, 513f, 518, 522; Fabzavkomy 1982, S. 23, 39f, 86f.
21 S. für die Admiralitätswerft Fabzavkomy 1979, S. 40, 110, 126, 168, 170; die Entscheidungen datieren von März bis Anfang Juli; für die Putilov-Werke s. ebd., S. 436, 438.
22 Ebd., S. 197f, 234, 438; Fabzavkomy 1982, S. 21, 67f, 115f, 195.
23 Fabzavkomy 1979, S. 39, 110, 199f. (für die Admiralitätswerft und die Baltische Werft).
24 Fabzavkomy 1979, S. 231; vgl. Fabzavkomy 1982, S. 37.
25 Fabzavkomy 1979, S. 229, 435, 536, 549f, 604; Fabzavkomy 1982, S. 235, 299f.
26 Fabzavkomy 1982, S. 220; vgl. Fabzavkomy 1979, S. 441.
27 Russ.: Glavnoe artillerijskoe upravlenie (GAU).
28 S. Fabzavkomy 1982, S. 184ff. (Kommentar); auch Brügmann 1972, S. 50f. zum allgemeinen politischen Kontext.
29 Vgl. Fabzavkomy 1979, S. 69f, 74, 169, 170, 228f, 242, 312, 442f, 545, 556, 561, 568; Fabzavkomy 1982, S. 89, 179.
30 Vgl. ebd., S. 85, 141, 316; Fabzavkomy 1979, S. 312.
31 Dies steht in deutlichem Gegensatz zu dem äußerlichen und taktischen Verhältnis der Bol'ševiki gegenüber den Bauern, wie es in ihrer Entscheidung vom September 1917 zum Ausdruck kommt, die Ergebnisse der vorangegangenen spontanen Agrarrevolution durch die Sowjets gleichsam ratifizieren zu lassen und sich so des Gewichts der Bauernmassen zu versichern, während sie ausdrücklich ihre Ziele nicht teilten; vgl. Bucharin 1925, S. 18; hierzu Kößler 1988.
32 S. die Resolution zur wirtschaftlichen Lage in: Kiseleva Hg. 1958, S. 4.
33 S. Kaplan 1968, S. 121, 126, hauptsächlich unter Berufung auf Lozovskij; Keep 1976, S. 267ff. zu Rjazanov; aus grundsätzlich anderem Blickwinkel Brinton 1976, S. 46, der Lozovskij als "bolschewistische(n) Gewerkschafter" zitiert.
34 S. Lozovskij 1966; Brügmann 1972, S. 123 bezieht sich hierauf, gibt aber teilweise eindeutig abweichende Informationen.
35 Polo'zenie o rabo'cem kontrole, in: Kiseleva Hg. 1958, S. 5ff, 1.
36 Ebd., §§ 2-4; s. im Einzelnen Brügmann 1972, S. 129.
37 Diese Interpretation steht im Gegensatz u.a. zu Avrich 1963a, S. 161, 179.f; ders. 1963b; Brügmann 1972, S. 25.f; Brinton 1976, S. 55ff; sie berücksichtigt ausdrücklich nicht die Position der Anarchisten, wie sie verschiedentlich in den Sowjet-Organen und den fabzavkomy artikuliert wurde; s. ebd., S. 64; Sirianni 1982, S. 49-62 behandelt ausführlicher die menschewistischen, anarchistischen und insbesondere bolschewistischen Positionen zur Arbeiterkontrolle, erfaßt aber nicht die Position der "radikalen" fabzavkomy zum Zentralismus; s. ebd., S. 96-102.

Literatur:

Anweiler, Oskar 1958, Die Rätebewegung in Rußland 1905-1921, Leiden.
Avrich, Paul 1963a, "Russian Factory Committees in 1917", Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N.F. 11.
– 1963b, "The Bolshevik Revolution and Workers' Control", Slavic Review XXII.
– Hg. 1973, The Anarchists in the Russian Revolution, London.
Berman, Morris 1987, All That Is Solid Melts Into Air. The Experience of Modernity, London.
Bonnell, Victoria E. 1983, Roots of Rebellion. Workers' Politics and Organizations in St. Petersburg and Moscow, Berkeley, Los Angeles, London.
Brinton, Maurice 1975, "Factory Committees and the Dictatorship of the Proletariat", Critique 4.
— 1976, Die Bolschewiki und die Arbeiterkontrolle. Der Staat und die Konterrevolution, Hamburg (The Bolsheviks and Workers' Control 1917-1924. The State and Counter-Revolution, London 1970).
Brügmann, Uwe 1972, Die russischen Gewerkschaften in Revolution und Bürgerkrieg, Frankfurt am Main.
Bucharin, Nikolaj I. 1925, Über die Bauernfrage, Hamburg.

Carr, Edgar Hallet 1972, The Bolshevik Revolution 1917-1923, Bd. 2, Harmondsworth (London 1952; 1966).
Devlin, Robert James 1976, Petrograd Workers and Workers' Factory Committees. An Aspect of the Social History of the Russian Revolution. PhD., State University of New York, Binghamton.
Döring, Falk 1970, Organisationsprobleme der russischen Wirtschaft in Revolution und Bürgerkrieg (1918-1920). Dargestellt am Volkswirtschaftsrat für den Nordrayon (SNChSR), Hannover.
Drobižev, V.Z. 1966, Glavnyj štab socialističeskoj promyš lennosti, Moskau.
Egorova, Anna G. 1960, Profsojuzy i fabzavkomy v bofbe za pobedu Oktjabrja (mart - oktjabf 1917 goda), Moskva.
Fabzavkomy 1979, Fabrično-zavodskie komitety Petrograda v 1917 godu. Protokoly, Moskva.
Fabzavkomy 1982, Fabrično-zavodskie komitety Petrograda v 1917 godu. Protokoly, Moskva (Folgeband).
Ferro, Marc 1980, October 1917. A social history of the Russian Revolution, London, Boston and Henley.
Goodey, Chris 1974, "Factory Committees and the Dictatorship of the Russian Proletariat", Critique 3. (die dt. Übers. in: Hillel Ticktin u.a., Planlose Wirtschaft, Hamburg 1981 ist nicht ganz fehlerfrei und wurde daher nicht zugrundegelegt).
– 1975, "Factory Committees and the Dictatorship of the Proletariat: Additional Notes", Critique 5.
Gofkij, Maksim (Maxim Gorkij) 1974, Unzeitgemäße Gedanken über Kultur und Revolution, Franktfurt am Main.
Hasegawa, Tsuyoshi 1981, The February Revolution. Petrograd 1917, Seattle and London.
Iškin, M.L. 1982, "Central'nyj sovet fabzavkomov Petrograda v 1917g.", in: Oktjabfskoe vooružennoe vosstanie v Petrograde. Sbornik statej, Moskva.
Ivanova, N.A. 1987, Struktura rabočego klassa Rossii 1910-1914. Moskva.
Kaplan, Frederick I. 1968, Bolshevik Ideology and the Ethics of Soviet Labor 1917-1920: The Formative Years, New York.
Keep, John 1976, The Russian Revolution. A Study in Mass Mobilization, London.
Kiseleva, M.V., Hg. 1958, Nacionalizacija promyšlennosti i organizacija socialističeskogo proizvodstva v Petrograde (1917-1920 gg.). Dokumenty i materialy, Bd. I, Leningrad.
– A. Ja. Starikova, Hg. 1960, dto., Bd. II, Leningrad.
Kößler, Reinhart 1988, "Ein 'Sack Kartoffeln', der die Verhältnisse zum tanzen brachte. Zur Bedeutung von Bauern in der russischen und in der chinesischen Revolution", in: Peter Meyns Hg., Agrargesellschaften im portugiesischsprachigen Afrika, Saarbrücken, Fort Lauderdale.
– 1989, "Mythos und Realität gemeinsamer Feste. Von der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse zur individualisierten Regeneration", Peripherie 35.
– Mammo Muchie i.E. American Dreams and Soviet Realities: Socialism and Taylorism. A Reply to Chris Nyland.
Lane, David 1969, Roots of Russian Communism. A Social and Historical Study of Russian Social-Democracy 1898-1907, Assen.
Lejberov, I.P., O.I. Škaratan 1961, "K voprosu o sostave petrogradskich promyšlennych rabočich v 1917 godu", Voprosy istorii 1961/1.
Lenin, Vladimir Il'ič (LW), Werke
– (LW 25, 325-377), Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll (Oktober 1917).
– (LW 26, S. 227), "An die Bürger Rußlands" (25. Oktober [7. November] 1917.
– (LW 26, S. 288-290), Rede in der Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zusammen mit Vertretern der Front, 4. (17.) November 1917, Zeitungsbericht.
Lozovskij, S.A. 1966, "Iz vospominanij o V.I. Lenine", Voprosy Istorii KPSS 1966/7.
Maksimov, G.P. (Maximoff) 1971, "Revolutionär-syndikalistische Bewegung in Rußland" (1926), in: Arthur Lehning, Marxismus und Anarchismus in der russischen Revolution/ G.P. Maximoff, Revolutionär-syndikalistische Bewegung in Rußland, Berlin.
– 1973, "On Trade Unions and Factory Committees" (1917), in: Avrich Hg. 1973.
Malle, Silvana 1985, The Economic Organization of War Communism, 1918-1921, Cambridge usw.
Mandel, David 1983, The Petrograd Workers and the Fall of the Old Regime. From the February Revolution to the July Days, 1917, London, Basingstoke.
– 1984, The Petrograd Workers and the Soviet Seizure of Power. From the July Days to July 1918, London, Basingstoke.
Meller, V.L., A. M. Pankratova Hg. 1926, Rabočee dviženie v 1917 godu, Moskva, Leningrad.

Okub, S. B. Hg. 1933, Putilovec v trech revoljucijach. Sbornik materialov po istorii Putilovskogo zavoda, Leningrad.
Pajalin, N. 1932, "Putilovskij zavod v 1917 godu", Krasnaja Letopiś 3 (48).
Pankratova, Anna M. 1976, Fabrikräte in Rußland. Der Kampf um die sozialistische Fabrik. Unter der Redaktion von M.N. Pokrovskij. Eingeleitet und für die deutsche Ausgabe eingerichtet von Hartmut Mehringer, Frankfurt am Main (Fabzavkomy Rossii v borśbe za socialističeskuju fabriku, Moskva 1923).
Paslovsky, Leo (1921), The Economics of Communism. With Special Reference to Russia's Experiment, New York.
Perrie, Maureen 1987, "The Russian working class, 1907-1917 (review essay)", Theory and Society 16.
Proekt 1918, "Proekt instrukcii po rabočemu kontrolju, pozarabotannyj Central'nym Sovetom Fabrično-Zavodskich Komitetov goroda Petrograda (Obščaja čast')", Narodnoe chozjajstvo 1 (März 1918).
Proekt 1933, "Proekt zakona o rabočem kontrole i regulirovanii, vnesenyj Sovetom fabrično-zavodskich komitetov v Kommissiju truda", in: Orechašvili, M.D., B.G. Sorin Hg. 1933, Dekrety Oktjabrskoj Revoljucii I: Ot Oktjabrskogo Perevorota do rospuska Učreditel'nogo sobranija, Moskva.
Profsojuzy 1963, Profsojuzy SSSR. Dokumenty i materialy (1905-1963 gg.), Bd. I: Profsojuzy v bo'rbe za sverženie samoderžava i ustanovlenie diktatury proletariata (1905-1917gg.), (Moskva).
Rašin, A.G. 1940, Formirovanie promyšlennogo proletariata Rossii. Statistiko-ekonomičeskie očerki, Moskva.
Rosenberg, William 1978 "Workers and Workers' Control in the Russian Revolution", History Workshop 5.
Scheibert, Peter 1984, Lenin an der Macht. Das russische Volk in der Revolution 1918-1922, Weinheim.
Schwarz, S.M. 1961, "Fabrično-zavodskye komitety i profsijuzy v pervye gody revoljucii", engl. Fassung in. Robert Paul Browder, Alexander F. Kerensky Hg., The Russian Provisional Government 1917. Documents, Stanford, Bd II.
Šefler, M.E. 1918, "Zamena zolotoj valjuty - trudovoj" in: M.N. Smit, S.A. Fal'kner, M.E. Šefler, Ekonomika i politika tverdych cen, Moskva.
Siegelbaum, Lewis H. 1983, The Politics of Industrial Mobilization in Russia 1914-17. A Study of the War-Industries Committees, London, Basingstoke.
Sirianni, Carmen 1982, Workers' Control and Socialist Democracy. The Soviet Experience, London.
Smith, Steve A. 1981 "Craft Consciousness, Class Consciousness: Petrograd 1917", History Workshop 11.
– 1986, Red Petrograd. Revolution in the Factories 1917-18, Cambridge usw.
SNCh 1918, Trudy I Vse-Rossijskago S-ezda Sovetov Narodnago Chozjajstva, 26 maja-4 ijunja 1918g. Stenografičeskij Otčet Moskva.
Stepanov, Zacharij V. 1985, Fabzavkomy Petrograda v 1917 godu, Leningrad.
Suchanov, Nikalaj N. (Suchanow) 1967, 1917. Tagebuch der russischen Revolution, München.
Süß, Walter 1981, Der Betrieb in der UdSSR. Stellung, Organisation und Management 1917-1932, Frankfurt am Main, Bern.
Venediktov, Anatolij V. 1957, Organizacija gosudarstvennoj promyšlennosti v SSSR, Bd. I, Leningrad.
Voroneckaja, A.A. 1953, "Organizacija Vysšego Soveta Narodnogo Chozjajtsva i ego rol' v nacionalizacii promyšlennosti", Istoričeskie Zapiski 43.
Zelnik, Reginald E. 1971, Labor and Society in Tsarist Russia. The Factory Workers of St. Petersburg 1855-1870, Stanford.

Otto Langels

Die Revolutionären Industrieverbände
Gewerkschaftspolitik in der Weimarer Republik zwischen Freien Gewerkschaften und KPD

Welche politische Eigenständigkeit kommt gewerkschaftlichen Organisationen zu, ist das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und den der Arbeiterbewegung nahestehenden Parteien hierarchisch oder demokratisch strukturiert? Diese Fragestellung zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Während die Sozialdemokratie spätestens auf ihrem Parteitag im Jahre 1906 ihren politischen Führungsanspruch gegenüber den Freien Gewerkschaften aufgeben mußte, entwickelte die KPD seit ihrer Gründung ein instrumentelles Verhältnis zu den Gewerkschaften. Abgelöst von der gesellschaftlichen Entwicklung und den Erfahrungszusammenhängen der Gewerkschaftsmitglieder, beharrte die kommunistische Partei auf ihrer Bevormundung der Gewerkschaften und folgte damit den Grundannahmen leninistischer Ideologie. Die Mitarbeit in den bestehenden Organisationen oder die Bildung neuer gewerkschaftlicher Gruppierungen vollzog sich nach dem Kalkül parteikommunistischer Strategie und Taktik und verhinderte schon im Ansatz eine autonome Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten, die u.U. auf den parteipolitischen Kurs der KPD hätte rückwirken können.

An dieser Stelle soll das Augenmerk auf gewerkschaftliche Organisationen gerichtet werden, die in diesem Spannungsfeld agierten, deren Mitglieder sich als Kommunisten verstanden und zum Teil das Parteibuch der KPD besaßen, die aber den Primat der kommunistischen Partei ablehnten und vor scharfer Kritik an der KPD nicht zurückschreckten - auch um den Preis des Parteiausschlusses.

Obwohl sich die *revolutionären Industrieverbände*, wie sich diese gewerkschaftlichen Organisationen nannten, seit Beginn der zwanziger Jahre bis zur Auflösung der Weimarer Republik gegenüber der scheinbar übermächtigen Konkurrenz von Freien Gewerkschaften und KPD behaupteten, hat ihr Wirken bislang in der Literatur über gewerkschaftliche Organisationen in der Weimarer Republik kaum Niederschlag gefunden.[1]

Nicht nur das spannungsreiche Verhältnis zur KPD bietet Anlaß zu einer näheren Betrachtung der revolutionären Industrieverbände:

- Das Industrieverbandsprinzip, das die Freien Gewerkschaften seit Jahrzehnten als mögliche Organisationsform diskutierten, aber nur halbherzig in Angriff nahmen, wurde von den Industrieverbänden für ihre Organisationen umgesetzt.
- Die Industrieverbände versuchten die ökonomischen und politischen Prozesse, denen ihre Mitglieder ausgesetzt waren, zu analysieren und daraus Konsequenzen für die Theorie und Praxis ihrer gewerkschaftlichen Arbeit zu ziehen. Nicht starrer Dogmatismus ist für diese Gruppen kennzeichnend, sondern der Wille, überholte und fragwürdige Positionen selbstkritisch in Frage zu stellen und zu revidieren.

- Und nicht zuletzt ist es von Interesse zu sehen, inwieweit sie die drohende Gefahr des Faschismus erkannten und dieser zu begegnen suchten.

Die Entstehungsgeschichte der Industrieverbände reicht bis in das Jahr 1921 zurück. Als Reaktion auf die Ausschlüsse von Kommunisten aus der Gewerkschaft bzw. auf die Auflösung kommunistisch orientierter Bezirksvereine innerhalb des Baugewerksbundes (BGB) wurde mit Zustimmung von KPD und Roter Gewerkschafts-Internationale (RGI) der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter (VdaB) gegründet.

In der Union der Hand- und Kopfarbeiter (Räteorganisation)[2] gab es seit der Gründung im September 1921 Stimmen, die den Austritt der Kommunisten aus den Freien Gewerkschaften und deren Organisierung in der Union forderten. Hier wollte man die Bildung autonomer kommunistischer Verbände vorantreiben, ohne erst durch die Ausschlußpraktiken der sozialdemokratisch orientierten Freien Gewerkschaften eine entsprechende Legitimation erhalten zu haben.

Bis in das Jahr 1924 hinein war jedoch eine eher defensive Haltung unter führenden kommunistischen Gewerkschaftern zu beobachten. Der Gewerkschaftspolitik der KPD, Einfluß innerhalb der Freien Gewerkschaften zu gewinnen, entsprach die Position der kommunistischen Verbände, ihre Organisationen nicht als unmittelbare Konkurrenz zu den Freien Gewerkschaften, sondern in erster Linie als Auffangbecken für ausgeschlossene kommunistische Gewerkschaftsmitglieder anzusehen.

Die Situation änderte sich mit dem rapiden Rückgang der Mitgliederzahlen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) im Jahr 1924, der einer Massenflucht aus den Gewerkschaften gleichkam. Auch von weiten Teilen der KPD-Mitgliedschaft wurde ein weiteres Engagement in den Freien Gewerkschaften als sinnlos erachtet.[3] Die Kommunisten wandten sich vermehrt den oppositionellen Verbänden zu. Verstärkt wurde diese Tendenz durch die neue linke Parteiführung der KPD, die eher halbherzig ihre Mitglieder zur Mitarbeit in den Freien Gewerkschaften anhielt, zugleich aber den Aufbau kommunistischer Industrieverbände propagierte.[4]

Erst die Tagung des Zentralausschusses der KPD im Oktober 1924 brachte eine vorläufige Klärung der Gewerkschaftsfrage: Nach dem 1. Februar 1925 sollte niemand mehr der KPD angehören können, der nicht gleichzeitig Mitglied der zuständigen ADGB-Gewerkschaft war.[5] Dies bedeutete faktisch die Auflösung der bestehenden kommunistischen Verbände, die inzwischen an Zahl und Bedeutung erheblich zugenommen hatten. Von der angeordneten Rückführung in die Freien Gewerkschaften waren betroffen: Union der Hand- und Kopfarbeiter, Industriegruppe Metall und Industriegruppe Bergbau; Industrieorganisation Metall, Berlin; Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter; Industrieverband der chemischen Arbeiter; Deutscher Schiffahrtsbund; Freier Eisenbahnerverband; Verband der ausgeschlossenen Textilarbeiter; Verband der Buchdrucker und verwandter Berufe, Opposition Berlin, Deutscher Bekleidungsarbeiterverband, Opposition Berlin-Breslau; Verband der Land- und Waldarbeiter. Die Zahl der Mitglieder dieser Verbände wurde auf über 70.000 geschätzt.[6]

Nachdem bereits am 5. September 1924 Wilhelm Schumacher (Oppositioneller Bekleidungsarbeiterverband), Paul Weyer (Deutscher Industrie-Verband) und Paul Kaiser (VdaB)

als Führer der selbständigen Verbände aus der KPD ausgeschlossen worden waren, da sie den Ausbau ihrer Verbände fortgesetzt hatten,[7] wurde in der Folgezeit mehreren hundert Arbeitern, die sich an der Konstituierung der revolutionären Industrieverbände beteiligten, die Parteimitgliedschaft aberkannt.

Aus den oben angeführten Verbänden gingen als eigenständige Industrieverbände, die die Gewerkschaftspolitik der KPD ablehnten, hervor: Deutscher Industrie-Verband; Industrieverband für das Baugewerbe; Industrieverband für das Verkehrsgewerbe; Industrieverband für das graphische Gewerbe; Verband der Schiffs- und Bootsbauer; Bekleidungs-Industrie-Verband. Diese Organisationen zählten Ende der zwanziger Jahre insgesamt zwischen 40.000 und 50.000 Mitglieder. Erst Anfang der dreißiger Jahre ist infolge der Auswirkungen der RGO-Politik der KPD ein erheblicher Rückgang der Mitgliederzahlen festzustellen.[8]

Im folgenden soll auf die beiden bedeutendsten Industrieverbände - Deutscher Industrie-Verband (DIV) und Industrieverband für das Baugewerbe (IVfdB) - näher eingegangen werden.[9]

Von der gewerkschaftlichen Opposition zum Industrieverband

Die Minorität innerhalb der Union der Hand- und Kopfarbeiter, die sich der Wiedereingliederung in die Freien Gewerkschaften widersetzte (vor allem in Berlin, Mannheim und im Ruhrgebiet), veranstaltete im März 1924 in Essen einen eigenen Kongreß, auf dem der Deutsche Industrie-Verband gegründet wurde.[10] Der Verband zählte 1926 ungefähr 8.000 Mitglieder; Anfang

1929 war mit annähernd 20.000 Mitgliedern der Höchststand erreicht. Lokale Schwerpunkte des DIV bildeten die Bezirke Berlin und West-Sachsen.[11]

Angesichts des, nach eigenem Eingeständnis, unbefriedigenden Wachstums des Verbandes - die zunehmende Mitgliederzahl korrespondierte mit einer Ausdehnung der Ortsgruppen (von 40 im Jahr 1924 auf 230 im Jahr 1928) und Wirtschaftsbezirke (von vier im Jahr 1924 auf 11 im Jahr 1928) - hatte der DIV denn auch mit organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Verschiebungen von Kongressen, Reduzierung der Verbandsangestellten sowie Einsparungen bei der Zeitschrift des Verbandes blieben nicht aus.

Auch der Zulauf, den der DIV durch die in den Jahren 1926/27 aus der KPD ausgeschlossenen sogenannten linken und ultralinken Oppositionsgruppen erhielt - in erster Linie durch die Gruppe "Kommunistische Politik" unter Führung Karl Korschs - vermochte die organisatorische und finanzielle Situation nicht entscheidend zu verbessern.

Proletarische
Kampf-Front
Organ des Deutschen Industrie-Verbandes
für die Bezirke Groß-Berlin u. Mark Brandenburg, Freistaat Sachsen, Mitteldeutschland, Thüringen, Baden, Bayern
Norddeutschland und Rheinland
Einheitsorganisation aller Berufe
Nummer 41
5. Jahrgang
Leipzig, d. 11. Oktober 1929
Einzelpreis 10 Pf.

Ein organisatorisches Fiasko für den DIV bahnte sich an, als es im Frühjahr 1929 zur Spaltung des Verbandes kam, für die die Reichsleitung als Ursache vor allem persönliche Motive führender Mitglieder ausmachte.[12] Nach der Spaltung existierten zwei Organisationen weiter: Die bis dahin führende Gruppe um Paul Weyer verlegte ihre Leitung nach Mannheim, die sächsische Opposition unter Führung von Edwin Riehl und Franz Müller hatte ihre Zentrale in Leipzig, nannte sich "Deutscher Industrie-Verband. Einheitsorganisation aller Berufe" und gab eine eigene Zeitschrift, die "Proletarische Kampf-Front", heraus. Beide Organisationen konnten sich jedoch nicht mehr von dieser Spaltung erholen.[13] Von den Auflösungserscheinungen des DIV profitierte der Industrieverband für das Baugewerbe, der Übertritte ganzer Ortsgruppen zu seiner Organisation verbuchen konnte.

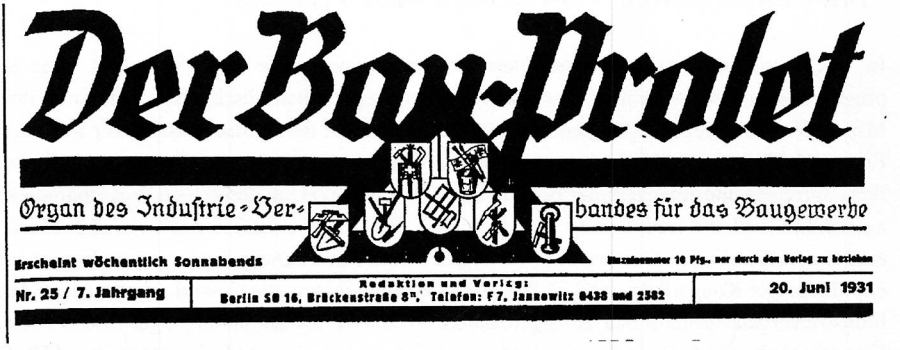
Der IVfdB ging - wie bereits erwähnt - aus dem Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter hervor. Schon auf dem 1. Verbandstag des VdaB im September 1923 in Chemnitz war es zu Zusammenstößen zwischen den verschiedenen Richtungen innerhalb des Verbandes gekommen.

Diese Spannungen verschärften sich im folgenden Jahr, als zur Durchführung der Gewerkschaftslinie von Komintern und RGI die Liquidierung der selbständigen Verbände gefordert wurde. Besonders im Berliner Verein des VdaB wurde die Aufforderung zum Wiedereintritt in die Freien Gewerkschaften strikt abgelehnt und stattdessen versucht, dem BGB Mitglieder abzuwerben, was zum Ausschluß des gesamten Berliner Vorstandes aus der KPD führte.

Die Verhandlungen zwischen Delegationen des VdaB und des BGB um eine geschlossene Wiederaufnahme in den BGB blieben zwar erfolglos, dennoch wurde auf dem Hamburger Verbandstag des VdaB im November 1925 gegen die Stimmen der Berliner Delegierten die Auflösung des Verbandes zum 1. April 1926 beschlossen.[14] Auf einer Generalversammlung des Berliner Vereins am 20. Dezember 1925 wurden die Richtlinien für die zukünftige Arbeit der Berliner Opposition beschlossen:

"Die Generalversammlung spricht aus, daß es nur eine Arbeiterpartei gibt, nämlich die KPD. Die Versammelten geloben mithin, die KPD in allen ihren politischen Maßnahmen weitestgehend zu unterstützen. Jedoch ist die Herstellung der Gewerkschaftseinheit in fast allen Ländern, wo es kommunistische Parteien gibt, verschiedenartig. Die Versammelten sind auf Grund praktischer Erfahrungen überzeugt, daß die Herstellung einer Einheit, wie sie die KPD will, für das Baugewerbe nicht möglich ist."[15]

Organisatorische Maßnahmen wie eigene Beitragskassierung und die Herausgabe eines eigenen Organs[16] liefen auf eine geographische Ausdehnung der lokalen Berliner Organisation hinaus. Am 29. Juni 1926 fand in Berlin ein Reichskongreß der nicht aufgelösten Vereine des VdaB statt. Delegierte aus Berlin, Eberswalde, Greifswald, Düsseldorf und Mönchen-Gladbach hoben den Industrieverband für das Baugewerbe aus der Taufe. Im September 1927 hielt der IVfdB in Berlin seinen ersten Verbandsstag ab, auf dem 14 Vereine mit über 9.000 Mitgliedern vertreten waren.


Der Bau-Prolet

Organ des Industrie-Verbandes für das Baugewerbe

Erscheint wöchentlich Sonnabends

Einzelnummer 10 Pfg., vor durch den Verlag zu beziehen

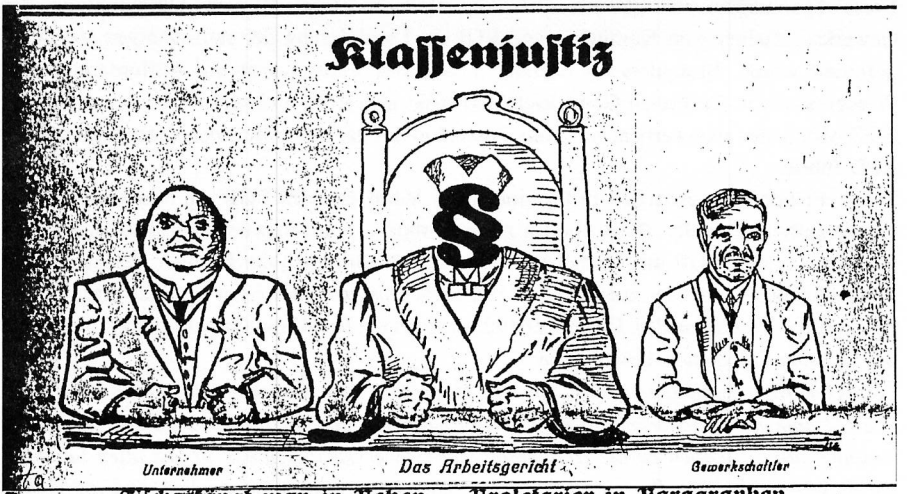
Nr. 25 / 7. Jahrgang

Redaktion und Verlag: Berlin SO 16, Brückenstraße 8[II], Telefon: F 7, Jannowitz 0438 und 2582

20. Juni 1931

Seinen Höchststand an Mitgliedern erreichte der IVfdB Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre. 1930 hatte der Verband um die 20.000 Mitglieder.[17]

Neben dem IVfdB existierte seit 1927 der Bund revolutionärer Industrie-Verbände (BRIV) als Zusammenschluß der Industrieverbände und damit Nachfolgeorganisation des "Kartells



Fische fängt man in Netzen – Proletarier in Paragraphen.

der selbständigen Verbände".[18] Allerdings gehörte der DIV dem BRIV nicht mehr an. Außer dem IVfdB waren dem BRIV der Bekleidungs-Industrie-Verband,[19] der Schiffsbau-Industrie-Verband und der Industrie-Verband für das graphische Gewerbe angeschlossen. In den Jahren 1930/31 wurde die Gruppe Metallgewerbe zu einer selbständigen Organisation im Rahmen des Bundes, und es gelang, auch unter Bergarbeitern Einfluß zu gewinnen. Alle diese Organisationen erreichten jedoch zusammen nicht annähernd die Mitgliederzahl des IVfdB, der denn auch die dominierende Rolle im BRIV innehatte.

"Ein Industriezweig - ein Betrieb - ein Verband"

In ihrer Organisationsform versuchten die Industrieverbände das einzulösen, was sie programmatisch schon in ihrer Namensgebung vorwegnahmen: die Zusammenfassung ihrer Mitglieder nach Industriegruppen. Der verstärkte Wandel der Wirtschaftsstruktur nach dem Ersten Weltkrieg, der sich u.a. in veränderten Produktionsverfahren, Auflösung der tradierten Berufsgruppen und zunehmender Bedeutung der Frauen und Ungelernten im Wirtschaftsleben ausdrückte, ließ die traditionelle Strukturierung der Gewerkschaften nach Berufen obsolet erscheinen. Die Freien Gewerkschaften trugen dieser Entwicklung Rechnung, indem sie auf dem Leipziger Kongreß des ADGB 1922 den Beschluß faßten, die Gewerkschaften nach dem Industrieverbandsprinzip neu zu organisieren. Wie stark die Berufsideologie in den Freien Gewerkschaften jedoch noch verankert war, zeigt der relativierende Beschluß des ADGB-Kongresses von 1925, wonach der Zusammenschluß der Berufsgewerkschaften zu Industrieverbänden als freiwillige Entscheidung der beteiligten Gewerkschaften angesehen wurde. So ist für den Zeitraum von 1918 bis 1931 nur eine Konzentration von 50 auf 30 Verbände festzustellen.[20]

Die Industrieverbände waren dagegen von Anfang an bestrebt, ihre Organisationen nach Industriegruppen aufzubauen. Entsprechend dem Prinzip *"ein Industriezweig - ein Betrieb - ein Verband"* erfaßte der DIV z.B. seine Mitglieder in neun Industriegruppen (Metall, Holz, Gewerbe, Textilfach, Bergbau - Bau - Keramik, Chemie, Verkehr, Nahrungs- und Genußmittel, Reich - Staat - Kommune).[21] Es blieb jedoch nicht aus, daß die Industrieverbände in einzelnen Industriezweigen miteinander konkurrierten und damit ihren eigenen Grundsatz (ein Industriezweig - ein Verband) in Frage stellten.

Auf der anderen Seite bewiesen sie in vielen Fällen genügend Pragmatismus, weltanschauliche Gegensätze zurückzustellen und in zentralen gewerkschaftlichen Fragen mit anderen Organisationen zusammenzuarbeiten. So war für das Verhalten des IVfdB bei einem Streik der Berliner Bauarbeiter gegen Lohnabbau im Frühjahr 1931 kennzeichnend, daß *"er nicht wie die RGO großsprecherisch sich als 'alleiniger Führer' des Streiks erklärte, sondern nachdrücklichst betonte, daß alle in Frage kommenden Gewerkschaften mitmachen und gemeinsam kämpfen müßten. Dementsprechend setzte der I.f.d.B.* (= IVfdB) *nicht eine Streikleitung von sich aus ein, sondern forderte* ***alle*** *streikenden Bauarbeiter,* ***ohne Unterschied der Organisation****, auf, durch ihre Delegierten selbst eine zentrale Streikleitung zu wählen..."*[22]

Nicht der Industrieverband sollte ausschließliches Zentrum gewerkschaftlicher Aktivität sein, sondern die Arbeit in den Betrieben wurde in den Mittelpunkt gestellt, und dabei galt das besondere Augenmerk den Unorganisierten, die es in die Arbeits- und Tarifauseinandersetzungen einzubeziehen galt.[23]

Während der DIV seine Mitglieder vor allem unter den Metall- und Bauarbeitern, aber auch unter den Textil-, Land-, Chemie- und Verkehrsarbeitern rekrutierte, organisierte der IVfdB vorwiegend Tiefbauarbeiter. Nicht so sehr Facharbeiter, sondern in erster Linie ungelernte Arbeiter gehörten den Industrieverbänden an.[24] Von seiten der Freien Gewerkschaften wurde die Zusammensetzung der Mitgliedschaft mit den geringen Gewerkschaftsbeiträgen erklärt. Wahrscheinlich ist aber auch, daß die grundsätzliche und nachdrückliche Kritik der Industrieverbände am kapitalistischen System unter denjenigen, deren Lage nach radikaler Änderung der Verhältnisse drängte, besondere Anziehung ausübte.[25]

In vielen konkreten Situationen waren die Industrieverbände bemüht, praktische, unterstützende Gewerkschaftsarbeit zu leisten - jenseits jeder revolutionären Propaganda. Informationen über Arbeitsrecht, Ratschläge für Arbeitslose, Hinweise in Steuerfragen, die Einrichtung von Bildungskursen und -schulen gehörten zu ihrer täglichen Arbeit. Selbstverständlich war auch die Teilnahme an Betriebsratswahlen, wenn auch die Industrieverbände längst nicht immer und überall in der Lage waren, eigene Listen aufzustellen.[26]

Der IVfdB versuchte darüber hinaus, über die von ihm ins Leben gerufenen sogenannten Betriebsräteausschüsse, einer Zusammenfassung von Betriebsräten, in den einzelnen Betrieben verstärkt Fuß zu fassen.

Erschwert wurde die Betriebsrätearbeit durch die von Arbeitsgerichten des öfteren geübte Praxis, nur den Freien, Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften die Tariffähigkeit zuzuerkennen, d.h. anderen gewerkschaftlichen Organisationen wie den Industrieverbänden in einer Reihe von Fällen die Verteidigung der Rechte ihrer Mitglieder unmöglich zu machen.

Der zähe, langjährige Kampf der Industrieverbände für die Tariffähigkeit[27] wurde schließlich belohnt. Im Jahre 1929 wurden die selbständigen Industrieverbände als wirtschaftliche Organisationen im Sinne des Arbeitsgerichtsgesetzes anerkannt und waren damit tariffähig.[28] Dies änderte jedoch nichts an der Tatsache, daß die Freien Gewerkschaften faktisch das Tarifmonopol behielten.

So sahen sich die Industrieverbände außerstande, Arbeitskämpfe allein und gegen den Willen der Freien Gewerkschaften durchzuführen. Eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen gewerkschaftlicher Betätigung bewahrte die Industrieverbände vor sinnlosen Arbeitskämpfen und unnötigen Niederlagen. Der IVfdB formulierte seine Funktion dahingehend, wegweisend Forderungen aufzustellen und Kampfmaßnahmen vorzuschlagen und damit Einfluß zu nehmen auf die Gewerkschaftspolitik des BGB. Der BGB kam nicht umhin zu konstatieren, daß der IVfdB im Laufe der Jahre größere Einsicht in die Entwicklung der Kräftegruppierung in Wirtschaft und Politik gewonnen habe und sich hauptsächlich auf den Gebieten betätige, wo auch die Freien Gewerkschaften wirkten: Tarifvertragswesen, Arbeitsrecht, Sozialpolitik.[29]

Die Illusion der Wirtschaftsdemokratie

Auch wenn sich die Industrieverbände partiell zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften des ADGB bereit erklärten, kritisierten sie dennoch vehement deren gewerkschaftspolitische Vorstellungen.

Das Modell der Wirtschaftsdemokratie, mit dem die Freien Gewerkschaften ihre wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen zu erreichen glaubten, wurde von den Industrieverbänden als illusionär und naiv verurteilt. *"Die Gewerkschaften wollen nichts von Arbeitskämpfen wissen. Sie glauben auf wirtschaftsfriedlichem Wege über die politische und wirtschaftliche Demokratie, über eine 'soziale' Gesetzgebung die Arbeiterklasse aus ihrer wirtschaftlichen Knechtschaft und Ausbeutung herausheben zu können... Aus einer nach innen und außen beweglichen Kampffront ist ein starrer bürokratischer Apparat gemacht worden, der nicht mehr auf die Willenskundgebungen der Mitglieder reagiert, der sich mehr und mehr zu einem Anhängsel, ja zu einem Hilfsmittel des Staatsapparates der bürgerlichen Republik entwickelt hat."*[30]

Den Freien Gewerkschaften wurde der Vorwurf gemacht, die Veränderung im Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit nicht genügend analysiert zu haben, der Offensive des Unternehmertums unvorbereitet gegenüberzustehen und weiterhin von Modellen der Wirtschaftsdemokratie zu träumen, die von der kapitalistischen Realität schon längst desavouiert worden seien. Der Unterschied zwischen Industrieverbänden und Freien Gewerkschaften bestehe gerade darin, daß die Industrieverbände es ablehnten, auf das entscheidende wirtschaftliche Kampfmittel der Arbeiterklasse, den Streik, zu verzichten, während der ADGB den Streik mehr oder weniger vollständig durch Verhandlung, Vertrag, Schlichtung und staatliche Regelung ersetze.[31] Wenn Streiks erfolglos abgebrochen, wenn Tarifverhandlungen mit einem für die Arbeiter unbefriedigenden Ergebnis abgeschlossen wurden, hatten die Industrieverbände die reformistischen Gewerkschaftsführer als Schuldige schnell erkannt. Diese Fixierung auf die Führung der Freien Gewerkschaften verstellte den Industrieverbänden zumindest zeitweise den Blick auf die tatsächliche Lage der Arbeiterklasse, wofür das Verhalten der Gewerkschaftsführer lediglich Ausdruck und Symptom einer allgemeineren Tendenz sein konnte. Dabei findet man in einzelnen konkreten Beschreibungen der Industrieverbände genügend Anhaltspunkte nicht nur für das Bewußtsein der Gewerkschaftsführer, sondern auch für die Lage und das Bewußtsein der Arbeiter.[32]

Die KPD als Fessel der revolutionären Bewegung

Schärfer noch als die Kritik an den Freien Gewerkschaften fielen die Vorwürfe gegenüber der Gewerkschaftspolitik der KPD aus. Die Tatsache, daß viele Mitglieder der Industrieverbände der KPD angehörten oder angehört hatten, vermochte sie nicht von einer kritischen Bewertung der KPD-Politik abzuhalten.[33] Die Industrieverbände sahen sich in dem Zwiespalt *"zwischen der Sympathie für den Kommunismus, als dessen Sachwalter die KPD auftritt, und der Einsicht in die Richtigkeit unserer revolutionären Gewerkschaftsarbeit - die aber nur durch ihren Gegensatz zur Parteipolitik richtig ist!"*[34] Sowohl die Mitte der zwanziger Jahre betriebene Politik der KPD, die Freien Gewerkschaften *"von innen zu erobern"*, als auch die auf Konfrontation zielende RGO-Taktik Ende der zwanziger Jahre stieß bei den Industrieverbänden auf Ablehnung. Zum einen warfen sie der KPD-Führung eine Fehleinschätzung der gewerkschaftlichen Kräfteverhältnisse vor: Daß unter kommunistischem Einfluß stehende

Ortsgruppen der Freien Gewerkschaften aufgelöst, daß Gewerkschaftsstatuten verletzt oder kommunistische Gewerkschaftsinstanzen abgesetzt würden, belege immer wieder aufs neue das Scheitern der KPD-Politik, relevante Positionen in den Freien Gewerkschaften zu besetzen.[35]

Desgleichen habe die Kursänderung zur RGO Anfang 1929 die KPD nicht in die Lage versetzt, führend in gewerkschaftliche Kämpfe einzugreifen. Statt die Einheit der Arbeiter im Kampf herzustellen, seien durch die unsinnige Streiktaktik der RGO Arbeiterinteressen geschädigt und das Vertrauen der Arbeiter zu gewerkschaftlichen Organisationen generell untergraben worden. Daß die Enttäuschung über erlittene Niederlagen im wirtschaftlichen Kampf *"nicht zu revolutionärem, sondern konterrevolutionärem Vormarsch führt, dafür trägt die KPD ein*

gerüttelt Maß Schuld. Mit ihrer Taktik zu zerschlagen, nicht aufzubauen, zu zersplittern, nicht zu einigen, zeigte sie sich unfähig, Führerin der Arbeiterschaft zu werden - wie es die Aufgabe einer wahren kommunistischen Partei ist."[36] In dem Maße, in dem durch den Aufbau "roter" Gewerkschaftsverbände seitens der KPD den Industrieverbänden eine unmittelbare Konkurrenz erwuchs, verschärfte sich deren Kritik an der Spaltungstätigkeit der KPD. Der zusätzliche Aufbau roter Verbände gerade in Industriezweigen, wo mit den Industrieverbänden bereits kommunistisch orientierte Organisationen existierten, erschien als weitere unnötige Dezimierung der politischen Kräfte. Da die KPD-Führung nicht vor der Zerschlagung der Industrieverbände zurückschreckte,[37] sahen sich diese durch die RGO in ihrer Existenz bedroht.

In Berlin z.B. blieb dem BGB der *"rücksichtslose Kampf"* und die mit *"unglaublich gemeinen Mitteln geführte Zersetzungsarbeit"* der KPD gegen den IVfdB nicht verborgen. Aber auch der BGB mußte die Konsequenz dieser Entwicklung, daß die gewerkschaftliche Zersplitterung der Bauarbeiter in Berlin geradezu trostlos sei, mit Bedauern feststellen.[38]

Obwohl es dem roten Einheitsverband der KPD nicht gelang, den IVfdB zu zerschlagen, spalteten sich die Ortsvereine des Industrieverbandes, und dieser verlor eine Vielzahl seiner Mitglieder.

"Diese falsche Politik, deren wichtigster Bestandteil die RGO-Taktik ist, müssen unsere Kollegen am eigenen Leibe erfahren. Rücksichtslos versucht man, Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, zu zertrümmern, wenn sie nicht durch Unterordnung unter die Zickzacklinie freiwillig Selbstmord begehen wollen."[39]

Als eine Ursache der *"Zickzackpolitik"* der KPD analysierten die Industrieverbände die Abhängigkeit der KPD von der sowjetrussischen Führung. Die Hegemonie der KPdSU gegenüber dem deutschen Kommunismus degradiere die KPD zu einem Ausführungsorgan russischer Außenpolitik und verhindere eine an den tatsächlichen ökonomischen und politischen Verhältnissen in Deutschland ansetzende Gewerkschaftsarbeit.

"Ohne Rückgrat, ohne eigene Auffassung, willenlos die sich widersprechenden Anweisungen des Ekki (= Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale) *seit Jahr und Tag zwischen ordinärster Rechnungsträgerei und Putschismus, zwei Polen, die nicht selten zusammentreffen. Kein Wunder, wo die selbständigen Geister entfernt wurden und nur gefügige Bürokraten die Stellung halten können."*[40]

In den Augen der Industrieverbände war die KPD damit längst zu einer Fessel der revolutionären Bewegung des Proletariats geworden.

Die Arbeiterbewegung in der Defensive

Die Industrieverbände blieben nicht dabei stehen, in dem Vorgehen der konkurrierenden Arbeiterorganisationen die alleinige Ursache dafür zu sehen, daß eigene Erfolge sich nicht im erhofften Maße einstellten.

Allerdings bedurfte es dazu eines längeren Lernprozesses. Bis in das Jahr 1928 waren Theorie und Praxis der Industrieverbände von der Hoffnung getragen, daß die deutschen Proletarier sozusagen zwangsläufig aufgrund ihrer ökonomischen Erfahrungen im Produktionsprozeß und ihrer politischen Erfahrungen mit den Freien Gewerkschaften und der Gewerkschaftspolitik der KPD der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, wie sie die Industrieverbände repräsentierten, zuströmen würden.

Eine zunehmende Diskrepanz zwischen den Analysen, in denen die Defensive der Arbeiterbewegung als Ausdruck des Standes der Klassenauseinandersetzung gewertet und nicht allein den abwiegelnden reformistischen Gewerkschaftsführern angelastet wurde, und der nach wie vor beschworenen Errichtung der neuen revolutionären Gewerkschaftsbewegung trat zutage.

Diese Bewegung sollte ihren Ursprung im täglich geführten Klassenkampf nehmen. Wie allerdings, so mußten sich die Industrieverbände bald fragen, sollte diese Bewegung entstehen, wenn das Proletariat - in die Defensive gedrängt - nicht bereit und in der Lage war, diese Klassenkämpfe zu führen? Zum Jahresende 1928 gab der DIV selbst die nüchterne Antwort auf diese Frage: Aufgrund der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage

könne für absehbare Zeit, vielleicht für Jahrzehnte, kein Arbeitskampf bis zu einem revolutionären Massenkampf gesteigert werden.[41]

In Analysen zur ökonomischen Entwicklung versuchten die Industrieverbände Erklärungen für die Rückschläge und Niederlagen der deutschen Arbeiterschaft zu finden: Ein in gewissen Grenzen gelungener Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft nach dem Krieg schuf für die Bourgeoisie günstige Bedingungen. Der einsetzende Rationalisierungsprozeß, begleitet von einer erheblichen Konzentrationsbewegung des Kapitals, ließ breite Arbeitermassen überflüssig werden; die Erwerbslosigkeit nahm strukturellen Charakter an, führte zur Herausbildung eines dauernden Arbeitslosenheeres, einer industriellen Reservearmee. Gleichzeitig fand im Produktionsprozeß eine Umschichtung von gelernten zu angelernten und ungelernten Arbeitern statt und damit verbunden die Ersetzung erwachsener männlicher Arbeiter durch Frauen und jugendliche. Die industrielle Reservearmee drückte immer mehr auf den Lohn und die gesamten Arbeitsbedingungen; der Verlust des Achtstundentages für eine Vielzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen war Ausdruck dieser veränderten Arbeitsverhältnisse.

Nach Auffassung der Industrieverbände war damit die Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit, die praktisch im Zwangsschlichtungsverfahren und ideologisch in den Formeln *"Wirtschaftsdemokratie"* und *"industrieller Frieden"* ihren Ausdruck gefunden hatte, überflüssig geworden. War in den Zeiten nach der Novemberrevolution das Unternehmertum noch auf die Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmerorganisationen sowie auf die Mithilfe staatlicher Organe in Form der Zwangsschlichtungsverfahren angewiesen gewesen, so wurden infolge der wiedergewonnenen Positionen des Kapitals die wirtschaftsfriedlichen Übereinkünfte zu einer Fessel der Expansionsbestrebungen der Unternehmer. Die Abschaffung des Schlichtungswesens und der Tarifbestimmungen wurden zu erklärten Unternehmerzielen. Das Proletariat stehe heute, zehn Jahre nach der Novemberrevolution, als Klasse politisch und gewerkschaftlich schlecht organisiert, der machtbewußten Großbourgeoisie gegenüber. Alle Gedanken an eine soziale Revolution seien für unabsehbare Zeit zerstört worden.[42]

In Situationsbeschreibungen konkretisierten die Industrieverbände die Auswirkungen der ökonomischen Veränderungen auf die soziale Lage der Arbeiter. Anfang 1931 stellte der IVfdB fest, daß eine Welle der Verzweiflung und Mutlosigkeit die Arbeiterklasse erfaßt habe, daß viele Kollegen sich nicht klassenbewußt verhalten würden. Gleichgültigkeit breite sich unter der Arbeiterschaft aus, der Vormarsch der Faschisten sei zu beobachten.

Konkrete Zahlen verdeutlichten die katastrophale Lage. Im Bezirksverein Düsseldorf waren im 2. Quartal 1931 durchschnittlich 8% der Mitglieder des IVfdB beschäftigt, im Bezirksverein Halle betrug die Arbeitslosigkeit der Mitglieder im Jahr 1931 80%. Die extrem hohe Arbeitslosigkeit wirkte sich unmittelbar auf die Organisationen aus: Ausstehende Beiträge, Abnahme der Mitgliederzahlen, Ausschlüsse wegen Unterschlagung und Korruption waren an der Tagesordnung. Dem außerordentlichen Verbandstag des IVfdB im Dezember 1931 lag ein Antrag vor, an die Mitglieder eine einmalige Unterstützung wegen der unerhörten Not der Erwerbslosen auszuzahlen. Der Antrag wurde abgelehnt, seine Annahme hätte wohl die Selbstauflösung des Verbandes bedeutet.[43]

Um so unverständlicher erschien es den Industrieverbänden, daß angesichts dieses desolaten

Arbeiter, wehrt dem Verderben!

Der Faschismus schwingt die Brandfackel des Krieges!

Zustands der Arbeiterbewegung von seiten der KPD die Forderung nach dem Aufbau paralleler Gewerkschaftsorganisationen erhoben wurde.[44]

"...wenn es der KPD gelingen würde, die deutschen Arbeiter in sinn- und zwecklosen Kämpfen verbluten zu lassen, dann wäre der Weg frei für einen deutschen Stalin oder Mussolini, dann würde die deutsche Arbeiterklasse um hundert Jahre in ihrer Entwicklung zurückgeworfen werden."[45]

Diese Beurteilung der KPD-Gewerkschaftspolitik veranlaßte den DIV, seine Mitglieder zu verpflichten, unter keinen Umständen auf den von der KPD aufgestellten Listen für die Betriebsratswahlen zu kandidieren oder für diese ihre Stimme abzugeben. Dagegen wurde die Wahl freigewerkschaftlicher Betriebsratskandidaten nicht ausdrücklich abgelehnt.[46]

Einheit im Kampf gegen den Faschismus

Bereits frühzeitig warnten die Industrieverbände vor einer Unterschätzung des Faschismus: *"Die Nazis arbeiten mit Hochdruck auf die Eroberung der Staatsmacht hin, um mit den Mitteln blutigen Terrors eine Schreckensherrschaft zu errichten, die die Ausplünderung des Proletariats verewigt... Das klassenbewußte Proletariat muß sich in letzter Stunde aufraffen, um dieser Gefahr entgegenzutreten. Im Kampf gegen den Faschismus müssen alle Sonderinteressen beiseitegestellt, eine einheitliche proletarische Kampfesfront muß geschaffen werden."*[47]

Die Führer der SPD und die KPD-Führung mit ihrer Sozialfaschismus-Theorie sabotierten

nach Meinung der Industrieverbände gleichermaßen das Zustandekommen einer Einheitsfront. Die falsche Taktik der KPD-Führung, das Vorgehen gegen den Faschismus gleichzeitig mit dem Kampf gegen die Sozialdemokratie zu verbinden, verhindere das Zusammengehen mit anderen Arbeiterorganisationen und verkenne in Anbetracht des drohenden Faschismus und der damit verbundenen Zerschlagung aller Organisationen der Arbeiterbewegung die wirkliche Lage. Die KPD habe durch ihre Politik nicht vermocht, die enttäuschten Arbeitermassen und kleinbürgerlichen Schichten für den Kommunismus zu gewinnen. Die Losung *"Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!"* habe den Faschisten nur genützt. Durch die *"nationalbolschewistische"* Einstellung der KPD sei faschistischen Gedankengängen der Eingang in die Reihen der Arbeiterbewegung erleichtert worden.

Nach Ansicht des IVfdB war es ein fataler Trugschluß zu glauben, der Faschismus sei nur ein Durchgangsstadium, dessen sichere Folge der Kommunismus sein werde.

"Das Programm der faschistischen Reaktion ist die völlige Vernichtung aller Errungenschaften, die sich die Arbeiterklasse in jahrzehntelangem Ringen unter unsäglichen Opfern erkämpft hat... Dieser kapitalistische Ausweg, dieses Programm bedeutet die Verwandlung der großen Mehrheit des deutschen Volkes in rechtlose Sklaven, bedeutet die Aussicht auf ein neues imperialistisches Gemetzel, das die Schrecken des Weltkrieges noch übertreffen würde."[48]

Über jegliche Schranken hinweg müßten alle Arbeiter und ihre Organisationen - ob Kommunisten, Sozialdemokraten, Industrieverbändler, Trotzkisten oder christliche Gewerkschafter - zur Verteidigung der äußerst bedrohten Arbeiterinteressen zusammenstehen.

Folgten diesen Worten auch Taten? Anfang 1931 beteiligte sich der IVfdB im Rahmen seiner Zugehörigkeit zum BRIV an der Bildung einer "Kampfgemeinschaft gegen Reaktion und Faschismus", die von verschiedenen linken Gruppierungen in Berlin initiiert wurde. Es war bemerkenswert, daß politisch unterschiedlich ausgerichtete Organisationen wie u.a. die USPD, die FAUD (Anarcho-Syndikalisten), der BRIV, die KPO und der Leninbund sich auf eine Plattform und gemeinsame Aktionen verständigen konnten. Die Kampfgemeinschaft setzte sich zum Ziel, ihre Kräfte zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus und die Kapitaloffensive einzusetzen.

Als geeignete Maßnahmen wurden überparteiliche antifaschistische Kampfverbände und die Durchführung von Kundgebungen und Demonstrationen gefordert. Darüber hinaus wurden Vorschläge zur Wirtschafts-, Lohn- und Sozialpolitik gemacht, Arbeitsbeschaffungsprogramme und -zeitverkürzungen sowie die Umverteilung der Staatsausgaben und steuerlichen Belastungen wurden befürwortet.[49]

Diese als nächste gemeinsame Kampfziele vorgeschlagenen Maßnahmen klangen nicht sonderlich radikal. Trotz des Ernstes der Lage klammerte sich der IVfdB an die Hoffnung, daß durch grundsätzliche Aufklärung und nicht durch abenteuerliche Politik oder revolutionäre Phraseologie die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse nach wie vor möglich sei. Noch am 4. Februar 1933 betonte der IVfdB, im Kampf gegen den Faschismus sei es immer noch nicht zu spät.[50]

Obwohl die "Kampfgemeinschaft" verschiedene gemeinsame Veranstaltungen durchführte, waren die programmatischen Gegensätze offensichtlich zu groß, um eine dauerhafte Kooperation

zu gewährleisten. Im August 1931 beschloß der BRIV bereits wieder den Auszug aus der "Kampfgemeinschaft". Vor allem Differenzen in der Gewerkschaftsfrage - der IVfdB verurteilte die Mitarbeit in den Freien Gewerkschaften, wie sie KPO und Leninbund vertraten - waren nicht zu überbrücken gewesen.[51]

Die selbständigen Gewerkschaftsverbände zur Zeit der Weimarer Republik stellen den Versuch dar, in Abgrenzung von den Freien Gewerkschaften revolutionäre kommunistische Gewerkschaftspolitik in der Organisationsform des Industrieverbandes zu praktizieren. Sie behaupteten in jenen Jahren eine Kontinuität, insofern sie trotz des aufreibenden Kampfes gegen die Konkurrenz der Freien Gewerkschaften und der KPD an ihren Idealen festhielten und nicht resignierten. Die Frage gewerkschaftlicher Organisierung und die Führung wirtschaftlicher Kämpfe um Lohn, Arbeitszeit und _bedingungen wurden nicht parteipolitischen Notwendigkeiten untergeordnet.

Die Industrieverbände waren Anfang der zwanziger Jahre in einer Zeit entstanden, als die Arbeiterorganisationen im Kräfteverhältnis der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen noch eine offensive Haltung einnehmen konnten und revolutionäre Ansichten innerhalb der Gewerkschaften weit verbreitet waren. Mit der zunehmenden Verschiebung dieses Kräfteverhältnisses zuungunsten der Arbeiterbewegung verschlechterte sich auch die Position der Industrieverbände. Die auf die revolutionäre Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse abgestellte Programmatik der Industrieverbände verlor zusehends an Realitätsgehalt. Zwar

versuchten sie dem Rechnung zu tragen, indem sie vermehrt an den konkreten Interessen der Arbeiter anknüpften und ihre revolutionäre Agitation durch realistischere Analysen der ökonomischen und politischen Situation ergänzten bzw. ersetzten, doch in dem Spannungsfeld zwischen dem pragmatischen Handeln der Freien Gewerkschaften und der schwankenden Politik der KPD konnten sie nicht genügend Spielraum für eine erfolgreiche Gewerkschaftspolitik entwickeln.

Dem sich verstärkenden Druck auf die Lage der Arbeiter und der Konkurrenz von ADGB und KPD waren sie auf Dauer nicht gewachsen. Es zeichnet die Industrieverbände jedoch aus, daß sie - im Gegensatz zur KPD - die Augen vor gesellschaftlichen und politischen Veränderungen auch dann nicht verschlossen, wenn diese Veränderungen mit schmerzhaften Einsichten und negativen Konsequenzen für die eigene Organisation verbunden waren.

"Die große Veränderung im Klassenkampf des Proletariats... muß auch in den selbständigen bzw. revolutionären Gewerkschaften eine wesentliche Veränderung hervorrufen. Sie sind durch Werden, Sein und Wesen aktive Kampforganisationen, aber der Klassenkampf in Deutschland ist zurzeit im wesentlichen passiver, erduldeter Kampf von seiten des Proletariats. Als Kampforganisationen lehnten sie das Unterstützungswesen und -unwesen der ADGB-Gewerkschaften ab. Aber die breite Masse des Proletariats sieht gerade in diesem Augenblick diese Unterstützungen als wichtigste Funktion der Gewerkschaften an... Dieser Widerspruch in Werden und Sein der revolutionären Gewerkschaftsbewegung des DIV schuf sich in seiner Krise den Ausdruck: Vor die Wahl gestellt, selbst reformistisch zu werden und sich so zugleich wiederum selbst aufzuheben und überflüssig zu machen oder aber als kleine bewußte Gruppe in zähem jahrelangen Kampf hartnäckig auszudauern und in den unausbleiblichen gesteigerten Klassenkämpfen wachsend als zielsetzend Anteil zu nehmen, scheint er sich nicht als stark genug zu erweisen."[52]

Interne Auseinandersetzungen und Spaltungen waren die Folge. Nicht nur der DIV hatte sich durch eine Spaltung im Jahr 1929 dezimiert, auch die Einheit des IVfdB wurde im Herbst 1931 durch interne Auseinandersetzungen zerrissen. Bei diesen Konflikten spielten nicht nur ideologische Differenzen eine Rolle. Persönliche Animositäten und finanzielle Streitigkeiten sind nicht zu übersehen.

Diese Auseinandersetzungen und Spaltungen konnten die Industrieverbände nicht davon abhalten, angesichts der wachsenden Gefahr des Faschismus eindringliche Appelle für die Einheit der Arbeiterbewegung zu veröffentlichen. Doch wie sollten diese an die großen Arbeiterorganisationen gerichteten Aufforderungen Gehör finden, wenn die Industrieverbände nicht einmal in ihren eigenen Reihen ihre Differenzen beilegen konnten? Die Gefahr des Faschismus wurde von ihnen deutlich erkannt, aber die Geschichte der Industrieverbände ist auch ein Beispiel der Ohnmacht. Der Spaltung der Arbeiterklasse in Beschäftigte und Arbeitslose, in Kommunisten und Sozialdemokraten, der Passivität und Resignation vieler Arbeiter, dem Zurückweichen der Führungen von SPD und ADGB, dem schwankenden, von Moskau abhängigen Kurs der KPD konnten die Industrieverbände zwar auf dem Papier unermüdlich Resolutionen für den Kampf und die Einheit der Arbeiterklasse entgegenhalten, aber in ihrer Praxis waren sie selbst Teil dieser Passivität und Zersplitterung und zu schwach, sich dem drohenden Faschismus mit Macht zu widersetzen.

Anmerkungen

1 Zwar befaßt sich eine Reihe von Arbeiten mit der Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik - vgl. Rudolf Rettig, Die Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918 - 1925 unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzung mit den freien Gewerkschaften, Diss. Hamburg 1954; Steffen Lehndorff, Wie kam es zur RGO? Probleme der Gewerkschaftsentwicklung in der Weimarer Republik 1927 bis 1929, Frankfurt am Main 1975; József Wieszt, KPD-Politik in der Krise 1928 - 1932. Zur Geschichte und Problematik des Versuchs, den Kampf gegen den Faschismus mittels Sozialfaschismusthese zu führen, Frankfurt am Main 1976; Freya Eisner, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung, 8), Köln/Frankfurt am Main 1977; Rose-Marie Huber-Koller, Die kommunistische Erwerbslosenbewegung in der Endphase der Weimarer Republik, in: Gesellschaft - Beiträge zur Marxschen Theorie 10, hg. von H.-G. Backhaus u.a., Frankfurt am Main 1977, S. 89-140; Eva Cornelia Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920 - 1928, Frankfurt am Main/New York 1977; Lore Heer-Kleinert, Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1983 -, doch die Geschichte der revolutionären Industrieverbände findet in diesen Arbeiten, wenn überhaupt, nur am Rande Erwähnung oder wird - wie in der Arbeit von Dagmar Schwaab, Die Geschichte des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands. Ein Beitrag zur Entwicklung des Kampfes der Kommunistischen Partei Deutschlands um die Gewerkschaftseinheit als eines wichtigen Bestandteils der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in den ersten Jahren der Weimarer Republik, Diss. Leipzig 1964 - einseitig unter parteikommunistischem Blickwinkel interpretiert.

2 Die Union der Hand- und Kopfarbeiter (Räteorganisation) war ein Zusammenschluß der Freien Arbeiter-Union (FAU) Gelsenkirchener Richtung, des Verbandes der Hand- und Kopfarbeiter (Berlin) und des Landarbeiter-Verbandes (Braunschweig). Die FAU Gelsenkirchen war seit 1919 aus den Resten der Allgemeinen Bergarbeiter-Union mit Unterstützung der KPD aufgebaut worden. In der ursprünglich syndikalistisch eingestellten Organisation hatte sich bis zum Jahr 1921 eine parteikommunistische Orientierung durchgesetzt, ohne daß eine wirksame Zusammenarbeit mit der KPD zustande kam. Die KPD unterstützte z.B. nicht den von der FAU gewünschten Anschluß aller aus dem ADGB ausgeschlossenen Gewerkschaftsgruppen an die FAU. Der Verband der Hand- und Kopfarbeiter und der Landarbeiter-Verband waren im November 1918 aus Opposition gegen die Politik der Freien Gewerkschaften entstanden.
Zur Geschichte der Union der Hand- und Kopfarbeiter (Räteorganisation) vgl. Hans Manfred Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 - 1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Meisenheim am Glan 1969, S. 132ff. und S. 179ff.

3 Die Zahl der Mitglieder in den Freien Gewerkschaften ging von 7.138.000 im Jahr 1923 auf 4.618.000 im folgenden Jahr zurück. Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart, Band 5: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin 1966, S. 243.
Am Gewerkschaftskongreß des ADGB 1925 nahmen nur noch zwei kommunistische Delegierte teil, 1923 waren es noch 90 gewesen; die Zahl kommunistischer Fraktionen in den Freien Gewerkschaften sank im gleichen Zeitraum von 2.700 auf rund 200. August Enderle u.a., Das rote Gewerkschaftsbuch, Berlin 1932, S. 132; Wilhelm Pieck, Die Partei- und Führerkrisen in der KPD, in: Die Kommunistische Internationale, VI. Jg. (1925), H. 11, S. 1205; Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, 21. März bis 6. April 1925, Hamburg 1925, S. 175.
Als wesentliche Ursache für diesen Rückgang muß die Wirtschaftskrise von 1923 genannt werden, vor deren Folgen die Gewerkschaften ihre Mitglieder nicht schützen konnten.

4 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands

(Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924, hg. von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1924, S. 389ff.

5 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, hg. vom Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1926, S. 27.
Dies blieb allerdings eine Forderung auf dem Papier. Zur Zeit des X. Parteitages der KPD im Juli 1925 waren lediglich ca. 50% der Parteimitglieder in den Freien Gewerkschaften organisiert. Hans-Joachim Fieber, Der Kampf um die Herausbildung des marxistisch-leninistischen Zentralkomitees der KPD in der Zeit vom Frühjahr 1925 bis zur Parteikonferenz der KPD am 31. Oktober/1. November 1925, Diss. Berlin 1968, S. 52.

6 Vgl. Internationales Metallarbeiter-Bulletin, hg. vom Internationalen Propagandakomitee der revolutionären Metallarbeiter, 2.Jg., Nr. 9, August/September 1924, S. 5; Fieber 1968, S. 211; Rettig 1954, S. 178; Enderle u.a. 1932, S. 132.

7 Vgl. z.B. die Kritik Schumachers an der Gewerkschaftspolitik der KPD auf dem Fünften Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale (17. Juni bis 8. Juli 1924 in Moskau), Bd. 2, Hamburg o. J. (1925), S. 875ff.

8 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hg. vom Statistischen Reichsamt, 46.Jg. (1927), Berlin 1927, S. 515, 47.Jg. (1928), S. 596, 48.Jg. (1929), S. 498, 49.Jg. (1930), S. 578.
Ob die Zunahme der nationalsozialistischen Bewegung größeren Einfluß auf die Mitglieder der Industrieverbände ausgeübt hat, läßt sich nur schwer beurteilen. Immerhin finden sich Anfang der dreißiger Jahre häufiger Hinweise über Ausschlüsse wegen gleichzeitiger Mitgliedschaft in einer nationalsozialistischen Organisation.

9 Die Begrenzung auf diese beiden Verbände ergibt sich nicht nur aus Platzgründen. Die Materiallage in bezug auf diese relativ kleinen Arbeiterorganiationen ist relativ dürftig, so daß eine detaillierte Darstellung aller Industrieverbände nicht möglich erscheint. Lücken und nicht zu beantwortende Fragen sind bei dieser Thematik nicht zu vermeiden. Zu einer ausführlichen Darstellung des DIV vgl. Otto Langels, Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Zur Geschichte und Theorie der KPD-Opposition (Linke KPD), der Entschiedenen Linken, der Gruppe "Kommunistische Politik" und des Deutschen Industrieverbandes in den Jahren 1924 bis 1928, Frankfurt am Main 1984, S. 180ff.

10 Zur Entstehung des DIV vgl. Staatsarchiv Bremen, 4, 65 - II.A.15.a.; Internationales Metallarbeiter-Bulletin, 2.Jg., Nr. 9, August/September 1924, S. 5f., Nr. 11, November 1924, S. 3; Bock 1969, S. 179ff.

11 Vgl. Kampf-Front. Zentralorgan des Deutschen Industrie-Verbandes, 4.Jg., Nr. 8, 5.3.1928, Nr. 30, 13.8.1928, Nr. 43, 12.11.1928, Nr. 47, 10.12.1928, 5.Jg., Nr. 17, 6.5.1929. Das Statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches, 47.Jg. (1928), S. 596, gibt die Mitgliederzahl des DIV mit über 23.000 zu hoch an.

12 Vgl. Kampf-Front, 5.Jg., Nr. 16 - 18, 29.4., 6.5. und 13.5.1929.

13 Vgl. Bauprolet. Organ des IVfdB, 7. Jg., Nr. 19, 9.5.1931, Nr. 25, 20.6.1931, Nr. 29, 18.7.1931, Nr. 31, 1.8.1931, 8.Jg., Nr. 4, 23.1.1932.

14 Zur Entwicklung des VdaB vgl. Bauprolet, 8.Jg., Nr. 7, 13.2.1932; Internationaler Bauarbeiter. Mitteilungsblatt des Internationalen Propaganda- und Aktionskomitees der revolutionären Bauarbeiter, 1.Jg., Nr. 3, 18.10.1923, S. 22, 3.Jg., Nr. 1, Januar/April 1926, S. 2, Nr. 3, August/Oktober 1926, S. 2; Jahrbuch des Deutschen Baugewerksbundes, hg. vom Vorstande des Deutschen Baugewerksbundes, 1923, Hamburg 1924, S. 129ff.,1924, S. 155, 1925, S. 185ff.,1926, S. 187ff.,1930, S. 145f.;Der Grundstein. Wochenblatt des BGB, 37.Jg., Nr. 42, 18.10.1924, 38. Jg., Nr. 51, 19.12.1925, 39. Jg., Nr. 5, 30.1.1926; Schwaab 1964.

15 Jahrbuch BGB, 1925, S. 188.

16 War bis dahin der "Bauarbeiter" als Organ des VdaB erschienen, so brachte die Opposition unter Kaiser den "Bauprolet" Ende 1925 heraus. Die Führung des VdaB wollte daraufhin zur Bekämpfung des "Bauprolet" den "Bau-Bolschewik" ins Leben rufen. Die Zeitung des BGB nannte sich dagegen "Der Grundstein". Besser als in diesen Titeln ließe sich das Selbstverständnis der verschiedenen

konkurrierenden Organisationen auch in langen Abhandlungen kaum fassen.

17 Vgl. Jahrbuch BGB, 1930, S. 146. Die an anderen Stellen genannten Zahlen von 40.000 Mitgliedern gehören ins Reich der Phantasie. Die Aussage des Jahrbuches des BGB, 1929, S. 293, daß, zähle man in Berlin die Mitgliederzahlen der gegnerischen Verbände der Bauarbeiter zusammen, dies eine größere Gesamtzahl ergebe, als Bauarbeiter vorhanden seien, beleuchtet die Verläßlichkeit von Zahlenangaben.

18 Schon bevor die oppositionellen Strömungen in den kommunistischen Verbänden sich auf Reichsebene als Industrieverbände konstituierten, war in Berlin 1924 das "Kartell der selbständigen Verbände" als lokaler Zusammenschluß entstanden, dem die oppositionellen Gruppen um Weyer (DIV), Kaiser (VdaB) und Schumacher (oppositioneller Bekleidungsarbeiterverband) angehörten. Berlin war und blieb auch in den folgenden Jahren das Zentrum der revolutionären Industrieverbände. Mitte November 1924 erfolgte dann auf einer Reichskonferenz der selbständigen Verbände die Gründung des "Reichskartells der selbständigen Gewerkschaften Deutschlands".

19 Der Bekleidungs-Industrie-Verband unter Führung Wilhelm Schumachers war bereits 1923 - damals noch unter der Bezeichnung Oppositioneller Bekleidungsarbeiterverband - durch die Spaltung des Berliner Bekleidungsarbeiterverbandes entstanden und verfügte über größeren Anhang neben Berlin vor allem in Hamburg, Köln und Düsseldorf. 1928 soll er 2.500 und 1930 etwa 5.000 Mitglieder gezählt haben. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 49.Jg. (1930), S. 578; Kampf-Front, 4. Jg., Nr. 25, 9. Juli 1928. In einem Kommentar zur Lage unter den Bekleidungsarbeitern stellte eine kommunistische Zeitschrift fest, daß trotz seiner zahlenmäßigen Schwäche der Bekleidungs-Industrie-Verband sich neben dem Bekleidungsarbeiterverband behaupten konnte und eine starke Zunahme des revolutionären Einflusses im reformistischen Verband verhindert habe. Vgl. Internationaler Bekleidungsarbeiter. Mitteilungsblatt des Internationalen Propagandakomitees der revolutionären Bekleidungsarbeiter, 4.Jg., Nr. 4/5, 15. September 1928, S. 3.

20 Vgl. Richard Seidel, Die deutschen Gewerkschaften. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Stuttgart 1948, S. 47.

21 Zur Organisationsform der Industrieverbände vgl. Bauprolet, 7.Jg., Nr. 4, 24.1.1931, Nr. 20, 16.5.1931; Proletarische Kampf-Front. Organ des DIV, 5.Jg., Nr. 35, 30.8.1929; Staatsarchiv Bremen, 4, 65-II.A.15.a.

22 Gegen den Strom. Organ der KPD (Opposition), 4.Jg., Nr. 9, 25.4.1931, S. 102f.

23 Es lassen sich nicht nur inhaltliche Bezüge zur Betriebsrätebewegung der Jahre 1919/20 herstellen; vgl. Heer-Kleinert 1983, S. 114ff. Hervorragende Vertreter der Industrieverbände wie Paul Weyer und Richard Müller waren bereits in den Tagen der Novemberrevolution unter den Berliner Revolutionären Obleuten führend tätig gewesen.

24 In Berlin sollen im Jahr 1928 von den Mitgliedern des IVfdB zwei Drittel Notstandsarbeiter aus dem Tiefbau gewesen sein. Vgl. Jahrbuch BGB, 1927, S. 332, 1928, S. 270. Anfang 1931 war nach Aussage der KPO fast die Hälfte aller Berliner Maurer und Bauhilfsarbeiter im IVfdB organisiert. Gegen den Strom, 4.Jg., Nr. 9, 25.4.1931, S. 102.

25 Die (Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands) KAPD bemerkte in einer Einschätzung der Industrieverbände, daß Enttäuschung und politische Indifferenz der Arbeiter das Fundament dieser Organisationen bildeten. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 16949, Bl. 25f. *"Die Überschätzung der durch die Novemberrevolution gewonnenen Möglichkeiten führte bei einem Teil der Arbeiterschaft zu einer Überforderung der gewerkschaftlichen Taktik. Enttäuscht von dem langwierigen gewerkschaftlichen Kleinkrieg und der Neigung der Gewerkschaftsführer zum Verhandeln folgten sie denjenigen, die ihnen den kürzesten Weg zu dem vorschwebenen Ziel wiesen, ohne die Tauglichkeit der vorhandenen Mittel zu prüfen."* Rettig 1954, S. 231. Die Vermutung liegt nahe, daß gerade während der tiefgreifenden Wirtschaftskrisen 1923, 1925/26 und in den Jahren ab 1929 die Industrieverbände jeweils neuen Zulauf erhielten. Andererseits wäre es sicher voreilig, aus der - zumindest partiell - von revolutionärer Ungeduld geprägten Programmatik der Industrieverbände auf eine generelle Organisationsfeindlichkeit der Mitglieder rückschließen zu wollen. Immerhin bekannten 62 der 73 Delegierten des DIV-Kongreß von 1928, mehr als neun Jahre in der Arbeiterbewegung organisiert zu sein. Vgl. Kampf-Front, 4. Jg., Nr. 47, 10.12. 1928, Nr. 50, 31.12.1928.

26 Ein Zahlenvergleich zur Größenordnung der von den Industrieverbänden gestellten Betriebsräte: Von

über 35.000 im Bereich des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erfaßten Betriebsräte im Jahr 1928 entfielen auf die *"Unionisten, Syndikalisten und andere Splitterorganisationen"* ganze 0,3 Prozent (Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder des DMV, 1928, S. 331).

27 Vgl. Karl Korsch, Um die Tariffähigkeit. Eine Untersuchung über die heutigen Entwicklungstendenzen der Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1928.

28 Jahrbuch BGB, 1929, S. 131; vgl. auch Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1928, Berlin 1929, S. 142f.

29 Vgl. Jahrbuch BGB, 1930, S. 146, 1931, S. 110; vgl. auch Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 16949, Bl. 25f.; Gegen den Strom, 3. Jg., Nr. 16, 19.4.1930, S. 253.

30 Kampf-Front, 4. Jg., Nr. 1, 16.1.1928.

31 Vgl. Korsch 1928, S. 34; vgl. auch die Kritik des DIV an dem Verhalten der Freien Gewerkschaften in Arbeitskämpfen, Kampf-Front, 4. Jg., Nr. 7, 27.2.1928, Nr. 10, 13.3.1928. Die Bedeutung des Streiks kam auch darin zum Ausdruck, daß die Industrieverbände besonders Augenmerk auf die Streikunterstützung ihrer Mitglieder legten und eine Erwerbslosen- und Krankenunterstützung ablehnten. Vgl. Bauprolet, 7. Jg., Nr. 1, 3.1.1931.

32 Siehe unten.

33 Hier ist allerdings zu differenzieren: Von den 73 Delegierten des 2. Reichskongresses des DIV im Dezember 1928 bezeichneten sich nur drei Personen als KPD-Mitglieder. Kampf-Front, 4. Jg., Nr. 47, 10.12.1928, Nr. 50, 31.12.1928. Demgegenüber brachte der IVdfB immer wieder seine loyale politische Haltung gegenüber der KPD - unter Ausklammerung der Gewerkschaftspolitik - zum Ausdruck. Über 80% der IVdfB-Mitglieder sollen 1930 bei den Reichstagswahlen der KPD ihre Stimme gegeben haben. Bauprolet, 7. Jg., Nr. 17, 25.12.1931.

34 Bauprolet, 8. Jg., Nr. 42, 15.10.1932.

35 Vgl. Kampf-Front, 4. Jg., Nr. 2, 23.1.1928, Nr. 12, 2.4.1928, Nr. 26, 16.7.1928.

36 Bauprolet, 7. Jg., Nr. 25, 20.6.1931.

37 Vgl. Bauprolet, 7. Jg., Nr. 15 und 16, 11.4. und 18.4.1931; Gegen den Strom, 4. Jg., Nr. 9, 25.4.1931, S. 103. U.a. veröffentlichte der Bauprolet eine Anweisung des Einheitsverbandes für das Baugewerbe, Bez. Südbayern, in dem zur Zerschlagung des IVdfB aufgefordert wurde. Bauprolet, 7. Jg., Nr. 22, 30.5.1931.

38 Jahrbuch BGB, 1930, S. 147, 1931, S. 111; Der Grundstein, 44. Jg., Nr. 22, 30.5.1931.

39 Bauprolet, 8. Jg., Nr. 18, 1.5.1932.

40 Bauprolet, 7. Jg., Nr. 25, 20.6.1931.

41 Kampf-Front, 4. Jg., Nr. 50, 31.12.1928.

42 Vgl. Kampf-Front, 4. Jg., Nr. 13, 9.4.1928, Nr. 42, 5.11.1928. 5. Jg., Nr. 8 - 9, 25.2. und 4.3.1929, Nr. 11 - 13, 25.3. , 2.4. und 8.4.1929.

43 Bauprolet, 7. Jg., Nr. 1, 3.1.1931, Nr. 13, 28.3.1931, Nr. 30, 25.7.1931, Nr. 39, 26.9.1931, Nr. 50, 12.12.1931, 8. Jg., Nr. 6, 6.2.1932.

44 *"Die Erstarkung von Gewerkschaften ist nicht denkbar ohne die Verknappung des Faktors 'Arbeitskraft'."* Klaus von Beyme, Gewerkschaften in kapitalistischen Industriestaaten, in: Internationales Gewerkschaftshandbuch, hg. von Siegfried Mielke, Opladen 1983, S. 58.

45 Kampf-Front, 5. Jg., Nr. 8, 25.2.1929.

46 Vgl. Kampf-Front, 5. Jg., Nr. 6, 8 und 9, 11.2., 25.2. und 4.3.1929.

47 Bauprolet, 7. Jg., Nr. 10, 7.3.1931.

48 Bauprolet, 9. Jg., Nr. 7, 11.2.1933.

49 Vgl. Bauprolet, 7.. Jg., Nr. 10, 7.3.1931, Nr. 26, 27.6.1931.

50 Bauprolet, 9. Jg., Nr. 6, 4.2.1933.

51 Bauprolet, 7. Jg., Nr. 36, 5.9.1931; vgl. auch Rüdiger Zimmermann, Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S. 208ff.; Karl Hermann Tjaden, Struktur und Funktion der "KPD-Opposition" (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur "Rechts"-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964, S. 210ff.

52 Kampf-Front, 5. Jg., Nr. 16, 29.4.1929.

Hans Schafranek

"Unpersonen": Spanienkämpfer zwischen Verrat und Widerstand in Österreich 1938 - 1944

KP-nahe oder "parteioffizielle" Darstellungen, die den Zeitraum 1936-1945 thematisieren, grenzen ganz unterschiedliche Kategorien von zeitgenössischen oder nachträglichen "Parteifeinden" aus. Die zeitliche Parallelität zwischen den Moskauer Schauprozessen und dem spanischen Bürgerkrieg, der auch heute noch im Bewußtsein vieler Spanienkämpfer als "Heldenepos" fortlebt, drängte bei vielen Interbrigadisten, auch wenn sie nicht hundertprozentig linientreue Stalinisten waren, aufkommende Zweifel an der "historischen Notwendigkeit" dieser Prozesse in den Hintergrund. Diese Parallelität begünstigte aber nicht nur einen gigantischen Verdrängungsmechanismus, sondern enthüllte vielleicht stärker noch die scheinbar gegenteilige, in Wirklichkeit ergänzende Dimension einer totalitären Gleichschaltung bei der Produktion eines "gemeinsamen" Feindbildes. Je stärker "die Partei" sich von wirklichen oder vermeintlichen Feinden umringt sah, desto skrupelloser konnte sie die eigenen Reihen disziplinieren, politische Demarkationslinien abstecken und als Selbstzuschreibung die Fiktion eines organisatorischen Gebildes tradieren, das a priori als homogen und geschlossen, ideologisch und politisch wie aus einem Guß postuliert wurde. Die (unkontrollierbare) Kontrollfunktion der zentralistischen Organisationsstruktur wirkte als zusätzliches Element einer politischen Disziplinierung und Verfestigung von Bewußtseinsstrukturen, die den Verrat real begünstigte, während sie ihn - überspitzt formuliert - in der ideologischen Konstruktion eines hermetischen Kollektivs per definitionem ausschloß.

Wir werden uns hier nicht mit "Abweichlern" befassen, sondern die Rolle von KP-Funktionären untersuchen, die es nach dem Selbstverständnis der Partei und der politischen Vergangenheit der Betreffenden als "Verräter" eigentlich gar nicht gegeben haben dürfte. Es gibt sie auch offiziell nicht, um ihr Wirken ist ein fast undurchdringlicher Nebel gehüllt.

Verrat wirft immer auch ein schlechtes Licht auf den Verratenen. Er beschämt seine Objekte, weil sie ihm durch Leichtsinnigkeit, unkonspiratives Verhalten, blindes Vertrauen Vorschub geleistet haben. Er desavouiert im nachhinein die persönlichen Bande, die man mit dem Verräter eingegangen war, und ebenso dessen Ausstrahlungskraft, die er auf breite Massen auszuüben vermochte. Und wenn der Verrat nicht ausschließlich oder überwiegend durch grausame Foltern erzwungen wurde, belastet er die Opfer mit zusätzlichen Schuldgefühlen oder doch mit der dumpfen Ahnung, daß die unablässig beschworene Weitsicht des Kollektivs auf Sand gebaut war.

Eine "parteikommunistische" Interpretation des Verrats in den eigenen Reihen steht vor einem unlösbaren Dilemma: Entweder entwirft sie das Bild des Spitzels, der sich in die Organisation "eingeschlichen" hat oder aber sie würde - hypothetisch - seine politische Sozialisation im Kollektiv und vielleicht sogar die herausragende Rolle, die er in ihm einnahm, anerkennen und angemessen beurteilen. Stünde dann auch der politische und

psychologische Konstitutionsprozeß von wenig transparenten Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen zur Diskussion?
Dieser gordische Knoten kann in der KP-Historiographie nicht durchhauen werden. Der Rest ist Schweigen.

"...Ich reiste 1940 nach Russland. Was ich dort gesehen und gehört habe, hat mich furchtbar erschüttert. Wenn ich nicht von Moskau fortgekommen wäre, würde ich dem schrecklichen Terror zum Opfer gefallen sein... Auf Grund irgend einer Denunziation wurden Menschen nachts aus den Betten geholt, sie durften sich nicht erst anziehen, wurden in die Ljubjanka geführt und dort vernichtet".[1]

Karl Zwifelhofer konnte kaum die leiseste Hoffnung hegen, mit Hilfe solcher Äußerungen das drohende Todesurteil abzuwenden, als er am 16. November 1942 vor dem II.Senat des Volksgerichtshofs stand. Ein winziger Bruchteil der ihm zur Last gelegten Tätigkeiten, die er *"in vollem Umfange"*[2] zugab, genügte nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, um Flugblattverteiler, Spendensammler der "Roten Hilfe" oder illegale Quartiergeber reihenweise aufs Schafott zu schicken. Doch der Angeklagte war kein unbekannter "Basismilitanter" der KPÖ, sondern einer ihrer höchsten Funktionäre, seit 15 Jahren als "Berufsrevolutionär" tätig gewesen, bevor er am 26. März 1941 der GESTAPO ins Netz ging. Daß das Todesurteil an ihm nicht vollstreckt würde, dürfte er schon vor dem Prozeß gewußt haben. Man wird deshalb nicht fehlgehen, seine Ausführungen vor Gericht als Teil einer Vereinbarung mit der GESTAPO zu interpretieren.

Die politische Sozialisation des am 1. Juni 1906 in Meidling geborenen Karl Zwifelhofer war seit frühester Kindheit durch die Arbeiterbewegung geprägt. Sein politischer Werdegang begann während des ersten Weltkrieges bei den "Kinderfreunden" und führte ihn über ein kurzes Zwischenspiel bei der Sozialistischen Arbeiterjugend im September 1920 in den Kommunistischen Jugendverband (KJV). Er wirkte als Schülerrat der Gürtlerlehrlinge, seit 1922 als Hauptschüllerrat der Berufsschule. Zwei Jahre nach Lehrabschluß arbeitslos geworden - zu diesem Zeitpunkt gehörte er bereits dem Zentralkomitee des KJV an -, ging er zwischen 1926 und August 1928 auf die "Walz" durch mehrere Länder Europas und Nordafrikas. Im Zuge längerer Zwischenaufenthalte in Wien wurde er von der legalen Parteiarbeit abgezogen und 1927 in den Apparat der "Kommunistischen Balkan-Föderation" eingebaut, die ihn als Kurier nach Jugoslawien verwendete. Zwifelhofer genoß das volle Vertrauen Dimitrovs, bis er im Juli 1927 einen für den jugoslawischen Parteiapparat bestimmten größeren Geldbetrag zu unterschlagen versuchte. Er erhielt weder ein Parteiausschlußverfahren, noch behinderte diese Affäre seinen weiteren Aufstieg.[3] Ab 1930 besuchte er die Moskauer "Lenin-Schule". Vom Februar 1933 bis zum Parteiverbot (Mai 1933) wirkte er als Instrukteur für das Gebiet Ternitz/Neunkirchen. Auch in der Illegalität - 1933/34 Mitglied des ZK, des Polbüros und politischer Leiter des Kreises II in Wien -, unterbrach lediglich die Verhaftung im Oktober 1934 seinen organisatorischen Aufstieg. Nach der Untersuchungshaft ins Anhaltelager Wöllersdorf überstellt, flüchtete Zwifelhofer und konnte sich bis April 1935 im Untergrund halten. Erneut verhaftet und wegen Anstiftung zur Desertion verurteilt, verbrachte er ein Jahr im Gefängnis und war bis Juli 1936 in Wöllersdorf

interniert. An seine Freilassung war die Auflage geknüpft, mindestens 1 1/2 Jahre im Ausland zu verbringen. Er hielt sich bis September 1936 in Basel und Zürich auf und begab sich anschließend nach Prag. Während seines viermonatigen Aufenthaltes hatte er häufige Zusammenkünfte mit der österreichischen Parteiführung (das Zentralkomitee befand sich von 1934 bis 1938 in Prag), bis er im Januar 1937 über Paris nach Spanien gelangte. Im Sommer 1937 wurde er von der Front zurückbeordert und zum Vertreter der in Spanien kämpfenden österreichischen Kommunisten bestellt. Ab Herbst 1937 arbeitete er ausschließlich in Albacete, der Basis der Internationalen Brigaden. Als leitendem Mitarbeiter des österreichischen Kaderbüros unterstanden nicht nur die österreichischen, sondern eine Zeitlang auch die deutschen Freiwilligen seiner Kontrolle. Auch die Verbindung mit der KPÖ fiel in sein Ressort. Aus nicht geklärten Gründen im März 1938 abgezogen, kehrte Zwifelhofer nach Paris zurück und arbeitete im dortigen Spanien-Apparat. Trotz der exponierten Funktion in Spanien, die ihm detaillierte Kenntnisse über hunderte Emigranten verschafft hatte, und ungeachtet der Tatsache, daß er intern eher als *"haltlos"*[4] angesehen wurde, scheute man sich nicht, ihn zur Reorganisierung der KPÖ und einer Unterstützungsaktion für notleidende Angehörige von Spanienkämpfern im Juni 1938 nach Österreich zu schicken, nachdem die Bedenken, die sein Pariser Verbindungsmann (Leopold Hornik) gegen diese gefährliche Mission gehegt hatte, von den übrigen Parteiverantwortlichen zerstreut worden waren.

Nach dreimonatiger Tätigkeit in Österreich kehrte Zwifelhofer zur Berichterstattung nach Paris zurück - im Herbst 1938 war fast das gesamte ZK aufgrund der Besetzung des Sudetengebietes und der drohenden Kriegsgefahr von der Tschechoslowakei in die französische Hauptstadt verlegt worden. Er unterhielt Kontakte mit dem KPÖ-Orgleiter "Konrad" (= Hermann Köhler), der ihm aus Sicherheitsgründen angeblich empfahl, sich aus der illegalen Parteiarbeit zurückzuziehen und auch in der französischen Emigration eher "unauffällig" zu wirken. In enger Verbindung mit Zucker-Schilling, Leopold Hornik und anderen KP-Emigranten, besonders Spanienkämpfern, stehend, soll sich Zwifelhofer bis Kriegsausbruch in Paris aufgehalten haben, ohne aber eine festumrissene politische Funktion auszuüben.[5]

Als er am 5. Mai 1941 von dem GESTAPO-Beamten Schweighofer einvernommen wurde, drehte sich das Verhör ausschließlich um seinen von Juni bis September 1938 währenden Aufenthalt in Wien. Er gab zu, daß Bruno Dubber von seinem Kommen bereits unterrichtet war, bestritt jedoch, ihm irgendwelche politischen Aufträge erteilt zu haben.

Die von der GESTAPO erprügelten Geständnisse boten 1941 eine genügende Handhabe, um Zwifelhofers Organisationstätigkeit recht genau zu rekonstruieren. Schweighofer war nicht darauf angewiesen, ihn mit falschen Zeugenaussagen zu überrumpeln. Es reichten Details (aus dem Juli 1938), die von solcher Präzision waren, daß sie unmöglich von den vier Monate später gefaßten, 1940 und 1941 abgeurteilten Personen stammen konnten. Sie waren vielmehr Teil eines Beobachtungsberichtes, wie aus dem Protokoll der Einvernahme selbst hervorgeht.[6] Solche Berichte wurden vom Fahndungstrupp der Abteilung II A 1 (Linksopposition) erstellt, die sich dabei überwiegend auf die Meldungen der V-Leute stützte. Eine systematische Observierung fand in der Regel nur bei Personen statt, die für die GESTAPO von

besonderer Wichtigkeit waren.[7] Die GESTAPO wußte über den vielfach vorbestraften Zwifelhofer Bescheid. Es ist kaum anzunehmen, daß sie nach dem Juli 1938 seine Observation einstellte bzw. seine Abreise aus Österreich (22. September 1938) unbedingt eine Flucht bedeuten mußte. Wir können freilich nur darüber spekulieren, ob er etwa unter den Augen der GESTAPO Österreich verließ, weil sie - nachdem alle seine inländischen Kommunikationskanäle ausgeforscht worden waren - die Auslandsverbindungen genauer durchleuchten wollte oder mit seiner Rückkehr rechnete. Dies wäre nur unter der Voraussetzung denkbar, daß Zwifelhofer bereits 1938 Kontakt mit "Ossi", dem erfolgreichsten V-Mann der GESTAPO in der kommunistischen Bewegung, hatte (nachzuweisen ist eine direkte, persönliche Verbindung zwischen den beiden erst ab Dezember 1940).

Hinter dem I-Namen (= illegalen Namen) "Ossi", den er seit seiner illegalen Betätigung im Kommunistischen Jugendverband Österreichs 1933/34 führte,[8] verbarg sich der am 18. April 1915 in Wien geborene Handelsangestellte Kurt Koppel, ein äußerst intelligenter und sprachbegabter junger Mann (er beherrschte Ungarisch, Serbokroatisch, Tschechisch, Französisch, Englisch und sprach auch Spanisch und Jiddisch), der sich 1937 nach Spanien meldete, um auf der republikanischen Seite zu kämpfen. Kurz vor dem "Anschluß" kehrte Koppel nach Wien zurück.[9] Ob er, worauf die Ermittlungen der österreichischen Behörden 1948/49 hindeuteten, bereits in Spanien mit der GESTAPO in Verbindung stand und mit deren Hilfe nach Österreich zurückfuhr, läßt sich derzeit nicht mit restloser Sicherheit belegen. Dies ist jedoch wahrscheinlich, da er zu diesem Zeitpunkt bereits mit Lambert Leutgeb bekannt war,[10] einem illegalen österreichischen Nazi, der vor 1938 in der Generaldirektion für Innere Sicherheit vor allem mit Konfidentenbetreuung befaßt war.[11] Hingegen dürfte es sich bei der auch von Spanienkämpfern aufgestellten Behauptung, "Ossi" sei bereits in Spanien entlarvt und *"davongejagt"* [12] worden, entweder um eine Rückprojizierung oder um einen schlichten Irrtum handeln; Zwifelhofer oblag bis März 1938 unter anderem die Parteiverbindung von Spanien nach Österreich. Als sich "Ossi" bereits nachweislich wieder in Wien aufhielt, bereitete sich Zwifelhofer darauf vor, eine führende Stellung im Pariser Spanien-Apparat einzunehmen. Es ist kaum denkbar, daß ein "entlarvter Spitzel" aus Spanien hätte ausreisen können, ohne daß von dem führenden Mann des österreichischen Kaderbüros in Albacete, der ja für die politische Kontrolle der Spanienfreiwilligen zuständig war, entsprechende Warnungen nach Paris oder Wien ergangen wären.

Über Koppels Tätigkeit in den Jahren 1938 und 1939 liegen nur relativ wenige und widersprüchliche Informationen vor. "Ossi" schuf sich (wahrscheinlich mit Hilfe der GESTAPO oder anderer NS-Institutionen) eine legale Basis, die ihm eine erhebliche Bewegungsfreiheit ermöglichte. Er arbeitete als außenpolitischer Redakteur des "Neuen Wiener Tagblattes", organisierte bzw. nützte Auslandsverbindungen für eine Buchhandelsvertretung und unternahm Geschäftsreisen nach Jugoslawien, Ungarn und in die Slowakei. Gegenüber den "Roten Studenten", in deren Reihen er 1939 eindrang, machte er daraus ebensowenig ein Hehl wie aus seinem Vorhaben, ein Buch über die Karageorgevic-Dynastie zu publizieren. Seine arglosen Freunde aus der illegalen Studentengruppe wunderten sich zwar, wie er als "Volljude" nach den Nürnberger Rassegesetzen solche "Privilegien" erlangen

konnte, schöpften aber keinen Verdacht, sondern freuten sich über seine *"Geschicklichkeit"*.[13] Geschick war ihm in der Tat nicht abzusprechen, wie insbesonders die Etablierung bzw. der Ausbau von Stützpunkten in Bratislava und Zagreb zeigten.
Seit September 1939 war die Verbindung zwischen dem Zentralkomitee in Paris und den Aktivisten im Land erheblich blockiert. Nach Kriegsausbruch wurde das ZK in die Sowjetunion verlegt, was neue Routen und Verbindungsnetze erforderte. Hier müssen vor allem die Kontaktstellen in Bratislava und Zagreb hervorgehoben werden, da über sie auch die Einschleusung der aus Moskau gesandten zentralen Emissäre erfolgte. Die Preßburger Kommunistin Irene Blühová sicherte über ihren Buchvertrieb die illegalen Transporte für die KPÖ zwischen Bratislava und Wien.[14] Und über Irene Blühová lernte "Ossi" im Frühjahr 1940 Erwin Puschmann kennen,[15] dem er, nachdem er ihn über die Grenze geschleust hatte, nicht mehr von der Seite wich. Mit dem 1905 geborenen Schlosser Erwin Puschmann sollte der GESTAPO ein halbes Jahr später der bis dahin "ranghöchste" KPÖ-Spitzenfunktionär in die Falle gehen.
Auf welche Weise und durch wen Kurt Koppel legitimiert wurde, das ZK-Mitglied Puschmann zu "übernehmen" und in die kommunistische Untergrundbewegung Österreichs einzuführen, ist derzeit nicht eindeutig zu klären. Es deutet jedoch einiges darauf hin, daß die Entscheidung in Moskau und nicht in Wien gefallen war.[16] Als Puschmann Ende Juli 1940[17] die Leitung der KP-Organisation, die bislang in den Händen der sogenannten "Proko"(Provinzkommission) und der Wiener Kommission gelegen war, übernahm, stand er vor enormen Schwierigkeiten. Nicht nur die Schläge der GESTAPO seit Dezember 1939 hatten tiefe Breschen in das Organisationsgefüge der Partei gerissen. Das Auseinanderbrechen der straff zentralistischen Organisationsstruktur in lose, miteinander rivalisierende Gruppen war zugleich auch Ausdruck und Resultat der tiefen ideologischen und politischen Krise, die die Parteiorganisationen nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Paktes (23. August 1939) erfaßte.[18] Die Opposition gegen den neuen Kurs gewann auf Bezirks- und Betriebsebene an Einfluß und drohte, die Wiener Stadtleitung unter ihre Kontrolle zu bringen sowie ein provisorisches neues Zentralkomitee zu installieren. Nachdem einige Versuche gescheitert waren, die teils unter "Trotzkismus"-Verdacht geratenen Opponenten zu neutralisieren, entledigte sich Puschmann der internen Gegner, indem er sie kurzerhand aus der Partei ausschloß.[19] Die GESTAPO war durch ihre V-Leute über diese Konflikte genau informiert und schürte sie nach Kräften, wobei "Ossi" eine tragende Rolle zukam; als Puschmanns *"rechte Hand in allen organisatorischen Fragen"*, als Konfident, der *"genau alle Schwierigkeiten* (kannte), *die zwischen den Gruppen damals bestanden"*,[20] war es ihm ein Leichtes, die rivalisierenden Fraktionen gegeneinander auszuspielen, politisch zu schwächen und zu demoralisieren, bevor er sie der GESTAPO ans Messer lieferte. Alle Berichte belegen übereinstimmend, daß "Gerbers"(= Puschmanns) Verhältnis zu "Ossi" von einem unerschütterlichen Vertrauen bestimmt war, das auch nicht ins Wanken geriet, als erste Verdachtsmomente gegen ihn laut wurden. Einige mittlere Funktionäre hatten, wenn auch keine Beweise, so doch einen gesunden Instinkt, der sie davon abhielt, die Kontakte mit der zwielichtigen Figur fortzusetzen oder überhaupt aufzunehmen.[21] Kann man ernsthaft anneh-

men, daß ein so erfahrener Spitzenfunktionär wie Puschmann alle an ihn herangetragenen Bedenken leichtfertig vom Tisch fegte, weil er nicht glaubte oder nicht glauben wollte, daß sein Adjutant mit der GESTAPO in Verbindung stand? Die Wahrheit ist noch erschütternder: *"Bei einer dieser Unterredungen deutete mir 'Gerber' an, dass wir auch eine direkte Verbindung zur Gestapo hätten, sodass wir über Verhaftungen, Verhöre u.s.w. sofort im Bilde wären. Heute ist es klar, dass diese Verbindung 'Ossi' war, der ausser allen anderen auch noch diese Rolle spielte"*.[22] Mit anderen Worten: Koppel schuf sich eine perfekte Tarnung, indem er als Doppelagent operierte. Daß er die KPÖ-Leitung mit verifizierbaren Informationen versorgte, kann durchaus angenommen werden, da er noch andere kommunistische Organisationen infiltrieren sollte und darauf angewiesen war, den Vertrauensvorschuß, von dem er zehrte, noch zu vergrößern - teils gegen den Widerstand hellhörig gewordener militanter Aktivisten, die auf diese Weise durch die selbstmörderische Politik des stalinistischen Apparats de facto "verheizt" wurden. Ist es ausgeschlossen, daß er gleichzeitig das Spiel der GESTAPO und das des Komintern-Apparats spielte?

Bis zur Jahreswende 1940/41 war es Puschmann unter großen Mühen gelungen, einen Teil seiner Reorganisationspläne in die Tat umzusetzen. Dieser Neuaufbau sah ein der Moskauer Auslandsleitung unterstelltes Zentralkomitee und eine Wiener Stadtleitung unter der Führung von Karl Hodac vor, dem auch die Verantwortung für die Untergrundpresse übertragen wurde. Puschmann stützte sich auch auf die Kooperation mit auswärtigen Funktionären. Er zog u.a. Zwifelhofer heran, dem es nach einer abenteuerlichen Odyssee im September 1940 endlich gelungen war, den persönlichen Kontakt mit Puschmann herzustellen, der sich damit einverstanden erklärte, seine Übersiedlung nach Prag vorzubereiten, wo er als KPÖ-Emissär die aus Österreich einlangenden Parteiberichte nach Moskau an Koplenig weiterleiten sollte. Dieser bestätigte Zwifelhofers Nominierung. Im Dezember erhielt Zwifelhofer über Zachistal eine Nachricht Puschmanns aus Wien, worin dieser den Besuch "Ossis" ankündigte. Ende Dezember 1940 kam Koppel nach Prag und hielt eine Besprechung mit Zwifelhofer ab, dem er die Errichtung eines kleinen technischen Apparates empfahl, wofür er - im Auftrag der GESTAPO! - gleich die Adressen illegaler Quartiere und Anlaufstellen mitlieferte. Der KPÖ-Vertreter bei der KPC hegte keinerlei Verdacht gegen Puschmanns Abgesandten und verwendete ihn seinerseits als Kurier zwischen Prag und Wien. Mitte Januar 1941 fuhr Koppel erneut nach Prag, eine Woche, bevor die GESTAPO in Wien zum entscheidenden Schlag ausholte. Offensichtlich war der Spitzenkonfident im N-Referat (Nachrichten-Referat) über den Zeitpunkt informiert, an dem seine Auftraggeber die Wiener Organisation aufrollen würden: Er bat Zwifelhofer im Auftrag Puschmanns, Koplenig mitzuteilen, daß er, "Ossi", im Laufe des Februar nach Bukarest fahre und deshalb ersuche, zu dieser Zeit einen Moskauer Funktionär zur Erteilung von Informationen dorthin zu senden.[23] Um also seine verhängnisvolle Rolle weiterspielen zu können, ohne Verdacht zu erwecken, mußte er eine Zeitlang aus Wien verschwinden. Zugleich gebot die geplante Liquidierung von Puschmanns Nachfolger - mit dem "Moskauer Funktionär" war, wie die weitere Entwicklung zeigte, Leo Gabler gemeint - ein rasches Vorgehen, um Puschmanns Legitimation (und in der Folge die der Moskauer Zentrale) rechtzeitig, d.h. vor seiner Verhaftung zu erlangen.

Mit welcher zeitlichen Präzision die vernichtenden Schläge gegen die österreichische und tschechische KP sowie gegen die Auslandsfunktionäre koordiniert wurden, zeigt der innere und äußere Ablauf der Ereignisse im Januar und Februar 1941, über die u.a. die Architektin Schütte-Lihotzky berichtet. Mitte Dezember 1940 erhielt sie den Parteiauftrag, von Istanbul nach Wien zu reisen, mit organisatorischen und politischen Anweisungen, die sie Puschmann zu überbringen hatte. Ihre Kontaktperson, mit der sie unter Wahrung konspirativer Umsicht zusammengetroffen war, machte sie mit "Sonja" (=Grete Kahane) bekannt, und für den nächsten Tag wurde das erste Treffen mit Puschmann im Café Viktoria festgelegt. Schütte-Lihotzky fiel auf, daß "Sonja" sofort telefonieren ging und einen Mann ankündigte, der ihr als "Ossi" vorgestellt wurde. Schütte-Lihotzky drängte darauf, daß Puschmann das Land so schnell wie möglich verlassen solle, behielt aber die organisatorischen Aufträge noch für sich, da sie ihn allein sprechen wollte. Das gelang ihr, als "Ossi" Wien kurzfristig verlassen hatte. Sie fühlte sich beschattet und glaubte, auf der Straße fotografiert worden zu sein. Auch in der Folge lenkte "Ossi" alle Treffs ins Café Viktoria, das - wie sich später herausstellte - häufig von der GESTAPO frequentiert wurde. Koppel war dafür vorgesehen, Puschmanns Grenzübertritt in die Slowakei zu bewerkstelligen, doch zögerte der GESTAPO-Konfident diesen Transport natürlich hinaus. *"Das letzte Treff mit 'Gerber' fand am 22. Januar 1941 im Café Viktoria statt, bei welchem uns 'Ossi' verhaften liess. Am nächsten Tag sollte ich abreisen. Fahrkarte, Pass, Visa hatte ich in der Handtasche. 'G' versprach 3 bis 4 Tage später bestimmt in die Slowakei zu gehen. Ich gab ihm noch jugoslawisches Geld, er mir zwei Adressen für 'Bobby' (=Kornweitz), das einzige, was bei uns gefunden wurde. Gerade als wir fertig waren, stürzten plötzlich 2 Männer auf uns zu, ergriffen ihn, verlangten sofort meine Handtasche und führten uns ab. Mit dem Auto zum Morzinplatz gebracht, kamen wir sofort in zwei verschiedene Stockwerke. Erst bei der Verhandlung, genau 20 Monate später, sah ich ihn wieder".*[24]
Nach Puschmanns Festnahme rollte über die kommunistische Untergrundbewegung eine Lawine von Razzien, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen hinweg, die erst im Oktober 1941 zum Stillstand kam. Der Abschlußbericht der GESTAPO vermerkte: *"Durch Einbau von V-Personen und Überwachungen wurden die Grundlagen für eine neuerliche erfolgreiche Aktion geschaffen".*[25] Die Zerschlagung der 3. illegalen Leitung zog die Verhaftung von 536 Kommunisten nach sich, darunter 42 Spitzenfunktionäre. Im September und Oktober wurden 112 Inhaftierte dem Ermittlungsrichter des Volksgerichtshofes übergeben, der gegen sie Anklage wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" erhob und in den allermeisten Fällen Todesurteile aussprach.[26]
Als gegen Zwifelhofer Anklage erhoben wurde (7. Juli .1942), war "Ossis" Tätigkeit als GESTAPO-Spitzel und agent provocateur sowohl in den Gefängnissen als auch im Untergrund in den Grundzügen bekannt, sodaß er von der GESTAPO aus Wien abgezogen wurde. Wohl aus demselben Grund machte sich ab diesem Zeitraum die Anklagebehörde gar nicht mehr die Mühe, seine (Provokateurs-)Rolle zu verschleiern. Verfolgen wir also Koppels Spur nach der Verhaftung Erwin Puschmanns. Am 8. Februar 1941 stattete er Zwifelhofer den dritten und letzten Besuch in Prag ab: *"Dieser* (Koppel) *übergab ihm* (Zwifelhofer) *...ein Rechtfertigungsschreiben eines aus der Wiener KPÖ ausgeschlossenen Funktionärs, das an*

die Adresse des Puschmann gerichtet war. Vor allem teilte aber 'Ossy' dem Angeschuldigten mit, daß die gesamte provisorische Leitung der Wiener KPÖ einschließlich des Puschmann festgenommen worden sei. Auf die Frage des Angeschuldigten, was er nun zu tun gedenke, antwortete 'Ossy', daß er ein neues ZK zu bilden beabsichtige, vorher jedoch nach Jugoslawien gehen und dort über diese Frage mit 'Bobby' verhandeln wolle. Als er zu diesen Schritten die Zustimmung des Angeschuldigten erbat, will dieser geantwortet haben, daß auf Grund der Wiener Festnahmen seine Funktion als Verbindungsmann zwischen der KPÖ und der KPC automatisch erloschen sei und er deshalb zur Zeit keine Befugnis mehr zur Erteilung von Weisungen habe. Als rein persönliche Meinung will er sowohl dem 'Ossy' als auch durch diesen allen Wiener Parteifunktionären den Rat gegeben haben, sich von der illegalen Arbeit zurückzuziehen. Da 'Ossy' mit diesem Vorschlage nicht einverstanden war, versprach ihm der Angeschuldigte, nach Möglichkeit durch Vermittlung der KPC dem 'Bobby' Mitteilung von der bevorstehenden Ankunft des 'Ossy' in Jugoslawien machen zu wollen. Beide vereinbarten dann für drei Wochen später eine neue Zusammenkunft, zu der es jedoch nicht mehr gekommen ist".[27] Es kam deshalb nicht mehr dazu, weil in der Nacht vom 12. auf den 13.Februar das Zentralkomitee der illegalen tschechischen KP zerschlagen wurde und der Funkverkehr mit Moskau zum Erliegen kam.[28] Vollkommen isoliert, war Zwifelhofer für "Ossi" wertlos geworden. Am 26. März 1941 spürte ihn die GESTAPO auf. Die im Januar 1941 in Wien einsetzende Verhaftungswelle dehnte sich auch auf die Provinz aus und zerstörte eine Reihe von KP-Netzen. In St. Pölten, Krems und Waidhofen wurden 217 Personen festgenommen, und Ende 1941 betrug die Zahl der Verdächtigen 340, darunter 14 Wehrmachtsangehörige.

Koppels führende Stellung als V-Mann und Provocateur ist nicht nur aufgrund der Berichte von überlebenden Opfern erwiesen. Zwar ist der Akt über Lambert Leutgeb, den leitenden Beamten im Referat II N (= Nachrichten-Apparat)[29] - er figurierte in der zweiten österreichischen Kriegsverbrecherliste als *"der führende Agent provocateur im Nachrichtendienst der Wiener Gestapo"*[30] - nach 1945 *"verschwunden"*, doch sind wir aus Vernehmungen anderer ehemaliger GESTAPO-Angehöriger über das Nachrichtennetz für unser Thema hinreichend informiert. Rosa Friedl z.B. wurde aufgrund ihrer umfassenden Aussagen im Dezember 1946 aus der Haft entlassen.[31] Sie wurde über eine Reihe von V-Leuten befragt. Über Koppel gab sie u.a. an: *"Ich kenne Koppel seit dem Jahre 1941, als ich in dieses Referat eintrat. Zu dieser Zeit arbeitete Koppel bereits mit Leutgeb. Im Jahre 1941... hatte er die Aufgabe, als Gewährsmann der K.P. die Berichte der jeweiligen Zusammenkünfte der K.P. der Gestapo bekannt zu geben. Diese Berichte wurden an die zuständigen Stellen weitergeleitet, die die K.P. bearbeiteten, und zwar dem damaligen Leiter des Referates Dr. Trenker. In diesen Berichten, die Koppel damals lieferte, stand: 1. Wo diese Zusammenkunft stattfand, 2. Das Thema, 3. Die Personen... Hatte man die Leute genügend lange beobachtet, dann wurden sie festgenommen... Meine persönliche Meinung über ihn ist die, daß er sehr intelligent war und für diese Zwecke besonders geeignet... Er wurde von Leutgeb als sein größter Konfident bezeichnet".*[32] Koppel erhielt von der GESTAPO ein monatliches Honorar von 500 Reichsmark.[33]

Wodurch wurde "Ossis" Agentenrolle aufgedeckt und welche Abwehrmaßnahmen wurden entwickelt? Aufgrund der Polizeiverhöre und der sich daraus ergebenden Verdachtsmomente lag die Initiative für die Entlarvung bei den Gefangenen selbst. Von diesen wiederum dürfte Schütte-Lihotzky als erste und am konkretesten "Ossi" verdächtigt haben: Seit vielen Jahren im Ausland tätig, war sie der GESTAPO bis zu ihrem nur 3 Wochen währenden illegalen Aufenthalt in Wien völlig unbekannt; vor allem aber hatte sie außer mit Koppel und Puschmann während dieser Zeit nur mit zwei weiteren Personen flüchtigen Kontakt, sodaß sich der Kreis der potentiellen Verräter von vornherein stark einengte. Sie hatte insgesamt 11 Zusammenkünfte mit Puschmann, wobei "Ossi" viermal anwesend war. Und nur über diese 4 "Treffs" wußte die GESTAPO Bescheid. Schon aus dem ersten Verhör konnte sie klar erkennen, daß die GESTAPO: *"1) den ganzen Aufbau unserer Organisation genau kannte, 2) dass sie über meine Funktion ganz genau unterrichtet war, 3) dass sie etwas von der Verbindung des russischen Schiffes* (Istanbul-Odessa), *ja sogar von dem Mann auf diesem Schiff wussten, der für uns arbeiten sollte. Über diesen Punkt waren nur "Wera"* (= Viktoria Mayer, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht verhaftet war), *die die Sache angebahnt* (hatte), *ich, die sie durchführen sollte, und Erwin im Bilde, aber Erwin besprach sie vor "Ossi" mit mir. Es war klar, dass durch reine Beobachtung die Gestapo nie zu diesen Ergebnissen kommen konnte. Also Verrat aus den eigenen Reihen, Provokation. Und es durchzuckte mich der Gedanke "Ossi". Aber voll Entsetzen wies ich diesen Gedanken wieder von mir, wie man eben etwas ganz Furchtbares zuerst wieder von sich abweisen will, denn ich war mir klar, was für grauenhafte Folgen es für unsere Partei haben musste, wenn meine Vermutung sich bestätigen sollte. Ich machte mir in dieser ersten Nacht auch Vorwürfe, einen Genossen leichtfertig eines ungeheuren Verbrechens zu verdächtigen".*[34] Eine Reihe von Details in den darauffolgenden Verhören brachten ihr die Gewißheit, daß ihre erste Vermutung richtig gewesen war. Da sie im Polizeigefängnis von allen anderen politischen Gefangenen isoliert war, mußte sie ihre Erkenntnisse 3 Monate für sich behalten. Ende April 1941 in die Schiffamtsgasse überführt, teilte sie ihren Verdacht sofort Hella Puschmann mit, die "Ossi" gut kannte, jedoch den Warnungen keinen Glauben schenkte. Konopitzky, der sie von Schüttes Mitteilungen erzählte, hielt diese für wahrscheinlich, da sie in der Freiheit schon einmal von einem gewissen "Emil" in der Provinz vor "Ossi" gewarnt worden war. Ähnliche Warnungen waren später verhafteten Frauen zugegangen (z.B. Leopoldine Starek), sodaß sich nach und nach Mosaikstein an Mosaikstein fügte.[35] Durch den im Dezember 1941 verhafteten Alfred Monz, der im Landesgericht I mit Sebek und Erwin Puschmann engen Kontakt hatte, wissen wir, daß schließlich auch der führende KPÖ-Funktionär von Koppels Schuld überzeugt war.[36] Zahlreiche Kassiber begannen innerhalb des Landesgerichtes und in anderen Gefängnissen zu zirkulieren. Schütte-Lihotzky berichtet weiter: *"Bei der ersten Gelegenheit, also erst leider 14 Monate nach der Verhaftung, erhielten wir nun von Erwin die authentische Nachricht, dass "Ossi" wirklich der Verräter war. Jede Genossin, die durch ihre Familie Parteiverbindung hatte, schickte die Nachricht sofort hinaus. Auf den Aluminiumkrügen auf der "Lisl"* (Polizeigefängnis Elisabethpromenade) *war überall eingeritzt: 'Ossi ist ein Verräter'".*[37] Offensichtlich galt aber auch in den faschistischen Gefängnissen bei inhaftier-

ten KP-Mitgliedern das bürokratische Prinzip des sog. "Demokratischen Zentralismus", da Kassiber zum "Fall Ossi" allem Anschein nach erst hinausgeschmuggelt wurden, als die "offizielle" Sanktion dazu vorlag.
Während der Hauptverhandlung gegen Puschmann - mitangeklagt waren Franz Sebek, Margarete Schütte-Lihotzky, Anna Haider, Franz Haider, Karl Lisetz - wurde "Ossis" Rolle indirekt auch von amtlicher Seite bestätigt. Zur Verhandlung waren zwei Zeugen vorgeladen: Leopold Fritzsche, der tags zuvor, am 21. September 1942 zum Tode verurteilt worden war[38] und die Angeklagten entlastete; ferner ein GESTAPO-Beamter, der vorerst nur wegen einer Bagatellsache befragt wurde. Diese Gelegenheit benutzte Puschmann, um eine offizielle Äußerung über Kurt Koppel zu erzwingen. Er ließ über seinen Anwalt fragen, wer denn eigentlich dieser "Ossi" sei, von dem die Angeklagten so viel redeten, jener Mann, der gar nicht verhaftet zu sein schien und auch nirgends als Zeuge aufträte. Der GESTAPO-Zeuge verweigerte darüber aus *"staatspolizeilichen Gründen"* jegliche Auskunft.[39] Aller Wahrscheinlichkeit wurde Koppel im Frühjahr, möglicherweise auch im Sommer 1942 aus Wien abgezogen, weil ihm hier der Boden zu "heiß" geworden war.[40] Daß er unter den Wiener Kommunisten schon zu bekannt war und (auch) deshalb von Leutgeb nach Agram abkommandiert wurde, bestätigt auch Rosa Friedl.[41]
In Agram lebte Koppel in außergewöhnlich guten wirtschaftlichen Verhältnissen, wurde ein persönlicher Freund des Ljubo Kvaternik und des deutschen Gesandten in Kroatien.[42] Enge Kontakte unterhielt er auch mit Major Böckl und dem deutschen Polizeiattaché, Sturmbannführer Helm.[43] Von Agram aus soll er in unmittelbarer Verbindung mit dem Berliner Reichspropagandaministerium gestanden sein. Auch seine journalistische Tätigkeit setzte er fort, unter anderem als Mitarbeiter der deutschen Zeitung "Neue Ordnung". Er schrieb zwei Bücher: "Mörder am Frieden" und "Spione, Bomben und Verschwörer". Mit neuen Personalpapieren ausgestattet, trat er unter den Namen "Konrad Hans Klaser" und "Hardioff" auf.[44]

Neben den bisher geschilderten Einzelschicksalen von Spanienkämpfern soll nun ein Aspekt kommunistischer Widerstandstätigkeit beleuchtet werden, der gleichfalls mit dem Verrat von "Unpersonen" belastet und in diesem Kontext erst durch die Erinnerungen von Josef Meisel[45] der Vergessenheit entrissen worden ist.
Im Oktober 1942 begann die in Paris installierte Parteileitung (Strobl, Marek, Günser), ihre Devise *"Das Gesicht der Heimat zu!"* in die Praxis umzusetzen, indem sie die Transferierung kommunistischer Kader aus dem belgischen, vor allem aber dem französischen Untergrund nach Österreich vorbereitete. Nachdem der "Einbau" von österreichischen, als Elsässer getarnten KP-Emigranten in deutsche Dienststellen anfänglich ohne allzu große Schwierigkeiten geglückt war, griff man auch bei der geplanten Verlegung der zur illegalen Arbeit in Österreich bestimmten Funktionäre, die zum Teil schon im Rahmen der TA (Travail Antiallemand) tätig gewesen waren, auf diese Methode zurück, um die nationale Herkunft der betreffenden Personen zu verschleiern und zugleich eine Erklärung für die deutsche Sprachkenntnis zu finden. Die Vorbereitung dieser Aktion stand unter Patronanz der PCF, die auch die gefälschten Ausweispapiere besorgte. In einer KP-orientierten Darstellung heißt es dazu:

"Österreicher und Österreicherinnen, die sich als Franzosen tarnten, schmuggelten sich in Transporte von Franzosen, die von den Deutschen zur Zwangsarbeit im Reich zusammengestellt wurden".[46] Diese abenteuerliche Version ist faktisch falsch, politisch irreführend und - im Hinblick auf die organisatorischen Perspektiven der getarnten "Fremdarbeiter" - vollkommen unsinnig. Hunderttausende "unpolitische" oder kollaborationswillige Franzosen (unter ihnen z.B. der spätere KP-Generalsekretär Georges Marchais!) meldeten sich freiwillig zum Arbeitseinsatz im "Großdeutschen Reich". Die deutschen Besatzungstruppen rührten dafür eifrig die Propagandatrommel, und die Werbebüros schossen wie die Pilze aus dem Boden. Es war deshalb für die kleine Gruppe, die wir hier untersuchen, keineswegs notwendig, sich in irgendwelche Transporte von Zwangsarbeitern zu "schmuggeln", was auch deshalb wenig zielführend gewesen wäre, weil sich die zahllosen zwangsrekrutierten Arbeiter ihren Bestimmungsort natürlich nicht selber aussuchen konnten. Um möglichst effizient operieren zu können, war jedoch eine solche Lokalisierung der illegalen Parteikader in verschiedenen Standorten bereits vor ihrer Abreise festgelegt worden.

Lebensgefährliche Schwierigkeiten waren jedoch bei jenen für die Transferierung nach Österreich vorgesehenen KP-Funktionären zu gewärtigen, die nach NS-Vorstellungen "allzu jüdisch" aussahen oder beschnitten waren, da die Fremdarbeiter zwecks Feststellung etwaiger Geschlechtskrankheiten eine ärztliche Untersuchung über sich ergehen lassen mußten. Für sie kam ein Transport entweder überhaupt nicht in Frage oder jedenfalls nicht über die "Fremdarbeiterlinie", sondern nur durch eine illegale Einreise.[47]

Unter den ca. 40 österreichischen KP-Emigranten, die zwischen Ende 1942 und Anfang 1944 (die meisten davon im Frühjahr 1943) unter falscher Identität bzw. illegal nach Österreich einreisten, befanden sich etwa ein Dutzend Spanienkämpfer sowie 3 Funktionäre, die im Spanien-Apparat während des Bürgerkrieges eine wichtige Rolle gespielt hatten (Franz Storkan, Tonie Lehr, Gerti Schindel). Der Ausgangspunkt des ganzen Unternehmens demonstriert, welch illusionäre Fehleinschätzungen die Pläne und Handlungen dieser Menschen diktierten. Ab der Jahreswende 1942/43 und besonders mit der deutschen Niederlage in Stalingrad festigte sich ihre Überzeugung, daß der Zusammenbruch des Faschismus unmittelbar bevorstand. Ihre allgemeine Aufgabe sahen sie darin, bis zu diesem vermeintlich nahen Zeitpunkt ein neues Organisationsnetz zu knüpfen, um im Falle des Sturzes der Nazi-Herrschaft als politischer Faktor in Erscheinung treten zu können. Konkret ging es zunächst darum, die politische Atmosphäre vor Ort zu sondieren, Kontakte mit ausländischen Arbeitern und früheren Genossen herzustellen, Widerstandszellen aufzubauen und einen zentralen Lit-Apparat zu errichten.

Als erste Aktivisten wurden im November 1942 der Spanienkämpfer Walter Greif und Gottfried Kubasta (ehemaliger Redakteur der "Roten Fahne" und KPÖ-Bezirkssekretär von Floridsdorf) als französische Zivilarbeiter ins Land geschickt,[48] denen im Februar/März Ludwig Beer, Josef Meisel, Mara Gincburg, Anfang August Julius ("Jula") Günser und andere folgten.[49] Alle vier hatten Kampferfahrungen aus Spanien und bildeten den führenden Kern. Die erste Panne trat unmittelbar nach Beers Ankunft ein und umriß beispielhaft die jederzeit zu gewärtigenden Schwierigkeiten und die permanente nervliche Belastung, denen diese

Gruppe ausgesetzt war. Beer erkannte auf dem Arbeitsamt einen ehemaligen Gefängniswärter aus dem LG II (= Landesgericht Wien Hernals), geriet in Panik, flüchtete und "illegalisierte" sich. Diese "Illegalisierung" bestand darin, daß er bei seiner Tante (!) Zuflucht suchte, wo er sich erstaunlicherweise bis zum 24. August 1943 halten konnte,[50] in seiner Bewegungsfreiheit aber natürlich sehr eingeschränkt war. Als nächste Enttäuschung entpuppte sich die strikte Weigerung etlicher "alter" Parteigenossen, die Neuankömmlinge zu unterstützen. Martin Turner zum Beispiel lehnte mit der Begründung ab, *"daß die zentralen Funktionäre sich nach ihrer Verhaftung alle als Verräter erwiesen hätten"*.[51] Lag darin auch eine starke Übertreibung, so konnte doch eins nicht von der Hand gewiesen werden: Über den vom Auslandsapparat in früheren Jahren initiierten organisatorischen Wiederbelebungsversuchen schwebte in der Regel noch stärker der Schatten der GESTAPO als bei den autochthonen Organisationsansätzen.

Trotz dieser Aura des Mißtrauens und der bald um sich greifenden Erkenntnis, daß die Hoffnung auf einen baldigen Sturz des NS-Regimes trügerisch gewesen war, konnten einige der angepeilten Teilziele realisiert werden. Durch den im Frühjahr aufgebauten Lit-Apparat brachten die Parteiaktivisten etwa 3.600 Exemplare von 13 in Wien hergestellten Druckschriften in Umlauf.[52] Zur bescheidenen Erfolgsbilanz zählte zweifellos auch das Eindringen in die zwei wichtigsten Großbetriebe, nämlich die Floridsdorfer Lokomotivfabrik (ca. 30.000 Beschäftigte) und die Linzer "Hermann Göring-Werke". Teils stützten sich diese Aktivitäten auf alte bzw. neugewonnene Parteiverbindungen,[53] teils avancierten die getarnten "Fremdarbeiter" selber zu Funktionen an "neuralgischen" Punkten. Hier verdient besonders Antonia Lehr ("Anette Lutterbach") hervorgehoben zu werden, die, seit August 1943 in Wien, als Dolmetscherin im Ausländerlager der Floridsdorfer Lokomotivfabrik fungierte, was ihr die Möglichkeit verschaffte, relativ enge Verbindungen zu ausländischen Arbeitern zu knüpfen und die Organisierung von Betriebszellen in Angriff zu nehmen. Ihr Lebensgefährte, Franz Storkan, mit dem sie auf einem Handabziehapparat Flugblätter herstellte, baute eine kleine Gruppe in Schwechat auf.[54] Als Kuriere betätigten sich unter anderen Mara Gincburg und Anna Peczenig.

Am 17. Mai 1943 erlitt die Gruppe mit der Verhaftung Josef Meisels, der bis dahin in gewisser Weise als "primus inter pares" gegolten hatte, den ersten schweren Schlag. Ausgelöst durch einen unglücklichen Zufall, verwies der allgemeinere Hintergrund (die mangelhafte Bereitstellung und fehlende Ausweichmöglichkeit in illegale Quartiere) doch auf ein Defizit, an dem die ganze "Fremdarbeiter"-Gruppe seit den Anfängen ihres Wiener Aufenthaltes krankte. Meisel hielt den Folterungen am Morzinplatz stand.[55] Trotz wochenlanger Torturen befand er sich insofern in einer relativ "leichteren" psychischen Situation, als die GESTAPO entgegen ihren sonstigen Gewohnheiten ihn - und damit seine Verbindungsleute - nicht observiert, sondern bei der ersten Gelegenheit verhaftet hatte. Deshalb konnte er fast nur mit den Beschuldigungen Fritz Schwagers, mit dem er drei Wochen eine Zelle teilte, konfrontiert werden. An die phantasievollen Protokolle dieses neugewonnenen GESTAPO-Konfidenten (seit Herbst 1942 in Haft, konnte er kaum etwas von der "Fremdarbeiter"-Tätigkeit wissen), der es nach 1945 in der SBZ und später in der DDR zu Amt und Würden brachte, glaubten

selbst seine Auftraggeber nicht so recht.[56] In der letzten Augustwoche 1943 hob die GESTAPO einen Großteil der leitenden Kader des "Fremdarbeiter"-Netzes aus. Neben Ludwig Beer (24.8.), Jula Günser, Mara Gincburg alias "Germaine Roland" (26.8.), Walter Greif (28.8.) und Gottfried Kubasta alias "Ernst Paul Clement" (10.9.), verhaftete sie in diesen Tagen die Quartiergeber, die Verbindungsleute zum Lit-Apparat und eine Reihe von Betriebszellenfunktionären der Wiener Lokomotivfabrik und der Watt-Glühbirnen-AG.[57] Bemerkenswerterweise war schon im Tagesrapport vom 27. bis 31. August von *"einzelne*(n) *nachrichtendienstliche*(n) *Mitteilungen"* die Rede. Aus diesen Mitteilungen und dem Inhalt beschlagnahmter Flugschriften schloß die GESTAPO auf die Existenz einer neuen Wiener Leitung. Ferner hieß es in dem Bericht: *"Umfangreiche Ermittlungen, Beobachtungen und der Einsatz* ***neuer Gewährsmänner*** *haben nunmehr zur Feststellung des engeren Funktionärskreises und einer Reihe von Verbindungsmännern zu Wiener Grossbetrieben geführt".*[58] Wer sich außerhalb der Organisation als Denunziant betätigte, konnte nicht eruiert werden. Hingegen schälte sich nach einigen Wochen, als die meisten Inhaftierten von der GESTAPO-Zentrale ins Polizeigefängnis auf der Elisabethpromenade überstellt wurden (sie waren dort zumeist in der letzten Etage, dem sogenannten "GESTAPO-Stockwerk" untergebracht), immer deutlicher heraus, daß ein Mann, von dem man es am allerwenigsten erwartet hatte, beim ersten Verhör vollständig zusammengebrochen war, sämtliche Verbindungen preisgab und seine Mitgefangenen aufs schwerste belastete. Jula Günser brachte selbst Details ans Tageslicht, von denen die Folterknechte im Hotel "Metropol" zuvor nicht die geringste Ahnung gehabt hatten, z.B. Pariser Verbindungen (Rosl Funk, Porreaux) mit einer Widerstandsgruppe in der Wiener Feuerwehr, die nur ihm, Othmar Strobl und - zu einem kleinen Teil - Josef Meisel bekannt waren, der nun neuerliche Torturen erleiden mußte, da er die GESTAPO-Beamten wochenlang in die Irre geführt hatte. An Günsers Aussagen zerbrach das Kollektiv. Der faktische Gehalt der vorliegenden Geständnisse reduzierte die Manövrierfähigkeit der übrigen Gefangenen auf ein Minimum oder machte sie überhaupt zunichte. Die ausgeklügelten Foltermethoden zermürbten den Widerstandsgeist weniger robuster Naturen. Demoralisierender noch als der größte physische und psychische Druck, dem die Inhaftierten unterworfen wurden, wirkte die innere Auflösung der Kollektivstrukturen. An ihrer Zersetzung konnte abgelesen werden, daß "die Partei" in Extremsituationen sich für viele Mitglieder nicht als mythische, abstrakte, ferne Instanz verkörperte, sondern von einem Geflecht persönlicher Beziehungen lebte. Und nirgends wird die systematische Zerstörung dieser kollektiven Fäden so deutlich wie am Fall Günser. Günser unterschied sich in manchem von KP-Mitgliedern, die dem Druck des faschistischen Staatsapparates erlagen und denen eine ähnliche Funktion zugedacht wurde. Er war weder ein relativ unbekannter Jugendfunktionär wie Kurt Koppel noch ein Apparatschik wie Zwifelhofer. Günser besaß ein ungeheures Charisma, er war ein Idol der kommunistischen Jugendbewegung, zu dem man aufblickte, das man verehrte und bewunderte. Der 1910 geborene Sohn eines kleinen jüdischen Bäckers und Kaffeehausbesitzers in der Leopoldstadt war schon im Wiener Bildungsausschuß der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) durch seine Intelligenz und Belesenheit aufgefallen, bevor er 1931 mit einem Teil der Leopoldstädter SAJ zum KJV übertrat. Von der Universität relegiert,

scheute der gebildete Marxist keine Konfrontation mit Polizei, Heimwehr oder Nationalsozialisten. Eine besonders militante und aktivistische KJV-Gruppe (zu ihr gehörten unter anderem Franz Hrejsemnou, Paul Meisel, Horsicka und Delian), die in der Partei mehr oder weniger als "Schlägertrupp" bekannt war und sich bei zahlreichen gewalttätigen Auseinandersetzungen hervortat, stand unter seiner Führung. Als am 1. Mai 1933 erstmalig der Maiaufmarsch verboten wurde, als Stacheldrahtverhaue, spanische Reiter, Maschinengewehre und ein riesiges Polizeiaufgebot den Ring säumten, unternahm eine von Günser gebildete Aktionsgruppe im Auftrag der Wiener Stadtleitung eine wagemutige Aktion: Um die Ausfahrt der Straßenbahnen zu verhindern, goß sie die Weichen mit Zement aus.[59] Auch das Verbot der KPÖ (26. Mai 1933) bremste nicht den aktivistischen Drang des militanten Intellektuellen. Ende 1934 bröckelten sowohl bei den Revolutionären Sozialisten (RS) als auch in der KPÖ die Hoffnungen auf einen baldigen Zusammenbruch der 'austrofaschistischen' Diktatur ab. Damit verebbte auch die Welle von Akten des sogenannten "individuellen Terrors" gegen Einrichtungen des Diktaturregimes. Lediglich die Gruppe um Franz Szydzina setzte diese Aktionen, hauptsächlich Sprengstoffanschläge, bis Mitte 1935 fort - unter anderem sprengten sie ein Wachzimmer im 20. Bezirk in die Luft. Szydzina und Johann Berger verübten in der Haft Selbstmord (nach der offiziellen Version, die wohl angezweifelt werden darf), während Günser am 30. August 1935 aus dem Gefängnis flüchtete.[60] Er setzte sich in die Sowjetunion ab, wo dem 26jährigen eine besondere Auszeichnung zuteil wurde: Er unterrichtete als Lektor an der Moskauer "Lenin-Schule". Hier freundete er sich mit Othmar Strobl an. Am 1. Mai 1938 traf Günser (Deckname: "Martin Flohr") in Spanien ein,[61] diente als Leutnant im Bataillon "12.Februar" der XI. Internationalen Brigade und kam nach einer schweren Verwundung ins Brigadespital Mataró.[62] Hier lernte er seine große Liebe kennen, die lettische Kommunistin Mara Gincburg. Auch sie hatte eine bewegte politische Vergangenheit (im illegalen Kommunistischen Jugendverband Lettlands), mußte aus ihrem Heimatland flüchten und arbeitete in Spanien als Krankenschwester. Günser verließ Spanien nicht auf der "regulären" Route der Interbrigadisten, die geradewegs in die französischen Internierungslager führte; mit 17 anderen österreichischen Spanienkämpfern wurde er im Rahmen des sogenannten "Kaderschutzes" illegal nach Frankreich geschleust und entging so vorerst dem entwürdigenden Dasein, das ca. 450 österreichische Interbrigadisten seit dem Februar 1939 in den Lagern fristeten. Später interniert, gelang ihm 1940 die Flucht aus dem Lager St. Cyprien. In der Folge gehörte er im besetzten Frankreich der illegalen Parteileitung an und organisierte mit Strobl gemeinsam die illegale Arbeit. Er war beteiligt an der Herstellung des "Soldat im Westen", der "Roten Fahne" und anderer Materialien.[63]

Und dieser Mann, um den sich schon zu Lebzeiten Legenden woben, dem man bedingungslos vertraute, entpuppte sich nun - im August 1943 - als Schwächling, der bei der ersten Ohrfeige umfiel; als Verräter, der seine Genossen preisgab und die GESTAPO auf neue Fährten lenkte; als Kollaborateur, der seinen langjährigen Kampfgefährten bei Gegenüberstellungen mit "überzeugenden Argumenten" klarzumachen versuchte, daß alles, was sie bisher gemacht hatten, sinnlos gewesen sei und die einzige Chance darin bestünde, mit dem Todfeind zu kooperieren. Bei einer Reihe von Günsers ehemaligen Mitarbeitern verfehlte diese Methode

der Demoralisierung nicht ihre Wirkung; etwa bei Ludwig Beer, der nach fürchterlichen Folterungen Günser gegenübergestellt wurde und erst danach zusammenbrach; er gab eine einzige Verbindung preis. Aber dadurch wurde ein Wehrmachtsangehöriger, der sich schon an der Ostfront befand, zurückgeholt und verhaftet.[64] Von Schuldgefühlen gequält, wollte Beer seinem Leben im Dezember 1943 ein Ende setzen.

Daß KP-Funktionäre eher den physischen Quälereien der GESTAPO widerstanden als den Demoralisierungsversuchen ihrer eigenen Genossen, manifestierte sich nicht nur bei Jula Günser - er war für diese Rolle kraft seiner "heroischen" Vergangenheit bloß besonders prädestiniert. Ähnlich gingen Fritz Schwager und Karl Zwifelhofer ans Werk, die beide zum Tod verurteilt, anschließend aber vom Gericht sofort an die GESTAPO rücküberstellt wurden. Ihre Aufgabe, die sie zum Teil im "Hausgefängnis" der GESTAPO, teils auf der "Lisl" ausübten, bestand darin, neu eingelieferte Gefangene zu bespitzeln bzw. ihren Widerstandsgeist durch Aussicht auf Vergünstigungen soweit zu brechen, daß sie schließlich zu jedem Geständnis bereit waren.[65] Schwager hatte bei der Einlieferung der "Fremdarbeiter" bereits 71(!) Fälle "bearbeitet", bei Zwifelhofer, der in der Haft eine Reihe von Privilegien genoß, sollen es noch mehr gewesen sein.[66] Als Beispiel soll hier der Fall von Franz Maresch geschildert werden. Der äußerst robuste Gießer, ein "Bär" von Statur und Widerstandsfähigkeit, war beauftragt worden, illegale Quartiere und Lebensmittelmarken zu beschaffen, was er an eine Genossin delegierte, der er unvorsichtigerweise erzählte, daß sich Josef Meisel in Wien aufhielt: *"Als sie in die Wohnung Mitzi Grassingers kam, saß dort schon die Gestapo. Sie wurde verhaftet, war offenbar schweren Foltern ausgesetzt und gestand dann, daß der Maresch sie beauftragt hatte, Verbindung aufzunehmen. Unter anderem hat sie auch gestanden, daß ich hier sei. Daraufhin haben sie Maresch verhaftet(...)".*[67] Über Maresch versuchte die GESTAPO dann den Aufenthaltsort Meisels zu eruieren. Der widerstandsfähige Arbeiter hielt grausamen Torturen stand. Als die GESTAPO damit keinerlei Erfolg erzielte, folterte sie vor seinen Augen Frau und Tochter - dem 16jährigen Mädchen wurden unter anderem brennende Zigaretten an der Brust ausgedrückt. Maresch verharrte dennoch in Schweigen. Nachdem all dies nichts gefruchtet hatte, setzte man ihm Fritz Schwager in die Zelle, der solange auf ihn einredete, bis Maresch den geplanten "Treff" mit Meisel bekanntgab. Es blieb bei diesem einmaligen "Umfaller" - Josef Meisel zufolge verhielt er sich danach sehr anständig und solidarisch -, doch blieb Maresch, der das Jahr 1945 überlebte, bis zu seinem Lebensende ein gebrochener Mensch.[68]

Allerdings sind auch Fälle überliefert, bei denen das Konzept der Kollaborateure nicht aufging. Als bemerkenswertestes Beispiel darf in diesem Zusammenhang Mara Gincburgs Verhalten nicht unerwähnt bleiben. Für sie brach nicht nur das Kollektiv zusammen; sie sah sich zusätzlich dem persönlichen Schock ausgesetzt, daß der Mann, den sie geliebt hatte, ununterbrochen "spie" und zum "Schwein" geworden war, wie sie ihren Mitgefangenen signalisierte. Maras Gegenüberstellung mit Günser verlief dramatisch: Seine "Bemühungen", sie im Beisein der GESTAPO zur Mitarbeit zu bewegen und ein Geständnis abzulegen, quittierte die ungebrochene KP-Funktionärin, indem sie Günser das Gesicht zerkratzte und ihn anspuckte.[69]

Durch Günser wurde im November 1943 auch ein Teil des TA-Netzes in Frankreich aufgerollt. Es kam zu *"Riesenverhaftungen"*,[70] die einen Teil der "Mädelarbeit" lahmlegten, die meisten "Inter" und eine Reihe von "Eingebauten" erfaßten. Ob der von der GESTAPO gefaßte Plan, Günser nach Frankreich mitzunehmen, um seine Hilfe "vor Ort" in Anspruch zu nehmen, realisiert wurde, konnte bislang nicht geklärt werden. Jedenfalls verlegte sie einen Schwerpunkt ihrer Fahndung nach Lyon und Paris. Im Juni 1944 wurde ein Team von Folterspezialisten zusammengestellt - u.a. Eduard Toucek, Müller, Schmiedl, Höfler - und nach Frankreich entsandt, um der restlichen österreichischen Leitungsmitglieder in der französischen Widerstandsbewegung habhaft zu werden.[71]
Über das auslösende Moment dieser neuerlichen Verhaftungswelle berichtet Franz Marek in seinen unveröffentlichten Erinnerungen: *"Schwieriger fällt die Antwort auf die Frage, ob ich die Opfer verantworten kann, die meine Weisungen direkt erwirkten. Zu einer Kette von Verhaftungen kam es z.B. im Juni 1944 - sie erreichte mich im August - weil ich für den Boten aus Lyon eine Stelle vor einem Haus angegeben hatte, in dem eine Französin wohnte, die uns einst ihre Wohnung zur Verfügung gestellt hatte. Ich konnte nicht wissen, daß die Wohnung gerade in dieser Woche von einem unserer Sympathisanten der Gestapo angegeben worden war"*.[72] Der "Bote" - Paula Draxler - lief der bereits wartenden GESTAPO direkt in die Hände. Schwer mißhandelt, setzte sie ihrem Leben selbst ein Ende, indem sie sich aus dem vierten Stock der Lyoner GESTAPO-Zentrale am Place Bellecour stürzte. Diese Adresse war für tausende Franzosen der Inbegriff des Schreckens - bekanntlich residierte hier der Massenmörder und Chef der Lyoner GESTAPO, Klaus Barbie. Paula Draxler hatte sich zuvor die Adresse ihres Mannes abpressen lassen. Dieser aus Linz stammende Funktionär namens Leopold Hagmüller agierte seit 1937 als Vertreter der KPÖ beim Zentralkomitee der PCF. Er hatte eine Liste angefertigt und in seiner Wohnung aufbewahrt, die sämtliche Namen und Adressen der nach Österreich entsandten "Fremdarbeiter" enthielt. Dadurch konnte die GESTAPO im Juli 1944 zum zweiten großen Schlag ausholen - Jula Günser waren nicht alle Verbindungen bekannt, und etliche Widerstandskämpfer hatten Frankreich erst nach der Zerschlagung der embryonalen Leitung in Wien verlassen. Die Koordination zwischen dem Lyoner, Pariser und Wiener Polizeiapparat klappte wie am Schnürchen, und dementsprechend sahen die Resultate aus; zwischen dem 4. und 11. Juli 1944 faßte die GESTAPO alle übriggebliebenen bzw. neuen Aktivisten der "Fremdarbeiterlinie", von denen hier lediglich die namentlich eruierten Spanienkämpfer (bzw. Mitarbeiter im Spanien-Apparat) erwähnt seien: René Hajek, Gerti Schindel, Antonia Lehr, Franz Storkan, Anna Peczenik, Lisa Gavric, Josef Gradl, Hans Bily, Walter Heider.[73]

Werfen wir abschließend einen kurzen Blick auf die weiteren Lebensstationen einiger der hier erwähnten, von der GESTAPO "umgedrehten" oder auf sonstige Weise in Dienst genommenen "Unpersonen".
Kurt Koppel alias "Ossi" alias "Klaser", auf dessen Konto allein in Österreich annähernd 1.000 Verhaftungen und schätzungsweise 150 Todesurteile gegen KP-Mitglieder bzw. Sympathisanten gingen, blieb bis 1945 in Agram tätig, kehrte jedoch häufig zu kurzen

Besuchen nach Wien zurück, die wohl nicht nur privaten, sondern in erster Linie dienstlichen Charakter gehabt haben dürften.[74]

W.Z., Gretl Kahanes jüngere Schwester, sah ihn zuletzt im Februar 1945. Am 21. Februar 1949 gab sie bei ihrer Einvernahme zu Protokoll, *"daß er sich am 18.April 1945 bei meiner Schwester in Alt-Aussee befand und ist er dann in seinem Auto, Marke Opel-Olympia, vollbeladen in eine unbekannte Richtung abgefahren. Obwohl sich sein Kind (uneheliches) Elfriede K a h a n e seit der Inhaftsetzung meiner Schwester bei mir befindet, hat Klaser bis zum heutigen Tage von sich nichts hören lassen und ist mir nicht sein derzeitiger Aufenthaltsort bekannt... Soweit mir erinnerlich ist, hat er glaublich meiner Schwester erzählt, daß er Richtung München fahren wird"*.[75] Letzteres klang um einiges wahrscheinlicher als die im Bericht der Polizeidirektion Wien, Abteilung I aufscheinende Behauptung, er habe nach dem "Zusammenbruch des 3. Reiches" noch seine in Budapest lebende Tante Käthe Kohn aufgesucht, und sei dort 2 bis 3 Wochen verblieben, bevor er sich über die Tschechoslowakei in den Westen abgesetzt hätte.[76] Koppels Spuren führten nach England, wo er wahrscheinlich vom "Intelligence Service" mit offenen Armen aufgenommen wurde.[77] Möglicherweise lebt er immer noch dort, sofern er es nicht vorgezogen hat, nach Österreich zurückzukehren: Das seit 1949 in Abwesenheit gegen ihn anhängige Verfahren wurde 1957 eingestellt.[78]

Auch Jula Günser blieb, obzwar weniger freiwillig, seinen Herren bis zuletzt treu. Der GESTAPO-Beamte Rixinger gab bei seiner Vernehmung an, er habe zuletzt für das von Johann Sanitzer geleitete Referat IV A 2 (Fallschirmagenten) gearbeitet - die seit Sommer 1942 über Österreich abgesprungenen Fallschirmagenten wurden großteils von der GESTAPO "umgedreht" und mußten in deren Auftrag "Funkspiele" durchführen.[79] Angeblich soll sich Günser bei Kriegsende, von Sanitzer begleitet, in Zwettl aufgehalten haben; diese Darstellung ist jedoch wenig glaubwürdig.[80]

Die meisten Legenden, Gerüchte und wahrscheinlich auch Akte einer gezielten Irreführung ranken sich um das Schicksal Karl Zwifelhofers. Von etwa 20 Personen, die untere anderem zu diesem Komplex interviewt wurden, erhielt der Verfasser der vorliegenden Arbeit - bedingt durch jeweils mehrere Befragungen - etwa 30 verschiedene Versionen präsentiert - eine vager und zugleich abenteuerlicher als die andere. Die einzige konkrete Auskunft stammt von einem Mann, dessen sonstige Informationen sich auch bei Detailaspekten fast immer als hieb- und stichfest erwiesen. Dieser Informant, ein mittlerweile pensionierter Angehöriger der Staatspolizei, teilte mir mit, Zwifelhofer sei im Sommer 1945 festgenommen und in der Herrengasse, d.h. dem Sitz der Staatspolizei, von kommunistischen Spanienkämpfern einvernommen worden. Laut dieser Aussage erschossen hierauf drei Spanienkämpfer - Josef Vocilka, Hans Hirn und Karl Klein - den einstigen Chef des österreichischen Kaderbüros von Albacete.[81]

Die hier dargestellten Fakten und Entwicklungslinien stellen in der KPÖ-"Historiographie" ein unverletzliches Tabu dar, namentlich was die personelle Seite betrifft. Zwar wird "Ossis" Rolle in der neuesten Parteigeschichte am Rande erwähnt[82] und in der Autobiographie Valentin Strechas sogar recht ausführlich geschildert.[83] Die abstrakte Gegenüberstellung von "Heroen" und "Verrätern" verdeckt jedoch den spezifischen organisatorischen, sozialpsychologischen und politischen Rahmen, in dem diese produziert wurden.

Die Namen oder gar Biographien von so unterschiedlichen Charakteren wie Fritz Schwager, Jula Günser oder Karl Zwifelhofer wird man in KP-orientierten Darstellungen in den allermeisten Fällen vergeblich suchen.

Aber neben den GESTAPO-Konfidenten und Kollaborateuren figurieren auch andere personae dramatis, die in dem hier thematisierten Kontext eine gewichtige Rolle spielten, in der starren, auf Feindbilder fixierten Optik der KPÖ als "Unpersonen". Dies gilt besonders für Josef Meisel, den zeitweiligen Leiter des "Fremdarbeiter"-Netzes im österreichischen KP-Untergrund. Seine Funktion im spanischen Bürgerkrieg und im Widerstand wird totgeschwiegen, diffamiert oder - mit anonymen Briefen herabgesetzt, die über die Verfasser weit mehr aussagen als über den Adressaten.[84]

Offensichtlich sind für die KPÖ auch 1989 die Begriffe "Glasnost" und "Perestroika" völlig unverständliche Fremdwörter.

Anmerkungen

1 Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) 897: Tagebuch des Pg.Egon Arthur Schmidt, S. 47.

2 Institut für Zeitgeschichte Wien (IfZ), Privatarchiv Otto Molden, AS (= Anklageschrift) VGH (= Volksgerichtshof) 7 J 278/42 Karl Zwifelhofer, 7.7.1942, S. 21.

3 Die Informationen betr. Zwifelhofers Tätigkeit im Jahre 1927 erhielt der Verfasser von Dr. Franz David, dessen sonstige Angaben - soweit überprüfbar - im allgemeinen sehr zuverlässig sind. Die übrigen biographischen Daten über Zwifelhofer entstammen, sofern nicht anders angegeben, der Anklageschrift.

4 Mündl. Mitteilung von Dr. Hilde Koplenig. Eine Reihe von interviewten Personen (zumeist 1968/69 ausgetretene bzw. ausgeschlossene KPÖ-Funktionäre) vertrat die Auffassung, es sei ein "Verbrechen" gewesen, einen Mann wie Zwifelhofer nach Österreich zu entsenden.

5 AS VGH 7 J 278/42 gegen Karl Zwifelhofer.

6 DÖW 994: Niederschrift der Vernehmung des ehemaligen Spanienkämpfers Karl Zwifelhofer, 5.5.1941.

7 Mündliche Mitteilung von Franz Weiss.

8 Auf Koppels Tätigkeit nach dem Verbot der KPÖ - er war unter anderem als KJV-Instruktor in Oberösterreich eingesetzt - kann hier nur summarisch hingewiesen werden; siehe dazu DÖW 13414 a: Bericht der Bundespolizeidirektion Linz an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit in Wien betreffend kommunistische Umtriebe in Freistadt und Linz, 5.11.1935; DÖW 13262: Bericht der PolDion Linz betr. die Verhaftungen bei der Gebietsleiterkonferenz bei Bad Ischl sowie betr. die weiteren Ermittlungen, 20.5.1936; DÖW 13413: Akt LG Linz, Verfahren gegen Adolf Obermüller und Barbara Karl. - Koppel trat in dieser Zeit unter dem Decknamen "Putz", "Harry" und "Ossi" auf. Unter dem zuletzt genannten I-Namen taucht er erstmals in einem Bericht des Bezirksgendarmeriekommandos Freistadt an die Sicherheitsdirektion für Oberösterreich (30.7.1935) auf. Demnach transferierte er im Juni 1935 Parteigelder von Prag nach Linz. Vgl. DÖW E 19711: Dossier Kurt Koppel. - Peter Kammerstädter (Linz) teilte mir telefonisch mit, Koppel sei mit größter Wahrscheinlichkeit bereits während seiner illegalen Tätigkeit in Oberösterreich als Polizeikonfident tätig und vermutlich an der Aufdeckung Erwin Steyrers, der zu fünfeinhalb Jahren Kerkerhaft verurteilt wurde, beteiligt gewesen.

9 Dossier Kurt Koppel: Bericht der Polizeidirektion Wien, Abteilung I, 18.1.1949.

10 Ebd.; ferner Bericht der Polizeidirektion Wien, Abteilung I, 18.7.1948.

11 Mündliche Mitteilung von Franz Weiss.

12 Josef Meisel, "Jetzt haben wir Ihnen, Meisel!" Kampf, Widerstand und Verfolgung des österreichischen Antifaschisten Josef Meisel (1911-1945), Wien 1985, S. 199. Laut F.H., Interview-Transkript, Teil 7, S. 30, spielte Koppel in Spanien nur eine kurze Gastrolle.
13 Marie Tidl, Die Roten Studenten. Dokumente und Erinnerungen 1938-1945, Wien 1976, S. 36.
14 Helmut Konrad, Widerstand an Donau und Moldau. KPÖ und KSC zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes, Wien/Zürich/München 1978, S. 45.
15 Dossier Kurt Koppel: Niederschrift der Zeugeneinvernahme mit Helene Puschmann, 9.3.1949.
16 Dafür spricht z.B. folgender Umstand: Als Valentin Strecha 1940 gegenüber Erwin Puschmann Zweifel an der Integrität Koppels anmeldete, meinte dieser: *"Der Mann hat solche Beziehungen, daß es deplaciert ist, über diese Frage so zu reden"* (Valentin Strecha, Widerstand für Österreich (= Biografische Texte zur Geschichte der Österreichischen Arbeiterbewegung, Band 1), Wien 1988, S. 86f.).
17 DÖW 166: AS des Oberreichsanwalts beim VGH gegen Gustav Kiesel, Otto Kirchpal und Ferdinand Künzl wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 29.6.1942; Dossier Koppel: Niederschrift der Zeugeneinvernahme mit Helene Puschmann, 9.3.1949; DÖW 996: AS Generalstaatsanwalt OJs 300/42 gegen Helene Puschmann/Karl Marischler, 28.1.1943.
18 Über die Auswirkungen des deutsch-sowjetischen Paktes: Konrad, Widerstand, S. 123ff.
19 Über Puschmanns Reorganisierungsversuche und die Konflikte mit Wiener KPÖ-Funktionären: IfZ, Privatarchiv Otto Molden, AS VGH 7 J 113/42 gegen Josef Kohlitz/Leopold Bill/Josef Anton Lengauer/Anton Paska, 26.5.1942; AS VGH 7 J 213/42 gegen Karl Hodac/Michael Franz Haas/Edmund Dobesberger/Johann Sebesta/Otto Mikescka, 16.6.1942; AS VGH 7 J 288/42 gegen Rudolf Fischer/Gustav Parizek/Johann Kolnberger, 27.7.1942; AS VGH 7 J 193/42 gegen Leopold Herbrich/Anna Herbrich/Walter Kosjek/Franz Leopold Kalis/Franz Ludwig Langer/Josef Wachter/Anton Kolar/Franziska Appel, 8.6.1942; AS VGH 7 J 272/42 gegen Lothar und Hermine Dirmhirn, 22.6.1942: AS VGH 7 J 252/42 gegen Rudolf Leopold Sturm/Franz Hofbauer/Franz Huhsar, 20.7.1942; DÖW 166 (Vgl. Anm.17).
20 DÖW 6188: Bericht Margarete Schütte-Lihotzky vom 19.9.1945, S. 3. Dieser Bericht ist die aufschlußreichste Quelle über "Ossis" Tätigkeit im Januar 1941, d.h. bis zu Puschmanns Verhaftung.
21 Vgl. Strecha, Widerstand, S. 86.
22 Bericht Schütte-Lihotzky, S. 3f.
23 IfZ, Privatarchiv Otto Molden, AS VGH 7 J 278/42 gegen Karl Zwifelhofer, 7.7.1942.
24 Bericht Schütte-Lihotzky, S. 2-4. Ausführlich in Margarete Schütte-Lihotzky, Erinnerungen aus dem Widerstand 1938-1945, Hamburg 1985, S. 61-74.
25 DÖW 5732f: Tagesbericht Gestapo Wien Nr.12 vom 27.-28.10.1941.
26 Ebd.
27 IfZ, AS VGH 7 J 278/42.
28 Radomir Luza, Der Widerstand in Österreich 1938-1945, Wien 1985, S. 139.
29 Mündliche Mitteilung von Franz Weiss.
30 "Wiener Zeitung", 13.1.1946.
31 DÖW 19 685: Akt Rosa Friedl, LG Wien an C.I.C., z.Hd. Mj.Dr. Ettinger, 18.12.1946.
32 DÖW 19 685: Protokoll der Einvernahme von Rosa Friedl durch die Staatspolizei, Ref.I/d, 6.8.1945.
33 Ebd.
34 DÖW 6188: Interview mit Margarete Schütte-Lihotzky, Wien, 1.12.1965.
35 Dossier Koppel: Niederschrift der Zeugeneinvernahme mit Leopoldine Starek, 8.3.1949.
36 Dossier Koppel: Niederschrift der Zeugeneinvernahme mit Alfred Monz, 8.3.1949.
37 Zitate zu diesem Themenkreis aus Bericht Schütte-Lihotzky, S. 5-9.
38 DÖW 4178: AS VGH gegen Franz Jirak/Karl Baubelik, 30.11.1943.
39 Bericht Schütte-Lihotzky, S. 11f.; Dies., Erinnerungen, S. 136.
40 Dossier Kurt Koppel: Bericht der Polizeidirektion Wien, Abteilung I, 18.1.1949; Mündliche Mitteilung von Franz Weiss.
41 Vgl. Amn.32.
42 Vgl. Anm.9.

43 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA) Bonn, Nachlaß Kasche 6/5, Mitteilung an Kasche, Agram, 16.4.1943.
44 Vgl. Anm. 40.
45 Der Verf. führte darüber hinaus 15 lebensgeschichtliche Interviews mit Josef Meisel durch. Teil 13 ist großteils dem Thema "Verrat" und "Unpersonen" in der KP 1943/44 gewidmet.
46 Hermann Mitteräcker, Kampf und Opfer für Österreich. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Widerstandes, Wien 1963, S. 99.
47 Meisel, Kampf, S. 105.
48 DÖW 8476: Tagesbericht Gestapo Wien Nr. 1 vom 1. - 2.9.1943; Tagesbericht Gestapo Wien Nr.4 vom 10. - 13.9.1943.
49 DÖW 24: Über Ludwig Beer. Lebensgeschichte und Aufbau einer illegalen Organisation, von Susanne Wantoch (Manuskript); DÖW 8475: Tagesbericht der Gestapo Wien Nr.9 vom 27.8.-31.8.1943; Meisel, Kampf, S. 105, S. 129f.; Interview mit Josef Meisel, Teil 12, Transkript S. 20-22 und Teil 13, S. 8.
50 DÖW 8475: Tagesbericht der Gestapo Wien Nr.9 vom 27.8.-31.8.1943.
51 Meisel, Kampf, S. 107.- Über einige vergebliche Versuche einer Kontaktanbahnung berichtete Meisel auch im Interview, Teil 12, Transkript, S. 16-19, S. 32.
52 Lt. Anklageschrift des Oberreichsanwaltes beim VGH gegen Alfred Polak/Hubert Gsur/Alois Brtna/Alois und Johanna Battig wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 26.8.1944 (DÖW 310) stellte Hubert Gsur im Auftrag Mara Gincburgs (1943) folgende illegale Materialien her: 400 St. "Stalingrad - Tunesien" (Mitte Mai), 100 St. Aufruf an die französischen Zivilarbeiter in französischer Sprache (Juni), 350 St. Aufruf an die französischen Zivilarbeiter (Juli), 400 St. "Frauen, verkürzt den Krieg, ihr könnt es" (Juli), 800 St. "Österreichischer Werktätiger!" (Juni), 40 St. "Pressedienst I" - Aufruf aus Anlaß der Auflösung der Komintern (Juni), 50 St. "An die französischen Arbeiter der Wiener Lokfabrik" (Juli), 150 St. "Aufruf an die Arbeiter und Angestellten der Wr. Lokfabrik" (Juli), 400 St. "Zwei Jahre Krieg gegen die SU." (Juli), 400 St. "An die Männer und Frauen Österreichs" (August), 400 St. "Bomben über Wiener Neustadt" (August), 50 St. "Das Signal" (August), 100 St. "An die österreichischen Soldaten an der Ostfront" (Juni)
53 Meisel, Kampf, S. 106.
54 Inge Brauneis, Widerstand von Frauen in Österreich gegen den Nationalsozialismus 1938 - 1945, Phil. Diss. Wien 1979, S. 122f.
55 Über die Art der Verhörmethoden vgl. Meisel, Kampf, S. 112ff; Widerstand und Verfolgung in Wien 1934 -1945. Eine Dokumentation. Bd.2 (1938-1945), Wien 1984, S. 127.
56 Ebenda, S. 121f., S. 125ff.
57 DÖW 8475: Tagesbericht der Gestapo Wien Nr.9 vom 27.8.-31.8.1943; DÖW 8476: Tagesbericht Gestapo Wien Nr.4 vom 10.-13.9.1943.
58 DÖW 8475: Tagesbericht der Gestapo Wien Nr.9 vom 27.8. - 31.8.1943, hervorh. v. Verfasser.
59 Interview mit Josef Meisel, Teil 13, Transkript S. 5-35.
60 DÖW 6569: Diverse Dokumente betr. die "Terrorgruppe" um Franz Szydzina, Leopold Frankl, Julius Günser, Friedrich Fabian u.a.
61 Lt. einer Spitalsliste des "Hospital Mataró"; DÖW E 19711: Dossier Julius Günser.
62 Dossier Julius Günser: "Relación de hospitalizados extranjeros en la clinica militar internacional numero 7 (Mataró)", 19.10.1938.
63 Interview mit Josef Meisel, Teil 13, Transkript S. 13; Hans Landauer, Weg und Blutzoll der österreichischen Spanienkämpfer in den Jahren 1939-1945, in: Jahrbuch 1988. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1988, S. 149, Anm.3; Meisel, Kampf, S. 130; DÖW 2616.
64 Interview mit Josef Meisel, Teil 13, Transkript S. 11.
65 Mündliche Mitteilung von Franz Weiss.
66 Meisel, Kampf, S. 125.
67 Ebd., S. 111.
68 Interview mit Josef Meisel, Teil 12, Transkript S. 42-47.

69 Interview mit Josef Meisel, Teil 13, Transkript S. 10f., S. 33; Meisel, Kampf, S. 132.
70 Franz Marek, Erinnerungen (Manuskript), o.J., S. 53.
71 Ernst Schwager, Die österreichische Emigration in Frankreich 1938-1945, Wien/Köln/Graz 1984, S. 112; Österreicher im Exil. Frankreich 1938-1945. Eine Dokumentation, hrsg. vom DÖW, Wien 1984, S. 207ff.
72 Marek, Erinnerungen, S. 56.
73 Interview mit Hans Bily, Teil 4, Transkript S. 1; Interview mit Gerti Schindel, Teil 4, Transkript S. 22; Brauneis, Widerstand, S. 123; DÖW E 19711: Dossier Franz Storkan, BM f. Inneres, Abt.2 an das Amt der Wiener Landesregierung, MA 12 (Ref. Opferfürsorge); Dossier Lisa Gavric: BM f. Inneres, Abt.2 an das Amt der Wiener Landesregierung, Ma 12 (Ref. Opferfürsorge), 26.4.1966.
74 In Wien traf er sich lt. Rosa Friedl öfters mit Leutgeb. Vgl. Dossier Koppel: Niederschrift der Zeugeneinvernahme von Rosa Friedl, 23.2.1949.
75 Dossier Koppel: Niederschrift der Zeugeneinvernahme von W.Z., 21.2.1949.
76 Vgl. Anm.9.
77 DÖW, R (= Reservatsakt) Nr. 91: Informationen über Gestapo-Spitzel unter der österreichischen kommunistischen Widerstandsbewegung in Frankreich und Österreich.
78 Dossier Koppel: Beschluß des LG Wien betr. Einstellung des Strafverfahrens gegen Kurt Koppel wegen 7 KVG, 1.4.1957; Widerruf des Fahndungsersuchens vom 11.4.1949 wegen Einstellung des Verfahrens nach der NS-Amnestie, 23.4.1957.
79 Zu "Fallschirmagenten": DÖW, Leopold Banny, Ihre Namen sind verweht... Österreicher bei Geheimunternehmen in ihrer Heimat während des 2.Weltkrieges, 1938-1944 (Mskr.).
80 Sie geht auf eine Aussage des Gestapo-Beamten Johann Rixinger zurück, der jedoch in einem anderen Referat tätig war und von Günser behauptet, er hätte den Decknamen Glas oder Glaser geführt, sodaß offensichtlich eine Verwechslung mit Koppel vorliegt. Auch dieser arbeitete jedoch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht für Sanitzer.
81 Mündliche Mitteilung von N.N.
82 KPÖ. Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, Wien 1987, S. 300.
83 Strecha, Widerstand, S. 86, S. 88, S. 90, S. 110, S. 144.
84 Die Kopie eines solchen Briefes befindet sich im Besitz des Verfassers.

Hängt die Arbeiterklasse nicht gleich an den Nagel, wenn der Klassenkampf schwieriger wird ...

Es gibt eine antikapitalistische Perspektive in Betrieben und Gesellschaft!

In der Zeitung der *FAU*, der *Freien ArbeiterInnen-Union*, kann man lesen, was in Deutschland (Ost wie West) gegen Staats- und Privatkapitalismus aus anarcho-syndikalistischer Sicht unternommen wird. Berichte aus aller Welt fehlen natürlich nicht.

Probeheft anfordern!

Jahresabonnement (6 Ausgaben) für DM 12.- auf Postgiro Hamburg 341979-208 (F. Mohrhof)

DA, Lagerstr. 27, 2000 Hamburg 36

direkte aktion

Anarchosyndikalistische Zeitung

FORSCHUNGSJOURNAL

Neue Soziale Bewegungen

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt: Termine, Material, Aktionen und Konferenzen. 4x pro Jahr auf 128 Seiten.

→ Fakten statt Mythen

Medien und Bewegungen - Bewegungen und Medien
Heft 1/89

Alternativökonomie zwischen Traum und Trauma
Heft 2/89

Institutionalisierungstendenzen in den Neuen Sozialen Bewegungen
Doppelnummer: Heft 3-4/89

SONDERAUSGABE:
40 Jahre Bundesrepublik - 40 Jahre Soziale Bewegungen
Oktober 1989

Ich bestelle:

☐ Jahres-Abonnement des Forschungsjournals NSB (DM 35,– gegen Scheck)

☐ Einzelexemplar Nr. _____/89 (DM 9,80 per Scheck oder in Briefmarken)

Einzelexemplare des Jahrgangs 88 (Vorzugspreis von DM 6,80 per Scheck oder in Briefmarken)

☐ Geschlechterverhältnis in den NSB Parteien und NSB

☐ Sonderheft 1989 (150 Seiten / DM 12,– nur per Scheck oder in Briefmarken)

Name .....

Straße .....

PLZ, Ort .....

Datum *Unterschrift* .....

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Datum *Unterschrift* 9/89

Coupon an: Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen - c/o Thomas Leif, Taunusstraße 66, 6200 Wiesbaden

Willy Buschak

Schwalben der Arbeit - ein Beitrag zur Geschichte der Bäckereiarbeiter und des Anarchismus in Argentinien

Wer im Buenos Aires der achtziger und neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts sein Brot kaufen wollte und dazu in eine Bäckerei ging, betrat einen sauberen und freundlichen Verkaufsraum, in dem Hygiene das oberste Gebot zu sein schien. Die Brote wurden hinter feinem Tüll verborgen, um sie vor Fliegen zu schützen, Kleingebäck wurde nur mit Pinzetten angefaßt und sorgsam in Papier eingeschlagen. Wer sich freilich die Mühe gemacht hätte, die kleine Treppe zur Backstube hinunterzugehen, wäre in eine völlig andere Welt geraten, in der ganz andere Gesetze herrschten. Statt Hygiene: Schmutz. Statt hellen, freundlichen Räumen: dunkle Löcher. Fast immer befand sich die Backstube im Keller, war sie klein und eng, bot den Personen, die hier bei Temperaturen von über 40 Grad Celsius den Teig bearbeiteten, viel zu wenig Platz. Mechanische Hilfsmittel gab es nicht - die "Zivilisation", wie die Bäcker zur Knetmaschine sagten, hielt erst in den zwanziger Jahren Einzug in die Backstuben.[1]

Der typische Besitzer, der patrón einer Bäckerei hatte 10 oder 20 Jahre gearbeitet, sich das nötige Geld zusammengespart, um sich ein Geschäft zu kaufen oder sich als Teilhaber in eine Bäckerei einzukaufen. In einem Essay für die anarchistische Tageszeitung "La Protesta" beschrieb Pedro Godoy den patrón so:

"Der Besitzer einer Bäckerei ist im allgemeinen ein ziemlich großer Typ, ein halber Analphabet, Dickschädel, der weder von Kunst, noch von Literatur etwas weiß, noch überhaupt von der Gesellschaft, der noch nie ein Theater von innen gesehen hat (...) ein Esel, noch störrischer und unzugänglicher als der Arbeiter." [2]

Die Beziehung zwischen patrón und Bäcker war eine von Gewalt und Brutalität beherrschte Beziehung. Der arbeitssuchende Bäcker mußte sich vor dem patrón völlig entkleiden und beäugen lassen, so, wie man im Alten Rom Sklaven gekauft hatte. Betrügereien waren an der Tagesordnung, selten, daß ein Lohn mal richtig berechnet wurde. Schimpfwörter bestimmten den täglichen Verkehr zwischen patrón und Bäcker. Daß ein kleines Messer zum ständigen Begleiter des Bäckers wurde, nimmt angesichts solcher Verhältnisse kein Wunder, zumal Schlägereien in den Backstuben alles andere als selten waren.

In der typischen Backstubenmannschaft, der cuadra, arbeiteten ein Vorarbeiter, ein Kneter mit seinem Helfer und ein Einschießer, der den Ofen beschickte. Die cuadra war äußerst instabil. Selten blieben die Bäcker mehr als einige Tage zusammen, im Höchstfall ein paar Wochen. Von einer Beschäftigungsstelle zur anderen zu wandern war zum Erkennungszeichen der argentinischen Bäcker geworden und hatte ihnen den Beinamen "Schwalben der Arbeit" eingebracht. Pedro Godoy schrieb über die Psychologie des argentinischen Bäckers:

"Eine Zeitlang erträgt er alles vom Vorarbeiter, patrón oder den anderen, und dann geht er wegen irgendeiner Kleinigkeit. Er verlangt seine Abrechnung und begibt sich zu irgendeiner anderen Backstube, wo dasselbe von vorn beginnt.

Año I. Buenos Aires, 13 de JUNIO de 1897 Núm. 1

PRECIO centavos

LA PROTESTA

PORTE PAGO

DIARIO DE LA MAÑANA

Redacción y Administración: PERÚ 1537 Unión Telefónica 0478, Buen Orden

La clausura de LA PROTESTA

A TODOS LOS ANARQUISTAS DE LA REGION.—

Debemos a la colectividad anarquista unas palabras de explicación sobre los motivos que han determinado la interrupción de la tarea que el diario venía realizando a través de más de treinta años de existencia combativa. LA PROTESTA ha dejado de aparecer el viernes 12 del que cursa, más no por voluntad del Grupo que asume la función de velar por ese patrimonio de los anarquistas, si nó por que así lo impone la dictadura militar en auge. No es esta la primera vez, ni será tampoco la última, que el vocero tradicional de la anarquía soporta la mordaza impuesta por la reacción. Pero sí podemos afirmar que nunca se han presentado perspectivas tan sombrías para nuestro movimiento y para la causa del progreso social, como en esta hora de triunfo fascista que se extenderá por largos años ahogando toda libertad y sometiendo al proletariado a la más denigrante esclavitud, si el pueblo, y los anarquistas a la cabeza no se aprestan a la resistencia, defendiendo las conquistas de nuestros antecesores, afirmadas en mil revoluciones.

Ya en nuestra edición del miércoles 10 hicimos mención a la visita poco grata de una comisión policíal, al mando de un sargento del ejército, que después de proceder a una prolija revisación de nuestra casa, llevó un ejemplar del diario a fin de presentarlo seguramente a sus superiores. Esa visita relativamente cortés nos hizo presumir que ya no se dejaría en paz al diario, cuya prédica abierta contra la dictadura tenía forzosamente que disgustar a aquéllos a quienes iba dirigida. Nuestras previsiones se cumplieron al pie de la letra.

El jueves 11, soldados y oficiales aramados, allanaron el local del diario. La circunstancia de no encontrarse presente el personal de redacción y administración; recién se abrían los talleres, evitó la prisión de los compañeros. Retirados los soldados, y respondiendo a una citación que momentos antes de la llegada de la tropa trajera un oficial de policía, se apersonó al departamento nuestro camarada J. Gómez, a quien se retuvo en prisión durante algunas horas, siendo advertido al ser puesto libertad que quedaba prohibida hasta nueva orden la aparición de LA PROTESTA; únicamente se permitía seguir funcionando a la imprenta y librería.

Por disposiciones emanadas al parecer de la autoridad militar fué secuestrada la edición del diario. La que ha llegado irregularmente a manos de los camaradas, puesto que no se pudo hacer efectivo el secuestro por completo.

La noticia del secuestro y clausura de LA PROTESTA, fué registrada por los siguientes órganos de publicidad: "La Nación", "La Razón", "El Mundo", "El Telégrafo", "La República", "La Vanguardia", "La Patria Degli Italiani", Le Courrier de La Plata"; y "Crítica" que se ocupa sistemáticamente de ocultar todos los actos perjudiciales para el prestigio del gobierno militar, niega la realidad de la clausura.

La clausura de LA PROTESTA es el primer paso dado para afianzar a la reacción; significa el desconocimiento de la libertad de emitir sin trabas el pensamiento escrito. Frente a las declaraciones efectistas del gobierno militar, que anuncia una era de bienestar y de progreso, de respeto a las libertades que la constitución consagra, está la realidad elocuente de los hechos. No se comienza una obra de tal magnitud por el cercenamiento de todos los derechos.

La tarea de destruir los focos de resistencia al avance de la dictadura recién comienza. Ya veremos caer uno a uno todos los baluartes animadores de la lucha contra el Estado y el mundo del privilegio. Ya veremos como serán destruídas las organizaciones del proletariado, si este no se apresta a neutralizar los ataques dirigidos contra su existencia.

LA PROTESTA cae haciendo honor a su historia de tribuna dedicada a bregar sin descanso por la causa de la justicia social. Nos cabe la satisfacción triste de haber sido los primeros en señalar el peligro de la dictadura cuando esta se insinuaba en el ambiente político, de haber estimulado sin descanso a los anarquistas y al pueblo a organizar la resistencia defendiendo sus libertades y sus conquistas, de haber mostrado el ejemplo de tantos otros pueblos desventurados, maniatados por la dictadura, sumergidos de golpe en el más negro régimen despótico.

El Grupo Editor de LA PROTESTA, que no puede aceptar bajo ningún concepto la situación presente, por que eso significaría complicarse en esta obra de retroceso mental y material, considera que se impone una mayor cohesión de la voluntad colectiva, para influir en la orientación de los esfuerzos que necesariamente han de realizarse a fin de superar este momento crítico.

Exhorta a todos los camaradas a estrecharse entre sí, a no perder el contacto recíproco a mantener latente el espíritu de lucha haciendo frente en la forma más digna posible a los desmanes de la dictadura.

Por su parte el Grupo Editor, consciente del golpe que la clasura de LA PROTESTA representa para la cohesión del movimiento por lo que afecta a sus relaciones, está dispuesto tan pronto como las circustancias lo permitan, eludiendo la disposición mordaza, a reiniciar la aparición del diario.

¡Contra la dictadura militar, por la defensa de las libertades del pueblo, por la vida de nuestro movimiento, que todos los camaradas ocupen su puesto en la lucha.

EL GRUPO EDITOR

NOTA: Ha sido puesto en circulación, el Suplemento de LA PROTESTA. Se solicita de de todos los camaradas comuniquen si es recibido.

Oder es zieht ihn aufs Land, über die Straßen durchstreift er Provinzen und Dörfer. Hier macht er eine Schicht, dort nimmt er eine Arbeit für acht Tage an und wandert weiter, immer weiter (...) Manchmal will er nicht einmal anhalten, um zu arbeiten. Er begnügt sich damit, in den Bäckereien der Orte von seinen Kollegen einen peso zu erbetteln, für Tee und Zucker, und begibt sich dann wieder auf die Landstraße, ohne Ziel und Richtung."[3]

Zu jeder Bäckerei gehörten einige Brotausträger, oft von halbwüchsigen Jungen begleitet, die sich so ein paar centavos am Tag verdienten. Zwischen Bäcker und Brotausträger gab es keine präzise Arbeitsteilung. Wenn ihre Arbeit beendet war, mußten die Austräger beim Backen helfen und umgekehrt wurden die Bäcker nach einem Arbeitstag von 12, 14 oder 16 Stunden noch oft gezwungen, Brot auszutragen. Größere Bäckereien beschäftigten obendrein einen Knecht, der den Hof zu reinigen hatte, Feuerholz beibrachte und ähnliche Aufgaben verrichtete. Die Arbeit in den Backstuben war reine Männerarbeit, höchstens als Streikbrecherinnen wurden Frauen ab und an beschäftigt. Die organisierten Bäcker machten aus ihrer Ablehnung der Frauenarbeit auch gar kein Hehl.

In den Bäckereien wurde grundsätzlich nachts gearbeitet. In Buenos Aires begann der Arbeitstag eines Bäckers um 14 Uhr und endete um 9 Uhr morgens des nächsten Tages, diese Arbeitszeit galt mit einigen Veränderungen hier und da auch in den Provinzen. Vor hohen Festtagen wurde Tag und Nacht ohne Pause gearbeitet, um ausreichende Mengen von Spezialitäten, wie etwa dem süßen Weihnachtsbrot, herzustellen.

Die Mehrheit der Bäcker besaß keine Wohnung, kein eigenes Zuhause. Sie nahmen ihr Essen am Arbeitsplatz ein und schliefen in irgendeinem Winkel der Backstube, in einer Kellerecke oder in engen und schmutzigen Kammern. Familienleben gab es für sie nicht und selbst die Sexualität war für sie ein Fremdwort: *"Die Liebe bleibt für den Bäcker verbannt auf einen sekundären Platz in seinem Leben, beschränkt sich auf Masturbation oder einen Seitensprung in einem Bordell, wenn er nachts mal frei hat."*[4]

Das Essen, das den Bäckern gereicht wurde, war durch die Bank schlecht. In Buenos Aires gab es einen Suppennapf mit Fleischbrühe, ein wenig Salat und Rotwein, der zu zwei Dritteln aus Wasser bestand. Oder es gab morgens Nudeln mit Fleischbrühe und Geschmortem, Geschmortes und Fleischbrühe mit Nudeln des Abends, wie ein Bäcker aus 9 de Julio im Januar 1901 klagte.[5] In Posadas bekam jeder Bäcker ein Kilo Reis und ein Kilo Nudeln am Tag, dazu eine winzige Menge Tee oder Kaffee und eine Portion Fleisch, alles zusammen im Wert von 60 centavos.[6] Die Löhne lagen zwischen 40 und 70 pesos im Monat, in der Provinz waren sie niedriger, oft noch niedriger als die miserablen Landarbeiterlöhne.[7]

Die Sociedad de Resistencia Obreros Panaderos

Die Entstehung einer Gewerkschaft der Bäcker, der ältesten argentinischen Gewerkschaft, in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, ist eng mit zwei Namen verknüpft: Francisco Momo und Hector Mattei. Mattei war Anarchist, arbeitete als Buchhalter in Buenos Aires, Momo war ein aus Livorno eingewanderter Bäcker. Von Momo bekam Mattei die

EL PERSEGUIDO

VOZ DE LOS EXPLOTADOS

N° 1—Buenos Aires, 18 Mayo 1890

Suscricion
Por tres meses . . . . . $ 1 00

Direccion
EL PERSEGUIDO
Casilla del Correo núm. 1818

¿Qué somos y qué haremos?

Nosotros somos los vagabundos, los malhechores, la canalla, la escoria de la sociedad, el sublimado corrosivo de la organizacion social actual.

Aborrecemos el pasado porque es la causa del presente; odiamos el presente porque no es otra cosa que la imitacion más intensa y más feroz del pasado. No tenemos estados de servicios que presentar, ni tenemos heridas que ostentar ni sufrimientos que explicar, pues no tenemos intencion ni voluntad de impresionar á los ánimos débiles ó cándidos. Somos hombres como los demás, sea cual fuere el país, raza ó idioma á que pertenezcan. Reconocemos que nuestro organismo tiene necesidades propias como tienen los otros, y que por lo tanto las queremos explicar y satisfacer, y por esta causa queremos ser libres.

La *libertad*, hecho relativo por la *igualdad*.

La *libertad* y la *igualdad*, hechos posibles y explicados por la *solidaridad*.

La *solidaridad*, hecho necesario por la *libertad* y la *igualdad*.

Esta es nuestra trinidad. Siendo esta la piedra angular de la civilizacion del futuro—verdadera civilizacion porque tendrá la misma densidad en la periferia como en el centro—una civilizacion real porque cada centro en su turno será perifero. Ninguna gerarquia, autoridad ni explotacion; cada cual con su propio cerebro, grande ó pequeño, que sea, pero cerebro de alquiler, ninguno.

La estimacion y el reconocimiento para el que los quiera deben ser libres; mérito verdadero y no aparente. Sentimientos naturales y no hipócritas. Para conseguir nuestro objeto rechazamos toda reserva, todo oportunismo y nos declaramos abiertamente revolucionarios, es decir, promotor y ejecutor de todo acto que pueda tener efecto en desplomar el edificio del orden constituido.

Nuestra divisa es la de los malhechores.

Nuestros medios todos los que la ley condena.

Nuestro grito, muera toda autoridad.

Por eso somos anarquistas.

Las necesidades del hombre son inferiores á sus facultades.

Esta es la necesidad del comunismo anárquico.

La naturaleza, habiendo hecho el hombre similar pero no idéntico, cada uno puede satisfacer sus necesidades como mejor le plazca. Esta es la ley natural del comunismo anárquico.

No queremos nada concedido, sino todo conquistado. Pues las concesiones solamente son paliativos que aumentan la miseria y la injusticia. Es una gran ofensa que supone un privilegio.

La conquista indica fuerza y conciencia.

¿Y qué haremos?

Si queremos verdaderamente destruir, dejaremos todo sentimiento de piedad y de generosidad.

Los tiranos son siempre viles. No haremos caso de su pánico ni de sus gemidos, ni nos dejaremos llevar por la influencia mórbida de la hermosura de sus mujeres.

Sin piedad hasta el fin, será nuestro lema. Es absolutamente necesario.

Cuando esté todo el presente destruido, la nueva civilizacion será un hecho.

Pues ella será el resultado de la sustraccion efectuada; cuanto más hayamos sustraido tanto más será perfecta.

Destruam et ædificabo!

Chi siamo e cosa faremo?

Noi siamo i vagabondi, i paltonieri, i randagi, la canaglia, i malfattori, il precipitato putrido, il sublimato corrosivo dell'odierna organizzazione sociale.—Odiamo il passato perché fu la causa del presente, odiamo e detestiamo il presente perché esso non é che la contraffazione, la demoralizzazione, la ripetizione piú raffinatamente orribile e feroce del passato.

Noi non abbiamo stati di servizio da presentare; cicatrici, ferite da mostrare; supplizii da raccontare—perché non abbiamo né l' intenzione, né la voglia di commuovere ingenui ed ignoranti.—Siamo e ci crediamo uomini come tutti gli altri, a qualunque terra, lingua, razza apartengano; sappiamo e sentiamo che i nostri organismi hanno de' bisogni propri e consimili a quelli degli altri e questi vogliamio espliecare, soddisfare, accontentare;—e, per ció fare, vogliamo essere liberi, libertá resa relativa dalla *uguaglianza*, *libertá* ed *uguaglianza* rese possibili ed esplicabili dalla *solidarietá*, *solidarietá* resa necessaria dalla *libertá* e dall' *uguaglianza*. — Questa la nostra trinitá, ecco le pietre angolari della futura civiltá, civiltá vera perché avrá la medesima densitá dalla periferia al centro; civiltá reale perché ogni centro sará alle sua volta periferia; civiltá vera e reale perché sará il risultato del completo esplicamento dei varii e differenti organismi umani.

La stima, la gratitudine, per chi vorrà averla e sentirla, devono essere imposte, non imposte; merito vero non gherminella ufficiale, sentimenti naturali, non ipocrisia voluta dallo stomaco, non inganno venduto o comprato.

Niente gerarchia, niente autoritá dunque. Ógnuno col proprio cervello, grosso o piccolo che sia—ma niente cervello in fitto.

Per correre questa via, scartiamo ogni opportunismo parolaio e dé *sordi trameniì*, dichiarandoci francamente ed apertamente rivoluzionarii, cioé esecutori e fomentatori di ogni atto che scuota, demolisca, vulneri l' ordine costituito.

Il nostro ordine—quello de' malfattori; i nostri mezzi—tutti quelli condanati dalle leggi; il nostro grido—morte a tutte le autoritá!

Ecco perché siamo *comunisti-anarchici*. *I bisogni dell' uomo sono inferiori alle sue facoltá*—questa la necessitá naturale del comunismo; *la natura avendo fatto gli uomini simili e non identici, ne consegue che ogni singolo uomo puó essere interprete de'proprii bisogni*—questa la legge naturale dell' anarchia.

E vogliamo che niente ci venga concesso, ma vogliamo tutto conquistare.—Le concessioni sono palliativi che aumentano miseria ed ingiustizia, sono insulto e suppongono un privilegio.—La conquista é dritto perché indica forza e coscienza.

E che faremo? Se vogliamo veramente distruggere bandiremo da noi la *pietá* e la *generositá*.

I tiranni sono sempre vili, e noi non ci lasceremo commuovere né dalla loro paura, né da' loro pianti, né dai loro *pargoletti*, né dalle *trecce morbidé sparse sull'affannoso petto* delle loro mogli.—Senza pietá, fino al fondo, sará la nostra massima.—E' assolutamente necessario—ché, quando avremo tutto distrutto il presente, la nuova civiltá é bella che formata.—Essa sará il residuo della sottrazione fatta, e quanto piú avremo sottratto, tanto piú essa sará perfetta.

Destruam et ædificabo!

Qui sommes nous? et que ferons nous?

Nous sommes les vagabonds, les malfaiteurs, la canaille, l'écume de la société, le sublimé corrosif de l'organisation sociale actuelle.

Nous haïssons le passé, parce qu'il est la cause du présent; nous detestons le présent parce qu'il n'est autre chose que la contrefaçon, la repetition plus raffinee plus féroce du passé.

Nous n'avons pas d'états de service à presenter, de blessur à montrer, de suplice à raconter, parce que nous n'avons ni l'intention, ni la volonté d'émotioner les cerveaux faibles ou naïfs. Nous sommes et unous nous croyons des hommes comme les autres, à quelque pays, langue et race qu'ils appartiennent. Nous sentons et nous savons que notre organisme a des besoins propres, conformes à ceux des autres, besoins que nous voulons expliquer, satisfaire, et augmenter, pour cela nous voulons être libre.

Liberté rendue relative par l'Egalité.

Liberté et Egalité rendues possibles et expliquées par la solidarité.

Solidarité rendue necessaire par la liberté et par l'Egalité.

Voila notre trinité, voila la pierre angulaire de la future civilisation. Civilisation veritable parce qu'elle aura la même densité de la peripherie au Centre. Civilisation reelle parce que chaque centre será à son tour périphiérie.

Civilisation véritable et reelle, parce qu'elle será le résultat, et l'explication complete des différents organismes humains.

Pas de hierarchie, pas d'autorité. Done: Chacun avec son propre cerveau, grand au petit qu'il soit mais rien des cerveaux á louer.

L'estime, la gratitude pour qui voudra en avoir, devront être libres, non imposées, mérite vrai et non arlequinade. Sentiments naturels non hypocrisie.

Pour atteindre ce bout, écartons tout sous entendu, tout opportunisme parlementaire et déclarons nous franchement revolutionàire, c'est a dire: fomentateur et executeur de tout acte susceptible d'ebranler l'ordre constitué.

Notre ordre, est celui des malfaiteurs.

Nos moyens, tous ceux que la loi condamne.

Notre cri mort à toute autorité.

Voila pourquoi nous sommes anarchistes.

Les besoins de l'homme sont inferieurs á ses facultés.

En Ceci la necessité naturelle du Communisme.

La nature ayant fait l'homme similaire et non identique, chaque homme peut interpreter ses necessités. De lá, la loi naturelle de l'anarchie.

Et, nous ne voulons rien de concédé, sinon tout conquerir. Les concessions sont des paliatifs qui augmentent la misère et l'injustice. C'est une insulte qui suppose un privilège. La conquete est un droit qui indique force et conscience.

Que ferons nous si nous voulons reellement détruire?

Nous bannirons toute *pitié* et toute *générosité*.

Les tyrans sont toujours vils. Nous ne nous laisserons emouvoir, ni par leur peur, ni par leurs plainter, ni par leurs enfants, ni par l'influence morbide de la beauté et du luxe de leurs femmes.

Sans pitié jusqu'au bout; sera notre maxime. C'est absolument necessaire.

Quand nous aurons tout detruit le présent, la nouvelle civilisation sera faite.

Elle sera le résultat de la destruction operée, au plus la destruction sera radicale, au plus la nouvelle civilisation sera perfaite.

Destruam et aedificabo!

nötigen Informationen für eine Serie von Artikeln über die soziale Lage der Bäcker, die er in der Zeitschrift "El Socialista" veröffentlichte, Momo sorgte anschließend dafür, daß die Artikel auch in den Backstuben der argentinischen Hauptstadt zirkulierten. Mit einigen Berufskollegen berief er eine allgemeine Bäckerversammlung ein, für den 4. August 1887. Auf dieser Versammlung wurde sogleich eine Organisationskommission eingesetzt, die die Aufgabe hatte, Statuten für eine Gewerkschaft zu entwerfen. Hector Mattei, von der Organisationskommission um Rat gefragt, wandte sich an Errico Malatesta, der sich seit einigen Monaten in Buenos Aires befand und bereitwillig an den Statuten mitarbeitete. Eine neuerliche Versammlung am 3. November 1887 beschloß dann definitiv, die Sociedad de Resistencia Obreros Panaderos ins Leben zu rufen. Erster Sekretär wurde Hector Mattei.[8]
Die Sociedad war für alle Bäcker über 16 Jahren offen, sie verlangte einen peso als Eintrittsgeld und einen monatlichen Beitrag von 50 centavos. Damit erhielt das Mitglied ein Anrecht auf Schutz und Solidarität bei Krankheit oder anderen Unglücksfällen. Ein verstorbenes Mitglied bekam ein Ehrenbegräbnis: zwei Karossen, ein Sarg mit den Insignien der Sociedad geschmückt, an deren Sitz die Fahnen auf Halbmast gesetzt wurden.[9]
Als Ziel der Sociedad hielten die Statuten fest:
"Diese Gesellschaft hat das allgemeine Wohl der Bäcker zum Ziel, das heißt, daß sie ihre ökonomische und physische Lage verbessern will durch den Widerstand gegen die steigenden Anforderungen des kapitalistischen Monopols, und sie will alle Arbeiter, ohne Unterschied von Rasse, Hautfarbe oder Nationalität, zusammenschließen, die sich mit der Herstellung von Brot beschäftigen."[10]
Gegen Ende der neunziger Jahre hatte die Sociedad in Buenos Aires um die 1.000 Mitglieder, im Gürtel um die Hauptstadt, dem Litoral, wuchs sie ebenso rasch wie in den Provinzen. Ähnliche Sociedades wie in Buenos Aires entstanden in Rosario, Santa Fé, Cordoba, San Nicolas, Juarez, La Plata, Quilmes, San Fernando, Tandil, Juanin, Mar del Plata, Mendoza, Bahia Blanca, San Cristobal, 25 de Mayo, Tucumán und weiteren 25 Ortschaften, alle längs der Bahnlinien. Über die Anzahl der organisierten Bäcker kann man freilich weder für diese noch für eine spätere Periode eine seriöse Schätzung abgeben. Es gibt nur wenige Bezugspunkte, um sich eine annähernde Vorstellung zu machen: als der dritte Kongreß der Federación Obrera Argentina (FOA) 1903 zusammentrat, hatte die Bäckergewerkschaft in Buenos Aires 1.200 Mitglieder, La Plata 420, in Nicolas 160, in Belgrano 90 und 200 in Santa Fé.[11]
Die Sociedades waren alles andere als stabile Organisationen. Der erste verlorene Streik mit der anschließenden Auseinandersetzung über die Ursachen führte zum Zerfall der Sociedad, die Mitglieder zerstreuten sich in alle vier Windrichtungen und die Organisation lebte erst wieder auf, wenn andere, zuvor anderswo organisierte Bäcker in den Ort kamen. Typisches Beispiel ist die Sociedad von Rosario, Anfang der neunziger Jahre gegründet. 1896 erklärte sie einen großen Streik, der 21 Tage dauerte, eine beträchtliche Brotknappheit verursachte und zum Einsatz von Militär führte. Bald nach dem Streik hatte sich die Sociedad aufgelöst. Am 1. April 1898 wurde die Sociedad erneut gegründet, sie kam bis auf 139 Mitglieder, hörte nach acht Monaten aber schon wieder auf zu existieren. Am 1. Mai 1901 trat sie zum dritten Mal

¡Proletarios de todos los países, unios!

SUSCRICION:
INTERIOR: Por mes. . . . ps. 0.40
" Trimestre. . . " 1.20
" Año. . . . . " 4

EL OBRERO

SUSCRICION:
EXTERIOR: Año. . . . . ps. 2.50

Número suelto " 0.10

DEFENSOR DE LOS INTERESES DE LA CLASE PROLETARIA

ÓRGANO DE LA FEDERACION OBRERA

AÑO II — BUENOS AIRES, FEBRERO 4 DE 1893 — NÚM. 89

PERIÓDICO SEMANAL

REDACCION Y ADMINISTRACION
Estados Unidos 842

Los manuscritos no se devuelven

Agencias de suscricion á "EL OBRERO"

Buenos Aires Von der Jhüsen Cuyo 4468.
" Adhesion. *Victoria*, Reconquista 650
San Luis Faustino Castellano, Constitucion 99.
Tandil Guillermo Jeinke, talabartería.
Santa Fé Ernesto Stanfler, Catamarca 714.
La Plata B. Triebling, Museo.
Chascomús José Duran, Colon 58
Bahiablanca P. H. de Smit, Librería
Villaderría Serapio Castesana
Mercedes F. Zinnow, calle 13, núm. 55
Rosario Nicolás R. Bianco, calle 3 de Febrero 368.
Patronat Retzlaff, almacen Germania, Concordia esquina Beneficencia.

EL OBRERO

Buenos Aires, Febrero 4 de 1893

A nuestros correligionarios

Al reanudar su publicacion, EL OBRERO saluda cariñosamente á los socialistas de todo el universo, y les brinda la amistad más sincera.

Escusado es decir que nuestra decision en la lucha contra la burguesía, y el celo de que constantemente hemos dado pruebas, por lo que hace á la defensa del proletariado, serán los mismos de siempre, sin que logren abatir nuestro ánimo ó debilitar nuestro entusiasmo, ni el desvío de algunos, ni la indiferencia de los más.

Por la union del proletariado, venimos otra vez á trabajar con teson, respondiendo al lema que hemos puesto en nuestra bandera de combate:

Proletarios de todos los países, unios!

Mas si queremos y buscamos la union de los buenos, de los honrados, de los dignos en toda la extension de la palabra; si hemos de ayudar con nuestros esfuerzos y nuestras simpatías á los compañeros que saben cumplir sus deberes, fustigaremos sin piedad, en cambio, á los hipócritas corrompidos y corruptores que siembran la cizaña en nuestro campo y nos desacreditan con sus vicios.

A los buenos, pues, salud!

EL OBRERO

INDIFERENTES E INDIFERENTISMO

Las doctrinas socialistas, tienen numerosos partidarios entre los obreros que pueblan esta República, y todos, sin excepcion, consideran imprescindibles y benéficas en alto grado, las reformas exigidas por el socialismo á los gobiernos burgueses, como necesarias para conseguir nuestra emancipacion.

En el taller, en el hogar, en cualquier punto de reunion donde se encuentre más de un obrero, oireis siempre la misma cantata: «Estamos mal, muy mal,—dicen,—casi peor que en Europa, pues allí los gobiernos trabajadores tienen instituciones propias encargadas de protegerles, defendiéndoles contra el despotismo patronal, y buscando mejorar los salarios y atenuar los efectos de la crísis económica, que, necesaria consecuencia del capitalismo, azota hoy á todo el mundo civilizado, y precipita la muerte del sistema social imperante!»

Y si despues de oir lamentaciones tales, os atreveis á advertir á sus autores que en nada mejorará la situacion de la clase obrera, mientras ésta no se asocie y organice, formando una [illegible] ante cuyo [illegible] retroceda la burguesía, [illegible]ando sus malos instintos; [illegible] ridículas jeremiadas de seres pusilánimes y cobardes, oponen vuestro entusiasmo, vuestra fé en el porvenir, y queréis probar que la fuerza más incontrastable reside en el proletariado unido; si invitáis á los susodichos compañeros á que, consecuentes con sus aspiraciones, engrosen las agrupaciones obreras ya existentes, recibireis por respuesta una exceptica sonrisa acompañada á veces del razonamiento más original que darse puede. «Decís verdad, compañero,—arguyen;—mucho podríamos hacer los proletarios, si estuviésemos unidos; pero si la mayoría permanece indiferente, ¿qué vamos á hacer unos cuantos, un centenar, por ejemplo, frente al ejército burgués, poseedor de arma tan terrible como el dinero?»

Los que de este modo se expresan, prefieren, pues, quedarse en sus casas ante el temor de que el esfuerzo á ellos pedido, resulte infructuoso gracias á la apatía agena; y, cundiendo el ejemplo, tenemos que la indiferencia se propaga con rapidez, favoreciéndola precisamente la conducta de aquellos compañeros, cuya cegueda ó hipocresía mueve á compasion.

* * *

Este hecho denuncia una perversion de ideas que es preciso combatir tenazmente, si no queremos que el desaliento y la indiferencia hagan presa en el ánimo de los compañeros propicios á dejarse seducir por falsas teorías amamantadas por la ignorancia más supina.

Emprenderemos nosotros la tarea, demostrando siquier sea á la ligera, cuán equivocados están los exceptícos, los indiferentes que, á un mismo tiempo, proclaman las excelencias de la union, y huyen de ella por creerla imposible, ó inútil cuando no reviste proporciones inmensas.

¿Cuál es la primera objecion que se les ocurre á estos compañeros, casi todos ellos contándose bien—instruidos y experimentados?

¡Que la mayoría de los obreros permanece indiferente, extraña á sus deberes!...

Tratándose del proletario, que, por sus condiciones de vida, no posee generalmente gran ilustracion, parécenos injusto exigir de él la clarevidencia necesaria para que se dé cuenta sin gran esfuerzo de los deberes que tiene para con sus compañeros y para consigo mismo, y de los derechos cuyo goce le corresponde, en union con la comunidad.

Está entonces fuera de lugar, el retraimiento de los que se desaniman y apocan si la unanimidad más perfecta no reina entre todos los obreros, ilustrados á ignorantes, jóvenes ó viejos, buenos ó malos.

Por otra parte, esa unanimidad no es de todo punto indispensable, ni hoy en día puede concebirse aquí un movimiento obrero tal como lo desean; por lo visto, algunos soñadores demasiado cándidos, quienes parécense á aquel labrador que dejara una tierra sin sembrar, solo por el temor de recojer escaso fruto.

Un partido no es tanto más fuerte cuanto mayor sea el número de sus adeptos, por mucho que algunos se lo crean. La buena calidad de los elementos constitutivos de una agrupacion, puede hacer á éste más poderoso de lo que la haria la cantidad, siendo elevada.

Así, pues, ¿de qué nos serviría formar una Union magna por sus proporciones, si sus miembros fuesen ignorantes dispuestos á caer en excesos lamentables, ó espíritus levantiscos amigos de imponer su voluntad y satisfacer sus vanos caprichos, en perjuicio de la comunidad?

Además, sea ó no conveniente la union de todos los obreros, ésta no puede tener lugar si no halla base sobre que asentarse.

Esa base pueden y deben constituirla los compañeros á que nos hemos referido en el trascurso de este artículo. Si ellos, ilustrados y convencidos, no dan el ejemplo á los ignorantes, mal pueden quejarse de la indiferencia de éstos!

No acredre á ninguno la idea de que seamos pocos en la lucha!

ins Leben, bis zum Jahresende schlossen sich ihr 263 Mitglieder an, und diesmal zumindest hatte die Gründung Bestand.[12]
Im September 1894 begann die Sociedad von Buenos Aires mit der Herausgabe einer Zeitung: "El Obrero Pandero" (Der Bäckereiarbeiter). Mit einer Auflage von nur wenigen hundert Exemplaren konnte die Zeitung aber kaum die ihr zugedachte Rolle eines Sprachrohrs und Propagandisten der Bäckereiarbeiter erfüllen, um so weniger, als sie mit Beginn des Jahres 1895 nur noch in unregelmäßigen Abständen erschien und schließlich ganz eingestellt wurde. 1899 wagte der "Obrero Panadero" einen neuen Anlauf, der ihm wieder nur ein kurzes Leben bescherte. Erst 1911 gelang es, den "Obrero Panadero" halbwegs regelmäßig erscheinen zu lassen. Mit der Herausgabe einer Zeitung war die junge Sociedad schlichtweg überfordert, die Mitglieder verdienten zu schlecht, um ein solches Projekt finanzieren zu können, die Abonnenten zahlten höchst saumselig und andere Finanzquellen gab es nicht. Wer sich über Streiks, Boykotts und andere Ereignisse aus der Bäckerbewegung informieren wollte, konnte das auch zuverlässiger über die täglich erscheinende "La Protesta" tun.[13] Ohnehin gab es unter den eingewanderten Arbeitern, die das Gros der Bäcker stellten, nur wenige, die lesen und schreiben konnten, so daß andere Formen der Propaganda entwickelt wurden, die sich von der Schriftform lösten: "Konferenzen" im Freien, die aus artistischen und künstlerischen Darbietungen bestanden, Kundgebungen in Parks, an Straßenecken und vor allem die berühmten Picknicks der "Protesta", die eine Mischung aus allem darstellten: Familienfest und Volksfest, Demonstration, Jahrmarkt, politische und Unterhaltungsveranstaltung.
Die Sociedades finanzierten sich mehr schlecht als recht aus den Beiträgen ihrer Mitglieder, durch Spenden und freiwillige Arbeit. Die Beiträge waren stets sehr niedrig, so daß Kollekten an der Tagesordnung waren, z.B. um die Familie eines verhafteten Kollegen zu unterstützen oder um die Herausgabe des "Obrero Panadero" sicherzustellen. Alle drei Monate hielten die Sociedades eine Mitgliederversammlung ab, der Sekretär mußte einen Bericht geben und anschließend seine Funktion zur Verfügung stellen.

Streiks und Kampfmaßnahmen

Die ersten Streiks hatten rein demonstrativen Charakter und griffen die naheliegensten Probleme auf: Essen, Lohn, Arbeitszeit. Die Entscheidung über den Arbeitskampf fiel auf einer öffentlichen Versammlung der Bäcker, zu der Organisierte wie Nicht-Organisierte Zutritt hatten. War der Forderungskatalog einmal beschlossen, wurde er den patrones brieflich mitgeteilt, kam die Antwort nicht in der gesetzten Frist oder gefiel sie den Bäckern nicht, so rief man eine weitere Versammlung ein, auf der dann der Streik beschlossen wurde. Während des Streiks selbst gab es tägliche Versammlungen, um die Bäcker auf dem Laufenden zu halten und notwendige Entscheidungen treffen zu können. Mit Flugblättern und Artikeln in der Presse, vor allem natürlich in "La Protesta", versuchte man, die öffentliche Meinung zu gewinnen. Boykotts (Aufrufe, die Produkte bestimmter Bäckereien nicht zu kaufen) gab es in den Anfangsjahren kaum, die Polizei machte jede öffentliche Propaganda für einen Boykott unmöglich.

AÑO 1° BUENOS AIRES, 16 de SETIEMBRE de 1894. NÚM. 1

EL OBRERO PANADERO

Organo de la Sociedad Cosmopolita de Resistencia y colocacion de Obreros Panaderos

BUENOS AIRES
LA UNION ES LA FUERZA

SALE CADA QUINCE DIAS

"Lo giorno se n' andava, e l'aer bruno
Tagleva gli animai, che sono in terra.
Dalle fatiche loro; ed io sol uno.
(Canto II Inferno.) DANTE ALIGHIERI.

Suscricion por trimestre pesos 0.50
(Adelantada)

Administracion: Calle Cuyo 1327, BUENOS AIRES
UNION TELEFÓNICA 8182

SUSCRICION PERMANENTE VOLUNTARIA
Se publicará escritos de intereses económicos para la clase trabajadora, sea cual fuera el idioma en que esten redactados.

Nuestros propósitos

Obreros manuales desde los primeros años de nuestra vida, no tenemos la ilustracion suficiente para llamarnos periodistas.

El periódico que lanzamos á la publicidad será la eco de nuestras necesidades, de nuestros sufrimientos, y lejos de él todos aquellos que quisieran encontrar escritos en forma castiza y puro castellano.

Como sabremos y como nos será posible demostraremos las injusticias de que somos víctimas, el derecho que asiste nuestros reclamos y la razon que motiva nuestros pedidos.

Si nos privamos del descanso tan necesario al hijo del trabajo, para dedicarnos á esta publicacion es para sostener nuestros derechos y los de todos los trabajadores. Es para ellos, y para nosotros que escribimos, y por lo tanto nuestro lenguaje popular y sencillo será bien comprendido.

Y EL OBRERO PANADERO no será solo el órgano de esa clase de trabajadores, si no de los trabajadores todos.

Daremos pues publicidad á todos los escritos de interés para la clase trabajadora, sea cual fuera el idioma en que estén redactados.

Y nuestras columnas aceptarán con gusto todas aquellas observaciones que los dueños de panaderia estimaran conveniente hacer en contra de nuestra propaganda para la abolicion del trabajo nocturno.

Solo las cuestiones personales y las polémicas triviales é inútiles no tendrán cabida en nuestro periódico, pues todos los sacrificios que nos cuesta queremos sean dedicados esclusivamente al bien comun y no á la satisfaccion de ambiciones ó rencillas mesquinas.

Estos, en pocas palabras, son los propósitos que nos animan y que nos hacen esperar en la ayuda y en el apoyo de todos nuestros compañeros de trabajo y de todos los hombres de corazon.

Lavantamos la bandera de la redencion humana y de la dignidad del obrero pisoteada por los poderosos que viven con el producto de nuestro trabajo y estamos seguros que nuestra voz tendrá eco simpático en el ánimo de todos aquellos que, como nosotros, sufren las tristes consecuencias de la explotacion del hombre por el hombre.

A la prensa en general, y á la obrera en particular nuestro fraternal saludo, y nuestros votos de prosperidad.

La Comision de Redaccion.

Operai panattieri

A questiora avrete gia ricevuto la circolare che la *commissione speciale* di propaganda per l'abolizione del lavoro notturno, credette bene diramare a tutti voi per renderti edotti dei lavori che si va ad iniziare per propugnare l'abolizione suddetta.

Dalla lettura di essa avrete, e è a sperare che tutti avrete ben compreso l'assoluta necessitá di unirci fortemente per giungere al conseguimento d'un tale diritto.

Certamente vi saranno delle difficoltá da superare e molti pregiudizi da vincere, ma le ragioni che militano in nostro favore, e sopratutto il diritto che nessuno puó negarci, potranno facilmente prevalere e sugli assurdi pregiudizi e sulle deboli difficoltá che potranno paracisi innanzi.

Operai Panattieri.

Ricordatevi che l'unione é forza, e che con essa possiamo fin d'ora contare col trionfo della nostra causa. Ad animarvi a questa unione, valga il pensiero, d'essere noi considerati dal pubblico in generale e dai *padroni* in particolare specie *d'uomini bruti* condannati ad un rude lavoro, eseguito in locali insalubri ed in ore per tutt'altri destinate al riposo.

Valga il pensiero di essere il panattiere, fra la grande famiglia Operaia di tutto il mondo, quello che maggiore diritto dovrebbe avere alla considerazione dell'umana societá, poichè anche quello che adempie con maggiore somma di sacrifizi e di abnegazione i suoi obblighi verso di essa.

Infatti, chi piu infelice e poco considerato, di quest'*operaio della notte* condannato a trascinare l'esistenza in condizioni tanto anormali? A cui sono negate molte soddisfazioni tanto morali che materiali; obbligato dalla tirannia d'una consuetudine altrettanto ingiustificata, quanto innecessaria a servirsi del giorno per la notte e viceversa. Costretto per tal modo a rinunciare a molti di quei legittimi godimenti domestici che sono la gioia piu pura e serena della famiglia.

Operai Panattieri!

Non comprendete che se noi soffriamo queste miserie fisiche queste sofferenze morali é sopportiamo il giogo del lavoro notturno e unicamente per colpa nostra; perché fra noi non c'é unione, non v'é affetto, non c'é sentimento fraterno. Che se tali virtú trovassero posto nei nostri cuori, noi potressimo giungere senza difficoltá al trionfo agognato dell'idea nostra *abolire il lavoro notturno.*

A che dunque star tanto neghittosi innanzi all'ingiustizia d'essere noi messi al disotto del livello degli animali piú vili della terra, che allo sparir dall'astro della vita, ed al venir delle tenebre tutti si riconcentrano nei loro covi, per passarvi la notte fatta espressamente pel riposo, mentre solo, solo per noi deve incominciare il lavoro.

Operai Panattieri.

Scuotiamoci dunque dal letargo vergognoso in cui viviamo assopiti, e togliamoci dall'avvilimento in cui ci mantiene la mostruosa abitudine del lavoro notturno, ed innalziamoci all'altezza della dignitá che ad ogni uomo aspetta.

Tali giuste considerazioni dovrebbero, anzi davono invogliare gli operai panattieri ritrosi a correre ad inscriversi nella Societá giacche, come ben dice la su'lodata circolare senza la unione é assolutamente impossibile il conseguimento d'ogni diritto.

Operai panatieri di ogni nazionalitá correte premurosi ad unirvi a noi e vedrete come presto ci troveremo in grado di liberarci del *giogo del lavoro notturno*, che oltre essere dannoso al nostro organismo fisico é lesivo dei nostri diritti d'uomini.

Operai Panattieri.

Tra noi non vi deve essere distinzioni e divisione di francesi, argentini, italiani e spagnoli, ecc.

Noi dobbiamo essere come siamo operai panattieri che uniti fraternamente ad un solo fine cosmopolita, muoviamo alla conquista d'un sacro nostro diritto, che, nessuna autoritá possa mai disconoscerci.

G. B. Mazzole.

Der erste Streik in der Geschichte der Bäckerbewegung, ein zehntägiger Generalstreik in der argentinischen Hauptstadt, begann am 30. Januar 1888. Die Bäcker verlangten Essen im Gegenwert von 60 centavos am Tag, dazu täglich ein Kilo Brot, wöchentliche Lohnzahlungen und eine Lohnerhöhung von 30 Prozent. Sehr zur Überraschung der Arbeiter wurde die Lohnerhöhung in vielen Betrieben bewilligt. Freilich war die Sociedad zu schwach, um das Erreichte zu halten und nach kurzer Zeit war man wieder bei den alten Löhnen angelangt.[14] Das führte zu einer heftigen Auseinandersetzung unter den Bäckern darüber, ob Lohnerhöhungen überhaupt einen Sinn hätten; viele meinten, höhere Löhne würden nur die Preise nach oben treiben. Im Februar 1890 stellten die Bäcker von Buenos Aires neue Forderungen: eine bescheidene Lohnerhöhung und ein tägliches Essensgeld von 80 centavos. Die patrones warfen aus jeder Backstube einen Mann auf die Straße und damit war die Bewegung auch schon vorüber.[15]

Wegen der großen Zahl von Arbeitslosen in Buenos Aires rührte sich die Sociedad lange Zeit nicht mehr; erst 1894, als der Stadtverordnete Eduardo Pittaluga, ein Arzt mit sozialen Ambitionen, öffentlich vorschlug, die Nachtarbeit in den Bäckereien per Gesetz zu verbieten, vernahm man auch wieder die Stimme der Sociedad. Sie wandte sich an bekannte Ärzte in Buenos Aires, forderte sie auf, in Gutachten die Schädlichkeit der Nachtarbeit herauszustellen, organisierte Kundgebungen zur Unterstützung von Pittaluga, der sein Projekt aber rasch wieder zurückzog, *"da die Umsetzung nicht möglich ist, solange man nicht gewisse Schwierigkeiten überwindet, die zu einem Fehlschlag führen könnten"*.[16] Von Pittaluga hörte man anschließend nichts mehr und die Sociedad hatte ihre erste Erfahrung mit der Glaubwürdigkeit bürgerlicher Politiker gemacht. Daß sie anschließend einen Streik für das Verbot der Nachtarbeit erklärte, wurde von den patrones nicht ernst genommen. Zwar war die anfängliche Begeisterung unter den Bäckern groß, aber das Strohfeuer war auch rasch vorüber. Es gab Bäcker, die tagsüber zur Streikversammlung und nachts zur Arbeit gingen. Nach kurzer Zeit brach der Streik zusammen, in Buenos Aires ebenso wie in Rosario und La Plata.[17]

Der Fehlschlag des Streiks führte zu einem Meinungsumschwung unter den organisierten Bäckern. Im November 1895 gab es zum ersten Mal so etwas wie eine Diskussion über die Ziele, die man verfolgen, und die Wege, die dabei eingeschlagen werden sollten. Verschiedene Projekte wurden der Mitgliedschaft zur Entscheidung vorgelegt: darunter die Forderung nach einem freien Sonntag, nach einem freien Tag alle zwei Wochen, nach dem Verbot der Nachtarbeit, einer Lohnerhöhung um 30 Prozent und schließlich der Vorschlag, ein ganz neues Lohnsystem einzuführen, die sogenannte "tasación de harina", wörtlich "Schätzung des Mehls". Der Lohn sollte sich nach der Quantität und Qualität des verarbeiteten Mehls richten. Bei Brot erster Qualität sollte der patrón 6 pesos pro Kilo Mehl, bei Brot minderer Qualität 4 pesos pro Kilo Mehl an jeden Mann der Backstubenkolonne zahlen. In jeder Kolonne sollte nicht mehr als ein bestimmtes Quantum Mehl verarbeitet werden dürfen. Die Mitglieder konnten sich freilich nicht über den Forderungskatalog einigen - alles war gleich wichtig, der Lohn war zu niedrig, die Arbeit zu schwer, wo sollte man anfangen? Zumindest in einem Punkt aber herrschte Einigkeit: Einen isolierten Streik der Bäcker wollte man diesmal vermeiden. Man strebte eine Übereinkunft mit den übrigen Sociedades de Resistencia von Buenos Aires

an und wollte sie bewegen, sich an einem 24-stündigen Generalstreik zur Unterstützung der Bäcker zu beteiligen. Am 2. März 1898 kamen auch tatsächlich alle Sociedades de Resistencia aus Buenos Aires zusammen, alle erklärten lebhafte Sympathie für die Bäcker, aber niemand wollte so weit gehen, einen Generalstreik mitzumachen, um so weniger, als die Bäcker nicht genau sagen konnten, welches Ziel durchgesetzt werden sollte. Was nun zu tun war, wußte niemand so recht bei der Sociedad de Resistencia Obreros Panaderos, also hüllte man sich in Schweigen und wartete ab, was geschehen würde. In einigen Vierteln von Buenos Aires wurde gestreikt, die Teilstreiks zogen sich über mehrere Monate hin, bis sich am 23. August einige Bäcker zusammenfanden, ohne daß man wüßte, wer die Initiative ergriff, und den sofortigen Generalstreik für eine 15 prozentige Lohnerhöhung proklamierten. Die Sociedad könne sich anschließen oder nicht, ganz wie es ihr beliebe, aber stattfinden werde der Streik auf jeden Fall. Nach einer Bedenkzeit von drei Tagen rang sich die Sociedad dazu durch, den Streik zu unterstützen, der alles andere als ein Generalstreik war und sich hauptsächlich im Vorort La Boca abspielte. Bis zum Ende des Monats hatten 168 patrones die Bedingungen akzeptiert - zum Schein, wie die Aussperrung Anfang September zeigte. Die Bäcker waren nicht in der Lage, sich der Aussperrung in Buenos Aires zu widersetzen, die organisierten Bäcker wurden auf die Straße gesetzt, die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich rapide und die Bewegung der Bäcker demoralisierte.[18]

Die partrones nutzten die Situation, wo es nur ging. Hier wurde der tägliche peso für das Essen gestrichen, dort das Personal in der Backstube reduziert oder die Arbeit vermehrt. Die Löhne sanken so weit nach unten, daß ein Bäcker in Buenos Aires nicht mehr als 20 bis 25 pesos im Monat verdiente.[19]

Die Auflösung der Sociedad war beinahe unvermeidlich. Als man auch noch einige Mitglieder ausschließen mußte, die einen schnellen Griff in die Kasse getan hatten, als die Gerüchte und Anschuldigungen wechselseitiger Art nicht verstummen wollten, hörte die Sociedad auf zu existieren.[20]

Erst im April und Mai 1901 begann der Wiederaufbau, ganz von unten auf, mit Versammlungen in den verschiedenen Vierteln von Buenos Aires, mit der Verteilung von Flugblättern, der Agitation in den Backstuben. Der Wiederaufbau war Angelegenheit eines kleinen Kreises anarchistischer Bäcker, beeinflußt durch "La Protesta Humana"; die Mehrheit der Bäcker interessierte sich nicht sonderlich dafür. Eine Organisation hatte für sie nur Wert als Vehikel der Aktion, eine längere Periode des Organisationsaufbaus durchzustehen waren sie nicht bereit. Mitten im argentinischen Winter, im Juni 1901, erhoben die Bäcker von Buenos Aires erneut ihre Forderungen: ein Mann mehr in die Backstubenkolonne, ein wöchentlicher Ruhetag. Ohne viel Federlesens beschloß man gleich den Streik, der am 9. Juni begann. Der Streikaufruf fand ein sehr gemischtes Echo, aber durch die erst vor kurzem ins Leben gerufenen "fliegenden Kommissionen" und ihre "schlagkräftigen" Argumente dehnte sich die Basis des Streiks rasch aus. Seit dem Morgen des 11. Juni wurde der Sitz der Sociedad belagert - von patrones, die mit der Sociedad Verträge abschließen wollten. Sie verpflichteten sich, bei großem Arbeitsanfall einen Mann mehr in der Backstubenkolonne anzustellen und täglich einen peso Essensgeld zu zahlen. In Mendoza, San Nicolas, San Martin, in La Plata, San

Año II. Buenos Aires, 9 Junio 1900 N. 25

EL OBRERO PANADERO

PERIODICO DEFENSOR DEL GREMIO

El que es pobre es esclavo; la libertad se conquista con la rebelión. ♦ La unión es la fuerza ♦ El hombre aislado es el animal más débil del universo.

Suscripción por cada 6 núm. pesos 0,50 ADELANTADO
Número suelto precio voluntario

DIRECCION Y ADMINISTRACION
FRANCISCO BERRI, Calle Chile 2274

APARECE CUANDO PUEDE

CONMEMORACIÒN DEL ANIVERSARIO

Suspensión del trabajo

ENTUSIASMO GENERAL

Parece que los socios de la "Sociedad de Obreros Panaderos" hayanse decididos dar un paso adelante en el camino de la emancipación, esto nos lo demostró la reunion tenida por los socios el dia 27 del mes último en la cual aprobaron por gran mayoría que: *Los obreros panaderos todos, deben abstenerse de ir al trabajo el 5 de Agosto dia que se conmemorará el 13° aniversario de la fundación de nuestra sociedad.*

Felicitamos à tan entusiastas compañeros que han sabido deshacerse de todo perjuicio y que según parece estan dispuestos á luchar, sin mirar los sacrificios, para que los laureles del triunfo coronen los esfuerzos de sus aspiraciones, que consisten en arrancar á los patrones sobre 365 dias de trabajo *uno* de libertad.

Adelante compañeros, nosotros y todos los que anhelamos al bienestar para todos, no os dejaremos faltar el apoyo moral y material hasta donde nos permitirán nuestras fuerzas.

Es poco, lo sabemos, exigir un dia en el año; pero, esto es para principiar, una vez arrancado ese dia á los patrones por medio de nuestra union y nuestra fuerza, entonces otras mejoras conseguiremos, porque habremos comprendido que somos nosotros los fuertes y demostraremos al pueblo Argentino y al mundo entero que existe en esta capital una sociedad de *resistencia* de obreros panaderos, dispuesta á luchar por el bienestar del gremio y de todos los obreros en general.

—

No faltarán seguramente en este movimiento, como en todos, los opositores de oficio, los timidos, los ineptos, los cobardes, los que por interés propio, o por mandato de otros, vendràn en nuestras reuniones con el solo propósito de meter cizaña y sembrar la discordia entre nosotros, á fin de favorecer à los patrones; pero los obreros todos, harán caso omiso de las charlatanerias de estos individuos y abandonandolos en su falso ambiente á donde desaparecerán, continuarán la lucha emprendida porqué comprenderán que ese paso reportaría más adelante grandes beneficios al gremio.

Y ahora creemos oportuno repetir las palabras de Dante Crippa

"Con todo eso creo que ninguno de nosotros querrà privarse de un dia en todo el año de justo y merecido descanso. Unidos y compactos llegaremos á arrancar á nuestros patrones, ese dia, libre en toda la extensión de la palabra".

"Aquel que falte al pacto de fraternidad, es un traidor de sus propios compañeros y debe ser señalado á dedo".

Nosotros de acuerdo con lo expuesto por Dante Crippa decimos más: *Todos aquellos que faltan al pacto o traicionan á sus compañeros, si es socio debe ser expulsado de la sociedad por ser traidor á lo deliberado por los socios y si no lo es, debe ser aborrecido y despreciado por todo el gremio.*

Nosotros nos comprometemos publicar los nombres de todos estos que intentasen traicionar nuestra causa, para que todos los conozcamos y que tarde ò temprano reciban el premio de su infame obra.

EL OBRERO PANADERO.

NOTA.—Recomendamos á todos los obreros panaderos, no falte ninguno á la rennión del Domingo en la cual se discutirá en propósito. También suplicamos encarecidamente, á los compañeros que reciben manifiestos de invitación hacerlos circular en las panaderías y en todos los parajes adonde se reunen obreros panaderos, para que concurran à la reunión y resulte imponente.

¡Obreros Panaderos!

Nadies debe faltar à la reunión que tendrá lugar el

DOMINGO 10 DE JUNIO

A LAS 9 DE LA MAÑANA

en nuestro local social, RINCON 369.
Se discutirà el tema siguiente:

Modo de suspender el trabajo en el día del aniversario.

Será libre la entrada y la discusión para todos SOCIOS Y NO SOCIOS.
¡À la reunión del Domingo, pues!

EN BUEN CAMINO

—o—

Á los compañeros de Tucuman

Digna es de aplauso la actividad y energia desplegada por nuestros compañeros de Tucuman, los obreros panaderos, en la organización de su sociedad de resistencia; ya cuentan con un número bastante considerable de adherentes y los que todavia no se asocianon se apresurarán en hacerlo, teniendo en cuenta que *la unión es la fuerza*, y con ella demostrar una buena vez á los patrones quienes somos y lo que queremos.

Los obreros panaderos de Tucuman supieron buscarse la simpatia de todos los demás obreros en general, porque, supieron dar el ejemplo y que seguro será imitado por todos los obreros panaderos de todas las capitales de provincias y pueblos de importancia de la Republica Argentina en donde no existen sociedades de resistencia y que en breve se organizarán, formando de ese modo la tan deseada « *Federacion Regional Argentina* » del gremio de panaderos, la cual dará sin duda alguna buenos y proficuos resultados.

Una cosa solo lamentamos sensiblemente, y es que existen en Tucuman algunos maestros de pala que siguiendo el régimen antiguo, cometen abusos sobre los demás compañeros, por el solo hecho de que esos maestros se consideran superiores á los que en la cuadra ocupan plazas bajas.

Creemos útil recordar á dichos maestros, que los trabajadores como hombres tienen los mismos derechos y tanto es digno de respeto un maestro como un maquinero ú otro, y mucho más si se tiene en cuenta que un maquinero hoy, puede ser un maestro mañana, y viceversa.

Segun comunicaciones particulares, se nos comunica que algunos de ellos abusando de la confianza que les concede el burgues, hacen deshacer á su antojo, poco importa dañar á sus compañeros de trabajo con tal de hacer un beneficio à los intereses del patron.

Este modo de proceder, compañeros de Tucuman, nos perjudica á todos los obreros, crea odios, antagonismos entre unos y otros, la desunion y el desastre; estas desavenencias deben desaparecer y fomentan en cambio la unión y la solidaridad. Hay que desengañarse, los patrones aparentan que nos quieren mucho, hasta que pueden chuparnos el sudor; pero si un dia nos enfermamos, o nos descuidamos en el trabajo, nos ponen de patitas á la calle sin ninguna consideración.

Obreros panaderos de Tucuman:

A un lado los patrones, y á otro los obreros; à un lado los que con nuestra sudor levantan casas y palacios, y á otro los que con el sueldo que nos dan no alcanza para dar de comer a nuestras familias. Unamonos todos, no solamente los de Tucuman si todos los obreros panaderos de Sud-America, constituyendo de veras como hemos dicho la *Gran Federación de Obreros Panaderos.*

Por lo pronto recomendamos su pronta adhesión à las sociedades ya unidas en este propósito, cuya sección central es la sociedad de Buenos Aires à la cual están adheridas las sociedades de La Plata, Rosario,

Año II. Buenos Aires, Agosto 4 de 1900. N. 27

El Obrero Panadero

Isidro, Quilmes und Villa Catalina setzten die Bäcker ähnliche Forderungen durch.[21] In Buenos Aires schlossen sich die Brotausträger der Bewegung an, sie verlangten eine Lohnerhöhung von 5 pesos in der Woche und ein striktes Verbot für Brotausträger, in der Backstube zu arbeiten. Innerhalb weniger Tage wurde das Brot in der Hauptstadt knapp. Eine außerordentliche Bäckerversammlung am 18. Juni setzte den Streikbrechern ein Ultimatum: binnen fünf Tagen sollten sie die Arbeit niederlegen. Da die "carneros", die Streikbrecher, der Warnung kein Gehör schenkten, sah man in der letzten Juniwoche, wie maskierte Gruppen etliche Bäckereien überfielen, in denen noch gearbeitet wurde, und das Backstubenpersonal verprügelten. Auch auf den Straßen und in den Kneipen waren die Streikbrecher nicht mehr sicher. Ende Juni, als schon drei Viertel aller Bäckereien die Bedingungen der Sociedad

EL OBRERO

PERIODICO DEFENSOR DE LOS TRABAJADORES

Suscripción por cada 6 núm. pesos 0,50 ADELANTADO
Número suelto precio voluntario

DIRECCION Y ADMINISTRACION
FRANCISCO BERRI, Calle Chile 2274

APARECE CUANDO PUEDE

LA HUELGA DE LOS OBREROS PANADEROS

La huelga general

La desenfrenada explotación de que venian siendo victimas los obreros panaderos de Buenos Aires, hizo que estos

guiente se mandarian las cuadrillas á los patrones que las soliciten y que acepten las condiciones que se le impongan.

Se acuerda por unanimidad que todas

bien poco escaseaba en esos dias y esto prueba que los traidores que tenemos son muchos y que tarde ó temprano saldrán á luz recibiendo el merecido de su infame

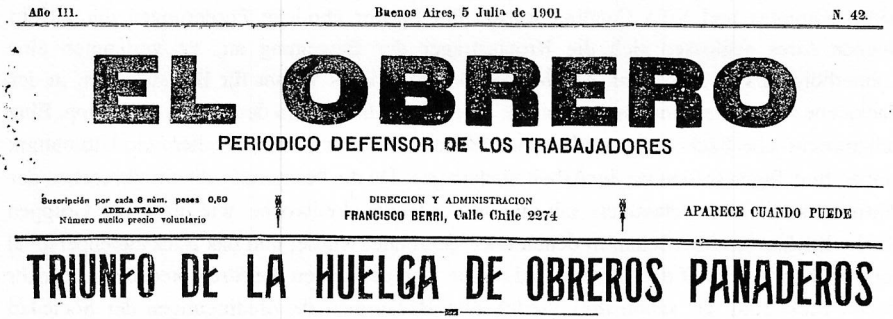
Aceptaron estas condiciones los dueños de las panaderias siguientes:

La Moderna, 1ª Resolución, 2ª Resolución, Vesuvio (calle Boedo), Los Molinos,

anerkannt hatten, verhängte die Provinzialregierung das Kriegsrecht über die Hauptstadt und erklärte den Belagerungszustand. Die Sociedad hatte keine andere Wahl, als der Gewalt zu weichen und den Streik für beendet zu erklären.[22] Dennoch hatten die Bäcker einen vollen Erfolg erreicht. In der Mehrzahl der Bäckereien von Buenos Aires hatten sie ihre Bedingungen durchgesetzt und außerdem Lohnerhöhungen bis zu 15 pesos im Monat erreicht. In den Provinzen, wo sich die Streiks bis zum August hinzogen, wurden ähnliche Forderungen durchgesetzt.[23]

Allerdings waren nicht alle Bäcker, die sich am Streik beteiligt hatten, wieder eingestellt worden. Auf ihren Druck hin berief die Sociedad eine Versammlung für den 26. September ein, um zu beraten, wie man die Kollegen wieder in die Backstuben bringen konnte. Die Versammlung war schlecht besucht, was die Teilnehmer freilich nicht hinderte, einen Generalstreik ins Auge zu fassen, um die Wiedereinstellung der Gemaßregelten zu erzwingen und eine weitere Versammlung für den 29. September anzuberaumen:

"Verschiedene Male wird der viertägige Generalstreik proklamiert. Man diskutiert die Grundlagen des Streiks und kann sich nicht einigen, der eine macht diesen, der nächste jenen Vorschlag, die einen unterstützen dieses, die anderen jenes und man kommt zur Schlußfolgerung, daß die Versammlung geschlossen wird, nachdem der Generalstreik erklärt ist, ohne freilich



Año III. Buenos Aires, 5 Julio de 1901 N. 42.

EL OBRERO

PERIODICO DEFENSOR DE LOS TRABAJADORES

Suscripción por cada 6 núm. pesos 0,50 ADELANTADO Número suelto precio voluntario

DIRECCION Y ADMINISTRACION FRANCISCO BERRI, Calle Chile 2274

APARECE CUANDO PUEDE

TRIUNFO DE LA HUELGA DE OBREROS PANADEROS

La reunión del 23 de Junio

Como era de esperarse, está reunión resultó numerosísima; el espacioso salon «Operai Italiani» quedó reducido para la

sin pedir permiso se metieron en la cuadra repartiendo garrotazos á derecha y á izquierda á todos los traidores que encontraban trabajando.

con tan mala suerte que en ninguna reunión han sabido ponerse de acuerdo.

Están en plena sesión. El salon «Lago di Como» está atestado de patrones. El

brando como *arbitro* al jefe de policia' todos saben que se fué en humo.

2ª Tentativa — Reusarse en abonar á los cobradores los 30 cts. de los obreros;

genau zu wissen, welche Forderung den patrones gestellt wird (...) Man verbringt den ganzen Tag im Streikzustand, ohne zu wissen warum."[24]

Der Streik war alles andere als allgemein und diesmal zeigten sich die patrones hartnäckig und unnachgiebig. Sie wußten, daß sie es nur mit einer kleinen Gruppe zu tun haben würden und nahmen sich die Sociedad (die im übrigen ein gespaltenes Verhältnis zum Streik hatte) als Beispiel für ihre Aktionen. Sie schufen einen Anti-Streikfonds und ließen Flugblätter in den Straßen von Buenos Aires verteilen. Die Bewegung verlief schließlich im Sande, am 2. Oktober standen nur noch einige Kolonnen in La Boca und Belgrano im Streik. Die Auseinandersetzungen über den Fehlschlag führten zur Spaltung der Sociedad. Die alte Sektion Buenos Aires-Ost machte sich unabhängig und im Norden der Stadt entstand ein Centro de Panaderos del Norte (Zentrum der Bäcker des Nordens), das Gewalt als politischen Faktor entschieden zurückwies: *"Der gemäßigte Sozialismus ist dazu aufgerufen, durch wohlerwogene Mittel das Wohl der Arbeiterklasse zu erreichen."*[25]

Am 13. Oktober wurde im Teatro Libertad ein Centro di Operai Panattieri Italiani (Zentrum italienischer Bäckereiarbeiter) gegründet, dem nur Italiener beitreten konnten. Es gab schließlich vier Gewerkschaften der Bäcker in Buenos Aires, die sich mehr untereinander bekriegten als die Auseinandersetzungen mit den patrones zu führen. Die Mitglieder der einen Gewerkschaft wollten mit denen der anderen nicht in der gleichen Backstube arbeiten, die einen versuchten, den anderen den Teig zu verderben, man schlug sich in den Backstuben und Versammlungslokalen der Bäcker. Natürlich zögerten die patrones nicht, sich die Situation zu Nutze zu machen, die Löhne fielen um 5 bis 15 pesos im Monat.[26]

Solch unerquickliche Zustände gab es allerdings nur in Buenos Aires. In der Provinz gab es keine Spaltung. Die Bäcker von Córdoba z.B. erstritten eine tasación de harina von 150 Kilo und ein Essen, das aus einem Pfund Fleisch und einem halben Liter Wein am Tag bestehen mußte. In vielen Bäckereien Córdobas wurden nur organisierte Bäcker beschäftigt. In Santa Fé hatten sich die Bäcker drei freie Tage im Jahr gesichert: den 1. Mai, den 1. Januar und den Gründungstag der Sociedad. In 25 de Mayo war sogar die Nachtarbeit abgeschafft.[27]

Währenddessen kam die Reorganisation in Buenos Aires nur sehr langsam voran. Die

Versammlungen zwischen den verschiedenen Gruppen fruchteten nichts - alle klagten über den miserablen Zustand der Bewegung, aber jeder versuchte, die Schuld dem anderen in die Schuhe zu schieben. Erst im Februar 1902 konnte, auf Initiative von Francisco Berri, ein Gegenseitigkeitsvertrag zwischen der Sociedad und den drei übrigen Gewerkschaften abgeschlossen werden. Mit seiner Auffassung, es gelte zuerst die Organisation auszubauen, blieb Berri freilich allein auf weiter Flur.[28] Mit der ersten schüchternen Annäherung zwischen den Gewerkschaften begann auch sogleich die Vorbereitung für eine neue Lohnbewegung. Eine Bäckerversammlung am 20. Juli 1902 legte den Forderungskatalog fest: tasación de harina von 70 Kilo, ein freier Tag pro Monat, freier Zutritt zu den Backstuben für den Kassierer der Sociedad und ein tägliches Essensgeld von 1,20 pesos. Der Streik hatte noch nicht begonnen, als in der Bäckerei "La Princesa" mehrere Bomben explodierten; zwei Bäcker starben. Die Polizei verhaftete Berri und fünf seiner Kollegen, mußte sie aber ein Jahr später wieder frei lassen, nachdem alle Versuche, sie für das Attentat verantwortlich zu machen, gescheitert waren. Das Attentat produzierte nicht den gewünschten Effekt, die Bäcker ließen sich nicht provozieren. Ganz anders als 1901 verlief die Bewegung ohne gewaltsame Zusammenstöße. Die Streikenden versammelten sich in ihren Versammlungslokalen, spielten Karten oder, auf der Straße, Fußball und warteten auf das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Sociedad und patrones, die der Polizeichef von Buenos Aires vermittelt hatte. Derselbe Polizeichef hatte freilich auch die Streikbrecher bewaffnet und 800 Angestellte der Stadt als Streikbrecher abkommandiert. Sie fabrizierten ein schlechtes Brot, aber die Hauptsache war: Es gab Brot. Auch wenn 50 patrones gleich zu Anfang des Streiks die Forderungen bewilligten, auch wenn die Gewerkschaften des Litoral den Streik unterstützten, den Widerstand der Masse der patrones, die sich rundweg weigerten, irgendeinen Kompromiß mit den Streikenden einzu-

Año III — Buenos Aires 21 de Abril 1901 — Núm. 61

El Rebelde

Periódico Anarquista

Dirección: M. REGUERA, Casilla Correo 15 - Buenos Aires

SE PUBLICA POR SUSCRICION VOLUNTARIA—APARECE CUANDO PUEDE

LA PROPIEDAD ES UN ROBO

de un mes y de cada uno de los que vayan transcurriendo: en muchos casos, los edificios no se alquilan á familias *que tengan niños*... Todo esto sin perjuicio de que acontece con frecuencia que un solicitante camina de la Ceca á la Meca en busca del propietario ó encargado de arrendar, y no le encuentra, perdiendo dos ó tres dias para después hacérsele saber que la casa está yá alquilada.

Y hacemos aquí caso omiso de lo incómoda que es la vida en Buenos-Aires para la gente que vive apartada del centro, pues no hay un solo barrio, á no ser cen-

de sacerdotes, frailes, monjas y sacristanes: es la ciudad más levítica de la tierra argentina: La Plata, construida sin otro objeto que instalar en ella el gobierno de la provincia de Buenos Aires, plagada de empleados y que no produce en absoluto nada, pudiéndose calcular así cuál será la moralidad que impere en una ciudad bastante grande como esa, sin más elementos de convivencia que los sueldos, los honorarios de la gente *de bien* y lo demás que se puede *pescar*: El Rosario, ciudad comercial, con un puerto en proyecto que ha de tener, andando el tiempo, considerable im-

Año I. Buenos Aires, Noviembre II de 1898 Núm. I.

EL REBELDE

DIRECCIÒN:
J. MAYORKA
SAAVEDRA 517 - Bs. Aires

PERIÓDICO ANARQUISTA

LA PROPIEDAD ES UN ROBO

SE PUBLICA POR SUSCRICION VOLUNTARIA | APARECE CUANDO PUEDE

CONFERENCIA

Hoy II de Noviembre, en conmemoración de los mártires de Chicago, el grupo «La Luz», ha organizado una conferencia en el local de la Sociedad de Obreros Panaderos, calle Rincon núm. 369.

Desarrollará el tema «Los Mártires de Chicago» el compañero Santiago Locascio.

Se recomienda puntual asistencia á los obreros en general.

Un saludo

El Rebelde, en su aparición saluda á la prensa libertaria y á todos los hombres que luchan por la emancipación de la humanidad.

Dos palabras

Al aparecer la presente hoja, sus colaboradores se proponen exclusivamente á propagar con todo ahinco los nuevos y nobles ideales del *Comunismo-Anárquico*.

Esta es la aspiración verdadera que nos proponemos llevar á cabo y para ello confiamos con el apoyo intelectual y material de los compañeros y de todos los amantes del progreso y de la libertad.

La lucha es la vida, y en pos de esta lucha corremos con vertiginoso vuelo, arrastrando tras de nosotros moléculas desprendidas de la gran masa humana para unirse á la masa consciente de luchadores, que será la que en un día no lejano derrumbará este carcomido edificio social, para reedificar sobre cimientos sólidos el edificio común.

Luchemos, é incitemos á la lucha á los oprimidos de la tierra.

La Redacción.

VELADA

Mañana 12 de Noviembre tendrá lugar en el teatro Iris de la Boca, una interesante velada organizada por el grupo «Pro-hijos Polinice Mattei».

Se representará «La Hija de Jefete» y Proximus Tuus.

Declaración de principios Anarquistas

La propaganda *libertaria* en Buenos Aires atraviesa en esta época por un período de transformaciones; que, alejándose de la lucha eficaz y práctica, sus miembros se disponen, exclusivamente, á una lucha esteril y por demás absurda.

La organización, resto aún de prejuicios que los individuos en la evolución que efectúan llevan tras de sí como un engranaje de los tantos que sirven para sostener la sociedad burguesa, ha encontrado desgraciadamente eco en los cerebros *anarquistas*, que empujados por este prejuicio hanse propuesto efectuar la revolución del mañana, organizando á las masas y llevarlas al son de clarines y tambores.

Organización contraproducente en todas sus partes con el significado *anarquista*, debe forzosamente perjudicar su marcha, puesto que hoy por boca mismo de sus miembros se viene condenando los hechos individuales, en su mayor parte, negando la *responsabilidad* que tiene en estos hechos la propaganda revolucionaria que se ha efectuado y se efectua, negando igualmente al individuo, que comete el hecho, de haber obrado en beneficio de los oprimidos por la sociedad burguesa y hasta se llega ha tratarles de alucinados, etc., como si no bastase la condena de la burguesía y del inconsciente que también los *anarquistas* deben estigmatizar á los que se erijen en víctimas de este órden de cosas, para demostrar al obrero, que la violencia se impone, cuando por la violencia se nos arrebata nuestro bienestar y se nos oprime.

No solamente lo expuesto es efecto de la organización, sino que ésta acarrea otros males que redundan en perjuicio del progreso de los ideales que sustentamos, y es: la transacción vergonzosa que diariamente se efectúa, haciendo aparecer al *anarquismo* no como un ideal de progreso y completamente opuesto á todos los otros partidos, sino un partido idéntico á los otros, que se asocia con el enemigo cuando el interés colectivo así lo exije (?!).

Estas y otras aberraciones, nos hacen rechazar la organización bajo todos sus aspectos, y aceptar la propaganda *anarquista* tal como nosotros la concebimos, es decir: dejar al individuo libre de obrar como le plazca y sin ligarlo en compromiso de ninguna especie.

***

El individualismo que volviendo de nuevo á una especie de colectivismo *anárquico*, con la conservación del producto del trabajo del individuo y por ende la existencia de la propiedad individual como base de sosten de la sociedad futura, de la conservación de su *yo*, rindiendo de este modo al individuo ajeno de los males de los que le rodean, de la indiferencia que siente éste hacia la sociedad entera, de perseguir solamente la satisfacción propia y de preocuparse poco de la ajena, y de otras sandeces que no son más que tantas aberraciones funestas para el progreso humano, que si bien no encontrará eco entre los *anarquistas* conscientes, sin embargo, no deja de perjudicar la marcha de la propaganda y cansar á los individuos rindiéndolos lascivos hacia el trabajo á efectuar para llegar á la meta de nuestras aspiraciones.

***

Pues esto no es lo que han anhelado los revolucionarios de los tiempos modernos, ni lo que anhelamos nosotros.

Somos *comunistas-anarquistas*, negamos la propiedad individual y la declaramos un robo, queremos que cada cual consuma según sus necesidades y produzca según sus fuerzas, gritamos al individuo: «haz lo que quieras» sin perjudicar el «haz lo que quieras» del vecino.

Como táctica, no aceptamos ninguna organización con programa mínimus ni máximus, es decir, no nos queremos ligar á determinadas líneas de conducta alguna, porque estamos suficientemente convencidos que el individuo debe ser libre de sus facultades, lo que dentro de esa organización con tantos compromisos varios no lo puede ser, rindiéndose, al contrario, en instrumento ciego del movimiento organizado.

Aceptamos los actos individuales de cualquier forma que ellos se presentan y los aceptamos porque son útiles á la propaganda, puesto que despiertan á los cerebros adormecidos haciéndolos meditar en él porque de tales hechos, y mantienen al mismo tiempo intranquilos á nuestros explotadores.

Ante los terribles asesinatos colectivos que ellos cometen, es justo que se levante un rebelde á pedirles cuenta de esos actos. Ante la indiferencia de los dominadores del pueblo hacia la miseria proletaria, se impone la venganza como aliento para los rebeldes.

Estos son nuestros principios verdaderos y los compañeros que quieren seguirnos que lo hagan, los cuales, convencidos cual nosotros de que la única lucha en la sociedad presente que tenemos que sostener, debe ser revolucionaria en toda la extensión de la palabra; toda otra lucha no hará más que prolongar la existencia de este pútrido y carcomido cuerpo social.

Nada de términos medios, paliativos, la humanidad tiene de sobra, entretenernos en conjeturas ante el cuadro miserable que contemplamos, es un crimen, es rendirnos cómplices de las iniquidades dominantes.

Esto es lo que pensamos y esto es lo que nos proponemos.

El Rebelde.

¡VENGANZA!

Recordemos hoy á los que cayeron bajo la *cuchilla* burguesa de Chicago, porque al recordar los martires del ideal ellos nos estimulan á la lucha en este vasto descontierto humano, en esta inmunda sociedad de caines; en donde los individuos desgrázanse mutuamente, con una frialdad que espanta y terrorina.

Y al recordar á las víctimas de la ferocidad burguesa de Norte-America, recordamos también á los de Jerez, á los de Monjuich, á los de Milan y á todos los vencidos por la reacción nefasta.

En Chicago sucumbieron cinco víctimas inocentes, cuyo único delito cometido por ellos, había sido el de profesar ideas anarquistas. ¡Y pensar que en la gran república modelo se pusiese mordaza al pensamiento!

No se condenaron á los ahorcados de Chicago por haber ellos sido los autores de las bombas arrojadas en pleno meting, no, pero sí, se condenaron con el objeto de esterminar á los hombres que libremente piensan.

¡Vana ilusion! La idea germina en todos los cerebros, ella no se arredra por persecuciones ni por condenas más ó menos bárbaras.

Ella sigue su obra impertérrita y fiera, y por doquier deja huellas imborrables, y á despecho de todo y de todos ella domina las grandes inteligencias, despierta al obrero del letargico sueño en que está sumido y lo lanza á la vida activa, á la vida del progreso y del bienestar.

No bastan no; todas las angustias de los gobernantes, todas las repugnantes represalias que ellos llevan á cabo con toda astucia y sangre fria.

Cada injusticia, cada hecho inhumano que los poderosos de la tierra van cometiendo, miles de rebeldes prepárense á la venganza.

Si, porque venganza claman los martires de esta época nefanda, y venganza repetimos nosotros los precursores de grandes advenimientos.

La inocencia de los mártires de Chicago está probada *oficialmente* y la inocencia de aquellos de Jerez y Montjuich la probaremos nosotros el día que la llama de la Revolución redentora abrasa el edificio burgues.

Mientras tanto, y hasta que no se verifique la revolución deseada, al recordar la historia de los mártires de la Anarquía; de nuestro pecho saldrá la eterna exclamación de ira y de venganza!....

¡Dormid el eterno sueño, oh nobles víctimas! Que vuestros sacrificios serán recordados por todos los corazones elevados y vuestra sublime abnegación admirada por los hombres del porvenir.

Palmiro.

Si la ira del pueblo es terrible, la sangre fria del despotismo es atroz.

Mirabeau.

gehen, konnte das nicht brechen. Nach 27 Tagen mußte der Streik abgebrochen werden. Um die Niederlage vollständig zu machen, wiesen die Behörden die Führer der Bäckerbewegung außer Landes: Francisco Berri, den Herausgeber des "Obrero Panadero", und viele andere mehr.[29]

Für die nächsten Jahre sah und hörte man nicht viel von der Bewegung der Bäcker. Hier und da ein paar kleinere Streiks, zu mehr reichte die Kraft nicht. Fast alle Errungenschaften gingen verloren, die meisten Sociedades gingen ein, nur wenige blieben bestehen. Erst 1914, als die Einwanderung und mit ihr der Druck auf den Arbeitsmarkt nachließ, als die Regierung Irigoyen einen neuen politischen Kurs einschlug und die direkte Konfrontation mit der Arbeiterbewegung vermied, bekam auch die Bewegung der Bäcker wieder Oberwasser. In allen Landesteilen rief man zur Wiedergründung von Sociedades, auch die Brotausträger schlossen sich erneut zusammen. Fürs erste blieb die Bewegung friedlich, bis zum Dezember 1916, dem Beginn eines großen Arbeitskampfes, in dem die Bäcker von Anbeginn an auf die Gewalt als entscheidenden Faktor setzten: *"Das Leben eines Menschen, von zehn, von zwanzig Menschen wiegt nichts im großen Konzert der Dinge. Einen Verräter an der Arbeitersache zu ermorden, zugunsten einer gesamten Gemeinschaft, eines ganzen Volkes, hat nichts Verbrecherisches, obwohl das so scheinen mag; es ist menschlich, weil das Menschliche und Gerechte in dem größeren Wohlergehen beruhen und in dem Mehr an Freiheit, das man für dieses Volk erringen kann. Deswegen, Arbeiter der Bäckereien, Brotausträger und Hörnchenbäcker, wendet die gewaltsame Aktion an, die mächtigste Waffe, mit der wir unsere Hoffnungen durchsetzen können."*[30]

Die Umsetzung des Aufrufs ließ nicht auf sich warten. Am 31. Dezember 1916 berichtete "La Protesta", eine irregeleitete Kugel habe den Tod eines Streikbrechers hervorgerufen, der in der calle libertad Brot ausgetragen habe. Das war der Auftakt für eine Unzahl von Schlägereien in den Straßen der Hauptstadt, bei denen die Schaufensterscheiben der Bäckereien zu Dutzenden entzwei gingen; in Avellaneda wurden Brotausträger überfallen und mit Vitriol bespritzt, in Lomás de Zamorra erschlug die Polizei einen Streikenden. Anfang 1917 befanden sich schon 40 Bäcker im Gefängnis. Jeden Tag rechneten die Streikenden mit dem Zusammenbruch des Patronats. Die Streikbrecher erhielten dreifachen Lohn, aber das Brot, das sie herstellten, war außerordentlich schlecht und kaum genießbar. Noch im Januar 1917 solidarisierten sich die übrigen anarchistischen Gewerkschaften von Buenos Aires mit dem Streik der Bäcker und kündigten den Boykott der Bäckereien an, die die Forderungen der Sociedad nicht bewilligen wollten. Die bloße Ankündigung reichte, um die patrones zum Nachgeben zu bewegen. Man legte Löhne fest, die zwischen 45 und 55 centavos in der Stunde betrugen, einen Maximalarbeitstag von 9 Stunden, Mindestlöhne von 90 pesos im Monat für Brotausträger und für alle zusammen einen freien Sonntag.[31]

1919 präsentierte sich die Sociedad de Resistencia Obreros Panaderos von neuem als reale Kraft. In mehr als 30 Städten Argentiniens, sowohl im Litoral als auch in den entfernteren Provinzen, gab es Organisationen. Der 9-Stundentag hatte sich allgemein durchgesetzt, in vielen Ortschaften wurde die Sonntagsruhe eingehalten, das Essen hatte sich beträchtlich verbessert und die tadación de harina ging nicht über 80 Kilo hinaus. Zu Beginn der zwanziger

EL OBRERO PANADERO

ORGANO DE LOS OBREROS PANADEROS DE LA REGION ARGENTINA

S. de R. de O. Panaderos; adherida a la F. O. R. A. y a la A. I. T. (COMITE DE RELACIONES) Dirección y Administración: B. Mitre 3270. — U. T. 6296, Mitre

Fechas recordatorias

De Chicago a Massachussetts

El 1.o de Mayo es un día de recordación y de protesta. Para los trabajadores simboliza esa fecha, no sólo el crimen jurídico de Chicago, sino también todos los crímenes de la ley y todas las violencias del Estado.

Los sucesos desarrollados en el año 1886, durante un mitin en pro de la jornada de ocho horas, en la plaza de Haymarket, en la ciudad de Chicago, señalan el comienzo de una larga serie de agitaciones por la conquista de mejoras inmediatas para el proletariado. El epílogo de la campaña sostenida en Estados Unidos para elevar el nivel material y espiritual de la clase trabajadora, que en el país de "los bravos y los libres" sufría el terrible peso del naciente capitalismo trustificado, puso de manifiesto la brutalidad de los crímenes pregoneros de la democracia.

Correspondeа la historia la reivindicación de los ajusticiados por los sangrientos sucesos del 1.o de Mayo de 1886. Se ha demostrado plenamente que el atentado terrorista de la plaza Haymarket, al finalizarse el mitin en favor de las ocho horas, fué preparado por la policía y ejecutado por agentes provocadores. Pero en el proceso que siguió a aquella trágica farsa, bajo las terribles condiciones creadas por la propaganda de la prensa capitalista — por el ensañamiento de la chusma contra los elementos revolucionarios — no se quiso reconocer la responsabilidad que contraía la justicia al pronunciar su veredicto de muerte contra hombres a quienes no se les podía probar ningún delito.

Si aquel error judicial, producto de un período de guerra insensata contra los anarquistas, posible únicamente por la complicidad de burgueses, jueces y gobernantes dispuestos a epilogar con las horas el movimiento revolucionario de los trabajadores, dió la medida de la hipocresía de la plutocracia norteamericana, el hecho de que sirviera para señalar el incontenible avance del proletariado en el campo social es la demostración más concluyente de la ineficacia del recurso violento empleado por la burguesía para afianzar su dominio de clase. Las horcas no ahogaron la protesta de los pueblos. A Chicago le siguieron otras ciudades en la lucha por la conquista de la jornada de ocho horas. Se repitieron las manifestaciones tumultuosas, los gestos heroicos, las inmolaciones sangrientas en el vientre del Moloch capitalista. Y el mundo siguió su marcha, a pesar de las cárceles y de los patíbulos.

La sanción del crimen no evitó la protesta del mundo contra los sayones de la ley. Si los revolucionarios de 1886 pagaron con la vida el delito de tener ideas, la sentencia de los jueces que levantaron las horcas en Chicago en el año 1887, sirvió de prueba para el proceso moral abierto a Estados Unidos por el proletariado internacional. El 1.o de Mayo quedó consagrado en la historia como un día de recordación y de protesta. Los trabajadores reivindican con un gesto el sacrificio de todos los revolucionarios que cayeron defendiendo la causa sagrada del trabajo, del derecho y de la libertad.

Pero, la burguesía americana [illegible] record de la violencia y el cinismo alcanzado en 1886-87. De ahí que las demostraciones que organiza el proletariado en esta fecha se particularicen en la exteriorización de casos que señalan a Estados Unidos como el país que tiene la prioridad en los procesos inspirados por el odio de clase y el espíritu de venganza. Si la historia reivindica la inocencia de los ajusticiados de Chicago, si el proceso por los sucesos de Haymarket fué el producto de una criminal conspiración, ¿en qué forma trata la burguesía norteamericana de liquidar la herencia de aquel crimen jurídico. ¿Cómo tratan de borrar el baldón del proceso de 1886-87 los jueces de la plutocracia yanquí? Con una nueva injusticia.

Este 1.o de Mayo tendrá un nuevo motivo de protesta. En el Estado de Massachussets fueron ejecutados en la silla eléctrica los anarquistas Nicolás Sacco y Bartolomé Vanzetti. Una conspiración policíaca envolvió en las redes de un proceso, ventilado en el espacio de 7 años en el juzgado de Dedham — a dos propagandistas del anarquismo. Y la protesta del mundo no pudo sustraer esos dos vidas a la mano del verdugo, porque la burguesía americana [illegible] estaba a la [illegible]

F. Obrera Local Bonaerense

REMEMORACION DEL 1.o DE MAYO.—MANIFESTACION Y MITIN. A LA CLASE TRABAJADORA

El Consejo de la F. O. Local Bonaerense, interpretando el sentir del proletariado consciente y como en años anteriores, en ocasión del 1.o de Mayo, rememorará a los mártires de Chicago realizando manifestaciones y mitin. He aquí los lugares y horas de concentraciones parciales y recorridos de las manifestaciones:

1.a columna: Partirá a las 14 horas de Colombres 820, siguiendo por Carlos Calvo, Plaza, Sadi Carnot, hasta Bartolomé Mitre 3270.

2.a columna: Parte con la anterior de Bmé. Mitre 3270, a las 15 horas, siguiendo por ésta hasta Jurumá.

3.a columna: Parte de Paraná 134, a las 16 horas, y conjuntamente con la anterior, sigue hasta Cangallo, por ésta hasta Talcahuano, Santiago del Estero, Pavón hasta Lima (Plaza Constitución).

4.a columna: Saldrá de Plaza Brown (California y Alvar Núñez). En este sitio se levantará tribuna a las 14 horas, emprendiendo la marcha a las 15 horas por California, Isabel la Católica, Iriarte, Vieytes, Suárez, General Hornos a Plaza Constitución (punto de concentración).

Trabajadores: Por los ahorcados de Chicago, por todos los caídos en la lucha por la libertad y la justicia y contra la reacción internacional, asistid a las demostraciones de solidaridad y de protesta que realiza la F. O. Local Bonaerense.

¡A las manifestaciones, al mitin!

EL CONSEJO LOCAL

Cuarenta años de historia

De la horca a la silla eléctrica

[illegible] que se mire, según se tome el anverso o el reverso de la medalla, así se puede leer en las páginas de esos cuatro decenios la iniquidad del capitalismo o el avance hacia el porvenir, por encima de todos los

[illegible] día en el cadalso cuyo eco repercute [illegible] los siglos como un continuo reptoque [illegible] clarina. Nuestros héroes de Chicago, aquellos bravos combatientes de la libertad y de la justicia, son hoy símbolos de una vida superior. Y entre las mil pruebas de que [illegible] sacrificio no ha sido estéril, la tragedia de 23 de agosto de 1927, el asesinato de Sacco y de Vanzetti, es un exponente elocuente. El capitalismo y el Estado podrán levantar horcas y hacer funcionar las sillas eléctricas; el anarquismo ha de triunfar, el anarquismo continuará en la vanguardia de la lucha revolucionaria señalando la vía de la redención.

¿Es que un movimiento que lega a la posteridad hombres del temple de Parsons, de Lingg, de Spiess, de Fischer, de Ringe, de Vanzetti, de Sacco, puede ser un movimiento destinado a ver frustrados sus anhelos?

No; hemos de pasar por duras pruebas. Las páginas del martirologio revolucionario no están todavía repletas; aun ha de correr mucha sangre inocente, aun han de caer a mitad del camino muchos de los nuestros. Pero cada caído se convertirá en un faro luminoso y no habrá nuevos alientos para el combate contra la tiranía y el privilegio. El triunfo final tiene que ser de los pueblos; la utopía de la libertad, ensueño de un mundo de justicia, será realizados y entonces el paraíso nitrará en el [illegible] de los cristianos estará aquí abajo, en la tierra.

Por muchos girones de nuestras carnes que dejemos en las zarzas del camino, nuestra fe no enflaquecerá. El recuerdo de los caídos nos sostiene en la brega y nos conforta en el dolor. Y si hoy volvemos la vista a las horcas de Chicago, que nos traen a la memoria la silla eléctrica de Boston, no es para detenernos, es para compulsar en el orgullo de haber contado en nuestras filas a esos mártires, es para seguir adelante con nuevos bríos.

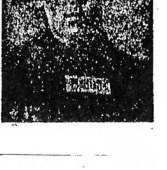
¡Adelante, pues, por la anarquía!

D. A. S.

El martirio de Radowitzky

Hace más de 18 años que Simón Radowitzky, el vindicador del pueblo trabajador, sacrificado y humillado por las hordas del coronel Falcón en el [illegible] trágico de 1909, está enterrado en vida en el presidio de Ushuaia. Son 18 años de martirio, de lenta agonía, que no ha podido resistir un hombre del temple de nuestro hermano. ¿Hasta cuándo continuarán su sed de venganza, su odio bestial, su borrachera de sangre, en el cuerpo macerado de su víctima, los burgueses y gobernantes argentinos?

Para librar a Radowitzky del tormento fueguino, para reintegrarlo a



Jahre gab es kaum noch Streiks aus ökonomischen Motiven, um so häufiger gingen die Bäcker aus politischen Gründen auf die Straße, um so heftiger nahmen sie teil an den Auseinandersetzungen in der anarchistischen Bewegung Argentiniens. Die Spaltungen und Auseinandersetzungen im argentinischen Anarchismus waren dann auch verantwortlich für den raschen Verfall der Bäckerbewegung ab 1923. Die Bäcker von Buenos Aires waren die treibende Kraft hinter dem Beschluß der Regionalversammlung der Federación Obrera regional Argentina (FORA) vom September 1924, die Gruppen La Antorcha, Ideas, Brazo y Cerebro und Pampa Libre aus der FORA auszuschließen. Über mehrere Monate hinweg beschäftigten sich die Bäckerversammlungen mit nichts anderem mehr als dem Fraktionsstreit im anarchistischen Lager zwischen "reinen" Anarchisten in der FORA und Syndikalisten um die Gruppe La Antorcha.[32]

Bis 1926 zogen sich die fraktionellen Auseinandersetzungen in der Hauptstadt hin. Ganz wie in alten Zeiten machten sich die Anhänger der unterschiedlichen Gruppen wechselseitig die Arbeitsplätze streitig und beschimpften sich in den öffentlichen Versammlungen. "Verräter" oder "Gelber" waren dabei noch milde Formen der Ansprache. In der Provinz wechselten die Sociedades mehrmals die Richtung, von Buenos Aires aus konnte man unmöglich entscheiden, welcher Fraktion eine Sociedad im gegebenen Moment angehörte. Die Sociedad von Tandil z.B. blieb zunächst in der FORA, wechselte dann zur Unión Sicdical Argentina (USA), um sich einige Monate später autonom zu erklären und dann schließlich doch zur FORA zurückzukehren. Eine Menge von Sociedades verschwand vom Erdboden.[33]

Ganz anders dagegen die Entwicklung bei den patrones: Sie schlossen sich in vielen Ortschaften zu Centros Patronales zusammen, aus denen 1930 die Federación de Industriales Panaderos de la Republica Argentina entstand. Der technische Entwicklungsprozeß kam den patrones zugute: Fast keine Bäckerei arbeitete mehr ohne Teig- bzw. Knetmaschine, so daß im Notfall der patrón mit Unterstützung seiner Familie Teig zubereiten konnte, ohne Streikbrecher heranziehen zu müssen.[34]

Von Neuem ging vieles verloren, was sich die Bäcker erkämpft hatten: Die tasación de harina stieg, die Löhne sanken, der Kassierer der Sociedad hatte längst keinen freien Zutritt mehr in die Backstuben und von Solidarität zwischen den Beschäftigten konnte keine Rede sein. Die changa solidaria wurde nicht mehr praktiziert, private Stellenvermittler hatten das Gewerbe in der Hand. *"Nur durch ein Wunder bewahren wir noch die Reste der einstmals so robusten Organisation der Bäcker von Buenos Aires"*, klagte ein Mitglied der Sociedad.[35] Zwar wurde 1925 ein Reorganisationskomitee gegründet, das aber *"seine Zeit damit verbrachte, Dinge zu diskutieren, die mit der Reorganisation des Gremiums nichts zu tun hatten."*[36] Es war die Stunde des Patronats. Überall wurden die organisierten Berufskollegen entlassen, von ehemals 1.200 Bäckereien, mit denen die Sociedad die Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse geregelt hatte, blieben gerade noch 120. Der einzige Streik von Bedeutung in dieser Zeit war der am 2. März 1925 in Zárate proklamierte Generalstreik. Die patrones hatten genügend Streikbrecher zur Verfügung, die Polizei sorgte, wie üblich, für die *"weitestgehenden Garantien"*,[37] und verhaftete am 21. März über 20 streikende Arbeiter. Einen Tag später drang ein Trupp bis an die Zähne bewaffneter Polizisten in das Lokal der Bäckergewerkschaft ein

und hauste wie eine Schar Vandalen, ohne daß sich die Streikenden hätten provozieren lassen. An irgendeinen Erfolg des Streiks war unter diesen Umständen freilich nicht zu denken, zumal es die Berufskollegen im Land an Solidarität fehlen ließen. Erst Mitte April traf von der Sociedad aus Buenos Aires Hilfe ein: 50 pesos...[38]

Im gesamten Land war man weit davon entfernt, an eine Auseinandersetzung mit den patrones denken zu können.Die Reorganisation der Sociedad ging nur schleppend voran. Versammlungen in den verschiedenen Vierteln von Buenos Aires endeten regelmässig im Hauen und Stechen zwischen den Wortführern der vielen Fraktionen. Teilstreiks, 1926 und 1927 durchgeführt, brachten immerhin bescheidene Verbesserungen in ein paar Dutzend Bäckereien, so daß im April und Juni 1927 größere Gruppen von Bäckern am Solidaritätsstreik für Sacco und Vanzetti teilnahmen. "La Protesta" berichtete, viele Bäcker hätten sich gerade während dieses Streiks der Sociedad angeschlossen. [39]

LA ANTORCHA

Año VII - Num. 233 | Febrero 4 de 1927

REDACCION — ADMINISTRACION — TALLERES
RIOJA 1689, Buenos Aires, R. Argentina
TELEFONO: U. T. 61 - CORRALES 1158

TODA CORRESPONDENCIA a SIMPLICIO DE LA FUENTE
Subscripción Trimestral $ 1.20
Número suelto 0.10 centavos

POR LA SALVACION DE SACCO Y VANZETTI
VAYAMOS A LA HUELGA GENERAL

Plantedas las verdaderas proporciones de la huelga general, cabe decir algunas palabras sobre la posible efectividad de ella en la Argentina.

Para el 15 de Febrero, más o menos, se anuncia el fallo definitivo ante la Suprema Corte de Wáshington. Pasada esa fecha, la consumación de la condena será un hecho. De inmediato, hasta la posible intervención de nuestro esfuerzo queda perdida también, y sólo podremos levantar la irascundia de la protesta cuando las dos bellas vidas de revolucionarios de Sacco y Vanzetti están en la hueca, carbonizados, aún estremecidos por las horribles descargas eléctricas.

Entonces, huelga general para cuando se crea conveniente por la salvación y la vida de los dos inocentes!

Der Bäckerstreik des Jahres 1927, einer der größten in der Geschichte der argentinischen Bäckerbewegung, begann mit dem gewöhnlichen Procedere: Öffentliche Versammlungen, die immer gut besucht waren (zwischen 1.500 und 2.000 Personen) diskutierten und entschieden den Forderungskatalog, eine tasación de harina von 75 Kilos, Mindestlöhne von 80 centavos im Monat für die niederen, 100 centavos für die oberen Ränge. Außerdem wollte man ein tägliches Essensgeld von 3 pesos haben, einen freien Tag in der Woche, und die Nachtarbeit sollte auch noch abgeschafft werden.[40]

Seit dem 1. April 1927 galt in Argentinien das Gesetz 11.338, galt auf dem Papier das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien. Von 21 Uhr bis 5 Uhr durfte in den Backstuben nicht gearbeitet werden, aber die Ausnahmen waren so zahlreich, daß sie die Regel erdrückten. In

LA ANTORCHA

Año VII — — — Núm. 275
Buenos Aires, Agosto 12 de 1928

SEMANARIO ANARQUISTA
Número suelto 0.10 Ctvs. — Subscripción trimestral $ 1.20

TODA CORRESPONDENCIA a DONATO A. RIZZO Venezuela 4146 - Rep. Argentina

SACCO Y VANZETTI

En el aniversario de su muerte, propulsemos la HUELGA GENERAL por

SIMON RADOWITZKY

Notfällen, zur Befriedigung dringender Notwendigkeiten, im Falle von Produktionssenkungen durch außergewöhnliche Umstände, bei Maschinenschäden oder schließlich bei Streiks, war die Nachtarbeit weiterhin zugelassen. Trotzdem widersetzten sich die großen Brotindustrien mit Zähnen und Klauen dem Verbot der Nachtarbeit, zahlten saftige Strafen von 30.000 pesos und mobilisierten allen nur denkbaren Widerstand, einfach weil sie in den zwei noch möglichen Tagschichten nicht mehr den gleichen Produktionsausstoß erzielen konnten, wie zuvor mit der dritten, der Nachtschicht. Und in den kleinen Bäckereien wurde trotz des Gesetzes weiterhin Tag und Nacht gearbeitet. Die organisierten Bäcker reagierten auf das Gesetz mit Achselzucken, sie unterstützten es nicht und bekämpften es nicht, sie versuchten, das Verbot der Nachtarbeit aus eigenen Kräften durchzusetzen, machten sich aber die öffentliche Auseinandersetzung um das Für und Wider zunutze, um die Sociedad zu reorganisieren und den nächsten Streik vorzubereiten.[41]

Im November 1927 hatten sich an die 5.000 Bäcker der Sociedad angeschlossen, im Dezember begann der Streik, der binnen kurzem 13.000 Bäcker in seinen Bann zog. Obwohl sie Tageslöhne von 40 bis 50 pesos boten, bekamen die patrones kaum Streikbrecher. Am 7. Dezember hatten schon über 100 patrones die Forderungen der Streikenden anerkannt, während sich die Polizei von Buenos Aires so verhielt, wie immer: Sie verhaftete den Sekretär der Sociedad und vierzig weitere Funktionäre, schreckte vor weiteren Maßnahmen, angesichts einer überraschend großen und friedlichen Bewegung, aber zurück. Die täglichen Streikversammlungen waren stets überfüllt. Am 7. November drängten sich mehrere Tausend Arbeiter in Salón Augusteo in der Calle Sarmiento, zwei Tage später kamen ebenso viele zusammen. In der Zwischenzeit traf das Gegenangebot der patrones ein: tasación de harina zwischen 80 und 90 Kilo, tägliche Lohnzahlungen, wenn die organisierten Bäcker sich verpflichteten, die Freiheit der Arbeit zu respektieren. Das Angebot wurde in einer Versammlung am 9. Dezember einhellig zurückgewiesen, aber die gleiche Versammlung entschied, den Streik aufzuheben. Einen Tag später stand die Mehrheit der Bäcker wieder in den Backstuben, etwa 2.000 Berufskollegen setzten den Streik fort. Es gelang, die Arbeitsbedingungen in 160 weiteren Bäckereien zu regeln, danach kam der Gegenschlag. Ende Dezember blieben 95 Bäckereien übrig, die mit der Sociedad im Vertragsverhältnis standen, weniger als vor Beginn des Streiks.[42]

1928 folgte der Streik demselben Modell: im März ein Solidaritätsstreik für Simon Radowitzky, Konferenzen und Versammlungen, dann eine Vollversammlung, auf der über den Forderungskatalog entschieden wurde, an dessen erster Stelle diesmal das Verbot der Nachtarbeit stand. An die 4.000 Bäcker beteiligten sich am Arbeitskampf. Nach 18 Tagen Streik lud der Arbeitsminister zu einer Informationsbesprechung ein, zu der Vertreter der Gewerkschaften (Bäcker und Hörnchenbäcker) zwar erschienen, sich aber strikt weigerten, den Minister als Verhandlungspartner anzuerkennen, was viele in der anarchistischen Bewegung nicht daran hinderte, die beiden Organisationen des Verrats zu bezichtigen und ihren Ausschluß aus der FORA zu verlangen. Anfang Januar 1929 zerbröckelte der Streik, der sich über 48 Tage hingezogen und kein Ergebnis gebracht hatte. Der Streik ging verloren, weil die Bäcker sich auf einen Standpunkt des Alles-oder-Nichts zurückgezogen hatten - als die patrones den 8-Stundentag (bei Aufrechterhaltung der Nachtarbeit) und eine Lohnerhöhung anboten, wiesen die Bäcker voller Empörung diesen Vorschlag zurück und mußten sich schließlich mit nichts zufriedengeben.[43]

LA ANTORCHA

Año VII — — — Núm. 276 | SEMANARIO ANARQUISTA | TODA CORRESPONDENCIA a DONATO A. RIZZO

Buenos Aires, Agosto 23 de 1928 | Número suelto 0.10 Ctvs. — Subscripción trimestral $ 1.20 | Venezuela 4146 - Rep. Argentina

HOY, 23 DE AGOSTO, HUELGA GENERAL POR RADOWITZKY

Innerhalb weniger Wochen fiel die Sociedad auseinander und man konnte in Buenos Aires kaum noch einen organisierten Bäcker finden. An Generalstreiks war in dieser Situation nicht mehr zu denken. Aus der Not eine Tugend machend, erklärten die wenigen noch verbliebenen Mitglieder der Sociedad, der Generalstreik sei ohnehin die falsche Waffe gewesen, er habe die patrones stets zusammengeschweißt, während das naheliegende taktische Ziel doch gewesen sei, die patrones auseinanderzudividieren. Der angemessene Arbeitskampf für die Bäcker sei der Teilstreik, der auf bestimmte Viertel und Straßenzüge beschränkte Streik. Am 4. April 1930 beschloß eine allgemeine Bäckerversammlung, im gesamten Umkreis der Hauptstadt zu Teilstreiks überzugehen - wann die Teilstreiks erklärt wurden, blieb den Bäckern der entsprechenden Viertel selbst vorbehalten, nur über die Forderungen hatte man sich verständigt: tasación de harina von 70 Kilo, Mindestlöhne von 80 bis 110 pesos im Monat, Anerkennung der Arbeitsbörse der Sociedad. Inwieweit die neue Taktik zum Erfolg geführt hätte, muß offenbleiben. Zwar gelang es an vielen Punkten von Buenos Aires, den Forderungskatalog der Bäcker durchzusetzen, aber nach dem Staatsstreich von General Urimburu wurden alle Konzessionen selbstverständlich zurückgezogen.[44]

Bäckerbewegung und Anarchismus

Um die Tatsache zu erklären, daß die argentinische Bäckerbewegung vom Anarchismus dominiert wurde, muß man nicht auf ziemlich weit entfernt liegende Dinge zurückgreifen wie die Traditionen des argentinischen Unabhängigkeitskampfes und die Kämpfe zwischen den verschiedenen caudillos, den Parteihäuptlingen, zu Beginn des 19. Jahrhunderts.[45] Was wußten die Einwanderer aus Deutschland, Spanien, Italien, Rußland und anderen Ländern Europas, die Ende des 19. Jahrhunderts nach Argentinien kamen, von jenen Traditionen? Wie hätten sie davon beeinflußt werden sollen? Sie, die in Argentinien für sich lebten, ihre eigenen kulturellen Zirkel schufen, sich für den Kampf der politischen Gruppierungen an der Spitze von Staat und Gesellschaft herzlich wenig interessierten? Für andere Autoren ist der Anarchismus das natürliche Gedankengut einer Arbeiterklasse, die stark genug ist, selbst, ohne Einmischung durch Staat und Verbände, mit den Arbeitgebern zu verhandeln.[46] Von Stärke kann man, zumindest was die Bäckerbewegung angeht, kaum reden. Es gelang der Sociedad immer nur für sehr begrenzte Zeit, für wenige Monate, etwas mehr als ein Jahr im Höchstfall, den patrones einmal abgetrotzte Arbeitsbedingungen zu sichern, bis alles zusammenfiel und die Auseinandersetzungen von neuem begannen. Die Fluktuation unter den Beschäftigten war viel zu groß, als daß man einen halbwegs stabilen Zusammenhalt hätte aufbauen können. Die Geschichte der Bäckerbewegung ist deswegen eine Geschichte, die ebensoviele Höhen wie Tiefen, Siege wie Niederlagen bietet. Der Anarchismus hatte seine Wurzeln nicht in einer vermeintlichen Stärke, er wurzelte vielmehr in den Arbeitsbedingungen, im gesellschaftlichen Leben der Arbeiterschaft, im Verhältnis von Gewalt und Brutalität, das zwischen patrón und Arbeiter vorherrschte. Wer von seinem patrón tagtäglich nur als Arbeitstier behandelt wurde, der sann ganz folgerichtig auf Mittel und Wege, wie dem patrón direkt, ohne viel Federlesens, an den Kragen gegangen werden konnte. Und aus ebendenselben Verhältnissen am Arbeitsplatz erklärt sich auch der Fehlschlag des reformistischen Projekts. Wer tagtäglich erlebte, wie die staatlichen Inspektoren in die Backstuben kamen, aber nicht, um die Arbeitsbedingungen zu kontrollieren, sondern um ihr Bestechungsgeld zu kassieren, welches Zutrauen sollte der in staatliche Institutionen entwickeln? Wer erlebte, daß weder der Staat noch die patrones bereit waren, soziale Reformen zu konzedieren, für den machte reformistische Politik nicht den geringsten Sinn. Mit allen Autoritäten machten die Bäcker nur eine Erfahrung, von den Zeiten des Dr. Pittaluga bis zum Gesetz gegen die Nachtarbeit im Jahre 1927, das keine praktischen Konsequenzen zeitigte. Staat, Autoritäten und Patronat waren eine kompakte Masse. Und trotzdem entschieden sich die Bäcker erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts für den Weg der direkten Aktion, trotzdem gab es immer wieder Anläufe, sich mit den patrones auf dem Verhandlungsweg zu einigen. Die Mehrheit der Berufskollegen folgte den anarchistischen Vorschlägen, weil sie mit der eigenen alltäglichen Erfahrung übereinstimmten und nicht etwa, weil es sich durchweg um überzeugte Anarchisten gehandelt hätte. Anarchismus war die Angelegenheit eines kleinen Zirkels in der Bäckerbewegung. Pedro Godoy klagte am 9. März 1930 in der Protesta, von anarchistischen Anschauungen hätten die Mitglieder der Sociedades im Umkreis von Buenos Aires keine

EL OBRERO PANADERO

ÓRGANO DE LOS OBREROS PANADEROS DE LA REGIÓN F.O.R.A.

AÑO XLI — MAYO 1º DE 1936 — Nº 114

EN LA CAPITAL, UN GRAN SECTOR PROLETARIO

QUINCE MIL PANADEROS NECESITAN ORGANIZACION Y DEFENSA

En el momento presente de la vida obrera del país pueden diferenciarse dos enormes sectores, en el seno de los cuales están creciendo las inevitables condiciones para un desemboque a situaciones de lucha en seguimiento de reivindicaciones vitales para su existencia y que encierra el sentido de acciones, impostergables ya, por la defensa de los derechos obreros que en ellos son desconocidos y burlados. Nombramos en esta diferenciación al proletariado ferroviario de todo el país, desarmado ante los procedimientos esclavistas de las empresas por los métodos burocráticos de su organización, y a los miles de obreros panaderos que en la capital federal llevan largos años de sometimiento a las peores condiciones de trabajo, a los más bajos jornales y a toda la política reaccionaria que entre la patronal, el Departamento Nacional del Trabajo y los jefes corruptos de la C.G.T. manejan desembozadamente en provecho común. Quien esté alerta y se sienta identificado al proceso de crecimiento en el espíritu de lucha de los trabajadores y viva con el interés puesto en el foco vivo de un flujo y reflujo combatiente forzosamente advertirá la situación especial de estos dos sectores del proletariado. Quien recuerde o conozca por relatos su pasado de acciones bravías y siga a lo largo de los años que corren desde el 17 hasta la fecha las alternativas de su existencia sindical, terminará por ubicar en el momento presente la proximidad inmediata de una incontenible salida a la lucha. Esto lo saben bien los jefes sindicalistas y socialdemócratas y lo saben los hombres del gobierno. Las maniobras derrotistas de unos y las medidas represivas de los otros se unen eficazmente para contener esa salida.

Queremos ocuparnos en especial de nuestro gremio. A él pertenecemos; estamos fuertemente ligados a su destino; conocemos más que de ningún otro su modalidad, su ritmo y su fuerza y por él hemos sufrido lo que puede sufrir un militante obrero. Hemos sido y somos siempre celosos de su contenido revolucionario, de su audacia y capacidad anticapitalista. Nada, pués, ningún espejismo ni ninguna fantasía, puede engañarnos al juzgar el momento presente y la perspectiva que en él hay en el radio de la capital federal.

Referir aquí el grado de descenso a que han llegado las conquistas sindicales de otrora de los obreros panaderos de la capital frente a los industriales, sería enumerar hechos que ya a nadie se le ocultan y que, aún en los medios obreros distantes de nuestra organización, se conocen. Los contornos dantescos de la vida de trabajo del panadero porteño han cobrado ya relieves propios que solo pueden ser ignorados por aquellos que mantiénense equidistantes de la realidad proletaria.

Lo evidente es que esta situación ha rebasado ya los límites de la capacidad de aguante de los trabajadores y agotado su pasividad. Años atroces de trabajo bestial, sin ninguna variante, pesan sobre las espaldas de los panaderos porteños. Años de ofena, de mordaza; sin una organización que les garantizara la defensa frente al patronaje y la validez de sus conquistas, los obliga hoy a enfrentarse a la única solución lógica para sus problemas presentes: la huelga. Una compulsa en la opinión de la mayoría del gremio da con seguridad un resultado de asentimiento a esta fórmula. Pero aventuran también un interrogante: ¿Cómo hacer la huelga; cómo prepararla; cómo organizarla para que ella no se reduzca a una escaramuza en la que habremos fallado por falta de eficaces elementos de lucha, por falta de organicidad, y de condiciones para la resistencia?

He aquí lo que nosotros conceptuamos como centro neurálgico de la cuestión, como punto de partida al enfocar las perspectivas favorables para la huelga. Ningún obrero panadero negaría la necesidad de estas [illegible] se clarifiquen sus dudas [illegible] pongan en líneas generales cómo ella puede ser llevada al triunfo. Esta indispensable tarea de base no debe nunca ser descuidada en los trabajos preparatorios de la lucha. Una huelga de esta magnitud no puede precipitarse, no puede crearse sobre base espontánea y de consulta limitada, porque llevará al nacer el gérmen de la derrota. Toda formulación artificial que hagamos para buscar su estallido no dará nada más que resultados negadores y como fruto un desastre que hará prosperar aún más los abusos patronales y los éxitos de la represión.

Los panaderos de la capital necesitan imponer a los industriales un pliego de condiciones que les garantice superiores condiciones de trabajo, de salario y de control. Pero él precisa estar respaldado por toda una fuerza orgánicamente madurada; por una organización creada a través y en razón de esa misma necesidad sentida de modo unánime. Necesita previamente que se hayan delineado y fortificado los elementos para la lucha; que se hayan extendido y generalizado en la [illegible] obreros, las consignas y los puntos concretos de la futura acción, para que de esta manera, al ser rechazada las demandas por los patrones, esté

(Continúa en la pág. 2).

HOY

De nuevo estamos los trabajadores del mundo ante la roja fecha que desde hace cincuenta años, al llegar, tiende una onda de audacia solemne y bravía de corazón a corazón; nos une en un común impulso insurrecto y nos confunde a todos en las calles burguesas con la música ardiente de los himnos revolucionarios, con la palabra de los mitines, con el recuerdo de los caídos y la esperanza del desquite.

Hoy es 1936. Un trazo sangriento marca la historia del proletariado del mundo desde 1886 hasta la fecha. Cada uno de los años pasados está repleto con el martirio de sus hombres, con los episodios que jalonan la revolución en marcha y con las víctimas que hace el terrorismo burgués. Hacemos el balance de lo vivido por estos hechos. Por lo que son para nosotros pasajeras derrotas como Alemania e Italia, los Balkanes y América toda de la hora actual; por lo que son para nosotros victorias del proletariado, como gestos de conciencia y bravura, sobre el terror, la mordaza y el crimen capitalistas, en el ejemplo de Viena y Asturias; en las huelgas revolucionarias de Tolón, de Brest, de Chile y Buenos Aires.

Hoy es 1936. La realidad social de la Argentina sigue siendo cárcel, plomo y tormento para los revolucionarios obreros; hambre, escarnio y miseria para los trabajadores de la ciudad y del campo y la explotación de la mujer proletaria más extremada aún en los frigoríficos y las fábricas.

La realidad social argentina de hoy son las cárceles con centenares de presos obreros; millares de desocupados en Puerto Nuevo y recorriendo los campos; ensayos de golpes fascistas y aplicación efectiva de sus métodos políticos; penetración imperialista y toda una ola creciente de sofocamiento y de muerte para los derechos obreros.

En el escenario y la atmósfera de esta realidad los trabajadores de la Argentina debemos, sin embargo, procurar que este 1º de Mayo tenga su imborrable timbre altivo, de verdadera protesta y de firme significado.

1936

..Fijemos los anarquistas consignas concretas de lucha para que en todas las plazas donde los proletarios se congreguen, en las barriadas donde levanten tribunas y las calles por donde desfilen, ellas estén presentes y sean las más recias, certeras y revolucionariamente eficaces. Que cada obrero de la muchedumbre volcada en las avenidas de Buenos Aires levante un grito:

¡Por la libertad de los prisioneros sociales! ¡Por los derechos obreros de defensa y de lucha! ¡Contra los asesinatos policiales! ¡Contra el terrorismo gubernamental!

¡Contra la persecución a las obreras organizadas! ¡Contra el imperialismo!

¡Por el armamento del proletariado para resistir al fascismo!

Hoy 1936. Un primero de mayo puramente obrero por la revolución proletaria y por el comunismo anárquico!

Ahnung: *"Man ist zufrieden, weil man einige kleinere materielle Verbesserungen erreicht hat, tasación de harina und geregeltere Arbeitszeit. Aber auf der moralischen Seite hat man nichts getan: kulturelle Arbeit, Bildung und Zusammenhalt unter den Berufskollegen gibt es fast nicht."*[47]Ahnung: *"Man ist zufrieden, weil man einige kleinere materielle Verbesserungen erreicht hat, tasación de harina und geregeltere Arbeitszeit. Aber auf der moralischen Seite hat man nichts getan: kulturelle Arbeit, Bildung und Zusammenhalt unter den Berufskollegen gibt es fast nicht."*[47]

Anmerkungen

1 El Obrero, 18.5.1901; La Protesta, 9.3.1930. Die im unregelmäßigen Rhythmus erscheinende Zeitung "El Obrero" wurde von der anarchistischen Bäckergewerkschaft, der Sociedad de Resistencia Obreros Panaderos, herausgegeben. "La Protesta" war das zentrale Organ der organisationsfreundlichen Richtung des argentinischen Anarchismus und erschien seit dem 13.6.1897, zunächst als Wochenzeitung, noch unter dem Titel "La Protesta Humana". Seit dem 7.11.1903 lautete der Titel La Protesta und seit dem 5.3.1904 kam die Zeitung täglich heraus.

2 La Protesta, 9.3.1930 (eigene Übersetzung aus dem Spanischen, dies gilt auch für alle folgenden Zitate).

3 La Protesta, 9.3.1930. Ähnlich: El Perseguido, 13.8.1893; El Obrero Panadero, 26.4.1895; "El Obrero", 8.2., 13.4.1901. "El Perseguido", herausgegeben von der Gruppe "Los desheredados" (Die Enterbten), später von der Gruppe "La expropriación" (Die Enteignung) war die erste anarchistische Zeitung Argentiniens, die über einen längeren Zeitraum hinweg erschien: vom 1.5.1890 - 31.1.1897. "El Obrero Panadero" wurde von der Sociedad de Resistencia de Obreros Panaderos herausgegeben, die erste Ausgabe erschien am 16.9.1894, mit Unterbrechungen erschien die Zeitung bis in die dreißiger Jahre.

4 La Protesta, 9.3.1930.

5 El Obrero Panadero, 16.9.1894; auch: El Obrero Panadero, 1.10.1894, 21.6.1901; El Obrero, 21.1., 11.11.1901. Eigenartige Ortsnamen wie "9 de Julio" oder "25 de Mayo" erklären sich aus der Gewohnheit, im 19. Jahrhundert neu gegründete Städte mit den Namen bedeutender Ereignisse der argentinischen Geschichte zu versehen. Am 25. Mai 1810 z. B. erklärte der Stadtrat von Buenos Aires das Mandat des spanischen Vizekönigs für erloschen und gab das Signal zur Erhebung für die nationale Unabhängigkeit.

6 El Obrero, 11.11.1901.

7 El Obrero Panadero, 24.11.1895; El Obrero, 29.12.1901.

8 El Obrero Panadero, 13.8.1895; La Protesta, 24.5.1908, 1.5.1927.

9 El Obrero Panadero, 31.8., 20.10.1895.

10 El Obrero Panadero, 31.8.1895.

11 El Obrero Panadero, 7.10.1894, 5.4.1895; El Obrero 21.12.1900, 18.1.1901, 21.6.1901, 5.7.1901, 21.7.1901; Organización Obrera 5/1904. "La Organización Obrera" erschien seit dem August 1901 als Monatsorgan der Federación Obrera Argentina (FOA), später als Wochenzeitung der Federación Obrera Regional Argentina (FORA). Die im Mai 1901 gegründete FOA war die erste stabile Gewerkschaftszentrale Argentiniens, in der Anarchisten und Sozialisten gemeinsam arbeiteten. Nach der Abspaltung der Sozialisten, 1902, gab sich die FOA 1904 einen neuen Namen: FORA.

12 El Obrero, 8.6.1901.

13 La Protesta, 1.5.1927.

14 El Obrero Panadero, 16.9.1894.

15 Ebd., 24.11.1895.

16 Ebd., 1.10.1894.

17 Ebd., 14.3.1895.

18 Ebd., 24.11.1895, 8.3.,1.5., 4.10.1896.

19 Ebd., 6.8.1899; La Protesta Humana, 7.9.1901.

20 El Obrero Panadero, 31.10.1900.

21 Ebd., 21.6.1901; L'Avvenire, 18.5.1901. Von Hector Mattei beeinflußt, erschien "L'Avvenire" von 1895-1902 als Organ der italienischen organisationsfreundlichen Anarchisten.

22 L'Avvenire, 3.10.1901; La Protesta Humana, 7.7.1901, 7.9.1901; El Obrero Panadero, 5.7.1901; El Obrero, 4.8.1901.

23 El Obrero, 17.8.1901.
24 El Obrero, 6.10.1901.
25 El Obrero, 25.10.1901.
26 Ebd., 25.1.1901. 25.1.1902, 8.6.1902.
27 Ebd., 11.11., 6.12., 29.12.1901, 25.1.1902, 3.7.1902.
28 El Obrero, 3.7.1902.
29 Ebd., 5.8.1902; La Protesta Humana, 26.7., 2.8.1902; El Rebelde, 13.9.1902; La Protesta, 4.6.1930. "El Rebelde", von der Gruppe gleichen Namens herausgegeben, erschien von 1899 - 1902 und war eine der wichtigsten Zeitungen der individualistischen Richtung des Anarchismus.
30 La Protesta, 28.12.1916.
31 La Protesta, 31.12.1916, 11.1.,20.1.1917.
32 La Protesta, 24.10.1923. Zu den Hintergründen der Auseinandersetzung siehe Walter Bittner, Gewerkschaften in Argentinien. Vom Anarchismus zum Peronismus, Berlin 1982, S. 140ff.
33 La Protesta, 26.6., 23.10., 20.12.1924, 16.5., 27.10.1926. Die Unión Sindical Argentina (USA) entstand 1922 als Dachverband der syndikalistischen Gewerkschaften. Siehe Bittner, a.a.O., S. 148ff.
34 Ebd., 25.2.1930.
35 Ebd., 4.12.1926. Die "changa solidaria" (solidarische Gelegenheitsarbeit) war eine Selbsthilfe der anarchistischen Bäcker: Einmal in der Woche oder im Monat gab man seinen Arbeitsplatz für eine Schicht einem arbeitslosen Kollegen.
36 La Protesta, 17.11.1925.
37 Ebd. 25.3.1925; auch: La Protesta, 2.3., 16.4., 21.4.1925
38 Ebd. 8.12.1926.
39 Ebd. 16.10.1927.
40 Ebd. 25.10., 29.10., 2.11., 3.11.1927.
41 La Protesta, 18.5.1927.
42 Ebd., 2.11., 10.11.1927, 17.12.1928.
43 La Protesta, 19. - 22.12.1928. Simon Radowitzky hatte am 14. November 1909 ein Attentat auf Oberst Falcón, den Polizeichef von Buenos Aires unternommen, der sich durch blutige Unterdrückung der Arbeiterbewegung hervorgetan hatte. Seitdem war Radowitzky eingekerkert, zuletzt auf der Insel Ushuaía.
44 La Protesta, 9.4., 24.4.,8.5.1930, 6.4.1932. Am 6. September 1930 wurde Präsident Yrigoyen, der Unión Civica Radical angehörend, durch einen Putsch unter Führung von General José E. Uriburu gestürzt. In den ersten drei Monaten der neuen Regierung galt der Ausnahmezustand, kommunistische und anarchistische Gewerkschafter wurden besonders verfolgt, die FORA wurde verboten.
45 So die Meinung von Alicia Gariazzo Gavilan, The Chilean and Argentinian Labor Movements. A comparative study, 1880-1930, Thesis submitted for the degree of Masters of Philosophy, Birkbeck College, University of London, June 1980, S. 122.
46 Bittner, a.a.O., S. 87ff.
47 La Protesta, 9.3.1930.

Gernot Volger

Max Hoelz - Kämpfer, Rebell, Revolutionär

"I would rather be a superb meteor, every atom of me in magnificent glow, than a sleepy and permanent planet. The proper function of man is to live, not to exist."
Jack London

Im Herbst 1933 ging durch die sowjetische und deutsche Presse die Nachricht, am 15. September sei Max Hoelz beim Schwimmen im Oka-Fluß bei Gorkij ertrunken: das Ende eines deutschen Revolutionärs.
Heute ist Max Hoelz den Historikern allenfalls noch eine Fußnote wert. In der Republik von Weimar war er der bestgehaßte und gefürchtetste Feind des Bürgertums, während er in der Arbeiterklasse und den armen Unterschichten als Volksheld angesehen wurde. Für die bürgerliche Presse war er ein *"berüchtigter Räuber"*, ein *"roter Bandit"*, ein *"Bandenführer"* und *"Räuberhauptmann"*.
Begonnen hatte Hoelz' Wirken - nach ersten Kontakten mit einem Sozialisten 1917 - im Oktober 1918, als er, wie viele andere auch, aus der Armee entlassen wurde: als Kriegsbeschädigter mit einer Rente von 40 Mark monatlich. Vier Jahre lang hatte er am Kriege teilgenommen, ohne sich als Soldat auszuzeichnen. Er war Meldereiter bei einer Kavallerieabteilung gewesen, und gegen Ende des Krieges wurde er verschüttet; die letzten Kriegsmonate verbrachte er in Lazaretten. Nach seiner Entlassung aus der Armee stellte sich bald heraus, daß er seinem früheren Beruf als Techniker nicht mehr nachgehen konnte, da seine heftigen Kopfschmerzen als Folge seiner Verschüttung ihm ein Arbeiten in geschlossenen Räumen unmöglich machten.
Am 9. November 1918 kehrte Hoelz, neunundzwanzigjährig, ohne Stellung, in das kleine Industriestädtchen Falkenstein im Vogtland zurück, wo er die Jahre zwischen 1912 und 1914 als Landvermesser und Filmvorführer und -erklärer verbracht hatte. Die Stadt bot mit etwa 5 000 Erwerbslosen (von 16 000 Einwohnern) ein trostloses Bild. Das Erzgebirge und das Vogtland hatten schon immer zu den ärmeren Gebieten Deutschlands gehört. Es gab hier Spielwarenindustrie, Strumpfwirkerei sowie Stickerei-, Spitzen- und Gardinenindustrie, die zum Teil in Heimarbeit betrieben wurden; die Löhne der Arbeiter waren erbärmlich. Diese Industrie lebte weitgehend vom Export, doch der Krieg hatte die Exportmärkte verschlossen. Die minimale Arbeitslosenunterstützung reichte nicht zum Leben, viele hungerten.
Unter den Arbeitslosen konstituierte sich ein Arbeitslosenrat, der rhetorisch begabte Hoelz wurde zu dessen Vorsitzenden gewählt. Der Arbeitslosenrat organisierte die Versorgung der armen Bevölkerung mit Lebensmitteln und setzte beim Stadtrat eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung durch. Bei einer Demonstration zwang die Bevölkerung den Bürgermeister des Ortes, in vorderster Reihe mitzumarschieren. Daraufhin erreichte der Bürgermeister, daß die sächsische Regierung Reichswehrtruppen nach Falkenstein entsandte. Die Mitglieder

des Arbeitslosenrats wurden gefangengesetzt, Hoelz gelang es zu entkommen. Auf seine Ergreifung als *"Rädelsführer"* des *"Landfriedensbruchs"* wurde eine Belohnung von 2 000 Mark ausgesetzt.

Hoelz tauchte unter, schloß sich der Kommunistischen Partei an und agitierte in Mitteldeutschland. Wiederholt wurde er verhaftet, doch von Arbeitern immer wieder schnell befreit. Während dieses Lebens in der Illegalität fand er Zuflucht bei Arbeiterfamilien, die ihn aufnahmen und ihre wenigen Lebensmittel mit ihm teilten, denn er besaß keinen Pfennig. Wie viele Hunderttausende damals mußte Hoelz oftmals hungern. Mittlerweile war das Kopfgeld auf ihn auf 5 000 Mark erhöht worden.

Am 12. März 1920 putschten der Generalleutnant von Lüttwitz und der Generallandschaftsdirektor Kapp gegen die Reichsregierung in Berlin, unterstützt von verbitterten Militärs, ultrakonservativen Politikern und agrarischen Interessenvertretern. Die rechtsradikal politisierte Marinebrigade II unter Lüttwitz war im innerdeutschen Bürgerkrieg, vor allem gegen die Räterepubliken in Braunschweig und München, eingesetzt gewesen. In Nord- und Ostdeutschland schlossen sich einige Truppenkommandeure Kapp an. Die Reichswehrführung weigerte sich, den Putschisten militärisch entgegenzutreten, woraufhin die Reichsregierung Bauer und der Reichspräsident Ebert über Dresden nach Stuttgart auswichen. Am nächsten Tag veröffentlichte die Regierung einen Aufruf zum Generalstreik. Im Umkreis von Berlin und im Bezirk Halle-Merseburg (der KP-Hochburg in Deutschland) flammten kurzzeitig Unruhen auf, die jedoch schnell von den Putschisten im Verein mit regierungstreuen Truppen niedergeschlagen wurden. Schon nach wenigen Tagen brach der Putsch zusammen, da die Berliner Ministerialbürokratie und das Offizierskorps der Reichswehr Kapp boykottierten. Aus dem Generalstreik zur Abwehr des versuchten Staatsstreichs entwickelte sich jedoch eine linke Aufstandsbewegung gegen die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung. Vor allem im Ruhrgebiet kam es zu größeren Aktionen, an denen sich eine Vielzahl unterschiedlicher politischer Richtungen beteiligte, von Anarchisten bis hin zu ehemaligen Zentrumsanhängern. Die Kommunistische Partei beteiligte sich erst spät und nur zögernd an dem Aufstand. Es wurde eine "Rote Armee" gebildet, die ungefähr 50 000 Mann umfaßt haben dürfte: Sie besetzte den größten Teil des Ruhrgebiets und vertrieb zunächst die Freikorps- und Reichswehrtruppen. Mit Hilfe der Freikorpstruppen, die gerade erst für Kapp marschiert waren, schlug die Regierung diese Aufstandsbewegung nieder; die Kämpfe kosteten auf seiten der Aufständischen mindestens 3 000 Menschenleben.

Hoelz hatte in Hof von dem Putsch erfahren. Am folgenden Tag traf er in Falkenstein ein und begann mit der Aufstellung einer "Roten Armee des Vogtlands", die die "Rote Armee des Ruhrgebiets" entlasten sollte. Hoelz glaubte, daß ein Sieg der Arbeiter im Ruhrgebiet die Revolution in ganz Deutschland auslösen würde. Es wurden Werbestellen für die "Rote Armee des Vogtlands" eingerichtet und Waffen requiriert. Die örtlichen Fabrikanten wurden zur Finanzierung der roten Truppen aufgefordert; sie fügten sich den augenblicklichen Machtverhältnissen und leisteten die geforderten Zahlungen. Die Bürger akzeptierten Hoelz und sein herrisches Auftreten, obwohl er nie eine ernstzunehmende Macht darstellte; seine "Rote Armee" war kaum mehr als 200 - 400 Mann stark. Mit einem Trupp von 70 Mann und drei

Maschinengewehren befreite er aus dem Plauener Gefängnis eines Nachts 24 Gefangene, die dort wegen ihrer Teilnahme an den Vorgängen im April des Vorjahres in Falkenstein in Untersuchungshaft einsaßen. Bei der Rückkehr mit den befreiten Gefangenen nach Falkenstein wurde Hoelz mit riesigem Jubel begrüßt. Im Falkensteiner Gerichtsgebäude ließ er alle Akten - mit Ausnahme der Mündelakten - in den Hof bringen und anzünden.
Nachdem die "Rote Armee des Ruhrgebiets" zerschlagen und aufgelöst worden war, sandten die Regierungen in Berlin und Dresden Reichswehrtruppen ins Vogtland zur Niederschlagung des Aufstands. Etwa 20 000 Reichswehrsoldaten (Hoelz schrieb immer etwas großspurig von 50 000 Mann), ausgerüstet mit schweren Waffen - Artillerie, Panzer, Panzerzüge - wurden aufgeboten. Bei der nun einsetzenden Verhärtung der Fronten gingen auch fünf Fabrikantenvillen in Flammen auf - gegen Hoelz' Willen, der genügend Schwierigkeiten gehabt haben dürfte, die Disziplin seiner Truppe immer zu wahren. Doch keinem Bürger wurde ein Haar gekrümmt, niemand wurde geschlagen, geschweige denn erschossen.
Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse dichtete Hoelz die ungeheuerlichsten Räubergeschichten an, auch habe sich der *"Bandenhäuptling"* persönlich bereichert. Doch mehr noch als seine wirklichen und die ihm angedichteten Taten verbreiteten seine Aufrufe und Proklamationen bei den Bürgern mit und ohne Geld Angst und Schrecken. Tatsächlich war die revolutionäre Rhetorik von Hoelz' Proklamationen (*"Kampf auf Leben und Tod, Kampf bis zum Sieg oder zur Niederlage, Kampf unter allen Umständen, auch mit den verzweifeltsten Mitteln"*) weit entfernt von seinen Taten, die durch strikte Vermeidung unnötiger Gewaltsamkeit charakterisiert waren. Die vogtländischen Arbeiter bewunderten Hoelz' Husarenstreiche, und bei der armen Bevölkerung wurde er von einer Welle der Sympathie getragen.
Nach einigen Tagen wurde seine Stellung unhaltbar. Er zog sich mit seiner Truppe in die Wälder bei Klingenthal an der tschechoslowakischen Grenze zurück, löste seine Truppe auf und floh in die Tschechoslowakei. Dort wurde er interniert, doch ein deutsches Auslieferungsersuchen wurde vom tschechoslowakischen Innenminister abgelehnt; Hoelz' Taten wurden als politisch motiviert angesehen. In Deutschland wurde unterdes die Prämie auf seinen Kopf auf 30 000 Mark erhöht.
Nach einigen Monaten Haft in der Tschechoslowakei kam Hoelz gegen Ende des Jahres 1920 über Wien mit einem falschen Paß nach Deutschland zurück. In den folgenden drei, vier Monaten unternahm er einige Sprengstoffattentate, so z.B. auf das Rathaus von Falkenstein und die Gerichtsgebäude einiger sächsischer Städte, in denen gegen Teilnehmer des Aufstandsversuchs Prozesse stattgefunden hatten.
Im März 1921 kam es zu einem Arbeiteraufstand im mitteldeutschen Industrierevier von Mansfeld, Halle und Merseburg. Unter dem Vorwand, Diebstähle zu verhindern, tatsächlich aber, weil die Arbeiterschaft in diesem Gebiet zu einem hohen Anteil kommunistisch orientiert war und politisch motivierte Streiks befürchtet wurden, ließ der sozialdemokratische Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen in einer Polizeiaktion die Werke besetzen. Daraufhin rief die örtliche Zentrale der KPD die Arbeiter zum Generalstreik auf. Die Berliner Parteiführung der KPD, die von dem Einmarsch völlig überrascht wurde, schloß sich dem Streikaufruf an und stolperte ohne jede organisatorische Vorbereitung und ohne konkrete

Zielsetzung in den Aufstand hinein. Nach Mansfeld und Halle kam es auch in Hamburg, Essen und Mannheim zu Streikaktionen, die jedoch allesamt nur von der KPD-orientierten Arbeiterschaft getragen wurden, einer Minderheit unter den Arbeitern. (Damals hatte die KPD im gesamten Reich etwa 500 000 Mitglieder und vielleicht weitere 2 Millionen "Sympathisanten".) Später kam es innerhalb der KP-Führung zu heftigen Auseinandersetzungen über den Märzaufstand.

Zu diesem Zeitpunkt war Hoelz längst nicht mehr KPD-Mitglied, denn in der Endphase des vogtländischen Aufstands war er auf Antrag der KP-Führung wegen *"eigenmächtigen Handelns"*, *"parteischädigenden Verhaltens"* und *"mangelnder Parteidisziplin"* aus der Partei ausgeschlossen worden. Die KP-Führung wollte nur den Kapp-Putsch niederwerfen, jedoch nicht zu einer eigenen Aktion übergehen; ein Aufstandsbefehl war nicht gegeben worden. So hatte Hoelz im März 1920 im Vogtland auf eigene Faust, *"im Interesse der Revolution"* gehandelt. Die KP-Führung versuchte, die Aufstellung von Hoelz' "Roter Armee" zu verhindern ebenso wie die Bewaffnung der Hoelz-Truppe und die Zwangseintreibung von Kontributionen. (*"Wir werden Hoelz in acht Tagen ausschalten, wenn die Regierung die nötigen Sicherheiten bietet"*, so der KP-Führer Brandler im März 1920.) Die KP-Führung bot ihm sogar falsche Papiere an, damit er sich in die Tschechoslowakei absetzen könne. Doch Hoelz war ein Kämpfer und Draufgänger, der nicht bereit war, sich der Parteidisziplin zu unterwerfen. Für ihn kam es nach seinen eigenen Worten darauf an, *"als einfacher Soldat der Revolution in den vordersten Reihen mit*(zu)*kämpfen"*. Sein Standpunkt gegenüber der KP war: *"Wenn die Exekutive und die Zentrale bereit ist, die Sache so vorwärtszutreiben, wie ich will, mache ich selbstverständlich mit, wenn sie das nicht ist, mache ich meine Sache für mich allein, da brauche ich keine Zentrale und keine Exekutive."* Nach seinem Ausschluß aus der KPD schloß er sich der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), einer im Frühjahr 1920 gegründeten linken Abspaltung der KPD, an; deren Mitgliederzahl übertraf zu dieser Zeit die der KPD.

Auch bei der mitteldeutschen Aktion handelte Hoelz *"aus freiem Willen und eigenem Ermessen"*. (So formulierte er es jedenfalls 1921; später hat er es - aus noch zu erläuternden Gründen - anders dargestellt.) Nachdem die ersten Protest- und Streikversammlungen stattgefunden hatten, traf er ein und forderte die Arbeiter auf, sich zu bewaffnen. Auch hier übernahm er - neben Karl Plättner - sofort die militärische Organisation des Aufstands. Innerhalb kürzester Zeit stellte er eine Truppe auf, die ungefähr 3 000 bis 4 000 Mann umfaßte. Es kam zu Gefechten mit der Polizei, die durch Einheiten der Reichswehr unterstützt wurde. Die Aufständischen verfügten über höchstens 2 000 Gewehre und 40 Maschinengewehre (nach der Beendigung der Kämpfe beschlagnahmte die Polizei 1 346 Gewehre und 34 Maschinengewehre sowie Patronen). Zuletzt sah sich Hoelz mit seiner Truppe einer Übermacht von 4 000 Polizisten sowie starken Abteilungen Reichswehr mit einer leichten Feldhaubitzenbatterie, Minenwerfern, zwei Kampfwagen und einem Panzerzug gegenüber. In der Endphase des Aufstands requirierten Hoelz' Truppen Pferdegespanne und Mäntel. In einem Dorf kam es zu einer Auseinandersetzung mit einem Gutsbesitzer Heß, der sich weigerte, die geforderten Mäntel herauszugeben, einen Revolver zog und von einem Mitglied

von Hoelz' Truppe erschossen wurde. Diese Tötung des Heß wurde später zum Angelpunkt der juristischen Verfolgung von Hoelz. Am 1. April, zwölf Tage nach dem Einmarsch der Polizei in Mitteldeutschland, waren die Kämpfe beendet. Hoelz gelang es, nach der Zerschlagung seiner Truppe nach Berlin zu entkommen.

In der Märzaktion hatten Hunderte ihr Leben gelassen. Die späteren Verhandlungen vor den Sondergerichten ergaben überdies, daß während der Märzkämpfe 1921 durch Reichswehr, Sicherheitspolizei und Freikorpstruppen 72 Menschen erschossen wurden, die in keiner Verbindung mit den Gefechtshandlungen gestanden hatten; durch die aufständischen Arbeiter wurde außerhalb der Gefechtshandlungen ein Mensch - der Gutsbesitzer Heß - getötet. Nach der Niederschlagung des Aufstandes wurden ca. 6 000 Verdächtige verhaftet, von denen rund 4 000 teilweise sehr hohe Haftstrafen erhielten. Der in ganz Deutschland am meisten Gesuchte war ohne Zweifel Max Hoelz. Zwei Wochen nach dem Ende des Aufstands, am 15. April, gelang es der Polizei mit Hilfe eines gedungenen Spitzels, Hoelz in Berlin zu verhaften. Jener, ein Weltkriegsoffizier namens Arno Henke, war SPD-Mitglied und mit *"polizeiähnlichen"* Aufgaben betraut.

Dreimal hatte Hoelz die bürgerliche Gesellschaft herausgefordert, und nun bekam er deren Rache zu spüren. In der Republik von Weimar wurde, wie vorher im Kaiserreich, das Strafrecht als politische Waffe eingesetzt - nach links, versteht sich, nicht nach rechts. Denn diese Republik hatte zwar die Staatsform geändert, ihre gesellschaftliche Zusammensetzung und Machtverteilung war jedoch weithin identisch mit der des Kaiserreichs. Die politische Führung der Republik bestand aus einer Union der Militärs mit den Sozialdemokraten, sie war *"die offene Fortsetzung einer stillen Koalition, die im Kaiserreich ihre Ursprünge"* hatte (Ralf Dahrendorf). Niemals war ja die Sozialdemokratie eine revolutionäre Partei gewesen. Ihre Führung bestand nicht aus "klassenbewußten" Arbeitern, sondern aus Intellektuellen (Bernstein, Luxemburg) oder aus Handwerkern (Bebel war Drechsler, Auer und Ebert waren Sattler, Noske war Korbmacher, Braun und Scheidemann waren Buchdrucker, Wels war Tapezierer). Diese (Klein)Bürger hatten sich dreißig Jahre lang mit dem Wilhelminismus arrangiert - so gut, daß der scharfsinnige Beobachter Max Weber schon 1893, also gerade drei Jahre nach der Aufhebung der Sozialistengesetze, schrieb, die sozialdemokratische Bewegung sei *"zum guten Teil ein Produkt deutschen Spießbürgertums"*. Unter den zeitgenössischen Beobachtern hat niemand treffender als Kurt Eisner die Diskrepanz zwischen der revolutionären Rhetorik der SPD und ihrer eilfertigen Anpassung an die Realität des Wilhelminischen Reiches beschrieben; er sah sie als *"eine Partei, die sich revolutionär nennt und doch in ihrer Leitung und Politik - bei aller betriebsamen Tüchtigkeit, fleißigen Gewissenhaftigkeit und erfolgreichen Geschäftsgewandtheit - ein ängstlich kleinbürgerliches Philistergebilde geworden ist, die jede Tugend haben mag, nur gerade die nicht, die der Inbegriff von Karl Marx ist: heroische Genialität. Indem sich die deutsche Sozialdemokratie jene politische Organisation gab, deren publizistische, finanzielle und wahltechnische Leistungsfähigkeit die Bewunderung der Welt erregte, ward sie unbewußt mehr und mehr eine bis zur Komik getreue Volksausgabe des Staats, in dem sie lebte, nur daß ihr gerade die Kraft fehlte, die dem herrschenden Staat die Macht erhielt: die militärische Exekutive."*

So ist es nicht erstaunlich, daß die SPD mit ihrem ausgeprägt autoritären Staatsverständnis eine Revolution wie den leibhaftigen Gottseibeiuns verabscheute (Ebert am 7. November 1918 über die soziale Revolution: *"Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde."*). Wenn man den Begriff "Revolution" in seiner strengen soziologischen Bedeutung faßt, bedeutet er ja nicht die Ablösung einer politischen Ordnung durch eine andere, sondern eine neue Machtverteilung zwischen den sozialen Klassen, die Ersetzung einer herrschenden Schicht durch eine andere. Der Versuch einer deutschen Revolution im November 1918 war von der SPD vereitelt worden: der Herrschaftsapparat des Kaiserreichs wurde nicht beseitigt, alle Militärs, Richter und Beamte des alten Regimes blieben - mitsamt den ihnen innewohnenden demokratie- und republikfeindlichen Überzeugungen. Die Republik von Weimar war die gemeinsame Schöpfung des Heeres und der Sozialdemokratie. Nun hatte sich also die Sozialdemokratie, da sie sich der *"militärischen Exekutive"* (Eisner) nicht bemächtigen wollte, offen mit dieser verbündet, um schon die Ansätze einer Revolution im Keim zu ersticken.

Diese große bürgerliche Koalition, die von rechten, häufig monarchistischen Reichswehroffizieren und Beamten über preußische Agrarier bis hin zu Handwerkern und allen sonstigen Kleinbürgern reichte, stand nunmehr gegen Max Hoelz, den sie jetzt mit Hilfe der Justizmaschinerie zu vernichten suchte. Hoelz hatte die bürgerliche Rechtsordnung dreimal herausgefordert, nun sollte er durch ein gerichtsförmiges Verfahren als politischer Gegner ausgeschaltet werden. In der Republik von Weimar, in der der latente Bürgerkrieg die politische Grundkonstellation bildete, war politische Justiz, also der Einsatz justizförmiger Verfahren zu politischen Zwecken, durchaus übliche Praxis. Neben der politischen Ausschaltung des Gegners zielt politische Justiz immer auch darauf, *"der Bevölkerung ein Bild der politischen Wirklichkeit zu suggerieren, das die Angeklagten zur Verkörperung von gesellschaftsfeindlichen Tendenzen macht"* (Otto Kirchheimer). Die aus dem Kaiserreich völlig intakt in die Republik von Weimar übernommene Justiz hat durch ihre konservativ-reaktionäre Politisierung einen wichtigen Anteil am Untergang der Republik gehabt. Daß sie und ihre Träger sich in obrigkeitsstaatlicher Tradition subjektiv dennoch manchmal als "unpolitisch" empfanden und sich fast immer so darstellten, mag der *"spezifisch politische Kunstgriff"* gewesen sein, *"die eigene Auffassung als unpolitisch, die Fragen und Meinungen des Gegners als politisch hinzustellen"* (Carl Schmitt). Darüber hinaus verdrängen Juristen auch gern, daß jede Rechtsordnung immer auch Ausfluß einer Machtkonstellation ist und nur durch diese garantiert wird.

Schon 1921 deckte der Mathematiker und Statistiker Emil Julius Gumbel die einseitige Politisierung der Justiz von Weimar auf. In einer Untersuchung über "Zwei Jahre Mord" führte er unter Angabe genauer Tatsachen und Namen den Beweis, daß seit dem 9. November 1918 in Deutschland 314 von Rechts begangene Morde mit insgesamt 31 Jahren und drei Monaten Freiheitsstrafe und einer lebenslänglichen Festungshaft geahndet worden waren, die insgesamt 13 von Links begangenen Morde jedoch zu acht Todesurteilen sowie 176 Jahren und zehn Monaten Freiheitsstrafe geführt hatten. In einer internen, niemals veröffentlichten,

nur in einem (!) Exemplar erstellten Untersuchung zur Überprüfung der Zahlen Gumbels bestätigte das Reichsjustizministerium weitestgehend dessen Zahlen.
Worauf die Justiz zielte, die sich Hoelz' bemächtigt hatte, wurde schon sehr bald klar: **Nach** der Festnahme von Hoelz ließ der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident einen Aufruf verbreiten, in dem eine Belohnung von 50 000 Mark - damals noch wirklich viel Geld - ausgesetzt wurde *"für aufklärende Mitteilungen, die zu einer **Verurteilung** des Hoelz führen"* (Hervorhebung vom Autor). Man hatte also längst nicht genug gerichtlich verwertbares Material, um Hoelz für immer auszuschalten; Aufruhr und Landfriedensbruch als alleinige Anklagepunkte hätten nicht das gewünschte Ergebnis erbracht. Ausgelobt wurde also ein Erfolgshonorar: ein weit von allen rechtsstaatlichen Grundsätzen entfernter direkter Anreiz zum Meineid. Es ging vor allem darum, Hoelz mit dem Tod des Gutsbesitzers Heß zu belasten, um nicht eingestehen zu müssen, daß gegen den bei seiner Festnahme offiziell als Räuber bezeichneten Hoelz allein politische Delikte vorlagen. Der Prozeß fand auch nicht vor der normalen Gerichtsbarkeit statt, sondern vor einem Sondergericht mit eingeschränkten Rechten der Verteidigung - auch dies eine durchaus übliche Praxis der politischen Justiz in den frühen Jahren der Republik von Weimar. So klagte die Justiz Hoelz über 50 einzelner Straftaten an, von denen 18 Schwerverbrechen darstellten. Er wurde angeklagt des Mordes, des Totschlags, des Landfriedensbruchs, des Hochverrats, der Aufforderung zum Ungehorsam gegenüber den Gesetzen, räuberischer Erpressung, schweren Raubes, der Brandstiftung und mehrerer anderer Kapitalverbrechen.
Hoelz sah das Gericht von vornherein als das an, was es war, ein Instrument in einer politischen Auseinandersetzung. Schon in der Voruntersuchung hatte er sich zu den politischen Delikten - Hochverrat, Landfriedensbruch, Beschlagnahmungen, Geiselfestsetzungen, Sprengungen von Bahnanlagen usw. - bekannt, während er fast alle übrigen Beschuldigungen entkräften konnte. In der Hauptverhandlung wurde ihm jedoch schnell klar, daß er mit einem Todesurteil rechnen mußte, und tatsächlich forderte der Staatsanwalt wegen Mordes die Todesstrafe.
Die Schlußrede Hoelz' vor dem Gericht war eine leidenschaftlich vorgetragene, dabei dennoch anschaulich und sachlich formulierte Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft. Mit dem gleichen Mut, mit dem er seine Aktionen durchgeführt hatte, trat er seinen Richtern entgegen: *"Sie können mir auch keine bürgerliche Ehre absprechen. Die bürgerliche Ehre, um die Sie sich streiten, habe ich nie besessen. Bürgerliche Ehre heißt für mich die Kunst, von der Arbeit anderer zu leben."* Als Redner siegte Hoelz vor Gericht. Gegen alle Erwartungen wurde er zu *"lebenslänglich"*, *"diesem ausdrücklich verhängten Tod durch das Zuchthaus"* (Egon Erwin Kisch) verurteilt.
Was hatte ihn zum Aufrührer und Revolutionär werden lassen?
Max Hoelz wurde vor einhundert Jahren, am 14. Oktober 1889, in dem kleinen Flecken Moritz bei Riesa in Sachsen als zweites Kind eines Schneidemühlenarbeiters geboren. Sein Vater war arm und wenig anpassungsbereit, was zu häufigen Stellenwechseln führte. Er verdiente wöchentlich zehn Mark, wovon er - unter Einschluß von Max' Großeltern - bald eine achtköpfige Familie ernähren mußte. Bedingt durch den häufigen Berufs- und Ortswechsel

des Vaters bekam der junge Max nur eine mäßige Schulbildung, und schon mit elf Jahren mußte er als Gänse-, später Kuh- und Pferdehirt, mitverdienen. Mit vierzehn mußte er die Schule verlassen und wurde als Tagelöhner zu einem Gutsbesitzer gegeben. Zwei Jahre später ging der lernbegierige Hoelz nach England, wo er eine Stellung als Volontär in einem technischen Büro fand; in den Abendstunden besuchte er ein Polytechnikum. Häufig mußte er hungern, da sein Geld nicht für das Nötigste reichte. Nach seiner Rückkehr aus England gelang es ihm nach großen Mühen, eine Anstellung als Techniker beim Eisenbahnbau zu finden. Er schloß sich dem "Christlichen Verein Junger Männer" und dem "Weißen Kreuz", einem evangelischen Keuschheitsbund, an. Da er sich weiterqualifizieren wollte, ging er nach Dresden, wo er erst nach Monaten eine Arbeit als Filmvorführer für 25 Mark wöchentlich fand. Tagsüber besuchte er eine Schule, abends arbeitete er, und nachts machte er seine Schulaufgaben. Nachdem er dieses Leben etwa ein Jahr lang geführt hatte, war er körperlich am Ende. Auf ärztlichen Rat hin gab er die Schule auf und ging 1912 nach Falkenstein im Vogtland, wo er tagsüber als Landvermesser und abends als Filmvorführer und -erklärer arbeitete. Bis zum Kriege nahm er am politischen Leben nicht teil, Politik lag außerhalb seines Gesichtskreises. Bei Kriegsausbruch meldete er sich voller Begeisterung als Freiwilliger, in dem Glauben, für eine gute und gerechte Sache zu kämpfen. Die Greuel des Krieges führten zu einer tiefgreifenden Änderung seiner bis dahin unpolitischen Einstellung. Den letzten Anstoß für seine Politisierung dürften die Vorgänge gegeben haben, die Ende 1918 zur Bildung des Arbeitslosenrats in Falkenstein führten: die Erbitterung der armen Bevölkerung und das Desinteresse der Reichen und des Bürgertums an ihrem Schicksal. Hoelz war für sich selbst immer bescheiden, gleichzeitig aber stets bereit, all jenen zu helfen, die seiner Hilfe bedurften.

Etwa Ende 1918, als er Vorsitzender des Arbeitslosenrats von Falkenstein war, trat er in die USPD ein, jener Abspaltung des linken Flügels der SPD von 1917, der die Kooperation der SPD mit dem Militär und der Monarchie abgelehnt hatte. Ende 1918 verließ der Spartakusbund, eine Gruppierung innerhalb der USPD, die Partei und wurde zum Kern der am 1. Januar 1919 gegründeten KPD, der sich Hoelz im Frühjahr anschloß. Zur Zeit seiner Verurteilung, im Juni 1921, war Hoelz noch Mitglied der KAPD, im November desselben Jahres trennte er sich von dieser Partei und wandte sich wieder der KPD zu. Man darf vermuten, daß dieser Entschluß bedingt war durch die verzweifelte Lage, in der er sich im Zuchthaus befand. Vermutlich kam er zu der Überzeugung, daß nicht die KAPD, sondern die mittlerweile weit stärkere und politisch aktivere KPD mit Aussicht auf Erfolg für seine Freilassung kämpfen konnte.

Die Zuchthauszeit war eine immerwährende Tortur: schwere körperliche Mißhandlungen, Schikanen, gegen die er rebellierte, ungenießbares Essen, Isolationshaft, Qualen der Einsamkeit; selbst seine Verteidigerpost wurde ihm manchmal wochenlang vorenthalten. Allein Bücher und Gymnastik hielten ihn einigermaßen aufrecht. Alle Amnestien für politische Gefangene gingen an Hoelz vorbei, da er ja wegen eines Kapitalverbrechens - Totschlag - verurteilt worden war. Jahrelang kämpfte die KPD für die Wiederaufnahme seines Verfahrens, und unermüdlich setzten sich seine Verteidiger mit hohem Sachverstand für eine Wiederauf-

nahme ein. Viele Intellektuelle und Künstler - darunter Albert Einstein, Otto Dix, Kurt Tucholsky, Heinrich und Thomas Mann, Egon Erwin Kisch und der berühmte Gerichtsreporter Sling - unterstützten Hoelz' Wiederaufnahmebegehren. Die SPD faßte auf einem Parteitag den Beschluß, sich nicht für Hoelz einzusetzen. 1926 meldete sich der wahre Schuldige an dem Totschlag, der Bergmann Erich Friehe, aber acht Monate lang vernahmen ihn weder Polizei noch Justiz. Das Reichsjustizministerium erklärte, auch eine eventuelle Aufklärung des Totschlags werde nicht ausreichen, Hoelz aus dem Zuchthaus zu entlassen, da er ja auch wegen anderer Delikte verurteilt worden sei. Erich Mühsam veröffentlichte eine Schrift "Gerechtigkeit für Max Hoelz!". Endlich gab das Reichsgericht im Juli 1928 einem Wiederaufnahmeantrag Hoelz' und seiner Verteidiger statt und wandte gleichzeitig ein Amnestiegesetz auf ihn an. Der angeblich "lückenlose" Schuldbeweis des Sondergerichts war durch die beigebrachten Tatsachen und Beweismittel zusammengebrochen, die Schuldlosigkeit Hoelz' an der Tötung des Gutsbesitzers Heß war evident. Nach seiner Freilassung aus dem Zuchthaus wurde Max Hoelz in Berlin von einer riesigen Menschenmenge jubelnd begrüßt. Unmittelbar darauf zog sich Hoelz für einige Zeit zu Erholung zurück und schrieb seine Erinnerungen, die 1929 unter dem Titel "Vom 'Weißen Kreuz' zur Roten Fahne" veröffentlicht wurden; noch im selben Jahr erschienen Übersetzungen in tschechischer und russischer Sprache. Das Buch ist ein eindrucksvolles sozialgeschichtliches Zeugnis. Dann trat er etwa ein Jahr lang auf Veranstaltungen der KPD und der "Roten Hilfe" als Propagandist auf. Anfang 1930 reiste er erstmals in die Sowjetunion, wo er schon lange Berühmtheit erlangt hatte: 1923 war er als erster Deutscher mit dem Rotbannerorden der Sowjetunion ausgezeichnet worden. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde er Anfang September 1930 in Bad Elster von Nationalsozialisten angegriffen und dabei schwer verletzt. Vermutlich vorwiegend aus gesundheitlichen Gründen fuhr Hoelz dann im Herbst wieder in die Sowjetunion und entschloß sich, dort zu bleiben.

Hoelz war niemals ein linientreuer KP-Anhänger, und seine Beziehung zur KPD war ja durch heftige Konflikte, bis hin zum Parteiausschluß, gekennzeichnet gewesen. Ihm stand nach eigener Einschätzung *"die Disziplin gegenüber der Revolution höher als die Disziplin gegenüber der Partei"*. Die KP-Führung, die ja im vogtländischen Aufstand Hoelz' militärisch orientierte Kampfweise nicht hatte mittragen wollen, nannte seine Aktionen *"übereilt"* und zieh ihn eines *"primitiven"* Kommunismus. Und sicher hatte der KP-Führer Brandler recht, wenn er nach der Niederschlagung des Aufstands gegen Hoelz gerichtet meinte, *"mit ein paar Handgranaten macht man keinen Aufstand"*.

In seinem Erinnerungsbuch hat Hoelz diese Konflikte teils heruntergespielt, teils der *"opportunistischen"* KP-Führung mit Brandler an der Spitze angelastet und teils verschwiegen. (*"Opportunistisch"* hieß im Sprachgebrauch der KPD jede *"Rechtsabweichung"*.) Seine scharfen Formulierungen von 1921 finden sich in seinem Buch nicht mehr. Das wirft sicher einen Schatten auf Hoelz' Haltung, doch ist dies andererseits nur zu verständlich angesichts der Tatsache, daß der unermüdliche Kampf der KPD und vieler ihrer Mitglieder wesentlich zu seiner Befreiung beigetragen hatte.

Auch in der Sowjetunion war Hoelz nicht bereit, das erforderliche geistige Opfer und die gewünschte Anpassung zu erbringen. Schon bei seinem ersten Aufenthalt äußerte er sich bestürzt über das, was er dort sah: *"Ich bin natürlich auch sehr enttäuscht über die Verhältnisse in Rußland; überhaupt, hier herrscht ein ausgesprochener Bürokratismus."* Auch nachdem er endgültig in die Sowjetunion übergesiedelt war, gab er Besuchern gegenüber oft mit drastischen Worten seiner Empörung über die Verhältnisse Ausdruck, und nach der Machtübernahme Hitlers kritisierte er offen die Stalinsche Politik (die in den Jahren vor 1933 darauf gezielt hatte, statt Hitler die Sozialdemokraten zu bekämpfen), ebenso kritisierte er Stalins Politik in der Komintern, der zahlreiche altgediente Kommunisten zum Opfer fielen.
Anfang 1933, nach dem spurlosen Verschwinden einer Anzahl deutscher Kommunisten, begann Hoelz, für seine Sicherheit und sein Leben in der Sowjetunion zu fürchten. Im Mai 1933 suchte er in Moskau eines Abends einen Botschaftsrat der deutschen Botschaft auf und eröffnete ihm, sich unter den Schutz des Deutschen Reiches stellen und unter allen Umständen nach Deutschland zurückkehren zu wollen, um die deutschen Arbeiter über Stalins Politik aufzuklären. Er wolle sich nicht länger für die sowjetische Propaganda ausnutzen lassen; selbst die Gefahr, im nationalsozialistischen Deutschland mit schwerer Verfolgung rechnen zu müssen, schreckte ihn nicht. Der Botschaftsrat weigerte sich, allein mit ihm zu sprechen, und da Hoelz eine Zusammenarbeit des Botschaftsrats mit der sowjetischen Geheimpolizei - damals GPU - befürchtete, verließ er fluchtartig dessen Wohnung. Mit Sicherheit wurde Hoelz schon damals überwacht; bereits am nächsten Vormittag erhielt er eine Aufforderung, zu einer Vernehmung im Lubjanka-Gefängnis zu erscheinen. Dieser Aufforderung folgte er nicht, statt dessen verbarrikadierte er sich in seinem Zimmer im Moskauer Hotel "Metropol", in dem er und viele andere deutsche Emigranten wohnten. Vorher hatte er noch einen Brief an Stalin abgeschickt, in dem er mitteilte, daß er der GPU nicht lebend in die Hände fallen werde; er habe 60 Patronen, mit denen er sich bis zum letzten verteidigen werde: 59 Patronen für die Häscher der GPU, die letzte für ihn selbst. Erst nach vier Tagen gelang es, Hoelz zum Öffnen seiner Tür zu bewegen. Zu diesem Zeitpunkt dürfte sein Schicksal schon besiegelt gewesen sein.
Unter einem Vorwand und unter Druck wurde Hoelz aus Moskau - wo viel zu viele Emigranten ihn kannten - weggelockt und auf einen ihm von der GPU zugewiesenen Sowchos (ein landwirtschaftlicher Großbetrieb) gebracht. Bald darauf war Hoelz tot - angeblich beim Baden ertrunken. Er wurde im Gewerkschaftshaus von Gorkij aufgebahrt, und eine Abordnung des Infanterieregiments "Max Hoelz" hielt am Sarg die Totenwache. Seine Beerdigung in Gorkij fand unter militärischen Ehren statt: Soldaten des nach ihm benannten Regiments trugen seinen Sarg, auf einem Kissen prangten der ihm von Stalin verliehene Orden. Eine Delegation des Exekutivbüros der Kommunistischen Internationale mit Schdanow an der Spitze war anwesend, und im Namen des Zentralkomitees der KPD sprach Fritz Heckert - derselbe Heckert, der ihn im Vogtland-Aufstand zusammen mit Brandler bekämpft und aus der KPD ausgeschlossen hatte - ehrende Worte des Andenkens.
Die Lorbeerbäume bei der Totenfeier waren so dicht um den Sarg aufgestellt, daß niemand nahe an den Sarg herantreten konnte. Dennoch waren für einige Deutsche, die der Sache nicht

trauten, Gesichtsverletzungen, Einbuchtungen des Schädels und ein eigenartig verzerrtes Gesicht sichtbar. Einem der Freunde gelang es, ein Photo zu machen; es kursierte später in hohen Parteikreisen in Moskau. Das Gesicht auf dem Photo war entstellt und zeigte Kratzspuren, während der hintere Teil des Kopfes auf eine merkwürdige Art mit einem Tuch bedeckt war. Wenige Tage nach der Beisetzung von Hoelz reisten einige bekannte Moskauer Kommunisten heimlich nach Gorkij, um über seinen Tod eigene Nachforschungen anzustellen. Es gelang ihnen, zwei Fischer ausfindig zu machen. Diese erzählten, daß sie an jenem Tage, an dem Hoelz angeblich ertrunken war, am späten Nachmittag auf dem Fluß, in unmittelbarer Nähe eines Brückenpfeilers, einen Kahn beobachtet hätten, in dem zwei Männer auf einen Dritten, der sich verzweifelt wehrte und mit einer fremdländisch klingenden Stimme um Hilfe schrie, eingeschlagen hätten. Die beiden Männer hätten den offenbar schwer Verletzten längere Zeit unter Wasser gehalten. Weder mit Versprechungen noch mit Drohungen ließen sich die beiden Fischer dazu bewegen, ihre Aussagen vor Gericht zu wiederholen oder schriftlich niederzulegen. Viele, die Hoelz kannten, wußten zudem, daß er ein guter Schwimmer gewesen war. Das Ende eines deutschen Revolutionärs.

Es ist sicher schwierig, aus heutiger Perspektive ein politisches Urteil über Max Hoelz zu fällen. Niemals wird mit letzter Sicherheit entschieden werden können, ob ohne einen Sieg Stalins über seine parteiinternen Widersacher der Kommunismus in einer totalitären Diktatur hätte enden müssen - auch wenn diese Tendenzen von vornherein in der Marxschen Doktrin angelegt waren, die ja, entgegen dem eigenen *"wissenschaftlichen"* Selbstverständnis, eine säkularisierte Glaubensgewißheit darstellt - eine *"Heilsgeschichte in der Sprache der Nationalökonomie"* (Karl Löwith). Für Hoelz ging es niemals um solche doktrinären oder Glaubensfragen. *"Das Grundgesetz meines Wollens lautet: Jeder hat das Recht zum Leben und die Pflicht, anderen zum Leben zu verhelfen."* Niemand, der an einer *"Verfassung der Freiheit"* (Ralf Dahrendorf) interessiert ist, wird guten Gewissens behaupten können, daß die Republik von Weimar, die sich gesellschaftlich gar nicht sehr vom deutschen Kaiserreich unterschied, vielmehr dessen autoritäre staatliche Strukturen durch das Bündnis von Sozialdemokratie und Militär fortführte, tatsächlich einen Bruch mit der antidemokratischen und antiliberalen Politik des kaiserlichen Deutschlands darstellte. Wäre es nicht aus der Perspektive einer deutschen Republik, die sich gegenüber ihrer Vorgängerin beträchtlich liberalisiert und demokratisiert hat, angemessen, auch einen Max Hoelz nicht nur aus der verzerrten Perspektive des Antikommunismus zu sehen? In einer Zeit, in der in der Bundesrepublik außenpolitische Feindbilder abgebaut werden, könnten einige dieser tradierten Feindbilder auch innergesellschaftlich einer neuen Bewertung unterzogen werden.

Hoelz' Motivation war erst in zweiter Linie politisch. Er war ein Mann mit einem großen Herzen, den Unrecht und Unterdrückung empörten, und der den Armen und Unterdrückten seine Hand leihen wollte. *"Muß ich nicht als ehrlicher Mensch den Schwachen schützen, der von den Starken bedroht wird?"* Doch hatte er auch erkannt, daß solche humanistischen Überzeugungen ohne den Einsatz von Machtmitteln wertlos sind. Seinen Kampf führte er *"nicht zur Vernichtung oder Beseitigung von Menschenrechten"*, sondern zur *"Beseitigung von Vorrechten"*: *"Ich kämpfe den revolutionären Kampf nicht um des Kampfes willen,*

sondern um des Zieles willen. Nachdem ich erkennen lernen habe müssen, daß das Ziel der Menschenbefreiung nicht auf dem Wege des großen Nazareners erreicht werden kann, ziehe ich aus meiner Erkenntnis die notwendigen Konsequenzen und handele danach, auch wenn sich diese Handlungen gegen mein Gefühl und Empfinden richten." Viele, die ihn erst bei seinem Prozeß oder im Zuchthaus kennenlernten, revidierten nach ihrem persönlichen Eindruck ihre Meinung über den *"Banditen"*.

Die SED hat - wie könnte es anders sein - Max Hoelz für die eigene Traditionsbildung vereinnahmt, wenn auch mit einer gewissen Reserve. Denn *"die Partei hat immer recht"* - so der Text eines in der DDR gesungenen "Kampflieds" -, und deshalb hat natürlich auch die KPD in ihren Konflikten mit Hoelz *"recht gehabt"*. So argumentiert die SED, daß gerade auch der Fall Hoelz zeige, wie ein Linkskommunist und (Halb)"Anarchist" durch die erzieherische Macht der Arbeiterklasse doch noch zu einem wertvollen Klassenkämpfer werden könne. Und sein Tod bleibt für sie nach wie vor ein *"Unglücksfall"*.

Wer Max Hoelz allein als Rechtsbrecher sieht, hängt einem Rechtspositivismus an, der sich von vornherein der Möglichkeit begibt, zwischen einer Rechtsordnung und einer bloßen Machtordnung zu unterscheiden. Die Konsequenz eines solchen ausschließlich systemimmanenten legalistischen Denkens ist die Unmöglichkeit, liberale und demokratische Systeme gegen illiberale und undemokratische Systeme abzugrenzen. Mit dem Versuch, Legalität und Legitimität a priori zu identifizieren, wird ein unbedingter Gehorsam gefordert, wie illiberal ein politisches System auch sein mag. So wenig es heute noch nötig ist, die Republik von Weimar zu verklären, so wichtig ist es doch andererseits, sich einer wichtigen Figur dieser Republik zu erinnern.

Max Hoelz - Eine Literaturübersicht

1. Weimarer Republik, SPD und Revolution

Neuere historische Darstellungen (Hagen Schulze, Weimar - Deutschland 1917-1933, Berlin 1982 und Hans Mommsen, Die verspielte Freiheit - Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933, Berlin 1989) übernehmen die Ergebnisse der seit den späten sechziger Jahren durchgeführten Forschungen zur deutschen Revolution 1918/19, daß die SPD mit ihren Führungsfiguren Ebert und Scheidemann die Hauptverantwortung für die fehlgeschlagene deutsche Revolution und für die Kontinuität der sozialen Strukturen über das Kaiserreich hinaus bis in das Dritte Reich trägt. Ähnliches findet sich schon bei Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968; das Zitat über die *"stille Koalition"* dort auf S. 444. Eberts Perhorreszierung der Revolution zitiert Sebastian Haffner, Von Bismarck zu Hitler - Ein Rückblick, München 1987, S. 160. Vgl. auch Sebastian Haffner, Die deutsche Revolution 1918/19 - Wie war es wirklich?, München 1979 (2. Aufl.). Max Webers Einschätzung der Sozialdemokratie findet sich in seiner Untersuchung von 1893

über "Die deutschen Landarbeiter", in: Bericht über die Verhandlungen des 5. Evangelisch-sozialen Kongresses, Berlin 1894, S. 81 und Kurt Eisners Urteil in seinen Gesammelten Schriften, Band 1, Berlin 1919, S. 223.

2. Politische Justiz in Weimar

Emil Julius Gumbel, Zwei Jahre politischer Mord erschien 1921 in Berlin, in erweiterter Fassung als Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1922. Die Denkschrift des Reichsjustizministeriums zu Vier Jahre politischer Mord wurde 1924 erstellt. Otto Kirchheimers Aufsatz über "Politische Justiz", erstmals erschienen in Sociologica I, Frankfurt 1955, ist wiederabgedruckt in Otto Kirchheimer, Politik und Verfassung, Frankfurt 1964, S. 96 - 122. Wichtig ist darüber hinaus Felix Halle, Deutsche Sondergerichtsbarkeit 1918 - 1921, Berlin und Leipzig 1922.

3. Der Prozeß gegen Hoelz und das Wiederaufnahmeverfahren

Hoelz' Schlußrede in seinem Prozeß ist ohne seinen Lebensbericht abgedruckt in Die Aktion, XI. Jahrgang, Nr. 29-32, 30. Juli 1921, Sonderheft für Max Hölz, S. 448 - 452 (das Sonderheft erschien auch als selbständige Broschüre) und unter Einschluß seines Lebensberichts erneut in Kurt Kreiler (Hrsg.), Traditionen deutscher Justiz: Große politische Prozesse der Weimarer Zeit, Berlin 1978, S. 133 - 154. Felix Halle/ Alfred Apfel, Wiederaufnahme-Antrag für Max Hoelz an das Reichsgericht, Berlin 1928 sowie Felix Halle/Alfred Apfel, Eingabe für den zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilten Max Hoelz an den Deutschen Reichstag und den Preußischen Landtag, Berlin 1928. Egon Erwin Kisch, Sieben Jahre Justizskandal Max Hoelz, Berlin 1928.

4. Selbstzeugnisse Hoelz'

Sein Bericht "Aus meinem Leben" in seiner Schlußrede vor dem Gericht findet sich in Die Aktion, Sonderheft, S. 409 - 420 sowie in Georg Fritzsche, Max Hoelz - Aus meinem Leben. Max Hoelz' Beweismaterial für den Verrat der K.P.D. an der Deutschen Arbeiterschaft, Landsberg (Warthe) 1931, S. 4 - 19. Max Hoelz, Vom "Weißen Kreuz" zur Roten Fahne, Berlin 1929, erneut Frankfurt/Main 1969, erneut Halle und Leipzig 1984. (Eine kurze Besprechung findet sich in Kurt Tucholsky, Gesammelte Werke, Band 7, Reinbek 1975, S. 99 - 100.) Max Hoelz, Briefe aus dem Zuchthaus, hrsg. von Egon Erwin Kisch, Berlin 1927. Zwei bis dahin unveröffentlichte Briefe Hoelz' finden sich in Theodor Pinkus (Hrsg.), Briefe nach der Schweiz - Gustav Landauer, Erich Mühsam, Max Hölz, Peter Kropotkin, Zürich 1972, S. 64 - 73.

5 Darstellungen Hoelz'

Ludwig Bergmann, Max Hölz: Seine gesamte Biographie und die wahren Vorgänge bei seiner Verhaftung. Nach einem von ihm selbst geschriebenen Lebenslauf, Berlin 1921. Hoelz

distanzierte sich entschieden von dieser Schrift (*"mit erfundenen Zusätzen vermischt"*, *"völlig entstellt und teilweise gröblich unwahr"*), vgl. "Eine Erklärung von Max Hölz", Die Aktion, Heft 27/28, 29. Juli 1921, S. 383. Wichtige Selbstzeugnisse Hoelz' enthält Georg Schumann (Hrsg.), Max Hölz der "gemeine Verbrecher" - Material zu dem an Max Hölz verübten Justizmord, Halle-Merseburg 1923. Egon Erwin Kisch "Der Gefangene Max Hoelz" ist ein Nachwort in Max Hoelz, Briefe aus dem Zuchthaus, darin auch Kischs Zitat über den *"ausdrücklich verhängten Tod"*, S. 98. Eine Witzblattfigur (daß der Sachse Hoelz berlinerte, ist höchst unwahrscheinlich) von Hoelz zeichnet George Grosz, Ein kleines Ja und ein großes Nein, Reinbek 1974, S. 150 - 152. Auch Franz Jung, der Hoelz nicht mochte, berichtet einige Eindrücke in seinem Buch Der Weg nach unten, Neuwied 1961, S. 203 - 212. Sehr unzuverlässig, mit Fehlern durchsetzt und von einer starken Abneigung gegen Hoelz geprägt ist der Aufsatz "Max Hölz, der Rebell" in: Margarete Buber-Neumann, Die erloschene Flamme - Schicksale meiner Zeit, München 1976, S. 152 - 167. Ähnliches findet sich auch in Margarete Buber-Neumann/Paul Rütt-Marand, Dokumentation einer Manipulation - Das Fernsehspiel Max Hölz, Bonn o.J. (ca. 1970). Nachforschungen über die Ermordung Hoelz' werden beschrieben in Karl I. Albrecht, Der verratene Sozialismus - Zehn Jahre als hoher Staatsbeamter in der Sowjetunion, Berlin 1938, 1941 (11. Aufl.), S. 311 - 318. Sehr engagiert, aber auch sehr literarisch ist Erich Mühsam, Freiheit für Max Hölz!, Berlin 1925, wiederabgedruckt in Prosaschriften I, Berlin 1978. Eine kurze Darstellung Hoelz' durch Wilhelm Herzog, die daran leidet, daß sie die völlig verfehlte Parallele zu Kohlhaas erneut strapaziert (Kohlhaas hatte ein privatrechtliches Problem, Hoelz empörte sich über soziale Ungerechtigkeit, Ausbeutung und politische Unterdrückung) ist wiederabgedruckt bei Kreiler, Traditionen, S. 130 - 133. Einige Zeugnisse und Erinnerungen an Hoelz sind wiederabgedruckt in Europäische Ideen, Heft 14/15 (1976), S. 114 - 117.

6. Der Vogtlandaufstand und der mitteldeutsche Aufstand

Eine wichtige Darstellung linkssozialistischer Strömungen der frühen Weimarer Republik ist Hans Manfred Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 - 1923, Meisenheim 1969, zu Hoelz vor allem S. 308 - 318, wenn auch nicht immer korrekt. Die Diskussion innerhalb der KPD um Hoelz wird deutlich anhand der beiden sehr unterschiedlichen Parteiführer Levi und Brandler. Paul Levi gehörte in der SPD zur "radikalen Linken", war Luxemburg-Anhänger und erster Vorsitzender der KPD nach der Ermordung Luxemburgs. Eine sehr literarische Auseinandersetzung mit Hoelz, die mit hoher Wahrscheinlichkeit von Levi stammt, doch anonym erschien, ist "Hölz", Die Internationale, Heft 23, 1. Juni 1920 (2. Jahrgang), S. 1 - 4. Aufgrund seiner Schrift Unser Weg - Wider den Putschismus, Berlin 1921, wiederabgedruckt in Paul Levi, Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie - Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, Frankfurt 1969, S. 44 - 94 wurde Levi, wie er erwartet hatte, aus der KPD ausgeschlossen; nach seinem Wiedereintritt in die SPD 1922 war er der geistige Führer ihres linksoppositionellen Flügels. Siehe auch Paul Levi, Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran?, Berlin 1921. Heinrich Brandlers Einschätzung findet sich

in seiner Schrift Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen, o.O. (KPD) 1920 sowie ohne Verfasser, Der Hochverratsprozeß gegen Heinrich Brandler, Berlin 1921. Wichtig für das Verhältnis zwischen KPD und Hoelz ist auch Zentrale der KPD (Hrsg.), Die Enthüllungen zu den Märzkämpfen - Enthülltes und Verschwiegenes, Halle 1922. Diese Darstellung und Zusammenstellung wurde redigiert von Georg Schumann, einem ehemaligen SPD-Mitglied, Journalist, späterem Mitbegründer der KPD, später sächsischer Landtags- und Reichstagsabgeordneter, der mit Hoelz gut bekannt war und die unter 5. zitierte Dokumentation zu Hoelz herausgab und mit einem Vorwort versah. Weiterhin das Kapitel "Max Hölz" in Joseph Schneider, Die blutige Osterwoche im Mansfelder Land - Tatsachenmaterial aus der Märzaktion, Wien 1922. Aus der Sicht eines an der Niederschlagung des Aufstands beteiligten höheren Polizeioffiziers Walter Drobnig, Der mitteldeutsche Aufstand 1921 - Seine Bekämpfung durch die Polizei, Lübeck 1929.

7. Sonstiges

Die *"Verfassung der Freiheit"* ist das Thema von Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968. Carl Schmitts Diktum von der Ideologie des Unpolitischen findet sich in seiner Schrift Hugo Preuß, Tübingen 1930, S. 6 sowie in seiner Untersuchung Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1931, Berlin 1969 (2. Aufl.), S. 3. Karl Löwiths Urteil über den Marxismus findet sich in seiner Untersuchung Weltgeschichte und Heilsgeschehen, Stuttgart 1953, 1967 (5. Aufl.), S. 48, wiederabgedruckt in Karl Löwith, Sämtliche Schriften, Band 2, Stuttgart 1987.

Abbildungsnachweis:
Umschlag: Jacob A. Riis, How the other half lives, New York 1971, S. 208
2. Umschlagseite/Seite 1: Amazonen-Bataillon, 1793, Bilderbogen aus Orléans, in: Sklavin oder Bürgerin? Französische Revolution und Neue Weiblichkeit 1760 - 1830, herausgegeben v. Viktoria Schmidt-Linsenhoff, Frankfurt/Main und Marburg 1989, S. 43
S. 19, S. 28 u. S. 30: Illustrierte Geschichte der Russischen Revolution 1917. Herausgegeben von W. Astrow, A. Slepkow, J. Thomas, Berlin 1928, S. 219, S. 85, S. 355
S. 43: Kampf-Front, 4. Jg. (1928), Nr. 12
S. 46: Kampf-Front, 4. Jg. (1928), Nr. 8
S. 48: Kampf-Front, 4. Jg. (1928), Nr. 1
S. 50: Der Bau-Prolet, 7. Jg. (1931), Nr. 25
S. 53: Der Bau-Prolet, 8. Jg. (1932), Nr. 24
S. 55: Der Bau-Prolet, 9. Jg. (1933), Nr. 8
S. 117: Manfred Gebhardt, Max Hoelz. Wege und Irrwege eines Revolutionärs, Berlin 1983, S. 2

Joachim Bruhn

Abschaffung des Staates.
Thesen zum Verhältnis von anarchistischer und marxistischer Staatskritik

1.
Marx beweist nichts gegen Bakunin, Kropotkin widerlegt nicht Lenin, Engels ist kein Argument gegen Proudhon und der spanische Anarchismus der Jahre 1936/37 ist nicht die Alternative zur Russischen Revolution von 1917.

2.
Für eine Staats**kritik** in revolutionärer Absicht sind die anarchistischen wie marxistischen **Theorien** über den Staat gleichermaßen unerheblich und belanglos, d.h. nur Gegenstände von historischem Interesse. Das Bestreben, Marx gegen Bakunin auszuspielen, beweist nur, daß der Kritiker noch unter dem Niveau der Verhältnisse agiert, die er doch überwinden möchte. Das Beharren auf Bakunin als Alternative zum 'autoritären Sozialismus' ist ein Kapitel revolutionärer Romantik.

3.
"Die Linke" denkt klassisch die Gesellschaft in der Perspektive von ökonomischer Krise und Zusammenbruch. Sie denkt die Ökonomie als das zentrale Verhältnis der Ausbeutung, das den Staat strukturiert, aus dem sich der Staat 'ableitet'. Der Staat ist ein leerer, wesenloser Effekt der Produktion. Als wesenloser Staat gilt er "an sich" - wäre er nur demokratischer Staat, dem 'Einfluß' der herrschenden Klassen entzogen - als das neutrale Instrument krisenfreier Planung und Verwaltung der Produktion. Die "linke Utopie" träumt den Staat als den Ort bewußter Selbstorganisation der Gesellschaft, als Verwaltung ohne Herrschaft.

4.
Ebenso klassisch betrachtet "die Rechte" die Gesellschaft in der Perspektive von politischer Krise und Staatsstreich. Sie denkt die Ökonomie als das an sich selbst neutrale Mittel der Bedarfsdeckung, die, wäre sie nur entformalisiert und entpolitisiert, den Staat auf das reine Mittel der Garantie gewaltfreier Tauschakte auf dem Markt reduzieren würde. Die Ökonomie, wäre sie wahrhaft nach ihrem Wesen, der freien Konkurrenz, organisiert, würde sich vom Staat als dem Ort des juristischen Privilegs emanzipieren. Die "rechte Utopie" träumt die Gesellschaft ohne Staat.

5.
"Die Linke" und "die Rechte" sind das **Spiegelspiel der Politik**. Es ist die objektive Paradoxie der bürgerlichen Gesellschaft, daß die linke Vorstellung vom politischen Prozeß: Addition der

staatsbürgerlichen Einzelwillen zum Inhalt der Souveränität im Akt demokratischer Wahl, exakt negativ und daher genau komplementär zur rechten Vorstellung vom ökonomischen Prozeß sich verhält: Addition der individuellen Nachfrage auf dem Markt zum Bestimmungsgrad der Produktion.

6.

Das Spiegelspiel der Politik ist der Prozeß der Verschmelzung von Legalität und Legitimität zur Souveränität. Der Bourgeois tritt an gegen den Citoyen und der Citoyen strebt danach, den egoistischen Bürger der Konkurrenz in sich aufzuheben und zu vernichten. In diesem Verhältnis erzeugt jeder beständig sein Gegenteil, dieses Verhältnis selbst ist die Reproduktion der Souveränität.

7.

Ökonomie und Politik, Gesellschaft und Staat, Ausbeutung und Autorität sind die extremen Abstrakta dieses Spiegelspiels, der Versuch, das eine aus dem anderen 'abzuleiten' und auf den 'Ursprung' zu reduzieren. Staats**kritik** in revolutionärer Absicht hat allererst die **Bedingung der Möglichkeit** dessen zu denken, über den gleichen Gegenstand: Staat, das eine und das andere, das eine gegen das andere auszusagen. Wie kann etwas gedacht werden, das sich der logischen Regel des 'ausgeschlossenen Dritten' nicht fügt?

8.

Die historischen Gestalten anarchistischer und marxistischer Staatstheorie haben das bürgerliche Spiegelspiel der Politik in den Reihen der Opposition nur wiederholt und damit die Hegemonie der objektiven bürgerlichen Denkformen noch über ihre Opposition bewiesen.

9.

Der Anarchismus ist seiner historischen Gestalt nach der ins Äußerste getriebene Liberalismus, der Versuch, den Bourgeois vom Citoyen zu befreien. Er ist der Radikal-Liberalismus der Bürger, Kleinbauern und Handwerker, die ihre Produktion ohne Lohnarbeit organisieren und den Staat nur als Kommando, Befehl und allgemeine Steuererhebung ohne Nutzen erfahren. Die "Gesellschaft ohne Staat" ist der ins Politische gewendete Traum des nichtkapitalistischen Privateigentums, der Logik des Privateigentums zu entkommen ohne dieses - die Bedingung ihrer sozialen Existenz - auch aufzuheben.

Nachbemerkung:

Der Staat erscheint gegenüber der Gesellschaft als das reine **Kommando** und die bloße anordnende **Autorität** in den Gesellschaften ohne kapitalistische Vergesellschaftung und ohne allgemeines Wahlrecht. Es ist kein Zufall, daß der konsequente Anarchismus eines Bakunin oder Kropotkin im zaristischen Rußland entstand. Hier bestand keine Balance einer gesellschaftlich erzeugten Hegemonie, eines Konsensus von unten, mit den Imperativen der Staatsgewalt. Daß die Gesellschaftsmitglieder den Staat wollen müssen, war einer Gesell-

schaft, deren Mitglieder Objekte der Feudalgewalt, nicht Bürger waren, undenkbar - oder die reine, anarchistische Utopie.

Kropotkin setzte folgerichtig der absolutistischen Willkür die Utopie der *"freien Vereinarung"* gegenüber. Er wies nach, daß die Regierung im gesellschaftlichen Leben nur die gesellschaftliche Spontaneität einengt und hemmt. Das Kommando ist der Tod der Initiative. *"Die Menschheit (sucht) sich von jeder Art Herrschaft zu befreien"*, schreibt er in der "Eroberung des Brotes", *"und ihre Organisationsbedürfnisse durch freie Vereinbarung zwischen Individuen und Gruppen mit gleichen Zielen zu befriedigen. Unabhängigkeit der kleinsten territorialen Einheit wird ein dringendes Bedürfnis; gemeinsame Übereinkunft ersetzt das Gesetz und regelt, über die Grenzen hinweg, die partikularen Interessen in Hinsicht auf ein gemeinsames Ziel. Alles, was früher als Funktion der Regierung angesehen wurde, ist heute in Frage gestellt: man arrangiert sich viel leichter und besser ohne deren Intervention... Wir (gelangen) zu dem Schluß, daß die Menschheit dahin tendiert, die Tätigkeit der Regierungen auf Null zu reduzieren, d.h. den Staat, diese Personifikation der Ungerechtigkeit, der Unterdrückung und des Monopols, abzuschaffen."* Kropotkin setzt dagegen die *"aus freier Vereinbarung und privater Initiative hervorgegangene, völlig spontane Bewegung"*.[1]

Aber hinter dem Ideal der Mündigkeit ist unschwer die bürgerliche Autonomie, seinen Willen nur im gleichen Maße abzutreten, als ein Vertrag angemessenen Nutzen garantiert, zu erkennen. Kropotkins Beispiele der spontanen Initiative sind ebenso rührend wie lächerlich: Beispiele freier Vereinbarung sind der Weltpostverein, die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft, die Eisenbahnen und schließlich das ökonomische Kartellwesen! Eben jene vertragsförmigen Organisationen, in denen die bürgerliche Gesellschaft sich selbst organisiert, in denen sie ihren Willen bekundet, vom Staat beherrscht zu werden, sind Kropotkin die menschliche, anthropologische Utopie.

Überhaupt vermag es der historische Anarchismus nicht, ohne positive Anthropologie auszukommen. **Der Mensch ist** seiner Natur nach das freie, denkende, aufrührerische Wesen. **Bakunin**, in bezug auf die *"freie Vereinbarung"* weniger naiv als Kropotkin, vermag daher die Revolution nur in der Moral zu begründen, in der existentiellen Lage des 'Revolté'. Freiheit entsteht aus Entscheidung, aus dem 'acte gratuit' der Verweigerung, die nach ihrem Nutzen nicht fragt und durch die Tat für ihren Willen Zeugnis ablegt.[2] Aber auch diese existentialistische Begründung der Abschaffung des Staates (von der, unter anderem Aspekt, noch die Rede sein wird) vermag einen logischen Zusammenhang von Gesellschaft und Staat nicht zu denken. Staat erscheint gänzlich als das, was er **auch** ist; das Spiegelspiel geht weiter: *"Es ist offenbar, daß alle sogenannten allgemeinen Interessen der Gesellschaft, die der Staat angeblich vertritt... eine Abstraktion, eine Fiktion, eine Lüge bilden und der Staat gleichsam eine große Schlächterei und ein ungeheurer Friedhof ist"*, schreibt er 1871 in dem Aufsatz "Die Commune von Paris und der Staatsbegriff". Und weiter: Das gesellschaftliche Elend gründet *"im Prinzip und der Tatsache einer jeden Regierung"*. Der Anarchismus organisiert eine *"antipolitische Macht"* zur radikalen *"Verneinung des Staates"*, zur Abschaffung *"jener ganz formellen, vom Staat aufgezwungenen, zugemessenen und reglementierten Freiheit"*.[3]

Ein Zusammenhang, aus dem die Mitglieder einer Gesellschaft im vernünftigen Verfolg ihrer ökonomischen Interessen die staatliche Autorität als die Ergänzung und Bedingung ihres Interesses wollen müssen, ist dem Anarchismus bis heute undenkbar geblieben. Auch neuere Versuche, Anarchismus als Praxis zur Abschaffung des Staates zu denken, verbleiben im traditionellen Schema. Zeugnis dafür ist das "Jahrbuch für libertäre & gewaltfreie Aktion, Politik & Kultur" "Wege des Ungehorsams".

Die etwa von S. Münster in seinem Aufsatz "Exterminismus und Revolution" versuchte Wiederbeatmung eines *"bakunistische*(n) *Begriff*(s) *von Freiheit"* erinnert nicht zufällig an den bürgerlichen Ahnherren des Vertragsbegriffs, Immanuel Kant.[4] Münster schreibt, der bakunistische Freiheitsbegriff bestünde in den *"Forderungen des Sittengesetzes..., so zu handeln, daß der Handelnde in seine Handlung auch dann einwilligen könnte, wenn er die Interessen derer abwägt, die von seiner Handlung betroffen sind"*.[5] Letztlich bleibt nur die unbegründete Hoffnung, die Verhältnisse des 19. Jahrhunderts wiederkehren zu sehen: In den 'neuen sozialen Bewegungen' deute sich an, daß *"das gemeinsame Bezugssystem zwischen Staat und Bürger brüchig (wird). Auf einem neuen historischen Niveau wiederholt sich so etwas, was dem historischen Anarchismus seine Kraft gegeben hat: Der Staat war nur äußerlich, Zwang, er hatte in der (bäuerlichen, handwerklichen) Produktion keine Funktion, er kam von außen und nahm mit Gewalt (Rekruten, Steuern) und schützte die, die einen Eigentumstitel hatten, während die Arbeit ohne sie gemacht wurde."* [6]

Nicht zufällig schreibt Münster den 'neuen sozialen Bewegungen' zu, was nach Ansicht der RAF Ergebnis des Terrors ist. Über die Schleyer-Entführung 1977 heißt es in deren Erklärung "Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front", der Staat sei gezwungen worden *"zum reinen starken Staat zu werden, jede auch nur kritische Geste niederzuwalzen und sich als unentrinnbarer Apparat der Gesellschaft bis in die feinsten Verästelungen gegenüberzustellen."* [7]

Auch wenn man nicht, wie das bürgerliche Vorurteil, Anarchismus und Terror für zwei Seiten der gleichen Medaille hält, so ist doch die Übereinstimmung frappant: Als das Subjekt von Opposition und Revolution kann bzw. können nur, wie schon bei Kropotkin und Bakunin, *"die Gesellschaft"*, *"das Volk"* oder gar, in äußerster Konkretion, *"die Menschen"* benannt werden.

Der dem Anarchismus konstitutive Ausfall einer Klassenanalyse der bürgerlichen Gesellschaft rächt sich. Es wird systematisch unmöglich, den Begriff des Staates zu entwickeln. Dies zeigt instruktiv der Aufsatz von Bernd Ulrich und Günter Saathoff zum Thema "Ziviler Ungehorsam - ein deutsches Trauma" im gleichen Band der "Wege des Ungehorsams."

Auf dem Wege immanenter Kritik der bürgerlichen Demokratietheorie versuchen sie, einen *"Standpunkt... außerhalb der Theorie der bürgerlichen Demokratie"* [8] aufzufinden. Sie zeigen auf, daß es letztlich keinen demokratietheoretisch begründbaren Widerstand gegen die im formellen Sinne legal ausgeübte Staatsgewalt geben kann. Aber gleichwohl muß sich der notwendige Widerstand auf ein allgemein als vernünftig anerkanntes Prinzip berufen können, soll nicht reine Willkür das Resultat der Kritik sein. Als Geltungsbedingung der Mehrheitsregel formell legaler Entscheidung bezeichnen sie die 'Reversibilität': Soll das Prinzip der

Volkssouveränität gelten, dann ist das Handeln einer legal gewählten Regierung auf jene Entscheidungen beschränkt, die von der nächsten Regierung rückgängig gemacht werden können. Daher sind Entscheidungen über Kernenergie und Atomkrieg undemokratische Entscheidungen, gegen die es das Widerstandsrecht gibt.
Sie schreiben: *"Die Vernichtung eines Volkes ist der Extremfall der Verletzung dieser Rechte"* und glauben, so ein materielles Kriterium der Demokratie gegen die Formaldemokratie ins Feld geführt zu haben. *"Überlebensprobleme sind in der Demokratietheorie nicht vorgesehen"* [10] - aber merkwürdig ist, daß sie, was genauso gut ginge, diesen Fall nicht an einem Individuum, sondern am *"Volk"* durchexerzieren. Auch für den "Staatsbürger in Uniform" gilt, daß die gegen seinen individuellen Willen gefällte Entscheidung für den konventionellen Krieg - der nach Ulrich/Saathoff die Mehrheitsregel nicht außer Kraft setzt - für ihn irreversible Folgen haben kann: Ist er tot, kann er bei der nächsten Wahl den Krieg nicht beenden. Oder anders: dem Staat die Entscheidung über Krieg und Frieden zu bestreiten wäre auch über die Frage möglich gewesen, warum dieser Staat das Recht haben soll, über jene Menschen auf seinem Territorium irreversible Entscheidungen zu verhängen, die noch nicht einmal staatsbürgerliche Qualität haben, kein Wahlrecht besitzen: Ausländer, Minderjährige etc.
Ulrich/Saathoff behandeln die Demokratie nicht als **Staatsform**. Daher ist ihr Widerstandskriterium genauso willkürlich wie irgendein anderes. Nach allen, unbestreitbar angemessenen, Einwänden gegen die Rechtsstaatstheorie von Habermas et al. verfallen sie doch wieder auf den liberalen Glauben, nicht die Demokratie selber könne am Krieg schuld sein, sondern nur *"demokratische Defizite"*, ein *"Zuwenig an Demokratie."* [11] Dies aber ist die alte Lösung Kants, der den Krieg einzig aus der willkürlichen Dezision absoluter Souveränität erklären konnte: ein Publikum freier und gleicher Staatsbürger, versammelt im Parlament als einzigem Ort legitimer und legaliser Dezision, könne seiner Konstitution nach den Krieg nicht beschließen.[12]
Der Widerstand gegen den Staat ist daher letztlich Widerstand für den Staat: Handeln für die völlige Subsumtion der Exekutive unter das Parlament, Opposition gegen den Krieg als eines Ergebnisses illegalen Einflusses privilegierter Gruppen (Rüstungsindustrie) auf die Politik. Der *"Geist der Freiheit"* kämpft gegen *"äußere*(n) *Hindernisse*(n) *einer sich selbst mißverstehenden Regierung"*.[13]
Das Modell "Gesellschaft gegen Staat" kann den Staat nur als grundlose Autorität denken. Konsequent mündet der moderne Anarchismus in ***"revolutionärem Liberalismus"***, wie Stefan Jansson in seinem Artikel im "Jahrbuch" resümiert.[14] Aus der bloßen Tatsache, daß *"die Verfassung ihre Funktion als Legitimationsquelle bürgerlicher Staatlichkeit nur behalten (kann), wenn darin die Interessen der Gesellschaft mit einbegriffen werden"*,[15] aus der Tatsache, daß es eben jenen notwendigen Zusammenhang von bürgerlicher Gesellschaft, Staat und Recht doch gibt, den der historische Anarchismus stets geleugnet hat - daraus wird gefolgert, dieses Interesse sei im Gegensatz zum Staat als der unkontrollierten Gewalt schon das emanzipative, vernünftige und allgemeine Interesse.
Als 'revolutionärer Liberalismus' mündet der moderne Anarchismus darin, sich gegen das

"System" auf die Seite der *"Lebenswelt"* zu schlagen, ganz im Sinne der Kommunikationstheorie des Jürgen Habermas.[16] Der Anarchismus findet seine Praxis darin, alles, was der *"Kolonisierung der Lebenswelt"*[17] widerstreitet, als anarchistisch zu interpretieren. Über eine andere Praxis als jene, als einzige politische Strömung die Phrasen der 'neuen sozialen Bewegungen' auch wirklich ernstzunehmen, etwa *"Leben gegen Gewalt"* zu setzen, kann nicht mehr verfügt werden. Das einleitende, grundlegend gemeinte Vorwort der "Wege des Ungehorsams" bringt dies u.a. auf die Formel: *"Betroffenheit gegen 'Allgemeininteressen' = Staat"*.[18] Wie aber soll in einer Gesellschaft, für die der Selbstwiderspruch von Gesellschaft und Staat, von Bourgeois und Citoyen konstitutiv ist, die Souveränität als ein dynamisches Verhältnis gerade erst organisiert, zwischen alltäglichem Widerstand etwa des Beamtenbundes gegen Stellenkürzungen und revolutionärer Praxis noch unterschieden werden?
In der theoretischen Unmöglichkeit, diese Frage im Horizont des Anarchismus begründbar zu entscheiden, spiegelt sich insbesondere die Verschmelzung des klassischen Anarchismus eines Bakunin mit dem zivilen Ungehorsam nach Gandhi und H.D. Thoreau. **Anarchismus wird zur Frage der Moral**, die es verbietet, das Ziel-Mittel-Verhältnis pragmatisch zu denken: Der Kampf gegen die Gewalt, der aufgrund der objektiven Struktur der Souveränität immer die Militarisierung der Opposition bedeutet, diese erzwingt, kann nur als 'gewaltfreier' organisiert werden, soll nicht das Ziel diskreditiert werden. Das "Jahrbuch" drängt das Problem konsequent in die Fußnote: *"Die Haltungen, die wir brauchen, um nicht unterzugehen und um die herrschenden Strukturen wirksam zu bekämpfen, und die Haltungen, die einer freien Gesellschaft entsprechen, sind grundlegend verschieden. Wir können diesem Dilemma nicht entkommen."*[19]
Zwei Seelen wohnen, ach!, in meiner Brust. Das "Jahrbuch" mündet **im Staatstheoretischen**, dort, wo es anzufangen hätte: bei der Frage, **wie sich dieses "Dilemma"** zwischen Moral und Politik, zwischen Recht und Gewalt, zwischen dem, was einer lieber lassen sollte und dem, was derselbe zu tun gezwungen ist, **überhaupt konstituiert**. Der Anarchismus verbleibt innerhalb dieses Dilemmas, indem er eine Staats**theorie** überhaupt versucht.

10.

Als radikaler Liberalismus will der Anarchismus die bürgerliche Gesellschaft ohne die kapitalistische Vergesellschaftung, von der er daher auch keinen Begriff entwickelt. Die *"Gesellschaft ohne Staat"* ist der Traum, bürgerliche Hegemonie ohne Zwang, Konsensus des Marktes ohne Despotie der Fabrik herzustellen. Der immanente Zusammenhang von Demokratie und Despotie, die Notwendigkeit der Despotie für das Funktionieren der Demokratie bleibt Geheimnis. Der Anarchismus will die politische Form der bürgerlichen Gesellschaft ohne ihren sozialen Inhalt.

11.

Gleichwohl: Als prinzipieller Einspruch gegen Befehl, Gehorsam, Disziplin und Autorität, im prinzipiellen Beharren darauf, Gesellschaft als reale letztlich nach dem Muster der Kaserne zu kritisieren, ist der Anarchismus die halbe Staats**kritik**. Indem er aber den Staat aus diesem

Prinzip der Autorität und Willkür ableitet, wird er zur Staatstheorie, die Revolution durch das Spiegelspiel der bürgerlichen Gesellschaft paralysiert. Marxismus wäre die andere Hälfte dieser Staatskritik, indem er die Autorität auf ihre soziale Konstitution hin untersucht und diese in einer prinzipiellen Analyse des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft fundiert. Indem er jedoch den Staat aus dem Kapital 'ableitet', wird auch Marxismus zur Theorie und stiftet die Denkbarkeit eines vernünftigen Gebrauchs der Staatsgewalt. Wer den Staat 'ableitet', der hat ihn als einen theoretisierbaren - und das heißt 'an sich' vernünftigen - Gegenstand schon legitimiert.

Nachbemerkung:
Das Halbe wird zum Ganzen nicht durch Addition. Darin liegt der Irrtum aller Versuche, etwa Blochs, dem um stalinistische Staatsextase verkürzten Marxismus spanischen Anarchismus aufzupfropfen oder gar, wie Wolfgang Harich, einen *"Kommunismus im Geiste der Kaufhausbrandstiftung"*[20] zu fordern. Bloch hält, trotz der Frage, ob sich der Marxismus im Stalinismus *"zur Kenntlichkeit oder nur bis zur Unkenntlichkeit verändert"*[21] habe, daran fest, diese Frage nur *"treuen Marxisten"* vorzulegen. Ebenso bleibt Bakunins Versuch, die Kritik der Autorität um die des Kapitals zu ergänzen, ganz äußerlich und nur verbal.[22] Letztlich gelangen alle Versuche der Addition nicht über das Lippenbekenntnis hinaus, Anarchismus und Marxismus hätten die letztlich gleichen Ziele und nur verschiedene Mittel - so aber schon Stalin.[23]

12.
Der Marxismus ist seiner historischen Gestalt nach zum Ausdruck der Verewigung des Kapitals mit proletarischen Mitteln geworden. So ist er wenig mehr als die Ideologie der gewerkschaftlich organisierten Facharbeiterklasse, die dem Privatkapital die Reproduktionsinteressen des Humankapitals aufzwingen will, um es darüber zu Staatskapital zu transformieren. Als Ideologie der Arbeit ist er die Ideologie des variablen Kapitals, des Werts in lebendiger Form. Als Politik ist Marxismus der Aufstand gegen das 'mühelose Einkommen', die Rebellion gegen den für die Produktion unnützen Kapitalisten, der nur den Eigentumstitel und damit das Recht auf den Zins besitzt. Letztlich ist dem Marxismus das Kapital für die Produktion so äußerlich wie dem Anarchismus der Staat für die Gesellschaft. Der Gebrauchswert der Produktion scheint diesem Marxismus durch die allumfassende Logik der Arbeit letztlich ebenso garantiert, wie dem Anarchismus das gesellschaftliche Bedürfnis nach Freiheit trotz aller Staatsüberformung im Letzten eindeutig. Was für den Anarchismus "das Volk" oder "die Gesellschaft" - Fetisch vernünftiger Allgemeinheit - ist dem Marxismus die "Arbeit". Der sogenannte 'Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital' reproduziert das Kapital in anderer Potenz.

13.
Als Politik des Staates gilt dem Marxismus daher die Verallgemeinerung der Arbeit als Prozeß der Aufhebung von Herrschaft. Wenn sich das Kapital im Verfolg seiner eigenen (Arbeits-) Logik auf reines Recht reduziert, auf das Privateigentum als die äußerliche Garantie der

Abschöpfung des Mehrproduktes und dessen geregelte Verteilung an die Klasse der Eigentümer, dann ist Revolution als Federstrich der Aufhebung dieses Rechts zugleich die Abschaffung des Staates als Klassenstaat, seine Überführung ins neutrale Instrument der Verteilung von Gebrauchswerten. Das gegen das Kapital gesetzte "Recht auf Arbeit" schlägt um in allgemeinen Arbeitszwang. Der *"soziale Arbeiterstaat"* (Karl Kautsky) ist der Arbeiterstaat, der ideelle Gesamtlohnarbeiter, wie er unmittelbar mit dem *"ideellen Gesamtkapitalisten"* identisch geworden ist, d.h. *"Staat des ganzen Volkes"* (KPdSU) oder zu werden strebt, d.h. *"Sozialstaat"*. Indem der Marxismus von der Krise her die Gesellschaft denkt, erhebt er den Staat als das Muster von Planung, Organisation und Bewußtsein zum Instrument der Revolution.

Nachbemerkung:
Im Verhältnis zur sozialen Funktion, die der Marxismus ausgeübt hat, ist der Versuch, seinen 'authentischen Gehalt' zu 'rekonstruieren' (das Hobby der akademischen Revolte von '68) oder den 'späten' Marx des "Kapital" gegen den Marx der Frühschriften einzutauschen (das Hobby progressiver Pfaffen und linker Sozialdemokraten) ein intellektuelles Spaßvergnügen. Der Marxismus hat den Staat stets im Rahmen einer positiven, ins politische nur verdoppelten **Metaphysik der Arbeit** gedacht - vom frühesten Marx bis zum spätesten Engels. Sit venia verbo: Marx war schon immer ein mindestens 90%iger Kautskyaner und, daher, Leninist. *"Arbeit als* (der) *Selbsterzeugungsakt des Menschen"*[24] setzt jenes Verhältnis von Wesen und Erscheinung, von Grund und Begründetem, das, indem es Ableitungsverhältnisse stiftet, Vernunft als emanzipatorische letztlich garantieren soll. Das "Prinzip Arbeit" ist ein Idealismus von der Statur des Hegelschen Weltgeistes.
Schon in der Marxschen "Kritik des Hegelschen Staatsrechtes" ist vorgeprägt, was sich später zur *"Diktatur des Proletariats"* auswachsen sollte: *"Der Staat ist der Mittler zwischen dem Menschen und der Freiheit des Menschen"*.[25] Indem sich der Bourgeois verdoppelt, sich in den egoistischen und den allgemeinen Menschen, den Citoyen, auseinanderlegt, provoziert er den Rückschlag des Allgemeinen ins Besondere und schafft, *"erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt"*,[26] auch die objektiven Bedingungen der Revolution. **Die marxistische Staatstheorie ist die Theoretisierung dieser Verdoppelung**: Das Privateigentum als juristischer Ausschluß der Produzenten von der Aneignung ihres Produktes ist nur der ökonomische Aspekt des Zensuswahlrechtes als des Ausschlusses der Nicht-Besitzenden von der demokratischen Abstimmung über die Inhalte der Souveränität. Fällt das Zensuswahlrecht, dann kann von staatswegen das Privateigentum zur Disposition gestellt werden. In diesem Sinne heißt es etwa: *"Der umfassende Widerspruch aber dieser Konstitution besteht darin: Die Klasse, deren gesellschaftliche Sklaverei sie verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht"*.[27]
Die Theorie der Republik ist die ins Politische gewendete Theorie der Aktiengesellschaft - die **Anonymisierung** der Verfügung durch Wegfall des Zensus wie der Personalunion von Eigentum und Direktion ist schon der **Wegfall der Herrschaft**. *"Das namenlose Reich der*

Republik"[28] ist als anonymes auch das herrschaftslose, zumindest virtuell, d.h. solange, bis die politischen Bestimmungen der Freiheit ins Ökonomische hinab ausgedehnt sind, der Staatsbürger auch zum "Wirtschaftsbürger" geworden ist.
Der Staat, in der berühmten Formel von Engels als *"ideeller Gesamtkapitalist"* gedacht, geht restlos auf in der rationalen Garantie der Eigentumstitel, ist bloßer Exponent der Garantie der Abschöpfung des Mehrproduktes ohne das geringste Eigenleben.
Es ist diese positive, aus der Arbeitsdialektik von Subjekt und Objekt, von Wesen und Erscheinung, von Entäußerung und Aneignung gefolgerte Philosophie, die den Sozialismus als *"wissenschaftlichen Sozialismus"* auszeichnet. Als positive Philosophie des Wesens ist er eine rationalisierte Form schlechter Metaphysik. Denn *"Arbeitsmetaphysik und Aneignung fremder Arbeit sind komplementär"*.[29]
Marxistische Staatstheorie als die Arbeitsmetaphysik auf politischem Terrain begreift Empirie als Erscheinung, den Protest der Erscheinung gegen das Wesen als Irrationalismus. Sie leistet damit der repressiven Aneignung des Besonderen durch das Allgemeine Vorschub.
Nikolaj Bucharin: *"So z.B. bedeutet die allgemeine Arbeitspflicht im System des Staatskapitalismus eine Knechtung der Arbeitermassen; dagegen im System der proletarischen Diktatur ist sie nichts anderes als die Selbstorganisation der Arbeit durch die Massen; ...alle Formen des staatlichen Zwanges stellen bei der staatskapitalistischen Struktur eine Pression dar, die den Ausbeutungsprozeß sichert, ausdehnt und vertieft, während der staatliche Zwang bei der proletarischen Diktatur eine Methode des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft darstellt. Kurzum, die funktionelle Gegensätzlichkeit der* ***formal ähnlichen Erscheinungen*** *wird hier total bestimmt durch eine funktionelle Gegensätzlichkeit der Organisationssysteme, durch deren entgegengesetzte Klassencharakteristik."*[30]
Dialektik von Wesen und Erscheinung ist **als negative Dialektik**, als gedanklicher Nachvollzug der Anverwandlung der Erscheinung ans Wesen **allein möglich.** Andernfalls verfällt sie der Metaphysik, deren Opfer - das Schicksal Bucharins beweist es nachdrücklich - selbst das Recht auf Protest verloren haben.
Oder anders: Marxismus als positive Bestimmung des Wesens der Arbeit, dem das Kapital, die *"Produktion um der Produktion halber nichts heißt als Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte, also Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur als Selbstzweck"*,[31] ist die Affirmation des Kapitals wider willen.

14.

Der **Marxismus** denkt das Politische als eine Potenz des ökonomischen Antagonismus der Ausbeutung. Der **Anarchismus** denkt das Ökonomische als eine Potenz des politischen Antagonismus der Herrschaft. Aber beide begreifen ihren Gegenstand unter Kategorien des Dualismus: die Ökonomie erscheint als Kuddelmuddel des Einerseits der Ausbeutung und des Andrerseits der 'Vergesellschaftung der Arbeit'; die **Politik** erscheint als Mischmasch von sowohl staatlicher Autorität als auch gesellschaftlicher Hegemonie und Freiheit. **Theorie** ergibt sich zwanglos aus der Reduktion des Dualismus auf ein Verhältnis von Wesen und Erscheinung.

15.
Marx und Bakunin liegen als die Urväter dieses Modells im Lager der Opposition unter dem Niveau ihres Gegenstandes, indem sie unter dem Niveau der Hegelschen Staatsphilosophie verbleiben. In ihrer konstitutionellen Unfähigkeit, das **Wesen** als die **Bedingung der Möglichkeit** dessen zu fassen, einen Gegenstand **überhaupt** unter den Kategorien des Dualismus zu begreifen und daher über ihn sowohl wahr als auch falsch sprechen zu können, können sie es zugleich als ein **Unwesen** nicht denken.

Nachbemerkung:
Marx und Bakunin sind Schüler und Kritiker Hegels, indem sie ihm nachweisen, daß die Versöhnung von Staat und Gesellschaft im System der "Rechtsphilosophie" nicht gelingen mag. Bakunins berühmtes Diktum: *"Die Lust der Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust"*[32] ergibt sich daraus, daß er die Hegelsche **Negation der Negation** der bürgerlichen Gesellschaft durch den Staat nicht mitvollzieht, bei der **einfachen Negation** stehenbleibt und meint, die Abschaffung des Staates entbinde die Gesellschaft als eine der Freiheit unmittelbar. Das Eigentum fällt mit der staatlichen Garantie des Erbrechtes. In der Garantie dieses Rechtes jedoch war der Staat zugleich die äußere Usurpation des Sozialen, das eigenlogisch den Staat schon überschritten hatte. Bakunin unterstellt Hegel, er könne die Versöhnung von Staat und Gesellschaft nur als Gewalt und daher als eine gegen den Bürger denken. Er hat Recht im ersten, aber irrt im zweiten.
Marx führt den Nachweis, daß Hegel die Versöhnung von Citoyen und Bourgeois nur illusorisch denken kann, daß dieser Versöhnung im realen gesellschaftlichen Leben nichts entspricht als die bürgerliche Schizophrenie selber. Der Bourgeois wird zum Citoyen allein durch die völlige Abstraktion vom sozialen Leben, durch "Transsubstantiation"[33]. Die menschliche Allgemeinheit des Citoyen verbirgt nur die Allgemeinheit der selbstsüchtigen Interessen des Bourgeois. Marx unterstellt Hegel, das Allgemeine sei gar nicht das wahre Allgemeine, da ihm keine besondere Existenz zukomme. Er hat Recht im ersten, irrt aber im zweiten.
Es ist charakteristisch, daß die Marxsche Hegelkritik noch vor dem Übergang Hegels von den Bestimmungen der innergesellschaftlichen zu den Bestimmungen der **zwischenstaatlichen** Souveränität Halt macht. Seine Hegel-Kritik geht bis § 313; Hegel aber gibt in § 328 die Versöhnung von Citoyen und Bourgeois als eine reale und also negative. Der **Soldat** ist die reale Einheit, er ist Beispiel des *"feindseligste*(n) *und dabei persönlichste*(n) *Handeln*(s) *gegen Individuen bei vollkommen gleichgültiger, ja guter Gesinnung gegen sie als Individuen"*.[34] Die unmittelbare Aufopferung der Individualität für den Staatszweck ist die reale, **mit Gewalt und mit Zustimmung des Bürgers**[35] vollzogene Synthese von Staat und bürgerlicher Gesellschaft, von Politik und Moral, von Citoyen und Bourgeois.[36]
Indem Hegel die Bewegung der Sache "Souveränität" selbst verfolgt, ist ihm die Synthese des Besonderen und des Allgemeinen nur als eine negative möglich. Das Wesen, das Hegel als ein affirmatives doch begründen wollte, entlarvt sich als Unwesen. Das Wesen als Unwesen ist die Bedingung dessen, einen Gegenstand unter Bestimmungen des Dualismus zu setzen. Damit ist *"Hegel der metaphysische Denker des Kapitals"*.[37]

16.

Negative Dialektik kann das Wesen als Unwesen denken. Es ist dies Bedingung dessen, einen Gegenstand als dualistischen zu begreifen. Der Staat ist weder Recht noch Gewalt, er ist Recht und Gewalt, Hegemonie durch Zwang und Konsens durch Polizei. Als Souveränität ist er die Bedingung dessen, am Staat überhaupt Recht und Gewalt unterscheiden zu können. Der Begriff der Souveränität verweist auf die negative Dialektik des Wertes. Diese aber kann weder von marxistischer noch anarchistischer Staatstheorie gedacht werden.

17.

"Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet... Er steht außerhalb der normal geltenden Rechtsordnung und gehört doch zu ihr, denn er ist zuständig für die Entscheidung, ob die Verfassung in toto suspendiert werden kann... Im Ausnahmefall suspendiert der Staat das Recht, kraft eines Selbsterhaltungsrechtes... 'Die Ausnahme erklärt das Allgemeine und sich selbst... Kann man sie nicht erklären, so kann man auch das Allgemeine nicht erklären'."[38]

18.

Das Subjekt der Souveränität ist nicht theoretisierbar. Aber davon, es zu kritisieren, hängt in Sachen Staat alles weitere ab. Das Subjekt der Souveränität ist subjektlos, aber es ist dasjenige, das die letztlich verbindliche Entscheidung gewaltförmig trifft. Es hat keine gegenständliche Form, aber es vergegenständlicht sich stets in einer Situation der *"Gefährdung der Existenz des Staates"*.[39] Wo der Souverän auftaucht, ist unabsehbar und jeder Staatstheorie verschlossen, obwohl er die Bedingung dessen ist, überhaupt Staatstheorie treiben zu können. Er gehört der Legalordnung an, steht aber als Legitimität über und neben ihr.

Nachbemerkung:

Die Souveränität bezieht **praktisch** jenen *"Standpunkt... außerhalb der Theorie der bürgerlichen Demokratie"*, den Ulrich/Saathoff[40] aus immanenter Kritik dieser Theorie in einem emanzipativen Sinne beziehen wollen. In diesem Bedürfnis ist gesehen, aber nicht formuliert, daß der Sturz der Souveränität immer nur durch die Konstitution eines Gegen-Souveräns möglich ist. Dies ist der rationelle Kern der Formel von der "Diktatur des Proletariats", zieht man einmal die soziologische Bestimmung des Subjektes der Gegen-Souveränität und den darin implizierten Leninismus ab. In diesem Sinne ist auch die Bestimmung von Friedrich Engels über das 'Absterben des Staates' zu verstehen: Tritt der Staat nur einmal als das wirklich Allgemeine auf, dann ist er zugleich als Staat schon das Besondere und damit Obsolete. Daraus wäre das Problem revolutionärer Organisation zu entwickeln.

19.

Die Souveränität ist dasjenige Verhältnis, das, als Bedingung dessen, den Staat unter den Dualismus von Recht und Gewalt setzen zu können, den Regeln der Theorie, dem Satz vom

ausgeschlossenen Dritten, nicht gehorcht. Zwischen Staat und Kapital kann daher ein Verhältnis der Ableitung nicht bestehen, vielmehr gilt: **Die Souveränität ist das politische Verhältnis des Kapitals wie das Kapital nur das ökonomische Verhältnis der Souveränität**. Zwischen ihnen besteht das Verhältnis der Verdoppelung und Komplementarität: Die ökonomische Synthesis bedarf der politischen, die politische der ökonomischen. Die Verdoppelung des Ökonomischen in Tauschwert und Gebrauchswert, ihre Synthese durch den Wert, ist und erzwingt die Verdoppelung des Politischen in die Bestimmungen von Citoyen und Bourgeois, ihre Synthese durch die Souveränität.

Nachbemerkung:
Daher ist die Frage, ob der Staat das Kapital qua Erbrecht schafft oder das Kapital den Staat, nicht nur überflüssig, sondern hirnrissig. Die bürgerliche Gesellschaft suspendiert die Frage nach dem Verhältnis von Ursprung und Geltung. Der Streit zwischen Anarchismus und Marxismus stellt sich dar als Streit zwischen Geschichte und Logik, ohne zu bemerken, daß dieses Verhältnis selbst nur im Rahmen einer negativen Dialektik, als selbst schon Konstituiertes, gedacht werden kann. Folgerichtig unterstellen beide Systeme eine Notwendigkeit des historischen Ablaufes, wo es doch ein historischer Unfall war, Staat und Kapital, Geschichte und Logik etc. überhaupt ins Verhältnis setzte.[41]

20.
Den Staat unter den Gegensatz von Recht und Gewalt zu setzen, das verlängert die Setzung des Ökonomischen in den Gegensatz der "Republik des Marktes" und der "Despotie der Fabrik". Jenes Verhältnis, das Republik und Despotie als die zwei Seiten einer Medaille stiftet, ist zugleich die synthetische Instanz bürgerlicher Vergesellschaftung, der **Wert**. Es ist dieses Wesen, das Negative Dialektik als das Unwesen denkt. Der Wert ist die ökonomische Bedingung dessen, die Politik als Spiegelspiel betreiben zu können.

Nachbemerkung:
"Der Souverän... zentriert die Konkurrenz der Wahrheiten, so daß tatsächlich keine ausbrechen kann, sondern beiträgt, das Spiel durch den Widerspruch zu reproduzieren".[42]
"Andererseits zeigt sich ebensosehr die Albernheit der Sozialisten (namentlioch der französischen, die den Sozialismus als Realisation der von der französischen Revolution ausgesprochnen Ideen der ***bürgerlichen*** *Gesellschaft nachweisen wollen), die demonstrieren, daß der Austausch, der Tauschwert etc.* ***ursprünglich*** *(in der Zeit) oder ihrem* ***Begriff*** *nach... ein System der Freiheit und Gleichheit aller sind, aber verfälscht worden sind durch das Geld, Kapital etc... Ihnen ist zu antworten: ...daß, was ihnen in der näheren Entwicklung des Systems störend entgegentritt, ihm immanente Störungen sind, eben die Verwirklichung der Gleichheit und Freiheit, die sich ausweisen als Ungleichheit und Unfreiheit... Was die Herren von den bürgerlichen Apologeten unterscheidet, ist auf der einen Seite das Gefühl der Widersprüche, die das System einschließt; auf der andren der* ***Utopismus****, den notwendigen Unterschied zwischen der realen und idealen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu*

begreifen, und daher das überflüssige Geschäft vornehmen zu wollen, den ideellen Ausdruck selbst wieder realisieren zu wollen, da er in der Tat nur das Lichtbild dieser Realität ist."[43]

21.

Die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie gibt - als negative Dialektik des Unwesens verstanden - die Begriffe der Kritik der Souveränität in der **Kritik des Geldes** vor. Das Geld ist mit den Mitteln der Vernunft ebenso unverständlich wie die Souveränität. Es ist die sinnliche Vergegenständlichung der abstrakten Synthesis der Gesellschaft durch den Wert. Das Geld ist die Bedingung der Einheit von äußerster Subjektivität (Bedürfnis, Nachfrage) und extremer Allgemeinheit (Markt, Angebot) ebenso wie die Souveränität die Bedingung der Einheit von Willkür, Gewalt, Autorität, Legitimität einerseits, von Kalkulierbarkeit, Recht, Legalität andererseits darstellt.

22.

Daher kann es eine Theorie der Souveränität ebensowenig geben wie eine des Geldes und der Wertform. Die Wahrheit über den Staat als eines falschen Verhältnisses ist die Abschaffung des Staates, ebenso wie die **theoretische Wahrheit** über das Kapital nur die **praktische Aufhebung** des Kapitals sein kann. Dieses materialistische Paradox reproduziert ex negativo die Form bürgerlicher Vergesellschaftung, indem sie es auf die Spitze treibt. In Sachen Staat ebenso wie in Sachen Kapital kann es ein **Verhältnis von Theorie und Praxis** nicht geben, sondern nur eines von **Kritik und Krise**, von Denunziation der ideellen Formen der Vergesellschaftung in der Hoffnung, deren reale Formen in die Krise zu treiben.

Nachbemerkung:

Das "Jahrbuch" "Wege des Ungehorsams" hängt ganz dem Theorie-Praxis-Verhältnis an und es ist daher folgerichtig, daß es in 'Theorie' wie 'Praxis'unter dem Niveau der Verhältnisse bleibt. Es geht den Herausgebern darum, die *"Bearbeitung eines Theoriedefizites"*[44] einzuleiten, als sei es möglich, theoretische Begriffe wie Kohlensäcke aufzufüllen und umzulagern. Hinter der Rede vom 'Theoriedefizit' steckt stets - und da stehen die "Jahrbuch"-Autoren nicht alleine - die Vorstellung, "Wahrheit" ließe sich innertheoretisch erzeugen, d.h. letztlich auf Konsens reduzieren. Im Ergebnis bleibt dann wenig mehr als der Praxis, d.h. den 'neuen sozialen Bewegungen' einen anderen Sinn zu unterstellen, d.h. sie bloß zu interpretieren. Im Resultat: links-kritischer Positivismus in Theorie und Praxis.

23.

Die Hoffnung, durch Kritik die Krise zu provozieren, ist durch nichts begründbar. Marxismus, als negative Dialektik des Unwesens verstanden, vermag ebensowenig das Subjekt der Revolution anzugeben wie der historische Anarchismus Bakunins. Als **Kritik** ist er strikter Anti-Utopismus, die gerade deshalb der Utopie im Schweigen die Treue hält. Die Berufung auf ein positives Allgemeines ist der Kritik versagt, da Allgemeinheit als gesellschaftlich nur negativ mögliche selber das Aufzuhebende darstellt. Kritik ist die **Provokation** darauf, daß

die gesellschaftlichen Individuen die Resultate ihrer Vergesellschaftung sich als die Resultate ihres Willens nicht zurechnen können - also die kontrafaktische Unterstellung dessen, daß es außerhalb des Spiegelspiels von Citoyen und Bourgeois ein Anderes noch geben könne. Kritik ist Negation der ideellen Formen der Vergesellschaftung als Provokation und ungedeckter Wechsel auf die praktische Negation ihrer realen Formen. Daher der reinste Voluntarismus.

Nachbemerkung:
Der objektive Zustand der Gesellschaft ist der Nihilismus, d.h. die **Gleich-Gültigkeit** aller Werte als objektives Resultat bürgerlicher Vergesellschaftung.[45] Marxens Kritik an Bakunin, dieser könne Revolution nur als den reinsten *"Voluntarismus"* denken,[46] ist daher ebenso wahr wie falsch: Anders als der reine, auf nichts als den Willen begründete Akt ist Revolution nicht mehr denkbar - damit ist sie aber überhaupt als eine vernünftige nicht denkbar. Es ist ebenso vernünftig, im Hühnerstall Motorrad zu fahren wie einen revolutionären Verein aufzumachen - die Gründe subjektiver Pathologie, das eine zu tun oder das andere zu lassen, sind nicht wahrheitsfähig.

24.
Die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft kann nur aus der Differenz von Ausnahme und Regel sich herleiten. Sie muß als Synopse von Kapital- und Staatskritik arbeiten, die das eine im anderen denkt und zugleich aus der doppelten Perspektive von ökonomischer Krise und politischem Staatsstreich. Der Protest gegen Autorität und Kommando ist auf seinen kritischen Gehalt gegen die bürgerliche Hegemonie ebenso zu befragen wie die Opposition gegen Ausbeutung darauf, ob sie nicht einzig danach strebt, die *"Anarchie des Marktes"* gegen die *"planmäßige Produktion in der Fabrik"* auszuspielen. Kritik hat die Arbeit zu leisten, die Reproduktion des Spiegelspiels durch die Opposition zu unterbinden, soll nicht anders die Therapie das Übel nur ins Unaufhebbare verlängern.

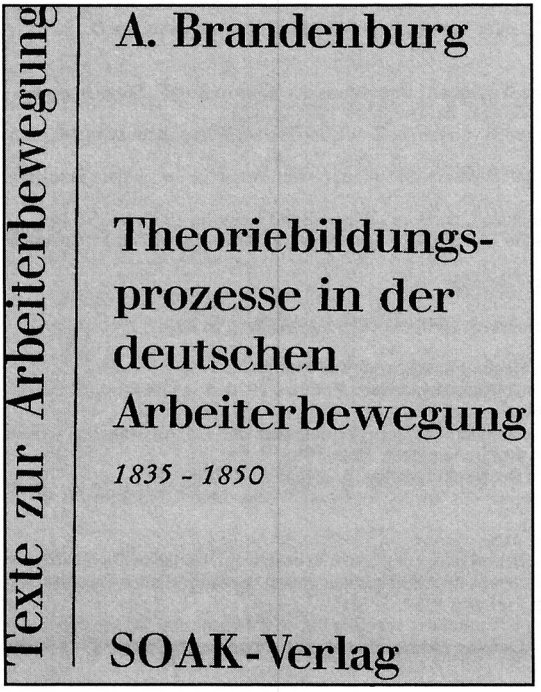
25.
Als gewalttätige Garantie der Legalität des Marktes garantiert der Staat die Legitimität der Despotie der Fabrik ebenso, wie das Kapital in seiner Oberfläche als Republik des Marktes die Legitimität der bürgerlichen Legalordnung erzeugt und reproduziert. Der soziale Gehalt der bürgerlichen Legalität, die Ausbeutung, entspricht dem politischen Gehalt der staatlichen Legitimität und Hierarchie, des staatlichen Befehls und Kommandos. Das Eine ist ohne das andere nicht aufhebbar, das eine zugleich nur durch das andere.

26.
Damit fällt die historische Scheidung und Gegnerschaft zwischen "Anarchismus" und "Marxismus". Anarchie als Freiheit ohne Gewalt ist unmittelbar nur denkbar im Sozialismus als Gewalt gegen die Gewerbefreiheit.

Anmerkungen

1 Petr Kropotkin, Die Eroberung des Brotes, in: Ders., Die Eroberung des Brotes und andere Schriften, herausgegeben, neu übersetzt und mit einem Nachwort v. Hans G. Helms, München 1973, S. 102 bzw. 207.
2 Vgl. Peter Heintz, Anarchismus und Gegenwart, 3. Aufl., Berlin 1985, S. 18f. u. 58f.
3 Michael Bakunin, Die Commune von Paris und der Staatsbegriff, in: Ders., Gesammelte Werke, Band 2, Berlin 1975, S. 275, 270, 269, 270, 268; ebenfalls in: Ders., Staatlichkeit und Anarchie und andere Schriften, herausgegeben und eingeleitet v. Horst Stuke, Frankfurtf/M. - Berlin - Wien 1972, S. 307, 301, 300, 302, 299.
4 S. Münster, Exterminismus und Revolution, in: Wege des Ungehorsams, Jahrbuch für libertäre & gewaltfreie Aktion, Politik & Kultur 1984, Kassel-Bettenhausen 1984, S. 23.
5 Ebd.
6 Ebd., S. 35.
7 RAF, Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front (Mai 1982), in: texte der raf. Überarbeitete und aktualisierte Ausgabe, o.O., 1983, S. 600.
8 Bernd Ulrich/Günter Saathoff, Ziviler Ungehorsam - ein deutsches Trauma, in: Wege des Ungehorsams, a.a.O., S.100.
9 Ebd., S. 112.
10 Ebd., S. 114.
11 Ebd.
12 Vgl. Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden, in: Ders., Werke in sechs Bänden, herausgegeben von Wilhelm Weischedel, Band VI, Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik, Darmstadt 1970, S. 193 - 251.
13 Immanuel Kant, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, in: Ebd., S. 51 - 61, S. 60.
14 Stefan Janson, "...erkämpft das Menschenrecht!", in: Wege des Ungehorsams, a.a.O., S. 131.
15 Ebd., S. 129.
16 Vgl. Stefan Breuer, Die Depotenzierung der kritischen Theorie. Über Jürgen Habermas' 'Theorie des kommunikativen Handelns', in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 10. Jg., 1982, H. 1, S. 132-146.
17 Redaktion Wege des Ungehorsams, "...oder Barbrei!", in: Wege des Ungehorsams, a.a.O., S. 10.
18 Ebd., S. 15.
19 Ebd., S. 18, Anmerkung 16.
20 Wolfgang Harich, Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der 'Club of Rome'. Sechs Interviews mit Freimut Duve und Briefe an ihn, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 124.
21 Gespräche mit Ernst Bloch. Herausgegeben von Rainer Traub und Harald Wieser, Frankfurt/M. 1975, S. 21.
22 Vgl. Horst Stuke, Einleitung, in: Michail Bakunin, Staatlichkeit und Anarchie und andere Schriften, a.a.O.
23 J.W. Stalin, Anarchismus oder Sozialismus?, in: Ders., Werke Band 1, Berlin 1950, S. 257-342.
24 Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW, Ergänzungsband I, S. 584.
25 Karl Marx, Zur Judenfrage, in: MEW 1, S. 353.
26 Ebd., S. 370.
27 Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: MEW 7, S. 43.
28 Ebd., S. 59.
29 Theodor W. Adorno, Drei Studien zu Hegel, Frankfurt/M. 1963, S. 36.
30 Nikolaj Bucharin, Ökonomik der Transformationsperiode, Reinbek 1970, S. 117/118.
31 Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, in: MEW 26.2, S. 111.
32 Michail Bakunin, Die Reaktion in Deutschland, in: Ders., Philosophie der Tat. Auswahl aus seinem Werk. Eingeleitet und herausgegeben von Rainer Beer, Köln 1968, S. 96.
33 Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW 1, S. 280.
34 G.W.F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, in: Ders., Werke Band 7, Frankfurt/M. 1970, S. 496.
35 Vgl. Hegel über Patriotismus, ebd., S. 413.
36 Zu der Bestimmung dieses Widerspruchs und seiner negativen Synthese vgl. Initiative Sozialistisches Forum, Die Entstehung der Psychokratie aus dem Selbstwiderspruch der bürgerlichen Gesellschaft, in: Dies., Diktatur der Freundlichkeit, Freiburg 1984, S. 13ff.
37 Hans Jürgen Krahl, Bemerkungen zum Verhältnis von Kapital und Hegelscher Wesenslogik, in: Oskar Negt (Hrsg.), Aktualität und Folgen der Philosophie Hegels, Frankfurt/M. 1971, S. 141-150, hier S. 145.

38 Carl Schmitt, Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, München/Leipzig 1922, S. 9-15.
39 Ebd. S. 9.
40 Bernd Ulrich/Günter Saathoff, a.a.O., S. 100.
41 Wolfgang Pohrt, Vernunft und Geschichte bei Marx, in: G. Schweppenhäuser/Dietrich zu Klampen/ Rolf Johannes (Hrsg.), Krise und Kritik. Zur Aktualität der Marxschen Theorie, Lüneburg 1983, S. 5-14.
42 Alex Demirović, Philosophie und Staat. Althussers philosophische Strategie und der hegemoniale Status der Philosophie, in: Das Argument 152/1985, S. 562.
43 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857-1858. Anhang 1850-1859, Berlin 1953, S. 160.
44 Herausgeber & Verlag, Auf den Weg begeben..., in: Wege des Ungehorsams, a.a.O., S. 4.
45 Vgl. Stefan Breuer, Sozialgeschichte des Naturrechts, Opladen 1983.
46 Vgl. Karl Marx, Konspekt zu Bakunins Buch "Staatlichkeit und Anarchie", in: MEW 18, S. 597-642.



370 Seiten

DM12,-

Bezug über die Redaktionsanschrift

Bodo Schulze

Autonomia - Vom Neoleninismus zur Lebensphilosophie.
Über den Verfall einer Revolutionstheorie

I. Einleitung

Als Detlef Hartmann Ende 1985 auf dem Kongreß "Aktualität des Kommunismus"[1] sprach, war sein Vortrag ein einziges Plädoyer für die Organisation des revolutionären Kampfes, jetzt und sofort. Ob es revolutionäre Autonomie gäbe oder nicht, so sein Argument, sei solange eine scholastische Frage für Marxologen wie man nur darüber theoretisiere und es also unterläßt sie zu organisieren. Das ist der starke Punkt der autonomen Theorie, ihre unhintergehbare Wahrheit, die all die metaphysischen Scheinprobleme, die der traditionelle Marxismus um das Verhältnis von Theorie und Praxis aufgebaut hat und endlos hin- und herwälzt, als das denunziert, was sie sind: philosophische Fragestellungen für Doktorarbeiten. Dagegen polemisierte schon der junge Marx in der 2. These über Feuerbach: *"Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme - ist keine Frage der Theorie, sondern eine **praktische** Frage."*[2]

Die Geschichte der Autonomie als politischer Bewegung ist die Geschichte der Verzweiflung an dieser elementaren Wahrheit. Denn wenn es auch keinem Zweifel unterliegt, daß revolutionäre Autonomie notwendig nicht anders als praktisch gedacht werden kann, so sagt diese Notwendigkeit noch nichts über ihre Wirklichkeit aus. Was denknotwendig ist, ist deshalb noch lange nicht wirklich. Beides, Denknotwendigkeit und Wirklichkeit der Organisation von revolutionärer Autonomie dauernd zu verwechseln, durchzieht die Geschichte der autonomen Theoriebildung wie ein roter Faden. Nun könnte man entgegnen, dieser Dualismus von Notwendigkeit und Wirklichkeit sei wieder so ein philosophisches Scheinproblem; die Wirklichkeit ließe sich eben nur praktisch zeigen, indem man also zur Organisation übergeht. Es liegt hier scheinbar ein Paradox vor; es scheint, als ließe sich gar nichts Stichhaltiges gegen die autonome Bewegung einwenden. In der Tat ist eine Kritik an praktischen Versuchen, die revolutionäre Autonomie zu organisieren, logisch unmöglich und praktisch unsinnig. Der Fehler dieser Versuche liegt nicht darin, daß es sie gibt, wie der meinen könnte, der das notwendige Scheitern dieser Versuche philosophisch dekretiert; ihr einziger Fehler besteht vielmehr in ihrem bisherigen Scheitern. Eine theoretische Kritik an praktischen Revolutionsversuchen ist unsinnig. Es gilt hier abgewandelt das Wort Max Horkheimers, bürgerliche Kritik am Klassenkampf sei eine logische Unmöglichkeit.

Ganz anders sieht es allerdings aus, wenn man von der Praxis für einen Moment zurücktritt und sich der Theorie der Autonomia zuwendet. Und unter Theorie verstehe ich in diesem Zusammenhang nicht etwas, was der Praxis entgegengesetzt wäre, wie es das bürgerliche Vorurteil will, sondern Theorie als dasjenige Moment von Praxis, in dem die revolutionäre

Bewegung sich über sich selbst verständigt. Theorie ist das reflexive Moment von Praxis. In der Theorie treten die Kämpfenden von ihren unmittelbaren, alltäglichen Kampfsituationen, von ihren individuellen Kampfmotiven - in die immer auch ein Schuß persönlicher Verrücktheiten, Ticks usw. miteingeht - zurück, um sich über die historische Situation, die Kampfbedingungen, Strategie, Taktik und Propaganda klarzuwerden. Hier geht es also nicht um die je individuellen Intentionen der Kämpfenden; denn **warum** jemand gegen die kapitalistische Gesellschaft kämpfen soll, das läßt sich allgemeinverbindlich gar nicht sagen, es sein denn, man bezeichnet diesen Grund als **Leiden** und das ist nun einmal eine Erfahrung, die jeder für sich macht. Verständigen kann man sich nicht über die Art dieses Leidens, es sei denn auf gruppentherapeutische Weise; es würden sich dann z.B. all diejenigen zusammentun, deren Leiden am Kapitalismus darin besteht, nicht tagelang grübelnd am Schreibtisch sitzen zu können. Das Resultat wäre keine revolutionäre Bewegung, sondern eine obskure Fauna aus Stammeskulturen, deren jede ihren besonderen Tick hegt und pflegt, wie es in der Therapiebewegung ja auch Realität geworden ist.
Verständigen kann man sich in revolutionärer Absicht also nicht über die Art des Leidens, wohl aber über dessen Ursachen, denn diese Ursachen sind gesellschaftlich und allgemein. Verständigen kann man sich auch über die Art und Weise, wie man am besten dagegen vorgeht, welche Erfahrungen man in den vorangegangenen Kämpfen gemacht hat und was in diesem Kampf am ehesten Aussicht auf Erfolg haben könnte. Das Element dieser Diskussion ist nicht die persönliche Intention und Motivation, die jemanden veranlaßt, an diesem Kampf teilzunehmen, sondern das Gesellschaftlich-Allgemeine, das Kapital so gründlich abzuschaffen, wie es schon lange nötig wäre. Jeder, der das praktische Axiom - das also theoretisch-philosophisch nicht bewiesen werden kann - akzeptiert, an diesem Kampf teilzunehmen, muß es auf sich nehmen, in der theoretisch-strategischen Diskussion über diesen Kampf von seinen individuellen Sehnsüchten und Macken zu abstrahieren und die Regeln einer vernünftigen Diskussion zu akzeptieren. Insofern reicht die gesellschaftliche Unterdrückung, die abgeschafft werden soll, in die revolutionäre Organisation hinein. Auch das gehört zur sogenannten Gewaltfrage. Die falsche Alternative zwischen Gewalt und Gewaltlosigkeit kann nur praktisch gelöst werden, wobei, allgemein gesagt, revolutionäre Gewalt die Gewalt ist, die auf die Abschaffung jeglicher Gewalt abzielt. Die Selbstabstraktion in der theoretisch-strategischen Diskussion hat ihren Zweck in ihrer Abschaffung, d.h. in der Abschaffung aller Verhältnisse, die sie notwendig machen. Wer das nicht einsehen will und lustvoll seiner Betroffenheit frönt, sabotiert den Aufbau eines revolutionären Gegensouveräns, der allein in der Lage wäre, die kapitalistische Souveränität zu vernichten. Wer schon heute im Hier und Jetzt das kommunistische Prinzip "Jedem nach seinen Bedürfnissen" ganz individuell verwirklichen will, trägt dazu bei, daß es nie wirklich werden wird.
Nach diesem Plädoyer für eine vernünftige Diskussion über theoretisch-strategische Konzeptionen, nun in medias res. Wenn es also unmöglich ist, die Tatsache, **daß** jemand kämpft, zu kritisieren, so ist es gleichwohl möglich zu überprüfen, ob seine theoretische Selbstverständigung stichhaltig ist, um auf diesem Umweg zu sehen, inwiefern seine Kampfkonzeption Aussicht auf Erfolg hat. In welchen Formen dachte also die Autonomia ihren Grundsatz, die

Wahrheit revolutionärer Autonomie könne nur durch ihre Organisation gezeigt werden? Die Geschichte dieser Theorie ist die Geschichte der schrittweisen Ausdünnung ihrer revolutionären Substanz. Sie führt vom Neoleninismus des frühen Tronti über den Bedürfnisfetischismus des mittleren Negri bis zur autonomen Lebensphilosophie Detlef Hartmanns. Bevor ich darauf im Einzelnen eingehe, ist es notwendig, einiges über die Entstehungsbedingungen jener Bewegung zu sagen, die später mit dem Namen Autonomia belegt wurde.

II. Der Scheidepunkt: Raniero Panzieri

Eine verbreitete Lesart der italienischen Ereignisse behauptet, diese Bewegung habe sich im absoluten Gegensatz zu den traditionellen Arbeiterorganisationen entwickelt. Es wird ein Ursprungsmythos von der wirklichen Arbeiterklasse konstruiert - einer Arbeiterklasse, die sich durch die sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen nicht habe korrumpieren lassen, die kämpferisch sei, die die autoritären Parteien ablehne, kurz: das Bild einer Arbeiterklasse, wie die Linke sie sich erträumt. Die Geschichtsschreibung dieses Mythos beginnt daher erst Mitte der sechziger Jahre, als der "heiße Herbst" '67 sich ankündigte und die ersten politisch intervenierenden autonomen Gruppen sich um die Zeitschrift "Classe Operaia" zusammenschlossen.
Als dann wenig später die Schriften Panzieris zu Marx entdeckt wurden, sah man darin nur eine theoretische Vorgeschichte zur anschließenden politischen Praxis. Zur wirklichen Arbeiterklasse war der wahre Marx gefunden. Bekannt wurde Panzieri hierzulande nur als Marxinterpret. Weitgehend im Dunkeln blieb, was Panzieri zu einer Neulektüre des "Kapital" trieb, deren philologische Mängel die Marxologen, in der falschen Annahme, Panzieri gehöre zur Zunft, unterstrichen.
Mit Panzieri beginnt die praktische und theoretische Kritik an der Politik der traditionellen italienischen Arbeiterorganisationen, eine Kritik, die den Grund legte für die spätere Autonomia. Wer war dieser Panzieri und in welcher historischen Situation arbeitete er seine Kritik aus?[3]
Ende der fünfziger Jahre war Panzieri Mitglied des ZK des Partito Socialista Italiano (PSI) und einer der Direktoren der theoretischen Revue des PSI "Mondo Operaio". Der PSI war damals noch eine marxistische Partei und unterschied sich vom Partito Comunista Italiano (PCI) vor allem durch seine Kritik an der Sowjetunion und die Offenheit innerparteilicher Diskussionen. Sieht man davon einmal ab, so waren sie sich in vielem einig. Beide Parteien akzeptierten die bürgerlichen Verkehrsformen. Die Verdoppelung der kapitalistischen Vergesellschaftung in Ökonomie und Politik wiederholten PCI und PSI in der strikten Trennung von gewerkschaftlichem Lohnkampf und parlamentarischer Politik für allgemein-gesellschaftliche Reformen. Die Gewerkschaften feilschten mit den Kapitalisten um den Verkaufspreis der Ware Arbeitskraft und die Parteien verpflichteten ihre Mitglieder und Wähler aufs Wohl der Nation. Wie der Bürger nur objektiv schizophren als egoistischer Bourgeois, der nur seinen Geschäftsinteressen verpflichtet ist, einerseits und allgemein staatspolitisch interessierter

Citoyen andererseits existieren kann, so setzte die Praxis von PCI und PSI den Proletarier als janusköpfiges Ungeheuer voraus: In den Gewerkschaften soll er nur als lebendiges Arbeitsvermögen und also eine Naturkraft unter anderen dahinvegetieren; als Parteimitglied dagegen hat er sich über seine tierische Existenz im ökonomischen Daseinskampf zu erheben, um den Idealismus des Staates, das abstrakt-allgemeine Interesse aller Werktätigen an der Reproduktion als Werktätige auf die eigene Kappe zu nehmen. Ziel dieser halsbrecherischen Verrenkung war es, vermittels des Staates die Gesellschaft von allen parasitären Elementen, die nicht produzieren, sondern nur schmarotzen, zu reinigen. Der Staat wurde wie im ganzen traditionellen Marxismus seit Kautsky und Lenin als Ort der sozialen Emanzipation angesehen und die Partei sollte diesen Ort im Wettstreit um die Sitzverteilung im Parlament erobern. Nur konsequent war es daher, die staatseigenen Betriebe als befreites Territorium zu feiern. Wer dagegen die Arbeitsbedingungen in diesen Fabriken kritisierte, schreibt Panzieri irgendwo, riskierte in jenen Jahren, schief angesehen zu werden.

Die *"demokratische* (d.h. parlamentarisch kontrollierte) *Wirtschaftsprogrammierung"* war allgemein als probates Mittel anerkannt, die staatlichen Inseln der Freiheit auf das gesamte gesellschaftliche Territorium auszuweiten. Das alles ist von der DKP und den Jusos her nur allzu gut bekannt: Je nach Parteizugehörigkeit wird diese Strategie als *"antimonopolistischer Kampf"* oder *"Investitionslenkung"* bezeichnet. In Italien gewinnt sie im Rahmen der süditalienischen Frage noch spezifische Bedeutung. PCI und PSI wollten mit Hilfe der staatlichen Wirtschaftspolitik einen Teil der Investitionen nach Süditalien und auf die Inseln umleiten, um den inneren Kolonialismus im Verhältnis von industrialisiertem Norden und agrarischem Süden abzuschaffen. Von den Gewerkschaften wurde dies zeitweilig durch sogenannte Lohnzurückhaltung unterstützt. Die Erfahrungen zeigen, daß, wie in allen Ländern der Peripherie, derartige Wirtschaftspolitik nur katastrophale Folgen hat.

Während die historischen Arbeiterorganisationen ihre Aufmerksamkeit auf die volkswirtschaftlichen Globaldaten richteten und bereits damit dem kapitalistischen Fetisch unterlagen, fand in den Betrieben eine umfassende Umstrukturierung des Produktionsprozesses statt. Hand in Hand mit einem kolossalen Investitionsschub wurden tayloristische Arbeitsmethoden und die Managementtechniken des human engineering eingeführt. Die Gewerkschaften nahmen davon keinerlei Notiz und blieben weiterhin auf ihre traditionelle Strategie der Lohnerhöhungen fixiert. Die Erfahrungen der Arbeiter im Arbeitsalltag gingen in keinster Weise in die Gewerkschaftsstrategie ein. Ebensowenig kümmerte sie sich um die großangelegten Säuberungsaktionen, in denen die besten Kader entweder entlassen, ermordet oder wie bei der FIAT in besonderen Abteilungen konzentriert wurden. Die Demoralisierung der Arbeiter war so groß, daß seit 1954 bei der FIAT nicht mehr gestreikt wurde. Ende der fünfziger Jahre war die FIAT in Italien **das** Symbol für kapitalistischen Betriebsfrieden. Und als bei den Wahlen zum Vertrauensleutekörper 1955 die sozialistisch-kommunistische Gewerkschaft Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL) drastische Stimmenverluste hinnehmen mußte, war die Krise der italienischen Arbeiterbewegung offensichtlich.

Es wäre nun aber voreilig, wollte man diesen Verlust des Vertrauens in die Gewerkschaften zur unmittelbaren Ursache der Kämpfe machen, die sich in den sechziger Jahren entwickelten,

um dann im "heißen Herbst" '67 ihren Höhepunkt zu erreichen. Denn das Subjekt dieser Kämpfe waren eben nicht die Schicht dieser alten Kader, sondern eine Arbeiterklasse, die sich im wesentlichen aus dem in die nördlichen Industriezentren eingewanderten Landproletariat zusammensetzte. Die Agrarkrise im Mezzogiorno und auf den Inseln trieb die Landproletarier auf die Suche nach Arbeitsplätzen und diese fanden sie nicht nur in der Schweiz und der BRD, sondern eben auch in der rasch expandierenden Industrieproduktion in Turin, Mailand und Genua. Als sie dort ankamen, konnte von betrieblicher Gewerkschaftsarbeit schon keine Rede mehr sein. Deshalb, und nicht aufgrund irgendeiner metaphysischen Substanz des "Massenarbeiters", hatten sie **zunächst** mit den Gewerkschaften nichts am Hut - wobei des weiteren zwischen CGIL und Confederazione Italina Sindacati Lavoratori (CISL, katholische Gewerkschaft) einerseits und deren respektiven Metallgewerkschaften Federazione Italiana Operai Metallurgici (FIOM) und Federazione Italiana Metalmeccanici (FIM) andererseits zu unterscheiden ist. Letztere hatten mit der Betriebsrealität über ihre Mitglieder, die sich meistens in den Vertrauensleutekörper wählen ließen, noch Kontakt und griffen daher als erste die neuen Forderungen der Arbeiter auf: nicht mehr um Lohnerhöhungen ging es nun, sondern um die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsorganisation **in** der Fabrik. Es entwickelte sich nun ein äußerst konfliktreiches Verhältnis zwischen der Arbeiterbasis, den Metallgewerkschaften FIOM und FIM und den gewerkschaftlichen Dachorganisationen CGIL und CISL. Das Verhalten der Arbeiter war dabei nicht durch das bestimmt, was ihnen die Prinzipienreiterei der autonomen Gruppen Potere Operaio u.a. später als deren eigentliches Massenarbeiterwesen unterjubelte, nämlich eben diese Prinzipienreiterei, sondern durch die Opportunität der konkreten Kampfsituation - was etwas anderes als Opportunismus ist.

Der gegen Ende der fünfziger Jahre momentan aufbrechende Gegensatz zwischen Arbeitern und Gewerkschaften war die Bedingung der Möglichkeit für Panzieris Intervention. Gegen die bürgerlichen Mystifikationen des PSI schrieb er zunächst innerhalb, später außerhalb des PSI an. Zunächst im PSI, weil er der Auffassung war, in dieser Partei seien die besten Traditionen der marxistischen und leninistischen Arbeiterbewegung, die Räte, die Soviets von 1917, gut aufgehoben. In seinen Polemiken berief er sich wiederholt auf die "echten" marxistischen und leninistischen Auffassungen von der "Kommune", der These vom "Absterben des Staates", etc. - kurz: auf eine linke Lektüre von Lenins "Staat und Revolution". Mit Lenin gegen Stalin und Bernstein - so könnte man das begriffliche Handwerkszeug Panzieris auf eine allzu griffige Formel bringen. Denn schlecht nur paßt der begeisterte Taylorismus-Anhänger Lenin mit der Kritik der Fabrikorganisation zusammen, die sich bereits zu diesem Zeitpunkt in Panzieris Schriften ankündigte. Was Lenin für Panzieri brauchbar machte, war dessen These, das Proletariat müsse den bürgerlichen Staat zerschlagen und sich eigene Institutionen, die seiner Natur entsprechen, aufbauen.

Und nichts anderes bedeutet bei Panzieri zunächst einmal "Autonomie". Die bürgerlichen Verkehrsformen, so Panzieri, sind nicht neutral. Zwischen ihnen und einer sozialistischen Gesellschaft gibt es keinerlei fließende Übergänge. Das Proletariat muß vielmehr in seinem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung die bürgerliche Verdoppelung in Ökonomie (Gewerkschaften) und Politik (Parteien) tendenziell aufheben und sich dabei Institutionen

schaffen, die den Zwecken der Arbeiterkontrolle entsprechen. Die Grundlage dieser Tätigkeit können nicht von oben verordnete Parteidirektiven sein, sondern nur die Erfahrungen der Arbeiter im Fabrikalltag. Genausowenig kann die Einheit der Arbeiterklasse über formale Parteiabsprachen erreicht werden, sondern nur im praktischen Kampf für die sozialistische Gesellschaft. Ausgehend vom einzelnen Betrieb über regional und nach Industriezweigen gegliederte Produktionskonferenzen bis hin zu einem nationalen Koordinationsausschuß baut sich die Arbeitermacht in den Formen der direkten Demokratie auf. Auf allen Koordinationsebenen sollen die Konsumenten in die Planung einbezogen werden.

Panzieri kommt auf die konkreten Organisationsformen der Arbeiterautonomie nur sporadisch zu sprechen. Man hat ihm das sowohl von sozialistischer als auch von kommunistischer Seite zum Vorwurf gemacht und ihn nicht zuletzt deshalb der intellektualistischen Bücherwisserei bezichtigt. Abgesehen davon, daß nicht ganz klar ist, was eine Theorie, die gerade keine Kochrezepte für eine sozialistische Gesellschaft bereit hält, mit Bücherwissen zu tun hat, antwortete Panzieri auf diesen Vorwurf auf die einzig mögliche Weise: wie die Räte aussehen werden, das werde die Arbeiterbewegung schon zeigen. Dieses grenzenlose Vertrauen in die Spontaneität des Proletariats, in seine revolutionäre Produktivität und Einbildungskraft teilt Panzieri mit all denjenigen Theoretikern der Arbeiterbewegung, die stets darauf beharrten, die Befreiung des Proletariats könne nur dessen eigenes Werk und nicht das irgendeiner Partei sein, allen voran Rosa Luxemburg, auf die Panzieri sich nicht bezieht. Im übrigen stimmt das wenige, das Panzieri zum Aufbau der Räte schrieb, völlig mit Karl Korschs Sozialisierungsprogramm von 1919[4] überein. Nichts Neues also. Allerdings gilt in Sachen Kommunismus nichts weniger als das kapitalistische Gesetz des Literaturmarkts: Originalität. Auf den Rätekommunismus trifft zu, was Clausewitz über den Krieg schrieb: Die Sache ist ganz einfach, aber deshalb eben noch nicht leicht zu machen.

Panzieris Auffassung von der Autonomie der Arbeiterklasse zielte aber nicht nur auf die wesentliche Differenz zwischen kapitalistischen Verkehrsformen und kommunistischer Assoziation, sondern auch gegen die Konzeption der Arbeiterpartei als Führerin der Arbeiterklasse. Panzieri nahm Chruschtschows Kritik am "Personenkult" zum Anlaß, die herrschende Parteirealität zu kritisieren - eine Kritik, die Chruschtschow gerade verhindern wollte, indem er die Person Stalin vorschob. Die Partei ist für Panzieri nicht die *"zur Organisation gewordene Idee"*, wie Rossana Rossanda gegen ihn einwandte,[5] sie ist auch nicht die Inkarnation der marxistischen Wahrheit - eine Auffassung, die Panzieri als metaphysische und scholastische Spekulation verwirft. Nicht Führerin, sondern *"Impulsgeber"* und *"Funktion"* der Arbeiterklasse soll die Partei sein. Was das bedeuten soll, bleibt in der Schwebe und Panzieri selbst schreibt in einem Brief aus dieser Zeit, er sei von der konkreten Ausformulierung einer Theorie von der *"Partei als Funktion und nicht Führung der Arbeiterklasse"* noch weit entfernt.[6] Sieht man sich Panzieris Schriften der Jahre 1957/58, in denen die Diskussion über seine im Februar 1958 in "Mondo Operaio" veröffentlichten "Sieben Thesen zur Frage der Arbeiterkontrolle" auf Hochtouren lief, genauer an, kann man ein dauerndes Hin- und Herschwanken in der genaueren Bestimmung des Funktionscharakters der Partei feststellen, wobei sich die Gewichte langsam verschieben. In seiner Bestands-

aufnahme über den Zustand der Arbeiterbewegung unmittelbar nach dem XX. Parteitag der KPdSU[7] spricht Panzieri zwar bereits davon, die Partei habe ein *"Instrument der Klasse"* zu sein; gleichzeitig aber soll die *"strukturelle Wiederherstellung der Arbeiterbewegung im autonomen Sinne die Funktion einer neuen Klassenpolitik"* sein.[8] Einerseits sei *"das zentrale Motiv der Wiederherstellung der italienischen Arbeiterbewegung ihre volle Fähigkeit zur Autonomie"*, andererseits aber habe sich die Arbeiterbewegung an das *"grundlegende Kriterium der Entwicklung der Produktivkräfte"*[9] anzupassen. So wird der Zweck - nämlich Autonomie - dauernd in ein Mittel für anderes umgebogen. Panzieri denkt die Arbeiterautonomie von unten als Politikform der Partei von oben. Dieses Paradox charakterisiert auch seine Praxis als Theoretiker und ZK-Mitglied. Die Autonomie der Arbeiterbewegung von den Schalthebeln des ZK aus in Gang setzen zu wollen, ist ein Widerspruch in sich. Offenbar hoffte Panzieri damals noch, ein Neubeginn des offenen Klassenkampfes einerseits und eine durch ihn selbst von oben angekurbelte Veränderung der Parteistrukturen andererseits könnten das Verhältnis von Arbeiterklasse und Partei insgesamt verändern. Und er tat alles, um die Partei auf seinen Kurs zu bringen. Selbst vor einem Putschversuch gegen den rechtssozialdemokratischen Pietro Nenni schreckte er nicht zurück. An dessen Stelle sollte Lelio Basso gesetzt werden; der jedoch spielte nicht mit und schlug sich schließlich auf die Seite der Mehrheitssozialisten.

Im Laufe der landesweiten Debatte um die Arbeiterkontrolle betonte Panzieri immer mehr die Autonomie von unten - wohl auch deshalb, weil sich abzeichnete, daß seine Konzeption keine Chance hatte, innerparteiliche Mehrheiten zu gewinnen. Als Nenni 1959 dann seine Mehrheitsposition festigen konnte, verließ Panzieri die Direktion von "Mondo Operaio" und ging dorthin, wo die ersten Anzeichen für die Fabrikkämpfe der sechziger Jahre schon sichtbar wurden: nach Turin. Das Paradox Bewegung/Partei löste sich zugunsten der Bewegung, wurde aber auf andere Weise akut - wie sich gleich zeigen wird.

III. Die Quaderni Rossi

In Turin konstituierte sich 1961 die Gruppe um die Zeitschrift "Quaderni Rossi" (QR), der außer Panzieri u.a. auch die römischen PCI-Dissidenten um Mario Tronti angehörten. Die QR sind eine eigentümliche Mischung aus theoretischer Revue und praktisch-politischem Interventionsorgan. In ihnen veröffentlichte Panzieri seine auch in deutscher Sprache zugänglichen Aufsätze zu Marx.[10] Ein weiterer Schwerpunkt der QR war außer den Analysen zur Entwicklung des italienischen Nachkriegskapitalismus die sogenannte Arbeiteruntersuchung, um die sich später der Mythos QR rankte. Über den Status der Arbeiteruntersuchung gab es von Anfang an unterschiedliche Auffassungen: eine soziologisch-objektivistische und eine politisch-interventionistische. Panzieri schwankte zwischen beiden hin und her.

Die soziologisch-objektivistische Strömung verstand unter Arbeiteruntersuchung die industriesoziologische Analyse der Arbeitsverhältnisse in der Fabrik und übernahm unbesehen Interview-Techniken, wie sie von der amerikanischen Industriesoziologie in der Absicht der

Perfektionierung kapitalistischer human-relations-Techniken entwickelt wurden. Tatsächlich machte diese Strömung der QR dadurch die amerikanische Industriesoziologie in Italien bekannt. Die Arbeiterklasse kommt dabei nur als totes Untersuchungsobjekt vor. Die Industriesoziologie reduziert den Arbeiter auf den Status der Ameise. Sie beschreibt ihn so, wie er ist, *"wenn ihn das Elend zur Verzweiflung getrieben hat, sie spiegelt ihm seine Resignation, seine Passivität, seinen Verzicht wider."*[11] Subjekt und Objekt sind im soziologischen Untersuchungsprozeß fein säuberlich getrennt. Aktiv tätig und also Subjekt ist der Soziologe; passiv erleidend und also Objekt ist der Arbeiter. So wiederholt sich in dieser Art von Arbeiteruntersuchung das Subjekt/Objekt-Verhältnis der leninistischen Parteikonzeption: Von außen drängt die Partei der Arbeitermasse sozialistisches Klassenbewußtsein auf; das Partei-Subjekt bearbeitet das Arbeiterobjekt. Deshalb erfreut sich die Industriesoziologie bei den historischen Arbeiterorganisationen auch großer Beliebtheit. Panzieri konnte sich von dieser Anschauung nie ganz freimachen. Die Aporie Partei/Bewegung wiederholt sich in seinem Schwanken zwischen der soziologischen und der interventionistischen Interpretation der Arbeiteruntersuchung.

Die politisch-interventionistische Strömung der QR verstand die Arbeiteruntersuchung als Mittel zur Organisation des Arbeiterkampfes. Die Arbeiter sollten gleichzeitig Subjekt und Objekt der Untersuchung sein und den Untersuchungsprozeß als Organisationsprozeß praktizieren. Das war zumindest das Ziel. So hoffte man, ausgehend vom informellen Klassenkampf, der Sabotage an den Bändern, schließlich eine neue Arbeiterpartei als Funktion der sich selbst konstituierenden Arbeiterautonomie aufzubauen. Die Realität sah freilich anders aus. Arbeiteruntersuchung war damals eher ein Synonym für Revolution, etwas, was es erst noch zu erreichen galt. Und Arbeiteruntersuchung war v.a. auch ein politischer Kampfbegriff, der sich gegen die historischen Arbeiterorganisationen richtete. Ich folge hier der Darstellung Romano Alquatis, der später mit Tronti und einigen anderen die QR verließ, um die Zeitschrift "Classe Operaia" (CO) zu gründen, und der in der Einleitung eines Bandes, der seine wichtigsten Schriften aus den QR und CO versammelt, einiges über die heute schwer rekonstruierbaren internen Diskussionsprozesse schreibt.[12] Die damals diskutierte Vorstellung über das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Partei bezeichnet Alquati als neoleninistisch, durchsetzt mit luxemburgischen Elementen: Die Arbeitermassen organisieren sich im Produktionsprozeß zur *"permanenten Autonomie"*; daraus gehen die Massenavantgarden der Arbeiterautonomie hervor, die organischen Arbeiterführer, wenn man so will. Diese hätten sich zur politischen Organisation der Avantgarden, der Partei, zu organisieren. Davon konnte aber noch keine Rede sein. Was es gab, waren *"Keime einer politischen Avantgarde"*, die zum Teil in den Metallgewerkschaften organisiert waren und Bewegung in sie brachten - was zeitweise zu Konflikten zwischen den Metallgewerkschaften und ihren jeweiligen Dachorganisationen führte. Über Kontakte in den Gewerkschaften nahmen die QR Verbindung zu diesen Keimen einer politischen Avantgarde auf und führten mit ihnen zusammen Untersuchungen über die Arbeitsverhältnisse durch, in der Absicht, erfolgversprechende Ansätze für Fabrikkämpfe zu entwickeln und darüber den Organisationsprozeß voranzutreiben. Es gab keine autonome Arbeiteruntersuchung, sondern ein widersprüchliches Verhältnis von infor-

meller, spontaner Arbeiterautonomie an den Bändern und einigen Intellektuellen, die versuchten, diesen Prozeß im Hinblick auf eine neue politische Organisation zu unterstützen. Festgehalten werden muß dabei v.a., daß die Voraussetzung dieser Arbeit einerseits die Existenz von spontanem Arbeiterwiderstand und andererseits ein strategischer Riß zwischen Arbeiterbasis und historischen Arbeiterorganisationen war. Es ist weiterhin wichtig, diesen Arbeiterwiderstand nicht einer spekulativen Massenarbeitersubstanz zuzuschreiben. Subjekt dieser Kämpfe waren die jungen, aus dem Süden eingewanderten Arbeiter, die sich plötzlich mit einem Zeitrhythmus konfrontiert sahen, der völlig anders war als in den Dörfern, aus denen sie kamen. Aus der Konfrontation zweier verschiedener Zeitrhythmen erklärt sich der Widerstand gegen die Kapitalzeit. Die Probe aufs Exempel ist leicht gemacht, wenn man diese jungen Arbeiter mit den alteingesessenen Turiner Arbeitern vergleicht, die zwar mitmachten, als es los ging, aber nicht Initiatoren der Bewegung waren. Die Geschichtsschreibung der "anderen Arbeiterbewegung" à la Karl-Heinz Roth schloß aus der anfänglichen Distanz der später sogenannten "Massenarbeiter" zum PCI und zu den Gewerkschaften, es gäbe ein soziologisches Entsprechungsverhältnis von Facharbeitern/PCI und Massenarbeitern/Autonomie. Abgesehen davon, daß dies in den Soziologismus des inkriminierten PCI zurückfällt, kann damit nicht erklärt werden, wieso sich der Bruch zwischen Massenarbeitern und PCI langsam wieder schloß. Dieser Bruch existierte nur während eines kurzen historischen Augenblicks. Alquati zufolge schloß er sich bereits in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wieder. Die Gewerkschaften griffen die neuen Arbeiterforderungen auf und neutralisierten sie auf der Verhandlungsebene, indem sie die Strategie einer "Humanisierung der Arbeit" entwickelten. Aus heutiger Sicht erscheint jener Bruch Anfang der sechziger Jahre als eine Anpassungskrise im Getriebe der kapitalistischen Modernisierung. Daß es um mehr ging, kann in revolutionärer Absicht durch eine aufmerksame Lektüre der Zeitschriften und Flugblätter sicherlich plausibel gemacht werden; aber solche Interpretationen bleiben immer prekär. Nie kann abschließend geklärt werden, ob die revolutionäre Agitation nicht nur die Phraseologie einer Bewegung war, die sich über ihre eigenen Ziele hinwegtäuschte und also von Revolution sprach, tatsächlich aber nur Humanisierung der Arbeit meinte. Der Revolutionär hat so lange unrecht, wie er nicht siegt.

Man kann vielleicht darüber streiten, ob Alquatis Periodisierung stimmt und er die Schließung des Bruchs nicht etwas zu früh ansetzt. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß mit der Auflösung der autonomen Gruppierungen um 1973 eine Epoche zu Ende geht. Und schon 1977 kann der Kommunist Bruno Trentin von den bedeutenden Errungenschaften der Gewerkschaften in den sechziger Jahren schwadronieren, ohne Widerspruch fürchten zu müssen.

Um nicht in metaphysische Spekulationen über einen vorgeblich wesenhaft guten Massenarbeiter zu verfallen, ist es also wichtig, stets vor Augen zu haben, daß dessen Spontaneität sich nicht soziologisch aus seiner objektiven Situation im Produktionsprozeß ableiten läßt, sondern sich aus dem plötzlichen Zusammenprall zweier Zeitrhythmen ergab und daß des weiteren der Bruch zwischen den Massenarbeitern und den historischen Arbeiterorganisationen nur während einer kurzen Zeitspanne existierte. Es handelte sich also um eine einmalige

historische Situation - eine Einmaligkeit, die sich tief in die Theoriebildung einschrieb. Da Theorien sich aber im Element des Allgemeinen bewegen, haben sie stets die Tendenz, ihren historischen Zeitkern vergessen zu machen und apodiktisch aufzutreten; zumal, wenn es sich um Schriften handelt, die keine blutleeren Wahrheiten auflisten, sondern theoretisches Instrument im Klassenkampf sein wollen und deshalb im Duktus der unumstößlichen Selbstgewißheit auftreten - so, als könnte es gar nicht anders sein. Ohne diese Selbstgewißheit des möglichen Sieges steht die Niederlage in der Tat von Anfang an fest.
Bei der Lektüre von theoretischen Klassenkampfschriften muß man also mit einiger Vorsicht zu Werke gehen und aufpassen, daß der eigene Leidensdruck in einer ganz und gar nicht revolutionären Situation und der Wunsch, es möge endlich losgehen, nicht dazu verführt, sich von der unglaublichen Siegesgewißheit solcher Texte mitreißen zu lassen. Das Resultat wäre einzig Blindheit gegenüber der aktuell trostlosen Lage und also das Gegenteil dessen, was diese Texte beabsichtigen. Vor allem, wenn man frühe Texte Trontis liest, muß man das im Hinterkopf haben. In die dunkelsten Formulierungen geht gerade jene Freude ein, die nach acht Jahren Betriebsfrieden beim Ausbruch des ersten großen Streiks bei der FIAT 1962 in den Redaktionsstuben der QR geherrscht haben muß. Die Vermutung war also nicht falsch; bei der FIAT tut sich was. Sie hatten gegen ihre Genossen recht behalten. Die Straßenkämpfe auf der Piazza Statuto in Turin im Jahre 1962 haben wahrscheinlich die Auseinandersetzungen innerhalb der QR um die weitere Praxis verschärft. Jedenfalls verläßt die politisch-interventionistische Gruppe um Tronti und Alquati 1963 die QR und gründet die Zeitschrift "Classe Operaia" mit dem Untertitel "Politische Monatszeitschrift der kämpfenden Arbeiter". CO war keine festgefügte politische Organisation wie später "Lotta continua" und "Potere Operaia", sondern eine Zeitschrift, um die sich lokal arbeitende Gruppen versammelten. Mit CO beginnt die Geschichte der Autonomia.

IV. Der operaistische Neoleninismus: Mario Tronti

Ihr Gründungsmanifest erschien in der ersten Nummer von CO; es ist Trontis programmatischer Artikel "Lenin in England", der leider nicht in die deutsche Ausgabe seines Buches "Arbeiter und Kapital" aufgenommen wurde.
"Lenin in England" ist eine Polemik gegen den PCI und eine Skizze der neuen Arbeiterwissenschaft, die vorgibt, den traditionellen Marxismus umzuwälzen und die leninistische Strategie wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Der traditionelle Marxismus à la PSI und PCI setzte seinen ganzen Stolz darein, wissenschaftlich-objektiv die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung zu kennen und davon ausgehend die Strategie der Revolution auszuarbeiten. Kapitaltheorie ist für ihn Revolutionstheorie. Der wissenschaftliche Sozialismus, so das Märchen, habe endlich realisiert, was die katholische Kirche immer von sich behauptete: Er sei der Weisheit letzter Schluß, die Partei die zur *"Organisation gewordene Idee"* und daher das Depositorium der revolutionären Wahrheit.
Gegen diesen metaphysischen Objektivismus polemisierte schon Panzieri, und Tronti nimmt

diese Polemik implizit wieder auf. Nicht irgendwelche objektiven Gesetze, sondern die revolutionäre Subjektivität ist der Totengräber der alten Gesellschaft. Während aber Panzieri es bei dieser simplen Feststellung beließ und alles weitere der praktischen Bewegung überließ, versuchte Tronti, die revolutionäre Subjektivität der Arbeiterklasse ontologisch zu fundieren. Der *"zerstörerische Wille"* der Arbeiterklasse, schreibt er, sei bereits mit ihrer *"bloßen Existenz"*[13] gegeben. Wie die Bienenarbeiterin instinktiv Honig fabriziert, so kann die Arbeiterklasse gar nicht anders als revolutionär handeln; sie ist dazu gezwungen. Diese Wesensbestimmung der Arbeiterklasse als revolutionäre Klasse hat Trontis Ontologie mit dem traditionellen Marxismus gemein. Der Unterschied liegt allein darin, daß der traditionelle Marxismus das Wesen der Arbeiterklasse aus ihrer Stellung im Produktionsprozeß ableitete - wogegen Tronti zurecht polemisiert - er nun aber selbst eine objektive Garantie dafür braucht, daß die Arbeiterklasse an sich revolutionär ist; und diese Garantie lokalisiert er nicht im Produktionsprozeß, sondern in der ontologischen Beschaffenheit der Arbeiter, homogene Arbeitskraft zu sein. Sie ist der absolute Urgrund, aus dem die Revolution hervorsprießt. Da aber das Absolute noch nirgends angetroffen wurde, vielmehr jenseits aller empirischer Wahrnehmung liegt, kann es nur autoritär gesetzt werden.

Tronti nimmt eine ontologische Realdefinition vor: *"Begriff der Revolution und Wirklichkeit der Arbeiterklasse sind also identisch."* [14] Woraus dann folgt, daß jeder Arbeiter, der nicht revolutionär handelt, nicht wirklich ist. Mit dieser Schablone läßt sich nun trefflich in der Wirklichkeit herumfuhrwerken und all das aussortieren, was einem nicht in den Kram paßt. Diese freiwillige Amputation des eigenen Wahrnehmungsvermögens macht zwar der revolutionären Unbeugsamkeit des Autors alle Ehre - nach dem Motto, wenn mein Begriff nicht mit den Tatsachen übereinstimmt, um so schlimmer für die Tatsachen; sie ist aber auch der genaue Index ihrer eigenen Unwahrheit, indem sie nämlich eingesteht, in welch prekäre Lage die Revolutionäre geraten sind. Das trotzige Dennoch zeichnet das, wogegen es angeht: autoritäre Besserwisserei.

Denn woher weiß Tronti, daß seiner Ontologie irgendwelche Wahrheit zukommt? Offenbar nicht aus der Erfahrung des Klassenkampfs. Zwischen Erfahrung und Ontologie klafft ein metaphysischer Abgrund. Das kann von Hume gelernt werden. Aus der Tatsache, daß ein Vorgang sich bis jetzt immer so und nicht anders abgespielt hat, läßt sich nicht folgern, daß er sich notwendig auch immer so abspielen muß. Von der bisherigen Geltung führt allseits kein Weg zur Allgemeingültigkeit. Es sei denn - und das ist der Übergang zu Kant - die Allgemeingültigkeit wird unabhängig von der je individuellen Erfahrung gesetzt. Dann aber kann die Instanz, die für sie einsteht, auch nichts Empirisches sein. Das Subjekt, das für die Allgemeingültigkeit seine metaphysische Hand ins Feuer legt, muß ein überindividuelles, nicht-empirisches und also transzendentales Subjekt sein. Das transzendentale Subjekt konstituiert zu allererst die Regeln, denen ein Jeder zu folgen hat, wenn seine Erfahrung Anspruch auf Wahrheit haben soll. Das transzendentale Subjekt liefert dem bescheidenen Erdenmenschen das Stichwortregister, das ihm erlaubt, die empirische Mannigfaltigkeit der Alltagsphänomene zu katalogisieren. Was nicht käuflich ist, findet in diesem Katalog keinen Platz.

Und genau auf dieses transzendentale Subjekt muß Tronti zurückgreifen. Es ist unter dem Namen Partei bekannt. Der Standpunkt der Arbeiter ist der Standpunkt der Partei, schreibt er, und ihre Theorie ist die Arbeiterwissenschaft. Sie definiert, welche Erfahrungen wirkliche, d.h. ontologisch legitimierte Arbeitererfahrungen sind. *"Der politische Diskurs überprüft die Korrektheit der partikularen Erfahrungen und nicht umgekehrt. Denn der politische Diskurs ist der umfassende Klassenstandpunkt und daher die wirkliche materiale Gegebenheit."*[15] Obwohl Tronti die traditionell marxistische Auffassung, die Partei sei das Subjekt der revolutionären Strategie, ablehnt -, obwohl er behauptet, die unmittelbaren Arbeiterkämpfe in der Fabrik seien das strategische Moment und die Partei habe nur taktische Aufgaben in der direkten Konfrontation mit dem kapitalistischen Kommando -, obwohl er also die revolutionäre Substanz in die Arbeiterklasse legt, behält die Partei letztendlich doch die Oberhand. Sie überprüft, was der Arbeitertheoretiker ontologisch gesetzt hat. Da für Tronti die Existenz von revolutionärer Subjektivität nicht historisch-empirisch gegeben ist, sondern vor aller Erfahrung in der ontologischen Natur der Arbeiterklasse wurzelt, darf die Überprüfungsinstanz der Arbeitererfahrungen auch nicht aus der proletarischen Spontaneität selbst hervorwachsen, sondern muß ebenso ontologisch vorausgesetzt werden. Im Gegensatz zu manch einem seiner Epigonen weiß Tronti allerdings, daß er die ontologischen Qualitäten der Arbeiterklasse nur voraussetzen kann.[16] Das ist zumindest ehrlich - wenn auch nicht erfreulich.

Bleibt zu sehen, wie Tronti die revolutionäre Subjektivität ontologisch fundiert. Da revolutionäre Subjektivität der absolute Antagonismus zum Kapital ist, fragt Tronti, in der Absicht diesen Antagonismus zu begründen: Was steht dem Kapital entgegen? Die Antwort findet er in den "Grundrissen" von Marx. Damit beginnt die autonome Lektüre der Marxschen "Grundrisse", wie sie noch Detlef Hartmann in "Die Alternative. Leben als Sabotage"[17] vertritt - mit dem Unterschied, daß Hartmann die Trontische Lektüre lebensphilosophisch ausdünnt. Das wird noch zu zeigen sein. Zunächst aber Tronti. Er entdeckt den Antagonismus zum Kapital in der Arbeit. Die Arbeit ist das Nicht-Kapital. Einerseits ist die Arbeit als Gegenstand die absolute Armut. Andererseits aber ist sie auch die allgemeine Möglichkeit des Reichtums - aber Marx präzisiert: Reichtum in der Form des Werts, Reichtum als Kapital. Bei Marx ist die Sache also klar: wohl ist die Arbeit das Nicht-Kapital, aber eben nur als Moment im Bewegungsprozeß des Kapitals. Arbeit ist nichts, was über das Kapital hinausweist, sondern Quelle des Werts, Wert in flüssiger Form. Tronti jedoch interpretiert diesen internen Bewegungswiderspruch des Kapitals als substantielles Klassenverhältnis: *"Aber die Substanz des Verhältnisses ist von Anfang an gegeben durch den antithetischen Gegensatz zwischen Arbeit in Potenz und Kapital an sich, zwischen den einfachen Gestalten der Arbeit und des Kapitals, des Arbeiters und des Kapitalisten."*[18] Anders gesagt: Arbeiter und Kapitalist sind nur die Charaktermasken der ökonomischen Formbestimmungen Arbeit und Kapital. Aber als solche Charaktermaske ist der Arbeiter eben Arbeiter und nicht Proletarier, nicht ein Arbeiter also, der gegen seine Existenz als Arbeiter ankämpft. Als Arbeiter kämpft der Arbeiter zwar auch gegen das Kapital - nicht jedoch um es abzuschaffen, sondern um sich als Arbeiter zu reproduzieren. Es ist dies das kapitalimmanente Tauziehen um einen möglichst großen Anteil am Wertprodukt, kurz: Lohnkampf. Wie sich gleich zeigen wird, reduziert

Tronti die Revolution tatsächlich auf diesen Lohnkampf. Zunächst aber noch einige Anmerkungen zum Begriff Arbeit, wie er von Marx in den von Tronti angeführten "Grundrissen" verwendet wird. Wenn Marx sagt, Arbeit sei Wert in flüssiger Form, dann meint er mit Arbeit also das, was er später im "Kapital" als abstrakte Arbeit bezeichnet. Und was das sein soll - abstrakte Arbeit - ist an sich ganz unbegreiflich.

Man hat diesen Begriff so oft wiedergekäut, daß er gar keine Verwunderung mehr auslöst. Abstrakte Arbeit, das zergeht dem Marxologen wie die geweihte Hostie auf der Zunge. Es ist der Zauberspruch, den niemand versteht, der aber Zugang ins Allerheiligste verschafft. Nicht, daß nicht verstanden wird, was abstrakte Arbeit bedeutet, ist zu kritisieren, sondern daß die Zauberlehrlinge vermeinen, damit die Wahrheit im Geldbeutel zu tragen. Fühlt man den Werttheoretikern dann ein bißchen auf den Zahn, stolpert man von einer Ungereimtheit in die andere. Seit hundert Jahren dreht sich die Diskussion im Kreise und kaum jemand ist auf die Idee gekommen, daß es hier gar nichts zu verstehen gibt. Das ist deshalb merkwürdig, weil Marx das "Kapital" *"Kritik der Politischen Ökonomie"* untertitelte, nicht aber "Theorie der Politischen Ökonomie". Abstrakte Arbeit, der Zentralbegriff in der Kritik, dient daher nicht dazu, das Kapital theoretisch zu begreifen, oder gar realsozialistische Planungsmodelle auszuarbeiten. Abstrakte Arbeit bezeichnet vielmehr den objektiven Wahnsinn der kapitalistischen Produktionsweise, nämlich die reale Existenz von etwas ganz und gar Unsinnlichem, eben Abstraktem. Über Gott macht man sich heutzutage nur deshalb so billig lustig, weil man ihn längst als Geld in der Tasche trägt. Und genau diese kapitalistische Realabstraktion am Menschen soll bei Tronti der Grund revolutionärer Subjektivität sein. Das ist befremdlich, hat aber Methode. Im Einzelnen: Zunächst nimmt Tronti eine Realdefinition vor: Begriff der Revolution und Realität der Arbeiterklasse seien identisch. Nach Trontis Selbstverständnis wird damit die Realität der Arbeiterklasse dem theoretischen Begriff der Revolution untergeordnet: der politische Diskurs bestimmt die Echtheit der Arbeitererfahrungen. Nun fragt sich aber: Kommt dem Begriff der Revolution auch praktische Wahrheit zu, oder ist er nur abstrakte Spekulation? Dies ist der Punkt, an dem das Argument umkippt. Die praktische Wahrheit über die Arbeiterklasse ist, daß die Arbeiter arbeiten. Die kapitalistisch gesetzte ontologische Bestimmung der Arbeiter ist tatsächlich die Arbeit, Arbeit an sich, Arbeit ohne konkrete Bestimmtheit, abstrakte Arbeit. Es ist unter kapitalistischen Verhältnissen tatsächlich so, daß der Begriff Arbeit real existiert und der einzelne Arbeiter nur die mit Bewußtsein begabte Marionette der Substanz abstrakte Arbeit ist. In ihr fallen Begriff und Realität nun tatsächlich so zusammen, wie Tronti es für den Begriff der Revolution und die Realität der Arbeiterklasse behauptet. Tronti hat also recht, seinen Begriff der revolutionären Subjektivität in der kapitalistischen Realabstraktion zu fundieren, nur führt er damit die Revolution in die kapitalistische Immanenz zurück. Er sabotiert die Revolution, weil er sie ontologisch fundiert. Bei Tronti kann dieser Verkehrungsprozeß wie bei kaum einem anderen Theoretiker minutiös nachvollzogen werden.

An diesem Punkt der Darstellung wird klar, wie die absolute Wahrheit der Autonomie in Unwahrheit umschlägt. Die einzige Möglichkeit, die Wirklichkeit revolutionärer Autonomie zu zeigen, so Tronti, sei, sie zu organisieren. Wahr ist daran soviel, daß revolutionäre

Autonomie nicht objektiv aus dem Produktionsprozeß abgeleitet werden kann, sie also keine theoretische Größe ist, sondern ihren Ort in der Praxis hat. Nimmt man das ernst, dann ist Autonomie etwas, was entweder praktisch existiert oder auch nicht existiert - ihr Medium ist Geschichte, nicht Theorie. Damit aber gibt sich Tronti nicht zufrieden. Die Wirklichkeit der Autonomie ist für ihn nicht historisch gegeben, sondern muß organisiert werden. Erst die Organisation zeige die Wirklichkeit der Autonomie. Organisieren - d.h. einem Inhalt die ihm entsprechende Form geben - kann man aber nur, was bereits existiert. In der revolutionären Organisation gibt die revolutionäre Autonomie sich die ihr entsprechende Form. Die Form setzt also den Inhalt voraus, kann ihn aber nicht schaffen. Der Inhalt ist da oder auch nicht. Ist er da, kann er sich auch formieren. Tronti dagegen macht die Formgebung zu dem Akt, in dem der Inhalt sich als wahr erweist. Die Form verifiziert den Inhalt, ist ihm also logisch vorgeordnet. Politisch gesprochen zeigt sich das darin, daß bei Tronti die Partei bestimmt, was Autonomie ist. So schafft sich die Form ihren eigenen Inhalt, wie noch je in der idealistischen Philosophie. Organisation bläst sich zur Produktion auf. Wie nun aber die Form ihren eigenen Inhalt aus sich heraussetzen können soll, ist an sich ganz unbegreiflich und kann nur spekulativ behauptet werden. Vorausgesetzt ist dabei stets, daß der Inhalt an sich bereits in der Form existiert - im vorliegenden Fall in der Form des Trontischen Denkens, das die revolutionäre Autonomie ontologisch setzt. Da diese ontologische Setzung ein spekulativer Akt des Theoretikers Tronti ist, kann ihre Verifizierung nur durch einen ebenso spekulativen Organisationsakt des Praktikers Tronti geschehen. Und damit dieser Spekulation irgendeine Realität zukommt, ist Tronti gezwungen, auf die einzige realexistierende Spekulation zurückzugreifen, die es gibt: die abstrakte Arbeit. So schließt sich der Kreis.

Daß diese Kritik an Tronti keine sophistische Begriffsspielerei ist, zeigt sich in seiner Praxis. Zu keinem Augenblick kritisiert er die inhaltliche Bestimmung "abstrakte Arbeit". Stets nur steht die Form, in der sie organisiert wird, im Vordergrund. Über das Verhältnis von Arbeit, Kapital und Partei etwa schreibt er: *"So erweisen sich die **Gesellschaft des Kapitals** und die **Arbeiterpartei** als zwei gegensätzliche Formen mit demselben Inhalt."*[19] Arbeitsverweigerung und Sabotage begreift Tronti nicht als praktische Kritik an der kapitalistischen Formbestimmtheit menschlicher Tätigkeit, sondern: *"Enthaltung von der Arbeit... ist vielmehr Ablehnung des Kommandos des Kapitals als des Organisators der Produktion."*[20] Nicht die kapitalistische Reduktion der Menschen auf Arbeiter, sondern einzig das Kommando wird kritisiert. Auch insofern stimmt Tronti mit dem traditionellen Marxismus überein. In der Praxis der autonomen Gruppen schlug sich die Blindheit gegenüber den inhaltlichen Bestimmungen abstrakter Arbeit als Strategie des politischen Lohns nieder. Nicht die Lohnform der Lebensmittel stand im Kreuzfeuer der praktischen Kritik, sondern die Lohnhöhe. Die Arbeiter sollten in den Fabrikkämpfen Lohnforderungen stellen, die die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung durcheinanderbringen und zur Blockade der Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals führen. Das Ergebnis wäre eine politische Krise, in der die Natur des Kapitals als Kommando, d.h. als direkte Gewalt ungeschminkt zum Vorschein kommt. Denkt man an die rechten Putschpläne in Italien Ende der sechziger Jahre, so kann man sagen, daß die Rechnung bis dahin aufging. Aber wie nun weiter? Was tun in der

politischen Krise? Tronti und Negri zufolge ist der Moment der politischen Krise die Sternstunde der Parteitaktik. Die Partei hat gegen das kapitalistische Kommando gezielte taktische Schläge zu führen, um zu verhindern, daß die Arbeiterautonomie in gewerkschaftliches Fahrwasser zurückgezwungen werden kann. Nach der wie ein Indianerspiel anmutenden Theorie hätte die Arbeiterautonomie dadurch die Chance, sich weitere Anteile am Bruttosozialprodukt zu erkämpfen. Die Partei schlägt Breschen ins kapitalistische Kommando und die Arbeiterautonomie setzt nach, besetzt das gesellschaftliche Terrain. Das Ergebnis kann nur eine Verschärfung der politischen Krise sein. Nirgends jedoch wird die Sprengung der kapitalistischen Vergesellschaftungsform sichtbar: ein Bewegungskrieg ohne Ziel. Oder vielmehr: ein Bewegungskrieg, den das Kapital gewinnen muß. Denn das Kapital ist zwar auch Kommando, aber eben nicht nur Kommando. Das Kapital ist auch Hegemonie und ökonomisch gesprochen drückt sich Hegemonie in der Lohnform aus. Solange sie nicht angegriffen wird, ist das Kapital nicht in Gefahr. Denn als Kommando ist es allemal stärker bzw.: Das Kapital ist als Kommando so lange stärker als die Revolutionäre, wie es die ökonomische Hegemonie hat, d.h. solange wie die Revolutionäre die Lohnform nicht angreifen. Seine Strategie ist dann ganz einfach. Es zerschlägt das proletarische Kommando einerseits und führt andererseits, vermittelt über die Gewerkschaften, einen Zermürbungskrieg in Lohnverhandlungen. Es gesteht Lohnerhöhungen zu, die zwar kurzfristig die gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten durcheinanderbringen, aber langfristig die Reproduktion der kapitalistischen Vergesellschaftungsform garantieren. Mit einem Wort: Es setzt die Notenpresse in Gang, nimmt Inflation in Kauf und arrangiert sich auf internationaler Ebene mit den anderen Zentralbanken und dem Internationalen Währungsfonds. Das Ergebnis ist ein Auseinanderfallen von Arbeiterautonomie und proletarischem Kommando. Die Arbeiterautonomie löst sich in die sich momentan radikalisierenden Gewerkschaften auf und die Arbeiterpartei steht da wie der nackte König.

Das ist kurz zusammengefaßt die Logik der italienischen Ereignisse in den Jahren 1966 -1972. Darauf antworteten die Revolutionäre auf dreierlei Weise.

Tronti zog die schlechten Konsequenzen aus seinen falschen Prämissen, machte mit dem Primat der Partei ernst, faselte von der *"Autonomie des Politischen"* und schlug sich zur stärksten italienischen Linkspartei durch bzw. zurück. Denn aus dem PCI kam er ja.

Die Brigate Rosse, die, anders als in der BRD die RAF, aus den autonomen Fabrikräten hervorgegangen war, machten mit der Autonomie der Partei auf andere Weise ernst und nahmen den bewaffneten Kampf gegen das kapitalistische Kommando auf.

Potere Operaio, deren Cheftheoretiker Negri war, zog aus der historischen Aporie von Bewegung und Organisation die ehrliche Konsequenz und löste sich auf.

Etwa gleichzeitig und aus demselben Grund, aus dem sich in Italien Potere Operaio auflöste, konstituierte sich in der BRD die Zeitung "Wir Wollen Alles",[21] die u.a.von den Gruppen "Arbeitersache München", "Revolutionärer Kampf Frankfurt" und "Proletarische Front Hamburg" herausgegeben wurde. Auch sie vertraten die Strategie des politischen Lohns - mit dem Unterschied, daß für sie in der BRD die gesellschaftliche Basis fehlte. Die Arbeiterautonomie, die in Italien die Bedingung der Möglichkeit für die autonomen Gruppen war, ihre

Strategie des politischen Lohns vorzuschlagen, sollte in der BRD erst durch *"exemplarische Aktionen"* geschaffen werden. Die "Proletarische Front" schreibt 1973: *"Wenn der Haß gegen die mörderische Arbeit da ist, gegen die Vorarbeiter, Meister und Sicherheitstypen ebenfalls, wenn auch die Bereitschaft da ist, gegen diese Scheiße was zu machen, muß der erste Schritt 'was zu machen' bei uns liegen. Nur so können wir dazu beitragen, die mangelnde Solidarität, die existenzielle Angst bei den Arbeitern zu überwinden. Nur so können wir erste Ansätze von Macht darstellen. Dieser erste und weitere sind es, die wir als exemplarische Aktionen bezeichnen."* [22] Das Hauptproblem der autonomen Organisationen in der BRD - *"wie an die Arbeiter heranzukommen sei"* (Proletarische Front) - versuchte man gemäß den Rezepten pädagogischer Handbücher zu lösen: Beispiel geben. So wurde aus der Arbeiterautonomie die Gruppenmilitanz - heute noch das Gütesiegel für die korrekte Linie. Die *"militante Aktion"* ist für den Autonomen, was die Didaktik für den Lehrer. Mit ihrer Hilfe versucht er den widerspenstigen Lehrling in Sachen Klassenkampf hinterrücks zu überlisten. Was der gar nicht wissen will, soll ihm durch raffiniert ausgeklügelte Vermittlungstechniken untergejubelt werden. Pädagogen aller Länder, vereinigt Euch! Wie leichtfüßig man das pädagogische Terrain wechseln kann, zeigt der ehemalige "revolutionäre Kämpfer" Joschka Fischer. Vor kurzem noch agitierte er als Umweltminister die Chemieindustrie - Hauptsache Vermittlung. Da ist man immer schön in der Mitte, kann den heroischen Realisten spielen, den das Schicksal zwischen alle Stühle gesetzt hat und wenn's dann schiefgeht, hat man's ja nie so gemeint.
Zurück nach Italien: Mit der Auflösung von Potere Operaio ist der operaistische Neoleninismus in der Krise. Die reale Vermittlung von Arbeiterautonomie und Partei, die während eines kurzen historischen Augenblicks gesellschaftliche Wirklichkeit geworden war, brach auseinander. Kein voluntaristischer Kraftakt konnte sie mehr zusammenfügen. Dies erkannt zu haben, macht die historische Klarsicht von Potere Operaio aus. Damit aber wollte sich Negri nicht zufriedengeben.

V. Antonio Negris Bedürfnisfetischismus

Negri suchte nach anderen Auswegen, wobei er zweigleisig vorging. Als Ontologe hat er den Antagonismus von Arbeit und Kapital fest im Begriff und als Phänomenologe fahndet er nach den neuesten Erscheinungsformen der Autonomie. Es beginnt die zweite Phase der Autonomia.
Im folgenden beziehe ich mich zum einen auf ein 160seitiges Interview mit Negri, das den ganzen Zeitraum von Panzieri bis 1978 abdeckt, und zum anderen auf Negris Aufsatz "Die revolutionäre Norm", der 1978 in der Zeitschrift "Critica del Diritto" (Kritik des Rechts) erschien und in dem Sammelband "Macchina Tempo" (Maschinenzeit) wiederveröffentlicht wurde.[23] Dieser Aufsatz kann als eine Art theoretischer Summe der Erfahrungen gelten, die in der Zeit zwischen der Auflösung von Potere Operaio 1973 und dem Höhepunkt der 77er Bewegung gemacht worden sind.

Im Mittelpunkt von Negris Argumentation steht der Begriff des *"gesellschaftlichen Arbeiters"*, der den des *"Massenarbeiters"* aus der ersten Phase der Autonomia ablöst. Obwohl die ontologische Fundierung des *"gesellschaftlichen Arbeiters"* derselben Logik folgt, mit der Tronti zehn Jahre zuvor die revolutionäre Mission des Massenarbeiters begründete, nimmt Negri phänomenologisch einige Bedeutungsverschiebungen vor, in denen seine schließliche Konversion zu den Grünen sich bereits ankündigt. Was meint Negri mit *"gesellschaftlichem Arbeiter"*? *"Gesellschaftlicher Arbeiter"* ist die Subjektform des ins gesellschaftliche Territorium sich ausbreitenden Kapitals. Im Einzelnen: Als sich der Sturm des heißen Herbstes '67 gelegt hatte, ging die kapitalistische Großindustrie dazu über, immer mehr Produktionsbereiche aus den zentralen Montagefabriken auszulagern und auf kleine Klitschen zu verteilen. Die Fabrik dehnte sich ins gesellschaftliche Territorium aus und - so Negris Argument - machte die Gesellschaft dadurch zur Fabrik, und zwar in der Hoffnung, den Widerstand der Arbeiter in der Fabrik zu brechen. Im Laufe dieser Umstrukturierung der Produktionsprozesse änderte sich die Klassenzusammensetzung. Der Massenarbeiter der riesigen Montagehallen verlor seine zentrale Stellung und löste sich in den *"gesellschaftlichen Arbeiter"* auf. *"Gesellschaftlicher Arbeiter"* ist also zunächst einfach ein nominalistischer Begriff, mit dem soziologisch-objektiv dieser Umstrukturierungsprozeß auf der Seite des variablen Kapitals beschrieben wird. Er umfaßt die unterschiedlichsten Arbeitssituationen, ist also wesentlich windiger als der Begriff des Massenarbeiters, der die Evidenz der gleichen Arbeitsverhältnisse an den Montagebändern für sich hatte. Tronti zog daraus die Folgerung, das gesellschaftlich Disparate könne nur noch von oben politisch vermittelt werden, durch eine Partei, den PCI.

Negri dagegen blieb bei dieser nominalistischen Industriesoziologie nicht stehen, sondern übersetzte sie zunächst einmal in Marxsche Terminologie. Die Anverwandlung der Gesellschaft an die Fabrik interpretierte er als fortschreitende reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Über die kapitalistische Realabstraktion *"abstrakte Arbeit"* hatte er nun einen Realbegriff zur Verfügung, mit dessen Hilfe er die nominalistische Bezeichnung *"gesellschaftlicher Arbeiter"* ontologisch fundieren konnte. Ontologisch gesehen sind die verschiedenen Arbeitssituationen der *"gesellschaftlichen Arbeiter"* also gleich. So wird im Handumdrehen aus dem Nominalismus *"gesellschaftlicher Arbeiter"* ein Realismus, eine ontologische Bestimmung. Während Tronti das Gemeinsame der verschiedenen Arbeitssituationen von oben politisch in sie hinein vermitteln will, behauptet Negri, diese Vermittlung sei bereits ontologische Realität. Wobei wohlbemerkt dieses Ontologische die revolutionäre Qualität des *"gesellschaftlichen Arbeiters"* ausmachen soll. Bei Tronti sitzt die Revolution ganz traditionell im ZK des PCI, bei Negri dagegen ist sie mit der Existenz des *"gesellschaftlichen Arbeiters"* gegeben. Wie beim Massenarbeiter des frühen Tronti, so gilt auch beim *"gesellschaftlichen Arbeiter"* des mittleren Negri: *"Begriff der Revolution und Wirklichkeit der Arbeiterklasse sind identisch"*.

Bis hierhin bleibt also alles beim Alten. Anders als beim Massenarbeiter aber ist die phänomenologische Bestimmtheit des *"gesellschaftlichen Arbeiters"* nicht unmittelbar mit dem Begriff gegeben. Die Phänomenologie des Massenarbeiters ist so einfach und monoton

wie die Arbeit an den Bändern. Die Phänomenologie des *"gesellschaftlichen Arbeiters"* dagegen zerspringt in die Mikrophysik je spezifischer Situationsbeschreibungen. An dieser Stelle führt Negri den Begriff der *"radikalen alternativen Bedürfnisse"* ein, womit der erste Schritt in Richtung auf die bundesdeutsche Alternativbewegung gemacht ist und sich bereits die spätere Bewunderung Negris für die Grünen ankündigt. Mit *"radikalen alternativen Bedürfnissen"* meint Negri exakt das, was bei uns darunter verstanden wird: den Bedürfnisfetischismus derer, die sich im autistischen Genuß ihres Selbst so richtig heimatlich fühlen und sich also lieber selbst erfahren, als sich und die Gesellschaft zu verändern. Über den Bedürfnisbegriff halten die sogenannten "neuen sozialen Bewegungen" Einzug in die Phänomenologie des *"gesellschaftlichen Arbeiters"*. Zwar bleibt die Terminologie noch proletarisch - die neuen Bedürfnisse sind für Negri echt proletarische Bedürfnisse - aber die Bedeutung von Proletariat verschiebt sich ihm unter der Hand. Nicht mehr das Bedürfnis nach sozialer Emanzipation, sondern der unmittelbare Genuß im Hier und Jetzt ist damit gemeint. In summa also dieselbe Selbsttäuschung, wie sie hierzulande bei denen herrschte, die revolutionär an die Bürgerinitiativbewegung anknüpfen wollten.

Ontologie des *"gesellschaftlichen Arbeiters"* und Phänomenologie der Bedürfnisse also und dazwischen ein Abgrund, den Negri mit einem gewagten Spagatschritt zu überbrücken sucht. War die vermittelnde Mitte zwischen Ontologie und Phänomenologie bei Tronti die Partei, so inkarniert sie bei Negri in Negri selbst (das ist letztlich auch der Grund seiner prätentiösen Schreibweise) - und zwar auf doppelte Art und Weise: in Negri dem Philosophen und in Negri dem Praktiker.

Philosophisch wiederholt sich bei Negri auf einer anderen Ebene dasselbe quid pro quo von revolutionärer Autonomie und abstrakter Arbeit, das bereits die Trontische Theorie des Massenarbeiters zeichnete. Negris Problem ist, wie sich die höchst unterschiedlichen Situationen der *"gesellschaftlichen Arbeiter"* zum revolutionären Projekt vermitteln. In der Negri eigenen Theoriesprache stellt sich dieses Problem als *"Verhältnis zwischen Zusammensetzung und Normierung"*.[24] Wenn die revolutionäre Norm nicht einfach nur ein leeres Sollen, sondern wirklich sein soll, dann muß sie irgendwie in die soziale Realität eingeschrieben sein. Wie zuvor schon Tronti - gegen den Negri ebenso wie Lenin gegen Kautsky nur deswegen so ausfällig polemisiert, weil er sich von dessen Theorie nie hat freimachen können - wie zuvor schon Tronti also entdeckt Negri den objektiven Grund der revolutionären Norm in der reellen Subsumtion der lebendigen Arbeit unter das Kapital. Je weiter die Subsumtion fortschreitet, so Negri, desto schärfer artikuliert sich der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Arbeiter und Kapitalist. Mit der Ausbreitung des Kapitals ins gesellschaftliche Territorium bestimmt das Kapital alle Tätigkeiten als abstrakte Arbeit. Der gesellschaftliche Arbeiter ist dann *"eine Subjektivierung der abstrakten Arbeit auf hohem Niveau"*.[25] Damit hat Negri das bestimmende Moment gefunden, das die empirisch höchst unterschiedlichen Situationen der gesellschaftlichen Arbeiter vereinheitlicht: Es ist die abstrakte Arbeit. Zwar hat Negri damit insofern recht, als die abstrakte Arbeit tatsächlich die kapitalistisch gesetzte Ontologie bezeichnet, aber er sagt nicht die Wahrheit; denn im selben Atemzug macht er das spezifisch kapitalistische an dieser ontologischen Setzung zum objektiven Grund der revolutionären

Norm: *"Die revolutionäre Normierung beginnt, sich als Ausdruck des Verhältnisses zwischen Zusammensetzung und bestimmendem Moment darzustellen."*[26]
Wie ist das zu denken? Wie kann aus dem Verhältnis zwischen den verschiedenen Alltagssituationen der gesellschaftlichen Arbeiter einerseits und der abstrakten Arbeit andererseits das revolutionäre Projekt hervorspringen? Negris Antwort ist so verblüffend wie bezeichnend: Vermittelt über die objektive Gleichheit der subjektiv unterschiedlichen Alltagssituationen gleichen sich die in ihnen stattfindenden Teilbereichskämpfe zum revolutionären Projekt aus. Negri zufolge müßte man sich das analog zur kapitalistischen Profitratenausgleichung vorstellen - mit dem Unterschied, daß es sich hier nicht um die Verwertung des Werts, sondern um den umgekehrten, umgewälzten, entgegengesetzten (rovesciato) Prozeß, um Selbstverwertung (autovalorizzazione) handelt.[27] Entgegen der Meinung des deutschen Übersetzers von Negris Schrift "Sabotage" muß man den Begriff *"autovalorizzazione"* sehr wohl mit *"Selbstverwertung"* und nicht mit *"Aneignung"* übersetzen.[28] Nicht nur, weil es für *"Aneignung"* das italienische Wort *"appropriazione"* gibt und Negri es also verwenden würde, wenn er es für angemessen hielte, sondern auch weil der Terminus *"Selbstverwertung"* zurecht an Selbstausbeutung erinnert. Helmut Dietrich dagegen läßt sich bei seiner Übersetzung eher von der Revolutionsphraseologie Negris als von der Logik seiner Gedanken leiten. Stellt man nämlich in Rechnung, daß das vorgeblich revolutionäre Subjekt, der *"gesellschaftliche Arbeiter"*, nur die Subjektform der kapitalistischen Realabstraktion ist, so erhellt, daß proletarische Selbstverwertung tatsächlich das meint, was es wortwörtlich bedeutet: daß die Arbeiter sich fortan ohne die Peitsche des Kapitalisten selbst verwursten sollen.
Das meint Negri vielleicht nicht, aber er sagt es. Freilich kann er sich damit nicht zufriedengeben. Im weiteren Verlauf seiner Gedankenentwicklung führt er einen radikalen Bruch ein. Nachdem er die revolutionäre Norm durch den Rückgriff auf die abstrakte Arbeit ontologisch fundiert hat, stößt er nun die Leiter, über die er zur revolutionären Norm aufgestiegen ist, von sich und setzt die Norm als das Prinzip seiner weiteren Überlegungen. Von nun an ist es die kapitalistische Norm, wenn man so will das Wertgesetz, das versucht, die revolutionäre Norm umzuwälzen, zu zerschlagen. Das klassische quid pro quo der Philosophie also. Das Abgeleitete wird als Ableitungsgrund gesetzt; das Ende verkehrt sich in den Anfang und setzt das Resultat, aus dem es doch hervorging. Die revolutionäre Klasse, zunächst aus der kapitalistischen Subsumtionsbewegung abgeleitet, ist immer schon da und das Kapital versucht nun per Kommando, sich die gesellschaftliche Produktivität der Arbeiter anzueignen: *"Das Kapital bildet seine Normativität durch den Raub an der proletarischen Vergesellschaftung der Arbeit."*[29] Auf einmal ist es nicht mehr das Kapital, das die Arbeit vergesellschaftet, sondern das Proletariat. Im Gegenzug verflüchtigt sich das Kapital zur außergesellschaftlichen Instanz, die sich wie eine Räuberbande den gesellschaftlichen Reichtum aneignet. Die leninistische Herkunft dieser Theorie scheint überall durch. Das Kapital wird auf Parasitentum, Raub, Kommando, Gewalt reduziert. Das alles ist es zwar auch, aber eben nicht nur. Damit die Peitsche wirkt, muß die andere Hand das Zuckerbrot bereithalten. Wer das nicht sehen will, wird stets aufs Zuckerbrot hereinfallen, das sich zur Zeit als *"garantiertes Mindesteinkommen"* auch bei manchen Autonomen großer Beliebtheit

erfreut. Dahinter steckt die alte Freiraumideologie aus der Zeit der Häuserbesetzungen: wenn ich nur mein Auskommen habe, kann mir der Rest gestohlen bleiben.
Negri kann die ontologische Würde des revolutionären Proletariats also nur durch einen uralten philosophischen Trick erschleichen. Soweit zur Theorie des *"gesellschaftlichen Arbeiters"*. Was bedeutete sie für Negris Praxis? Über seine Erfahrungen aus den Kämpfen der siebziger Jahre sagt er: *"Eine Sache, die für mich persönlich außerordentlich wichtig war, war die Tatsache, immer in erster Person die Synthese bestätigen zu können."*[30] Ein Stück weiter kann man über die Möglichkeit, die gegensätzlichen unmittelbaren Bedürfnisse zu revolutionären zu vermitteln, lesen: *"Man muß einfach den Mut haben, diese Widersprüche zu leben."*[31] Und aus der deutschen Zeitschrift "Autonomie" echot es aus dem Munde Detlef Hartmanns und Karl-Heinz Roths: *"Die neuen projektbezogenen Wohngemeinschaften (sind) erste tastende Entwürfe zur sozialen Reproduktion jenseits von der architektonisch und lohnpolitisch verhülsten Kleinfamilie... Die Resurrektion der sozialen Individualität muß strategisch antizipiert werden, als Moment des Alltagslebens hier und heute."*[32] Das klingt heute so lächerlich, wie es damals schon war und gibt die Autonomen als das zu erkennen, was sie sind: der extrem linke Flügel der grünen Mittelstandsbewegung - mit dem Unterschied, daß sie ihre Freiräume nicht durch großzügige Oberstudienratsgehälter kaufen können, sondern besetzen müssen. Die Militanz ersetzt den Geldbeutel.
Wenn es einen gemeinsamen Nenner der "neuen sozialen Bewegungen" der siebziger Jahre gibt, dann ist es dieser Fetischismus der unmittelbaren Bedürfnisse. Darin sind die Autonomen sich allemal mit Bhagwan einig. Vergessen wurde, was man in den sechziger Jahren noch ansatzweise wußte, daß es so etwas wie *"repressive Entsublimierung"* (Herbert Marcuse) gibt. Bezog Marcuse das auf die Pseudobefreiung von viktorianischer Moral durch den Warenkonsum, so wiederholte sich derselbe Prozeß im Gefolge der 68er-Bewegung. Die objektive Aporie, in die die kapitalistische Gesellschaft zur Zeit den revolutionären Willen setzt, wurde negativ aufgelöst. Marcuse formulierte diese Aporie auf einer Diskussionsveranstaltung 1967 in Berlin mit aller Deutlichkeit: *"Sie haben leider die größte Schwierigkeit der Sache hier definiert. Ihr Einwand ist, daß, um die neuen revolutionären Bedürfnisse zu entwickeln, erst einmal die Mechanismen abgeschafft werden müssen, die die alten Bedürfnisse reproduzieren. Um die Mechanismen abzuschaffen, die die alten Bedürfnisse reproduzieren, muß erst einmal das Bedürfnis da sein, die alten Mechanismen abzuschaffen. Genau das ist der Zirkel, der vorliegt, und ich weiß nicht, wie man aus ihm herauskommt."*[33] Anstatt nun aber diese **gesellschaftliche** Aporie in Kritik und Polemik zu organisieren, wurde sie personalisiert. Aus der Aporie von gesellschaftlichen Bedürfnissen und revolutionärem Projekt machte man den Konflikt zwischen dem eigenen Veränderungswillen und den eigenen unmittelbaren Bedürfnissen. *"Zwei Seelen wohnen, ach!, in meiner Brust"* seufzte es fortan durch den alternativen Blätterwald und nur unschwer ließ sich zwischen den Zeilen lesen, wieviel Lust diese tragische Selbstzelebrierung bereitete. So wandelte sich das unglückliche Bewußtsein über die aktuell unmögliche Revolution langsam in die Selbstzufriedenheit, der alternative Teil der deutschen Misere zu sein, die sich selbst als politische Kultur stilisiert. Bereits die unverschämte Behauptung, der Widerspruch zwischen den eigenen Bedürfnissen

und dem revolutionären Projekt sei lebbar, macht klar, daß man es mit der Revolution nie so ernst meinte - denn der revolutionäre Wille bezieht seine Kraft gerade aus der subjektiven Unmöglichkeit, in dieser Gesellschaft auch nur einigermaßen anständig leben zu können. Hinter der Anmaßung des revolutionären Willens, der schon bald nicht mehr so genannt wurde und zur "Radikalität" mutierte, verbarg sich der bürgerliche Egoismus, den eigenen Privatinteressen im öffentlichen Raum Geltung zu verschaffen. Auch deshalb sind die Grünen die politische Wahrheit der "neuen sozialen Bewegungen".

Die Autonomen meinten sich dieser negativen Dialektik durch den Bezug auf Negri entziehen zu können. Indes wurde Negri in der BRD nur deshalb so geschätzt, weil er in den in der BRD bekannt gewordenen Schriften von Anfang an ein Grüner war. In Negri lasen die Autonomen ihr eigenes Fehlurteil über die deutschen Zustände in den siebziger Jahren. Sie nahmen Italien so gern durch Negris Brille wahr, weil Negri über Italien so sprach, als ginge es um die deutsche Misere. So konnten sie sich in der Illusion wiegen, über die deutsche Misere hinaus und gleichzeitig ganz bei sich zu sein.

Was den Autonomen irgendwann um 1980 nicht mehr an Negri gefiel, ist, daß er nun Klartext sprach und die grünen Konsequenzen aus den alternativen Prämissen zog. So hatte man es nicht gemeint. Es kam zum Bruch zwischen Negri auf der einen und Hartmann und Roth auf der anderen Seite. In seinem Buch "Die Alternative. Leben als Sabotage" rechnet Hartmann schonungslos mit den Alternativen ab und legt sich darüber Rechnung ab, wie sehr er sich in der Alternativbewegung getäuscht hat: *"Noch nie habe ich so intensiv miterlebt, daß Geschichte eine ganz andere Bedeutung haben kann, als wie sie sich in ihren Trägern verbal artikuliert... Aber der Sinn dessen, was man tut und was man denkt, läßt sich selten aus den bewußten Intentionen erschließen."*[34] Wie wahr!

Um so mehr überrascht es, daß die philosophischen Neuansätze von Negri und Hartmann sich wie ein Ei dem anderen gleichen. Es ist der Übergang vom autonomen Bedürfnisfetischismus zur autonomen Lebensphilosophie, wie Hartmann sie in "Die Alternative. Leben als Sabotage" und Negri in zwei Aufsätzen aus dem bereits erwähnten Band "Macchina Tempo" formulieren: "Archäologie und Projekt. Vom Massenarbeiter zum gesellschaftlichen Arbeiter" und "Praxis und Paradigma" - beide 1981 geschrieben.

VI. Die autonome Lebensphilosophie I: Antonio Negri

Wie der Titel eines der genannten Aufsätze sagt, spricht Negri auch jetzt noch vom *"gesellschaftlichen Arbeiter"*. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Negri fast unmerklich die Bedeutung dieses Begriffes verschiebt. In den siebziger Jahren bezog er sich noch auf den sozialen Krieg, den die jungen Proletarier zusammen mit den Hausfrauen vorwiegend in der Zirkulationssphäre organisierten. Es sind dies die verschiedenen Formen, sich den gesellschaftlichen Reichtum ohne Umweg über den Geldbeutel direkt anzueignen, wobei der proletarische Masseneinkauf an hervorragender Stelle stand. Nach der Niederlage dieser Bewegung, die als 77er Bewegung bekannt ist, nachdem tausende autonomer Aktivi-

sten einbetoniert worden waren, blickte nicht nur Negri immer sehnsüchtiger nach Deutschland. *"Ich habe den Eindruck, daß die bundesdeutsche 68er Bewegung im Vergleich zu dem, was die 68er Studenten- und Arbeiterbewegung in Italien war, von einem wesentlich höheren Niveau ausging."*[35] Jahrelang war man hierzulande der entgegengesetzten Ansicht - und auf einmal scheint sich alles umzudrehen. Als nach dem Deutschen Herbst '77, in dem die hiesige Linke sich mit staatstreuen Glaubensbekenntnissen und Distanzierungserklärungen von der RAF nur so überschlug, - als nach dem Deutschen Herbst die Linken all das realisierten, was es an '68 zu kritisieren gibt und schleunigst zur grünen Parteigründung sich aufmachten, da kündigte sich eine gewaltige Revision der eigenen Geschichtsschreibung an - mit dem Resultat, daß heute allgemein anerkannt ist, was linke Grüne sich gerne einbilden, nämlich daß sie die legitimen Alleinerben von '68 seien. Und angesichts ihrer quantitativen Erfolge wurde auch das grüne Modell Deutschland zum Exportschlager. Heutzutage schielt man in der italienischen Diskussion mehr oder weniger neidisch auf die BRD und Negri brachte das in einem Interview mit "Le Monde" auf den Punkt: *"Im Gefängnis haben wir unsere eigene Selbstkritik, bestimmte Praktiken ideologisch unterstützt zu haben, gemacht. Illegale Fabrikbesetzungen, Diebstähle, Aneignungen: Wir waren vielleicht zu extremistisch, und das hat uns daran gehindert, eine wirkliche Alternativbewegung zu schaffen, wie das die Grünen in Deutschland gemacht haben, die sich in Europa am besten über die Runden brachten. Wir haben nicht immer die Bedeutung einer stärkeren Verankerung in den Massen und bestimmter Vermittlungen mit den Institutionen verstanden."*[36]

Von dieser praktischen Prämisse ausgehend muß Negris Neuinterpretation seiner Subsumtions- und Revolutionstheorie gelesen werden. Zwar ändert sich nicht das Geringste an der Argumentationsstruktur. Noch immer geht Negri davon aus, daß der gesellschaftliche Antagonismus sich parallel zur Subsumtion der Arbeit unter das Kapital verschärft. Jedoch verschieben sich die Bedeutungen. Was sich einmal proletarischer Kampf nannte, entpuppt sich nun als *"alternatives Leben"*,[37] d.h. als unmittelbare Lebensreform, die mit der Revolutionierung dieser Gesellschaft nichts mehr am Hut hat. Damit zieht Negri die logischen Konsequenzen aus seiner Subsumtionsontologie. Er schreibt: *"Wenn durch die reelle Subsumtion der gesellschaftlichen Arbeit unter das Kapital alle Lebenszeit in der Produktion absorbiert wird, dann ist die Zeit Maßstab von nichts mehr - und zwar aus dem einfachen Grund, weil sie die gleichförmige Substanz von allem geworden ist."*[38] Wäre dem tatsächlich so, könnte man der Revolution getrost adieu sagen. Negri aber hat noch ein As im Ärmel. *"Aber der Antagonismus existiert"*, schreibt er, *"auf der einen Seite das Diktat der Zeit als Maßstab des Lebens, und zwar des ganzen Lebens; auf der anderen Seite die Lebenszeit, die sich als Befreiung, Wiederaneignung und Liebe will."*[39] Das ist *"die ontologische Fundierung der Subjektivität in Ansehung der Zeit, die ontologische Matrix des Antagonismus."*[40] Die Worthülsen, mit denen Negri diese Pseudo-Befreiung beschreibt, decken das ganze Spektrum der verschiedenen Formen der Alternativideologie ab: von der Reminiszenz an die proletarische *"Wiederaneignung"* des gesellschaftlichen Reichtums, über den lebensreformerischen Diskurs der *"alternativen Bedürfnisse"*, untermalt mit ein bißchen Wunschmaschinerie à la Deleuze/Guattari, bis hin zur mystischen *"Entdeckung und Nutzung neuer energetischer*

Quellen"[41] - von den Bürgerinitiativen über Blochs *"experimentum mundi"* bis zum Zen ist da alles vertreten, was alternativen Rang und Namen hat.[42] Hauptsache Unmittelbarkeit. Wobei die Unmittelbarkeit ins Bewußtsein rutscht. Denn wenn absolute Kapitalherrschaft und absolute Freiheit objektiv gleichzeitig bestehen sollen, wie Negri behauptet, dann ist meine subjektive Wahrheit reine Bewußtseinssache und damit irrational. Es läßt sich schlechterdings kein vernünftiger Grund dafür angeben, warum ich annehmen sollte, das eine oder das andere sei wahr. Und weil das so beliebig ist, brauche ich mich auch gar nicht zu entscheiden. Je nach Stimmungslage kann ich das eine oder das andere behaupten. Bin ich gut drauf, sprudelt das Leben so richtig urtümlich aus mir heraus, dann schlage ich mich auf die Seite der Lebenszeit und laß' das Kapital Kapital sein. Geht's mir aber mies, so beweist das nur, daß das Kapital überall und allein wirklich ist. So habe ich für jede Lebenslage die passende Antwort parat - mit dem beruhigenden Wissen, dies alles sei philosophisch abgesichert. Allerdings denunziert sich derlei Lebensphilosophie selbst, insofern sie Wahrheit aufs rein subjektive Gefühl herunterbringt und schon allein deshalb die Revolution ad acta gelegt hat. Über solche Art gesunden Menschenverstand schrieb bereits Hegel: *"Indem jener sich auf das Gefühl, sein inwendiges Orakel, beruft, ist er gegen den, der nicht übereinstimmt, fertig; er muß erklären, daß er dem weiter nichts zu sagen habe, der nicht dasselbe in sich finde und fühle; - mit anderen Worten, er tritt die Wurzel der Humanität mit Füßen... Das Widermenschliche, das Tierische besteht darin, im Gefühle stehenzubleiben und nur durch dieses sich mitteilen zu können."*[43]
Von vornherein ist daher ausgemacht, daß das Kapital stets die Oberhand behalten wird. Während nämlich die Lebenszeit nur je einzeln und in jedem Individuum daher verschieden existiert, hat das Kapital den Trumpf, seine Zeit als gesellschaftlich Gültige zu setzen. Um sie kommt daher niemand herum, mag er sich auch noch so sehr einbilden, ganz autonom vor sich hin zu lebzeiten.

VII. Die autonome Lebensphilosophie II: Detlef Hartmann

Die aktivistische Variante Negris, die Hartmann vertritt, ist das Resultat der Verzweiflung an dieser Sackgasse. Dem widerlich glücklichen Bewußtsein eines Negri ist sie allemal vorzuziehen, hält die Verzweiflung doch das Bewußtsein dafür wach, daß hier irgendetwas nicht stimmen kann. Hartmanns Aufruf, die Revolution gefälligst endlich zu organisieren, zeigt, daß die befreite Lebenszeit erst noch zu erkämpfen ist, nicht aber bereits im Kapital existiert und von jedem Menschen guten Willens darin auch entdeckt werden könne. Nichtsdestotrotz verfällt Hartmann bei dem Versuch, seinen Willen zur Praxis theoretisch zu untermauern, auf dieselben Begründungsmuster, mit denen Negri seine Stillhalteparolen festklopft. Hartmann schreibt: *"In allen Bereichen trachtet das Kapital danach, Lebendiges unmittelbar technologisch unter die Form des toten capital fixe zu zwingen..., um die ganze Gesellschaft zur Fabrik zu machen."*[44] Was folgt nun aus dieser reellen Subsumtion des Lebendigen unter das Tote? Hartmann fährt fort: *"Dadurch ist der Widerspruch total*

geworden... Denn je weiter die Abstraktion in menschliches Handeln hineingetrieben wird, desto weniger ist das Potential reicher lebendiger Subjektivität in diesen Verhaltensabläufen noch präsentiert: sie wird zum revolutionären Potential. Es entsteht nur Fremdheit, Gleichgültigkeit gegenüber den primitiven Formen technologischer Gewalt. Logisch notwendig wächst im Kampf die Subjektivität, das 'Selbst' des technologischen Nichtwerts an."[45] Wie Negri geht Hartmann davon aus, daß reelle Subsumtion und revolutionäre Fremdheit sich parallel zueinander entwickeln. Am Ende dieser Entwicklung stehen sich die *"gewaltsame Armut toter logischer Verknüpfungen und* (der) *logische Reichtum des Lebens"*[46] gegenüber. Das gesellschaftliche Verhältnis Kapital wird auf formale Logik reduziert, die in der technologischen Maschinerie inkarniert und sich dem wild sprudelnden Leben entgegensetzt, es unter seine Herrschaft zwingt. Fast unmerklich löst Hartmann den von Marx dargestellten kapitalimmanenten Widerspruch zwischen lebendiger und toter Arbeit in den lebensphilosophischen Gegensatz von Leben und Tod auf.

Mit dieser Leben/Tod-Metaphysik schreiben die Autonomen sich in die Tradition der konservativen Kulturkritik der zwanziger Jahre ein. Keine allzu erfreuliche Tradition, wenn man die fließenden Übergänge vom Spenglerschen Kulturpessimismus zum heroischen Realismus eines Ernst Jünger bedenkt. Die Lebensphilosophie, die Hartmann mit Manon Maren-Griesebach teilt, vielmehr als ihre Aktionsformen kennzeichnet die Autonomen.[47] Denn ob man nun meint, das Leben sei 'Friede Freude Eierkuchen', oder aber es setze sich wesentlich gewalttätig durch, ist Ansichtssache, eine Frage der Mittel und daher zweitrangig. Viel wichtiger ist die Frage nach dem Zweck und daß es um das Leben und die ganzheitliche Dimension des menschlichen Daseins geht; darüber sind sich von den pazifistischen Blumenkindern über die Autonomen bis zu den Revolutionären Zellen alle einig.

Kapital ist technologische Gewalt, Kommando, Sein zum Tod. Das Leben aber west so richtig subjektiv unter der falschen Kapitalhülle fort. Getreu nach der alten Sponti-Parole: *"Unter dem Pflaster liegt der Strand"*. Da hilft es auch wenig, wenn Hartmann behauptet, er nehme *"das Lebendige"* nicht als eine *"unabhängige Seinsform"*[48] an. Das mag wohl so sein. Gleichwohl aber vermeint Hartmann das Lebendige in jedem Menschen als dessen Wesen anzutreffen. Offensichtlich versteht er darunter nicht die Banalität der biologischen Existenz der Menschen, denn sie ist am allerwenigsten geeignet, eine gesellschaftliche Qualität zu fundieren. Gerade darauf aber kommt es Hartmann an. Der *"logische Reichtum des Lebens"* soll die Möglichkeit der Revolution ontologisch garantieren. Auch hier stellt sich wieder die Frage, wie es mit der empirischen Wirklichkeit dieser Ontologie bestellt ist. Liest man diesbezüglich bei Hartmann nach, kann man nur enttäuscht feststellen, daß er nichts als das grün-alternative Gewäsch vom *"Bedürfnis nach Authentizität und Wahrhaftigkeit im Alltag"* anzubieten hat. Wohlbemerkt: Wahrhaftigkeit, nicht Wahrheit. Im Unterschied zur Wahrheit möchte Wahrhaftigkeit nur glauben machen, es ginge um Wahrheit. Sie ist schlicht Vorspiegelung falscher Tatsachen. Daß es auch den Autonomen um Glaubwürdigkeit geht, daß es laut dem Testament der "Autonomie" darauf ankommt, an *"Attraktivität"* zu gewinnen, um zum *"politischen Faktor"*[49] zu werden, zeigt, wie sehr auch die Autonomen im bundesdeutschen Gesinnungssumpf versackt sind.

Merkwürdig ist dabei, daß ihr Wille, endlich loszuschlagen, sich scheinbar nur im Jargon grün-alternativer Eigentlichkeit ausdrücken kann. Wie ist das zu erklären? Von vornherein auszuschließen ist der Grund mangelnder Aufmerksamkeit auf die Ausdrucksweise. Es ist ein Menschenrecht, beim Wort genommen zu werden. Der Grund liegt nicht in den mangelhaften Überlegungen Hartmanns, sondern in einer objektiven Aporie zwischen seiner Denkform und der aktuellen gesellschaftlichen Lage. Einerseits gibt uns Hartmann eine Ontologie revolutionärer Subjektivität und ist daher gezwungen, sie empirisch zu verifizieren, wenn er den Übergang von der Theorie zur Praxis schaffen will; andererseits gibt es in der bundesdeutschen Gesellschaft aber keinerlei Anhaltspunkt für die Existenz revolutionärer Subjektivität. Und deshalb gibt es auch keine Sprache, sie auszudrücken. So führt Hartmann dann zwangsläufig Worte im Mund, die er vielleicht anders meint, die aber allemal genau den Unsinn bedeuten, den es zu kritisieren gilt.

Jeder, der kraft seiner mystischen Seherkraft aufs ontologische Wesen der Menschen ein gesellschaftliches Projekt vorschlägt, sieht sich gezwungen, eine entsprechende Moral zu verkünden, die den Menschen ihr eigentliches Wesen offenbart und ihnen zur Umkehr heimleuchtet. So haben die Grünen etwa ihren Öko-Knigge. Und so fordert Hartmann zu einer *"Diskussion um eine sozialrevolutionäre Moral"*[50] auf. Allein dadurch, daß sich diese Moral sozialrevolutionär nennt, wird die Sache aber auch nicht besser. Moral ist und bleibt repressiv, da sie eine illusorische Einheit der Menschen postuliert und ihnen dann aufoktroyiert. Daran können auch noch so ausgetüftelte Adjektive nichts ändern. Wer gegenteiliger Auffassung ist, bastelt - ob er es will oder nicht - bereits an der Konterrevolution. Die historische Erfahrung mit der realsozialistischen Moral sollte das ein für allemal klar gemacht haben.

Inzwischen wurde von den Autoren der Zeitschrift "Autonomie" versucht, die sozialrevolutionäre Moral jenseits des grün-alternativen Geschwafels von *"Authentizität im Alltag"* zu begründen. Ihr Bezugspunkt ist nun nicht mehr ein abstraktes Unbehagen an der Kultur, sondern der handfeste Überlebenskampf derer, die nicht das zweifelhafte Glück haben, sich ausbeuten lassen zu können: die Armen in aller Welt, die an den Rändern der Kapitalakkumulation gegen den Hungertod ankämpfen. Nicht der traditionell marxistische Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital konstituiere den gesellschaftlichen Antagonismus, sondern der Kampf um den *"Anspruch auf Überleben"*.[51] Gegen die zum Block formierte Gesellschaft des konstanten und variablen Kapitals klagen die Autonomen das Naturrecht auf Existenz ein: *"Das Existenzrecht der Massen erscheint als grundlegender Widerspruch zum Kapital, als materieller historischer Widerspruch, viel eher als die Arbeit."*[52] Abgesehen davon, daß die Autonomen damit auf denselben soziologischen Objektivismus zurückfallen, dem sie einst den Kampf angesagt hatten, ist das der Bankrott der Revolutionstheorie überhaupt.

Mittlerweile scheinen die Autonomen der Meinung zu sein, die reelle Subsumtion der produktiven und reproduktiven Arbeit unter das Kapital habe die metropolitanen Arbeitsplatzinhaber absolut ins Kapital integriert. Durch die Verwendung der Marxschen Subsumtionsterminologie gibt man sich den Anschein, über die krude Manipulationstheorie eines Marcuse hinaus zu sein. Indes beruht der Unterschied zwischen Manipulations- und Subsumtionstheorie nur auf einer Verschiebung der begrifflichen Bedeutungskonstellationen. Während der

traditionelle Marxismus davon ausgeht, der Geschichtsautomatismus der gesellschaftlichen Arbeit treibe die Gesellschaft objektiv in Richtung Sozialismus voran und einzig die subjektiven Machenschaften einer kapitalistischen Räuberbande verhindere das Fürsichwerden der an sich schon existierenden befreiten Gesellschaft, projizieren die resignierten Subsumtionstheoretiker aller Schattierungen die kapitalistische Manipulation auf den Geschichtsautomatismus. So wird aus der Geschichtsphilosophie der Arbeit die Geschichtsphilosophie des Werts. Der Subjektivismus der Manipulationstheorie verkappt sich als Objektivismus einer Wertmetaphysik. Sie läuft auf das bürgerliche Vorurteil hinaus, daß, wer einen Arbeitsplatz hat, eben deshalb nicht mehr revolutionär handeln könne. Scheiden die Arbeitsplatzinhaber als revolutionäres Subjekt aus, so kommen nach den Regeln der formalen Logik nur noch die Nichtarbeitsplatzbesitzer in Frage. Deren Überlebenskampf idealisieren die Autonomen glatt zum *"Existenzrecht der Massen"*, das in ihrem biologischen Dasein, in ihrem Leben als *"Nicht-Wert"* bestehen soll.

Leben hat also hier nicht mehr die Bedeutung grün-alternativer Subjektivität, sondern die platt materialistische der biologischen Existenz. Daß Leben auch vernichtet werden kann, scheinen die Autonomen zu ahnen. Der Existenzkampf der Armen wird die kapitalistische Gesellschaft nicht stürzen können, da schließlich die Möglichkeit besteht, alle Nichtarbeitsplatzinhaber auszurotten. Um das zu verhindern, muß der revolutionäre Funke auch auf die vorläufig *"Garantierten"* überspringen. Aber wie? Eben durch die sozialrevolutionäre Moral. Es bleibt das Geheimnis der "Autonomie"-Autoren, wieso jemand, der wie die Made im Speck sitzt, sich durch revolutionäre Moralphilisterei beunruhigt fühlen soll.

So drehen sich die Autonomen aussichtslos im Zirkel: Die *"neue Autonomie wird sich nur dort entfalten können, wo die staatliche und wissenschaftliche Maschinerie der Subsumtion angreifbar wird, deren Unterbrechung geradezu Voraussetzung ist für proletarische Rekonstitution."*[53] Das Kapital hat die Konstitutionsräume des revolutionären Subjekts abgeschafft, und nur das revolutionäre Subjekt könnte die Räume schaffen, die einen Kampf gegen das Kapital ermöglichen. Schach matt. Rien ne va plus, les jeux sont faits. Konsequenterweise löste sich die "Autonomie"-Redaktion nach der Veröffentlichung dieser Theorie auf. Karl-Heinz Roth spürt dem revolutionären Subjekt dort nach, wo es langsam verwest, in den Archiven; und andere scheinen vorzuhaben, die Aporie ihrer Revolutionstheorie durch eine geschickt ausgeklügelte Werbestrategie zu lösen. Es ginge darum, so schreiben sie, *"ein Konzept"* zu gewinnen, *"das auch über das Ghetto der Autonomen hinaus Attraktivität hat und Aussicht, ein politischer Faktor zu werden."*[54] Ich schlage vor, bei einer Werbeagentur eine entsprechende Studie in Auftrag zu geben und bei Herrn Habermas Unterricht in kommuniktivem Handeln zu nehmen.

Bis jetzt habe ich versucht, den inneren Zusammenhang zwischen Revolutionsontologie, ihrer Bedeutung als philosophischer Konterrevolution und der sich daraus ergebenden Moralphilisterei darzustellen. Betrachtet man dieses Theoriekonglomerat insgesamt, so wurde auf jeder Stufe des schrittweisen Zerfalls der autonomen Revolutionstheorie - vom Neoleninismus Trontis über Negris Bedürfnisfetischismus bis zu Hartmanns Lebensphilosophie - klar, wie sehr die Autonomen in der Denkschemata des traditionellen Marxismus

befangen sind. Es ergab sich des weiteren, daß diese Denkform nicht leere Worte, sondern die jeweilige Praxis in Gedanken gefaßt ist. Die Revolutionsontologie ist die Denkform der Konterrevolution. Sie nimmt an, das, was es erst noch durchzusetzen gilt, sei immer schon da und führt daher die revolutionäre Befreiung in die Kapitalimmanenz zurück.

VIII. Revolutionäre Autonomie und Denkform

Vergessen wird, was schon der junge Marx wußte, nämlich *"daß sowohl zur massenhaften Erzeugung dieses kommunistischen Bewußtseins wie zur Durchsetzung der Sache selbst eine massenhafte Veränderung der Menschen nötig ist, die nur in einer praktischen Bewegung, in der* ***Revolution*** *vor sich gehen kann; daß also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die* ***herrschende*** *Klasse auf keine andere Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die* ***stürzende*** *Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden."*[55] Autonomie ist bei Marx die Bewegungsform der praktischen Kritik am Kapitalverhältnis. Ihr Element ist Praxis und nichts Stichhaltiges läßt sich in revolutionärer Absicht theoretisch über sie aussagen. Wer versucht sie zu definieren, verrät sie gerade damit. Um die Rezepte zur Anfertigung von revolutionärer Autonomie steht es wie um die Sexualhandbücher: Sie geben Gebrauchsanweisungen zur Manipulation des weiblichen und männlichen Körpers und zerstören damit, was sie angeblich bezwecken: Liebe und Genuß in wechselseitiger Anerkennung.

Wenn also Autonomie eine Bestimmung revolutionärer Praxis ist, dann gibt es keinerlei Garantie a priori für ihre Möglichkeit. Es läßt sich keine Ursache dafür angeben, warum Autonomie möglich sein soll - es sei denn, eine Aufzählung historisch vergangener Beispiele, was aber wiederum gar nichts beweist: denn wenn zwar Autonomie auch einmal möglich gewesen ist, so sagt das nichts darüber aus, ob sie in Zukunft wieder möglich sein wird. Jede Begründung der Autonomie zerstört sie. Sowohl das Denken in Ursache-Wirkung-Ketten als auch ontologische Grundlegungen lösen die revolutionäre Spontaneität in **die** Notwendigkeit auf, die gerade zerstört werden soll - sie führen sie in den kapitalistischen Zwangscharakter gesellschaftlicher Reproduktion zurück.

Das macht: Autonomie ist ein zerbrechlich Ding - oder vielmehr: Autonomie ist gar kein Ding, sondern eine bestimmte Verkehrsform von Individuen, die sich zum Zweck der Zerstörung jeglicher Herrschaftsverhältnisse assozieren. Diese Verkehrsform ist nicht theoriefähig. Theorien lassen sich nur über solche Gegenstände ausarbeiten, die an sich selbst Existenz haben -, die als solche existieren. Autonomie ist kein solcher Gegenstand. Autonomie hat keine Existenz an sich. Sie **ist** nur insofern, als die Menschen revolutionär tätig werden. Sobald sie damit aufhören, verschwindet auch Autonomie. Es ist klar, daß man über etwas, das es nicht gibt, keine positiven Aussagen machen kann. Man könnte nun meinen, Autonomie sei also nur dann nicht theoriefähig, wenn die Menschen nicht revolutionär handeln. Und man könnte gemäß den Regeln der formalen Logik im Umkehrschluß folgern: Wenn die Menschen

revolutionär handeln, gibt es Autonomie und wenn es sie gibt, dann ist sie auch theoriefähig. Mitnichten. Denn auch wenn Autonomie existiert, existiert sie eben nicht an sich, sondern nur als Modalität revolutionärer Praxis. Eine einfache Überlegung zeigt, welch außerordentliche praktische Bedeutung das hat. Nehmen wir also einen Augenblick an, es gäbe eine revolutionäre Bewegung, deren Verkehrsform wesentlich durch Autonomie bestimmt ist. Worüber wird in solchen Situationen diskutiert? Nicht über die eigene Handlungsmodalität, sondern über das, was zu tun ist, über Strategie und Taktik, Mittel und Ziele usw. Die Aufmerksamkeit richtet sich auf den Gegenstand der Praxis, d.h. aufs Kapitalverhältnis, das zu zerstören ist. Der Bogenschütze konzentriert sich auf das Ziel, das er treffen will und nicht auf den Akt des Zielens. Dieser Akt existiert nur, wenn das Ziel anvisiert wird. Sobald die Aufmerksamkeit aber selbst Gegenstand der Aufmerksamkeit wird, wird das Ziel verfehlt. Die Aufmerksamkeit existiert nur solange, wie man nicht auf sie aufmerksam wird. Eine Bewegung, die ihre eigenen Handlungsmodalitäten zum Gegenstand des Handelns macht, verkommt zur gruppentherapeutischen Mammutsitzung. Die Diskussionen werden dann abstrakt im schlechten Sinne, d.h. bodenlos leer. Ewig kreisen sie in ihrer sich selbst transparenten Immanenz und verfehlen daher systematisch die Wirklichkeit. Das Ghettosyndrom stellt sich ein. Ein Paradebeispiel für derartige Diskussionen ist die sogenannte Gewaltfrage. Hinterm weißen Rauschen der monoton wiedergekäuten Redefloskeln verschwindet die Melodie der herrschenden Verhältnisse, die doch gespielt werden soll, um sie zum Tanzen zu bringen. Gewalt, ein Mittel unter anderen und so alltäglich wie diese Gesellschaft, wird auf einmal zum Stein des Anstoßes, an dem die Gemüter sich erhitzen. Wie souverän mutet da der oft so verlachte Herr Kohl an, der heute moralphilistert und morgen knüppeln läßt, ohne daß ihm darüber graue Haare wachsen.

Nach all dem fragt sich, wie sich eine konterrevolutionäre Denkform stets aufs Neue bei denen durchsetzt, die vorgeben, Revolutionäre zu sein. Die idealistischen Manipulationstheorien scheiden als Erklärung aus. Materialistisch erklärt werden kann dieses seltsame Phänomen einzig, wenn gezeigt werden kann, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit einem diese Denkform als scheinbar ganz natürliche Denkform aufdrängt. Das wäre die Problemstellung einer materialistischen Erkenntniskritik - ein integraler Bestandteil der Gesellschaftskritik. Stichhaltig kann diese Gesellschaft nur dann kritisiert werden, wenn die Kritik die Kritik der Denkform einschließt, die die Gesellschaft den Individuen als scheinbar natürlich nahelegt. Und zwar ist die Denkformkritik kein arbeitsteiliger Zweig eines interdisziplinären Projekts, sondern sie ist genau das Moment von Kritik, wie sie hier verstanden wird, das die Kritik von Theorie und Utopie unterscheidet. Letztere geben stets vor, die revolutionäre Befreiung sei ontologisch in die kapitalistische Wirklichkeit eingeschrieben und müsse nur noch bewußt gemacht werden. Revolutionäre Politik reduziert sich dann auf die Vermittlung von richtigem Bewußtsein und ist daher lediglich ein Zweig der Pädagogik - weshalb auch ein Großteil der 68er auf dem Marsch durch die Institutionen sich in pädagogischen Berufen festmarschiert hat. Mit diesem Unsinn ist endlich Schluß zu machen. Revolution ist keine Frage der richtigen Theorie. Wenn die Kritik einen praktischen Nutzen hat, dann allein den, mit dem konterrevolutionären Vorurteil aufzuräumen, die Revolution werde schon gelingen, wenn man nur erst

einmal die richtige Theorie habe. Wer Revolutionstheorie nötig hat, zeigt schon damit, daß er eine allgemeine Rückversicherung braucht, um das Wagnis einzugehen, wo doch dies Allgemeine in autonomer, revolutionärer Praxis erst geschaffen werden muß, bzw. nur als Modalität der je individuellen, revolutionären Praxis existieren könnte. Revolutionstheorien - wo sie nicht ausdrücklich als Programm der stalinistischen Konterrevolution daherkommen - sind die Krücken derer, die nicht genügend Entschlossenheit aufbringen, um es wirklich mal drauf ankommen zu lassen -, der Verzweifelten, die weinerlich genug sind, die Revolution an irgendeine säkularisierte Gestalt des Hegelschen Weltgeistes zu delegieren. Entweder man theoretisiert über die Revolution oder man macht sie.

Die Autonomen sollten einmal klären, was sie nun wollen: Die Revolution - dann genügt dieser Wille, der angesichts der nichtrevolutionären Situation sich nur als Kritik an den Pseudo-Auswegen aus der deutschen Misere organisieren kann; oder aber ihre Theorie - dann zeigen sie damit, daß es ihnen vor allem anderen um die Ausmöblierung ihrer Identität mit Revolutionsphrasen geht und bestätigen damit die wiederholt an ihnen geübte Kritik, sie seien nur der Teil der bürgerlichen Bohème, der sich sein psychologisches Auskommen nicht kaufen kann und daher militant verschaffen muß.

Anmerkungen

1 Dieser von der Initiative Sozialistisches Forum (Freiburg) veranstaltete Kongreß fand vom 6.-14. 12. 1985 in Freiburg statt. Detlef Hartmann befaßte sich in seinem Beitrag mit der "Aktualität der sozialen Revolution".
2 Karl Marx, Thesen über Feuerbach, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke (MEW) Bd. 3, S. 5.
3 Im folgenden beziehe ich mich v.a. auf Wolfgang Rieland, Organisation und Autonomie. Die Erneuerung der italienischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1977. Rielands Buch ist die einzige in deutscher Sprache zugängliche Untersuchung der Entstehungsgeschichte der "Quaderni Rossi", die auch eine ausführliche Kommentierung der Schriften Panzieris aus der Zeit von 1956-1960 bietet und es sich überhaupt zur Aufgabe macht, Mythen zu zerstören.
4 Karl Korsch, Was ist Sozialisierung? Ein Programm des praktischen Sozialismus, Hannover 1919; auch in: Karl Korsch, Gesamtausgabe, Bd. 2, Rätebewegung und Klassenkampf. Schriften zur Praxis der Arbeiterbewegung 1919-1923. Herausgegeben und eingeleitet von Michael Buckmiller, Frankfurt/M 1980, S. 97-133.
5 S. Rieland, a.a.O., S. 101.
6 Brief an Maria A. Salvaco v. 23. September 1958, in: Raniero Panzieri, La crisi del movimento operio. Scritti Interventi Lettere, 1956-1960, hrsg. v. D. Lanzardo u. G. Pirelli, Milano 1973.
7 Raniero Panzieri, Appunti per un esame della situazione del movimento operaio, in: Ders., La crisi..., S. 65ff.
8 Ebd., S. 84.
9 Ebd., S. 86.
10 Raniero Panzieri, Über die kapitalistische Anwendung der Maschinerie im Spätkapitalismus; Ders., Mehrwert und Planung; Ders., Sozialistischer Gebrauch des Arbeiterfragebogens, in: Spätkapitalismus und Klassenkampf. Eine Auswahl aus den Quaderni Rossi. Hrsg. und eingeleitet von Claudio Pozzoli, Frankfurt/M. 1972.
11 Jean-Paul Sartre, Die Kommunisten und der Frieden, in: Ders., Krieg im Frieden I, Reinbek 1982, S. 168
12 Romano Alquato, Sulla Fiat e altri Scritti, Milano 1975.
13 Mario Tronti, Arbeiter und Kapital, Frankfurt/M. 1974, S. 212.
14 Ebd.
15 Mario Tronti, Lenin in Inghilterra (Lenin in England), in: Classe Operaia, Nr. 1, Februar 1964, S. 20.

16 Mario Tronti, Arbeiter und Kapital, S. 203.
17 Detlef Hartmann, Die Alternative. Leben als Sabotage. Zur Krise der technologischen Gewalt, Tübingen 1981.
18 Mario Tronti, Arbeiter und Kapital, S. 183.
19 Ebd., S. 206.
20 Ebd., S. 207.
21 "Wir wollen alles" (WWA) erschien von März 1973 bis Juni 1975 in 27 Nummern.
22 Proletarische Front, Zirkular, H. 15, S. 9., zit. nach: Margareth Kuckuck, Student und Klassenkampf. Studentenbewegung in der BRD seit 1967, Hamburg 1974, S. 234.
23 Antonio Negri, Maccina Tempo, Milano 1982, S. 127-145.
24 Ebd., S. 136.
25 Ebd., S. 154.
26 Ebd., S. 137.
27 Ebd.
28 Vgl. Toni Negri, Sabotage, München 1979.
29 Antonio Negri, Macchina Tempo, S. 138.
30 Toni Negri, Dall' Operaio Massa all' Operaio Sociale. Intervista sull'Operaismo, Milano 1979, S. 135.
31 Ebd., S. 144.
32 Karl Heinz Roth/Detlef Hartmann, Dialektik der Arbeit, in: Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft, H. 5, Februar 1977, S. 38.
33 Herbert Marcuse, Das Ende der Utopie. Vorträge und Diskussionen in Berlin 1967, Frankfurt/M. 1980, S. 38.
34 Detlef Hartmann, Die Alternative, S. 111.
35 Toni Negri, Dall'Operaio Massa, S. 97.
36 Le Monde vom 3. Juli 1984, S. 3.
37 Antonio Negri, Macchina Tempo, S. 163.
38 Ebd., S. 21.
39 Ebd.
40 Ebd., S. 34.
41 Ebd., S. 32.
42 Ebd., S. 26.
43 G.F.W. Hegel, Phänomenologie des Geistes, in: Ders., Werke Bd. 3, Frankfurt/M. 1970, S. 64f.
44 Detlef Hartmann, Die Alternative, S. 41
45 Ebd.
46 Ebd., S. 82.
47 Vgl. Manon Maren-Griesebach, Philosophie der Grünen, München 1982; vgl. dazu auch: Bodo Schulze, Über ökologische Barbarei: Manon Maren-Griesebachs "Philosophie der Grünen", in: Initiative Sozialistisches Forum (Hg.), Diktatur der Freundlichkeit, Freiburg 1984.
48 Detlef Hartmann, Die Alternative, S. 85.
49 Zu diesem Heft, in: Autonomie, Neue Folge, H. 14, 1985, S. 12.
50 Detlef Hartmann, Die Alternative, S. 108.
51 Klassenreproduktion und Kapitalverhältnis, in: Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft. Neue Folge, H. 14, 1985, S. 203.
52 Ebd.
53 Ebd., S. 214.
54 Zu diesem Heft, in: Ebd., S. 12.
55 Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, in: MEW 3, S. 70.

Raniero Panzieri

Sieben Thesen zur Frage der Arbeiterkontrolle

Vorbemerkung

Wenn die Übersetzungspraxis ein hinreichendes Indiz dafür ist, welches Interesse in der BRD an den italienischen Klassenkämpfen der sechziger Jahre dominierend ist, dann kann man ohne Umschweife feststellen: es ist das Bedürfnis nach dem Mythos einer unverdorbenen Arbeiterklasse, die noch zu kämpfen versteht. Dort, im sonnigen Italien, gibt es ihn noch, den guten Wilden, an dem die korrumpierende Gewalt des Sozialstaats hiesiger Provenienz noch nicht ihr Exempel statuiert hat. Übersetzt wurden daher auch vor allem jene italienischen Autoren, die selbst an der Realität irre geworden waren, allen voran Antonio Negri. Die wenigen Aufsätze, die für eine historisch-kritische Lektüre der italienischen Ereignisse plädierten, verschwanden sang- und klanglos im Treibsand der Mythenbildung. Andere Schriften wiederum, wie die Auswahl aus den "Quaderni Rossi" oder Mario Trontis Buch "Arbeiter und Kapital" wurden als Bibel "der" "Autonomie" rezipiert, als sei hier eine neue Religion gestiftet worden. Offensichtlich ist das Bedürfnis, einen festen Punkt zu haben, um den die Welt sich dreht, so groß, daß jede theoretische Reflexion - sofern sie nur dem Temperament des Lesers entspricht - flugs zur Weltanschauung plattgewalzt wird. Unvorstellbar scheint der einfache Gedanke, daß eine auf bestimmten Klassenkampferfahrungen aufbauende Theorie eben durch diese geprägt ist, einen historischen Zeitkern hat, auch im Kontext einer national je unterschiedlichen Geschichte der Theoriebildung steht.
Wenn Theorie jemals ein praktisches Agens des Klassenkampfes gewesen sein sollte, dann eben nur, weil sie nicht nur Theorie war, sondern sich im Spannungsfeld zwischen schlechter Realität und über sie hinausstrebendem Klassenkampf bewegte. Insofern trifft auf die Theorie, die auf der Höhe des Klassenkampfes war, abgewandelt Hegels Wort zu, sie sei die Wirklichkeit des Klassenkampfes in Gedanken gefaßt. Vergeht diese Wirklichkeit, so wird die Theorie schal. Sie eignet sich dann nur noch für Zwecke, die die hiesigen Parteigänger der "Autonomie" zu den ihren machten: zur Ausmöblierung ihres psychischen Interieurs. Getrennt von der Wirklichkeit, aus der sie entstand, versteinert Theorie zum Phrasenblock, zum allseits anwendbaren, weil nirgends passenden Katechismus, aus dem je nach Opportunität das ein oder andere zum besten gegeben werden kann.
Erhellend ist auch hier der Jargon, der vor sich hinplappert. Im Falle der "Autonomie" hat er die komische Pointe, daß er sich anhand oft schlechter Übersetzungen aus dem Italienischen bildete. Formeln, die schon auf italienisch recht sibyllinisch klingen, schlagen übersetzt vollends ins Abstruse um. Nichts aber eignet sich besser zur Identitätsbildung als ein geheimnisvoller Code, an dem die Eingeweihten sich erkennen, den aber keiner so richtig versteht. Sein Erkenntniswert ist der der Kennmarke. Allen voran das Wort, das der Gemeinde ihren Namen gab: Autonomie. Es hat ungefähr genausoviele Bedeutungen wie es Jägermeistersprüche gibt: "Ich bin autonom, weil..."
Der nachstehende Text Raniero Panzieris, der bereits einmal, 1971, in einer unzulänglichen Übersetzung in dem Sammelband "Thesen zur Arbeiterkontrolle" (Karin Kramer Verlag, Berlin) erschienen ist, mag dazu beitragen, die Diskussion über die italienische Arbeiterbewegung und das, was dabei Autonomie bedeutete, auf eine historische Grundlage zu stellen. Er ist keine theoretische Abhandlung zum "Begriff" der Arbeiterkontrolle. Er will vielmehr als praktische Intervention gelesen werden, deren historischer Kontext durch die Krise der italienischen Arbeiterbewegung Ende der fünfziger Jahre gegeben ist.

(Bodo Schulze)

Die Forderung der Kontrolle durch die Arbeitenden steht im Mittelpunkt des "demokratischen und friedlichen Wegs" zum Sozialismus. Die folgenden Thesen wollen ein erster und vorläufiger Anstoß zu einer weitläufigen Diskussion sein, die nicht nur Beiträge von Politikern und Spezialisten, sondern auch und vor allem die Erfahrungen der Arbeiterbewegung aufnehmen soll - Erfahrungen also, die der einzig schlüssige Prüfstein der Ergebnisse des sozialistischen Denkens sind.

1. Über die Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus

In der Arbeiterbewegung wurde die Frage nach Art und Weise und nach den Phasen des Übergangs zum Sozialismus ausgiebig und wiederholt diskutiert. Eine bestimmte Strömung, die in verschiedenen Formen auftrat, glaubte, die Phasen dieses Prozesses in ein Schema pressen zu können, so als ob dem sozialistischen Aufbau stets und in jedem Fall die "Phase" des Aufbaus der bürgerlichen Demokratie vorhergehen müßte. Wo das Bürgertum seine Revolution noch nicht vollbracht hatte, sollte das Proletariat die Aufgabe haben, seinen Kampf auf ein bestimmtes Ziel zu beschränken: eben den Aufbau bzw. die Mitwirkung am Aufbau der Produktionsweisen und politischen Formen einer vollendeten bürgerlichen Gesellschaft. Diese Konzeption kann als schematische bezeichnet werden, weil sie abstrakt und ohne Bezug auf die historische Wirklichkeit der Anwendung eines vorgefertigten Modells das Wort redet. Wenn es zwar stimmt, daß die Wirklichkeit der politischen Institutionen in jeder Epoche der ökonomischen Realität entspricht, so ist es gleichwohl ein Irrtum zu glauben, daß sich die ökonomische Realität (Produktivkräfte und Produktionsweisen) stets schrittweise, regelmäßig und vollkommen vorhersehbar, da in aufeinanderfolgende und voneinander unterschiedene Phasen unterteilt, entwickeln würde. Es reicht, über einige historische Beispiele nachzudenken, um Art und Bedeutung dieses Irrtums zu verstehen. Als zu Beginn des vorigen Jahrhunderts der technische Fortschritt (Erfindung des mechanischen Webstuhls und der Dampfmaschine) zu einem qualitativen Sprung in der Produktion (industrielle Revolution) führte, existierten neben den neuen gleichwohl auch noch die alten Produktionsformen weiter. In den entwickelteren Ländern stellte sich der politische Kampf daher ziemlich verwickelt dar. Auf der einen Seite gab es den Widerstand der feudalistischen Überbeibsel, auf der anderen Seite die Durchsetzung des industriellen Bürgertums; und schließlich tauchte gleichzeitig eine neue Klasse auf: das Industrieproletariat. In Rußland verfiel gegen Ende der ersten revolutionären Welle (Februar 1917), nach dem Zusammenbruch der zaristischen Selbstherrschaft und des monströsen feudalistisch-kapitalistischen Systems, ein Teil der marxistischen Arbeiterbewegung in besagten Fehler und vertrat die Auffassung, das russische Proletariat müsse sich mit dem Bürgertum verbünden, um die notwendige "zweite Etappe" der Revolution (die bürgerliche Demokratie) zu verwirklichen. Es ist bekannt, daß diese These von Lenin und der Mehrheit der russischen Arbeiterbewegung

überwunden wurde; im Zusammenbruch des alten Systems blieb als einziger wirklicher Protagonist das Proletariat übrig, und daher war es auch nicht sein Problem, die typischen Institutionen des Bürgertums zu schaffen, sondern die Institutionen *seiner* Demokratie, der sozialistischen Demokratie, aufzubauen. In China hatten zwischen 1924 und 1928 diejenigen in der Kommunistischen Partei das Übergewicht, die irrtümlicherweise die Klassenbewegung darauf verpflichten wollten, die Kuomintang von Tschiang-Kai-Tschek bedingungslos zu unterstützen, um ihr nach dem Zusammenbruch der Mandschu-Dynastie und des feudalistischen Systems bei der Verwirklichung der "zweiten Etappe" (der bürgerlichen Demokratie) zu helfen. Sie stellten dabei nicht in Rechnung, daß es ein chinesisches Bürgertum, das fähig gewesen wäre, sich als "nationale" Klasse zu setzen, nicht gab und daß die unermeßlichen Bauernmassen dieses Landes nur für die Sache ihrer eigenen Emanzipation kämpfen konnten und nicht etwa für den Verfolg abstrakter und unverständlicher Schemata.

Die vorangegangenen Überlegungen führen nun jedoch keineswegs dazu, einem intellektualistischen Revolutionsvoluntarismus zu huldigen (d.h. zu behaupten, die Revolution könne das Ergebnis des Willensakts einer avantgardistischen Gruppe sein); sie bringen einzig ans Licht, daß jede politische Kraft - anstatt vorgefertigte Modelle zu verfolgen - sich vor allem der stets verwickelten und spezifischen Realität, in der sie sich bewegt, bewußt zu werden hat. Die Sozialdemokratie in all ihren Formen ist es, die systematisch alle Karten durcheinanderbringt und, um ihren Opportunismus zu verdecken und ideologisch zu rechtfertigen, jede konsequente linke, revolutionäre Position auf intellektualistischen Voluntarismus reduziert. Die historische Substanz der sozialdemokratischen Erfahrung besteht im übrigen darin, unter dem Vorwand des Kampfs gegen den Maximalismus dem Proletariat die Aufgabe zuzuschreiben, das Bürgertum zu unterstützen oder sich gar beim Aufbau der bürgerlichen Demokratie an dessen Stelle zu setzen: Genau damit negiert sie die Aufgaben und die revolutionäre Autonomie des Proletariats - und schreibt ihm schließlich die Rolle einer subalternen Kraft zu.

Die italienische Gesellschaft von heute ist grundsätzlich dadurch gekennzeichnet, daß das Bürgertum nie eine "nationale" Klasse war, es nicht ist und es auch nicht sein kann; eine Klasse also, die (wie in England oder Frankreich) fähig gewesen wäre, die Entwicklung der nationalen Gesellschaft als Ganzes - und sei es auch nur während eines bestimmten Zeitabschnitts - sicherzustellen. Das italienische Bürgertum entstand auf korporativer und parasitärer Grundlage, d.h. 1) durch die Bildung einzelner Industriesektoren, die sich keinen nationalen Markt schufen, sondern von der Ausbeutung eines quasi-kolonialen Markts (Mezzogiorno) lebten; 2) vermittelt über den dauernden Rückgriff auf protektionistische Maßnahmen und die aktive Unterstützung durch den Staat; 3) im Bündnis mit den Resten des Feudalismus (dem Agrarblock des Südens). Der Faschismus war der verbitterte Ausdruck dieses widersprüchlichen Gleichgewichts und der dadurch gekennzeichneten Herrschaft des Bürgertums: U.a. auch durch massive Eingriffe des totalitären Staates zugunsten bankrotter privater Industrien (IRI) trieb der Faschismus die Verwandlung bestimmter Industriesektoren in mächtige Monopolstrukturen aufs äußerste voran (Fiat, Montecatini, Edison, etc.). Nach dem Zusammenbruch des Faschismus intensivierten die Monopole ihre Beziehungen zur

amerikanischen Großindustrie, ordneten sich ihr unter und setzten ihre alte antinationale Politik fort. (Die italienischen Großindustrien sind auf die ein oder andere Art und Weise alle mit den großen internationalen Monopolen kartelliert; ein Fall, der diese Verbindungen mit aller Deutlichkeit zu Tage förderte, war die Unterstützung der Kampagne des internationalen Erdölkartells durch Fiat, Edison und Montecatini in Italien. Ganz allgemein bringt die atlantische Orientierung der Mitte-rechts-Parteien die erwähnten Unterordnungsverhältnisse zum Ausdruck. Noch vor den politischen Parteien wurde der Marshallplan, Ausdruck des amerikanischen Imperialismus, von den italienischen Monopolen akzeptiert.)

So entstanden Verhältnisse, in denen neben monopolistisch organisierten Industrieregionen weite Gebiete existieren, die durch tiefe Depression und Rückständigkeit gezeichnet sind (viele der Hügel- und Berggegenden, das Po-Delta und ganz allgemein der Mezzogiorno und die Inseln); immer mehr vergrößern sich die Unterschiede zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten und Regionen, es verstärken sich die traditionellen Ungleichgewichte in der Industrieproduktion, es wachsen die durch die Monopole verursachten Stockungen (d.h. die Schranken und Verzerrungen, die die Macht und die Politik der Monopole der vollen und gleichgewichtigen Entwicklung der Produktivkräfte entgegensetzen); die Massenarbeitslosigkeit wird eine Dauererscheinung unserer Wirtschaft; und es reproduzieren sich verschlimmert die traditionellen Verhältnisse des größten Problems unserer wirtschaftlich-sozialen Struktur (süditalienische Frage).

Gleichwohl wäre es ein schwerwiegender Fehler, die Existenz dieser Tatsachen nur deshalb zu wiederholen, um die neuen Faktoren zu verbergen - ein Vorgehen, das in den letzten Jahren durchaus praktiziert worden ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es v.a. seit 1951-52 dem italienischen Kapitalismus in einigen Sektoren gelungen ist, die günstige internationale Konjunktur und den beachtlichen technologischen Fortschritt auszunützen. Dies resultierte in einer Expansionsphase (schnelle Zunahme der Produktion, Zunahme der Gewinne, schnelle Kapitalakkumulation bei hohem Anteil an fixem Kapital), die aber aufgrund der Monopolkontrolle auf die von ihnen beherrschten Gebiete beschränkt blieb und sogar zu einer Verschärfung der grundlegenden Ungleichgewichte in der italienischen Wirtschaft führte.

Diese widersprüchliche Situation, die von weiten krisengeschüttelten und daniederliegenden Gegenden geprägt ist, wird sich nicht verbessern, sondern noch weiter verschlimmern; sei es durch einen möglichen Umschwung der internationalen Konjunktur, sei es durch einen wahrscheinlichen Anstieg der technologischen Arbeitslosigkeit, sei es durch die negativen Auswirkungen der EWG, sei es schließlich aufgrund der Tatsache, daß der innere Markt Italiens (seine Enge und Armut) keine angemessenen Absatzgebiete für die ausgereiften und noch weiter ausreifenden technologischen Produktionskapazitäten zur Verfügung stellen kann.

Eine Analyse dieser Art zielt weder auf eine bevorstehende "katastrophische" Krise des Kapitalismus ab, noch auch geht es ihr darum, eine solche Sichtweise aufzuwerten; im übrigen würde eine Polemik über irgendwelche Prophezeiungen lediglich die Aktion der Klassenbewegung hemmen und unfruchtbar machen. Aus dieser Analyse folgt einzig die Existenz bestimmter realer Bedingungen und die Anerkennung der damit zusammenhängen-

den Entwicklungs*tendenz*; woraus sich der Schluß ergibt, daß die Arbeiterbewegung im Kreis dieser Bedingungen und dieser Tendenz sich zu bewegen hat.
Im Lichte dieser Überlegungen erscheinen daher (insbesondere im heutigen Italien) jene Thesen als ganz und gar abstrakt und wirklichkeitsfremd, die meinen: a) die Klassenbewegung müßte sich substanziell auf die Unterstützung der kapitalistischen Klasse (oder auf bestimmte Gruppen des Bürgertums) beim Aufbau des Regimes einer vollendeten bürgerlichen Demokratie beschränken; b) die Klassenbewegung müßte substanziell den Platz der kapitalistischen Klasse einnehmen und selbst die Aufgabe auf sich nehmen, ein Regime der vollendeten bürgerlichen Demokratie aufbauen.
Im Gegenteil: Die Widersprüche, die die italienische Gesellschaft im Innern auseinanderreißen, das stets wachsende Gewicht der Monopole, der Widerspruch zwischen der technologischen Entwicklung und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, die Schwäche des Bürgertums als nationaler Klasse -, all dies führt die Arbeiterbewegung dazu, ganz anders-geartete Ziele gleichzeitig in Angriff zu nehmen, und zwar für Reformen mit bürgerlichem Inhalt und zugleich für Reformen mit sozialistischem Inhalt zu kämpfen. Auf der politischen Ebene heißt das, daß die Arbeiterklasse die führende Kraft der demokratischen Entwicklung in Italien ist, und nur unter ihrer Führung sich das einzig effektive Bündnissystem verwirklichen läßt - mit den Intellektuellen, mit den Bauern, mit den Gruppen der bürgerlichen Klein- und Mittelindustrie. Nur dieses Bündnissystem und diese Art von Führung bieten eine wirkliche Perspektive.

2. Der demokratische Weg zum Sozialismus ist der Weg der Arbeiterdemokratie

Es ist eine falsche Schlußfolgerung, die auf einer fehlerhaften Analyse der italienischen Situation und einer oberflächlichen Interpretation der mit den Thesen des XX. Kongresses der KPdSU eingetretenen Wende beruht, wenn behauptet wird, daß der *demokratische und friedliche*, italienische Weg zum Sozialismus mit dem "parlamentarischen" Weg zum Sozialismus zusammenfällt. Es ist zwar in der Tat richtig, den demokratischen Charakter des Wegs zum Sozialismus in dem Sinne zu behaupten, daß all die alten Vorstellungen abzulehnen sind, die den Übergang zum Sozialismus als Akt des revolutionären Willens oder als Werk einer isolierten Minderheit darstellen, und man daher davon absehen könne, ob die politischen und ökonomischen Bedingungen dieses Übergangs herangereift sind; so wie auch die Vorstellung abzulehnen ist, der Übergang zum Sozialismus sei an das automatische Eintreten der kapitalistischen "Katastrophe" gebunden. Insofern aber in einem bestimmten Land, trotz der Reife der Bedingungen für den Sozialismus und der Hegemonie seiner Kräfte, der Widerstand der kapitalistischen Klasse und ihr Rückgriff auf die Gewalt durchaus zum bewaffneten Zusammenstoß und daher zur Notwendigkeit der proletarischen Gewalt führen können, kann man den demokratischen Weg nicht auf einen stets und notwendigerweise friedlichen Weg reduzieren.

Gleichwohl besteht heute in Italien für den Sozialismus eine demokratische und friedliche Perspektive. Wer aber den Sozialismus im Parlament zum ausschließlichen (oder auch nur substantiellen oder charakteristischen) Mittel des friedlichen Übergangs macht, entleert eben diesen Leitgedanken des demokratischen und friedlichen Wegs jeglichen realen Gehalts. So erstehen vielmehr die alten bürgerlichen Mystifikationen wieder auf, die den bürgerlich-repräsentativen Staat nicht als das darstellen, was er ist, d.h. als einen Klassenstaat, sondern als einen über den Klassen stehenden Staat; wo doch das Parlament nur der Ort ist, an dem die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen ratifiziert und registriert werden, die sich aber außerhalb des Parlaments entwickeln und bestimmen: Die àkonomie bleibt die Sphäre, in der die realen Verhältnisse entstehen und wo der reale Ursprung der Macht seinen Sitz hat.
Richtig ist demgegenüber die Auffassung, daß *auch* der Gebrauch der parlamentarischen Institutionen eine der wichtigsten Aufgaben ist, die sich der Klassenbewegung stellen, und daß eben diese Institutionen (durch den Druck der Arbeiterbewegung von unten mittels ihrer *neuen Institutionen*) aus Respräsentativorganen lediglich politischer und formaler Rechte in einen Ausdruck substantieller, d.h. zugleich ökonomischer und politischer Rechte, *verwandelt* werden können.

3. Das Proletariat erzieht sich durch den Aufbau seiner Institutionen selbst

Hinter der allgemeinen Bestimmung des Weges zum Sozialismus als eines *demokratischen* und dem Willen, die Perspektive eines friedlichen Übergangs so gut wie nur möglich abzusichern, steht substantiell daher folgende Auffassung: Es gibt eine Kontinuität der Mittel des politischen Kampfes vor, während und *nach* dem revolutionären Sprung, und deshalb müssen sich die Institutionen der proletarischen Macht nicht erst nach dem revolutionären Sprung, sondern bereits *während des gesamten Verlaufs des Kampfes der Arbeiterbewegung um die Macht* herausbilden. Diese Institutionen müssen in der ökonomischen Sphäre, dem wirklichen Springquell der Macht, entstehen und daher den Menschen nicht nur als Staatsbürger, sondern auch als Produzenten repräsentieren: Auch müssen die Rechte, die in diesen Institutionen bestimmt werden, zugleich politischen und ökonomischen Charakter haben. Die reale Kraft der Klassenbewegung mißt sich an ihrem Machtanteil und an ihrer Fähigkeit, im *Innern der Produktionsstrukturen* eine leitende Funktion auszuüben. Die Institutionen der bürgerlichen Demokratie trennt von den Institutionen der Arbeiterdemokratie derselbe qualitative Sprung, der auch zwischen der bürgerlichen Klassengesellschaft und der klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft liegt. Abzulehnen ist daher die naive, aus der Tradition der Aufklärung stammende Vorstellung, das Proletariat müsse zur Machtausübung "erzogen" werden - eine Vorstellung, die gerade vom konkreten Aufbau seiner Institutionen absieht. So wird von der "subjektiven Vorbereitung" des Proletariats, von seiner "Erziehung" gesprochen (und wem fiele die Rolle des "Erziehers" zu?), obwohl alle wissen, daß nur der schwimmen

lernt, der ins kalte Wasser springt (und u.a. deshalb ist es wünschenswert, daß eben jener aufgeklärte "Erzieher" als erster springen möge).
Sicher ist das alles nicht neu. Es sind historische Erfahrungen der Arbeiterbewegung und des Marxismus, angefangen bei den Soviets von 1917, über die Turiner Bewegung der Fabrikräte und die polnischen und jugoslawischen Arbeiterräte, bis hin zu der vor unseren Augen Gestalt annehmenden, notwendigen Durchführung der Thesen des XX. Kongresses. Umso überflüssiger müßte es sein, daran in der Sozialistischen Partei zu erinnern, die der gesamten italienischen Arbeiterbewegung gerade zu diesem Thema in den vergangenen Jahren ihren originellsten Beitrag geliefert hat.

4. Über die gegenwärtigen Bedingungen der Arbeiterkontrolle

Heute stellt sich die Forderung der Kontrolle durch die Arbeitenden (Arbeiter und Techniker) nicht nur im Hinblick auf die bereits genannten Gründe, sondern sie steht darüberhinaus auch mit einer ganzen Reihe neuer Bedingungen in Zusammenhang, die dieser Forderung ihre ganze Aktualität verleihen und sie in den Mittelpunkt der Kämpfe der Klassenbewegung stellen:
a) Da ist zunächst einmal die Entwicklung der modernen Fabrik. Hier entstehen Praxis und Ideologie des zeitgenössischen Monopols (human relations, wissenschaftliche Arbeitsorganisation etc.), die auf die ganzheitliche Unterordnung von Körper und Seele des Arbeitenden unter seinen Chef abzielen, um ihn auf ein kleines Rädchen im Räderwerk einer Riesenmaschine, deren Kompliziertheit ihm undurchschaubar bleibt, zu reduzieren. Der Arbeitende hat nur eine Möglichkeit, den Prozeß der totalen Unterwerfung seiner Person zu durchbrechen: Er muß sich v.a. der Produktionsstruktur des Betriebes, in dem er arbeitet, bewußt werden; und er muß des weiteren sowohl der vom Chef propagierten "Betriebsdemokratie", als auch der Mystifikation der "human relations", die Forderung nach einer bewußten Rolle des Arbeitenden im Betriebsganzen entgegensetzen: die Forderung der Arbeiterdemokratie.
b) Wenn auch die politischen Machtorgane im bürgerlichen Staat immer schon der "geschäftsführende Ausschuß" der kapitalistischen Klasse waren, so haben wir es heute gleichwohl mit einer noch weitergehenderen Verflechtung von Staat und Monopolen als in der Vergangenheit zu tun: sei es, weil das Monopol aufgrund seiner inneren Logik dazu treibt, eine immer direktere Kontrolle auszuüben; sei es, weil die ökonomischen Operationen des Monopols (und diesbezüglich sind die Freihandelsillusionen längst hinfällig geworden) immer mehr die Hilfe und freundschaftliche Intervention des Staates erfordern. Eben weil also die wirtschaftlichen Mächte ihre direkt politischen Funktionen ausdehnen (und hinter der Fiktion vom Rechtsstaat die wirklichen, direkten Funktionen des Klassenstaates an Umfang zunehmen), muß die Arbeiterbewegung, die ihre Lektion vom Gegner gelernt hat, den Mittelpunkt ihres Kampfes immer mehr auf das Feld der wirklichen, delegierenden Macht verlagern. Und aus demselben Grund darf sich der Kampf der Klassenbewegung um die Kontrolle auch nicht auf den Bereich der einzelnen Betriebe beschränken, sondern muß zusammengefaßt und auf den

ganzen Industriesektor, ja auf die Gesamtproduktion, ausgeweitet werden. Wer dagegen die Kontrolle durch die Arbeitenden als auf einen einzelnen Betrieb beschränkt entwirft, "beschränkt" damit nicht etwa einfach nur die Forderung nach Kontrolle, sondern entleert sie ihrer wirklichen Bedeutung und bringt sie auf bloßen Korporatismus herunter.

c) Und schließlich gibt es an der Wurzel der Forderung nach der Kontrolle durch die Arbeitenden noch einen weiteren neuen Umstand. Die Entwicklung des modernen Kapitalismus auf der einen Seite, und die weltweite Entwicklung der sozialistischen Kräfte und das schwierige Problem der Macht in jenen Ländern, in denen die Klassenbewegung ihre Revolution bereits hinter sich hat, auf der anderen Seite, unterstreichen die Bedeutung, die der Verteidigung und Sicherung der revolutionären Autonomie des Proletariats - sei es gegen die neuen Formen des Reformismus, sei es gegen die Bürokratisierung der Macht, d.h. gegen die reformistische Unterwerfung und gegen die Konzeption einer "Führung" (führende Partei, führender Staat) - heute zukommt.

Unter diesen Bedingungen konkretisiert sich die Verteidigung der revolutionären Autonomie des Proletariats in der vor und nach der Machteroberung von unten organisierten Schaffung der Institutionen der sozialistischen Demokratie und in der Wiederherstellung der Partei in ihrer Funktion als Instrument der politischen Herausbildung der Klassenbewegung (nicht also als *Instrument* einer von oben kommenden, paternalistischen Führung, sondern als Impulsgeber und zur Unterstützung der Organisationen, in denen sich die Klasseneinheit artikuliert). Der eigentliche Wert der Autonomie der Sozialistischen Partei in Italien besteht gerade darin, daß sie nicht etwa die Spaltung der Klassenbewegung vorwegnimmt oder verkündet, noch auch darin, einer "Führung" eine andere "Führung" entgegenzusetzen, sondern vielmehr darin, die Autonomie der gesamten Arbeiterbewegung gegen jegliche von außen kommende, bürokratische und paternalistische Leitung abzusichern.

Das bedeutet jedoch keineswegs, daß wir die Machtfrage als die wesentliche Bedingung für den Aufbau des Sozialismus vergessen würden: aber der sozialistische Charakter der Macht bestimmt sich gerade auf der Grundlage der Arbeiterdemokratie, auf die sie sich stützt, und kann nicht am Morgen nach dem revolutionären "Sprung" in den Produktionsverhältnissen improvisiert werden. Das ist die einzig ernstzunehmende, nicht reformistische Art und Weise, die Perspektive des bürokratischen Sozialismus (Stalinismus) abzulehnen.

5. Die Bedeutung der Klasseneinheit und die Frage der Verknüpfung von Teilkämpfen und allgemeinen Zielen

Die Forderung der Kontrolle durch die Arbeitenden, die dadurch entstehenden Probleme und der damit verbundene theoretische Ansatz implizieren notwendig die Einheit der Massen und die Ablehnung jeglicher starrer Parteivorstellung, da dies die These der Kontrolle selbst auf eine armselige Parodie herunterbringen würde. Es gibt keine Kontrolle durch die Arbeitenden ohne die Einheit aller Arbeiter desselben Betriebs, desselben Sektors, der gesamten Produktionsfront in der Aktion: eine Einheit, die weder mythologisch überhöht, noch zum bloßen

Ornament der Propaganda irgendeiner Partei degradiert werden darf; eine Einheit vielmehr, die sich von unter her aktualisiert, in der die Arbeitenden sich ihrer Funktion im Produktionsprozeß bewußt werden und dabei die gemeinsamen Institutionen einer neuen Macht schaffen. Es ist in diesem Zusammenhang daher die Reduktion der Kämpfe der Arbeitenden auf ein bloßes Instrument zur Erstarkung einer Partei oder ihrer mehr oder weniger verheimlichten Strategie abzulehnen.
Die lang und breit diskutierte Frage, wie sich die Teilforderungen und -kämpfe mit den allgemeinen Zielen verknüpfen und harmonisieren, findet ihre Lösung in der *Kontinuität* der Kämpfe und in deren innerer Natur. In der Tat bleiben diese Verknüpfung und diese Harmonisierung solange unmöglich und führen solange zu einem unentwirrbaren ideologischen Durcheinander, wie behauptet wird, es gäbe da ein mysteriöses, heute noch unerkennbares Reich des Sozialismus, das eines Tages wie ein wundersamer Sonnenaufgang den Traum des Menschen bekränzen wird. Sicher ist das Ideal des Sozialismus ein Ideal, das sich tiefgreifend und unversöhnlich von der kapitalistischen Gesellschaft abhebt; es ist jedoch ein Ideal, das Tag für Tag zu neuem Leben erweckt und stets von neuem in den Kämpfen erobert sein will; ein Ideal, das in dem Maße entsteht und sich entwickelt, wie jeder Kampf die neuen von unten geschaffenen Institutionen vorantreibt und vervollkommnet, deren Charakter bereits den Sozialismus zum Ausdruck bringt.

6. Die Klassenbewegung und die ökonomische Entwicklung

Eine Auffassung, die auf der Arbeiterkontrolle und der Einheit der Massen im Kampf gründet, muß notwendig all jene Standpunkte und Strömungen ablehnen, die sich auf die Perspektive der Katastrophe (den automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus) stützen; aus ihr folgt des weiteren die völlige und bedingungslose Zustimmung zu einer Politik der wirtschaftlichen Entwicklung. Diese Politik ist jedoch nicht als Anpassung und Regulierung des kapitalistischen Laufs der Dinge zu verstehen, noch auch besteht sie in einer dem bürgerlichen Staat angetragenen, abstrakten Programmierung des Wirtschaftsverlaufs; sie verwirklicht sich vielmehr in den Kämpfen der Massen, konkretisiert sich in dem Maße, wie diese die kapitalistischen Strukturen durchbrechen und dadurch wieder neuen Auftrieb erhalten. Wenn wir in diesem Sinne behauptet haben, der Kampf des Proletariats diene dazu, Tag für Tag neue Machtanteile zu erobern, verstanden wir darunter freilich nicht, daß das Proletariat Tag für Tag Anteile an der bürgerlichen Macht (oder Teilhabe an ihr) gewinnt, sondern daß es der bürgerlichen Macht Tag für Tag die Forderung, Durchsetzung und die Formen einer neuen, von unten kommenden, direkten und ohne Deligierte funktionierenden Macht *entgegensetzt.*

In dem Maße, wie die Arbeiterklasse durch den Kampf für die Kontrolle das aktive Subjekt einer neuen Wirtschaftspolitik wird, übernimmt sie die Verantwortung für eine gleichgewichtige wirtschaftliche Entwicklung, so daß sie die Macht der Monopole zerbricht, und deren Folgen beseitigt, als da sind: Ungleichgewichte zwischen den verschiedenen Regionen,

Bevölkerungsschichten und Sektoren. Deswegen *wälzt* sie zugleich die heutige Funktion der öffentlichen Unternehmen *um* und verwandelt sie aus einem Mittel zur Unterstützung und zum Schutz der Monopole in ein direktes Instrument zur Industrialisierung des Mezzogiorno und der anderen daniederliegenden Gegenden. In der Praxis bringt dies die Politik der wirtschaftlichen Entwicklung in frontalen Gegensatz zu den Monopolen; einen Gegensatz, der sich v.a. als Konflikt zwischen dem öffentlichen Sektor (dem sich die kleinen und mittleren Unternehmen anschließen) und dem Sektor der privaten Großunternehmen darstellt. Im übrigen muß hervorgehoben werden, daß die Klassenbewegung durch das Vorantreiben eines gleichgewichtigen und angemessenen Industrialisierungsprozesses nicht etwa für den Kapitalismus "einspringt", nicht etwa dessen "Werk vollbringt"; vielmehr verbindet sie die wirtschaftliche Entwicklung mit der parallel dazu laufenden Umwälzung der Produktionsverhältnisse; denn es sind heute in Italien gerade diese alten kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die einer Politik der wirtschaftlichen Entwicklung unversöhnlich im Wege stehen. Wer die Industrialisierung (die Erweiterung der Akkumulation) mit der Ausdehnung des Kapitalismus (Profitwirtschaft) verwechselt, begeht nicht nur einen theoretischen Fehler, sondern hat auch nicht die leiseste Ahnung von den einfachsten Grundlagen der italienischen Wirklichkeit.
Eine Politik der wirtschaftlichen Entwicklung unter der Kontrolle der Arbeitenden ist der beste Garant der technischen Entwicklung; sie beseitigt nicht nur die Trennung zwischen der technischen Entwicklung und den Arbeitenden, sondern macht die Arbeitenden zu ihrem unmittelbarsten Träger und Verfechter, und bringt so auf der Ebene des Kampfes schließlich Arbeiter und Techniker zusammen.

7. Die Formen der Kontrolle durch die Arbeitenden

Die Forderung der Kontrolle durch die Arbeitenden zielt von Haus aus auf Einheit und entsteht und entwickelt sich auf der Ebene des Kampfes. In der konkreten Klassenkampfsituation in unserem Land stellt sich die Kontrolle nicht als allgemeine programmatische Forderung; umso weniger noch als Forderung nach parlamentarisch abgesegneten Gesetzestexten. Derlei Ansätze und Formeln sind einzig dazu geeignet, die Problematik der Kontrolle zu entstellen; sie reduzieren sie entweder geradewegs auf offene oder verhüllte Formen der Kollaboration oder führen sie in den Rahmen eines schädlichen, parlamentarischen Paternalismus zurück. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß ein Gesetzestext zur Arbeiterkontrolle ausgeschlossen wäre, sondern daß derartige Gesetze nicht paternalistisch von oben verordnet, noch lediglich vermittels des allgemeinen parlamentarischen Kampfes erobert werden können; in dieser Frage kann das Parlament lediglich das Ergebnis eines Kampfes registrieren und widerspiegeln, der sich in der ökonomischen Sphäre (d.h. wesentlich in der Sphäre der Arbeiterklasse) zugetragen hat. In der Frage der Kontrolle kommen wir in dem Maße voran, wie die Arbeitenden in den Produktionsstrukturen sich dieser Frage wie auch der Wirklichkeit der Produktion bewußt werden und *für die Kontrolle kämpfen.* Im übrigen geht aus dem bereits

Gesagten klar hervor, daß es in dieser Frage keinerlei Unterschiede zwischen staatlichen und privaten Firmen gibt: die Forderung der Kontrolle stellt sich in beiden Sektoren auf derselben Kampfebene.

Andererseits gräbt die Forderung der Kontrolle nicht romantisch eine Vergangenheit wieder aus, die sich so nie wiederholen wird, noch auch ist sie mit der Funktion bestimmter gewerkschaftlicher Organe zu verwechseln (sie ist also nicht mit der Erweiterung der Machtbefugnisse der commissioni interne gleichzusetzen). Letzteres gilt, auch wenn die Arbeiter vielerorts die Forderung der Kontrolle in dieser Form stellen, weil die commissioni interne das Symbol der realen Einheit der Arbeiter am Arbeitsplatz geblieben sind.

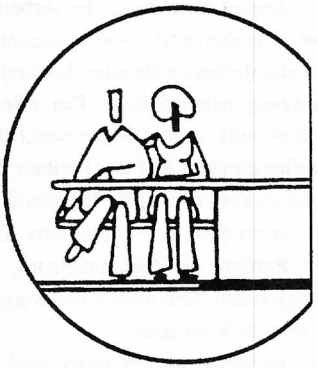
Während also von utopischen Antizipationen gleich welcher Art abzusehen ist, muß hervorgehoben werden, daß die Formen der Kontrolle nicht durch einen Ausschuß von "Spezialisten" bestimmt werden dürfen, sondern nur aus der konkreten Erfahrung der Arbeiter hervorgehen können. In diesem Sinne ist an drei Hinweise zu erinnern, die von bestimmten Arbeitergruppen stammen. Der erste betrifft die Produktionskonferenzen als einer konkreten Form, von der die Bewegung für die Kontrolle ihren Ausgang nehmen kann. Der zweite bezieht sich dagegen auf die Forderung, die Frage der Kontrolle in den Mittelpunkt des allgemeinen Kampfs um die Zurückeroberung der Verhandlungsmacht und der Freiheit der Arbeiter in der Fabrik zu stellen, und sie so z.B. dahingehend zu konkretisieren, daß gewählte Vertretungsorgane die Einstellungen kontrollieren und Diskriminierungen verhindern. Der dritte hebt die Notwendigkeit hervor, die verschiedenen Betriebe in Zusammenhang zu bringen, wobei sich gleichzeitig das Problem stellt, die regionalen demokratischen Vertretungsorgane an der Ausarbeitung der Produktionsprogramme zu beteiligen.

Das alles sind recht nützliche Hinweise, Ergebnis von Erfahrungen an der Basis, und es werden sicherlich weitere Hinweise hinzukommen: ein jeder wird weiter diskutiert und vertieft werden, wobei man sich stets darüber klar sein muß, daß das Anwendungs- und Untersuchungsgebiet v.a. die Fabrik und der beste Prüfstein der gemeinsame Kampf ist.

(Zuerst erschienen in: Mondo Operaio, Nr. 2, Februar 1958
Wiederveröffentlicht in:
Raniero Panzieri: La crisi del movimento operaio: Scritti interventi lettere, 1956-1960, hrsg. von D.Lanzardo und G.Pirelli, Milano: Verlag Lampugni Nigri, 1973, S. 104-117.
Vorbemerkung und Übersetzung aus dem Italienischen: Bodo Schulze)

TRAFIK

Internationales Journal zur libertären Kultur und Politik



Anders leben
Theorie und Praxis libertärer Kommunen

Wo immer und wann immer sich Libertäre bemühen, ihre Vorstellungen von einer freien, besseren Welt in die Tat umzusetzen, versuchen sie dies zunächst in Gemeinschaften gleichgesinnter Freunde. Kommunen und Kollektive galten und gelten als die Möglichkeit, alternative Formen des gemeinschaftlichen Lebens und Arbeitens zu erproben.

TRAFIK analysiert die theoretischen und praktischen Traditionen libertärer Kommunen, definiert ihre aktuellen Positionen und präsentiert ihre Perspektiven für eine libertäre Transformation der Gesellschaft.

Aus alltäglicher Erfahrung werden die Möglichkeiten, aber auch die Schwierigkeiten des libertären Anspruchs für ein kommunitäres Leben geschildert: das Leben, Wohnen und Arbeiten in Freiheit und Gleichheit unter den Geschlechtern und Generationen, die Einrichtung einer Gemeinsamen Kasse, das Konsensprinzip bei gemeinschaftlichen Entscheidungen und besonders die Abhängigkeit der Kommune von Gesellschaft und Staat. Ebenso werden die aktuellen Diskussionen um Charisma und Kommunität, um die Prinzipien kommunitärer Pädagogik sowie um die autoritären Strukturen in Kommunen reflektiert.
UND **TRAFIK** spricht mit **Peter Stipkovics** über den gegenwärtigen Stand der libertären Bewegung in Österreich und besonders über den gescheiterten Versuch, eine Anarchistische Föderation in Österreich zu etablieren.

Fritz Vilmar: Kommune wagen / **Egon Günther:** Mensch und Gemeinschaft / **Uwe Kurzbein:** Kommune in der Abhängigkeit vom Staat / **Burkhard Keimburg:** Konsensprinzip in der Kommune / **Silvia Ribeiro:** Kinder und Frauen in der Kommune / **Ulrich Klemm:** Allen wird alles durch alle vermittelt / **Karl-Heinz Meyer:** Die 'rechte Größe' von Gemeinschaften / **Roy Wallis:** Antinomie, Charisma und Kommunität / **Rolf Cantzen:** Gemeinschaft, Einzelner und der heilige Geist / **Peter Stipkovics:** Verbale Solidarität - Aktives Engagement **ISSN:0177-1361 / ISBN:3-9802128-6-6**

TRAFIK - Internationales Journal zur libertären Kultur und Politik
TRAFIK - Verlag und Versand internationaler libertärer Medien
Peter Peterson, Eduardstraße 40, D-4330 Mülheim/Ruhr 1

Abonnements: Preis des Einzelheftes: 7 DM (Vorkasse) - Preis für fünf Hefte: 30 DM
Postgirokonto 4243 68-430 (Peterson) beim Postgiroamt Essen (BLZ 360 100 43)

Rezensionen und Hinweise

Frithjof Schmidt, Die Metamorphosen der Revolution. Der Wandel des Revolutionsbegriffs von Blanqui bis zum Eurokommunismus, Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag, 1988, 421 S.

Es ist schon verwunderlich, daß die gegenwärtigen Umwälzungen in den osteuropäischen, bisher als realsozialistisch gehandelten Ländern - wobei Bewegte und Bewegende in schwärmerischem Ton von Freiheit reden und letztlich wohl doch nichts anderes im Sinne haben, als jene spezifische Wahlfreiheit, die ihnen aus den westlichen Nachbarstaaten so verführerisch herüberscheint - in den westlichen Medien mit dem ansonsten doch so sehr verpönten und allenfalls negativ konnotierten Begriff "Revolution" bezeichnet werden. Es scheint, als würden im Nachhinein doch noch jene Konvergenztheoretiker zu ihrem Recht kommen, die über lange Jahre hinweg als Apologeten des westlichen Industrialismus und kalte Krieger verpönt waren. Der Umwandlungsprozeß in den osteuropäischen Staaten schlägt mit seinem Rekurs auf die Werte der westlichen Demokratien einen Bogen zu jenem ursprünglichen bürgerlichen Revolutionsbegriff, der, so Schmidt im ersten Kapitel seiner hier anzuzeigenden Dissertation aus dem Jahre 1986, *"die zur Erkämpfung oder Verteidigung einer bürgerlichen Rechtsordnung notwendige, aber an Legalität orientierte, revolutionäre Staatsumwälzung"* meint. Wenn man diesen bürgerlich-legalistischen, am westlichen Demokratieverständnis orientierten Revolutionsbegriff zugrundelegt, gewinnt die gegenwärtige Rede von den Revolutionen in Osteuropa tatsächlich ihren durchaus präzisen Sinn. Jenseits dieses bürgerlichen Revolutionsbegriffs, der somit also überraschende Aktualität gewonnen hat, entwickelte sich jedoch spätestens im Kontext der sozialen Auseinandersetzungen in den Jahren der französichen Revolution und eng verbunden mit Gracchus Babeufs "Verschwörung der Gleichen" eine darüber hinausreichende Vorstellung von Revolution als eine *"auf soziale Gleichheit orientierte Massenbewegung, für die die Umwälzung der staatlichen Ordnung eher ein Mittel zum Zweck darstellt und die ihre Gleichheitsforderungen gegen die bürgerliche Rechtsordnung durchsetzen will"*.

Beide Aspekte werden schließlich von Marx im Konzept einer proletarischen Revolution zusammengedacht. Staat und Gesellschaft werden in ihrer gegenseitigen Bedingung erkannt, die Idee der bürgerlichen, auf die Eroberung der politischen Institutionen zielenden Revolution - beschränkt auf die Sphäre des Staates - wird ergänzt und erfährt ihre Weiterentwicklung und zugleich ihre Aufhebung in der Idee einer umfassenden sozialen Revolution, die nicht mehr nur die Machtübernahme innerhalb der politischen Institutionen, sondern deren Abschaffung aufgrund einer grundlegenden Umwälzung der Arbeitsorganisation intendiert. Ein originär marxistisches Revolutionsverständnis wird von daher immer die Identität der nur im bürgerlichen Sinne nichtidentischen politischen und sozialen Strukturen denken müssen: Erst in der sozialen Revolution und der damit unweigerlich verbundenen Rücknahme des Staates - der politischen Sphäre - in die Gesellschaft, realisiert sich jene Emanzipation, in der das Individuum politische Freiheit und soziale Gleichheit als einheitlichen und unmittelbar miteinander vermittelten Prozeß erlebt. Diese umfassende Idee einer sozialen Revolution hat sich in der gesellschaftlichen Realität bisher allerdings nicht durchsetzen können; die organisierte Arbeiterbewegung hat sich dort, wo sie - in welchem Ausmaß auch immer - Erfolge erzielen konnte, in durchaus unterschiedlicher Weise immer auf jenes Element des Revolutionsbegriffs bezogen, das eindeutig in der Tradition der im eigentlichen Sinne bürgerlichen Revolution steht, d.h. ihre Repräsentanten haben ihre Anstrengungen in erster Linie immer auf die Teilhabe an der bzw. die Übernahme der politischen Macht im jeweiligen Staat konzentriert. Tatsächlich haben sich im Anschluß an Marx zwei trotz ihrer offensichtlichen Gegensätze in dieser Hinsicht doch miteinander verwandte Varianten eines die Marxsche Vision auf im engeren Sinne politische Umwälzungen reduzierenden Revolutionsverständnisses entwickelt. Zum einen - idealtypisch verkörpert in der deutschen Sozialdemokratie - ein durch und durch reformistisches Politikverständnis, das sein Selbstverständnis schließlich in der Tradition des bürgerlichen Demokratiebegriffs sucht und findet und sich von originär bürgerlichen Parteien allenfalls insofern unterscheidet, als eine soziale Besserstellung der unteren Klassen und Schichten mit mehr oder weniger realistischem Engagement

angestrebt wird. Davon unterscheidet sich, unter Anknüpfung an den Marxschen Begriff der "Diktatur des Proletariats", jener idealtypisch von den russischen Bolschewiki mit revolutionärem Impetus vertretene Anspruch auf die unter Umständen auch gewaltsame politische Machtübernahme im Staat durch die parteiförmig zusammengefaßte sogenannte Avantgarde des Proletariats. Auch hier ist die von Marx als untrennbar voneinander gesehene Einheit der sozialen und politischen Emanzipation insofern auseinandergerissen, als die soziale Emanzipation erst in der Folge der politischen Machtergreifung auf die Wege gebracht wird: Die Stalinschen Fünfjahrespläne sind von daher allenfalls eine böse Karikatur jener ursprünglichen Idee, derzufolge die Emanzipation der Arbeiterklasse nur das Werk dieser selbst sein kann.

"Die politische Revolution", so Schmidt, den Marxschen Revolutionsbegriff resümierend, *"der Akt des politischen Aufstands, ist nur ein Teil der sozialen Revolution, des Prozesses der sozialen Emanzipation des Proletariats; und diese wiederum ist Ausdruck des objektiven historischen Prozesses der Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft."* Diese Bestimmung wird ihm zum Gradmesser der Beurteilung der sich nicht nur auf Marx, sondern insbesondere auch auf Lenin und die Bolschewiki berufenden Konzeptionen einer revolutionären Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft, die im Laufe der Jahrzehnte denkwürdigen Veränderungen unterliegen. Im Zentrum von Lenins Revolutionstheorie, so Schmidt, steht die spezifische Verbindung von vorausgesetzter historischer Notwendigkeit der proletarischen Revolution und jeweiliger subjektiver Handlungsfähigkeit der in der Partei verkörperten Klasse. In dieser Konzeption ist bereits jene Reduzierung von Revolution auf eine mehr oder weniger militärisch orientierte Lehre vom Aufstand angelegt, wie sie in den zwanziger und dreißiger Jahren im Kontext der Komintern propagiert wurde. Die historischen Umstände - Faschismus und Krieg - führen allerdings seit Mitte der dreißiger Jahre zu einem bemerkenswerten Wandel; jenes *"militärisch verkürzte(s) Politikverständnis, das um die Organisation des Aufstandes und das generalstabsmäßig geleitete Manövrieren mit den 'revolutionären Massen' zentriert war"*, findet seine Weiterentwicklung in Konzeptionen, die mit Begriffen wie *"Volksfront"*, *"Demokratie neuen Typs"*, *"nationale Einheitsfront"* und *"Volksdemokratie"* umschrieben werden, wobei berücksichtigt werden muß, daß alle diese Konzeptionen seit den zwanziger Jahren bis in die jüngste Vergangenheit immer nur im Kontext der Interessen sowjetischer Innen- und Außenpolitik adäquat erfaßt werden können. Diese Einbindung in die Interessen sowjetischer Politik wird nach dem Ende des zweiten Weltkrieges allerdings zunehmend konterkariert durch nationale Sonderentwicklungen der jeweiligen kommunistischen Parteien; ein Prozeß, dessen Ursprünge Schmidt in exemplarischer Weise in einem *"Kommunismus und antifaschistische Revolution in Italien"* überschriebenen Kapitel nachverfolgt. Diese Entwicklung findet schließlich ihr konsequentes Ende nicht nur im westlichen Eurokommunismus italienischer Prägung, der sich längst schon - in konsequenter Annäherung an die traditionelle Sozialdemokratie - *"als linker Flügel des Republikanismus"* versteht und dies demnächst wohl auch in einer Namensänderung der Partei zum Ausdruck bringen wird, sondern insbesondere auch in jenen eingangs erwähnten gesellschaftlichen Umwälzungen in den bisher "realsozialistischen" Staaten. *"Wenn die Partei eine breite soziale Emanzipationsbewegung ersetzen muß oder will, dann ist der Erfolg der Revolution zugleich die Ursache für das spätere Scheitern"* - diese nur auf den ersten Blick paradoxe Schlußfolgerung Schmidts findet zur Zeit ihre historische Bestätigung in den osteuropäischen Staaten. In einer denkwürdigen historischen Schleife finden diese bisher autoritär strukturierten Gesellschaften Anschluß an jenes originär bürgerliche Demokratieverständnis, wie es die klassische deutsche Sozialdemokratie bereits frühzeitig adaptiert hatte.

Das Konzept einer im Marxschen Sinne umfassenden, gleichermaßen sozialen wie - darin aufgehoben - politischen Umwälzung hat weder in der sozialdemokratischen noch in der bolschewistischen Tradition seinen Niederschlag gefunden, sondern nur in minoritären Strömungen der Arbeiterbewegung, in der Ideenwelt kleiner, an den Rand gedrängter Organisationen und häretischer Intellektueller überlebt. In dem Maße, in dem der Begriff Marxismus mit parteikommunistischen Organisationen identifiziert wurde, ist zunehmend bewußt geworden, daß ein tragfähiges Konzept von sozialer Revolution sich zwar immer noch auf Marx, nicht aber auf jenen geschichtlich wirksam gewordenen Marxismus in einer mehr

oder weniger fragwürdigen Nachfolge von Marx beziehen kann. Prägnant zusammengefaßt hat solche Überlegungen Karl Korsch bereits 1950 in seinen "Zehn Thesen über Marxismus heute": *"Mit dem monopolistischen Anspruch des Marxismus auf die revolutionäre Initiative und auf die theoretische und praktische Führung"* ist *"zu brechen"* und Marx selbst ist *"nur einer unter vielen Vorläufern, Begründern und Weiterentwicklern der sozialistischen Bewegung der Arbeiterklasse"*. Angesichts der neuesten Entwicklungen insbesondere in Osteuropa, der anstehenden oder bereits vollzogenen Rückentwicklung kommunistischer Parteien in sozialdemokratische Organisationen und der damit einhergehenden Adaption eines der bürgerlichen Revolution verpflichteten Demokratieverständnisses sieht sich eine sozialrevolutionär orientierte Linke erneut nicht nur ins historische Abseits gedrängt, sondern auch aufs Neue mit jenem bisher ungelösten Rätsel der Geschichte konfrontiert, wie und mit welchen Mitteln eine umfassende soziale Emanzipation, die auf mehr als nur bloße Teilhabe am politischen Geschäft zielt, historisch wirksam werden kann.

Karl Andres

Jochen Henze, Sechsstundenschicht im Ruhrbergbau 1918-1920. Ursachen und Verlauf eines Arbeitszeitkonflikts, Freiburg: Burg-Verlag, 1988, 275 S.

"Kampf der Arbeit" lautete eine in den frühen siebziger Jahren in gewissen studentischen Milieus verbreitete Parole, sympathisch und auf verquere Weise anziehend zwar, gleichwohl aber eher zu Mißverständnissen verführend; als agitatorische Parole im Klassenkampf jedenfalls wenig wirksam. Das, was sich als radikale politische Perspektive inszenierte, stand wohl eher in der Tradition des frühen Surrealisten und späteren Kommunisten Louis Aragon, der sein diesbezügliches Credo provokant wie folgt formulierte: *"Ich werde niemals arbeiten, meine Hände sind rein."* Mit Worten, die ganz andere Perspektiven eröffneten, hatte seinerzeit Jahwe Adam und Eva aus dem Paradies vertrieben: *"Verflucht sei der Erdboden um deinetwillen. Unter Mühsal sollst du dich von ihm ernähren alle Tage deines Lebens... Im Schweiße deines Angesichtes sollst du dein Brot essen, bis du zum Erdboden zurückkehrst, von dem du gekommen bist."* Eine Rückkehr in jene vor der Vertreibung liegenden paradiesischen Zustände erscheint heute, trotz möglicher Arbeitszeitverkürzungen, fragwürdiger denn je. Jene göttliche Prophezeiung ist in der Folge nicht nur zum ideologischen Herrschaftsprogramm derer geworden, die zukünftig für sich arbeiten ließen, sondern mehr noch zur realistischen Zustandsbeschreibung jener, die zu arbeiten hatten.

Zu den - zumindest was die Länge der Arbeitszeit betrifft - Privilegierten gehörten lange Zeit die Bergarbeiter. Eingebunden in den Wandel vom agrarischen zum industriellen Lebens- und Zeitrhythmus hatte sich, bedingt durch die besonderen Arbeits- und Produktionsbedingungen, bereits im ausgehenden Mittelalter, öfters auch verbunden mit sozialen Unruhen, ein besonderes Arbeitsrecht, das sogenannte Bergrecht, herausgebildet; in den einzelnen Bergordnungen war insbesondere die Länge der jeweiligen Arbeitszeit präzise geregelt. Im Bergbau, so Henze im ersten Kapitel seiner Oldenburger Dissertation, das einen Überblick über das Arbeitszeitproblem im Bergbau vom 14. Jahrhundert bis zum Jahre 1918 vermittelt, war *"die Sechsstundenschicht bis 1500 und anschließend die Achtstundenschicht vorherrschend"*. Berücksichtigt werden muß dabei jener besondere Aspekt des Arbeitszeitproblems im Bergbau, der sich daraus ergibt, daß zwischen der eigentlichen Arbeitszeit vor Ort und der jeweiligen, im Zuge der Erschließung der Bodenschätze sich immer mehr ausdehnenden An- und Ausfahrtszeit differenziert werden muß - ein Konfliktpotential, das in den sozialen Auseinandersetzungen immer wieder einen wichtigen Stellenwert einnahm.

Einen entscheidenden Eingriff in die bis dahin gültigen Bergordnungen bedeutete das preußische Freizügigkeitsgesetz vom 21. Mai 1860, das *"die Beschränkung der Arbeitszeit in den Bergordnungen"* aufhob, *"die Bergarbeiter aus der disziplinarischen Zuständigkeit der Bergbehörden (löste)"*, sie *"in Bezug auf die Arbeitszeitregelung den Industriearbeitern"* gleichstellte, d.h. den Arbeitsvertrag zu einer freien Vereinbarung zwischen Bergarbeitern und den Zechenunternehmern machte und in der Folge *"zu einer Arbeitszeitverlängerung von etwa einer Stunde bei gleichbleibenden Löhnen (führte)"*. Die folgenden Jahrzehnte brachten sukzessive eine Annäherung der Arbeitszeiten im Bergbau an diejenige in anderen Industriebereichen, eine Entwicklung, die in der Einführung des allgemein geltenden Achtstundenta-

ges im Gefolge der 'Novemberrevolution' von 1918 endete. Eine Entwicklung allerdings, die mit der Mentalität der Bergarbeiter, die sich ihrer jahrhundertealten Privilegien, ihrer *"von den Vätern ererbten"* Rechte sehr bewußt waren, nicht konform ging. Arbeitszeitprobleme waren die auslösenden Faktoren bei den großen Streiks der Ruhrbergarbeiter in den Jahren 1889 und 1905; sie sollten schließlich auch die Auseinandersetzungen in den hier zur Debatte stehenden Jahren 1918 bis 1920 wesentlich bestimmen.
In insgesamt vier, den Ablauf der Ereignisse chronologisch nachzeichnenden Kapiteln läßt Henze die Auseinandersetzungen um die Einführung der schon im November 1918 geforderten Sechsstundenschicht detailliert Revue passieren. Er geht *"dabei von einer eigenständigen Bewegung für die Sechsstundenschicht aus, die sowohl Mitglieder der Bergarbeiterorganisationen als auch Unorganisierte umfaßte"*. Diesem analytischen Interesse entsprechend hat er sich - und dies hat sich auf die Nachvollziehbarkeit der Ereignisse sicherlich positiv ausgewirkt - dazu entschlossen, *"die Frage der Sechsstundenschicht aus dem Knäuel der sozialen und politischen Ziele der Ruhrbergarbeiterbewegung"* herauszulösen.
Während die Reichsregierung bereits mit dem Hilfsdienstgesetz von 1916 die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt hatte, verweigerten die Ruhrzechenunternehmer den Bergarbeitergewerkschaften auch weiterhin die Anerkennung als Tarifpartner; allerdings war es im Juli 1917 zu ersten geheimgehaltenen Besprechungen zwischen Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften gekommen; in einem Punkt war man sich bereits damals einig: in der Abwehr radikaler Strömungen an der Basis sowie der Herbeiführung *"geordneter Zustände"*. Noch ehe der Achtstundentag nach offiziellen Verhandlungen Mitte November bewilligt worden war, hatten sich die Belegschaften verschiedener Zechen für die 7 1/2-Stunden- oder gar die Sechsstundenschicht ausgesprochen. Begründet wurde diese Forderung zum einen mit der schlechten materiellen Versorgung sowie der darauf basierenden schlechten körperlichen Verfassung der Bergarbeiter, zum anderen aber auch mit dem expliziten Hinweis auf das dem Bergarbeiter traditionell zustehende Recht auf kürzere Arbeitszeit. Mit der allgemeinen Einführung der Achtstundenschicht, so zitiert Henze aus dem Leserbrief eines Bergarbeiters, *"haben die Bergarbeiter nicht mehr die Vergünstigung einer kürzeren Schichtzeit voraus und viele werden es sich überlegen, ob sie nicht eine andere Beschäftigung suchen sollen. Da wäre doch zu erwägen, ob es nicht zweckdienlich ist, für den unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter die Sechsstundenschicht einzuführen."*
Während Gewerkschaften und Unternehmer noch mit Verhandlungen über Lohnerhöhungen und/oder Schichtzeitverkürzungen beschäftigt waren, wurde an der Basis die Forderung nach Sozialisierung des Kohlebergbaus erhoben, die die Auseinandersetzungen in den ersten beiden Monaten des Jahres 1919 bestimmten. Die Bewegung für die Sozialisierung kulminierte in einem Generalstreik in der zweiten Februarhälfte, der allerdings nur von etwa 50 % der Bergarbeiter befolgt und vom Militär in bürgerkriegsähnlichen Kämpfen zerschlagen wurde. Ihren Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen um die Sechsstundenschicht im Bergbau in den Monaten März und April. Auf der Basis von Belegschaftsbewegungen, die sich auf die Einführung der Sechsstundenschicht konzentrierten, entwickelte sich seit der zweiten Märzhälfte - ausgehend von den drei Zentren Dortmund, Witten und Hamborn - sukzessive eine die gesamte Ruhrbergarbeiterschaft erfassende Streikbewegung. Auch die von den Gewerkschaften und den Unternehmern am 26. März ausgehandelte 7 1/2-Stundenschicht konnte die Bewegung nicht mehr stoppen; als am 9. April die Siebenstundenschicht zugestanden wurde, standen mit mehr als 300.000 Bergarbeitern über 90% der Belegschaften im Streik. Aber auch hier funktionierte wieder einmal jene bewährte Politik von Zuckerbrot und Peitsche: Neben den Zugeständnissen in der Arbeitszeitfrage verhängte der sozialdemokratische Reichs- und Staatskommissar Severing den Belagerungszustand über das Revier, es kam wiederum nicht nur zu den üblichen Übergriffen des Militärs, sondern auch zu zahllosen Verhaftungen, die neben der schlechten materiellen Lage der Streikenden (nicht von ungefähr kam es in den Sommermonaten des Jahres 1919 zu zahlreichen Lebensmittelplünderungen im Ruhrgebiet) zum Abbröckeln der Streikfront beitrugen.
Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Monate war die Tatsache, daß die undemokratische Politik insbesondere des sozialdemokratischen Alten Verbandes gegenüber oppositionellen Strömungen in der Ruhrbergarbeiterschaft zu einem außerordentlichen Mitgliederschwund

führte. In den Monaten von April bis Juni 1919 verlor der Alte Verband im Ruhrrevier etwa 1/4 seiner Mitglieder, die sich zu einem nicht unerheblichen Teil in - abgesehen von der schon vor dem Krieg existierenden "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften" - neugegründeten syndikalistischen und unionistischen Organisationen zusammenfanden; noch im März 1924 erhielt die kommunistische "Union der Hand- und Kopfarbeiter" bei den Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau 34% der Stimmen gegenüber 32% des Alten Verbandes.
Die Forderung nach der Einführung der Sechsstundenschicht blieb auch in der Folgezeit - trotz des am 25. Oktober 1919 ausgehandelten ersten Tarifvertrages im Ruhrbergbau - virulent; tatsächlich lief die Entwicklung aber darauf hinaus, daß zwischen Gewerkschaften und Unternehmern Überschichten ausgehandelt wurden - wobei die schlechte volkswirtschaftliche und energiepolitische Lage als Begründung herhalten mußte -, was de facto einer Wiedereinführung der Achtstunden- oder gar der 8 1/2-Stundenschicht gleichkam. Befürchteten Streiks zum 1. Februar 1920 gegenüber war vorgesorgt worden: *"Die entscheidende Ursache für das Ausbleiben von Streiks dürften die von Severing koordinierten Maßnahmen des Militärs, der Polizei, der Behörden, der Zechenbesitzer und der Gewerkschaften gewesen sein, wobei insbesondere die Polizei einen differenzierten Katalog von Maßnahmen gegen einen Aufstand vorbereitet hatte."* Es ist schon mehr als paradox, daß sich einige Tage später - angesichts des Kapp-Putsches und des daraufhin von der aus Berlin geflüchteten sozialdemokratischen Regierung ausgerufenen Generalstreiks - *"für die Ruhrbergarbeiter die Frage (stellte), ob sie für eine Regierung streiken sollten, die im Ruhrgebiet schon eine Militäriktatur errichtet und sich in der Arbeitszeitfrage auf die Seite der Unternehmer gestellt hatte."*
Ohne auf die von Henze im Schlußkapitel seiner Arbeit skizzierten Auseinandersetzungen um die Schichtzeit im Ruhrbergbau in der Zeit vom 1920 bis 1986 einzugehen, soll noch einmal jener traditionelle Begründungszusammenhang der Auseinandersetzungen um die Sechsstundenschicht betont werden, der u.a. auch deutlich macht, daß Bergarbeiter sich den Forderungen von Kapital und Staat gegenüber in einer Verteidigungsstellung befanden: *"Die Begründung einer kurzen Schichtzeit mit der besonderen Schwere und Gefährlichkeit der Bergarbeit"*, so Henze, *"ging auf eine Tradition seit dem 15. Jh. zurück, in dem noch eine allgemeine Übereinkunft in Fragen der 'Schwere' von Arbeit bestand, und insofern muß dieses Motiv für die Sechsstundenschicht vor dem Hintergrund einer moralischen Ökonomie betrachtet werden."* in dieser moralischen Ökonomie kommt nichts anderes zum Ausdruck als das tradierte Recht auf ein gutes Leben, dem Arbeit nicht zu einem höheren Zweck, sondern zur Funktion eben jenes Lebens wird. Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Militär führten sich in den Auseinandersetzungen mit den Ruhrbergarbeitern wie die Stellvertreter Gottes auf Erden auf, um jener die paradiesische Phase der Menschheit abschließenden Prophezeiung im Auftrag von Kapital und Staat wieder einmal zur Realisierung zu verhelfen. Ein gutes anderthalbes Jahr lang - von der Novemberrevolution 1918 bis zur Märzrevolution 1920 - standen die Ruhrbergarbeiter im Kampf für ihre Rechte und sahen sich dabei jener Koalition aus Gewerkschaften, Sozialdemokratie, Militär, Kapital und bürgerlichen Parteien gegenüber, die den Grundstein zu einer Republik legte, deren unrühmliches Ende schon damals vorprogrammiert war. Gerade in den Auseinandersetzungen im Ruhrrevier zeigte sich in aller Deutlichkeit, daß der Anspruch auf grundlegende soziale und politische Veränderungen an der Basis unüberhörbar artikuliert wurde; die Art und Weise, wie diesen Erwartungen und Hoffnungen mit rigider und brutaler Gewalt auch von denen begegnet wurde, die sich als Interessenvertreter der arbeitenden Bevölkerung verstanden, erwies sich im Nachhinein als Vorschein auf jene Kräfte, die im Januar 1933 die Republik von Weimar endgültig zu Grabe trugen.

Wolfgang Braunschädel

Anna Larina Bucharina, Nun bin ich schon weit über zwanzig. Erinnerungen. Aus dem Russischen von Eva Rönnau, Göttingen: Steidl-Verlag, 1989
Theodor Bergmann/Gert Schäfer (Hrsg.), "Liebling der Partei". Nikolai Bucharin. Theoretiker und Praktiker des Sozialismus. Beiträge zum internationalen Bucharin-Symposion Wuppertal 1988, Hamburg: VSA-Verlag, 1989

"Gorbatschow machts möglich", so könnte man die Besprechung zweier Bücher einleiten, die in der vorliegenden Form noch vor drei Jahren nicht hätten erscheinen können. Auf jeweils eigene Art nämlich sind beide Titel auch Nebenprodukt des widerspruchsvollen und grundlegenden Wandlungsprozesses, der sich in ganz Osteuropa seit dem Machtantritt des neuen Generalsekretärs vollzieht. Gerade weil sie so grundverschieden sind, eignen sich die beiden Bücher zur parallelen Lektüre und Diskussion. Kaum jemals haben sich in den letzten Jahren zwei nahezu gleichzeitig auf den Markt gelangte Bände so gut ergänzt.

Der erste dokumentiert in über weite Strecken mitreißender und manchmal ergreifender Form ein von der Verfasserin hautnah erlebtes Stück Zeitgeschichte: die düstersten Jahre der Stalin-Ära, die Zeit der Moskauer Schauprozesse, die Entstehungsphase des "Archipel GULag". Der zweite ist ganz dem Menschen und Politiker N.I. Bucharin gewidmet, seinen vielfältigen ökonomischen, soziologischen, philosophischen und kulturellen Interessen, seinem Wirken als Theoretiker, Publizist, Parteiführer und Oppositioneller.

Das Politische und das Private, hier sind sie oft nicht voneinander zu trennen. *"Die Frau von Bucharin; ja, das bin ich immer geblieben"*, sagte Anna Michailowna im Gespräch mit der Frankfurter Rundschau (4.11.1989). Drei Jahre lebte sie erst mit ihrem Mann zusammen, als dieser auf einer Sitzung des Zentralkomitees von Stalins Geheimpolizei festgenommen und anschließend monatelangen Verhören unterworfen wurde. Lenins *"Liebling der Partei"* galt plötzlich in der ganzen Sowjetunion als *"Volksfeind"*, *"Verbrecher"* und *"faschistischer Agent"*.

Anna Larina Bucharina erzählt, wie sie kurz nach der Verhaftung Bucharins selbst in die Verbannung geschickt wurde. Anschaulich schildert sie die Geschicke ihrer Leidensgenossinnen, denen ebenso wie ihr selbst der Stempel TschSIR (*"Familienangehörige von Vaterlandsverrätern"*) aufgedrückt wurde: Lebensgefährtinnen und Schwestern von in Ungnade gefallenen Bolschewiki, weibliche Angehörige der von Stalin verfolgten Sowjetmarschälle und Generäle der Roten Armee, schließlich unglückliche alte Frauen wie die Haushälterin des lettischen Kommunisten I.E. Rudsutak, die tagelang nicht aufhörte, das Schicksal ihres Dienstherrn und Schützlings zu beweinen.

Anna Michailowna selbst vernahm die Nachricht von der Hinrichtung ihres Mannes aus dem Munde einer Aufseherin, die den Lagerinsassen aus der Zeitung vorlas. Trotz der qualvollen Abfolge aus Schreckensbotschaften, Verhören und Überweisungen in neue Lager oder Strafanstalten fand sie die Kraft, sich täglich Bucharins Testament zu wiederholen, jenen Brief "An eine zukünftige Generation von Parteiführern", in dem der alte Bolschewik die (schließlich 1988 unter Gorbatschow vollzogene) Wiederherstellung seiner Ehre und die posthume Wiederaufnahme in die KPdSU forderte.

Insgesamt folgen die "Erinnerungen" eher dem Prinzip der freien Assoziation als dem der chronologischen Abfolge. Die eingeschobenen Rückblenden reichen bis in die Jugend Anna Larinas: Es tauchen Charakterbilder der Freunde ihres Vaters auf, Anekdoten (wie z.B. die beiden nicht sehr aussagekräftigen, aber vielleicht auch nicht ganz untypischen Episoden, in denen Leo Trotzki auftritt) und Reiseberichte. Von größerem historiographischen Interesse sind die Bemerkungen über das Treffen zwischen Bucharin und L.B. Kamenjew, das 1929 in Moskau stattfand. Zwangskollektivierung und forcierte Industrialisierung, welche die ökonomische Grundlage für Stalins Terrorregime formten, hatten bereits eingesetzt. Der noch dem Politbüro angehörende Bucharin hatte dem Generalsekretär Kamenjew gegenüber Stalin als den *"neuen Dschingis Khan"* bezeichnet, *"der uns alle umbringen"* wird.

Den Historikern und Biographen (Broué, Carr, Cohen, Deutscher, Löwy, Medwedjew) lag bisher nur eine wahrscheinlich auf Kamenjews Sekretär zurückgehende Version des Gesprächsverlaufs vor. Die in der tiefsten Illegalität lebenden Linksoppositionellen, denen dieser Mann nahestand, hatten die Notizen über das Gespräch als Flugschrift verbreitet. Stalin wiederum fabrizierte auf dieser Grundlage ein Amalgam: Er warf den Führern der rechten Opposition, Bucharin, Rykow und Tomski, vor, ein Bündnis (*"Block"*) mit den ehemaligen linken Partnern Trotzkis (Sinowjew und Kamenjew) gesucht zu haben, um die Stalin-Fraktion zu entmachten.

Die "Erinnerungen" teilen nun erstmals Bucharins Darstellung der Umstände mit, unter denen es zu dem historischen Gespräch mit Kamenjew kam. Ursprünglich hatte es geheißen, das

Treffen habe in dessen Wohnung stattgefunden. Bucharin hingegen erzählte, so zumindest Anna Larina Bucharina, von einer zufälligen Begegnung auf den Roten Platz, bei der er nur für sich selbst gesprochen und seinem Unmut Luft gemacht habe (Rykow und Tomski seien nicht informiert gewesen). Er habe nicht versucht, Kamenjew zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen den Generalsekretär zu bewegen. In der Tat vermied Bucharin später jeden Kontakt mit seinem Gesprächspartner, den er einer Indiskretion (wenn nicht gar des Verrats) verdächtigte. Bekanntlich hatte das Treffen verhängnisvolle Folgen für Bucharin und Rykow, die beide aus dem Politbüro der KPdSU entfernt wurden.

Eine Erörterung der Frage, welche der beiden Varianten des Gesprächs die zuverlässigere ist, würde hier zu weit führen. Anna Larina Bucharina hat möglicherweise ein politisches Interesse daran, die Kontakte Nikolai Iwanowitschs zu den ehemaligen Angehörigen der Vereinigten Opposition herunterzuspielen. Andererseits ist die Authentizität des Berichts ungeklärt, die dem Sekretär Kamenjews zugeschrieben wird. Schließlich wäre es nicht allzu verwunderlich, wenn die Archive in Zukunft noch nähere Auskunft über das Geschehen gäben.

Weniger wahrscheinlich ist dies in einem zweiten "Fall", für den die "Erinnerungen" neues Material liefern. Im Frühjahr 1936 unternahmen Bucharin und seine Frau eine ausgedehnte Reise nach Westeuropa. In Paris verhandelte der alte Bolschewik - meist unter Aufsicht anderer Sowjetfunktionäre - mit den Menschewiken Theodor Dan und Boris Nikolajewski über den Verkauf des Marx-Engels-Archivs an die UdSSR. Der damals in den Händen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale befindliche Nachlaß sollte vor den Nazis gerettet werden; Stalin hatte sich angeboten, das gesamte Archiv zu kaufen. Anna Larina Bucharina führt nun hinreichend Belege für ihre These an, daß es dem Diktator nicht um den Erwerb des Nachlasses ging, sondern daß er die Absicht hatte, Bucharin eine neue Falle zu stellen. In der Tat mußten seine im Auftrag des Politbüros eingeleiteten Verhandlungen mit den Menschewiki im Schauprozeß von 1937 als Beweis dafür herhalten, daß Bucharin danach trachtete, Parteiführung und Sowjetregierung zu stürzen!

Daß Bucharin dergleichen niemals in den Sinn gekommen wäre, belegen nicht zuletzt die von Bergmann und Schäfer in ihrem Band versammelten Beiträge zum Wuppertaler Symposion von 1988. An der seinerzeit von den Medien zu wenig beachteten Tagung nahmen westliche und östliche Historiker, Soziologen, Politik-, Wirtschafts- und Literaturwissenschaftler unterschiedlichster politischer Couleur teil. Erstmals seit den zwanziger Jahren diskutierten hier, wie Ernest Mandel hervorhob, "offizielle" Sowjethistoriker mit seit langem im Ausland lebenden Dissidenten. "Gorbatschow machts möglich..." Gelehrte aus der VR China trafen auf westeuropäische Trotzki-Forscher, ungarische Reformkommunisten auf DKP'ler. Mit von der Partie waren Waleri Pisigin, Initiator eines "Politclubs N.I. Bucharin" aus dem Uralgebiet und Swetlana N. Gurwitsch Bucharina, die Tochter Bucharins aus einer früheren Beziehung.

Abgesehen von dieser "farbigen" Zusammensetzung bot der Kongreß und bieten die jetzt gedruckt vorliegenden 34 Beiträge das Beste, was die Bucharin-Forschung der letzten Jahre zusammentragen konnte. Mit gewiß unterschiedlicher Akzentsetzung wird hier der Lebensweg eines glühenden Bolschewiken rekonstruiert, der bis in die frühen zwanziger Jahre vom baldigen Eintreffen der europäischen Revolution überzeugt blieb, sich dann aber der Theorie vom "Sozialismus in einem Land" verschrieb, den er im Schneckentempo aufzubauen wünschte.

Die Organisatoren des Symposions und Herausgeber des VSA-Bandes haben die Materialfülle um fünf inhaltliche Schwerpunkte gruppiert: Behandlung finden die menschliche Größe und Tragik des revolutionären Politikers, seine ökonomischen Konzepte (gesamte Volkswirtschaft und Agrarfrage), seine Rolle als politischer Theoretiker ("Staat, Partei und Bürokratie") und seine Ansichten zur Literatur. Unterdessen sind Gert Schäfer und Theodor Bergmann dabei, einen ähnlichen Kongreß über das Leben und Werk Leo Trotzkis vorzubereiten. Man kann sich nur wünschen, daß er ebenso gut gelingt wie die Bucharin-Tagung.

Rolf Wörsdörfer

Arno Lustiger, Schalom Libertad! Juden im spanischen Bürgerkrieg, Frankfurt/Main: Athenäum, 1989, 397 S.

"Dem Vergessen entreißen!", diese Losung veranschaulicht Motiv und Motto von Arno Lustigers Unterfangen, die Lebensgeschichten jüdischer Spanienkämpfer und -kämpferinnen aufzuzeichnen. Die Notwendigkeit eines solchen Unternehmens belegt die Tatsache, daß von den etwa 40.000 Publikationen über den spanischen Bürgerkrieg sich nur 17 mit den jüdischen Spanienkämpfern und -kämpferinnen beschäftigen; das Verhältnis wird noch ungünstiger, wenn man bedenkt, daß nur vier davon allgemeine Abhandlungen sind, während der Rest der Memoirenliteratur zuzuordnen ist. Dieses Defizit ist um so erstaunlicher, wenn man berücksichtigt, daß Lustiger plausibel darlegend von ca. 6.000 jüdischen Kämpfern und Kämpferinnen im Spanischen Bürgerkrieg ausgeht.

Lustiger stellt seinen Lebensgeschichten knappe Abrisse über die Vorgeschichte des Spanischen Bürgerkrieges, den Bürgerkrieg, die Internationalen Brigaden, die Bedeutung des Kommunismus für die Juden, den Vormarsch des Faschismus in zahlreichen europäischen Ländern in den 30er Jahren, die Juden in der spanischen Geschichte, jüdische Reaktionen auf den Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien und über faschistische Urteile über jüdische Spanienkämpfer und -kämpferinnen voran, die dem uninformierten Leser die wichtigsten Rahmeninformationen an die Hand geben.

Schon die Ausführungen über die Aktivitäten von Juden in linken Organisationen sind verdienstvoll, da sie dem verbreiteten linken Antisemitismus seine primitive Grundlage entziehen, indem sie das in vielen "linken" Köpfen anzutreffende Synonym von Judentum und kapitalistischer Herrschaft mit widerlegenden Fakten konfrontiert. Für den Autor war es ein *"äußerst schwieriges Unterfangen"*, die Reaktionen der Juden der Welt auf den Spanischen Bürgerkrieg darzustellen, da alle Gemeinde-, Presse- und Parteiarchive jüdischer Organisationen in den von den Nationalsozialisten besetzten Ländern Europas vernichtet worden sind. Eine weitere Schwierigkeit ergab sich dadurch, daß in vielen Publikationen über den Spanischen Bürgerkrieg die jüdischen Kämpfer und Kämpferinnen weggelassen oder anderen nationalen Gruppen zugeordnet wurden.

Den größten Raum widmet Lustiger der Darstellung der Lebensschicksale der jüdischen Aktivisten und Aktivistinnen während eines der bedeutendsten politischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts. Lustiger liefert vielfach erschütterndes Material über eine "verlorene Generation", die nicht nur dem faschistischen Terror - und das potenziert die Tragik -, sondern auch dem stalinistischen und antikommunistischen Terror ausgeliefert war. Daß der Verfasser die biographische Darstellung nicht nur auf die Zeit des Bürgerkrieges und den Faschismus begrenzt, sondern auch die weiteren Lebenswege unter den Exzessen des Stalinismus, während der antisemitischen Phasen in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg und in der McCarthy-Ära beleuchtet, stellt einen großen Vorteil des Buches dar.

Auf der Grundlage von bereits publiziertem Material (Memoiren, Zeitungen, Zeitschriften, Monographien) und Interviews, die häufig auszugsweise wiedergegeben werden, breitet Lustiger, zum größten Teil nach nationaler Herkunft gegliedert, die Lebensbeschreibungen der Spanienkämpfer und -kämpferinnen aus. Hierbei räumt er oftmals mit Falschinformationen und Legenden auf. So weist er nach, daß die "Gruppe Thälmann" - nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Internationalen Brigade -, die im Allgemeinen als deutsche Gruppe gilt, richtig als jüdische Gruppe zu bezeichnen ist: Von 18 Kämpfern waren 14 Juden. Lustiger präsentiert die Lebensläufe ohne ideologische Scheuklappen, daher erscheinen die jüdischen Spanienkämpfer nicht nur als Opfer, auch die Täter in ihren Reihen werden benannt. So z.B. Gustav Reicher (Parteipseudonym in Spanien: Rwal), der *"lange Arm der Komintern unter den polnischen Kommunisten"*. Er denunzierte viele Spanienkämpfer als *"Abweichler"* und *"Trotzkisten"* und wurde später selbst Opfer der stalinistischen "Säuberungen" in der UdSSR. Ein weiteres unrühmliches Beispiel verkörpert Alexander Orlow, oberster Chef des sowjetischen Geheimdienstes in Spanien und als solcher verantwortlich für die Verfolgung der POUM-Angehörigen im Mai 1937.

Die biographischen Darstellungen variieren im Umfang beträchtlich, was oftmals natürlich in den begrenzt zur Verfügung stehenden Informationen seinen Grund hat. Gelegentlich aber nutzt Lustiger bei bekannten Persönlichkeiten die existierende Literatur zu wenig, was dann

unbefriedigende Verkürzungen und Reduzierungen zur Folge hat. Hingewiesen sei hier etwa auf Carl Einstein und Otto Bihalji-Merin. Zwiespältig wirkt auch manchmal die unkritische Präsentation zeitgenössischer Quellen, wie der pathetische Bericht in der Untergrundzeitung der Bauernsektion der KPF "La Terre" über die Hinrichtung des polnisch-jüdischen Resistancekämpfers Marcel Langer durch die Justiz des Vichy-Regimes im Juli 1943.
Übrigens entwickelte sich in der KPF nach dem zweiten Weltkrieg die Tendenz, die Resistance zu nationalisieren, was dann auch zur Unkenntlichmachung der jüdischen Beteiligung führte. Louis Aragon z.B. veranlaßte 1952 die jüdischen Resistancekämpfer Claude und Ramond Levy, ihre Namen für die Publikation ihrer Arbeit über den Widerstand in Toulouse französich klingend umzunennen.
Lustiger liefert ein beeindruckendes Who's Who des aufrechten Gangs in diesem katastrophenreichen Jahrhundert. Die Schicksale bekannter Personen, wie z.B. Frantisek Kriegels, des integren Exponenten des Prager Frühlings, Ilja Ehrenburgs oder Robert Capas (André Friedmann) werden dargestellt, aber auch eine Vielzahl weniger "berühmter" Spanienkämpfer und _kämpferinnen stellt Lustiger vor, um u.a. auch dem Irrglauben und der antisemitischen Verleumdung entgegenzutreten, die Juden hätten sich *"als mutlose und ängstliche Geschöpfe"* widerstandslos dem Faschismus ergeben.
Lustiger, der die Konzentrationslager Auschwitz und Buchenwald überlebte, gibt eine anschauliche und auch einem breiten Publikum verständliche Darstellung mutiger Lebensentwürfe, die wie in einem Kaleidoskop die Tragik des 20. Jahrhunderts widerspiegelt. Nicht nur aus diesem Grunde ist dem Buch eine zahlreiche Leserschaft zu wünschen.

Johannes Materna

Martina Kirfel, Walter Oswalt (Hrsg.), Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa. Mit einem Vorwort von Robert Jungk, Wien/ Zürich: Europaverlag, 1989, 356 S.
Den Revolutionen der Moderne, ob gelungen oder gescheitert, folgten die Restaurationen auf den Fuß. Ob und inwiefern die sozialen Bewegungen der sechziger und siebziger Jahre Revolutionen waren, mag dahingestellt sein: Tatsache jedenfalls ist, daß konservative, restaurative und rechtsradikale Strömungen mittlerweile allerorten Oberwasser haben. Über die Ursachen der wachsenden Faszination konservativen und rechtsradikalen Gedankenguts läßt sich streiten. Eines aber läßt sich wohl kaum noch bezweifeln: Weder der staatlich verordnete Antifaschismus in der DDR noch der als pädagogische Maßnahme inszenierte Antifaschismus der BRD haben die erhofften Wirkungen gezeitigt. Die Konzentration dieses von oben, gewissermaßen autoritär durchgesetzten Antifaschismus auf die Erscheinungsformen speziell des Nationalsozialismus - so wichtig dies für eine Sensibilisierung historischen Bewußtseins auch gewesen ist und künftig auch bleiben wird - und die analog dazu vernachlässigte analytische Durchdringung der eigentlichen Verursachungszusammenhänge der Entstehung des Faschismus haben möglicherweise auch zu wenig zu Bewußtsein kommen lassen, daß bereits der historische Faschismus vielfältige und durchaus auch unterschiedliche Ausprägungen gefunden hat; die Dissonanzen zwischen der nationalsozialistischen Variante von Faschismus und dem korporativen Faschismus italienischer Prägung mögen hier nur als Hinweis dienen.
Als Koalition aus Gemütsfaschismus und Technofaschismus bezeichnet Robert Jungk in seinem einleitenden Beitrag zu dem hier anzuzeigenden Sammelband jenes explosive Gemisch, daß sich gegenwärtig in den europäischen Industriegesellschaften zusammenbraut und weist in diesem Zusammenhang auf ein Buch hin, das in den 'klassischen' Antifaschismusdiskussionen der Linken kaum rezipiert und noch weniger ernst genommen worden ist: Wilhelm Reichs "Massenpsychologie des Faschismus" aus dem Jahre 1933 wird vermutlich in den neunziger Jahren erneut an beklemmender Aktualität gewinnen. Bereits damals hatte Reich darauf hingewiesen, *"dass die wirtschaftliche Krise, die der Erwartung nach eine Linksentwicklung der Ideologie der Massen hätte mit sich bringen müssen, zu einer extremen Rechtsentwicklung in der Ideologie der proletarisierten Schichten und derjenigen, die in tieferes Elend als bisher versanken, geführt hatte. Es ergab sich"*, so Reich weiter, *"eine S c h e r e zwischen der Entwicklung in der ökonomischen Basis, die nach links drängte, und*

der Entwicklung der Ideologie breiter Schichten, die nach rechts erfolgte."
Beim Versuch, den Ursachen des gegenwärtigen Rechtsradikalismus auf die Spur zu kommen, wird man zwei grundlegende Aspekte zu berücksichtigen haben: Zum einen die Tatsache, daß ökonomistische Erklärungsansätze heute noch weniger greifen als zu jener Zeit, in der man noch glaubte, Rechtsradikalismus aus den verführerischen Kräften des Monopolkapitals gegenüber den pauperisierten Massen ableiten zu können und zum anderen die Tatsache, daß der aktuelle Rechtsradikalismus nicht in den historischen Kostümen der dreißiger und vierziger Jahre auftritt und auftreten wird. Wer tatsächlich glaubt, die eigentliche Gefahr des Rechtsradikalismus in gleichermaßen militanten wie minoritären Gruppierungen geortet zu haben, um dann als Reflex darauf einem entsprechend militanten Antifaschismus zu huldigen, trägt mit dieser allenfalls der Selbstbestätigung dienenden Geste eher zur Verharmlosung der wirklichen Gefahr bei.
Zurecht weist Walter Oswalt in seiner Einleitung darauf hin, daß das *"Verfahren, auf isolierte soziale oder politische Indikatoren wie Arbeitslosigkeit oder auf einzelne Schwächen in der Politik demokratischer Parteien hinzuweisen, nicht an die Wurzel des Phänomens heran(kommt)"*.
Die Rechtsradikalen, so Oswalt weiter, *"sind eine reaktionäre Reaktion auf die Krisen der industriellen Modernisierung mit Mitteln der Moderne"*. Es geht in der Tat - und an diesem durchaus als zielbewußtem Projekt zu verstehenden Unternehmen sind mittlerweile längst auch mehr oder weniger angesehene Akademiker aus dem konservativen Milieu beteiligt - um eine *"geistige, soziale und politische Klimaveränderung"*, um den Versuch, neue - gleichermaßen ganzheitlich orientierte wie strukturell einfach zu rezipierende - Sinnstiftungsmodelle anzubieten. Es kommt nicht von ungefähr, daß die rechte Intelligenz sich als eines der ersten 'Schlachtfelder' die Neuinterpretation der deutschen Geschichte auserwählt hat und daß jene sogenannte 'Historikerdebatte', die vor einigen Jahren die Gemüter allerorten erhitzte, in rechtsradikalen und konservativen Milieus - durchaus im Gegensatz zur siegesgewißen Interpretation linker und liberaler Intellektueller - als eine Art von Etappensieg gewertet wird - und zwar ganz einfach aufgrund der Tatsache, daß eine solche Diskussion um die angestrebte historische Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen mittlerweile überhaupt möglich ist und auch ernst genommen werden muß.
Im Kontext dieser neuen Sinnstiftungsunternehmungen tauchen all jene inhaltlichen Aspekte auf, die den als Reflex auf die französische Revolution entstandenen modernen europäischen Konservatismus in unterschiedlichen Ausprägungen auszeichnen: eine gleichermaßen gegen Sozialismus, Liberalismus, Christentum und Individualismus gerichtete Ablehnung der Menschenrechte unter gleichzeitigem Bezug auf antike und heidnische Traditionen, ein rassistisch oder völkisch begründeter Nationalismus, wobei der gegenwärtige Rechtsradikalismus allerdings verstärkt an die Europa-Doktrin der SS oder auch an tradierte Mitteleuropakonzeptionen oder gar an alte Reichsideen anknüpft, ein sowohl rassistisch wie kulturell begründeter Ausländerhaß sowie ein jeglichem Rassismus zugrundeliegender Biologismus. Daß solcherlei Irrationalismen, verbunden mit autoritären Denk- und Charakterstrukturen sowie gespeist aus einem in Lebensängsten sich äußernden Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber den Megastrukturen der modernen Industriegesellschaft, sich mit der immer größere Lebensbereiche erfassenden rationalen Durchstrukturierung eben dieser Industriegesellschaften bestens verträgt, hat das nationalsozialistische Regime aufs eindringlichste vorgeführt. In einer gewissermaßen paradoxen Dialektik wird die immer umfassendere Rationalisierung zum Geburtshelfer irrationaler Reaktionsmuster, die wiederum einen reflektierten Umgang mit Rationalisierungsprozessen verhindern und diesen damit eben jene freie Bahn verschaffen, die zu einem Kreislauf ohne Ende zu werden droht.
Jener Antifaschismus jedenfalls, der, so Oswalt, hierzulande vornehmlich *"als eine Sparte der politischen Aufklärung der Sozialpädagogik, der Kriminalistik und der staatlichen Selbstdarstellung"* gepflegt wird und der sich als eine Art *"gesellschaftlicher Feuerschutz"* darstellt, für den eine *"Spezialtruppe aus Soziologen, Psychologen und Verfassungsschützern arbeitsteilig im staatlichen Auftrag"* verantwortlich zeichnet, wird in diesen Kreislauf nicht entscheidend eingreifen können. Wie einzugreifen sei, wird sicherlich auch zukünftig umstritten sein, in was einzugreifen ist, dies aufzudecken hat sich der vorliegende Sammelband zum Ziel gesetzt.

Im ersten Teil, *"Die Radikale Rechte in den europäischen Ländern"* überschrieben, werden in einzelnen Länderberichten (Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Schweiz, Frankreich, Spanien, Italien, Skandinavien, Niederlande, Belgien, Großbritannien) und einem eigenen, der Vernetzung der extremen Rechten in Westeuropa gewidmeten Kapitel, neben einem jeweiligen kurzen historischen Überblick die gegenwärtig zu beobachtenden Tendenzen rechtsradikaler Einflüsse und Organisationsversuche dargestellt. Das umfassendste Kapitel ist der Entwicklung des Rechtsradikalismus in der BRD gewidmet und enthält u.a. Beiträge von Margret Feit - die bereits vor einigen Jahren eine umfangreiche und lesenswerte Arbeit zum gleichen Thema publiziert hat - über die *"Neue Rechte"* und einen Beitrag von Claus Leggewie über die Republikaner.
Der zweite Teil (*"Rechtsradikalismus und Gesellschaft"*) umfaßt drei Schwerpunkte; der erste beschäftigt sich mit der *"Renaissance der Vordenker"*, wobei insbesondere auf die rechten Leitfiguren Ernst Jünger, Carl Schmitt und Martin Heidegger eingegangen wird; der zweite ist überschrieben *"Die gesellschaftliche Realität"* und enthält u.a. Beiträge zu dem viel zu wenig beachteten Thema *"New Age und Faschismus"* sowie, am Beispiel des Verlegers Herbert Fleissner (u.a. Ullstein/Propyläen, Langen Müller, Herbig, Bechtle, Limes, Nymphenburger, Universitas), zu Strategien der Eroberung publizistischer Macht; der dritte Schwerpunkt schließlich ist den *"Perspektiven gegen Rechts"* gewidmet und enthält jene Beiträge, die sicherlich alle gut gemeint, jedoch weitgehend auch Ausdruck eines eher "hilflosen Antifaschismus" sind. Im Anhang schließlich findet sich ein hilfreiches, nahezu dreißig Seiten umfassendes *"Alphabetisches Verzeichnis radikal rechter Organisationen und Zeitschriften"*.
Ohne Zweifel sind die einzelnen Beiträge von unterschiedlicher Qualität und unterschiedlichem Informationswert; das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß der Sammelband sich als erster Einstieg und Überblick hervorragend eignet und für diejenigen, die sich intensiver mit der Problematik des aktuellen Rechtsradikalismus auseinandersetzen wollen, mancherlei wertvolle Hinweise enthält, auch wenn ein zusammenfassendes Literaturverzeichnis sicherlich zusätzlich dienlich gewesen wäre.
Auf zwei Defizite soll abschließend noch hingewiesen werden. Zum einen wäre es sicherlich angebracht gewesen, in einem solchen in aufklärerischer Absicht zusammengestellten Band sich auch in eigenen Beiträgen mit denjenigen Ideenlieferanten und Theoretikern auseinanderzusetzen (genannt seien hier nur Alain de Benoist, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Günter Rohrmoser, Robert Hepp, Bernard Willms), die als führende Strategen der neuen rechtsradikalen Intelligenz angesehen werden müssen. Zum zweiten - dies ist jedoch weitgehend den gegenwärtigen Umwälzungen in den osteuropäischen Staaten zu verdanken, eine Entwicklung, die zur Zeit der Konzeption des Sammelbandes in dieser Form sicherlich noch nicht absehbar war - wäre es mittlerweile dringend angebracht, das Potential konservativer und rechtsradikaler Strömungen in Osteuropa zur Kenntnis zu nehmen. Jene Perspektive, wie sie kürzlich in einer Monatszeitschrift skizziert wurde, klingt zwar recht dramatisch, aber angesichts z.B. der Tatsache, daß mittlerweile in der DDR von offiziellen Stellen eingestanden wird, daß auch dort organisierter Rechtsradikalismus längst zu einem Problem geworden ist, muß man wohl davon ausgehen, daß sie nichtsdestotrotz realistisch ist: *"Die bäuerlichen, zurückgebliebenen, demnächst Hungernden des Ostens, für die Sozialismus als Name der Auflehnung ausscheidet, vom Weihrauch wiederbelebter Atavismen wie Katholizismus und Antisemitismus benebelt, werden nach diesem Winter in Polen und im Baltikum, an und in den agrarischen Rändern und Weiten der UdSSR und in den ländlichen Gebieten Ungarns, der DDR und anderswo, faschistoid-religiös infiziertes Zeug gegen den Hunger dumpf zu denken beginnen."*

Wolfgang Braunschädel

I. Breckner/H. Heinelt/M. Krummacher/D. Oelschlägel/Th. Rommelspacher/K.M. Schmals, Armut im Reichtum. Erscheinungsformen, Ursachen und Handlungsstrategien in ausgewählten Großstädten der Bundesrepublik, Bochum: Germinal Verlag, 1989, 334 S.
Seit Mitte der siebziger Jahre, verursacht durch eine steigende und sich verfestigende Massenarbeitslosigkeit, die einhergeht mit dem Abbau von sozial absichernden Maßnahmen,

und eingebunden in eine konservativ orientierte politische Wende, *"steht die Gesellschaft der BRD"*, so Thomas Rommelspacher im vorliegenden Band, *"vor ihrem ersten großen Verarmungsschub"*. In insgesamt acht Kapiteln, wobei die ersten vier eher theoretisch-historisch orientiert sind, während sich die folgenden konkreten Fallbeispielen - den Städten München, Hannover, Bochum und dem Stadtteil Duisburg-Bruckhausen - widmen, versuchen die Autoren - allesamt seit Jahren mit der Thematik bestens vertraut - den Ursachen, den Entwicklungen und den gegenwärtigen Erscheinungsformen der 'neuen Armut' auf die Spur zu kommen sowie Handlungsstrategien vorzustellen, die sich den neuen und ungewohnten Herausforderungen stellen.

Die vier ausgewählten Städte stellen dabei *"unterschiedliche Typen aktueller großstädtischer Entwicklungsprozesse unter jeweils besonderen gesellschaftlichen Modernisierungsbedingungen dar"*. Für das eine Extrem steht das Ruhrgebiet, das seit dem etwa Mitte des letzten Jahrhunderts einsetzenden Industrialisierungsschub einen zwar nicht krisenfreien, insgesamt aber doch kontinuierlichen Wachstumsprozeß bis in die späten fünfziger, frühen sechziger Jahre verzeichnen konnte. Nachdem es lange Jahre als *"Waffenschmiede"* und *"Kohlenkiste"* der Nation galt, ist das Ruhrgebiet nach Bergbau- und Stahlkrise mittlerweile eine vor sich hin kriselnde Region, die den Anschluß an die moderne Mikroelekrtonik- und High-Tech-Industrie vorerst verpaßt hat. Daß innerhalb des Ruhrgebiets wiederum auf unterschiedliche Entwicklungen und Ausprägungen des gegenwärtigen Krisenprozesses zu achten ist, zeigen die beiden Beiträge, die sich zum einen mit Bochum als einer für das Revier *"ökonomisch und raumstrukturell typischen Ruhrgebietsgroßstadt"* und zum anderen mit dem Duisburger Stadtteil Alt-Bruckhausen beschäftigen, der mittlerweile als Elendsgebiet, *"selbstorganisierte*(s) *Ghetto "* und somit als *"vorläufige*(r) *Endpunkt einer regionalen Krisenentwicklung"* betrachtet werden muß.

Einen dazu völlig gegensätzlichen Eindruck vermittelt die als High-Tech-Zentrale geltende Großstadt München, die sich bis zum Ende des letzten Weltkrieges eher als typische Residenz- und Verwaltungsstadt präsentierte, als Industriestandort jedenfalls eher ein Schattendasein führte. Aufgrund einer seit Ende der vierziger Jahre politisch sehr bewußt gesteuerten Ansiedlungspolitik modernster Industrien, die mit der Entwicklung der Mikroelektronik seit den siebziger Jahren einen neuen Wachstumsschub erhielt, hat sich München zu einer in einen expandierenden Weltmarkt eingebetteten modernen Industriemetropole entwickelt. Aber gerade das Beispiel München zeigt überdeutlich, daß der schöne Schein wirtschaftlicher Prosperität durchaus einhergeht mit einer gleichermaßen zunehmenden Armut, die im öffentlichen Erscheinungsbild allerdings nicht so sichtbar zutage tritt wie in der altindustriellen Region Ruhrgebiet.

Eine gegenüber diesen beiden Extremen eher mittlere Position nimmt Hannover ein; zum einen kann auch Hannover auf eine längere Industrietradition zurückblicken, zum anderen hat sich in der Stadt als politischem Zentrum auch frühzeitig ein entsprechender tertiärer Wirtschaftsbereich entwickelt, so daß krisenhafte Entwicklungen im Industriebereich lange Zeit aufgefangen werden konnten.

Als Indikatoren der Entwicklung zu einer die 'neue Armut' mehr oder weniger akzeptierenden 'Zwei-Drittel-Gesellschaft' mit ihren spezifischen Krisenregionen, ihren teilweise bereits ausgeprägten Armutszonen und ihren in diesem Kontext sich herausbildenden besonderen Subkulturen gelten insbesondere Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe, deren Entwicklung mit ihren regional unterschiedlichen Ausprägungen und Auswirkungen ein eigener Beitrag gewidmet ist.

Ohne auf die - und dies gilt besonders für das Kapitel über München - gleichermaßen detaillierten und illustrativen Untersuchungsergebnisse im einzelnen eingehen zu können, läßt sich festhalten, daß trotz der ungleichzeitigen Entwicklungsstadien der untersuchten Regionen allerorten wachsende Tendenzen zu sozialer Ungleichheit zu beobachten sind. In der Art und Weise des Umgangs mit jenen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt und marginalisiert werden, finden sich allerdings bezeichnende Unterschiede. Während im Ruhrgebiet, im Kontext seines *"montanindustriellen Herrschaftsbündnisses bestehend aus sozialdemokratischer Partei, sozialdemokratischem Staat, Gewerkschaft, Großindustrie und Großhandel"* und geprägt durch den spezifischen Einfluß des sozialdemokratisch-gewerk-

schaftlichen Milieus, *"noch stärker wohlfahrtsstaatliche Regulierungen vorherrschen"*, werden die sozialen Probleme im Kontext *"des Modernisierungsbündnisses aus High-Tech-Industrie, Hochkultur, Kirche und Staat im Freistaat Bayern"* weitgehend als persönliche Probleme gesehen und den betroffenen Individuen angelastet, nicht zuletzt *"bedingt durch die erzkonservative Werthaltung der praktizierten Bündnispolitik von Staat und Wirtschaft"*. Entsprechend diesen unterschiedlichen politischen Grundhaltungen lassen sich sicherlich auch Unterschiede in der kommunalen Sozialpolitik und den jeweiligen Versuchen zu einer Armutsbekämpfung ausmachen. Aber analog zu der Tatsache, daß die Zunahme von Armut in allen Regionen zu einem nicht mehr hinwegzudiskutierenden Faktum geworden ist, muß man, trotz aller Unterschiede im einzelnen, festhalten: Gegenwärtige Armutsbekämpfung ist allerorten letztlich nichts anderes als Armutsverwaltung, wirkliche Lösungen sind nicht in Sicht.

Anton Panner

Marion de Ras, Körper, Eros und weibliche Kultur. Mädchen im Wandervogel und in der Bündischen Jugend 1900 - 1933, Pfaffenweiler: Centaurus, 1988

In den letzten Jahren ist die Geschichte der weiblichen Jugendbewegung stärker ins Blickfeld der historischen Forschung gerückt. Dennoch lassen sich beträchtliche Forschungslücken konstatieren. Die Dissertation von Marion de Ras stellt einen Beitrag dar, um diesen Rückstand aufzuholen.

Thema ihrer Untersuchung ist die Geschichte der Mädchen im Wandervogel und in der Bündischen Jugend im Zeitraum von 1900 bis 1933, wobei der Schwerpunkt auf den zwanziger Jahren liegt. Zentrales Anliegen des ersten Teils der Arbeit (Kap. 1-4) ist die Aufarbeitung der Ideen und Konzepte, die in der Jugendbewegung und im deren Umfeld entwickelt wurden, soweit sie Selbstverständnis und Identitätsfindung der jugendbewegten Mädchen beeinflußt haben. Im zweiten Teil (Kap. 5) werden die Entwicklung der Mädchenbünde dargestellt und ihre Auseinandersetzungen, Ideale und Ansprüche untersucht. Die Quellenbasis besteht in erster Linie aus den gedruckten Schriften (Monographien, Zeitschriften, Rundbriefe) und persönlichen Aufzeichnungen (Nest- und Fahrtenbücher, Briefe, Tagebücher) der Jugendbewegung.

De Ras stellt einen Bezug her zwischen der Jugendbewegung und der Durchsetzung der Jugendphase. Hierzu führt sie zwei Ausgangsthesen an: 1. Das Verhältnis der Geschlechter ist einer der konstituierenden Faktoren der Jugendbewegung und im Zustandekommen spezifischer jugendlicher Identitäten. 2. Die Jugendbewegung läßt sich als eine Form des Organisierens der Mädchenadoleszenz begreifen, die im 20. Jahrhundert "entdeckt" wird. Die Verbindung, die de Ras damit zur Geschichte der Jugend herstellt, ist problematisch. Ohne auf die aktuellen Forschungsdiskussionen und die Problematik der Begriffe "Jugend" und "Jugendlichkeit" einzugehen, stellt sie Thesen zur Entstehung von Mädchenjugend auf. Ein Beispiel bietet die Aussage, das 20. Jahrhundert bringe nicht so sehr die Entdeckung der Jugend als Jugendliche, sondern vielmehr die Entdeckung der Mädchen als Mädchen mit sich. Hier wäre eine Einordnung in die Diskussion um die Herausbildung der Jugendphase notwendig. Die Kernpunkte der Thesen - Verhältnis der Geschlechter und Organisierung der Mädchenhaftigkeit - durchziehen die gesamte Untersuchung, jedoch verbleibt die Ausführung der Thesen auf der allgemeingültigsten Ebene.

Um, wie sie als Ziel angibt, die *"Konstruktionen der Mädchenbewegung"* zu ermitteln, geht de Ras von zwei Ansatzpunkten aus: Sie fragt einerseits nach dem Zusammenspiel von Organisation und Bewegung, andererseits nach dem Verhältnis von Ideologie und Gestaltung. Während die organisationsgeschichtliche Darstellung ausführlich Entwicklung und Auseinandersetzungen der weiblichen Jugendbewegung behandelt, liegt m.E. bei der Untersuchung der Beziehungen zwischen Ideologie und tatsächlicher Gestaltung bündischen Lebens das Gewicht zu stark auf der Aufarbeitung der in den Mädchenbünden entwickelten Ideen und Ideale und der Diskussionen um Weiblichkeit und weibliche Kultur. Die reale Erscheinungsebene dagegen, die Art und Weise, in der die Umsetzung dieser Konzepte erfolgte oder nicht erfolgte, wird vernachlässigt.

Im ersten Kapitel der Arbeit erfolgt die Einordnung der Jugendbewegung in den ideenge-

schichtlichen Kontext anhand des Postulats "Kultur statt Zivilisation", das die Jugendbewegung aufgriff und in verschiedenen Varianten weiter entwickelte, ausformte und propagierte. In den nächsten beiden Kapiteln beleuchtet die Autorin die ihrer Einschätzung nach in den jugendbewegten Auseinandersetzungen zentralen Komplexe Geschlecht - Körper - Sexualität/Eros und beschreibt in diesem Kontext das ideologische Umfeld, das auf die Jugendbewegung einwirkte. Mit dem Eintritt der Mädchen in die Wandervogel-Bewegung wurde die Problematik des Geschlechterverhältnisses offenkundig und zwang die Beteiligten zur Stellungnahme. Bestimmte in der Vorkriegszeit noch die "Mädchenfrage" das Bild - d.h. die Frage, ob und wie Mädchen in die Bünde zu integrieren waren -, so spitzte sich nach 1919 die Debatte zu auf die "Geschlechterfrage", die Frage nach Sexualität und Eros. Eros wurde in diesem Zusammenhang als Gegenstück zur Sexualität, als eine Konstruktion des Verhältnisses der Geschlechter zueinander (aber auch als wichtiger Faktor in gleichgeschlechtlichen Gruppen) gesehen. Nicht zu trennen von dieser Diskussion war das neue Verständnis der Ganzheit von Körper und Seele, das in der sich entwickelnden Körperkultur zum Ausdruck kam.
Im 4. Kapitel zeigt de Ras die Polarisierung der Geschlechter in der Zeit nach 1919 auf. Die Ideale der Mädchengemeinschaft und der Jungenschaft ("Ritterorden") illustrieren diese Polarisierung. Selbst wenn diese Formen jugendbewegter Organisation selten verwirklicht wurden, übten sie einen nicht zu unterschätzenden ideologischen Einfluß aus. Die Idee der Mädchengemeinschaft beruhte auf der Überzeugung, daß die Mädchen ihre Weiblichkeit ausschließlich in rein weiblichen Gruppen entfalten konnten, um somit eine "weibliche Kultur" zu schaffen.
Im 5., dem umfangreichsten Kapitel, beschreibt de Ras die Entwicklung der Mädchenbünde und -gruppen der Jugendbewegung und nimmt eine differenzierte Betrachtung ihrer Ideale und Konzepte vor. Während die Mädchen bis 1914 an den öffentlichen Debatten über die "Mädchenfrage" nur am Rande teilnahmen, beteiligten sie sich nach dem Einschnitt des Ersten Weltkriegs aktiv. Nachdem die Jungen 1920 den Ausschluß der Mädchen aus den gemeinsamen Bünden erzwangen, bildeten diese eigene Wandervogel-Mädchenbünde, die unterschiedlich erfolgreich agierten. In diesen Bünden setzten sich die Mädchen mit Fragen der weiblichen Kultur und der weiblichen Identität auseinander. Beeinflußt von den Theorien der bürgerlichen Frauenbewegung sahen sie innere *"weibliche Werte"* wie die Mütterlichkeit als entscheidend an, um die Gesellschaft positiv zu verändern, zogen sich jedoch letztlich auf ihre eigenen Räume zurück. Obwohl sich die autonomen Mädchenbünde in dieser *"Phase der weiblichen Kultur"* als recht erfolgreich erwiesen, konnten sie sich nicht stabilisieren. Aus einigen Gruppen waren Frauensiedlungen entstanden, die das Ideal der Mädchen- und Frauengemeinschaft als *"Insel der Gesellschaft"* verwirklichten, in anderen Bünden fehlte jedoch der Nachwuchs, ebenso der Kontakt zu anderen Mädchenbünden: Die Idee der weiblichen Kultur konnte in der Mädchenjugendbewegung zu keiner kollektiven Form finden, um ihren Einfluß auf die Gesellschaft durchzusetzen.
Gegen Ende der zwanziger Jahre, als ein Großteil der Wandervogelbünde sich zusammenschloß, traten auch die meisten Mädchenbünde in den neu gegründeten Bund ein; die strikte Trennung zwischen Mädchen- und Jungengruppen blieb jedoch bestehen. Die stärkere Tendenz zur Politisierung der Mädchen läßt sich an den Debatten über Staatsbürgerschaft und Volksgemeinschaft, über Wahlrecht oder Wahlpflicht, über die Stellung der Frau im Staat ablesen. Die Idee der weiblichen Kultur, die Einfluß auf die Gestaltung der Gesellschaft nehmen sollte, hatte zwar weiterhin Gültigkeit, aber jetzt wurde die konkrete Beteiligung am Staatsleben durch weibliche Institutionen und Programme, durch "weibliche Politik" gefordert.
Insgesamt zeichnet Marion de Ras ein detailreiches Bild der Mädchenbünde und ihrer Entwicklung, bei dem die verschiedenen Strömungen und unterschiedlichen Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Fragen ebenso wie die ambivalenten Haltungen innerhalb eines Bundes (z.B. zum Antisemitismus) zum Ausdruck kommen. Auch die unterschiedliche Rezeption der in den ersten Kapiteln dargestellten Konzepte (z.B. die Bewertung von Eros und Körper) wird berücksichtigt. Es ist ihr Anliegen, aufzuzeigen, wie die Mädchen gegen den ständigen Widerstand der Jungen ihren 'Raum' in der Jugendbewegung eroberten, indem sie zentrale Begriffe des jugendbewegten Denkens wie Eros, Natur, Körper für sich besetzten und eine

"weibliche Kultur" zu entwickeln suchten. Die Jugendbewegung erwies sich als ein Freiraum, in dem die Mädchen ihre Eigenständigkeit entdecken und ausformen konnten.
Marion de Ras hat mit ihrer Untersuchung eine auf umfangreicher Quellenarbeit basierende, materialreiche Studie vorgelegt. Dennoch bleibt die Arbeit in mancher Hinsicht unbefriedigend. Aus sozalhistorischer Sicht muß bemängelt werden, daß die Einordnung der beschriebenen Phänomene in den gesellschaftlichen und politischen Gesamtprozeß weitgehend unterbleibt. Ursachen, Konsequenzen und Wirkungen der in der Jugendbewegung entwickelten Haltungen und Konzepte werden nur angedeutet. Eine genauere Verortung der Mädchenbewegung im historischen Kontext (z.B. das Verhältnis zur Frauenbewegung) wäre für das Verständnis dieses Phänomens sicherlich hilfreich gewesen.
Für problematisch halte ich weiterhin, daß de Ras die Ebene der subjektiven Erfahrungen der Mädchen vernachlässigt. Als Beispiel sei die Behandlung der Mädchenfrage in der Vorkriegszeit genannt: De Ras führt aus, daß die Mädchen diese Debatte, die über ihre Köpfe hinweg ausgetragen wurde, gar nicht so wichtig nahmen. Anstatt nun zu versuchen, den Erlebnisraum und die Einschätzungen der Mädchen herauszuarbeiten, skizziert sie die Grundzüge der öffentlichen, in erster Linie von Männern geführten Diskussion und verbleibt damit auf der Ebene dessen, was (von Jungen und Männern) <u>über</u> Mädchen gesagt wird.
Insgesamt gesehen, hätte ich mir eine stärkere Berücksichtigung der sozialen Realität des Lebens in den Bünden gewünscht. Auch der Aufarbeitung der Konfrontation von Anspruch und Wirklichkeit sowie der Wirkungen der Ideen und Ideale auf die Gestaltung von Mädchenjugend wird nicht genügend Bedeutung beibemessen.
Letztendlich ist noch anzumerken, daß die Autorin zu ihren Quellen oft nicht die nötige kritische Distanz einnimmt. Das führt leicht zu einer kritiklosen Übernahme der Aussagen der Quellen statt einer den sozialen und politischen Kontext der Äußerungen mit einbeziehenden Analyse. Besonders deutlich wird dieser Effekt, wenn die Autorin die Sprache der Quellen in ihren Untersuchungen übernimmt.
Trotz dieser Kritik bleibt festzuhalten, daß die Dissertation von Marion de Ras einen ausführlichen Überblick über die Entwicklung der Mädchenbünde und ihrer Auseinandersetzungen bietet. Da im Gegensatz zu der Fülle an Werken über die Jugendbewegung allgemein (die sich im Regelfall auf die Männer und Jungen konzentrieren) zur Geschichte der weiblichen Jugendbewegung nur sehr wenig Untersuchungen vorliegen, leistet de Ras mit ihrer Studie eine Pionierarbeit auf diesem Gebiet. Schon aufgrund der Fülle des gesammelten und ausgewerteten Materials liefert sie einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung dieses Themenkomplexes.

Sabine Behn

Fernando Morais, Olga. Das Leben einer mutigen Frau, Köln: Volksblatt Verlag, 1989, 415 S.
Pino Cacucci, Tina Modotti. Ein brüchiges Leben in Zeiten absoluter Gewißheiten, Frankfurt/Main: Verlag Neue Kritik, 1989, 196 S.
Die gegenwärtig institutionell sich etablierende Emanzipation der Frau bringt es mit sich, daß im Zuge einer historischen Selbstvergewisserung des emanzipatorischen Prozesses immer mehr Frauen dem Dunkel der Geschichte entrissen werden. Als eine Art alternativer Bestseller hat sich dabei in letzter Zeit die als *"Reportage"*, als *"dokumentarischer Roman"* sich verstehende Arbeit des brasilianischen Journalisten Fernando Morais erwiesen, die die Lebensgeschichte der 1908 in München geborenen und 1942 in der Landesheil- und Pflegeanstalt von Bernburg von den Nationalsozialisten ermordeten Olga Benario erzählt. Es sind insbeondere zwei Ereignisse, die das offensichtlich identitätsstiftende Faszinosum dieser Frau ausmachen. Zum einen hatte sie im April 1928 als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands die Befreiung ihres ebenfalls in der kommunisitschen Bewegung aktiven und wegen Vorbereitung zum Hochverrat inhaftierten Geliebten Otto Braun aus der Haftanstalt Berlin-Moabit organisiert, zum anderen - zwischenzeitlich hatte sie in der sowjetischen Emigration Karriere in der Kommunistischen Jugendinternationale gemacht - war sie im November 1935 an der Seite ihres Geliebten Luís Carlos Prestes an einem unter Anleitung der Komintern in der für deren militaristisch verkürztem Revolutionsverständnis

typischen Art und Weise inszeniertem Putschversuch in Brasilien beteiligt, der schon nach wenigen Stunden scheiterte. Obwohl hochschwanger, wurde Olga Benario im September 1936 von der brasilianischen Regierung an das nationalsozialistische Regime ausgeliefert, was unter den damaligen Umständen faktisch einem Todesurteil gleichkam, insbesondere da sie nicht nur Kommunistin, sondern auch Jüdin war.
Die Fragwürdigkeit einer solchen an Gefühle appellierenden und die Tragik eines individuellen Lebens auskostenden Geschichtsschreibung, wie sie Fernando Morais gewissermaßen stellvertretend vorführt, sei - ohne auf die zahlreichen historischen Ungenauigkeiten und Fehler im Detail einzugehen - an einem Beispiel exemplifiziert. Im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück lernte Olga Benario im Frühjahr 1941 Margarete Buber-Neumann kennen, die Jahre zuvor mit ihrem Mann, Heinz Neumann, einem ehemaligen führenden Funktionär der KPD, in die Sowjetunion emigriert war. Auf den Seiten 329/330 in Morais Buch heißt es dazu: *"In der Fabrik lernt Olga Margarete Buber-Neumann kennen, die beinahe ihre Genossin während der Revolte in Brasilien geworden wäre... Margarete ist mit dem KPD-Funktionär Heinz Neumann verheiratet... 1935 wurden sie und ihr Ehemann von der Komintern damit beauftragt... nach Brasilien zu reisen und die Revolution vorzubereiten... Aber am Vorabend ihres geplanten Aufbruchs nach Lateinamerika hatte man ihnen den Befehl erteilt, in Moskau zu bleiben. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Neumanns und einigen Führungskräften der Komintern haben verhindert, daß sie die Reise antreten konnten, was ihnen möglicherweise das Leben gerettet hat."* Fragt sich der verblüffte Leser schon, welch wunderlichen Umständen es zu verdanken ist, daß Margarete Buber-Neumann von Moskau nach Ravensbrück gelangte, so muß man die Bemerkung, daß die Nichtbeteiligung an dem brasilianischen Putschversuch den Neumanns *"möglicherweise das Leben gerettet hat"*, wohl als puren Zynismus verstehen. Tatsache ist, daß Heinz Neumann im Kontext der sogenannten Stalinschen Säuberungen im April 1937 in Moskau verhaftet worden war und danach nie mehr auftauchte, also wohl ermordet wurde; Tatsache ist weiterhin, daß Margarete Buber-Neumann später ebenfalls verhaftet worden war, mehrere Jahre in sowjetischen Lagern verbrachte und schließlich nach dem Hitler-Stalin-Pakt zusammen mit anderen deutschen Kommunist(inn)en vom stalinistischen Regime an die Nationalsozialisten ausgeliefert wurde. Auch wenn sich Margarete Buber-Neumann später, nachdem sie Ravensbrück überlebt hatte, zu einer - im Kontext ihrer Biographie durchaus verständlich - vehementen Antikommunistin entwickelt hat, rechtfertigt dies überhaupt nicht einen derart zynischen Umgang mit ihrer Biographie. Aber auch, was Olga Benarios tragisches Schicksal betrifft, sollte nicht vergessen werden, daß sie nicht nur Opfer des nationalsozialistischen Regimes, sondern auch bewußte und aktive Kombattantin jenes jegliche sozialistische Utopien ad absurdum führenden stalinistischen Regimes war, das z.B., wie mittlerweile bekannt sein dürfte, im Rahmen der - wie Hermann Weber schreibt - *"größten Kommunistenverfolgung aller Zeiten"* mehr führende deutsche Kommunisten auf dem Gewissen hat als das nationalsozialistische Regime.
Gegenüber der gleichermaßen romantisierenden wie heroisierenden Geschichtsschreibung Fernando Morais' hebt sich Pino Cacuccis ebenfalls sehr subjektiv gefärbte Annäherung an das Leben der auch hierzulande durch einige Publikationen in den letzten Jahren bekannt gewordenen Fotografin und Revolutionärin Tina Modotti in jeglicher Beziehung positiv ab. Tina Modotti war als Kind italienischer Emigranten in die USA gekommen, hatte 1917 den einige Jahre später gestorbenen Lyriker Robo (Roubaix de l'Abrie Richey) geheiratet, war in diesen Jahren als Schauspielerin in einigen Hollywood-Filmen tätig, kam schließlich Anfang der zwanziger Jahre mit ihrem damaligen Geliebten, dem Fotografen Edward Weston, nach Mexiko, wo sie sich ebenfalls einen Namen als Fotografin machte, in revolutionär gesinnten intellektuellen Kreisen verkehrte und schließlich im Sommer 1928 Julio Antonio Mella, führendes Mitglied der Kommunistischen Partei Kubas, kennen und lieben lernte - eine Begegnung, die wohl zum entscheidenden Wendepunkt in Tina Modottis Leben wurde. Die verbleibenden dreizehn Lebensjahre Tina Modottis sind zum einen von zwei rätselhaften, niemals wirklich aufgeklärten Todesfällen und zum anderen von ihrer Beziehung zu ihrem langjährigen Lebensgefährten, dem für zahlreiche Morde - insbesondere während des Spanischen Bürgerkrieges - verantwortlichen stalinistischen Funktionär Vittorio Vidali, gekennzeichnet.

Am Abend des 10. Januar 1929 wurde Julio Antonio Mella auf offener Straße erschossen - an seiner Seite befand sich Tina Modotti; am Abend des 5. Januar 1942, nach einem Abendessen bei dem aus Deutschland emigrierten Architekten Hannes Meyer, starb Tina Modotti auf dem Rücksitz eines Taxis. Über beide Todesfälle sind mancherlei Vermutungen geäußert worden, immer wieder fiel auch der Name Vidalis, jenes eiskalten Funktionärs, der im Auftrag der Komintern mordete, den Tina Modotti bereits 1927 kennengelernt hatte und dem sie in einer ohne Zweifel widersprüchlichen Beziehung bis zu ihrem Tod verbunden war. Nach ihrer Ausweisung aus Mexiko im Frühjahr 1930 hatte Tina Modotti einige Monate in Deutschland verbracht, war dann als Funktionärin der Roten Hilfe in Moskau tätig, engagierte sich im Spanischen Bürgerkrieg und kehrte schließlich 1939 nach Mexiko zurück. Ihr Leben bleibt auch nach dem entmystifizierenden Bericht Cacuccis, der zahlreiche Überlebende jener Jahre, u.a. Wlady Kibalchich, den Sohn des ebenfalls unter nie geklärten Umständen im Jahre 1947 in Mexiko zu Tode gekommenen Victor Serge, aufsuchte und interviewte und ein eindrucksvolles Stimmungsbild des politischen Klimas jener Zeit vermittelt, in vielerlei Hinsicht rätselhaft; ihre langjährige Beziehung zu Vidali, über dessen Tätigkeiten sie ohne Zweifel informiert war, ist mehr als geheimnisvoll: *"Sie hatte"*, resümiert Cacucci ihr Leben, *"eine Niederlage erlebt, und im Unterschied zu einem Vidali, den Fanatismus vor Zweifeln und der Schwermut der Besiegten schützte, verbarg sie nicht, wie sehr es sie verunsicherte, seit Julio Antonio Mellas Tod jedes Gefühl unterdrückt zu haben."*
Die zwanziger und dreißiger Jahre mit ihren politischen Hoffnungen und ihren eruptiven politischen und sozialen Umwälzungen sind offensichtlich keine Zeit für heile Biographien gewesen; sich im Kontext der damaligen sozialen und politischen Auseinandersetzungen zu engagieren, hieß zugleich auch, sich in fragwürdige Abenteuer zu stürzen, Entscheidungen zu treffen, über deren Konsequenzen man sich vielfach erst im Nachhinein klar werden konnte: Es bleibt, so Cacucci, *"stets eine bittere Wahrheit: findet man einen Grund zu leben, heißt das vor allem, man hat einen zu sterben"*.
Fernando Morais' und Pino Cacuccis Rekonstruktionen zweier Frauenbiographien aus jener Zeit dokumentieren zugleich zwei unterschiedliche und durchaus auch widersprüchliche Arten des Umgangs mit Geschichte: glättend, heroisierend, mythenbildend die eine Variante, Widersprüche aufzeigend und stehen lassend, behutsam sich annähernd und mosaikartig ein Bild entwerfend die andere. Von identitätsstiftenden Heldinnen ist in beiden Fällen nicht zu berichten.

Karl Andres

Dittmar Dahlmann, Land und Freiheit. Machnovscina und Zapatismo als Beispiele agrarrevolutionärer Bewegungen, Wiesbaden/Stuttgart: F. Steiner Verlag, 1986, 296 S.
Als Emiliano Zapata am 10. April 1919 mittags gegen 13.30 Uhr auf der Hacienda Chinameca vom Militär in einen Hinterhalt gelockt und ermordet wurde, bedeutete dies den Übertritt in jenes zweite, das ewige Leben, das nur wahren Volkshelden zusteht. Aus einem Sozialrevolutionär wurde das Objekt sozialromantischer Begierden; eines Tages, so weiß die Legende, wird Zapata zurückkehren. *"Garduño in Friedenszeiten. Zapata in Kriegszeiten"*, antwortete ein Campesino, so berichtet der mexikanische Schriftsteller Carlos Fuentes, auf die Frage nach dem Namen seines Dorfes; nicht nur eine einfache Feststellung, sicherlich auch eine Warnung.
Als Nestor Machno am 28. August 1921 mit den Resten seiner geschlagenen Armee die sowjetische Grenze zu Rumänien überschritt, begann für ihn eine Odyssee, die schließlich in den für Exilmilieus wohl typischen kleinlichen Streitereien endete, die Rudolf Rocker in einem Brief an Alexander Berkman vom November 1928 zu der bitteren, gerade auch für jene die heile Welt des Anarchismus in der Vergangenheit suchenden heutigen Geschichtsschreiber bedenkenswerten Bemerkung veranlaßte: *"Stelle Dir vor, wenn ein Mann wie Machno, der sicher seiner Sache treu gedient hat, einmal und sei es auch nur vorübergehend zur Macht gelangen würde. Ich bin überzeugt, dass die Folgen nicht besser sein würden als bei den Bolschewisten... Und es gibt viele, allzuviele Anarchisten, auf die dasselbe zutrifft. Ich komme jeden Tag mehr zu der Überzeugung, es ist nicht die äußere Etikette, die die Sache macht, sondern der Mensch selbst. Die Zahl der wirklichen Anarchisten ist sehr gering in der Welt."*

Als Machno am 25. Juli 1934 starb, versammelte sich die zerstrittene anarchistische Gemeinde noch einmal an seinem Grab, um kurz darauf über seinen Nachlaß die alten Zwistigkeiten wieder aufleben zu lassen.
Beide, Emiliano Zapata und Nestor Machno, gelten als legendäre Führerpersönlichkeiten revolutionärer Bauernbewegungen, die lange Zeit von der seriösen historischen Forschung - jenseits rein hagiographischer Darstellungen oder popularisierender Wiederbelebungen in Romanen oder im Film - allenfalls am Rande wahrgenommen wurden. Dahlmann begründet seine Entscheidung, zwei *"unter unterschiedlichen sozialen, politischen und ökonomischen Bedingungen"* entstandene agrarrevolutionäre Bewegungen miteinander zu vergleichen damit, daß beide Bewegungen zum einen in einer Situation des Machtvakuums, des Einbruchs der modernen kapitalistischen Welt in alte bäuerliche Strukturen, entstanden, zum anderen in *"ihre(r) Programmatik auf die Selbstorganisation der Agrarbevölkerung, den föderativen Aufbau der Gesellschaft (zielten)"* und dabei ähnliche Interaktionsmuster entwickelten. In den beiden ersten Kapiteln beschäftigt sich Dahlmann zum einen mit dem Versuch einer systematischen Verortung von bäuerlichen Sozialrevolten, zum anderen mit einer Skizzierung sowohl der agrarischen Strukturen Rußlands bzw. Mexikos im allgemeinen als auch der jeweiligen besonderen Ausprägungen in den beiden Regionen: der südlichen Ukraine und dem Bundesstaat Morelos im Süden Mexikos. Beide Regionen, so Dahlmann, befanden sich in der fraglichen Zeit in einer Phase der Kapitalisierung der Landwirtschaft, die notwendigerweise die tradierten Wertemuster der dörflichen Gemeinschaften herausfordern mußte. In den überkommenen dörflichen Verhältnissen erscheint Gesellschaft auf einfachste, für jeden überschaubare und als gerecht erfahrene Strukturen reduziert; jeder von außen - insbesondere von staatlichen Repräsentanten - kommende Einbruch in diese *"relativ in sich abgeschlossene Sphäre"* wird als *"existenzielle Bedrohung der Lebenswelt"* erfahren, auf die die dörfliche Gemeinschaft den Umständen entsprechend mit heftigstem Widerstand reagiert. Auch wenn - ausgehend von einem problematischen geschichtsteleologischen Begriff von Fortschritt - die Verurteilung solcher bäuerlichen Widerstandsbewegungen als reaktionär oder rückwärtsgewandt als unzulässige Vereinfachung erscheint, kann man daraus andererseits nicht schlußfolgern, daß bäuerlicher - oder, unter anderen Umständen, handwerklicher - Widerstand gegen Modernisierungsschübe als Ausdruck eines quasi natürlichen Anarchismus zu interpretieren ist. *"Solche Bewegungen"*, so Dahlmann, *"sind zwar rudimentär demokratisch, tendieren jedoch dazu, demokratische Verhaltensmuster nur auf wenige Bereiche zu beschränken und ansonsten ihre Gesellschaft ebenso autoritär zu strukturieren wie andere gesellschaftliche Gruppen."* Exemplarisch deutlich wird dies u.a. dadurch, daß ein *"integrativer Bestandteil solcher Bewegungen die Figur eines charismatischen Führers (ist)"*.
Im Hauptteil der Arbeit beschäftigt sich Dahlmann in jeweils parallelen Kapiteln zum ersten mit Entstehung und Verlauf von Machnovscina und Zapatismo, zum zweiten mit einer soziologischen Analyse beider Bewegungen sowie einer Charakterisierung ihrer beiden Führungspersönlichkeiten, zum dritten mit der jeweiligen Ideologie, zum vierten mit der jeweiligen Charakteristik als agrarisch-anarchistischer bzw. agrarrevolutionärer Bewegung und schließlich fünftens in zwei Exkursen mit dem Exil Nestor Machnos und dem Tod und mythischen Nachleben Emiliano Zapatas. Ohne an dieser Stelle auf den näheren Verlauf der beiden Bewegungen eingehen zu können, läßt sich doch als ein beiden gemeinsames Merkmal festhalten, daß sowohl die Machnovscina als auch der Zapatismo ihre Bedeutung nur im Kontext landesweiter sozialer und politischer Umwälzungen erlangen konnten. In Rußland war es die Revolution des Jahres 1917 und die sich daran anschließende Phase des Bürgerkrieges, wobei es im Laufe der Auseinandersetzungen zwischen den Truppen Machnos und den bolschewistischen Einheiten zeitweise zu einem Kampfbündnis, dann aber auch wieder zu schweren Auseinandersetzungen kam; in Mexiko war es die von unterschiedlichen sozialen Gruppierungen und Interessen getragene Bewegung gegen das Regime des Generals Porfirio Diaz, die im Mai 1911 zwar zu dessen Rücktritt führte, bereits damals jedoch aufgrund ihrer heterogenen Zusammensetzung einen Ausblick auf die äußerst verwirrenden Konflikte und Koalitionen gab, die die Entwicklung der nächsten Jahre bestimmen sollte.
Beide Bewegungen waren stark regionalistisch orientiert, zielten auf Selbstorganisation der Bauern auf föderalistischer Basis, entwickelten aber zugleich, besonders im militärischen

Bereich des Partisanenkampfes und ohne Zweifel auch in Verbindung mit den charismatischen Zügen ihrer integrativen Führerfiguren stark ausgeprägte autoritäre Strukturen, die sich besonders in Morelos auch in gewisser Weise verselbständigten, indem sich die agrarrevolutionäre Bewegung *"im Laufe der Jahre einen umfangreichen politischen und administrativen Apparat geschaffen"* hatte, der *"über eine eher altertümliche Form eines Agrarsozialismus eine übergeordnete Regierung"* stülpte.
Der wichtigste Unterschied beider Bewegungen ergab sich aus der jeweiligen politischen und ideologischen Ausrichtung. Die Machnovscina orientierte sich an dezidiert anarchistischen Theorien; einschränkend muß allerdings betont werden, daß diese bewußt anarchistische Orientierung im wesentlichen wohl eine Angelegenheit der Führungsgruppe war: Die Machnovscina war insofern *"eine von Anarchisten geführte, aber keine anarchistische Bewegung"*. Der Zapatismo dagegen hat sich nie an einer bestimmten Theorie orientiert; seine programmatischen Forderungen summierten sich immer zu einem Konglomerat, in dem tradierte Rechte und Forderungen der Bauern durchaus mit radikal-demokratischen Konzepten konform gehen konnten. Die unterschiedliche ideologische Ausrichtung machte sich auch in den jeweiligen Konzeptionen bäuerlicher Selbstverwaltung bemerkbar. Während die Machnovscina die agrarische Kommune propagierte, in der kollektiv gewirtschaftet werden sollte, legte der Zapatismo an erster Stelle Wert auf den privaten Besitz an zu bewirtschaftendem Land.
Das Faszinosum, zu dem beide Bewegungen schon bald nach ihrem Scheitern geworden sind, erweist sich im historischen Rückblick als Ausdruck einer sozialrevolutionären Romantik, die nach Stützpunkten in der Geschichte Ausschau hält und dabei dann doch nichts anderes als Mythen produziert. Es ist ohne Zweifel gerade die Tatsache des Scheiterns, die zu mystifizierenden Interpretationen einlädt; das Nichtgelingen verführt zu einer nachträglichen revolutionären Lektüre der Ereignisse. In dem Maße, in dem die ursprünglichen revolutionären Impulse sich institutionell verfestigt hätten - so muß man allen historischen Erfahrungen gemäß zumindest annehmen - wären wohl auch in beiden Bewegungen immanente autoritäre Strukturen dominant geworden. Tatsächlich läßt sich der historische Ort beider Bewegungen relativ präzise bestimmen: Es ist jener Einbruch der modernen Welt mit ihren spezifisch kapitalistischen Rechts- und Sozialverhältnissen, der - gewisse Rahmenbedingungen vorausgesetzt - zum Auslöser sozialrevolutionärer Bewegungen wird, die - obwohl *"in der Vergangenheit lebend und deren Werte repräsentierend"* - dennoch versuchen, die Zukunft auf eine ihren Traditionen und Überlieferungen gemäße Art und Weise zu gestalten. Nichts berechtigt zu dem Schluß, so resümiert Dahlmann seine Untersuchungen zweier in dieser Hinsicht typischen Bewegungen, *"daß solche 'anti-modernistischen' Bewegungen, denen es vor allem um die Wiederherstellung der zerstörten sozialen und politischen Ordnung ging, notwendig zum Scheitern verurteilt sind"*. Nichts, so muß man ergänzend hinzufügen, berechtigt zu jenen mystifizierenden Interpretationen, deren diffuse Überzeugungskraft gerade daraus resultiert, daß beide Bewegungen sich nicht institutionell etablieren konnten, real also gescheitert sind. Solchen Heldenepen den Boden ein für allemal entzogen zu haben, darf man Dahlmanns Arbeit als Verdienst anrechnen.

Wolf Raul

Karl Otten, Geplante Illusionen. Eine Analyse des Faschismus. Mit einem Nachwort von Lothar Baier, Frankfurt am Main: Luchterhand Literaturverlag, 1989, 367 S.
Von Franz Blei ist jene verblüffende und auf den ersten Blick allenfalls verschroben erscheinende Aussage überliefert: *"Es lebe der Kommunismus und die heilige katholische Kirche."* Blei, 1871 in Wien geboren, bereits in jugendlichen Jahren in Verbindung mit sozialdemokratischen Kreisen und 1887 aus der katholischen Kirche ausgetreten, war 1919, in revolutionären Zeiten also, wieder Mitglied der katholischen Kirche geworden. In einem Brief an Fritz Brupbacher vom 23. August 1919, der ansonsten u.a. von einer geplanten Ausgabe der Schriften Michail Bakunins über Deutschland und Karl Marx handelt, greift Hugo Ball diese Bemerkung Franz Bleis auf und schreibt weiter: *"Deutschland braucht ein moralisches Gehör, eh man dort wissen wird, warum überhaupt rebelliert werden soll. Mehr und mehr aber leitet mich die Ueberzeugung: Wo kein Sakrament existiert, ist keine*

Empörung möglich." Von dem, was in Deutschland zu dieser Zeit noch als Revolution gehandelt wurde, fühlte sich Hugo Ball, der den Krieg in der Schweizer Emigration überlebt hatte, bereits damals *"gründlich geheilt"*. In seinem Tagebuch "Die Flucht aus der Zeit" hatte er am 24. Mai 1919, nachdem er im März und Anfang Mai dieses Jahres zweimal in Deutschland gewesen war, in München, Berlin, Frankfurt und Mannheim alte Bekannte wiedergetroffen und eine Dada-Veranstaltung besucht hatte, notiert: *"Es ist notwendig, noch enger und ausschließlicher auf die individuelle Basis zu rekurrieren; nur der eigenen Integrität zu leben, auf jedes korporative Wirken aber ganz zu verzichten."* Kurz zuvor, im Januar 1919 war im "Freien Verlag" in Bern Hugo Balls Schrift "Zur Kritik der deutschen Intelligenz" erschienen. In diesem Pamphlet - zu dessen ersten Lesern der damalige Nachbar Hugo Balls, Walter Benjamin gehörte, dem, wie Gershom Scholem später in seinem Erinnerungsbuch "Walter Benjamin - Die Geschichte einer Freundschaft" schrieb, ebenso wie ihm selbst, *"die Scharfsicht des Hasses darin imponierte"*, der sich insbesondere gegen *"alles Preußische"* richtete - hatte sich Hugo Ball zum Ziel gesetzt, die *"deutsche Staatsidee"*, die ihren Ausdruck in der *"preußisch-deutschen Willkürherrschaft"* gefunden hatte, anhand einer *"Kritik ihrer hervorragendsten Repräsentanten"* historisch zu entwickeln, um damit dazu beizutragen, *"die Welt vor einem ferneren deutschen Attentat - das ja nicht nur in kriegerischen Aktionen zu bestehen braucht - zu schützen"*. Auf den Spuren der ihm unerträglichen deutschen *"Staatsmetaphysik"* hatte Hugo Ball gegen Martin Luther an Thomas Müntzer, gegen Karl Marx an Michail Bakunin und gegen Kant und Hegel an Franz von Baader erinnert. Hugo Ball ist den einmal eingeschlagenen Weg konsequent zu Ende gegangen; am 17. August 1920 notierte er in seinem Tagebuch: *"Es gibt nur eine Macht, die der auflösenden Tradition gewachsen ist: den Katholizismus. Nicht aber der Katholizismus der Vorkriegszeit und der Kriegsjahre, sondern ein neuer, vertiefter, ein integraler Katholizismus, der sich nicht einschüchtern läßt; der die Interessen verachtet; der den Satan kennt und die Rechte verteidigt, koste es, was es wolle."* Den erneuten Triumph der deutschen Obrigkeitshörigkeit und des untertänigen Militarismus sollte der in einen mystischen Katholizismus emigrierte Ball nicht mehr erleben; im September 1927 war er im Tessin, wohin er sich zusammen mit Emmy Hennings zurückgezogen hatte, gestorben.

In einer im März 1962 vom Westdeutschen Rundfunk ausgestrahlten Sendung hat Karl Otten unter dem von Friedrich Hölderlin ausgeliehenen Titel "Fremdling im eigenen Haus" neben Fritz Reck-Malleczewens "Tagebuch eines Verzweifelten" auch Hugo Balls "Zur Kritik der deutschen Intelligenz" vorgestellt. Otten reiht diese beiden aus sehr gegensätzlichen Traditionen kommenden Autoren in jene lange Reihe deutscher Dichter und Denker ein, die aus unterschiedlichen, den jeweiligen historischen Umständen zu verdankenden Gründen eine Art von Haßliebe - hervorgerufen durch die regelmäßig wiederkehrenden Enttäuschungen über das Scheitern deutscher Freiheitsbewegungen - gegenüber Deutschland entwickelt hatten. Im Begriff des *"Ressentiments"* faßt Karl Otten die widersprüchliche Gefühlswelt dieser *"Fremdlinge"* zusammen, in denen sich *"eine für das Wesen der deutschen intellektuellen Opposition Sinn und Richtung gebende Wahrheit"* wiederzufinden scheint. Otten selbst war dieses Gefühl durchaus nicht fremd; bereits 1919 hatte er in der "Menschheitsdämmerung" geschrieben: *"Ich gestehe, daß ich die Deutschen nie geliebt habe, daß ich nichts so hasse wie die deutsche Bourgeoisie - seit ich denken kann."* Vierzig Jahre später, als sich ihm seine Lebensgeschichte längst als eine *"Überlebensgeschichte"* darstellte, erinnerte sich Otten an jene kurzen Jahre, in denen er den *"messianischen Kommunismus"* ernstgenommen hatte und schrieb zugleich: *"Dieser Glaube an die Selbstbefreiung der Deutschen wich bereits im Januar 1919 einem tiefen Pessimismus, den ich in einer Arbeit niederlegte, in der es hieß, daß längstens in zwanzig Jahren der Große Generalstab zu einem Revanchekrieg ausholen werde."* Karl Otten sollte Recht behalten; zwanzig Jahre nach seiner Warnung und zwanzig Jahre nach dem fruchtlosen Versuch Hugo Balls, gegen deutschen Untertanengeist an rebellische und subversive Traditionen individuellen Widerstandes zu erinnern, arbeitete er in seinem Londoner Exil an einem Werk, daß 1942 unter dem Titel "A Combine of Aggression. Masses, Elite and Dictatorship in Germany" in London erschien und dessen deutschsprachige Originalfassung jetzt, ein halbes Jahrhundert später, erstmals als Buch vorliegt.

Otten, aus einer katholischen Familie stammend und im katholischen Milieu des Rheinlandes (Köln, Aachen) aufgewachsen, hatte seine Revolte gegen Vater und Vaterstaat in den Jahren vor 1914 in die "Gruppe Tat" um Erich Mühsam, Franz Jung, Oskar Maria Graf und Georg Schrimpf und in den Umkreis des abtrünnigen Psychoanalytikers Otto Gross geführt; den Ersten Weltkrieg verbrachte er zum Teil im Gefängnis (die damaligen Erfahrungen hat Otten später in dem in seinem Todesjahr, 1963, erschienenen Roman "Wurzeln" verarbeitet). Als Pazifist und Intellektueller, der sich den freiheitlichen Traditionen eines westlichen, dem christlich-römischen Kulturkreis entspringenden Denkens verpflichtet wußte, legte er, wie er später rückblickend festhielt, Wert *"auf die Freiheit, ein Einzelner, ein Einzelgänger zu sein, der, an keine Kategorie - außer der moralischen - gebunden, seine Entscheidungen selber trifft. Die Entscheidung nämlich, für wen und gegen wen er seine Stimme erheben muß"*.
Für Otten stellte sich die friedliche, von weiten Bevölkerungskreisen getragene Machtübernahme durch die Nationalsozialisten konsequenterweise nicht etwa als bloßer Reflex auf Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit dar. Diesem friedlichen Übergang in ein organisiertes Terrorregime lagen vielmehr ganz erheblich tieferreichende Ursachen zugrunde, die auch den antiintellektuellen, gegen die Freiheit des Einzelnen gerichteten Effekt mit im Gepäck führten. Ottens Faschismusanalyse ist eingebettet in eine Betrachtung der *"Gestaltwandlungen des deutschen Volkes"* vom Kaiserreich über die kurzlebige Republik bis zur Diktatur, wobei diese Betrachtung wiederum eingebunden ist in den Versuch, den gesamten Industrialisierungsprozeß der westlichen Welt im Blick zu behalten. Otten rekurriert auf die Kontinuitäten und Brüche historisch gewachsener Mentalitäten, auf die Anpassungsleistungen der aus alten und überkommenen Lebensweisen herausgerissenen Bevölkerungsschichten an den Prozeß der Vermassung in Städten und Fabriken; was ihn interessiert, ist die Psychohistorie der Deutschen, der Prozeß der *"Verwirklichung einer wirtschaftlichen Idee vom Trieb her"*. Zentriert um den Begriff der *"Lebensangst"* spürt er jenen Entwicklungen nach, in denen der Kleinbürger mit seinem *"blinde(n) Gehorsam nach oben"* und seiner *"blinde(n) Brutalität nach unten"* als *"ein neuer, bisher unterdrückter Stand ohne Physiognomie, ohne individuelle Bewußtseinsinhalte, durch eine revolutionäre Entladung seiner Enttäuschungen und Ängste, seiner Minderwertigkeitsgefühle und seines Geltungsdranges in die europäische Geschichte eingetreten"* ist und *"mit Feuer, Schwert und Maschine gegen die alten Gesetze und Heiligtümer des christlichen Abendlandes (wütet)"*. Im Kontext dieser sich in Militarismus, Gewalt und Krieg entäußernden und in einer florierenden Vergnügungs- und Medienindustrie sich widerspiegelnden Lebensangst verliert die oft dämonisierte Figur des Diktators jegliche geheimnisvollen Züge; sie ist nichts anderes als die personifizierte Umsetzung all jener Ängste, Minderwertigkeitskomplexe und Unterwerfungsgelüste, die sich vor nichts mehr fürchten als dem sich seiner selbst bewußten Ich. *"Die tiefe Lebensangst, die niedergeschlagenen Rebellionen, Streiks und Aufstände der Arbeiterklasse, der Zusammenbruch der Währung, des Staates, der Ordnung und der Front, das endgültige Versinken des Landes in der Stadt und damit der Verlust aller alten, wertvollen Erinnerungen und Kulturgüter, für welche man Fabrikware und Fabriklohn empfing - kurz, der Zusammenbruch der festgefügten Welt der Konservativen und der Zusammenbruch der Welt des Sozialismus, all das hat das Selbstbewußtsein des einzelnen in eine Lust positiver Selbstunterwerfung des Schwachen unter den Starken verwandelt."* Auf der Basis dieser Entindividualisierung, der Vermassung, die einhergeht mit *"einer Entartung des schöpferischen lebensbejahenden Eros zum Sexus hin"*, einem in der deutschen Jugendbewegung sich erstmals äußernden und von den Nationalsozialisten übernommenen *"Recht auf Triebfreiheit"* kann der für Otten mit den Namen Rathenau und Ludendorff verbundene *"Große Plan"* Wirklichkeit werden, der auch *"eine beschränkte Verwirklichung marxistischer Phantasien deklassierter oder entwurzelter Intellektueller der sozialistischen Parteien"* bedeutet: Jener Staat, in dem der autoritäre Geist der preußischen Armee und der auf seine mechanischen Fähigkeiten reduzierte Arbeiter, Kriegerkaste und Industrielle, sich im Krieg zu einem *"Attentat gegen die Zivilisation"* verbünden. *"Das Ideal der lateinischen, individualistischen Revolution der Selbstbestimmung und Gerechtigkeit hat in Deutschland sein pervertiertes, vermasstes Gegenideal gefunden, ist an diesem erstickt und ausgelöscht worden."* Der im Nationalsozialismus zum Höhepunkt treibende Massenprotest gegen die westliche Aufklärungstradition - ähnliche Tendenzen beobachtet Otten in der

Sowjetunion Stalins und im Italien Mussolinis - findet seine Realisierung in einer *"Mechanisierung der moralischen Prinzipien und deren Vernichtung durch das Funktionieren der Maschine"*. Insofern Otten sich in seiner Analyse des Nationalsozialismus nicht nur auf seinerzeit aktuelle Oberflächenerscheinungen einläßt, sondern gerade deren Anbindung an tiefsitzende und tradierte psychosoziale Grundhaltungen untersucht, gewinnt seine Arbeit angesichts der neuesten Entwicklungen in Deutschland eine ungeahnte Aktualität, so daß ihre späte Veröffentlichung doch wieder zur rechten Zeit kommt. In dem Maße, in dem die Deutschen wieder einmal dabei sind, sich ein neues Reich zu schaffen - wenn auch diesmal, aller Voraussicht nach, auf friedlichem Wege - gewinnt das durch den verlorenen Krieg erst einmal aus den Augen geratene Ziel, *"die Schaffung des europäischen, deutschen Großwirtschaftsraumes"* neue Aktualität. Karl Otten könnte auf verquere Weise doch noch Recht behalten: *"Zur Ausführung des Plans, zur Tat des Friedens ist Hitler nicht zu gebrauchen"*, denn *"der Krieg war der letzte Zug, den er noch machen durfte; den Frieden wird er nicht mehr erleben, ob der deutsche Plan nun siegt oder vertagt, aufgeschoben wird. Denn auch eine Niederlage kann dem Plan nur helfen, sich mehr und mehr mit dem Staat zu amalgamieren und der Staat selber zu werden."*

Wolfgang Braunschädel

Georg K. Glaser, Geheimnis und Gewalt. Ein Bericht, Basel/Frankfurt am Main: Stroemfeld/Roter Stern, 1989, 592 S.

In einer dem linkskommunistischen Spektrum zuzurechnenden Zeitschrift mit dem zukunftsweisenden Titel "Geist. Halbmonatsschrift der zielbewußten Sozialisten" konnte man Anfang des Jahres 1920 in naivem Optimismus lesen, die Eroberung der Universitäten sei *"eine wichtige Etappe auf dem Wege der Revolution"*. In jenen östlichen Regionen, in denen diejenigen, die als Revolutionäre zu bezeichnen man sich angewöhnt hat, wenn schon nicht gesiegt, so doch zumindest für einige Jahrzehnte an der Macht gewesen sind, will heute von Sozialismus und/oder Kommunismus oder gar einer entsprechenden Revolution kaum noch jemand etwas wissen. In westlichen Regionen, wo sich Marxismen unterschiedlicher Spiel- und Machart auf dem eher begrenzenden und einschränkenden als befreienden Gelände der Universitäten haben entwickeln und zum Teil auch etablieren können, frönen deren Vertreter seit Jahr und Tag der Einübung in die Rede von der Krise des Marxismus; eineRede allerdings, die das dahinsiechende Geschäft dann doch wieder belebt hat. In diesen west-östlichen Regionen, in denen Geist und Macht in unterschiedlicher Weise zur Zusammenarbeit gefunden haben, ist jene Realität, in der das Bedürfnis nach selbst zu schaffenden neuen Lebens- und Gesellschaftsstrukturen in praktischer Absicht ernst genommen wurde, in merkwürdiger Umkehrung der ursprünglichen Absichten zu einer Art Anhängsel theoretischer Debatten geworden. Berichte aus jener Realität muten von daher manchmal an wie eine bereits in der Vergangenheit erledigte Science Fiction. Nicht gemeint ist hier die Memoirenliteratur bürgerlicher Intellektueller, die sich in wohlmeinender Verkennung ihrer erträumten historischen Mission in die Niederungen der Arbeiterbewegung begeben hatten und ihre ohne Zweifel teils schrecklichen, teils erschreckenden Erlebnisse zu Bausteinen einer dann doch wieder nur im besten Sinne bürgerlichen Identität werden ließen. Indem sie zumeist dahin zurückkehrten, wo sie ursprünglich hergekommen waren, erwies sich die Zwischenetappe schlimmstenfalls als zu überwindender Irrtum; der Ausflug in die Fremde endete gemeinhin mit dem Rückzug in heimatliche Gefilde.

Die Möglichkeit eines Rückzugs, des Spiels mit wechselnden Identitäten, hat sich für Georg K. Glaser nicht geboten. Er hatte nur die eine Möglichkeit, sich aus eigener Kraft eine eigene Geschichte zu erkämpfen, oder aber in der Geschichtslosigkeit der Masse unterzugehen. Bereits die ersten Worte seines *"autobiographischen Berichts"*, der zugleich weniger und doch auch erheblich mehr ist als eine übliche Autobiographie, schlagen jene Töne an, die bis zur allerletzten Seite durchgehalten werden:

"Er hat acht Kinder in die Welt gesetzt und alles getan, um sie wiederabflatschen zu sehen. Meine älteste Schwester ist allen seinen furchtbaren Bemühungen zum Trotze am Leben geblieben, aber für immer entstellt. Sie ist nach den Vereinigten Staaten gegangen, wie in ein tausend Meilen entferntes Versteck, für immer verstört, das Nasenbein schlecht verheilt, das

er ihr mit unmenschlichen Schlägen zertrümmert hatte, als sie noch nicht drei Jahre alt war. In bin Franzose geworden, der Drittgeborene wurde ein verstockter, blasser Streber und Angeber, die kleinste Schwester zu einem verschüchterten Wesen. Den jüngsten Bruder habe ich nicht mehr aufwachsen sehen, zwei Geschwister sind in der Wiege gestorben - hat er dazu geholfen? - und Maja hat sich beharrlich geweigert, mit ihm zu leben. Sie hat aufgehört zu leben - ihr geduldiges, stummes Nein war nicht, was man Sterben nannte.
Ich wußte nicht, woraus mir allein unter allen Kindern die Kraft erwuchs, dem Alten in einem jahrelangen Kampf zu widerstehen und damit seine zerstörende Gewalt auf mich allein zu lenken. Zu jener Zeit lag alles in einem Nebel des Entsetzens, den Farbtöne durchbrachen, die allein mir alles vermittelten. Die lichten, Freude und Mut spendenden Farben kamen mir von der Mutter, nicht nur ihrer auserlesenen Eigenschaften halber, sondern auch weil sie die stete Gegenwart ihres Heimatdorfes bedeutete, in dem ich die einzigen glücklichen Jahre meiner Kindheit verbracht hatte, während der Alte im Felde war. Mit ihr zusammen fühlte ich mich dauernd wie in einer Verbannung."
Georg K. Glaser suchte und fand den Weg aus der Verbannung, er wurde zum Revolteur. 1910 war er in Guntersblum, in der Nähe von Worms, geboren worden, schon als Jugendlicher begab er sich auf die Walz, wurde aufgegriffen und verschwand zeitweise hinter den Mauern von Erziehungsheimen und Gefängnissen, knüpfte Kontakte zu anarchistischen und kommunistischen Jugendgruppen, organisierte sich schließlich in der KPD und begann, seine Erfahrungen literarisch zu verarbeiten. 1932 erschien seine Erzählung "Schluckebier" (1979 im Klaus Guhl Verlag neu aufgelegt), daneben publizierte er in der "Frankfurter Zeitung" und der "Linkskurve". 1933 emigrierte er nach Frankreich, hielt sich zeitweise im Saarland auf, kehrte nach dessen Eingliederung ins Deutsche Reich nach Frankreich zurück, wurde französischer Staatsbürger und geriet als französischer Soldat in deutsche Kriegsgefangenschaft, die er, unterbrochen von einem mißlungenen Fluchtversuch, in verschiedenen Straflagern überlebte. 1945 kehrte er wieder nach Frankreich zurück, arbeitete zeitweise bei Renault, gleichzeitig am Manuskript von "Geheimnis und Gewalt" und machte sich 1949 als "Dinandier" (Silber- und Kupferschmied) mit einer eigenen Werkstatt selbständig.
"Geheimnis und Gewalt" erschien in deutscher Sprache - nach der ein halbes Jahr zuvor erschienenen französischen Ausgabe - zum erstenmal im Herbst 1951 in einer zweibändigen Ausgabe im Schweizer Vineta-Verlag, es folgten im Laufe der Jahre mehrere - zum Teil in unverantwortlicher Weise gekürzte - bundesdeutsche Ausgaben; die jetzt vorliegende, von Michael Rohrwasser herausgegebene und mit einem Nachwort versehene Ausgabe, enthält zum erstenmal seit 1951 wieder den vollständigen Text. (Hingewiesen sei an dieser Stelle auf den 1985 im Claassen Verlag erschienenen Band "Jenseits der Grenzen. Betrachtungen eines Querkopfs", der den autobiographischen Bericht Glasers fortführt und jetzt ebenfalls über Stroemfeld/Roter Stern erhältlich ist).
Glaser wurde in eine Zeit hineingeboren, deren Turbulenzen utopische Hoffnungen erweckten, die sich dann doch bloß in tödlichen Fallstricken verfingen. Eine Welt sollte zerstört, eine neue gemeinsam aufgebaut werden; am Ende stand Glaser tatsächlich vor einer zerstörten Welt, aber beim Aufbau einer neuen war er auf sich allein gestellt. Glaser hat am Ende seiner Zeitreise durch das Vierteljahrhundert zwischen 1920 und 1945 die ihm zu einer *"unbarmherzige(n) Gewißheit"* gewordene Erfahrung gemacht, *"daß alle Sehnsüchte, Träume und Wünsche, alle Hoffnungen... nie erfüllt werden konnten"*. Nicht von ungefähr hat sich Glaser immer wieder mit jenem Einzeltäter identifiziert, dessen Scheitern mehr war als nur ein persönliches Scheitern: Marinus van der Lubbe hatte mit seiner Brandstiftung ein Fanal setzen wollen, daß zu diesem Zeitpunkt bereits niemand mehr anerkennen wollte; wie eine Farce wirkt es, wenn sich heute Wissenschaftler darüber streiten, ob van der Lubbe für seine Tat alleine verantwortlich war, oder ob andere die Fäden im Hintergrund zogen. Alleine tätig zu sein, alleine Verantwortung auf sich zu ziehen heißt auch, zum schlechten Gewissen derjenigen zu werden, die dazu nicht in der Lage oder nicht willens sind, die sich in die *"Wollust der Hörigkeit"* begeben, die *"Unterwerfung in der Anbetung"* suchen und finden. Der tagtäglich erlebte Widerspruch zwischen diesen nicht miteinander zu vereinbarenden Widersprüchen ist zur existentiellen Lebenserfahrung Glasers geworden. Er hat diese Erfahrung nicht nur im Zusammenhang mit dem Aufstieg des Faschismus, mit der tödlichen Siegesgewißheit des

dumpfen Spießbürgers, der sich voller Lust der kollektiven Verantwortungslosigkeit übergab, machen müssen, sondern auch in jener Umgebung, in der er seine Hoffnungen glaubte aufgehoben zu wissen. *"Alle Verlierenden"*, so mußte er voller Enttäuschung feststellen, *"hatten für den einen Sieger gearbeitet"*. Seine ehemaligen Genossen eigneten sich das an, *"was ihnen die kostbarste Kriegsbeute war: die Erfindungen Hitlers, die Geheimnisse einer unfehlbaren Herrschaft, mit Hilfe des Gesetzes das Gesetz zu vernichten und mit Hilfe des Lebenswillens der Menschen die Menschen zu töten." "Selbst der Gedanke einer Gesamtverantwortung"*, so das bittere Resumee, *"war eine 'faschistische' Erfindung."* Glasers Revolte hatte in der Familie begonnen und sie machte vor den Toren jener Organisation, der er sich zugehörig fühlte, nicht halt; der Preis, den er zahlen mußte und zu zahlen bereit war, war hoch und ließ ihn immer wieder die *"Bitternis der Ausgeschlossenen"* spüren; es ist der Preis jener, die vor der Geschichte zu bestehen wußten, die sich in der *"verdammten Gestalt des unsteten, suchenden, zweifelnden Rebellen"* wiedererkennen.
Glasers "Geheimnis und Gewalt" gehört seit seinem ersten Erscheinen zu den *"vergessenen Büchern"* (Peter Härtling); wie sein Autor hat es keine Aufnahme in eine Gemeinschaft gefunden, war nie und wird nie einem Lager zuzuordnen sein. Glaser hat seine eigenen Erfahrungen gemacht, er spricht nur für sich, *"mein Reich"*, schreibt er an einer Stelle, *"war ich"*. Gerade weil Glaser nur für sich spricht, verdichtet sich in seinem Bericht mehr als nur ein individueller Lebensweg; die Gestalt des Revolteurs wird zum Schnittpunkt all jener Entwürfe und Hoffnungen, jener Verzweiflungen und Enttäuschungen, die die zwanziger und dreißiger Jahre geprägt haben. Im Lebensweg Glasers spiegelt sich das Panorama dieser Jahre; wer etwas über diese Zeit erfahren will, wird zu den Lesern dieses zwar *"vergessenen"*, aber nicht unterzukriegenden Buches gehören.
"Der Versuch meiner Zeit war beendet", heißt es am Schluß des Berichts. *"Es ist, als trügen wir in uns die Erinnerung an alle Geschichte."* Und was wie ein Rückblick erscheint, ist auch ein Ausblick in *"die Zukunft: ich war in der Mitte des Geheimnisses, das sie enthielt. Ich war allein; aber ich war es immer gewesen, selbst wenn ich als gehorsamer Teil einer Partei, eines Landes, einer Kirche, eines Heeres gekämpft hatte. Ich war immer nur zeitweise mit ihnen verbündet gewesen. Ein Augenblick war stets gekommen, in dem ich mich ganz allein hatte entscheiden müssen. Ich hatte immer meine eigene Sache gewählt."*

Wolf Raul

Kampf. Zeitschrift für - gesunden Menschenverstand. Neue Folge, Herausgeber Senna Hoy, Berlin 1904/05, Nr. 1 - 26, Herausgegeben und eingeleitet von Walter Fähnders, Vaduz: Topos Verlag, 1988, L, 788 S.

Johannes Holzmann alias Senna Hoy zählt heute zu den weitgehend vergessenen Personen des deutschen Anarchismus; in den Anfangsjahren dieses Jahrhunderts dagegen gehörte er zumindest einige Jahre lang zu den - wenn auch nicht unumstrittenen - bekanntesten Figuren aus dem Umkreis des Berliner Bohèmeanarchismus. Senna Hoys Leben, soweit es zu rekonstruieren ist, läßt sich mit einigen Angaben zumindest umrißhaft skizzieren. Der am 30. Oktober 1882 im preußischen Tuchel geborene Sohn einer bürgerlichen jüdischen Familie war aufgrund einer ihm zugesprochenen Freistelle für das Fach Theologie an der Berliner Lehrerbildungsanstalt in das damalige politische und kulturelle Zentrum des Deutschen Reiches gekommen. Aber bereits seit 1902 knüpfte er enge Beziehungen zur Berliner Bohème, indem er sich mit ersten publizistischen Arbeiten und als Vortragsredner einen Namen machte. In den Jahren 1902/03 gab er eine Wochenschrift "Kampf, Blätter zur Bekämpfung der öffentlichen und geheimen Mißstände" heraus, die er 1903 mit der von A. Bernstein-Sawersky herausgegebenen "Peitsche, Halbmonatsschrift für Kritik und Satire" zur "Montags-Post, Blätter für Freiheit und Menschenrechte" vereinigte; diese drei Zeitschriften, so Walter Fähnders, sind an deutschen öffentlichen Bibliotheken nicht mehr nachweisbar. 1903 war Senna Hoy Herausgeber der Broschüre "Das dritte Geschlecht. Ein Beitrag zur Volksaufklärung", ein Jahr später folgte "Goldene Kätie. Eine Künstlernovelle". Vom 6. Februar 1904 bis zum 14. April 1905 erschien unter seiner Leitung die jetzt im Reprint vorliegende Zeitschrift "Kampf", die Senna Hoy immer wieder in Konflikt mit den staatlichen Behörden brachte; insgesamt wurden elf der fünfundzwanzig erschienenen Hefte beschlagnahmt

bzw. verboten, Heft 10 konnte erst gar nicht erscheinen. Als er Anfang 1905 wegen angeblicher Nötigung einer Amtsperson in einem eindeutig politischen Urteil zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde, entzog sich Senna Hoy den deutschen Behörden durch seine Flucht in die Schweiz, die zum Beginn einer abenteuerlichen Odyssee durch Europa wurde. In Zürich gehörte er zum Umkreis der anarchistischen Zeitschrift "Der Weckruf"; nach seiner Ausweisung aus der Schweiz hielt er sich in Paris auf. Nachdem sich der Plan einer neuen Zeitschrift zerschlagen hatte, realisierte er im April 1907 seinen schon längere Zeit erwogenen Entschluß, nach Rußland zu gehen und sich dort am revolutionären Kampf gegen das zaristische System zu beteiligen. Bereits einige Wochen später, am 30. Juni wurde er verhaftet und blieb - trotz verschiedener Versuche, seine Freilassung bzw. Abschiebung nach Deutschland zu erreichen - bis zu seinem Tod am 28. April 1914 in wechselnden Gefängnissen inhaftiert.

In den wenigen Jahren, die Senna Hoy - das Pseudonym ist übrigens eine Erfindung Else Lasker-Schülers, die einfach den Namen Johannes von hinten nach vorne las - in Berlin verbrachte, war er eingebunden in jene für die Umbruchstimmung der Jahrhundertwende typischen literarisch-künstlerischen Bohème, die sich durchweg einem stirnerianisch geprägten Individualanarchismus verbunden fühlte. In den eher proletarisch orientierten Kreisen um die Zeitungen "Der freie Arbeiter" und "Der Anarchist" stand man diesen Tendenzen meistenteils skeptisch gegenüber; Anfang des Jahres 1905, zu einem Zeitpunkt also, zu dem sich Senna Hoy insbesondere auch bei den staatlichen Behörden bereits einen Namen als Anarchist gemacht hatte, war in beiden Zeitungen eine gleichlautende Erklärung abgedruckt, in der *"ausdrücklich"* festgehalten wurde, *"daß Herr Holzmann zu unserer Bewegung in gar keiner Beziehung steht"*. Auch sein revolutionäres Engagement in Rußland, wo er sich an sogenannten Expropriationen bei reichen Kaufleuten beteiligte, stieß in anarchistischen Kreisen durchaus nicht auf einhellige Zustimmung. Werner Daya, ehemals Mitarbeiter am "Kampf", beschrieb Anfang April 1908 im "Freien Arbeiter" Senna Hoys Aktivitäten als eine *"Mischung von politischer Hochstapelei und talmi-revolutionärem Rinaldo Rinaldinitum, mühsam in Form gebracht durch die Heldenpose eines sehr jugendlichen Schmierenkomödianten"*.

Die Autoren, die Senna Hoy für die Mitarbeit an seiner Zeitschrift gewinnen konnte, deuten darauf hin, daß der "Kampf" in gewisser Weise auch eine Übergangsphase zwischen Berliner Bohème der Jahrhundertwende und Expressionismus markiert. Peter Hille, Paul Scheerbart, Else Lasker-Schüler, Erich Mühsam waren des öfteren mit Beiträgen vertreten, daneben zählten zu den Autoren die später im Umkreis der Expressionisten bekannt gewordenen Ludwig Rubiner, Victor Hadwiger, Alfred Richard Meyer und insbesondere sind jene beiden zu erwähnen, die einige Jahre später mit ihren eigenen Zeitschriften Geschichte geschrieben haben: Herwarth Walden ("Der Sturm") und Franz Pfemfert ("Die Aktion"); nicht vergessen werden sollte allerdings Hanns Heinz Ewers, der sich später den Nationalsozialisten andiente.

Im einleitenden Artikel der ersten Ausgabe des "Kampf" faßte Senna Hoy sein Selbstverständnis in programmatischer Absicht in aller Kürze zusammen: *"Gegen politische und moralische Pfaffen für das Persönlichkeitsrecht, gegen Dunkel für Schönheit und Licht... Statt Autorität: Aufklärung, eigene Entwicklung; Wissenschaft für Glaube, und anstelle der Moral: Aesthetik. Und das Fazit: - Freie Persönlichkeit... Die notwendige Umwertung der heut geltenden fossilen Werte wollen wir vorbereiten. Das bedeutet für uns: rückhaltlose Kritik und positive Arbeit: Vermittlung der besten befreienden Errungenschaften unserer Geister, Dichter, Künstler."* Es war dies ein Programm, das auf die Werte bürgerlicher Aufklärung rekurrierte, diese Werte gegen die versteinerten Verhältnisse der wilhelminischen Gesellschaft einklagte und sie als Rechte eines jeden Individuums reklamierte; es erstaunt daher nicht, daß immer wieder Probleme sexueller Moral, sowohl aus weiblicher wie auch aus männlicher Sicht, insbesondere das Problem der Homosexualität, thematisiert wurden. Insofern das Idealbild des bürgerlichen Menschen sich im Künstler verkörpert, verwundert es nicht, so Fähnders, daß sich bei Senna Hoy *"die anarchistische Orientierung... offenbar aus grundsätzlichen Positionen elementarer Freiheitsrechte heraus (vollzog), die er eng mit ästhetischen Entwürfen des 'freien Menschen' - wie idealistisch und voluntaristisch auch immer - verknüpfte. Skepsis und Mißtrauen gegenüber der Art seines 'Kampfes'"*, so Fähnders weiter, *"wie sie von anderen, oft ja in der Arbeiterbewegung ansatzweise verankerten anarchistischen Gruppierungen*

geäußert wurden, gründet sicher nicht in bloßer Konkurrenz, sondern eher im individualistischen und stark ästhetisch motivierten Anarchismus von Senna Hoy."
In einem Aufruf Senna Hoys vom 1. März 1907 zur Mitarbeit an seiner geplanten, aber nicht zustande gekommenen neuen Zeitschrift, kommt jener bildungsbürgerlich-elitäre Dünkel noch einmal in aller Deutlichkeit zum Ausdruck: Zeitungen wie "Der freie Arbeiter" seien zum einen *"einseitig (kommunistisch)"* heißt es dort und gelangten zum anderen *"nicht über das Niveau dessen hinaus"*, was sich *"der moderne Lohnsklave mit der ihm vom Staate gewährten 'Bildung' ... aneignen kann"*; ist der rechte Anarchismus somit erst einmal zu einer Bildungsfrage gemacht, folgt daraus konsequenterweise, daß *"die wirtschaftliche Befreiung die individuelle, geistige, intellektuelle, sittliche (im Gegensatz zur Moral-Knechtschaft) zur Voraussetzung haben (muß)"* - und dafür ist, wie man weiß, die bürgerliche Intelligenz zuständig. Das gleiche Denkraster haben konsequentere Strategen wie Kautsky und Lenin auf unterschiedliche Weise in Handlungsstrategien zur Eroberung der politischen Macht im Staate umgesetzt.
Mit dem verdienstvollen Reprint von Senna Hoys "Kampf", dem eine ausführliche Einleitung des Herausgebers , eine von ihm erarbeitete Bibliographie der Schriften Senna Hoys sowie ein Inhaltsverzeichnis des "Kampf" beigegeben ist, liegt ein Werk vor, daß durchaus nicht nur historisches Interesse verdient. Im "Kampf" artikulierte sich - jenseits und im Gegensatz zu den Traditionen eines kommunistischen oder kollektivistischen Anarchismus - eine ideologische Gemengelage, die auch darauf hinweist, daß der Begriff Anarchismus bereits damals zu einer in unterschiedlicher Absicht handhabbaren Hülse geworden war, unter der durchaus gegensätzliche und nicht miteinander zu vereinbarende Inhalte zusammengefaßt werden konnten. *"Das Wort Anarchismus"*, so Hans G. Helms in seiner Mitte der sechziger Jahre unter dem Titel "Die Ideologie der anonymen Gesellschaft" erschienenen, von einer eher dogmatischen als orthodoxen marxistischen Position aus geschriebenen, gleichwohl erhellenden Abrechnung mit Stirner und dem Stirnerianismus, *"verfälschte damals die Klassengeographie"*. Auch wenn heute kaum noch jemand so recht an die Regeln und Gesetzmäßigkeiten einer Klassengeographie glauben will, so tut man doch gut daran, nicht nur der Lektüre des "Kampf", sondern auch mancherlei heutigen Anarchismen, die sicherlich nicht ohne Zufall allerlei Themen wieder aktualisiert haben, die schon in der "Kampf"zeit en vogue waren - was dann möglicherweise doch etwas mit den spezifischen Idealismen einer besonderen Klassenlage zu tun hat - mit gemischten Gefühlen und kühlem Kopf zu begegnen.

Wolf Raul

Gareth Stedman Jones, Klassen, Politik und Sprache. Für eine theorieorientierte Sozialgeschichte. Herausgegeben und eingeleitet von Peter Schöttler, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 1988, 323 S.
Gareth Stedman Jones, zwanzig Jahre lang, von 1963 bis 1983, Mitherausgeber der "New Left Review" und seit der Gründung 1976 ebenfalls Mitherausgeber des "History Workshop", jener Zeitschrift, die für Alltagshistoriker und solche, die sich die Perspektive einer Geschichtsschreibung von unten angeeignet haben, eine Art von leitbildstiftendem Zentralorgan darstellt, hat sich mit seinem Werk "Outcast London" (1971), aber auch mit den gesammelten Aufsätzen in "Languages of Class" (1983) als einer der wichtigsten und tonangebenden englischen Historiker der jüngeren Generation erwiesen. In deutscher Übersetzung lagen bisher nur fünf (nicht drei, wie der Herausgeber des hier anzuzeigenden Bandes, Peter Schöttler, in seiner Einleitung bemerkt) Texte vor. Der jetzt vorliegende Sammelband ergänzt diese verstreut publizierten Aufsätze durch die Übersetzung von fünf weiteren, in England in den siebziger und frühen achtziger Jahren veröffentlichten Texten, ergänzt durch ein von Peter Schöttler mit Gareth Stedman Jones geführtes längeres Interview, eine Bibliographie der Bücher und Aufsätze Gareth Stedman Jones' sowie eine Einleitung des Herausgebers. Das Interview vermittelt nicht nur aufschlußreiche Informationen zum politischen und wissenschaftlichen Werdegang von Gareth Stedman Jones, sondern auch zu seiner durchaus zwiespältigen Einstellung gegenüber einer allzu euphorischen Überhöhung von Alltagskultur und -geschichtsschreibung sowie einen ersten Einblick in den seinen eigenen Arbeiten zugrundeliegenden Denkansatz. Eine bloß empiristisch orientierte Geschichtsschreibung, so

Stedman Jones, ist *"nicht nur irrig, sondern vor allem auch unmöglich"*. Ausgehend von dieser Einschätzung, die sich ganz bewußt von den Traditionen einer stark empirisch orientierten Sozialgeschichtsschreibung abgrenzt, wie sie z.B. bei Christopher Hill, Edward P. Thompson und Eric Hobsbawm vorzufinden ist, spricht Stedman Jones nicht nur von der *"Gefahr einer 'kulturalistischen' Geschichtsschreibung"*, sondern weist auch darauf hin, daß *"das Projekt einer 'History from below' keineswegs zu einer immer stärkeren Linksentwicklung geführt (hat)"*. Alltagskultur hat, so argumentiert Stedman Jones zurecht, *"noch keine unmittelbar politische Bedeutung"*; ihre Formen *"sind nicht ipso facto konservativ, radikal, revolutionär"*. Alltagsgeschichtsschreibung kann also - entgegen mancherlei gängigen Illusionen - durchaus auch in konservativer oder in je unterschiedlich gelagerter apologetischer Absicht erfolgen. Eine Geschichtsschreibung, die der Gefahr unreflektierter Apologien entgehen will, wird sich den theoretischen Implikationen der jeweils eigenen Position stellen und sie formulieren müssen.

Im Zentrum von Stedman Jones' Ansatz steht nicht die bloße Erfassung der äußeren Erfahrungen, die Individuen im kulturellen und/oder politischen Alltag machen, sondern die Sprache als jenes, wiederum in jeweils zu bestimmende Traditionen eingebettete Medium, in dem sich diese Erfahrungen artikulieren, wobei zum Erfahrungshaushalt nicht nur die dem Bewußtsein zugänglichen, sondern auch die dem Unbewußten zuzurechnenden Bereiche gehören. Es ist dies ein Ansatz, der, wenn er konsequent zu Ende gedacht wird, die traditionelle marxistische Vorstellung von Klassenanalyse als ein rohes und oberflächliches Konzept erscheinen läßt und in letzter Konsequenz bei der Biographie endet, wobei das Subjekt als *"Zusammenhang von Unbewußtem, Sprache und sozialen Beziehungen"* reflektiert werden muß. Jeweils individuelle Erfahrungen, so Stedman Jones, kann man nicht *"als einen simplen kollektiven Lernprozeß denken, so als ob es eine identische materielle Situation geben würde, die jeweils dieselben kulturellen Formen hervorbringen würde, die dann zum Konflikt mit der Umwelt führen und Schritte markieren usw., so als ob ein kollektives Subjekt einen historischen Prozeß durchschreitet"*.

Gareth Stedman Jones hat den auf die Analyse von sprachlichen Ausdrucksformen sich konzentrierenden Ansatz in dem nicht nur umfangreichsten, sondern ohne Zweifel auch wichtigsten der fünf hier ausgewählten Aufsätze mit dem Titel "Sprache und Politik des Chartismus" exemplarisch entwickelt. In der tradierten, insbesondere auch marxistisch orientierten Geschichtsschreibung ist der Chartismus immer im Kontext der Entwicklung der modernen Industrie und der daraus resultierenden Herausbildung von Klassenbewußtsein betrachtet worden. Differenzen gab es allenfalls in der Frage, ob sich in diesem Klassenbewußtsein eher die Interessen des entstehenden Industrieproletariats oder von Handwerkern und anderen 'vorindustriellen' Schichten artikulierten. Jedenfalls, so Stedman Jones, hat bisher jegliche sozialhistorisch ausgerichtete Beschäftigung mit dem Chartismus dazu geführt, daß *"der Klassencharakter der Bewegung, die soziale Zusammensetzung oder ganz einfach Hunger und Elend, deren Ausdruck sie gewesen sein soll, im Brennpunkt der Untersuchungen gestanden"* haben. Die Kritik von Stedman Jones richtet sich dagegen, daß in solchen Untersuchungen die Klassenbewegungen auf der Basis einer Begrifflichkeit interpretiert werden, die diesen Bewegungen äußerlich ist. Hier artikuliert sich nichts anderes als eine Tendenz, *"die chartistische Klassensprache mit Hilfe einer Reihe marxistischer oder soziologischer Begriffe als Klassenbewußtsein umzuinterpretieren"*. In einer ausführlichen Auseinandersetzung mit John Fosters 1974 erschienenem Werk "Class Struggle and the Industrial Revolution", die unter dem Titel "Industrielle Revolution und Klassenkampf" ebenfalls in dem vorliegenden Sammelband abgedruckt ist, hat Stedman Jones detailliert herausgearbeitet, inwieweit der auf Lenin rekurrierende Begriff von Klassenbewußtsein, indem er in gewisser Weise ontologische Dimensionen gewinnt, in seiner *"Beziehung zum materiellen Geschichtsprozeß spekulativ und abstrakt (ist)"* und insofern wiederum zum Moment einer spezifischen Ideologie wird. Stedman Jones' Versuch einer Neuinterpretation des Chartismus geht davon aus, *"daß die Ideologie des Chartismus nicht unabhängig von ihrer sprachlichen Form rekonstruiert werden kann"*, *"daß eine von a-priorischen Auffassungen befreite Interpretation der Sprache und der Politik es ermöglicht, eine weit engere und genauere Beziehung zwischen Ideologie und Handeln aufzuzeigen, als dies im gängigen Bild*

der chartistischen Bewegung vermittelt wird". Ohne nun Stedman Jones' Neuinterpretation des Chartismus en detail nachzuverfolgen, läßt sich zusammenfassend festhalten, daß die auch von Stedman Jones geteilte Annahme, der Chartismus sei überwiegend eine Bewegung von Lohnarbeitern gewesen, noch lange nicht bedeutet, die Formen, in denen sich die Unzufriedenheit artikulierte, *seien "als Ausdruck des Bewußtseins einer besonderen sozialen Klassen"* anzusehen; die diskursiven und auf der Basis einer vorwiegend ökonomisch argumentierenden Interpretation nicht zu erfassenden Zusammenhänge und Traditionen, in denen der Chartismus sich artikulierte, müssen vielmehr *"aus dem Erbe der Aufklärung, des Jakobinismus, des religiösen Dissent und den traditionellen Vorstellungen einer 'moralischen Ökonomie' zusammengeschmiedet werden"*, d.h. aus den Traditionen eines im späten 18. Jahrhundert sich zum erstenmal artikulierenden Radikalismus.
Der von Stedman Jones an einem konkreten Beispiel durchgespielte theoretische Ansatz hat in seinen methodischen Implikationen weitgehende Konsequenzen. Indem Sprache als ein eigenes Element sozialer und politischer Wirklichkeit ernstgenommen wird, das Erfahrungen und Interessen nicht nur passiv widerspiegelt, sondern auch aktiv formuliert und somit gestaltend wirkt, überwindet Stedman Jones nicht nur jene trivial-marxistische Pseudodialektik, die ein allzu simples Abhängigkeitsverhältnis zwischen gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein proklamiert, sondern gibt auch den Objekten historischer Forschung ihre eigene Sprache zurück, so daß hinter den Objekten wieder Subjekte zum Vorschein kommen. In den sprachlichen Atikulationsformen läßt sich den politischen und sozialen Absichten, dem Selbstverständnis von Individuen und Gruppierungen auf die Spur kommen, Sprache gewinnt die Dimension eines nicht nur das Bewußtsein, sondern auch soziales und politisches Verhalten strukturierenden Moments; geschichtsteleologische Denkansätze, die gesellschaftlicher Realität auf die vorformulierten Sprünge helfen wollen, bleiben außen vor. Wenn Peter Schöttler in seiner Einleitung bemerkt, das *"Ziel einer erfolgreichen Diskursanalyse"*, die seinem Verständnis zufolge nicht nur Sprache, sondern auch Ideologien und Mentalitäten zu berücksichtigen hat, sei auch darin zu sehen, *"das U n g e s a g t e ein wenig zur Sprache zu bringen"*, dann sollte dabei allerdings bedacht werden, daß der Diskurs der Diskursanalytiker möglicherweise wiederum dazu tendiert, das im eigenen Diskurs Gesagte als das Ungesagte der historischen Subjekte und Gruppierungen zu präsentieren.

Wolfgang Braunschädel

Brigitte Seebacher-Brandt, Bebel. Künder und Kärrner im Kaiserreich, Berlin/Bonn: J.H.W. Dietz-Verlag, 1988, 416 S.

Im Verlagsinfo des Dietz-Verlages wird Brigitte Seebacher-Brandt mit einer programmatischen Äußerung zitiert, die hier wiedergegeben werden soll, da sie die Vorstellungen der Autorin über Arbeiterbewegungsgeschichtsschreibung treffend illustriert: *"Wer von den Arbeitern und der Arbeiterbewegung... handelt, der muß vom Leben handeln, auch von den Herzen der Menschen... Geschichte ist Leben, vergangenes Leben, und ohne Einfühlung nicht zu schreiben."* Diese Ankündigung weckt Erwartungen und läßt Befürchtungen anklingen. Beide Regungen erweisen sich nach der Lektüre der Biografie als berechtigt. Einerseits zeichnet Seebacher-Brandt engagiert ein lebendiges, kraftvolles Bild Bebels, andererseits ist häufig durch die "fesselnde" Darstellung die notwendige kritische Distanz des Lesers/der Leserin zu Seebacher-Brandts Ausführungen gefährdet. Derartigem Vorgehen ist zumindest mit erhöhter Aufmerksamkeit zu begegnen.
Als August Bebel am 13. August 1913 starb, endete ein Lebensweg, der am 22. Februar 1840 in Deutz (heute Köln) begonnen hatte und in dessen Verlauf der Sohn eines Dienstmädchens und eines preußischen Unteroffiziers vom Drechsler zum in großen Teilen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verehrten *"Arbeiterkaiser"* aufstieg. Die Beurteilung Bebels bewegt sich zwischen den Extremen *"Ersatzkaiser"* und *"tobsüchtiger Diktator"*, wie ihn Grillenberger 1885 in einem Brief an Motteler titulierte. Unbestreitbar war Bebel eine der Persönlichkeiten, die die deutsche Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts entscheidend mitprägten; zugleich aber spiegelten sich in ihm dominante Wesenszüge der Sozialdemokratie des Kaiserreichs wider.
Bebel, der frühzeitig bemüht war, nicht *"in jenes Proletariat abzusinken, dessen Sprecher zu*

werden er sich anschickt(e)", fand nach abgeschlossener Lehre und zweijähriger Wanderschaft 1861 in Leipzig durch den Gewerblichen Bildungsverein Anschluß an die Arbeiterbewegung. Aber erst die Begegnung mit den Webern des unteren Erzgebirges 1867 *"formte Bebel zu einem Politiker der Klasse"* 1866 hatte Bebel in Chemnitz zu den Gründern der Sächsischen Volkspartei gehört und er zog 1867 als Abgeordneter dieser Partei für den Wahlkreis Glauchau-Meerane in den Norddeutschen Reichstag ein. 1869 gründete Bebel in Eisenach mit Wilhelm Liebknecht und ehemaligen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP). Ein florierendes Handwerksunternehmen und 1876 gar eine kleine Fabrik, die er zusammen mit dem Kaufmann Ußleib bis 1884 betrieb, ermöglichten ihm das Leben eines *"gemachten Kleinunternehmers"* und einen *"bürgerlich-ordentliche(n) Lebensstil"*. Als Bebel 1890 in den gutbürgerlichen Westen Berlins zog, verfügte er sogar über ein beträchtliches Vermögen und leistete sich in der Schweiz einen angenehmen Feriensitz. Seinen Reichtum schuf er sich u.a. durch Börsengeschäfte, die er auch nutzte, um das Parteivermögen zu vergrößern.
Mit Ausnahme der Zeit von 1881 bis 1883 hatte er ständig ein Reichstagsmandat inne. Im Reichstag glänzte er durch seine *"Tribunenkunst"* und entwickelte sich zur dominanten Persönlichkeit der sozialdemokratischen Fraktion. Sein Reichstagsmandat und seine 21 Jahre dauernde Funktion als Vorsitzender der SPD übte er in der Art aus, daß sich unverzüglich Vergleiche mit einem gerade in diesen Tagen verstorbenen "Zuchtmeister" der deutschen Sozialdemokratie aufdrängen.
Bebel war ein Politiker, der sich durch großes taktisches Vermögen auszeichnete und der innerhalb der Sozialdemokratie nicht eindeutig einer Fraktion zuzuordnen war. Bis zu Engels' Tod pflegte er mit diesem einen regen Briefwechsel, gleichwohl blieben seine Fähigkeiten als Theoretiker wenig bedeutsam. Seine Publikationen, zumeist während Haftstrafen, die er unter recht komfortablen Bedingungen verbüßte, verfaßt, waren wenig originär. Sein größter publizistischer Erfolg war "Die Frau und der Sozialismus". Dieses Buch brachte ihm beträchtliche Tantiemen ein und Seebacher-Brandt sieht in ihm **das** "Bekenntnis" Bebels, in dem er seine Utopie der zukünftigen Gesellschaft entwickelt. Seine Lektüre, u.a. Marx, Darwin und Fourier, paßte Bebel in sein fertiges Weltbild ein, das die kapitalistische Gesellschaft auf den zwangsläufigen Zusammenbruch, den großen *"Kladderadatsch"*, zusteuern sah. Die Marxsche Theorie verarbeitete er nur bruchstückhaft; nach Seebacher-Brandt diente ihm der Marxismus als *"Fluchtburg"* für seine visionären Projektionen.
Seebacher-Brandt liefert eine politische Biographie Bebels, die seine widersprüchliche Persönlichkeit ausleuchtet und gleichzeitig ein realistisches Bild der deutschen Sozialdemokratie des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts zeichnet. Ihr ist zuzustimmen, wenn sie bezogen auf Bebel (und somit ebenfalls auf seine Anhängerschaft) konstatiert: Er *"wächst gleichsam passiv, sich dessen nicht bewußt werdend, in ein System hinein, mit dem er aktiv nichts zu tun haben will."* So weit, so gut. Dennoch bleiben Wermutstropfen. Zum einen verzichtet die Autorin auf einen wissenschaftlichen Apparat, der eine Nachprüfung des umfangreichen und zum Teil erstmalig erschlossenen Quellenmaterials ermöglichen würde. Weitaus gravierender ist aber, daß der "mitreißende" Darstellungsfluß **die** Intention Seebacher-Brandts verschleiert, mit der Biographie die legitimationsgeschichtlichen Grundlagen für die Beurteilung der weiteren Entwicklung der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik und der BRD zu legen. Diese Tendenz offenbart sich erst auf den zweiten Blick. Dann wird die unverhohlene Sympathie für die reformistischen Positionen Georg von Vollmars und besonders für den Bernsteinschen Revisionismus bei gleichzeitiger Ablehnung Marxscher, Luxemburgscher und Kautskyscher Positionen offenbar. Besonders ärgerlich wird Seebacher-Brandts Darstellung, wenn sie minoritäre Strömungen in der SPD und den Gewerkschaften wie die "Jungen" und die "Lokalisten", die eigenständiges Ideengut in die Organisation zu tragen suchten, in wenigen Sätzen abhandelt und z.B. die "Jungen" als *"jugendliche Wirrköpfe"* diffamiert.
Entlarvend für die Intention Seebacher-Brandts erweisen sich ebenfalls Passagen wie die hier abschließend zitierte, in der sie über den Aufruhrprozeß gegen den Tischlergesellen Schumann und seine Freunde in Leipzig während des Sozialistengesetzes berichtet: *"Schumann starb nach wenigen Monaten im Zuchthaus, ein anderer wurde irrsinnig, ein dritter Anarchist."*

Johannes Materna

Walter Janka, Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1989, 122 S.

Walter Jankas biographischer Essay ist eine bedrückende Dokumentation der stalinistischen Realität in der DDR, seine Lebensgeschichte leider exemplarisch für zahlreiche Linke des 20. Jahrhunderts.

Janka, 1914 in Chemnitz geboren und einer klassenbewußten und politisierten Familie entstammend, wird Schriftsetzer, findet zur KPD, landet 1933 im Zuchthaus Bautzen und 1935 im Konzentrationslager Sachsenburg, wird über die tschechische Grenze abgeschoben, kehrt zur illegalen Untergrundarbeit nach Ostpreußen ins "Reich" zurück, um dann 1936 zur Verteidigung der Republik nach Spanien zu gehen, wo er u.a. als jüngster Kommandant die "Karl-Marx-Division" befehligte. Nach der Niederlage der spanischen Republik gelangt er nach einigen Zwischenstationen 1941 nach Mexiko. Dort waren er und seine Frau Charlotte Scholz u.a. 1942 an der Gründung des erfolgreichsten Exil-Verlags des amerikanischen Kontinents, "El Libro Libre", der z.B. Bücher von Anna Seghers, Heinrich Mann und Ernst Sommer verlegte, beteiligt. 1947 kehrte Janka nach Deutschland zurück und nahm seine Tätigkeit als persönlicher Mitarbeiter von Paul Merker, der dem Parteivorstand der SED angehörte, auf. Nach einem kurzen Intermezzo als Generaldirektor der DEFA übernahm er 1952 die Leitung des Aufbau-Verlags. Als Leiter dieses bedeutenden DDR-Verlags wird Janka im Dezember 1956 verhaftet und in dieser Hochphase stalinistischer Hysterie in der DDR der *"konterrevolutionären Verschwörung gegen die Regierung Ulbricht"* angeklagt.

Mit der Übernahme der Leitung des Aufbau-Verlags setzen die Erinnerungen im vorliegenden biographischen Essay Jankas ein. Er unterteilt seine Reflexionen in drei Abschnitte: Der Minister, Die Verhaftung, Der Prozeß.

Im ersten Abschnitt wird schwerpunktmässig die dubiose Persönlichkeit Johannes R. Bechers beleuchtet, der als Minister für Kultur opportunistisch und feige das Spiel des stalinistischen Terrors mitspielte, obwohl er versucht hatte, Janka zu einer Rettungsaktion für Georg Lukács zu animieren, der 1956-57 in Ungarn lebensgefährlichen Situationen ausgesetzt war. Gerade Jankas Aktivitäten in diesem Kontext bildeten einen Schwerpunkt in der Anklage des späteren Prozesses.

Auch Anna Seghers, ein weiteres Monument des Kulturbetriebes der DDR, agierte in dieser Angelegenheit äußerst dubios. Sie hatte ebenfalls Janka um Rettungsaktivitäten für Lukács gebeten, unternahm aber während des Prozesses keinen Entlastungs- oder Verteidigungsversuch.

Die Schilderungen der Verhaftung, des Schauprozesses 1957 und der anschließenden dreijährigen Haft in Lichtenberg und Bautzen(!) legen in erschreckender Weise Details des stalinistischen Unterdrückungsapparats in der DDR offen. Nach soviel erlittenem Unrecht ist es erstaunlich, daß Janka nicht den Glauben an seine Ideale verlor.:

"Er (Janka) *stand vor einem wüsten Trümmerhaufen. Wie nach einem verlorenen Krieg. Aufgeben oder neu beginnen. Das war die Frage. Und sie blieb es bis zum letzten Tag* (der Haft).

Um neu zu beginnen, muß das Alte überwunden werden.Was nicht von selbst stürzt, muß man abtragen. Aber mit dem Abtragen allein ist es nicht getan. Man muß auch wissen, worin das Neue besteht, wie es besser zu machen ist. Heute glaubt Janka, daß dieses Nachdenken um das Was und Wie, ihm die Kraft gab, diese Jahre durchzustehen. Was seine innere Haltung bestrifft, sogar gekräftigt daraus hervorgegangen zu sein."

Diese Sätze sollten sich alle diejenigen ins Bewußsein rufen, denen die aktuellen Vorgänge in Deutschland mit ihrem nationalistischen Taumel den Blick für die Realität versperren. Notwendig scheint eine kühle Analyse der Konkursmasse, um dann zu neuen Ufern aufzubrechen. Bekanntlich sind die Ideen nicht für das verantwortlich, was die Menschen aus ihnen machen.

Nachzutragen ist, daß Janka nach verbüßter Haft und anschließender schwieriger Arbeitssuche, ein erträgliches Auskommen als Dramaturg bei der DEFA fand und im letzten Jahr eine zweitklassige Rehabilitierung erfuhr.

Michael Rohrwasser hat für die Publikation des Essays eine informative "biographische Notiz" verfaßt, die die Veröffentlichung abschließt.

Johannes Materna

In den Jahren zwischen 1911 und 1918 war die von Franz Pfemfert begründete und herausgegebene Wochenschrift "Die Aktion" das "Zentralorgan" jener später als Expressionisten in die Geschichte eingegangenen Intellektuellen, deren Engagement der seinerzeit dazugehörende Karl Otten ein halbes Jahrhundert später im Kontext der von ihm seit Mitte der fünfziger Jahre entscheidend in die Wege geleiteten Wiederentdeckung der damals weitgehend vergessenen und durch das nationalsozialistische Regime auch vertriebenen Dichtergeneration in einem Brief an den Dramatiker und Erzähler Artur Müller als *"Vorgang der geistigen Revolution unter jüdischer Leitung, welche anstelle der politischen Revolution trat, zu der die Deutschen unfähig waren und sind"* bezeichnet hat. Einen ersten Einblick in den *"Komplexwirrwarr des Expressionismus"* (Karl Otten) vermittelt die von Thomas Rietzschel herausgegebene, eingeleitete und als Lizenzausgabe des Aufbau-Verlages im DuMont Verlag (Köln 1987, 1076 Sp., 59 S.) unter dem Titel **Die Aktion. Wochenschrift für Politik Literatur und Kunst 1911 - 1918. Herausgegeben von Franz Pfemfert** erschienene Auswahl aus den frühen Jahren der "Aktion". Insofern der Herausgeber seine Auswahl als *"Lesebuch, das den Expressionismus im historischen Umfeld vorstellt"*, verstanden haben will, ist die Ausblendung der Jahre zwischen 1919 und 1932, in denen Pfemfert seine Zeitschrift im Kontext seines eigenen politischen Engagements zunehmend zu einem Organ linkskommunistischer Strömungen machte, durchaus nachzuvollziehen. Pfemfert verstand seine Zeitung als ein gleichermaßen literarisches, künstlerisches wie auch politisches Organ, das nicht nur einen Gegenpol zu dem wilhelminischen, im Weltkrieg eskalierenden Zeitgeist, sondern auch zu der in bürgerlichen Traditionen wandelnden Sozialdemokratie bildete. Mit seiner Voraussage, *"daß kommende Historiker der Literatur, der Kunst, der Politik die Geschichte des heutigen Deutschland nicht schreiben werden, ohne **Die Aktion** studiert zu haben"*, hat Franz Pfemfert ohne Zweifel Recht behalten. Anhand der von Thomas Rietzschel vorgelegten umfangreichen Auswahl - die durch ein Personenregister sowie Verzeichnisse der Autoren und Graphiker hervorragend erschlossen ist - läßt sich diese gegenüber einem allzu eilfertigen Staatsanwalt aufgestellte Behauptung Pfemferts wieder einmal verifizieren.

Wie, wo, wann und von wem DADA in die Welt gebracht worden ist, wird wohl für alle Zeiten ein Geheimnis bleiben; möglicherweise ist DADA auch gar nicht in die Welt gekommen, sondern war immer schon da. In Berlin jedenfalls waren im Laufe des Jahres 1917 erste Anzeichen dessen wahrzunehmen, was Richard Huelsenbeck während einer Dichterlesung in der Galerie I.B. Neumann am 22. Januar 1918 mehr oder weniger offiziell verkündete: DADA war da. Fünf Tage später war es gar in der "Vossischen Zeitung" zu lesen: *"Ein Dadaisten-Klub hat sich in Berlin gegründet."* Knapp drei Monate später, am 12. April 1918 veranstalteten die Herren und Damen Dadaisten, die den *"irrsinnigen Endprodukte*(n) *der herrschenden Gesellschaftsordnung"* (George Grosz) vornehmlich mit Ironie, Humor, Zynismus, Sarkasmus, aber auch mit Melancholie zu Leibe rückten, in der Berliner Sezession am Kurfürstendamm einen Vortragsabend, der zur *"unerhörten Sensation"* (Richard Huelsenbeck) geriet. Sie erwiesen sich schon bald in ihrer Weltsicht als unerwartet weitsichtig, proklamierten die *"Proktatur des Dillettariats"* und hatten keinerlei Schwierigkeiten, so **Hanne Bergius** in dem durchweg überzeugenden Werk **Das Lachen DADAs. Die Berliner Dadaisten und ihre Aktionen** (Gießen: Anabas-Verlag, 1989, 426 S.) *"den Befreiungskampf des Proletariats als Teil ihrer anarchistischen, antibürgerlichen Revolte"* wahrzunehmen: DADA Berlin griff in die Politik ein.
Wie und auf welche Weise Berliner Dadaisten in die Politik eingegriffen haben, sich über Politik und Politiker lustig machten oder auch gar nichts mit Politik zu tun hatten, sondern sich mit solchen Dingen beschäftigten, die man gemeinhin unter die Rubriken Literatur und Kunst zu subsumieren sich angewöhnt hat, darüber kann man sich in dem großformatigen, mit zahlreichen Bildern, Illustrationen und Dokumenten ausgestatteten Band einen detaillierten Überblick verschaffen. In drei Kapiteln läßt Hanne Bergius die Aktivitäten und Umtriebe der Berliner Dadaisten vor dem Auge Revue passieren. Das erste Kapitel (*"DADA's Lachen hat Zukunft. Der 'Club Dada' und seine Vorgeschichte"*) rekapituliert nicht nur die Anfänge und die Intentionen der Bewegung, sondern versucht auch eine Verortung der Berliner Dadaisten im damaligen politischen und sozialen Zeitgeschehen sowie im Kontext der künstlerischen

und literarischen Szenerie. Das zweite - weitaus umfangreichste - Kapitel stellt in einer *"Revue der Dadaisten"* in einzelnen biographischen Kapiteln, die sich auf die jeweiligen DADA-Aktivitäten beschränken, die Personen aus dem Umkreis des Berliner Dadaismus vor: Angefangen bei dem "Dada-Anarchisten" Franz Jung über den "Weltdada" Richard Huelsenbeck, den "Dadasophen" Raoul Hausmann, die "Dadasophin" Hannah Höch, den "Oberdada" Johannes Baader, George Grosz, John Heartfield und Wieland Herzfelde bis zu den "Marginal-Dadaisten", die nur zeitweise oder am Rande mit dem Berliner Dadaismus in Berührung kamen, wie z.B. Carl Einstein, Walter Mehring, Erwin Piscator, Salomo Friedländer, Carl Doehmann, Otto Dix oder Rudolf Schlichter. Das abschließende dritte Kapitel bietet schließlich noch einmal einen chronologischen Durchgang durch die Aktivitäten und Manifestationen der Berliner Dadaisten von den ersten Anfängen im Jahre 1917 bis zu den Ausläufern im Jahre 1922. Das Lachen DADAs hat sich, so kann man abschließend - siebzig Jahre danach - festhalten, nicht nur in einem Lesebuch, sondern insbesondere auch in einem graphisch exzellent gestalteten Bilderbuch materialisiert - einem Schmöker im besten Sinne des Wortes.

"Niemand begreift es mehr als Auszeichnung, der autonomen Szene anzugehören. An jedem Küchen- und Kneipentisch werden die Absurditäten aus Politik und Alltag der Szene seziert." Mit diesen Worten leiten die **Autonomen Studis (Bolschewiki)** aus Freiburg ihre durch analytische Schärfe und ironischen Witz sich auszeichnende Auseinandersetzung mit dem autonom-apokalyptischen Ansturm gegen Staat und Kapital ein. (**Mit den überlieferten Vorstellungen radikal brechen. Ein Blick über den Tellerrand autonomer Basisbanalitäten**, Freiburg: ça ira Verlag, 2. erw. Aufl. 1990, 52 S.). In mehreren Beiträgen widmen sich die Autor(inn)en dem Verhältnis der Autonomen zum Staat, ihrer Sucht nach einer die Arglistigkeiten der individuellen Psyche stabilisierenden Identität, ihren Organisationsversuchen, ihrer Bündnispolitik, der autonomen Kampagne gegen den Gipfel des Internationalen Währungsfonds im Herbst 1987 in Berlin, dem neuen Zentralorgan der Autonomen, das in bester positivistischer Faktenhuberei "Materialien für einen neuen Anti-Imperialismus" zusammensucht sowie den beiden Texten von Ahlrich Meyer und Detlef Hartmann in der "Autonomie" 14, die wohl so etwas wie Schulungstexte fürs hausbackene autonome Weltverständnis geworden sind.
Die dem durchgehend manichäisch strukturierten Weltbild des ordentlichen Durchschnittsautonomen entspringenden politischen Schlußfolgerungen entbehren zwar nicht einer gewissen Komik, demonstrieren aber ansonsten eine gleichermaßen katastrophale wie blamable Bewußtseinslage, die in ihrer intellektuellen Unbedarftheit durchaus in den Kontext der gegenwärtigen geistigen Lage der Nation paßt. Der autonome Antifaschismus z.B. reduziert den historischen Faschismus der Jahre 1933 bis 1945 weitgehend auf eine Veranstaltung von Staat und Kapital, wobei diese - in autonom erkenntnisfördernder Absicht - zusätzlich personalisiert werden; die Erkenntnis, daß der Faschismus u.a. auch eine weit ins Proletariat hineinreichende Massenbewegung war, ist zu den Autonomen noch nicht durchgedrungen. Statt dessen folgert der Autonome aus seinem oberflächlichen Blick in die Geschichte, daß Staat und Kapital an sich schon faschistisch seien und eine heutzutage eingeworfene Fensterscheibe bei der Deutschen Bank demzufolge in die Annalen des antifaschistischen Widerstandes einzugehen habe. Ohne Zweifel wäre es einmal von Interesse, en detail nachzuverfolgen, inwiefern eine solche Trivialisierung des Faschismus mit jenen neuesten Tendenzen in der historischen Forschung konform geht, die zum einen - und dies ist eine Forderung, die durchaus nicht nur von konservativer Seite erhoben wird - eine Historisierung des Nationalsozialismus anvisiert, zum anderen in zunehmendem Maße in der Beschäftigung mit dem Alltag in der Zeit des Nationalsozialismus ein deutsches Volk im Widerstand oder zumindest in Resistenz entdeckt. Man darf wohl davon ausgehen, daß bereits seit geraumer Zeit hinsichtlich der komplexen Verursachungszusammenhänge des Faschismus eine Desensibilisierung stattfindet, die z.B. dazu führt, daß in einer von den Grünen in hoher Auflage herausgegebenen Broschüre "Wider Gewalt gegen Frauen und Mädchen" suggeriert wird, sexuelle Gewalt gegen Mädchen sei ein typisch jüdisches Verbrechen; keine Frage, daß der ohne Zweifel feministischen Autorin - so die taz vom 7. 2. 1990 - *"nicht klar"* war, daß

ihre Formulierungen *"zu Mißverständnissen Anlaß geben konnten"* - ob die Autorin mißverstanden oder vielleicht doch recht verstanden worden ist, sei hier offengelassen.
Aber die nicht nur in gewissen feministischen, sondern insbesondere auch in autonomen Kreisen florierende sogenannte Patriarchatsdiskussion hat schon längst jeglichem Differenzierungsvermögen den Abschied gegeben. Das dieser sogenannten Diskussion zugrundeliegende Weltbild kennt nur sexistische Männer auf der einen Seite und deren sexistischem Patriarchalismus zum Opfer fallende Frauen auf der anderen Seite - emanzipierte Frauen kommen in diesem Weltbild nur in Erwartung eines zukünftigen Matriarchats vor. Ihren absurden Höhepunkt erreicht autonome Theoriebildung allerdings erst dann, wenn vom industriellen Proletariat sich im Stich gelassen fühlende Provinzintellektuelle in welthistorische Dimensionen glauben aufsteigen zu müssen. Nicht nur, daß Detlef Hartmann in besten verschwörungstheoretischen Traditionen - ein Denkmodell, das in den auf die französische Revolution folgenden gegenrevolutionären Theorien seine massenwirksame Ausprägung fand, indem es Philosophen, Freimaurer, Illuminaten, Juden, Liberale und Sozialisten der Verschwörung gegen überkommene Sozial- und Werteordnungen beschuldigte - das Gruselbild eines von Staat und Kapital gemeinsam inszenierten Großen Plans zur kapitalistischen Weltbeherrschung glaubt aufgedeckt zu haben: Als Schützenhilfe gegen diesen Großen Plan wird dann ein von Ahlrich Meyer als *"Nicht-Wert"* theoretisiertes internationalistisches sozialrevolutionäres Subjekt in die vordersten Kampflinien geschickt, wo es sich im Klassenkrieg gegen die staatskapitalistische Weltverschwörung blutige Köpfe holt, während unsere hausbackene Intelligenz weiterhin an der Logik ihrer *"Revolutionstechnologie"* bastelt. *"Durch die Kreation eines neuen Mythos"*, so kommentieren die "Autonomen Studis (Bolschewiki)" in ihrer Broschüre, *"soll für die übriggebliebenen Berufsrevolutionäre ein neues Beschäftigungsprogramm geschaffen werden."* Diese am Reisbrett entworfene Ästhetisierung der Weltrevolution signalisiert letzendlich nichts anderes als die Tatsache, daß die Autonomen sich schon längst selbst dorthin begeben haben,wo sie hingehören: Auf den berüchtigten Misthaufen der Geschichte, eingebettet in die Traditionen leninistischer Kaderpolitik, stalinistischen Terrors, spießbürgerlich-dumpfer Selbstgefälligkeit und eines religiös inspirierten manichäischen Fundamentalismus.

Tracing the Past. Collections and research in social and economic history: The International Institute of Social History, the Netherlands Economic History Archive and related institutions nennt **Jan Lucassen** seinen Überblick über Geschichte und gegenwärtige Aktivitäten der genannten Institutionen (Amsterdam: Stichting Beheer IISG, 1989, 149 S.). Das reich bebilderte Werk, das mit dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte eine der wichtigsten Institutionen zur Erforschung insbesondere der west- und osteuropäischen Arbeiterbewegung vorstellt, gewinnt seinen besonderen Wert auch dadurch, daß der umfangreiche Anhang einen ersten Eindruck von den archivierten Sammlungen sowie einen Überblick über Veröffentlichungen, Ausstellungen und Kongresse zu vermitteln vermag. Einen detaillierten Einblick in die archivierten Sammlungen des IISG vermitteln die beiden Bände von **Atie van der Horst/Elly Koen, Guide to the International Archives and Collections at the IISH, Amsterdam** (Amsterdam: Stichting Beheer IISG, 1989, 348 S.) und **Mies Campfens, De Nederlandse archieven van het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis te Amsterdam** (Amsterdam: Stichting Beheer IISG, 1989, 504 S.). Die aufgelisteten Archive und Sammlungen - in dem Band von van der Horst/Koen sind es 257 Sammlungen von Personen und 86 von Organisationen - werden in aller Kürze inhaltlich vorgestellt, so daß man zumindest einen groben Eindruck erhalten kann; zum Lebensweg der Personen werden die wichtigsten Daten angegeben, die Organisationen werden in ihrer Entwicklungsgeschichte skizziert. Beide Bände werden durch umfangreiche Register detailliert erschlossen, so daß insgesamt zwei wertvolle Handbücher vorliegen, die einen brauchbaren Überblick über die insgesamt 6.000 Meter (davon entfallen 1.500 Meter auf die internationalen Archive und Sammlungen) gesammelter Dokumente vermitteln.

"Es hat keinen Zweck, den falschen Leuten das Richtige erklären zu wollen": Mit dieser bemerkenswert luziden Einschätzung eröffnete die RAF im Frühjahr 1970 ihre "Erklärung zur Befreiung von Andreas Baader. Die Rote Armee aufbauen". Was das *"Richtige"* ist und wo die *"falschen Leute"* zu lokalisieren sind, dürfte weiter umstritten sein. Anhand der von **Peter Hein** unter dem Titel **Stadtguerilla/bewaffneter Kampf in der BRD und Westberlin** zusammengestellten **Bibliographie mit den ersten programmatischen Erklärungen und Interviews der Gruppen: RAF, Bewegung 2. Juni, Revolutionäre Zellen und Rote Zora** (Amsterdam: Edition ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte IISG, 1989, 153 S.) kann man sich jetzt allerdings einen Überblick über jene Diskussionen verschaffen, die seit zwanzig Jahren zu diesem Thema geführt worden sind. Die in acht Kapitel unterteilte, etwa 1.000 selbständige Publikationen auflistende Bibliographie versteht sich als *"praktische ergänzung zu einer mittlerweile zwanzigjährigen politischen diskussion"*, als eine *"facette bei der aufarbeitung der eigenen linken geschichte"*. Der besondere Charakter der Bibliographie resultiert dabei daraus, daß sie sich zum einen auf die linke Diskussion konzentriert und zum anderen insbesondere graue Literatur erfaßt. Neben den bereits im Titel erwähnten Dokumenten enthält der Anhang der Bibliographie ein Personenregister sowie ein Register der Gruppen, Initiativen, Organisationen und Institutionen, die den Gebrauchswert zusätzlich erhöhen. Ob diese Bibliographie den richtigen Leuten das Falsche oder den falschen Leuten das Richtige präsentiert, mag dahingestellt sein. *"Daß es jetzt los geht"*, proklamierte die RAF in ihrer schon zitierten "Erklärung"; wie es losging, wie es sich entwickelte und wie es endete: dazu kann man sich anhand der bibliographierten Titel ein durchaus adäquates Bild machen.

Herausgegeben vom **Informationszentrum Sozialwissenschaften** in Zusammenarbeit mit der **Friedrich-Ebert-Stiftung** liegt eine von **Marit Borcherding** und **Hannelore Schott** bearbeitete **Literatur- und Forschungsdokumentation** zum Thema **Proletarische Frauenbewegung** für die Jahre **1982 - 1986** vor (Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften, Lennéstr. 30, 53 Bonn 1, 1988, 268 S.). *"Die einzelnen Nachweise"*, so Gisela Losseff-Tillmanns in ihrem Vorwort, *"wurden nicht nur unter dem Aspekt ausgesucht, daß sie Forschungsergebnisse zur Beteiligung von Frauen in der sozialistischen Partei und Gewerkschaft bis zum Jahre 1933 enthielten, sondern es wurden auch solche Arbeiten berücksichtigt, die sich mit den Problemen der Frauen zwischen 'Fabrik und Familie' im weitesten Sinne beschäftigten."* In insgesamt acht Kapiteln (von Sammelbänden und Bibliographien über Einzelbiographien, Alltagserfahrungen, Widerstand gegen den Faschismus bis zu Nachkriegszeit und Wiederaufbau) werden insgesamt 408 Literatur- und 50 Forschungsnachweise nicht nur aufgelistet, sondern auch in aller Kürze inhaltlich zusammengefaßt. Der besondere Wert der informationsreichen und einen guten Überblick über gegenwärtige Forschungstendenzen gebenden Dokumentation liegt dabei zum einen in der Erfassung von grauer Literatur, zum anderen in der Auflistung von entsprechenden Forschungsprojekten. Wie schon die beiden Forschungs- und Literaturdokumentationen zur "Arbeiterkultur" stellt auch die vorliegende Dokumentation zur proletarischen Frauenbewegung ein wertvolles Hilfsmittel dar und es ist zu hoffen, daß beide Themenbereiche nicht nur weiter dokumentiert werden, sondern die Herausgeber sich auch dazu entschließen, weitere Forschungsbereiche aus dem Kontext sozialer Bewegungen mit entsprechenden Dokumentationen zu begleiten.

Die studentischen Revolten der sechziger Jahre - womit überhaupt nicht gesagt sein soll, daß damals nur Studenten revoltierten - mit ihrem bunten Allerlei aus mehr oder weniger zeitgemäßen Neuentdeckungen revolutionärer Traditionsbestände gehören immer noch zu den bevorzugten Objekten spätlinker Melancholie. Zwanzig Jahre nach 1968 war es allerdings nicht so sehr die insgesamt doch eher mäßige Aufbereitung in den Medien, die linke Wehmut aufkommen ließ; eine wirklich rührende Erinnerungsseligkeit kam erst auf, wenn man genüßlich in den hier und da auftauchenden, dem Thema "'68" gewidmeten Antiquariatskatalogen blättern und die Vergangenheit noch einmal am inneren Auge Revue passieren lassen konnte. Zehn Jahre nach '68 ging der Existenzgründungsprozeß der Grünen ideologisch konform mit der Verabschiedung jenes glückverheißenden welthistorischen Subjekts, das die Kinder einer

mittelständisch orientierten Wohlstandsgesellschaft erst einige Jahre zuvor wiederentdeckt hatten. An eben jene Entdeckung, den **Aufbruch zum Proletariat**, erinnern die von Karl-Heinz Schubert eingeleiteten und ausgewählten **Dokumente der Basisgruppen**, die als Band 1 der edition wi im TAIFUN-Verlag (Berlin, 1988) erschienen sind. Mit dieser Dokumentation, so heißt es einleitend, *"wird versucht, die Entwicklung der westberliner Basisgruppen nachzuzeichnen, ihre Praxis zu veranschaulichen, sowie ihre ideologischen Grundlagen und politischen Absichten zu markieren"*. Der umfangreichen und die Mentalität der damaligen Diskussionen exemplarisch wiedergebenden Dokumentensammlung vorangestellt ist eine die knapp zweijährige Geschichte der Basisgruppen skizzierende Darstellung Karl-Heinz Schuberts. Entstanden waren die Basisgruppen, die als erster Ausdruck der an den Universitäten neu entdeckten *"Interessenidentität zwischen Arbeitern und Studenten"* (Rudi Dutschke) verstanden werden können und deren Aktivitäten zwischen Stadtteilarbeit und Betriebsarbeit schwankten, seit dem Frühjahr 1968, als die auf den Mordanschlag auf Rudi Dutschke folgenden Osterunruhen einen neuen Aktivierungsschub mit sich brachten. Der Niedergang zeichnete sich seit dem Sommer 1969 in dem Maße ab, in dem die historischen Kostüme einer vergangenen Arbeiterbewegung ausgegraben und den aktuellen Diskussionen übergestülpt wurden, um schließlich in mittlerweile fast schon wieder vergessenen und verdrängten Organisationsgründungen zu enden. Als im Frühjahr 1970 in Berlin kurz hintereinander eine KPD/AO (Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation), ein KB/ML (Kommunistischer Bund/Marxisten-Leninisten) und eine PL/PI (Proletarische Linke/ Parteiinitiative) ins Leben gerufen wurden, war dies nichts anderes als ein Audruck dafür, daß die mit viel historischem Pomp aufgemöbelten Idealismen einer hauptsächlich studentischen Jugend an der bundesrepublikanischen Realität gescheitert waren.

Rudolf Großmann, im April 1882 in Wien geboren und im Mai 1942 während der Überfahrt nach Mexiko auf einem Schiff gestorben, gehörte unter seinem Pseudonym Pierre Ramus jahrzehntelang zu den publizistisch aktivsten Anarchisten im deutschsprachigen Raum. Bereits als sechzehnjähriger war er in die USA ausgewandert, wo er schon bald Mitarbeiter an sozialistischen und anarchistischen Zeitungen (u.a. an Johann Mosts "Freiheit") wurde und 1901 eine eigene Monatszeitschrift ("Der Zeitgeist") herausgab. Nach der Verurteilung wegen seiner Beteiligung an einem Streik floh er nach England, wo er u.a. für den von Rudolf Rocker herausgegebenen "Arbeiterfreund" schrieb und den ihn stark beeinflussenden Peter Kropotkin kennenlernte, ehe er 1907 nach Österreich zurückkehrte. Nicht nur mit zahlreichen Büchern und Broschüren, sondern insbesondere mit der Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften machte er sich in den folgenden Jahren einen Namen: Von 1906 bis 1907 erschien in zwei Jahrgängen "Die Freie Generation. Dokumente der Weltanschauung des Anarchismus", von 1910 bis 1914 folgte in fünf Jahrgängen "Jahrbuch der Freien Generation. Volkskalender und Dokumente zur Weltanschauung des Sozialismus-Anarchismus", zur gleichen Zeit publizierte er von 1907 bis 1914 in sieben Jahrgängen "Wohlstand für alle. Ohne Herrschaft. Mit monatlichem literarischem Beiblatt" und schließlich von 1918 bis 1933 in fünfzehn Jahrgängen "Erkenntnis und Befreiung. Organ des herrschaftslosen Anarchismus" (in den Jahren 1927/28 zeitweise unter dem Titel "Der Anarchist").
In der historischen Forschung ist Pierre Ramus bisher allenfalls als Randfigur wahrgenommen worden. Von daher nimmt **Ilse Schepperle** in ihrer Arbeit **Pierre Ramus. Marxismuskritik und Sozialismuskonzeption** (München: tuduv-Verlag, 1988, 286 S.) sein Werk *"als terra incognita"*, die erst einmal zu begehen und zu entdecken ist. Die Darstellung, weitgehend deskriptiv-analytisch, konzentriert sich auf zwei Schwerpunkte: Zum einen rekonstruiert Schepperle Ramus' detaillierte kritische Auseinandersetzung mit dem Marximus und der zeitgenössischen Sozialdemokratie, wobei Ramus' zuerst 1919 und in einer zweiten erweiterten Auflage 1927 erschienenes Werk "Die Irrlehre und Wissenschaftslosigkeit des Marxismus im Bereich des Sozialismus" im Zentrum steht; zum anderen skizziert sie unter dem Stichwort *"Utopie als Gegenwartsprogramm"* Ramus' Sozialismuskonzeption, wobei die 1921 veröffentlichte Arbeit "Die Neuschöpfung der Gesellschaft durch den kommunistischen Anarchismus" von herausragender Bedeutung ist. Bei der Auseinandersetzung mit Ramus' Gesamtwerk muß allerdings immer berücksichtigt werden, daß dieses *"im wesentlichen nicht*

als geschlossenes theoretisches Werk konzipiert wurde, sondern vorwiegend in Auseinandersetzung mit der Tagespolitik entstand". Ein wichtiger Kritikpunkt Ramus' am Sozialismus marxistischer Prägung resultierte aus dessen mangelnder Berücksichtigung des subjektiven Faktors, die nicht zuletzt dazu führt, daß er *"den Menschen der Verantwortung nicht nur für sein persönliches Handeln, sondern auch für die Entwicklung der Gesellschaft (enthebt)"*. Aus der Annahme, daß Geschichte das Produkt menschlichen Handelns ist, schlußfolgerte Ramus nicht nur, daß Geschichte *"prinzipiell für verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten offenstehe"*, sondern auch, daß sich sozialistisches Denken immer auch in Handlungsstrategien niederschlagen muß; Utopie wurde für Ramus insofern zum Gegenwartsprogramm, sozialistische Zielvorstellungen müssen demzufolge in gegenwärtigen Organisationsformen präsent sein. Marxismus und Anarchismus, so das Resumee, haben in der Sichtweise von Ramus nichts miteinander gemein.

In den dreißiger und vierziger Jahren ist die Sowjetunion eines der wichtigsten Emigrationsländer für deutsche Kommunist(inn)en gewesen. Gleichzeitig bedeutete dies jedoch, daß die Emigrant(inn)en in die zunehmend eskalierenden Säuberungswellen miteinbezogen wurden; ein Thema, daß lange Zeit, besonders in der parteioffiziösen Forschung, mehr oder weniger tabu gewesen ist, allenfalls beiläufig, jedenfalls nicht ernsthaft behandelt worden ist. Erst die neueste Entwicklung in der Sowjetunion scheint die Chance zu bieten, Licht ins Dunkel dieser Ereignisse zu bringen. Mittlerweile hat der Oberste Gerichtshof der UdSSR die in den großen Schauprozessen der Jahre 1936, 1937 und 1938 Verurteilten weitgehend rehabilitiert, einige der Verurteilten wurden posthum wieder in die Partei aufgenommen. Nachdem bereits im Oktober 1987 ein internationaler Aufruf "Für die Rehabilitierung der Opfer der Mokauer Prozesse" veröffentlicht worden war, hatten sich im April 1988 noch einmal deutsche Wissenschaftler, darunter Hermann Weber, in einem Appell an den sowjetischen Botschafter in der BRD gewandt, in dem sie speziell auf das Schicksal deutscher Emigrant(inn)en in der UdSSR aufmerksam machten. Obwohl *"noch immer konkrete Unterlagen über Hintergründe und Ausmaß der Stalinschen Verfolgungen unter den KPD-Führern fehlen"*, hat **Hermann Weber** in dem Buch **"Weiße Flecken" in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung** (Frankfurt/Main: isp-Verlag, 1989, 182 S.) zum erstenmal den systematischen Versuch unternommen, anhand biographischer Daten einen Überblick über die damaligen Geschehnisse zu geben. Im ersten Kapitel gibt Weber einen Abriß der Stalinschen Säuberungen, das zweite Kapitel beschäftigt sich mit den Schwierigkeiten, die SED und westdeutsche Kommunisten mit der Rehabilitierung ihrer ehemaligen Führer bis heute haben, das dritte, zentrale Kapitel bietet eine mit kurzen biographischen Daten versehene Auflistung von insgesamt 242 in der Sowjetunion ermordeten oder verschollenen deutschen Kommunist(inn)en, sowie von 25 Personen, die seinerzeit verhaftet worden waren, aber überleben konnten. Der Anhang enthält eine Reihe von Dokumenten, die den unterschiedlichen Umgang mit den Ereignissen der dreißiger Jahre aufzeigen. Insgesamt muß man aufgrund der vorliegenden Materialien Webers Einschätzung wohl zustimmen, derzufolge die Stalinschen Säuberungen nicht nur *"zur größten Kommunistenverfolgung aller Zeiten geworden"* sind, sondern auch, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Verfolgungen sich nicht unter politischen Gegnern, sondern unter vorgeblich Gleichgesinnten abspielten, für die deutschen *"Kommunisten katastrophaler als der Hitler-Terror"* waren.

Widerstand, Verfolgung und Alltag während der zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft scheinen mittlerweile zu den Lieblingsthemen historischer Forschung zu gehören. Nach dem Furore machenden "Bayern-Projekt", das wohl diesbezüglich als Pilotunternehmen verstanden werden darf, geraten nach und nach auch andere Regionen in das Blickfeld der Historiker. Das Saarland nimmt insofern eine besondere Stellung ein, als es seit 1920 unter der Mandatsverwaltung des Völkerbundes stand und erst Anfang 1935 wieder in das Deutsche Reich eingegliedert wurde. Während sich bei der Abstimmung am 13. Januar 1935 90,8 % der Saarländer(innen) für die Rückgliederung an das Reich aussprachen, hatten die Landesratswahlen von 1932 - der dominanten proletarischen Sozialstruktur und dem hohen katholischen Bevölkerungsanteil entsprechend - noch ein anderes Bild gezeigt: 43,2 % hatten das Zentrum gewählt, 23,1 % die

KPD, 9,6 % die SPD und nur 6,7 % die NSDAP. Die in diesen beiden Wahlergebnissen zum Ausdruck kommende *"Kardinalfrage der saarländischen Geschichte unter dem NS-Regime"*, inwieweit *"es sich bei dem verspäteten Durchbruch der NSDAP und bei dem Ergebnis des Plebiszits weniger um eine Einstellungskonformität gegenüber dem Nationalsozialismus handel(t), sondern eher um einen opportunistisch motivierten Anpassungsprozeß und um erzwungene Verhaltenskonformität"*, steht im Mittelpunkt eines unter Leitung von Hans-Walter Herrman stehenden Forschungsprojektes, dessen Ergebnisse nach und nach in vier Bänden publiziert werden sollen. Während die folgenden Bände eine Analyse der Sozial- und Konfessionsstruktur, eine organisationsgeschichtlich und milieutheoretisch untermauerte Sozialgeschichte des Widerstandes sowie eine die Analysen ergänzende Quellenedition enthalten werden, haben **Klaus-Michael Mallmann** und **Gerhard Paul** im ersten Band unter dem Titel **Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler** (Bonn: Verlag J.H.W. Dietz, 1989, 346 S.) die Biographien von fünfzig Saarländer(inne)n zusammengestellt, die in der ein oder anderen Form Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime leisteten oder aber in Konflikt mit dem Regime gerieten. In dem von den Autoren bewußt breit angelegten Spektrum der dargestellten Lebensgeschichten, die vom explizit politischen wie auch vom religiös motivierten Widerstand berichten, an Ermordete und Überlebende erinnern, kommt nicht nur zum Ausdruck, daß *"die Kraft zum Widerspruch an konkrete milieuspezifische Lebenswirklichkeiten gebunden (blieb), von familiären Konstellationen und Traditionen abhängig (war)"*, sondern auch, daß *"unter der Decke der gleichgeschalteten deutschen Gesellschaft politische und moralische Kräfte (agierten), die sich nicht bündeln ließen. Weder gab es gemeinsame politisch-kulturelle Traditionen, Lageeinschätzungen und Zukunftsorientierungen, noch Begegnungspunkte, aus denen heraus sich ein gemeinsames Nein hätte artikulieren können"*.

"Diese mißratenen Geschichtsphilosophien sind interessant, weil sie uns die Verabsolutierung und Verideologisierung persönlich-psychischer Bedürfnisse zeigen." Die geschichtsphilosophischen Entwürfe, auf die sich **Doris Mendlewitsch** in ihrer Arbeit **Volk und Heil. Vordenker des Nationalsozialismus im 19. Jahrhundert** (Rheda-Wiedenbrück: Daedalus Verlag, 1988, 287 S.) bezieht, sind solche, die ideenpolitische Grundlagen für jene lieferten, die in diesem Jahrhundert zur Tat schritten. Doris Mendlewitsch beschäftigt sich mit fünf Autoren, die die Ideengeschichte des völkischen Nationalismus entscheidend geprägt haben und anhand derer Werke sich die wesentlichen Strukturelemente dieses Denkens herausarbeiten lassen: Houston Stewart Chamberlain, Richard Wagner, Julius Langbehn, Paul de Lagarde und Johann Gottlieb Fichte. Allen Autoren gemeinsam ist eine individuelle Erlösungssehnsucht, die auf der Suche nach einem ganzheitlichen Lebensentwurf das Individuum in einem imaginierten Volksganzen aufgehen läßt, wobei rassistische, insbesondere antisemitische und nationalistische Aspekte zu bestimmenden Faktoren werden. Die in diesen manichäischen Welterklärungskonzepten und Geschichtsspekulationen zum Ausdruck kommenden *"ganzheitliche(n) Volkskonzeption(en) (wollen) die Geschichte zum Stillstand bringen und so ein Stück Ewigkeit etablieren"*. Das Ich-Ideal einer geschlossenen Identität wird bruchlos projiziert auf eine völkische, nationale Identität, die sich wiederum idealtypisch in einer Führerpersönlichkeit verkörpert. Aus dieser Übertragung folgt dann auch, daß das projizierende Ich die Verantwortung für die eigenen Taten, indem sie dem Ersatz-Ich in Gestalt des Führers überantwortet werden, weit von sich weisen kann. Eine Konstellation, die insbesondere aus der sogenannten Bewältigung des Nationalsozialismus zur Genüge bekannt ist, sich in ähnlicher Form aber auch zur Zeit im Zuge der Überwindung des 'Sozialismus' in der DDR beobachten läßt. Man muß der Autorin also abschließend zustimmen, wenn sie festhält, daß diese Form der *"Ideologiebildung keineswegs als historisch erledigt oder als vergangene Randerscheinung aufgefaßt werden kann; vielmehr stellt sie die strukturell und aktuell vorhandene Möglichkeit falscher Bewußtseinsbildung einer Gesellschaft dar"*.

Die Zeitschrift

Ursprünglich aus den »Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik« hervorgegangen, hat die **1999** seit der Gründung ihr Themenspektrum über den Bereich nationalsozialistischer Gesundheits- und Sozialpolitik hinaus erheblich erweitert. Mit der Veröffentlichung unbekannter Dokumente und kritischer Zeitgespräche, stellt sie sich bewußt in die Tradition der Gegeninformation und ist für Außenseiter und Basishistoriker ebenso offen, wie für Repräsentanten des Fachs. Ein Netz von Auslandskorrespondenten sorgt dafür, daß Provinzialität nicht aufkommt und wichtige Lernprozesse der historiographischen Community auch entlegenerer Sprachen zur Kenntnis genommen werden.

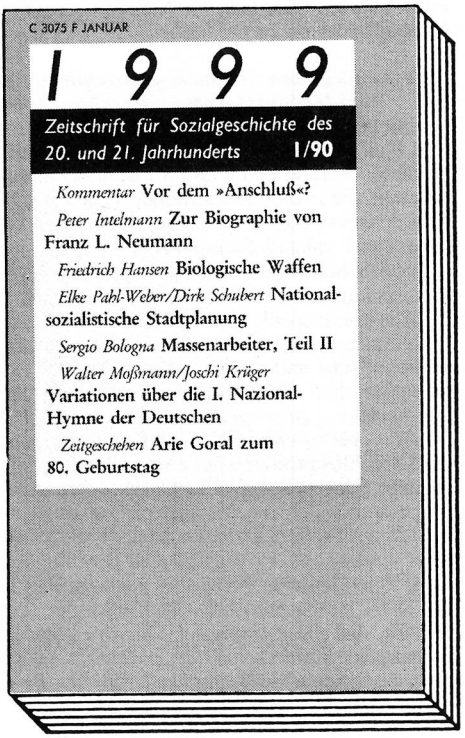
»Eine Sozialgeschichte der Zukunft«
(Die Tageszeitung)

»Eine wichtige, interessante und auch spannende Lektüre – ein gelungener Wurf.«
(NDR)

»Ein nützliches Hilfsmittel für all jene, die ihre Augen angesichts der für die heutige Gesellschaft relevanten historischen Realitäten nicht verschließen wollen.«
(Psyche)

Erscheinungsweise

Die Zeitschrift erscheint seit Herbst 1986 vierteljährlich, hat einen durchschnittlichen Umfang von 190 Seiten und bringt Kommentare, Dokumente, Diskussionen und Forschungsergebnisse zur Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts.



Preis

Preis des Einzelheftes DM 18.-
Jahresabonnement (4 Ausgaben) DM 60,-
StudentInnen, RentnerInnen, Erwerbslose und Gefangenenabos DM 48.-

Herausgeber und Redaktion

Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts
Mittelweg 36, 2000 Hamburg 13

Fordern Sie Probeexemplare und Prospektmaterial an:

Volksblatt Verlag
Postfach 25 04 05
5000 Köln 1

IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak. Wissenschaftlicher Beirat: Helga Grebing, Peter Lösche, Hans Mommsen, Hans Josef Steinberg und Hermann Weber. Redaktion: Gerhard Beier, Franz Jean Frohn, Gunter Krüschet (verantw.), Peter Lösche, Walter Momper (z. Z. beurlaubt), Dirk H. Müller

Die IWK erscheint 1989 im 25. Jahrgang.

H. 3/1989 enthält folgende Beiträge:

HANS MANFRED BOCK: Anarchosyndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz

WOLFGANG HAUG: „Eine Flamme erlischt". Die Freie Arbeiter Union Deutschlands (Anarchosyndikalisten) von 1932 bis 1937

CORNELIA REGIN: Hausfrau und Revolution. Die Frauenpolitik der Anarchosyndikalisten in der Weimarer Republik

Preise:
Einzelheft DM 20,—, Studierende, andere Azubis, ZDLer, Wehrdienstleistende und Arbeitslose DM 15,—, jeweils plus DM 1,50 für Versandkosten.
Jahresabo DM 67,—, Studierende, andere Azubis, ZDLer, Wehrdienstleistende und Arbeitslose DM 40,—, jeweils plus DM 5,— für Versandkosten.

Kostenloses Probeheft anfordern!
HISTORISCHE KOMMISSION ZU BERLIN
IWK-Redaktion, Kirchweg 33, D 1000 Berlin 38, Tel. 030-816 00 10 (Durchwahl 816 001 41)

ça ira

«DIE KRITIK IST KEINE LEIDENSCHAFT DES KOPFES, SIE IST DER KOPF DER LEIDENSCHAFT.»

Initiative Sozialistisches Forum
KRITIK UND KRISE Heft 2/3
Nie wieder Deutschland
64 Seiten, 8,00 DM

Gegen den Nationalwahn: Über Weizsäcker und andere Republikaner, über das Recht auf nationale Selbstbestimmung und andere Flausen, über Volksdemokratien und demokratische Völker
(Bezug nur über die Verlagsdresse)

Johannes Agnoli
Die Transformation der Demokratie
und andere Schriften zur Kritik der Politik
220 Seiten, DM 25.-

"Die Utopie der Gesellschaft der Freien und Gleichen kann nicht als Gesetzesvorlage weder oppositioneller noch regierender Fraktionen in den Bundestag eingebracht werden."

Initiative Sozialistisches Forum
Das Ende des Sozialismus – die Zukunft der Revolution
290 Seiten, 25 DM
Der Staatskapitalismus, das Trauma der Revolution – Antizionismus, ein neuer Antisemitismus von links – Marx und Bakunin – Schönheit und Heimtücke des sozialdemokratischen Charakters u.a.

ca-ira Verlag
Postfach 273
7800 Freiburg

Auslieferung Rotation
Mehringdamm 51
1000 Berlin 61

Walter L. Bernecker:
"Reiner" oder "syndikalistischer" Anarchismus?
Hans Schafranek/Werner Wögerbauer:
Zur Geschichte der "Amigos de Durruti"
Sabine Behn/Monika Mommertz:
Mujeres Libres - anarchistische Frauen in Revolution und Widerstand
Sebastià Gasch: Einige sensationelle Erklärungen von Carl Einstein
Ulrich Linse/Michael Rohrwasser:
Der Mann, der *nicht* B. Traven war. Zur Biographie Robert Bek-grans
Heinz Langerhans:
Das Buch der Abschaffungen. Bericht über nachgelassene Aufzeichnungen von Karl Korsch
Andreas Müller:
Anarchosyndikalisten und Nationalsozialisten in Mengede in der Frühphase der Weimarer Republik
Manfred Grieger:
Die Bochumer Bevölkerung und die ausländischen Arbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge 1939 - 1945
Willy Buschak: Kellner im Widerstand
Rezensionen und Hinweise

Heft 8 ISBN 3-88663-408-6

208 S., DM 22,-:

Hans Schafranek:
Die verdrängte Kooperation von Nationalsozialisten und Linken im illegalen Kampf gegen die Diktatur des 'Austrofaschismus'
Ulrich Linse:
Die "Schwarzen Scharen" - eine antifaschistische Kampforganisation deutscher Anarchisten
Ute Daniel:
Frauen in der Kriegsgesellschaft 1914-1918
Sabine Behn:
Mädchen in der Jugendbewegung
Michael Buckmiller:
Zur Problematik der Sorel-Rezeption in Deutschland
Martin Henkel:
Jürgen Kocka - ein Historiker der Nationalen Identitäts-Stiftung
Peter Kröger:
Die Zweite Reichsgründung zu Worms und ihr Sendbote Bahro
Ulrich Linse:
Robert Bek-gran - ein Nachtrag
Rezensionen und Hinweise

Heft 9 ISBN 3-88663-409-4,

168 S., DM 22,-:

Heft 1 (12,– DM)

J. Rancier/P. Vauday
Auf dem Weg zur Weltausstellung:
Der Arbeiter, seine Frau
und die Maschinen

K. Burkhard
Thomas Hodgskins »Travel in the
North of Germany« (1820)

A. Brandenburg/J. Materna
Zum Aufbruch in die Fabrikgesellschaft:
Arbeitersiedlungen

G. Mergner
Johannes Knief und seine Region, Teil 1

Heft 2/3 (16,– DM)

K. Burkhard
Zwischen Autonomie und Philantropie.
Zu den Anfängen der Arbeiterbildung
in England

G. Mergner
Johannes Knief und seine Region, Teil 2

D. Rossmann
Statische Repräsentanz:
Kommunistische Öffentlichkeit in einer
Kleinstadt der Weimarer Republik

Heft 4 (12,– DM)

A. Bergmann
Geburtenrückgang – Gebärstreik.
Zur Gebärstreikdebatte 1913 in Berlin

A. Brandenburg/W. Braunschädel/
J. Hausmann/J. Materna
Ruhr-Universität Bochum

D. Vanoli
Die Seidenklöster

G. St. Jones
Die Grenzen proletarischer
Theoriebildung in England vor 1850

Heft 5 (12,– DM)

James Wickham
Sozialfaschismus und Spaltung der
Arbeiterbewegung: Arbeiter und
politische Parteien in Frankfurt 1929/30

Joachim Bruhn
Thesen zum nationalsozialistischen
Arbeitsbegriff

Helga Grubitzsch
Mutterschaft und Mutterideologie in der
Geschichte der Frauenbewegung

Heft 6 (14,– DM)

Bernd Nitzschke
Die nationalsozialistischen
»medizinischen« Experimente

Ulrich Wyrwa
Der Alkoholgenuß der Hamburgischen
Unterschichten (1750–1850)

Manfred Liebel
Die Arbeit kann uns gestohlen bleiben!
Historische Skizzen zur Arbeitslust
bei Jugendlichen

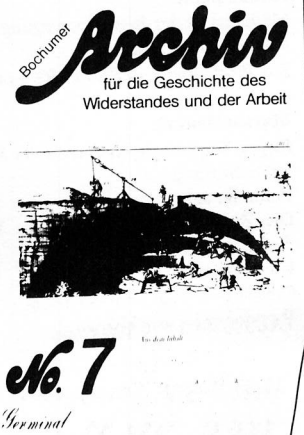
Heft 7 (22,– DM)

Christoph Bartels
Schieferdörfer im Linksrheingebiet

Dieter Gündisch
Arbeiterbewegung und Widerstand
in Wetzlar 1933

Beate Fieseler
Intelligencija-Frauen und Arbeiterinnen
in städtischen Zirkeln Rußlands,
1870–1900

Petra Weber
Der Assoziationsgedanke d. Anarchisten



Juliet Berto

(16. 1. 1947 - 10. 1. 1990)

"Wir studieren Beziehungen, Verhältnisse, Unterschiede."

(Juliet Berto als Patricia Lumumba in Le Gai Savoir von Jean-Luc Godard, Dezember 1967 - Mai 1968)

Die Einleitung zur Geschichte – und die Geschichte ist die Schule unserer Verbrechen und die Kette unserer Unglücke – war die Versklavung der Frau, der Rest leitet sich von diesem ersten Schritt her, und wir verbüßen die ärgsten Konsequenzen, weil unsere Rebellionen den Marsch in den Abgrund nicht mehr aufhalten können. Es wird das Privileg dieser Generation sein, zu entweihen, was sie nicht mehr abschaffen kann, und anzubeten, was wiederherzustellen nicht in ihrer Macht steht.

Albert Caraco

DM 22,–